

Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), J. Bouvier (Frankreich), E. Hobsbawm (Großbritannien), L. Jeleček (ČSSR),
J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen), G. Mori (Italien), H. Mottek (DDR), E. Niederhauser (UVR),
Z. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), Ju. A. Tichonow (UdSSR), J. Tomaszewski (VR Polen)

Redaktionskollegium

Hermann Lehmann (Chefredakteur), Ingrid Kresse (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Siegfried
Epperlein, Renate Günther (Redakteur), Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Fedor Kretschmar (Redakteur),
Hans Müller, Hans-Heinrich Müller, Peter Musiolek, Helga Nussbaum, Jan Peters, Hans Radandt, Siegfried
Richter, Waldtraut Schmidt, Renate Scholze (Redakteur), Alfred Schröter, Ingrid Thümmeler (Redaktions-
sekretär)

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Ingrid Kresse (Leiter), Horst Handke, Hans-Heinrich Müller, Jörg Roesler, Martina Schattkowsky, Reinhard
Schumacher

Vom Originalmanuskript gedruckt.

Anschrift der Redaktion:

DDR-1100 Berlin, Prenzlauer Promenade 149 - 152

Erschienen im Akademie-Verlag, DDR-1086 Berlin, Leipzig Str. 3 - 4

©Akademie-Verlag Berlin 1985

Lizenznummer: 202 . 100/75/85

Printed in the German Democratic Republic

Offsetdruck: VEB Kongreß- und Werbedruck, 9273 Oberlungwitz

Redaktionsschluß: 15. 6. 1984

LSV 0305

Bestellnummer: 754 477 7 (2103/85/1)

01 800

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Karl Neelsen / Andreas Herschel	Investitionsentwicklung und Krisenzyklen im staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD	9
Eveline Kolloch / Werner Thümmler	Zur Rolle des Goldes im kapitalistischen Wäh- rungssystem vom Bretton-Woods-Abkommen 1944 bis zur 2. Statutenrevision des Inter- nationalen Währungsfonds 1978	51
V. V. Zajcev	Serbiens Eisenbahnprobleme am Beginn seiner staatlichen Souveränität und Rußlands Haltung dazu	71
Dančo Zografski	Veränderungen und Tendenzen in der neuen Wirtschaftsgeschichte Makedoniens	87
Achim Gottberg	Wollten die Physiokraten die Revolution?	97

DISKUSSIONEN

Günter Guhr	Urgesellschaft und materialistische Ge- schichtsauffassung im Werk von Karl Marx	115
-------------	---	-----

LITERATURKRITIK

Wolfgang Mühlfriedel / Klaus Wießner	Vorläufige Betrachtungen zum Stand der Historiographie der sozialistischen Wirt- schaft (Jörg Roesler/Renate Schwärzel/ Veronika Siedt, Produktionswachstum und Effektivität in Industriezweigen der DDR 1950 - 1970)	131
Jörg Roesler	Eine sorgfältige Untersuchung zur sozialisti- schen Arbeitskräftepolitik (Ralf R. Leinewe- ber, Das Recht auf Arbeit im Sozialismus)	139
Waldtraut Schmidt	Sozialökonomische Probleme in der Zeitschrift "Asien, Afrika, Lateinamerika" (Hefte 1 - 6/1981; 1 - 6/1982; 1 - 6/1983)	145
Klaus Leciejewski	Ein Magazin der Ökologiebewegung (Technologie und Politik, Heft 12 - 16)	157
Jürgen Kuczynski	Wirtschaftsgeschichte eines "kleinen" Landes (Jean-François Bergier, Die Wirtschaftsge- schichte der Schweiz)	167
Thomas Kuczynski	Beginn und Fortführung eines Monumental- werkes zur Wirtschaftsgeschichte Belgiens (Histoire quantitative et développement de la Belgique, 1. Serie, Buch II, V u. VI)	171

Klaus Leciejewski	Stephan Merl, Der Agrarmarkt und die Neue Ökonomische Politik	179
Siegfried Epperlein	Die bäuerliche Welt	181
Hans-Joachim Rook	Studien zur Abgrenzung von Agglomerationen in Europa	182
Thomas Kuczynski	Jean Heffer/Jean-Louis Robert/Pierre Saly, Outils statistiques pour les historiens	184
Thomas Kuczynski	Productivity in the Economies of Europe	185
Hermann Lehmann	Arbeitszeitpolitik	186
Jörg Roesler	Werner Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland (1945 - 1980)	187
Renate Schwärzel	Gerhard Keiderling, Die Berliner Krise 1948/49	189
Horst Handke	Heinz Gollwitzer, Geschichte des weltpolitischen Denkens, Bd. 2	191
Sigrid Jacobeit	Der alltägliche Faschismus	193
Gudrun Prengel	Helmuth Tammen, Die I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft (1924 - 1933)	196
Heinzpeter Thümmler	Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 1	198
Fedor Kretschmar	Lexikon zur Parteiengeschichte	200
Fedor Kretschmar	Auswahlbibliographie zur Industriegeschichte von Chemnitz/Karl-Marx-Stadt	202
Hermann Lehmann	Beatrix W. Bouvier, Französische Revolution und deutsche Arbeiterbewegung	203
Fedor Kretschmar	Pjotr Rytschkow, Orenburgische Topographie oder ausführliche Beschreibung des Gouvernements Orenburg aus dem Jahre 1762	204
Sigrid Looß	Matthias Meyn, Die Reichsstadt Frankfurt vor dem Bürgeraufstand von 1612 bis 1614	206
Sigrid Looß	Werner Moritz, Die bürgerlichen Fürsorgeanstalten der Reichsstadt Frankfurt a. M. im späten Mittelalter	208

BETRIEBSGESCHICHTE

Renate Schwärzel	Wechselbeziehung von Betrieb und Territorium. 6. Kolloquium der Fachkommission Betriebs-geschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR (31. Januar 1984 in Berlin)	209
------------------	--	-----

QUELLEN UND MATERIALIEN

Ulrich Roeske	Das amtliche Quellenwerk der deutschen Reichsstatistik. Eine Übersicht über die Veröffentlichungsreihe "Statistik des Deutschen Reichs" 1873 bis 1944	213
---------------	---	-----

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

- Erika Gerber/
Volker Stöhr/
Karin Zachmann Technische, ökonomische und soziale Probleme der Durchsetzung der kapitalistischen Rationalisierung nach der industriellen Revolution (20. Dezember 1983 in Dresden) 245
- Wolfgang Kagel Das Ernährungsproblem im Spätfeudalismus (28. bis 30. September 1983 in Erfurt) 249

BIBLIOGRAPHIE

- Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther) 253

- Autorenverzeichnis 271

- Содержание, Contents, Contenu, Sumario 272

Investitionsentwicklung und Krisenzyklen
im staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD

von Karl Neelsen/Andreas Herschel

0. Vorbemerkungen
1. Zur langfristigen ungleichmäßigen Investitionsentwicklung in der BRD
2. Zur Entwicklung von Investitionsstrukturen in der BRD
 - 2.1. Die ungleichmäßige Entwicklung der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen, die wachsende Bedeutung der Ausrüstungsinvestitionen
 - 2.2. Die Brutto-Anlageinvestitionen der Unternehmen und des Staates
 - 2.3. Die ungleichmäßige Entwicklung der Brutto-Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen der BRD
 - 2.4. Die anhaltende Labilität der Investitionsentwicklung zu Beginn der 80er Jahre

0. V o r b e m e r k u n g e n

Wie die gesamte Wirtschaftsentwicklung, so vollzog sich auch die Investitionstätigkeit in den imperialistischen Industrieländern sehr ungleichmäßig und labil. Sie war mit zahlreichen ökonomischen, politischen und sozialen Widersprüchen und Konflikten verbunden, die sich in der Mitte der 70er und mit dem Beginn der 80er Jahre verstärkten. Sie markieren einen neuen Abschnitt der Systemkrise des Kapitalismus, der durch eine besondere Art der Verflechtung von allgemeiner und zyklischer Krise gekennzeichnet wird.¹ Die reaktionärsten Kreise der imperialistischen Länder reagierten und reagieren darauf mit dem Ausbau des ökonomischen und politischen Machtapparates des staatsmonopolistischen Kapitalismus, mit forciertem Abbau der Demokratie nach innen sowie mit Aggressivität, Hochrüstung und Konfrontationskurs. Die Kapitalakkumulation, die Erweiterung und Rationalisierung der Produktionsgrundlagen durch die Investitionstätigkeit schaffen dafür ökonomische Grundlagen.

1 Vgl. Bericht des ZK der SED an den X. Parteitag, Berichterstatter: E. Honecker, Berlin 1981, S. 14.

Von Seiten des Staates und der Unternehmerverbände sowie von bürgerlichen Wissenschaftlern wird eine verstärkte Investitionstätigkeit verlangt, die, vielfältig direkt und indirekt stimuliert, aus den Krisenprozessen herauszuführen soll. Angeblich soll dadurch auch die Beschäftigung gesichert bzw. erweitert und so die Massenarbeitslosigkeit abgebaut werden. Hohe und steigende Unternehmerprofite werden dafür als Grundlage verlangt.

Von vielen ähnlich lautenden Anforderungen sei hier der Bonner Wirtschaftsminister zitiert: "Für die Bundesregierung ist und bleibt es eine zentrale Aufgabe, Investitionen und Innovationen anzuregen, damit die Anpassung im Innern und nach außen weiter fortschreitet und zusätzliche wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden."² Und im Geschäftsbericht der größten BRD-Monopolbank - der Deutschen Bank AG - heißt es für das Jahr 1981: "Trotz anhaltenden Anpassungszwangs wurde die Investitionsneigung ... vor allem ... durch die zunehmende Verschlechterung der Ertragslage beeinträchtigt ... Wenn - daran besteht kein Zweifel - in der Gesamtwirtschaft wieder mehr investiert werden soll, ist eine dauerhafte Entlastung auf der Lohnkostenseite unverzichtbar." Selbst die Realeinkommen "auf gleichem Stand zu halten, ist zu hoch angesetzt in einer Zeit, in der höhere Investitions- und Exportquoten gefordert sind und das gesamte Sozialprodukt kaum noch wächst."³ Der Kern der Forderungen ist also eine verstärkte Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Profite und zuungunsten der Lohneinkommen. Durch Abbau der Löhne und Sozialleistungen sollen die Investitionen besonders der Großunternehmen angekurbelt werden. Aber Marx wies bereits bei der Analyse des kapitalistischen Akkumulationsprozesses nach: "... die Größe der Akkumulation ist die unabhängige Variable, die Lohngröße die abhängige, nicht umgekehrt."⁴ Höhere Profite bedeuten auf jeden Fall verstärkte Ausbeutung und sozialen Abbau für die Masse der werktätigen Bevölkerung.

Profite werden für mehrere Zwecke verwendet: Ein Anteil wird nicht investiert, er wird unter anderem für die Forschung und Entwicklung verwendet, als Geldkapital akkumuliert, teilweise exportiert sowie individuell konsumiert. Ein immer größerer Anteil des investierten Profits dient der Rationalisierung, der Einführung moderner Techniken und Technologien, was zum Verlust von Arbeitsplätzen führt. Höhere Profite und Investitionen verursachen unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution also keineswegs und schon gar nicht automatisch anwachsende Beschäftigung und zurückgehende Arbeitslosigkeit. Und sinkende oder stagnierende Investitionen sind nicht die Ursachen von Wirtschaftskrisen.

Wie verlief nun die Investitionstätigkeit bis Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre unter den für den staatsmonopolistischen Kapitalismus erschwerten inneren und äußeren Existenz- und Verwertungsbedingungen? Wie entwickelten sich Umfang und Struktur der Investitionen? Wie verhielten sich die Monopole und der Staat angesichts hoher Überakkumulation und Nichtaus-

2 Leistung in Zahlen 1981, hg. v. Bundesministerium für Wirtschaft, Wiesbaden 1982, S. 3.

3 Vgl. Deutsche Bank AG, Geschäftsbericht 1981, S. 19, 21.

4 Marx, K., Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke (MEW), Berlin 1956 ff., Bd. 23, S. 648.

lastung von Kapazitäten? Wie erfolgte der Ausbau der Produktions- und Reproduktionsgrundlagen als ökonomische Basis wachsender Ausbeutung und verstärkter Reaktion nach innen sowie erhöhter Expansivität und Aggressivität nach außen? Aus diesen sehr umfangreichen Komplexen sollen einige Fragen anhand der Investitionsentwicklung in der BRD untersucht werden. Insbesondere soll gezeigt werden, ob der allgemein durch die marxistisch-leninistische Krisentheorie nachgewiesene Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Anlagen des konstanten fixen Kapitals und dem Krisenzyklus auch im weiterentwickelten Imperialismus und staatsmonopolistischen Kapitalismus besteht und ob die Investitionsentwicklung genauestes Kennzeichen und Prognosemittel der Wirtschaftssituation im Zyklus geblieben ist.

1. Zur langfristigen ungleichmäßigen Investitionsentwicklung in der BRD⁵

Die Entwicklung der Investitionen in der BRD verlief in den letzten dreieinhalb Jahrzehnten wie in anderen imperialistischen Hauptländern⁶ sehr ungleichmäßig. Der zyklische Verlauf der gesellschaftlichen Produktion, der deutlich an den Veränderungsraten der Investitionen und der Produktion in der Industrie sichtbar wird, beweist einerseits, daß der Krisenzyklus nach wie vor die Bewegungsform ist, in der sich die kapitalistische Reproduktion notwendig vollzieht. Die Zyklizität der Wirtschaftsentwicklung demonstriert, daß das Krisengesetz, das untrennbar mit dem Grundverhältnis (Kapitaleigentumsverhältnis), dem Grundgesetz und Grundwiderspruch des Kapitalismus verbunden ist, auch im Imperialismus und staatsmonopolistischen Kapitalismus wirkt. In der Zyklizität äußert sich die Bewegung des Grundwiderspruchs.

Andererseits wird der Zusammenhang zwischen der Investitionstätigkeit und den Zyklen der gesamten ökonomischen Entwicklung, zwischen Investitions- und Produktionszyklen deutlich erkennbar. Investitionszyklen waren und sind Grundlage der zyklischen Schwankungen der Gesamtwirtschaft. Der Investitionsprozeß, der in entscheidendem Maße Akkumulationsprozeß, Erweiterung und Erneuerung von konstantem fixem Kapital ist, blieb die materielle Basis von Zyklizität und Periodizität.⁷

5 Wenn hier oft nur kurz von Investitionen gesprochen wird, dann werden damit Anlageinvestitionen in Ausrüstungen und Bauten, fast immer Brutto-Anlageinvestitionen erfaßt. Vorräte und ihre Veränderungen werden nicht beachtet. Die Investitionen sind ihrem Eigentumscharakter nach vorwiegend Anlagen von konstantem fixem Kapital. Sie umfassen ferner Sachvermögen des imperialistischen Staates, Anlagen der kleinen Warenproduzenten sowie Anlagen, die persönliches Eigentum werden (Wohnhäuser).

6 Vgl. dazu u. a. die Jahresberichte des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) zur wirtschaftlichen Situation in imperialistischen Hauptländern, z. B. in: IPW-Berichte, 8/1982; ebenda, 1/1983.

7 Vgl. Marx, K., Das Kapital, Bd. 2, in: MEW, Berlin 1956 ff., Bd. 24, S. 185 f.

Wirtschaftskrisen bilden den Ausgangspunkt und geben Anstoß für Anlagen von fixem Kapital, die sich zunächst schnell, dann langsamer ausdehnen, wobei ihr Umfang bis zum Höhepunkt des jeweiligen wirtschaftlichen Aufschwungs zunimmt. In Wechselwirkung von Grundwiderspruch und anderen sich zuspitzenden Widersprüchen und Disproportionen kommt es zur Überproduktion und -akkumulation, zum Ausbruch einer neuen Krise. Der einsetzende Erneuerungs- und Erweiterungsprozeß der fixen Kapitalanlagen eröffnet wiederum einen Ausweg, um dann erneut in eine Krise zu münden. Der Akkumulations- bzw. Investitionsprozeß ist nicht die Ursache, sondern - wie bereits festgestellt wurde - entscheidende materielle Grundlage von Zyklizität und Periodizität des kapitalistischen Reproduktionsprozesses.

Die Investitionstätigkeit erfolgte in der BRD, wie auch in anderen imperialistischen Ländern während des betrachteten Zeitraumes zyklisch (vgl. Tab. 1 und Grafik 1 im Anhang). Sie verlief in allen Anlagenbereichen insgesamt und besonders in der Industrie ungleichmäßiger als die Entwicklung des Bruttonprodukts, der Industrieerzeugung usw. Die Investitionsschwankungen waren (fast ständig) stärker als die Schwankungen bei anderen Kennziffern. Besonders an der Investitionsbewegung lassen sich daher bestimmte Zeitabschnitte - Wirtschaftszyklen - erkennen, die jeweils mit zurückgehenden oder verlangsamten Investitionen beginnen und enden. Investitionswellen, Investitionszyklen zeichnen sich am deutlichsten ab. Entwicklungsstand und Dynamik der Investitionen - besonders in der Industrie - sind Anzeichen, sind Barometer der Wirtschaftsentwicklung.

Als Hauptkriterien der Situation im Zyklus, zur Bestimmung von Krisen und Zyklen werden daher 1. die Entwicklung der Investitionen in der Industrie, 2. die Investitionsentwicklung in allen Anlagebereichen sowie 3. die Industrieproduktion angesehen. Weitere ökonomische Prozesse bzw. Kennziffern (Entwicklung des Bruttonprodukts, der Kapazitätsauslastung, der Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit, der Bankrotte usw.) vervollständigen die Analyse und sind unbedingt zu beachten.

Bei der Analyse ist ferner zu berücksichtigen, daß die Investitionen einerseits materielle Grundlage der Zyklizität sind, andererseits nur eine, wenn auch entscheidende Triebkraft des Wirtschaftswachstums bilden. Am sog. Brutto-Sozialprodukt (BSP) der BRD hatten sie z. B. 1980 einen Anteil von rd. 23 %.⁸ Weitere Antriebsfaktoren sind der private und staatliche Verbrauch (von Konsumgütern und Produktionsmitteln), der Export usw. Der hohe Export z. B. stimulierte die BRD-Wirtschaft zeitweise so beträchtlich, daß er ausgleichend und krisenabschwächend wirkte (vgl. auch Tab. 3 im Anhang).⁹

In Verbindung und Wechselwirkung mit der Produktion der Industrie und weiterer Wirtschaftsbereiche, mit der Beschäftigung usw. zeichnen sich besonders an der Investitionsentwicklung mehrere Krisen und Zyklen für die BRD-Wirtschaft ab. Sie werden hier anhand der Jahresveränderungsraten von 1951 bis 1981/82, an den Tiefpunkten (stärkste Krisenein-

8 Vgl. Wirtschaft und Statistik, Wiesbaden, 3/1982, S. 151 f.

9 Auf diese Faktoren kann hier jedoch nicht näher eingegangen werden. - Vgl. dazu: Hantelmann, K.-D., Die Investitionen der BRD-Industrie seit 1967, in: IPW-Berichte, 3/1976, S. 41.

brüche) und Höhepunkten (des jeweiligen Aufschwungs) der Investitionen in der Industrie, der Investitionen in allen Anlagebereichen, der Industrieproduktion und des Brutto-Sozialprodukts erfaßt und gruppiert (vgl. auch Tab. 1). Die Raten des Zyklus von 1945/46 bis 1952/53 waren in diesen ersten Nachkriegsjahren nach einem enormen Absturz und Tiefstand zunächst relativ hoch, bei geringem, aber schnell steigendem absolutem Niveau. Von diesem ersten Nachkriegszyklus werden hier nur die Veränderungs-raten für 1951 bis 1952/53 angeführt.¹⁰

In der Tab. 2 (s. Anhang) werden Zyklen und Krisen der BRD-Wirtschaft nach den Jahresangaben für die Entwicklung der Investitionen, der Produktion und des Brutto-Sozialprodukts angeführt.

Wird die Entwicklung der Investitionen und der Produktion jedoch nicht nur an Angaben für ganze Jahre, sondern auch für Quartale und Monate verfolgt, werden z. B. die Quartalsindizes erfaßt, dann zeigt sich die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung in den Zyklen differenzierter. In den Jahreskennziffern der Veränderung der Produktion usw. werden Stagnation und Rückgänge vielfach nicht oder nur abgeschwächt sichtbar. Weitere Einbrüche für die BRD in den Jahren 1961 (Tiefpunkt im II. Quartal) und 1970/71 (im IV. Quartal) werden an den Jahreskennziffern der Veränderung nicht sichtbar.¹¹ Die Krisenerscheinungen von 1970/71 werden auch als zyklische Krise, als Zwischen- oder Teilkrise bewertet.¹²

Die Schwankungen der Investitionen waren also im Gesamtzeitraum zwischen 1951 und 1981/82 stärker als diejenigen der Produktion, wie die folgende Übersicht zeigt:

Brutto-Sozialprodukt	+12 % (1955)	-1,8 % (1975)
Industrieproduktion	+18,3 % (1951)	-5,7 % (1975)
Investitionen (Industrie)	+28,6 % (1960)	-18,1 % (1967)
Investitionen (alle Bereiche)	+20,8 % (1955)	-10,0 % (1974)

Ein zusammenfassender Überblick über die Entwicklung der gesamten Anlageinvestitionen in der BRD läßt einige Besonderheiten sowie weitere Erscheinungen erkennen, die ähnlich auch in vergleichbaren Ländern auftraten. Die Investitionsentwicklung ist dabei stets in Wechselwirkung mit dem Wirtschaftsverlauf insgesamt zu sehen. Sie soll verschiedentlich mit dem Investitions- und sonstigem Wirtschaftswachstum in anderen imperialistischen Industrieländern verglichen werden.

1. Die erste umfassende, tiefe Überproduktionskrise trat in der BRD 1967 auf. (Vgl. dazu Punkt 2.) Vor dieser Zäsur entstanden (wie in anderen im-

¹⁰ Vgl. dazu Heininger, H., Der Nachkriegszyklus der westdeutschen Wirtschaft 1945 - 1950, S. 240 f.; Neelsen, K., Das konstante fixe Kapital und die Zyklizität des Krisenzyklus, Berlin 1961, S. 28 f.

¹¹ Vgl. Höhme, H. J., Probleme des gegenwärtigen kapitalistischen Krisenzyklus, in: Forschungshefte des IPW, 2/1982, S. 52, 61, 66.

¹² Vgl. u. a. Staatsmonopolistischer Kapitalismus der BRD in Daten und Fakten = Arbeitsmaterialien des Instituts für marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt (Main), 12/1981, S. 111.

perialistischen Industrieländern) nach Zeiten schnelleren wirtschaftlichen Wachstums periodisch bestimmte Situationen, die gekennzeichnet waren durch

- Verlangsamung der Jahresinvestitionen, der Jahresproduktion usw. der ganzen Industrie und der gesamten Wirtschaft;
- Verzögerung, Stagnation und absolutes Sinken der jährlichen Investitionen, der Produktion usw. in einzelnen Industriezweigen und sonstigen Wirtschaftsbereichen;
- kurzfristigere krisenhafte Rückschläge, gemessen z. B. an Quartalskennziffern.

Die marxistisch-leninistische Wertung dieses Reproduktionsverlaufs bis 1967 ist seit langem umstritten. Der einen Meinung nach war es ein langanhaltender, ungleichmäßiger Nachkriegsaufschwung, der in der BRD im Jahre 1967 endete (in Japan sogar erst 1972).¹³ Unsere Auffassung geht davon aus, daß es sich um eine Folge relativ flacher Zyklen und milder Krisen der Überproduktion handelt, die auch als Teilkrisen bewertet werden.¹⁴ In einer für den BRD-Imperialismus relativ günstigen ökonomischen und politischen Gesamtsituation waren diese Krisen imstande, bestimmte ökonomische Widersprüche gewaltsam und teilweise vorübergehend zu lösen und jeweils ein erneutes Wirtschaftswachstum anzuregen. Diese Auffassung soll hier durch eine Analyse von Umfang, Entwicklung und Struktur der Investitionen bekräftigt werden.¹⁵

Während der 50er Jahre und bis über die Mitte der 60er Jahre hinaus verliefen das Investitionswachstum wie die gesamte ökonomische Entwicklung in einigen Hauptländern des Imperialismus relativ schnell. Als Folge des Auftretens verhältnismäßig schwacher Krisen vollzog es sich in der BRD ausgeglichener als z. B. in den USA, wo es auch in diesem Zeitraum umfassendere Überproduktionskrisen gab, die Zyklen einleiteten und abschlossen (vgl. Tab. 1), ablesbar an Jahreskennziffern der Investitionen, der Industrieproduktion, der Arbeitslosigkeit usw. So kam es z. B. 1957/58 zu einer solchen Krise in den USA. Als Folge internationaler zyklischer Synchronität wurde sie zur ersten kapitalistischen Weltwirtschaftskrise nach dem zweiten Weltkrieg.¹⁶

Der Akkumulationsprozeß und die gesamte Investitionsentwicklung in der BRD wiesen in den 50er und 60er Jahren u. a. folgende Besonderheiten auf:

- Bis etwa zur Mitte der 60er Jahre wuchsen die Brutto-Anlageinvestitionen schneller als das Brutto-Sozialprodukt. Ihr Anteil stieg daher von rd. 19 % (1950) auf rd. 26 % (1965).
- Die Akkumulation, die Erweiterungsinvestitionen übertrafen tendenziell die Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen.
- Die Investitionsentwicklung war in dieser Zeit überwiegend extensiv erweiterter Reproduktion und verstärkter Expansion bis zur Mitte der 60er Jahre mit anwachsender Beschäftigung (auch in der Industrie) ver-

13 Vgl. die Meinung von W. N. Schenajew auf der Moskauer Beratung "Die Besonderheiten des gegenwärtigen kapitalistischen Zyklus" (im April 1973), abgedr. in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 11/1973, S. 1175.

14 Ebenda.

15 Vgl. auch Höhme, S. 47 f.

16 Ebenda, S. 57 f.

bunden.

- Die im Prozeß der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im produzierenden Bereich freigesetzten Arbeitskräfte nahm der wachsende Dienstleistungsbereich auf.
- Die staatsmonopolistische ökonomische Regulierung erstreckte sich direkt und indirekt vor allem auf die Investitionsentwicklung.

2. Erst in der 2. Hälfte der 60er Jahre brach 1967 in der BRD die erste allgemeine Überproduktionskrise aus. Es erfolgte ein erstmaliges Absinken der gesamten Industrieproduktion (um -2,8 %) und ein ebenfalls erstmaliger, wenn auch minimaler Rückgang des Brutto-Sozialprodukts. Am stärksten waren die Einbrüche bei den Investitionen: Um -6,8 % bei den Brutto-Anlageinvestitionen in allen Bereichen und um -18,1 % bei den Investitionen in der Industrie (vgl. Tab. 1 und Grafik 1). Die Arbeitslosigkeit stieg zyklisch bedingt von rd. 161 000 (1966) auf rd. 459 000.¹⁷

Nach der Krise von 1967 folgten auch in der BRD solche Wirtschaftskrisen wie in anderen imperialistischen Ländern, z. B. in den USA. Sie waren im allgemeinen umfassender und stärker als zuvor (ablesbar an Jahreskennziffern) und mit besonders starken Schwankungen der Investitionen in der Industrie, der Gesamtinvestitionen in allen Anlagebereichen sowie der Industrieproduktion verbunden (vgl. Tab. 1). - Auch die Zyklen und Zyklensabläufe und Phasen veränderten sich mit dem Ende der 60er und dem Anfang der 70er Jahre.¹⁸ Wie beispielsweise in den USA waren sie seitdem - bei allgemein wachsender wirtschaftlicher Labilität - mit weiteren strukturellen und chronischen Krisenerscheinungen, mit Inflationen, Massenarbeitslosigkeit, mit dem Versagen von staatsmonopolistischen Regulierungen usw. verbunden.¹⁹ Es bildete sich jedoch kein einheitlicher Zyklustyp aller oder der Gruppe der westeuropäischen imperialistischen Industrieländer heraus, trotz mehrfach synchronen Verlaufs der Zyklen in diesen Hauptländern und daher mit Weltwirtschaftskrisen 1974/75 und zu Beginn der 80er Jahre.

Gegen Ende der 60er Jahre und Anfang der 70er Jahre, besonders augenfällig seit Mitte der 70er Jahre, wird das ökonomische System wie das Gesamtsystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus von sich verschärfenden ökonomischen und sonstigen Krisen gekennzeichnet. Die Akkumulations-, Reproduktions- und Verwertungsbedingungen ändern sich²⁰:

- Die staatsmonopolistische Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution beschleunigte sich, begleitet von verschärften Konkurrenzkämpfen. Dabei ist die wissenschaftlich-technische Revolution selbst Mittel dieser Auseinandersetzungen. An die qualitativen und quantitativen Veränderungen will sich das staatsmonopolistische System mit neuen Produktionen und Investitionen, mit Basis- und Produktinnovationen, mit neuen Strukturen usw. anpassen.

17 Vgl. Statistisches Jahrbuch für die BRD, Wiesbaden 1974, S. 145. - Sie sank 1968 und 1969 auf rd. 323 000 bzw. 179 000.

18 Vgl. Höhme, S. 69 ff.

19 Vgl. auch Reinhold, O., Der lebendige Marx, Berlin 1983, S. 146 f.

20 Vgl. Kowalski, R., Widersprüche der Kapitalakkumulation und Regulierungskrise, in: Forschungshefte des IPW, 1/1983, S. 24.

- In widerspruchsvoller Wechselwirkung mit der Produktivkraftentwicklung kommt es zur weiteren Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der ihm entsprechenden ökonomischen Regulierung. Damit werden die kapitalistische Ausbeutung, die Produktion und Akkumulation von Mehrwert immer mehr vergesellschaftet. Das verschärft unvermeidlich die antagonistischen Widersprüche des Reproduktionsprozesses, den kapitalistischen Grundwiderspruch und weitere, auch krisenauslösende Widersprüche.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus und die mit ihm verbundene ökonomische Regulierung sollen das gegenwärtige Kapitaleigentum stabilisieren und die Kapitalakkumulation forcieren. Die ökonomische Regulierung ist daher in beträchtlichem Maße eine Regulierung der Kapitalakkumulation, des Investitionsprozesses.

- Das Ressourcenproblem spielt im Akkumulations- und Reproduktionsprozeß eine neue Rolle (vor allem die Verteuerung des Erdöls und ihre Auswirkung), ebenso wie die Erfordernisse des Umweltschutzes, der intensiveren Nutzung der natürlichen Ressourcen usw.

- Die internationale Arbeitsteilung wandelt sich und bringt einschneidende Veränderungen in den internationalen Konkurrenzverhältnissen. Vor allem das Aufkommen Japans, aber auch einiger Entwicklungsländer mit schneller Industrialisierung, trägt dazu entscheidend bei.²¹

Unter diesen Bedingungen veränderte sich auch die Akkumulations- bzw. Investitionsentwicklung. Sie wird seit den 70er Jahren in der BRD dadurch charakterisiert, daß

- sich das Brutto-Sozialprodukt schneller als die Anlageinvestitionen entwickelte. Damit ging deren Anteil bis 1981/82 ungleichmäßig auf rd. 22,0 % bzw. 20,5 % zurück.

- die Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen überwogen.²² Aber in Verbindung mit der wissenschaftlich-technischen Revolution können schon bei einfacher Reproduktion Leistungssteigerungen erzielt werden. Das hemmt Erweiterungsinvestitionen und beeinträchtigt insgesamt Volumen und Wachstum der Investitionen.

- die Investitionsentwicklung bei nun überwiegend intensiv erweiterter Reproduktion und Überwiegen qualitativer Wachstumsfaktoren durch verstärkte Rationalisierung die Freisetzung von Arbeitskräften nicht nur im produzierenden Bereich beschleunigt und die Arbeitslosigkeit verstärkt, sondern auch im Dienstleistungsbereich.

- die Krisen der 70er Jahre nicht mehr genügend Anstoß und Raum für ein jeweils erneutes kräftiges Investitionswachstum schaffen konnten.

In jedem kapitalistischen Zyklus kommt es gesetzmäßig zur Überakkumulation und Überproduktion, zu Kapitalentwertung und -vernichtung. Frühere Wirtschaftskrisen konnten die Überakkumulation so weit beseitigen, daß der Investitionsprozeß einsetzte, sich verstärkte und als materielle Grundlage eines neuen Wirtschaftsaufschwungs fungierte. Gegenwärtig ist eine anhaltende, umfangreiche Überakkumulation charakteristisch, die in Ver-

21 Ebenda.

22 Vgl. dazu besonders den Abschnitt 2.4.

bindung mit einer hohen Nichtauslastung von Kapazitäten den Investitionsprozeß hemmt. Trotz umfangreicher Kapitalvernichtung, die z. B. in der Krise von 1974/75 stattfand, "wurden die Widersprüche und Disproportionen des kapitalistischen Verwertungsprozesses nur ungenügend entspannt bzw. abgebaut".²³ Das wirkte sich auf den folgenden Zyklus negativ aus.

Charakteristisch für diese neue Situation seit den 70er Jahren, in denen sich die Investitionsentwicklung und das gesamte ökonomische Wachstum verlangsamten, ist die lange Stagnation der Investitionen nach der Krise von 1974/75. Die Brutto-Anlageinvestitionen insgesamt (A) und im "Verarbeitenden Gewerbe" (B) erreichten erst 1979 das Niveau der Vorkrisenjahre 1972 und 1973 bzw. blieben im Bereich B auch dann noch weit darunter. Auf der Preisbasis von 1970 weist folgende Übersicht das aus²⁴:

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
A	100,0	104,7	108,0	108,3	99,8	95,2	<u>94,7</u>	98,3	103,4	112,0
B	<u>100,0</u>	96,2	83,8	<u>82,0</u>	70,0	<u>67,3</u>	<u>70,4</u>	73,3	76,9	<u>82,3</u>

In Relation dazu lag der Investitionsumfang bis 1977 in den USA um 5,7 %, in Japan um 17 % und in Frankreich um 12 % niedriger als im Vorkrisenjahr 1973.²⁵

Vergleicht man die Wirtschaftsentwicklung einiger imperialistischer Länder anhand der Gesamtinvestitionen sowie der Industrieproduktion in den 60er und 70er Jahren, dann zeigt sich diese veränderte Situation - langsames und ungleichmäßigeres industrielles (und sonstiges) Wirtschaftswachstum - in Wechselwirkung mit einem neuen Abschnitt der Zuspitzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus ebenfalls sehr deutlich:

- U S A : Hier lagen die Jahresraten der Brutto-Anlageinvestitionen in den 60er Jahren zwischen +10,2 % (1965) und -1,8 % (1967) und in den 70er Jahren zwischen +9,1 % (1977) und -11,9 % im Jahresdurchschnitt von 1975. Die Schwankungsbreite nahm zu. Bei den Investitionen traten mehr und stärkere absolute Rückschläge auf als beim Bruttoproduct und der Industrieproduktion. Insgesamt setzte sich das Krisengesetz besonders eindeutig in den USA, dem entwickeltesten Land des staatsmonopolistischen Kapitalismus durch.

²³ Vgl. Kowalski, S. 12.

²⁴ Vgl. Daten zur Entwicklung des Produktionspotentials, des Einsatzes von Arbeitskräften und Anlagevermögen sowie der Einkommensverteilung in den Wirtschaftsbereichen der BRD. 1950 - 1975, Berlin (West) 1977, S. A 13 - A 18; ifo-Schnelldienst, hg. v. ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, 11/1982, S. 8; ebenda, 34/1982, S. 7.

²⁵ Statistisches Jahrbuch für die BRD, Jgg. 1960 - 1983; Wirtschaft und Statistik, Jgg. 1980 - 1983; Daten zur Entwicklung des Produktionspotentials ..., S. A 1 - A 13; Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der BRD, Statistische Kennziffern, Berlin (West), Jgg. 1980 - 1983; National Accounts of OECD 1950 - 1979, hg. v. OECD, Paris 1981; Main Economic Indicators, hg. v. OECD, Paris, Jgg. 1980 - 1983.

Die Raten der Industrieproduktion schwankten in den 60er Jahren zwischen +9,8 % (1966) und +0,8 % (1961). Das war gegenüber den 40er und 50er Jahren insgesamt eine schnellere und ausgeglichene Entwicklung. In keinem Jahr traten absolute Rückschläge auf. Die Raten lagen danach in den 70er Jahren zwischen +10,8 % (1976) und -8,9 % (1975). In Verbindung mit drei Kriseneinbrüchen (1970, 1974 und 1975) verlangsamte sich die industrielle Entwicklung beträchtlich.²⁶

- J a p a n : Bei günstigen Wachstumsbedingungen war über eine längere Zeit (besonders in den 50er Jahren - mit Ausnahme von 1958, als bei ± 0 ein Stillstand auftrat) ein relativ hohes Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung zu verzeichnen. Die Veränderungsraten der Industrieproduktion lagen in den 60er Jahren zwischen +25,0 % (1960) und +3,4 % (1965). (In keinem Jahr gab es absolute Rückschläge.) In den 70er Jahren lagen sie zwischen +16,2 % und -10,5 %; in 2 Jahren (1974 und 1975) traten negative Raten, d. h. absolute Rückgänge, auf. Das durchschnittliche Wachstumstempo verlangsamte sich ebenfalls erheblich. Das war ein ähnlicher Zyklustyp wie in der BRD.²⁷

Der insgesamt verlangsamten Wirtschaftsentwicklung in der BRD lag also ein zurückgehendes Investitionswachstum zugrunde. Ein Vergleich der durchschnittlichen Veränderungsraten der Investitionen in der Industrie sowie in allen Bereichen über Zeiträume von 10 Jahren und über die aufeinanderfolgenden Zyklen zeigt sehr deutlich eine sinkende Tendenz. Dabei gingen die Durchschnittsraten der Investitionen gegenüber den anderen Raten (der Industrieproduktion des staatlichen und privaten Verbrauchs, des BRD-Exports, des Brutto-Sozialprodukts) am stärksten zurück. (Vgl. Tab. 3, Grafik 2 im Anhang.)

3. Die Verlangsamung und Stagnation der Investitions- und Wirtschaftsentwicklung in der BRD - die nach der Weltwirtschaftskrise von 1974/75 noch deutlicher auftrat und die insgesamt die Verflechtung von allgemeiner Krise, zyklischen und sonstigen Krisenerscheinungen widerspiegelt - erfolgte jedoch auf einem relativ hohen absoluten Niveau der Investitionen, der Industrieproduktion usw. Das Brutto-Sozialprodukt der BRD stieg von rd. 559 Mrd. im Jahre 1966 - vor dem Einschnitt 1967 - auf rd. 679 Mrd. (1970) und 897 Mrd. DM 1980 - auf der Preisbasis von 1970 - und damit auf etwa das 1,6fache.²⁸ Die Investitionsspitzen von 1973 und 1980 lagen über dem erreichten Niveau von 1966 (auf der Grundlage der Preise von 1970). Weit stärker gilt dies auf der Grundlage der jeweiligen Preise, also unter Einschluß der enormen Preissteigerungen. Die Tiefpunkte von 1976 und 1982 (soweit bisher zu verfolgen ist) lagen über dem von 1967. - Eine generelle Einschätzung der Investitionsentwicklung in den 70er Jahren als "Abwärtstrend" ist daher ungenau, wie auch Grafik 3 (s. Anhang) ausweist.

26 Vgl. Tab. 1.

27 Main Economic Indicators, Historical Statistics 1959 - 69; Main Economic Indicators, Jgg. 1980 - 1983.

28 Statistisches Jahrbuch für die BRD, Jgg. 1960 - 1983, Abschnitt Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

In konstanten Preisen von 1970 und in jeweiligen Preisen stiegen die Jahresinvestitionen in allen Bereichen (A) und in der Industrie der BRD (B) in Milliarden DM folgendermaßen an²⁹:

	A		B	
	in Preisen von 1970	in laufenden Preisen	in Preisen von 1970	in laufenden Preisen
1950	43,2	20,0	9,8	5,2
1960	107,9	73,7	27,1	20,2
1970	182,9	182,9	45,7	45,7
1980	203,2	338,0	37,1	45,9

Wird der erreichte Stand von 1970 gleich 100 gesetzt, dann lagen die Indizes im Jahre 1980 (auf der Preisbasis von 1970)
für das Brutto-Sozialprodukt bei rd. 132 %,
für die Industrieproduktion bei rd. 122 %,
für die gesamten Anlageinvestitionen bei rd. 111 %
und für die Investitionen in der Industrie bei rd. 81 %.

Der erreichte Entwicklungsstand lag also 1980, mit dem Beginn der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise, für die Investitionen eindeutig niedriger.

Das Investitionsvolumen (Brutto-Anlageinvestitionen in allen Bereichen, in laufenden Preisen) verhielt sich in vergleichbaren Zeiträumen vor und nach der Krise 1967 von 1960 bis 1966, 1967 bis 1973 und 1974 bis 1980 wie 1 : 1,7 : 2,6 (rd. 718 Mrd., 1 227 bzw. 1 848 Mrd. DM).³⁰

Als Ersatz- und Neuinvestitionen ersetzen und erweitern, erneuern und modernisieren die Anlageinvestitionen das gesamte Brutto-Anlagevermögen (BAV) der Unternehmer und des Staates, das in entscheidendem Maße konstantes fixes Kapital ist. Damit verfügen die herrschenden Kräfte der BRD - das Finanzkapital, das eng mit dem Staat und dem Militär-Industrie-Komplex verflochten ist - über ein umfangreiches, leistungsfähiges Produktions- und sonstiges Wirtschaftspotential.

2. Zur Entwicklung von Investitionsstrukturen in der BRD

Die Strukturen der Investitionen und deren Veränderungen hängen ebenso wie der Investitionsumfang eng mit der zyklischen Wirtschaftsentwicklung zusammen. Kapitalistische Wirtschaftskrisen, insbesondere tiefere und umfassendere Krisen, sind mit Strukturveränderungen verbunden, die erneutes Wirtschaftswachstum ermöglichen und zu neuen Proportionen im Reproduktionsprozeß führen.³¹ In Wechselwirkung damit spiegeln die In-

²⁹ Statistisches Jahrbuch für die BRD, Jgg. 1960 - 1983; Wirtschaft und Statistik, Jgg. 1980 - 1983; Daten zur Entwicklung des Produktionspotentials ...; Produktionsvolumen und -potential ...; Main Economic Indicators.

³⁰ Ebenda.

³¹ Mottek, H., Die Krisen und die Entwicklung des Kapitalismus, Berlin 1982, S. 17.

vestitionsstrukturen die Zyklizität, die langfristig zunehmende Labilität und Disproportionalität sowie die Verflechtung verschiedener Krisenerscheinungen wider. Ferner zeigen die Veränderungen der Investitionsstrukturen, wie sich die materiell-technischen Grundlagen der ökonomischen und politischen Macht des gegenwärtigen Finanzkapitals entwickeln.

2.1. Die ungleichmäßige Entwicklung der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen, die wachsende Bedeutung der Ausrüstungsinvestitionen

Innerhalb der Brutto-Anlageinvestitionen soll zunächst nach Ausrüstungs- und Bauinvestitionen unterschieden werden. Die Ausrüstungsinvestitionen, die Maschinen, Ausrüstungen, Fahrzeuge usw. umfassen, sind am engsten mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt, mit Innovationen, mit Rationalisierungen, Automatisierung und Mechanisierung, mit Veränderungen der Produktionsprogramme usw. verbunden. Sie spielen bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität die ausschlaggebende Rolle. Die Bauinvestitionen bestehen aus Wohnbauten und sonstigen Bauten (private und staatliche Wirtschaftsbauten in der Industrie, Landwirtschaft usw. und Bauten der "öffentlichen Hand" im Bereich der Infrastruktur). Bauinvestitionen im produzierenden Bereich dienen überwiegend der Kapazitätserweiterung und hängen eng mit Produktionsausdehnungen zusammen.

Bei der Entwicklung der Struktur der Anlageinvestitionen nach Ausrüstungen und Bauten sind folgende Erscheinungen und Tendenzen erkennbar:

- Die Ausrüstungsinvestitionen entwickelten sich im Verlauf der Zyklen am ungleichmäßigsten. Die negativen und positiven Jahres-Veränderungsraten übertrafen fast ständig die der Bauinvestitionen sowie der Gesamtinvestitionen. Das gilt in besonderem Maße für die Industrie. Die Ausschläge der Ausrüstungsinvestitionen insgesamt bewegten sich von 1967 bis 1974/75 zwischen -10,2 % (1974) und +23,0 % (1969), die der Bauinvestitionen insgesamt zwischen +6,8 % (1971) und -9,8 % (1974) auf der Basis konstanter Preise von 1970.³²

Niveau und Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen kennzeichnen mit am deutlichsten den Zustand der Wirtschaft im Zyklus. - Diese Feststellung trifft aber nur zu, wenn von den sehr krassen, oft sprunghaften Preissteigerungen für Bauten und Bauland sowie von ungleichmäßigen Erhöhungen für Investitionsgüter abgesehen wird. Werden diese Preisanstiege berücksichtigt, dann ergibt sich, daß besonders seit den 60er Jahren die stärksten Schwankungen für die Bauinvestitionen auftraten. - In Untersuchungen des Münchner ifo-Instituts wird wiederholt von einem "horrenden" Anstieg der Baukosten, von einer "Baukostenexplosion" gesprochen, die durch staatliche Rahmenbedingungen (z. B. durch Bauvorschriften und Gebührenordnungen) noch angeheizt wurde.³³

32 Vgl. Statistisches Jahrbuch für die BRD, Jgg. 1960 - 1983, Abschnitt Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Anlageinvestitionen.

33 Vgl. ifo-Schnelldienst, 17 - 18/1982, S. 14, 18/1982, S. 14.

Besonders starke Rückschläge der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen erfolgten in den Krisenjahren 1967 und 1974/75 sowie erneut seit 1980. Über Zehn-Jahres-Zeiträume betrachtet, gingen die durchschnittlichen Veränderungsdaten erheblich zurück und kennzeichnen so, auch unter diesem Aspekt, die Verlangsamung und die verstärkte Labilität der Investitions- und sonstigen Wirtschaftsentwicklung. (Vgl. dazu und im folgenden Tab. 4 im Anhang.)

- Im Jahre 1980 unterteilten sich die gesamten Brutto-Anlageinvestitionen von rd. 338 Mrd. DM (in laufenden Preisen; rd. 203 Mrd. in Preisen von 1970) in 128 Mrd. Ausrüstungsinvestitionen und 210 Mrd. Bauinvestitionen. Davon waren rd. 100 Mrd. Wohnungsbauinvestitionen.³⁴ Den Stand von 1960 bzw. 1970 gleich 100 gesetzt, wuchsen die gesamten BAI auf rd. 479 % (bzw. 195 %) und die Ausrüstungsinvestitionen auf 359 bzw. 187 %. Dagegen erreichten die Bauinvestitionen das 6fache (bzw. 2fache) und darunter die Wohnbauinvestitionen rd. 638 % (bzw. 223 %).³⁵ Das bedeutet, daß auf dieser Preisgrundlage die Bauinvestitionen (besonders die Wohnungsbauinvestitionen) schneller stiegen. Anders wieder auf der Preisbasis von 1970: Danach stiegen die Ausrüstungsinvestitionen rascher (auf 243 % bzw. 121 %) gegenüber den Bauinvestitionen, die 169 % bzw. 115 % erreichten.
- Diese ungleiche Entwicklung der Investitionsarten führte zu veränderten Anteilen an den gesamten Anlageinvestitionen. Nachdem in den 50er Jahren (bis 1958 einschließlich) die Ausrüstungsinvestitionen überwogen hatten, ging ihr Anteil in den folgenden Jahrzehnten und Zyklen zurück. Der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen wurde erstmals im Jahre 1959 und dann seit 1962 und den Krisenerscheinungen von 1963 vom Anteil der Bauinvestitionen übertroffen. Das hing einerseits mit dem umfangreichen und schneller wachsenden Wohnungsbau zusammen. Sein Anteil lag z. B. in den 70er Jahren zwischen rd. 26 % und 32 %. Die hohen Prozentanteile von 1971 bis 1973 hingen mit einem förmlichen "Wohnungsbauboom" zusammen, der maßgeblich auch durch beschleunigte Inflationserscheinungen ausgelöst wurde, die zu dieser Flucht in Sachwerte, in das "Beton-Gold" beitrugen.³⁶

Andererseits erhöhten sich bis zum Ende der 70er Jahre Umfang und Anteil der "sonstigen Bauten", hauptsächlich der staatlichen Bauten im Bereich der Infrastruktur (Verkehrsanlagen, Bildungseinrichtungen, Umweltschutz usw.). Diese Bauinvestitionen wurden als Rahmenbedingungen angesichts weiterer Vergesellschaftung der Produktion und der kapitalistischen erweiterten Reproduktion immer notwendiger.³⁷

34 Statistisches Jahrbuch für die BRD, Jgg. 1960 - 1983, Abschnitt Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Verwendung des Sozialprodukts, Anlageinvestitionen; Wirtschaft und Statistik, 3/1983, S. 173 f.; Die Wirtschaft kapitalistischer Länder in Zahlen, in: IPW-Forschungshefte, 1/1982, S. 36.

35 Ebenda.

36 Vgl. ifo-Schnelldienst, 31-32/1978, S. 25.

37 Auf diese Fragen wird noch einmal unter dem Aspekt der Investitionstätigkeit des Staates eingegangen.

Vergleichen man die Ausrüstungsinvestitionen mit den Bauinvestitionen ohne Wohnungsbau, d. h. mit den "sonstigen Bauten", dann überwiegen ständig die Ausrüstungsinvestitionen (z. B. 1960 und 1980 mit rd. 65 % bzw. 54 %; auf der Basis laufender Preise).

- Bei einem internationalen Vergleich der Investitionsstruktur von sechs großen imperialistischen Industrieländern (USA, Japan, BRD, Großbritannien, Frankreich, Italien) zeigt sich, daß im Durchschnitt von 1950 bis 1975 die Anteile an den gesamten Investitionen (in Preisen von 1970) für die Ausrüstungsinvestitionen etwa 41,5 %, für die Wohnungsbauinvestitionen 23,7 % und für andere Bauinvestitionen 34,8 % ausmachten.³⁸ Im langfristigen Durchschnitt blieben diese Relationen im internationalen Vergleich fast gleich, während sich für die einzelnen Länder beträchtliche Veränderungen ergaben. Für die BRD setzten sich die vorher genannten Strukturwandlungen durch (vgl. Tab. 4).
- Im produzierenden Bereich, hier am Beispiel des "Verarbeitenden Gewerbes", wird die entscheidende Bedeutung der Ausrüstungsinvestitionen am deutlichsten sichtbar. Unter erschwerten Verwertungsbedingungen rückten immer mehr solche Investitionsanstrengungen in den Vordergrund, die die eigenen Konkurrenzpositionen verbessern sollten: "Innovationsinvestitionen", um den Mechanisierungs- und Automatisierungsgrad zu erhöhen, um neue Fertigungs- und Verfahrenstechniken sowie neue Produktionsprogramme einzuführen und um Forschung und Entwicklung zu verstärken. Auf den Rückgang des Bauanteils der Investitionen wirkte sich ferner aus, daß sich modernere Technik und Technologie auch in vorhandenen Bauten - ohne wesentliche Erweiterungsbauten - profitabel einsetzen ließen.

Im Durchschnitt der Jahre von 1973 bis 1978 erreichten die Ausrüstungsinvestitionen im "Verarbeitenden Gewerbe" der BRD einen Anteil von rd. 81 %.³⁹ Von 1970 bis 1980 erhöhte er sich von 76 % auf 79 %. - Im Verlauf der Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution gewinnen die Ausrüstungsinvestitionen weiter an Bedeutung.

2.2. Die Brutto-Anlageinvestitionen der Unternehmen und des Staates

Die weiter vorne getroffene Feststellung, daß der Investitionsprozeß in der BRD und in weiteren ähnlichen Industrieländern staatsmonopolistischen Charakter hat, gilt für die gesamte Investitionstätigkeit, unter welchen Aspekten sie auch gesehen wird (als Gesamtanlagen in den Zyklen, als Anlagen in Ausrüstungen und Bauten, als Investitionszyklen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen in Wechselwirkung mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt usw.). Hier soll der staatsmonopolistische

³⁸ Vgl. ifo-Schnelldienst, 31-32/1978, S. 44. - Berechnet nach Einwohnerzahlen und "Brutto-Inlandsprodukt" in US-Dollar 1970. - Die Angaben sind als Folge unterschiedlicher statistischer Unterlagen nur annähernd vergleichbar.

³⁹ Vgl. Statistisches Jahrbuch für die BRD, Jg. 1981, S. 541; ifo-Schnelldienst, 16/1982, S. 10.

Investitionsprozeß unter zwei weiteren Gesichtspunkten erfaßt werden: erstens als Investitionsprozeß der Unternehmen und des Staates und zweitens unter einem Aspekt der Investitionsfinanzierung, unter dem der Abschreibungen.

Von den Investitionen der "Unternehmen" entfällt ein relativ hoher Anteil auf die Kapitalgesellschaften, insbesondere auf die großen Monopole. Umfang, Tempo und Richtung ihrer Kapitalakkumulation und ihrer Investitionen beeinflussen entscheidend den gesamten Investitionsverlauf und damit auch die zyklische Wirtschaftsentwicklung. Ihr Investitionsverhalten, ihre Investitionsstrategie im In- und Ausland, ihre Innovationsstrategien und darunter ihre Innovationsinvestitionen sind bestimmend für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung.

Eine Gegenüberstellung der Anlageinvestitionen der "Unternehmen", besonders der Monopole, und ihre Staates in der BRD (s. Tab. 5 im Anhang) ergibt u. a.:

- Die Veränderungsraten der Gesamtinvestitionen von Unternehmen, ihrer Ausrüstungs- und Bauanlagen weisen ähnliche Schwankungen, Tief- und Höhepunkte in den Wirtschaftszyklen auf, wie sie bereits zuvor für die gesamten Brutto-Anlageinvestitionen sowie die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen erfaßt wurden.

Die Schwankungen lagen seit der Krise von 1967 bis zum Beginn der 80er Jahre zwischen +17,9 % (1969 gegenüber 1968) und -8,8 % (1967). Durch jeweils vorangegangene Überproduktion und Überakkumulation, wodurch die Kapazitäten über die Aufnahmefähigkeit der Märkte ausgedehnt wurden, traten immer wieder sich zuspitzende antagonistische Widersprüche offen zutage und bewirkten unvermeidlich periodische Rückschläge und Krisen.

- Die Brutto-Anlageinvestitionen des BRD-Staates, die im Unterschied zu den privaten Anlagen meistens Bauinvestitionen sind, weisen nicht nur erhebliche Ungleichmäßigkeiten auf. Diese Schwankungen traten auch häufig gleichzeitig, gleichgerichtet und manchmal stärker als die der Unternehmens-Investitionen auf (z. B. in den Krisenjahren 1967 und 1981/82 sowie seit der Krise von 1974/75 bis 1982). Die Investitionstätigkeit des Staates (besonders der Gemeinden, auf die sich mit rd. zwei Dritteln der Hauptanteil konzentrierte) verlief also nicht "antizyklisch", wie von der bürgerlichen Wirtschaftspraxis und -theorie für dieses "konjunkturpolitische Steuerungsinstrument" vorgesehen, sondern prozyklisch.

Die Entwicklung der gesamten direkten Staatsausgaben verlief z. B. im Zeitraum von 1964 bis 1977 "mit einjähriger Verzögerung gegenüber dem BSP-Wachstum ausgesprochen prozyklisch ... Noch ausgeprägter zyklisch-verlaufen die staatlichen Investitionen ... Die Zyklizität der staatlichen Aufgaben ist in erster Linie eine Folge der rückläufigen Einnahmeentwicklung; diese wiederum ist auf Gemeindeebene am stärksten spürbar".⁴⁰ - Die staatliche Investitionstätigkeit wirkte damit nicht ausgleichend und stabilisierend. Sie verstärkte vielmehr ihrerseits die ökonomische und soziale Labilität und Unsicherheit.

⁴⁰ Vgl. Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik, Empirische Analysen, Fakten, hg. v. Institut für marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt (Main) 1982, S. 62.

- Nachdem die staatlichen Anlageinvestitionen bis zur Mitte der 60er Jahre schneller als die der Unternehmen angestiegen waren - 1965 erreichten sie etwa ein Sechstel der privaten Investitionen -, verlangsamte sich ihr Wachstumstempo von den 70er Jahren bis zur Gegenwart stärker als dasjenige der privaten Kapitalanlagen. Eine Zunahme der Staatsverschuldung und ein hohes Zinsniveau führten dazu, daß die Investitionsquote der staatlichen Anlageinvestitionen (Anteil am "Brutto-Inlandsprodukt"), die zwischen 1964 und 1967 mit 4,6 % ihren Höhepunkt erreicht hatte, seitdem zurückging und im Zeitraum von 1976 bis 1982 bei 3,2 % lag.⁴¹

Ein umgekehrtes Investitionsverhalten des Staates zur Ausgleichung der kurzfristigeren Schwankungen sowie gegen die langfristige Verlangsamung der Wirtschaftsentwicklung konnte nicht erreicht werden.

- Der Anteil der Unternehmen an den gesamten Brutto-Anlageinvestitionen lag bei weitem über dem des Staates. Im Durchschnitt der 70er Jahre erreichte er rd. 83 %. Er erhöhte sich mit den in den 80er Jahren erneut zunehmenden Krisenerscheinungen auf rd. 85 % (1982; vgl. Tab. 5). Die durch die hohe Profitproduktion ermöglichten und für diese Produktion notwendigen umfangreichen Kapitalinvestitionen wurden durch den Staat nicht nur indirekt und direkt vielfältig gefördert, wie z. B. durch die Gewährung günstiger Kredite und Abschreibungen, durch gezielte Investitionsförderungen bestimmter Monopole bzw. Wirtschaftsbereiche, durch Subventionen usw. Der Staat schuf im weitesten Sinne auch ökonomische, politische und sonstige innere und äußere Rahmenbedingungen für die Existenz und Akkumulation des gegenwärtigen monopolistischen Kapitaleigentums. Die Verflechtung Staat/Monopole ist gerade auch für die Kapitalakkumulation, für den gesamten Investitionsprozeß notwendig und unumkehrbar.

- Werden die Wohnungsbauinvestitionen ausgegliedert und die drei Positionen: Unternehmen, Staat (einschl. der "privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter") und Wohnungsbau miteinander verglichen, dann verhielten sie sich 1970 wie etwa 57 : 19 : 24 und 1978 wie 58 : 16 : 26; also ist eine weitere geringe Anteilzunahme der Unternehmen und des Wohnungsbaus zuungunsten des Staates zu verzeichnen.⁴²

Hinter diesen Strukturen steckten einerseits disproportionale Entwicklungen zuungunsten der staatlichen Investitionen, die mit zu den bekannten Mängeln der BRD-Infrastruktur führten, sowie andererseits Anteilsverschiebungen der verschiedenen Wirtschaftsbereiche.

Zu den Abschreibungen innerhalb der Investitionsfinanzierung: In der bürgerlichen "Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung" messen die "Abschreibungen" die "Wertminderung des reproduzierbaren Anlagevermögens im Lauf der Periode durch Verschleiß und wirtschaftliches Veralten".⁴³

41 Vgl. ifo-Schnelldienst, 3/1983, S. 48. - "Brutto-Inlandsprodukt": das im Inland verfügbare Brutto-Sozialprodukt.

42 Vgl. Statistisches Jahrbuch für die BRD, Jg. 1981, S. 541.

43 Vgl. ebenda, Jg. 1974, S. 495. - Auf der Basis laufender Preise.

Diese Abschreibungen (vom gesamten Anlagevermögen, nicht nur von den jährlichen Brutto-Anlageinvestitionen) erreichten 1970 und 1980 mit 68,4 Mrd. bzw. 173,4 Mrd. DM rd. 10,1 % bzw. 11,7 % des Brutto-Sozialprodukts.⁴⁴

Verglichen mit den Brutto-Anlageinvestitionen, lagen die Abschreibungen (nach Angaben des Statistischen Bundesamtes) 1960, 1970 und 1980 bei rd. 37 %, 39 % und 51 %; im Durchschnitt der 80er Jahre bei rd. 47,8 %; er stieg bis 1982 auf rd. 61 %.⁴⁵

Bei der Investitionsfinanzierung spielten die Abschreibungen die entscheidende Rolle. An der gesamten "Innenfinanzierung" der Unternehmen (aus "Selbstfinanzierung", d. h. Profiten und Abschreibungen) im Vergleich zur "Außenfinanzierung" (aus Beteiligungs- und Fremdfinanzierung) erreichten die Abschreibungen nach etwas abweichenden Angaben der Deutschen Bundesbank folgende Anteile (in %)⁴⁶:

	1970	1980	1981	1982 1. Halbjahr
Abschreibungen	39,8	50,2	55,1	69,3
Gesamte Innenfinanzierung	56,1	59,8	55,3	64,9
Gesamte Außenfinanzierung	43,9	40,2	44,7	35,1

An einem Einzelbeispiel zeigt sich sehr deutlich, was generell für die Anlageinvestitionen und ihre Finanzierung festgestellt wurde: Die Investitionen in Sachanlagen der Bayer AG, Leverkusen - an 6. Stelle der großen Industrieunternehmen der BRD und an 3. Stelle der mächtigsten Chemiekonzerne der kapitalistischen Welt (jeweils nach dem Umsatz)⁴⁷ - stiegen von 1972 bis 1981 von 535 Mill. auf 904 Mill. DM.⁴⁸ Bezeichnend ist, daß nach dem Höhepunkt von 1974 (mit 880 Mill. DM) dieser Umfang erst 1980 mit 894 Mill. DM erreicht und überschritten wurde. Das entspricht der gehemmten und verlangsamten Entwicklung der Gesamtinvestitionen in allen Bereichen und in der Industrie in den 70er Jahren. "Von den Sachanlageinvestitionen der Bayer AG wurden 46 % für Erweiterung, 44 % für Erhaltung und 10 % für Rationalisierung verwendet."⁴⁹ Die Abschreibungen auf Sachanlagen stiegen von 1972 bis 1981 (mit einem geringen Rückgang 1975) stark an und beliefen sich 1981 auf 88,7 % der Investitionen. Der Forschungsaufwand stieg schneller als die Investitionen und erreichte 1981 rd.

44 Vgl. ebenda, Jgg. 1960 - 1983, Abschnitt Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Sozialprodukt und Inlandsprodukt. - Die Anlageinvestitionen erreichten rd. 25,6 % bzw. 22,8 %.

45 Auf einige Aspekte der Abschreibungen, der Ersatz- und Neuinvestitionen wird in anderen Zusammenhängen später eingegangen.

46 Vgl. Handelsblatt, 14. 4. 1983, S. B 17.

47 Vgl. IPW-Berichte, 5/1983, S. 59, 62.

48 Vgl. Geschäftsbericht der Bayer AG, 1981, S. 107.

49 Ebenda, S. 14, 107.

37,7 % der Sachanlage-Investitionen. Die Investitionen von Bayer Welt erreichten 1981 rd. 2,5 Mrd. und die Abschreibungen 1,8 Mrd. DM, also rd. 70 %.⁵⁰

2.3. Die ungleichmäßige Entwicklung der Brutto-Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen der BRD

Die Kapital- und sonstigen Anlageinvestitionen entwickelten sich während der einzelnen Krisenzyklen und langfristig - über mehrere Zyklen und Jahrzehnte hinweg - in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen ebenfalls sehr ungleichmäßig. In Verbindung mit den weiter vorne kurz charakterisierten einschneidenden Veränderungen seit den 70er Jahren vollzog sich die Investitionsentwicklung in den Anlagebereichen ebenfalls verstärkt zyklisch, verlangsamt und labil, d. h. auch im Zusammenhang mit Überakkumulation und Disproportionen.

- Über gewaltsame akute und chronische Krisenprozesse setzten sich beträchtliche Strukturveränderungen der Anlageinvestitionen und damit auch der Anlagevermögen (der gesamten investierten Anlagen), der Kapitalakkumulation und der gesamten Kapitalanlagen durch. Sie lagen den Wandlungen der Produktions- und Beschäftigungsstrukturen zugrunde (vgl. Tab. 6 im Anhang).

Die wichtigste Strukturveränderung bei den Brutto-Anlageinvestitionen besteht darin, daß der Strukturanteil des "Verarbeitenden Gewerbes", das hier als Bereich der Industrie aufgefaßt wird, stark zurückging; bei weiter absolut wachsenden Investitionen - in jeweiligen Preisen bis 1979 - und sinkenden Anlageinvestitionen in Festpreisen von 1970 (seit Anfang der 70er Jahre). Der Anteil dieses wichtigsten produzierenden Bereichs sank von gut einem Viertel (26 % und 27 %) in den 50er Jahren auf etwa ein Sechstel (rd. 17 %) am Ende der 70er Jahre. Auch der Prozentanteil an den Erwerbstätigen ging zurück. Die Anzahl der Beschäftigten sank von rd. 10,1 Mill. (1970) auf rd. 9,0 Mill. (1980).⁵¹ Relativ verringerte sich auch der Anteil an der Erzeugung des Sozialprodukts⁵².

- Von den weiteren Strukturveränderungen bei den Anlageinvestitionen (und beim Anlagevermögen) soll hier nur noch auf den enormen Rückgang des Strukturanteils der Landwirtschaft (auch hinsichtlich der Beschäftigung) sowie auf den hohen und weiter steigenden Anteil der übrigen Wirtschaftsbereiche, vor allem des Dienstleistungswesens, verwiesen werden (vgl. Tab. 6). Ähnliche Strukturwandlungen setzten sich auch in anderen imperialistischen Industrieländern durch.⁵³

50 Ebenda, S. 14.

51 Vgl. Wirtschaft und Statistik, 3/1984, S. 604.

52 Vgl. Kowalski, S. 27.

53 Ebenda, S. 27 f.

- Die Investitionstätigkeit im Bereich der Industrie verlief am ungleichmäßigsten.⁵⁴ Hier ist die größte "Bandbreite der Schwankungen" festzustellen. Es bestätigt sich eindeutig, daß die Investitionsschwankungen in der Industrie, und hier besonders in der Gruppe A, die Produktionsmittel produziert, die deutlichsten Kennzeichen der Situation in den jeweiligen Krisenzyklen sind. Sie bilden die Hauptkriterien der ökonomischen Zyklen und Krisen.

Obwohl im Jahre 1980 etwa das 9,5fache Investitionsvolumen gegenüber 1950 erreicht wurde (mit rd. 53,6 Mrd. gegenüber 5,6 Mrd. DM, in laufenden Preisen), verlangsamte sich die Investitionsentwicklung im gesamten Industriebereich, in den einzelnen Zweigen und Bereichen sowie in den beiden Gruppen A und B (vgl. Tab. 7 im Anhang). Die gesamten industriellen Anlageinvestitionen erreichten und überschritten erst 1980 den relativ hohen Stand von 1970/71, um dann seit 1981 erneut zurückzugehen. Dazwischen lagen die 70er Jahre mit hohen, aber stagnierenden Anlagen. Die Investitionen von 1981 umfaßten zu 81 % Ausrüstungen und zu 19 % Betriebsbauten. Bei rückläufiger Inlandsnachfrage und starker, jedoch sich abschwächender Auslandsnachfrage ging die Produktion der Industrie seit 1980 erneut zurück.

Betrachtet man Tab. 7, so entwickelten sich in der Industrie die Anlageinvestitionen der beiden Gruppen A und B folgendermaßen:

Ihr Umfang (auch der des Anlagevermögens) erhöhte sich in der ganzen erfaßten Zeitspanne in beiden Gruppen erheblich. Aber die Investitionen der Gruppe A entwickelten sich schneller. Das Volumen von 1960 gleich 100 gesetzt, erreichte A 1980 ein Niveau von rd. 273, B dagegen von 195.

Die Durchschnittsraten lagen daher auch in den Zyklen in A über denen von B (bis auf den ersten Zyklus von 1952 bis 1957/58, in denen sie annähernd gleich waren).

Das Wachstumstempo verlangsamte sich in beiden Gruppen, in A stärker als in B (erkennbar an den Durchschnittsraten in den Zehn-Jahres-Ab schnitten).

Die Investitionsspitzen der Jahre 1970/71 wurden 1980 von A erheblich (mit rd. 120 %), in B dagegen nur geringfügig (mit 103 %) überschritten.

Der Schwankungsbereich der Jahreszuwachsrate war seit den 60er Jahren in A breiter als in B.

Die Prozentanteile der Gruppe A an den gesamten Brutto-Anlageinvestitionen der Industrie erhöhten sich wesentlich. Sie lagen seit Mitte der 50er Jahre bei 70 % und darüber, seit 1975 bei 75 %. Die Anteile von B lagen nur in der 1. Hälfte der 50er Jahre relativ hoch (im Zusammenhang mit den besonderen Bedingungen der ersten beiden Zyklen in der BRD); danach pendelten sie zwischen 30 % und 25 %. Ihr Anteil verringerte sich gegenüber 1950 auf fast die Hälfte.

⁵⁴ Hier: "Verarbeitendes Gewerbe", einschließlich Bergbau, in laufenden Preisen; vorher (vgl. Tab. 1) ohne Bergbau und in Festpreisen von 1970.

Verallgemeinernd läßt sich aus diesen Entwicklungen ein insgesamt beträchtlich schnelleres Wachstum sowie ein ständiges, starkes Überwiegen der Anlageinvestitionen der Gruppe A gegenüber denen der Gruppe B feststellen. Das ist, von diesem Aspekt der Investitionstätigkeit aus gesehen, ein Beweis der Vorrangigkeit, der schnelleren Entwicklung der Industriegruppe A.

Innerhalb des "Verarbeitenden Gewerbes" der BRD vollzog sich eine sehr unterschiedliche Investitionsentwicklung. Das soll an zwei wichtigen Industriezweigen der Gruppe A gezeigt werden: an der Eisen- und Stahlindustrie, die sowohl ein Beispiel für chronische Krisenprozesse als auch ein Musterbeispiel für das Versagen der staatsmonopolistischen Strukturpolitik darstellt, sowie an der Elektrotechnik/Elektronik-Industrie, die sehr eng mit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung sowie der Rüstungsproduktion verbunden ist.

Die Entwicklung der Brutto-Anlageinvestitionen der Eisen- und Stahlindustrie der BRD bietet nicht nur ein Bild zyklischer Entwicklung, sondern auch das einer chronischen Strukturkrise, hier einer Stahlkrise, die mit Überakkumulation und Überkapazitäten, mit der Beseitigung von Arbeitsplätzen u. ä. m. verbunden ist. Im Geschäftsbericht der Krupp Stahl AG, Bochum, für 1980 heißt es dazu: "Im Verlauf des Jahres 1980 hat sich die Stahlmarktsituation krisenhaft zugespitzt. Die Nachfrage ging sehr stark zurück; der Wettbewerbsdruck nahm - ausgelöst durch die Subventionspraktiken in den anderen EG-Ländern - erheblich zu." Dies führte zu "stahlpolitischen Eingriffen".⁵⁵ In den USA z. B. wurden erhöhte Importpreise und in der Europäischen Gemeinschaft (EG) Erzeugungsquoten gegen die Konkurrenz eingeführt. Die Krupp-Gesellschaft bemüht sich darum, "im Rahmen der europäischen Stahl-Krisenmaßnahmen wieder ein auskömmliches Erlös niveau zu erreichen."⁵⁶ Damit ist das Hauptziel sehr zart formuliert, nämlich im verschärften Konkurrenzkampf wieder zu hohen Profiten zu kommen. Deshalb müßten die "wettbewerbsverzerrenden Subventionen" bei den Konkurrenten abgebaut werden. Die Investitionstätigkeit konzentriert sich daher auf weitere Rationalisierungen, Modernisierungen und Umstrukturierungen. Ein neues Elektrostahlwerk mit einem Hochleistungs-Elektrolichtbogenofen wird gebaut. Es soll "ein unter Umweltschutzaufgaben stehendes und kostengünstiger arbeitendes SM-Stahlwerk und ein veraltetes Elektrostahlwerk ablösen."⁵⁷ Alle diese und ähnliche Maßnahmen, die nicht nur bei Krupp und in der BRD durchgesetzt werden und die einerseits die Produktions- und Investitionsstrukturen an die veränderte Lage anpassen und den Reproduktionsprozeß intensivieren sollen, verursachen andererseits erneute Arbeitsplatzverluste und die Entlassung weiterer Stahlarbeiter. Die Kieler Zeitschrift "Die Weltwirtschaft" leistet dazu den folgenden Kommentar, der gegen direkte staatliche Eingriffe zur Schaffung oder Erhaltung von Beschäftigung in der Wirtschaft gerichtet ist: Mehr Staatsausgaben führen "nicht zu mehr international wettbewerbsfähigen Dauerarbeitsplätzen, sondern kommen vor allem

55 Vgl. Krupp Stahl AG, Bochum-Bericht über das Geschäftsjahr 1980, S. 6.

56 Ebenda, S. 7.

57 Ebenda, S. 15.

dem Konsum und der Erhaltung unrentabler Arbeitsplätze wie etwa im Schiffsbau oder in der Stahlindustrie zugute.⁵⁸

Betrachtet man die Entwicklung der Brutto-Anlageinvestitionen in der Eisen- und Stahlindustrie der BRD von 1950 bis 1981⁵⁹ (s. Tab. 8 im Anhang), so zeigt der Investitionsverlauf extreme Schwankungen und über längere Zeitabschnitte absolute Rückschläge auf. Die Investitionsspitzen von 1962 bis 1964 wurden erst 1970 übertroffen und - nach sehr ungleichmäßigem Ablauf - 1980/81 lediglich wieder erreicht. In den Wirtschaftskrisen von 1958 und 1967 kam es zu besonders starken Einbrüchen. Das Investitionsvolumen von 1981 und 1982 betrug nicht einmal zwei Drittel des Umfangs von 1976.

Den Kapitaleigentumsinteressen und damit dem Profitprinzip untergeordnet, konnte (und kann) grundsätzlich keine dem erreichten Vergesellschaftungsgrad der Produktion entsprechende grundsätzliche Regelung gefunden werden, was bestimmte Teillösungen nicht ausschließt. Die angewendeten Mittel - wiederholte staatliche Subventionen und sonstige Förderungen, weitere Akkumulation und Konzentration, viele Fusionen⁶⁰ bei gleichzeitigen Kapazitätsstillegungen und Bankrotten, die profitorientierte Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts - führten zur weiteren Zuspitzung des oben genannten Widerspruchs. Er wirkt sich zunehmend nicht nur in der Eisen- und Stahlindustrie und z. B. im "kranken" Schiffsbau der BRD, sondern auch in der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft aus. Das zeigt sich auch bei einem solchen Industriezweig wie der Elektrotechnik/Elektronik, der im Kampf um Profite und monopolistische Machtpositionen eine immer wichtigere Rolle spielt.

In der elektrotechnischen und elektronischen Industrie der BRD weisen die Investitionen und die Produktion ebenfalls typisch zyklische Unregelmäßigkeiten auf⁶¹:

Unterschiedlich starke Kriseneinbrüche erfolgten in den Jahren 1952, 1957 (mit -15,1 %), 1963 sowie 1967, 1972, 1975 und 1981. Seit 1973 lag der Anteil an den gesamten Anlageinvestitionen der Industrie bei rd. 9 %.

Über die Investitionsziele gibt es fast übereinstimmende Aussagen der großen Elektrokonzerne der BRD. In einem Geschäftsbericht der Siemens AG, München, heißt es: "Bei den Investitionsabsichten spielten Kapazitätserweiterungen nur im Ausland eine bedeutsame Rolle. Im Inland standen weiterhin Ersatz- und Rationalisierungsvorhaben im Vordergrund. Erheblich an Bedeutung gewonnen haben Investitionen für die Fertigung neuer Produkte."⁶² Ähnlich wird in einem Bericht der Standard Elektrik Lorenz

58 Vgl. Die Weltwirtschaft (Kiel), Tübingen, 2/1982, S. 22.

59 Vgl. Produktionsvolumen und -potential ..., Folge 13, 18, 20, 24. - Anteile am "Verarbeitenden Gewerbe" ohne Bergbau.

60 Auch die angestrebte "Neuordnung" der Stahlindustrie der BRD (durch die "Stahlmoderatoren") bedeutet weitere staatsmonopolistische Zentralisation.

61 Vgl. Statistisches Jahrbuch für die BRD, Jgg. 1970 - 1983, Abschnitt Industrie und Handwerk; Produktionsvolumen und -potential ..., Folge 13, 18, 20, 24.

62 Vgl. Geschäftsbericht '79 der Siemens AG, S. 8.

AG (SEL), Stuttgart, formuliert: Trotz des hohen Zinsniveaus wurde das Investitionsvolumen 1981 weiter erhöht. "Rund die Hälfte der Investitionen wurde dafür verwendet, neue Produkte zu entwickeln und Fertigungsanlagen für neue Produkte einzurichten. Ein weiterer Schwerpunkt bei den Investitionen war die Rationalisierung in verschiedenen Bereichen, um den Anstieg der Kosten abzufangen."⁶³

Die Investitionen zur Entwicklung neuer Produkte und Systeme standen sicher auch in Verbindung mit dem Rüstungsgeschäft im Vordergrund, da die Elektronik und Mikroelektronik auch in der Militärtechnik und im gesamten Militärwesen zunehmende Bedeutung gewannen. Siemens produzierte als größter Elektro- und zugleich Rüstungskonzern der BRD Militärelektronik, z. B. Radar, Feuerleitgeräte, Flugüberwachung, Lasertechnologie. In der "Verteidigungselektronik" konnte mit Anlagen zur Luftraumüberwachung eine "gute Position", d. h. ein profitables Geschäft, erzielt werden.⁶⁴ Und die SEL, die ebenfalls Militärelektronik (Radar, Feuerleittechnik, Fernmeldetechnik) herstellt, meldet, daß ausgefallene Umsätze bei Navigationsgeräten für Kriegsflugzeuge (infolge einer schwierigen Haushaltslage des Bundes) durch Lieferungen auf dem Sektor Truppenfunk ausgeglichen werden konnten.⁶⁵

In Verbindung mit verstärkter Rüstung und Konfrontationspolitik, bei starker Orientierung auf die "elektronische Hochrüstung"⁶⁶ bieten sich also günstige Profit- und Expansionsaussichten - wenn nicht fortschrittliche, antimonopolistische Kräfte eine Wende erzwingen.

2.4. Die anhaltende Labilität der Investitionsentwicklung zu Beginn der 80er Jahre

Auf der Grundlage der in den 70er Jahren erfolgten Wandlungen des gesamten Reproduktionsprozesses in den imperialistischen Industrieländern⁶⁷ veränderte sich zu Beginn der 80er Jahre erneut der Investitionsverlauf. Gegenüber der Investitionstätigkeit in vorangegangenen Krisenzyklen und Jahrzehnten zeichnete sich ein verändertes Bild ab:

- Eine allgemeine, ungleichmäßige Verlangsamung der Investitionstätigkeit - auf absolut hohem Niveau - ist festzustellen, die sich in Verbindung und Wechselwirkung mit erhöhter Instabilität der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung vollzieht (vgl. dazu die Tabellen und Grafiken).
- Es setzte sich eine weitere einschneidende Veränderung der Investitionsstruktur durch: Die Erweiterungsinvestitionen verloren stark an Bedeutung.

63 Die SEL gehört zur ITT (USA), die 1981 an 24. Stelle der größten Industrieunternehmen der kapitalistischen Welt (nach dem Umsatz) stand. - Vgl. Geschäftsbericht 1981 der Standard Elektrik Lorenz AG, S. 22.

64 Vgl. im zitierten Geschäftsbericht, S. 28.

65 Vgl. Geschäftsbericht 1981, S. 27.

66 Vgl. Rechtziegler, E., u. a., Mikroelektronik im Dienst des Imperialismus, Berlin 1982, S. 151.

67 Vgl. Abschnitt 1 dieses Beitrages.

Über Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen erfolgte eine verstärkte Modernisierung und Intensivierung des Reproduktionsprozesses (vgl. dazu Tab. 9, 10 im Anhang). Die sich mit der raschen Verbreitung der Mikroelektronik beschleunigende wissenschaftlich-technische Revolution bewirkte in der BRD bisher keinen allgemeinen kräftigen Investitionsaufschwung mit zusätzlichen Arbeitsplätzen und generell sinkender Arbeitslosigkeit, jedoch Investitionsbelegungen und förmliche Investitionsspitzen in einzelnen Industriezweigen mit neuen Erzeugnissen und modernen Produktionsverfahren.

- Eine andauernde, hohe Überakkumulation und damit Nichtauslastung umfangreicher, oft moderner Kapazitäten beeinträchtigte erheblich die Investitionstätigkeit. Anhaltend hohe Zinsen und verringerte Rentabilitäts- und Profiterwartungen bei Anlageinvestitionen, z. B. im produzierenden Bereich, führten zu verstärkter Anlage von Kapital als zinstragendes Kapital. Damit wurde keineswegs der Aufforderung in der Abschlusserklärung des "Wirtschaftsgipfels" imperialistischer Hauptmächte im Sommer 1983 in Williamsburg (USA) entsprochen, "mehr produktive Investitionen" vorzunehmen und "erhöhte Beschäftigungschancen" zu bieten.⁶⁸ Eine stockende Akkumulation von industriellem Kapital wird begleitet von einer Überakkumulation von Geldkapital.⁶⁹

- Die sich verschärfende Krise der Staatsfinanzen der imperialistischen Hauptländer führte zur Stagnation und zum Rückgang der (direkten) staatlichen Investitionen (vgl. die Angaben für die BRD im Abschnitt 2, 2.)

Auf zwei dieser umfangreichen Probleme soll hier eingegangen werden: zum einen auf die Investitionsstruktur bzw. Investitionsarten nach Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen, zum anderen auf die Nichtauslastung von Kapazitäten.

Zur Struktur der Anlageinvestitionen nach Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen: Die Statistik der BRD weist in den "Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen" auch Abschreibungen aus. Sie werden, in dieser Höhe, als Ersatzinvestitionen aufgefaßt. Diese Ersatzanlagen, die in der Regel mit technisch höher entwickelten Arbeitsmitteln verbunden sind, fungieren so überwiegend wie Rationalisierungs- oder Intensivierungsinvestitionen. Die Neu- oder Erweiterungsinvestitionen ergeben sich als Differenz zwischen den Brutto-Anlageinvestitionen und den Abschreibungen. Sie fungieren als Erweiterungs- oder Extensivierungsinvestitionen und schaffen so zusätzliche Arbeitsplätze - was jedoch infolge der Verbindung mit moderner, effektiverer Technik gebremst wird (vgl. Tab. 10).

Die stark zunehmenden Ersatzinvestitionen in Produktions- und sonstigen Anlagen übertrafen also mehr und mehr die Erweiterungsinvestitionen. Gegenüber 1970 setzte sich bis 1982 eine annähernde Umkehrung des Verhältnisses durch. Verbunden mit diesen Ersatz- bzw. Rationalisierungsinvestitionen, erfolgte in wachsendem Maße die Einführung und Ausnutzung

68 Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 2. 6. 1983, S. 15.

69 Vgl. Kowalski, S. 43 ff.

wissenschaftlich-technische Erkenntnisse. Erweiterungsinvestitionen wurden gedrosselt, denn "seit den 70er Jahren mußten die Unternehmen in einem Klima allgemeiner wirtschaftlicher Instabilität arbeiten". Die Betriebe wurden von Investitionen abgehalten, "besonders von solchen zu Expansionszwecken, man verwendet die vorhandenen Mittel für arbeits- und energiesparende Investitionen".⁷⁰

Nach Angaben verschiedener BRD-Wirtschaftsinstitute für die Industrie gingen die Erweiterungsinvestitionen im erfaßten Zeitraum von 1961 bis 1982 jeweils in den Krisenjahren (1963, 1967 und erneut 1981/82) sowie in den 70er Jahren (bis 1978) zurück, bei entsprechender Zunahme der Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen: In den Jahren 1978 und 1982 lagen nach dieser Gliederung ihre Anteile bei 17, 36 % und 47 % bzw. 26, 27 % und 47 %⁷¹ - ein eindeutiges Überwiegen also der Rationalisierungsinvestitionen.

Bei diesem Bedeutungsrückgang der Erweiterungsinvestitionen bleibt zweierlei zu beachten: 1. Dem absoluten Umfang nach lagen die Erweiterungsinvestitionen (in Festpreisen von 1970) im Jahre 1980 mit rd. 102 Mrd. DM - in allen Anlagebereichen - etwas unter dem Stand von 1970 mit rd. 105 Mrd. DM: ein langandauerndes Verharren auf relativ hohem Niveau. (Einschließlich der Preissteigerungen übertrafen die Erweiterungsinvestitionen von 1980 beträchtlich diejenigen von 1970: rd. 165 Mrd. gegenüber 105 Mrd. DM.) Demgegenüber verzeichneten die Ersatzinvestitionen auf beiden Preisebenen einen beträchtlichen Anstieg: in Festpreisen von 1970 von rd. 68 Mrd. auf 111 Mrd. DM bzw. in laufenden Preisen von rd. 68 Mrd. auf 173 Mrd. DM.⁷² - Und 2. war auch diese strukturelle Veränderung zugunsten der Rationalisierungs- bzw. Ersatzinvestitionen und der damit beabsichtigten möglichst profitablen Ausnutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, besonders durch die Monopole, nur bei vielseitigen, gezielten Investitionsförderungsmaßnahmen des Staates möglich.

Mehrere Industriezweige des Investitionsgüterbereichs, wie z. B. die Elektrotechnik/Elektronik, der Straßenfahrzeugbau und die Feinmechanik/Optik, hatten an den Erweiterungsinvestitionen den größten Anteil, wobei Produkt- und Prozeßinnovationen im Vordergrund standen. Dabei spielt die Mikroelektronik mit elektronischer Datenverarbeitung, Informations-, Nachrichten- und Robotertechnik sowie elektronische Steuerungen, die in dem bereits zitierten Bericht an den Club of Rome wiederholt als "die stärkste und weitestreichende der heute stattfindenden technologischen Entwicklungen"⁷³ bezeichnet wird, eine immer größere Rolle. Sie liefert in entscheidendem Maße die Technik und Technologie für Innovationsinvesti-

70 Lamborghini, B., Die Auswirkungen auf das Unternehmen, in: Auf Ge-
deih und Verderb - Mikroelektronik und Gesellschaft, Bericht an den
Club of Rome, Wien/München/Zürich 1982, S. 131.

71 Vgl. ifo-Schnelldienst, 16/1982, S. 11; Vierteljahreshfte des Deut-
schen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin (West), 4/1980;
ebenda, 2/1981; ebenda, 2/1982.

72 Vgl. Wirtschaft und Statistik, 3/1982, S. 158; ebenda, 3/1983, S. 173.

73 Vgl. Lamborghini, S. 24.

tionen, die als Investitionsmotiv schnell an Bedeutung gewannen. Lag Ende der 70er Jahre (1977) im "Verarbeitenden Gewerbe" der BRD ihr Anteil bei 17 % der gesamten Investitionsausgaben, so stieg er bis 1981 bereits auf 49 %.⁷⁴ Die Investitionsgüterindustrien spielten sowohl bei den Gesamtinvestitionen als auch bei diesen Innovationsinvestitionen eine Schlüsselrolle. Von ihren gesamten Brutto-Anlageinvestitionen 1982 mit rd. 22,7 Mrd. DM bildeten der "Ersatz veralteter Anlagen" sowie die "Umstrukturierung des Produktionsprogramms ohne wesentliche Kapazitätserweiterung" mit zusammen über 42 % die Hauptschwerpunkte. In den bisherigen 80er Jahren ist ein deutlich gestiegener Investitionsanteil an den gesamten Innovationsaufwendungen (für Forschung und Entwicklung, Patente und Lizenzen, Produktionsvorbereitung und Rationalisierung, Absatzvorbereitung) - und besonders wieder in den Investitionsgüterindustrien - festzustellen.⁷⁵

Es bleibt abzuwarten, ob eine weitere Beschleunigung und breitere Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution, insbesondere der Mikroelektronik, zu einem wesentlichen Investitionsaufschwung, zu umfangreichen Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen, vor allem zu hoher Kapitalakkumulation und -erneuerung bei den international verflochtenen Supermonopolen führen wird. In einigen Schlüsselbereichen der BRD und anderer imperialistischer Länder deutet sich eine solche Entwicklung an. Aber bisher war in der BRD - wie einleitend zu diesem Abschnitt festgestellt wurde - eine solche allgemeine Investitionsentwicklung nicht zu verzeichnen.

Von weiteren Prozessen und Widersprüchen, die die Investitionsentwicklung enorm hemmen, soll hier noch kurz auf die anhaltende Überakkumulation verwiesen werden. Sie tritt als teilweise Nichtauslastung von Kapazitäten, als Kapazitätsüberhang in der Industrie und anderen Bereichen auf. Weder Prozesse der zyklischen noch der nichtzyklischen, längerfristigen Kapitalentwertung und -vernichtung verursachten eine ausreichende Beseitigung der Überakkumulation. Damit wurden der Akkumulationsprozeß und die gesamte Investitionstätigkeit nicht genügend stimuliert, wodurch sich der kapitalistische Reproduktionsprozeß schleppend und labil vollzog.

Für die Nichtauslastung von Kapazitäten liegen verschiedene, unsichere Angaben vor. Nach Ermittlungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Westberlin, betrug die durchschnittliche Kapazitätsauslastung im "Verarbeitenden Gewerbe" der BRD von 1975 bis einschließlich 1981 rd. 89 %. Für 1981 wird eine gegenüber 1979 und 1980 erneut zurückgegangene Auslastung von 88,7 % angegeben.⁷⁶ Damit lagen enorme Anlagekapitale bzw. Kapazitäten brach, verwerteten sich nicht und behinderten die Investitionsentwicklung. In einer Untersuchung des IPW wurde 1976 darauf hingewiesen, daß es seit 1957 in der BRD kein Jahr gab, "in welchem das Volumen brachliegender Anlagen nicht jenes der jeweiligen Investitionen überstiegen hätte."⁷⁷ - Weder die Krise von 1974/75

74 Vgl. ifo-Schnelldienst, 16/1982, S. 12.

75 Vgl. ebenda, S. 8; ebenda, 20/1982, S. 20.

76 Vgl. Produktionsvolumen und -potential ..., Folge 24, S. 104.

77 Vgl. Hantelmann, S. 37.

noch die seit 1980/81 vermochten die Voraussetzungen für eine kräftige Investitionsbelegung zu schaffen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen:

- Die verschiedenen, miteinander verbundenen ökonomischen und sonstigen Krisenprozesse im gegenwärtigen Imperialismus - die allgemeine Krise und ihre Vertiefung, die Verflechtung dieser allgemeinen Systemkrise mit zyklischen und weiteren Krisenerscheinungen - spiegeln sich im Investitionsprozeß in der BRD und in anderen imperialistischen Hauptländern sehr deutlich wider. Die ungleichmäßige Investitionsentwicklung, die Investitionszyklen, die verstärkten Schwankungen der Investitionstätigkeit bei allgemein verlangsamter Weiterentwicklung der Investitionen liegen auch der Anfälligkeit und Instabilität der Wirtschaft der BRD zugrunde. Trotz zahlreicher und verschiedenartiger Krisenerscheinungen blieb der zyklische Verlauf der Wirtschaftsentwicklung nicht nur erkennbar, er trat am Ende der 60er Jahre und mit den 70er Jahren auch wieder deutlicher zutage. Das Krisengesetz setzte sich besonders augenfällig durch.

Zu Beginn der 80er Jahre deutet sich ein veränderter, neuartiger Investitionsverlauf an. Er ist nicht nur mit kurzfristigen, vor allem zyklischen Faktoren (mit den sich auf der Basis des Grundwiderspruchs periodisch entfaltenden krisenauslösenden Widersprüchen), sondern in zunehmendem Maße mit langfristigen Faktoren der Widerspruchsentwicklung zwischen Produktivkräften und kapitalistischen Produktionsverhältnissen verbunden.

Der Investitionsprozeß, der im wesentlichen Erneuerung und Erweiterung von konstantem fixem Kapital ist, bildet nach wie vor die materielle Grundlage der Wirtschaftszyklen. Er bestimmt jeweils entscheidend die Besonderheiten der Zyklen mit.

Die Investitionen, besonders in der Industrie, ihr Umfang, ihre Dynamik und Struktur usw., charakterisieren am besten die ökonomische Situation. Sie sind deutlichster Krisenindikator.

Der Investitionsprozeß vollzog sich auch in der BRD unter den herrschenden Produktionsverhältnissen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und bei entsprechender Durchsetzung der Produktivkraftentwicklung, der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die Herrschaft des staatsmonopolistischen Finanzkapitals, die Weiterentwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der ihm entsprechenden staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung konnten nicht nur die verstärkt widerspruchsvolle und krisenhafte Investitions- und sonstige ökonomische Entwicklung nicht verhindern, sondern verursachten diese. Der Investitionsprozeß ist staatsmonopolistischer Investitionsprozeß, staatsmonopolkapitalistischer Akkumulations- und Erneuerungsprozeß. - Die Krise der staatsmonopolistischen ökonomischen Regulierung ist vor allem auch eine Krise der Regulierung des Investitionsprozesses.

Die Investitionslabilität ist eine entscheidende objektive Grundlage der allgemeinen Labilität des Wirtschaftssystems, die wiederum den "ökonomischen Kern" der allgemeinen Krise des Kapitalismus, des staatsmonopolistischen Kapitalismus im Prozeß der Vertiefung der allgemeinen Systemkrise bildet.

Tabelle 1

Jährliche Veränderungsrate der Investitionen und der Produktion in der BRD und in den USA

(in %; auf der Basis der Preise von 1970)

	BRD			BSP	USA		
	BAI in der Industrie ⁺	in allen Bereten	Industrie-produktion		BAI in allen Be-reichen	Industrie-BSP	produk-tion
1951	10,2	5,1	18,3	10,4	0,3	8,5	7,8
1952	11,1	8,7	6,8	8,9	-1,9	3,8	3,7
1953	2,3	17,1	8,6	8,2	6,9	8,3	4,9
1954	18,2	12,5	11,5	7,4	3,0	-5,3	-2,2
1955	28,0	20,8	15,9	12,0	9,7	12,8	6,9
1956	7,4	8,7	8,6	7,3	1,3	4,4	2,2
1957	-3,9	0	5,4	5,7	-0,1	1,3	1,9
1958	-2,1	4,1	3,0	3,7	-3,1	-6,4	-0,5
1959	12,0	11,7	7,4	7,3	10,0	11,9	6,0
1960	28,6	10,1	11,4	9,0	0,4	2,1	2,1
1961	10,3	7,1	6,3	4,9	1,7	0,8	2,3
1962	-1,4	4,5	4,2	4,4	7,8	8,3	5,6
1963	-5,6	1,3	3,5	3,0	7,5	5,9	4,1
1964	9,6	11,3	7,9	6,6	7,1	6,8	5,1
1965	6,4	4,8	5,1	5,5	10,2	9,2	6,0
1966	-3,7	1,2	1,3	2,5	4,6	9,8	6,0
1967	-18,1	-6,8	-2,8	-0,1	-1,8	2,1	2,7
1968	14,2	4,1	9,3	6,5	6,0	5,7	4,5
1969	27,7	10,5	12,8	7,9	2,3	4,7	2,6
1970	22,3	10,8	6,0	5,9	-4,7	-3,7	-0,1
1971	-3,8	6,4	1,5	3,3	4,9	2,0	2,9
1972	-12,9	3,5	3,9	3,6	9,0	8,8	5,9
1973	-2,2	0,2	6,6	4,9	5,6	8,1	5,4
1974	-14,6	-10,0	-1,8	0,4	-6,4	-0,4	-1,3
1975	-3,8	-4,2	-5,7	-1,8	-11,9	-8,9	-1,0
1976	4,6	4,7	7,3	5,3	6,5	10,8	5,6
1977	4,0	3,9	2,5	2,6	9,1	5,9	5,1
1978	5,0	5,1	1,8	3,5	7,1	5,7	4,4
1979	7,0	8,1	5,1	4,0	3,8	4,4	2,8
1980	-1,3	-0,8	0	1,8	-6,9	-3,6	-0,4
1981	-15,8	-3,9	-1,1	-0,2	1,7	2,7	1,9
1982	-7,0	-5,6	-3,1	-1,1	5,0	-8,2	-1,7
1983 ⁺⁺			-5,2	0,5		-2,7	2,6

Anmerkungen und Quellen zu Tabelle 1:

+ Industrie der BRD, hier: "Verarbeitendes Gewerbe" (Verarbeitende Industrie, produzierendes und sonstiges Handwerk und Gewerbe).

++ I. Quartal 1983.

Quellen:

Statistisches Jahrbuch für die BRD, Wiesbaden, Jgg. 1960 - 1983; Wirtschaft und Statistik, Wiesbaden, Jgg. 1980 - 1983; Daten zur Entwicklung des Produktionspotentials, des Einsatzes von Arbeitskräften und Anlagevermögen sowie der Einkommensverteilung in den Wirtschaftsbereichen der BRD 1950 - 1975, Berlin (West) 1977; Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der BRD. Statistische Kennziffern, Berlin (West), Jgg. 1980 - 1983; National Accounts of OECD 1950 - 1979, hg. v. OECD, Paris 1981; Main Economic Indicators, hg. v. OECD, Paris, Jgg. 1980 - 1983.

Zeitraum	Industrie	Produktion	Arbeitskräfte	Anlagevermögen	Produktionspotential	
					Produktion	Arbeitskräfte
1983	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1982	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1981	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1980	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1979	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1978	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1977	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1976	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1975	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1974	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1973	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1972	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1971	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1970	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1969	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1968	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1967	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1966	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1965	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1964	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1963	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1962	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1961	1000	1000	1000	1000	1000	1000
1960	1000	1000	1000	1000	1000	1000

Krisen und Zyklen in der Wirtschaft der BRD

a) Krisen und Zyklen in den 50er und 60er Jahren

	Tiefpunkte (Krisen)	Höhepunkte	Zyklen
1. BAI Industrie ⁺	1953, 1957	1955	
2. BAI insges.	(1951) ⁺⁺ , 1957	1955	1952/53
3. Industrieproduktion	1952, 1958	1955	bis
4. BSP	1954, 1958	1955	1957/58
1. BAI Industrie	1957, 1963	1960	
2. BAI insges.	1957, 1963	1959	1957/58
3. Industrieproduktion	1958, 1963	1960	bis
4. BSP	1958, 1963	1960	1963
1. BAI Industrie	1963, 1967	1964	
2. BAI insges.	1963, 1967	1964	1963
3. Industrieproduktion	1963, 1967	1964	bis
4. BSP	1963, 1967	1964	1967

b) Krisen und Zyklen seit den 70er Jahren

	Tiefpunkte (Krisen)	Höhepunkte	Unter- brechung	Zyklen
1. BAI Industrie	1967, 1974	1969	1972	
2. BAI insges.	1967, 1974	1970		1967
3. Industrieproduktion	1967, 1975	1969	1971	bis
4. BSP	1967, 1975	1969	1971	1974/75
1. BAI Industrie	1974, 1982	1980		
2. BAI insges.	1974, 1982	1979		1974/75
3. Industrieproduktion	1975, 1982	1976	1978	bis
4. BSP	1975, 1982	1976	1977	1982 ⁺⁺⁺

+ Alle Angaben auf der Basis der Preise von 1970.

++ Soweit hier zeitlich erfaßt.

+++ Noch unvollständig.

Quellen:

Statistisches Jahrbuch für die BRD, Wiesbaden, Jgg. 1960 - 1983; Wirtschaft und Statistik, Wiesbaden, Jgg. 1980 - 1983; Daten zur Entwicklung des Produktionspotentials, des Einsatzes von Arbeitskräften und Anlagevermögen sowie der Einkommensverteilung in den Wirtschaftsbereichen der BRD 1950 - 1975, Berlin (West) 1977; Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der BRD, Statistische Kennziffern, Berlin (West), Jgg. 1980 - 1983; National Accounts of OECD 1950 - 1979, hg. v. OECD, Paris 1981; Main Economic Indicators, hg. v. OECD, Paris, Jgg. 1980 - 1983.

Tabelle 3

Zur Verlangsamung der Wirtschaftsentwicklung in der BRD
(durchschnittliche Veränderung in %)

a) Zehn-Jahres-Zeiträume⁺

	Investitionen in der Indu- strie	Investitionen ins- ges.	Investitionen in allen Bereichen davon: Bauin- vest.	davon: Ausrüstungs- invest.	Industrie- produk- tion	Staatlicher Verbrauch	Privater Verbrauch	Export	"Brutto- Sozial- produkt"
1950 - 1959	8,9	9,6	9,6	9,8	9,3	5,5	7,8	16,8	7,9
1960 - 1969	3,6	4,1	3,0	6,1	5,8	4,5	4,7	7,8	4,6
1970 - 1979	-4,2	1,8	1,1	3,0	2,3	3,9	3,2	6,0	2,9
1980 - 1982	-10,7	-4,8	-4,4	-5,3	-2,5	2,1 ⁺⁺	-0,4	6,0	-0,7

b) Zyklen der Wirtschaftsentwicklung⁺

1952 - 1957	9,3	11,7	12,0	10,7	9,9	2,6	8,5	14,5	8,1
1958 - 1962	11,8	8,0	6,1	12,3	7,3	8,0	6,3	8,0	6,4
1963 - 1966	3,9	5,6	6,2	4,8	4,7	2,9	4,9	8,3	4,9
1967 - 1974	3,2	3,4	2,2	5,7	5,4	4,3	3,7	9,6	4,6
1975 - 1981	0,6	2,8	2,4	3,4	2,4	2,5	2,4	6,6	3,0

+ Auf der Preisbasis von 1970 errechnet. Die Zyklen werden hier vom Krisenjahr (z. B. 1958) bis zum letzten Vorkrisenjahr (1962) erfaßt. Für den Zeitraum bzw. Zyklus seit 1975: soweit Angaben vorliegen.

++ 1980 und 1981.

Quellen:

Statistisches Jahrbuch für die BRD, Wiesbaden, Jgg. 1950 - 1983, Abschnitt Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Wirtschaft und Statistik, Wiesbaden, Jgg. 1970 - 1983; Daten zur Entwicklung des Produktionspotentials, des Einsatzes von Arbeitskräften und Anlagevermögen sowie der Einkommensverteilung in den Wirtschaftsbereichen der BRD 1950 - 1975, Berlin (West) 1977; Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der BRD, Statistische Kennziffern, Berlin (West), Jgg. 1980 - 1983.

Tabelle 4

Die Entwicklung der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen in der BRD

a) Durchschnittliche Veränderungsraten (in %) +

	Ausrüstungs- investitionen	Bauinvestitionen (insges.)	Wohnungs- bauten	Sonstige Bauten
	1	2	3	4
1950 - 1959	13,2	14,4	13,3	14,7
1960 - 1969	8,3	9,5	8,0	10,6
1970 - 1979	7,3	6,5	7,9	5,3
1980 - 1982	-1,2	-1,5	-0,8	-2,2

b) Durchschnittliche Anteile an den BAI (in %) +

1950 - 1959	52,3	47,7	22,9	24,8
1960 - 1969	45,5	54,5	23,2	31,4
1970 - 1979	38,2	61,8	28,8	33,1
1980 - 1982	37,9	62,1	29,8	32,3

c) Durchschnittliche Anteile an den BAI (in %) ++

1960	31,8	68,2	34,1	34,1
1965	33,9	66,1	30,8	35,3
1970	40,1	59,9	25,5	34,4
1975	40,3	59,7	25,5	34,2
1980	42,9	57,1	25,1	32,0

+ Auf der Basis laufender Preise.

++ Auf der Basis der Preise von 1970.

Zu b); Spalte 1 + 2 = 100 %, gesamte BAI. Spalte 3 + 4 = Spalte 2.

Quellen:

Statistisches Jahrbuch für die BRD, Wiesbaden, lfd. Jgg., Abschnitte Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Verwendung des Sozialprodukts, Anlageinvestitionen; Wirtschaft und Statistik, Wiesbaden, 3/1983, S. 173 f.; Die Wirtschaft kapitalistischer Länder in Zahlen, in: IPW-Forschungshefte, 1/1982, S. 36.

Tabelle 5

Brutto-Anlageinvestitionen in der BRD nach Unternehmen und Staat 1950 bis 1982
(auf der Basis laufender Preise)

	BAI ⁺		Anteile (in %)		Entwicklung		Veränderungsraten (in %)	
	in Mrd. DM		Unter-	Staat	Unter-	Staat	Unter-	Staat
	Unter- nehmen ⁺⁺	Staat	nehmen	Staat	nehmen	Staat	nehmen	Staat
	1	2	3	4	5	6	7	8
1950	17,62	2,39	88,0	12,0	100	100		
1955	40,22	5,31	88,0	12,0				
1960	63,40	10,33	86,0	14,0				
1965	102,1	20,2	83,5	16,5	579	845	8,6	3,5
1966	105,3	21,0	83,4	16,6			3,2	4,1
1967	96,0	18,4	83,9	16,1			-8,8	-12,3
1968	104,2	20,6	83,5	16,5			8,5	11,8
1969	122,8	23,4	84,0	16,0			17,9	13,5
1970	143,0	30,7	82,3	17,7	100	100	16,4	31,3
1971	166,3	33,4	83,3	16,7	116	109	16,3	8,6
1972	180,5	33,8	84,2	15,8	126	110	8,6	1,3
1973	190,3	35,2	84,4	15,6	133	115	5,4	4,0
1974	175,8	40,6	81,2	18,8	123	132	-7,6	15,4
1975	174,2	40,3	81,2	18,8	122	131	-0,9	-0,6
1976	191,8	40,1	82,7	17,3	134	131	10,1	-0,5
1977	209,8	39,6	84,1	15,9	146	129	9,2	-1,2
1978	229,1	43,9	83,9	16,1	160	143	9,4	10,9
1979	255,3	49,6	83,8	16,2	179	162	11,4	13,0
1980	282,2	55,1	83,7	16,3	197	180	10,5	11,1
1981	286,6	52,7	84,5	15,5	200	172	1,6	-4,4
1982	280,3	48,3	85,3	14,7	196	157	-2,2	-8,3

+ Spalte 1 + 2 = BAI insges.

++ Einschließlich "Wohnungsvermietung" und "private Organisationen ohne Erwerbscharakter" (Kirchen, Parteien usw.). - Vgl. auch Tab. 6.

Quellen:

Statistisches Jahrbuch für die BRD, Wiesbaden, Jgg. 1960 - 1983, Abschnitt Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Verwendung des Sozialprodukts, Anlageinvestitionen; Wirtschaft und Statistik, Wiesbaden, 3/1983, S. 173, 181; Daten zur Entwicklung des Produktionspotentials, des Einsatzes von Arbeitskräften und Anlagevermögen sowie der Einkommensverteilung in den Wirtschaftsbereichen der BRD 1950 - 1975, Berlin (West) 1977, S. A 61 - A 63. - Die Zahlen vor 1965 sind mit den übrigen (des Statistischen Bundesamtes) nicht genau vergleichbar.

Tabelle 6

Struktur der Brutto-Anlageinvestitionen und des Brutto-Anlagevermögens nach Wirtschaftsbereichen der BRD

a) Anteile der Bereiche an den BAI (in %; auf der Basis laufender Preise)

	Land u. Forst- wirt- schaft ⁺	Produzierendes Gewerbe insge- samt ⁺⁺	Verar- beiten- tendes Gewer- be ⁺⁺⁺	Übrige Wirtschafts- bereiche insge- samt ^o	Dienst- lei- stungs- unter- men ^{oo}	Woh- nungs- ver- mie- tung	Staat ^{ooo}	Alle Be- reiche
1950	5,5	36,5	26,0	46,0	29,5	24,7	12,0	100
1955	5,9	38,8	27,2	43,2	27,6	24,0	12,0	100
1960	5,8	36,8	27,4	43,4	27,9	22,0	14,0	100
1965	5,1	32,2	23,1	45,3	32,0	22,2	17,3	100
1970	3,1	33,0	25,0	46,9	32,1	18,9	17,1	100
1975	3,0	26,0	16,8	52,0	38,4	20,0	19,0	100
1978 ^{+o}	3,6	24,9	17,3	55,2	42,8	25,6	16,3	100

b) Anteile der Bereiche am BAV (in %; auf der Basis der Preise von 1970)

1950	5,3	17,5	12,0	54,0	41,1		23,1	100
1960	4,7	23,3	16,3	53,1	40,1		18,9	100
1970	4,1	25,7	18,7	51,7	38,8		18,5	100
1979 ^{+o}	3,8	22,5	16,0	53,9	43,7	35,4	19,7	100

+ Einschließlich Fischerei.

++ Bergbau, "Verarbeitendes Gewerbe", Bauwirtschaft, Wasser- und Energiever-
sorgung.

+++ Etwa die Industrie.

o Handel, Verkehr, Banken, Wohnungsvermietung.

oo Einschließlich Wohnungsvermietung.

ooo Einschließlich "private Organisationen ohne Erwerbscharakter".

+o Angaben für 1978 und 1979; Nicht genau vergleichbar.

Quellen:

Daten zur Entwicklung des Produktionspotentials, des Einsatzes von Arbeitskräften
und Anlagevermögen sowie der Einkommensverteilung in den Wirtschaftsbereichen
der BRD 1950 - 1975, Berlin (West) 1977, S. A 1 f., A 19 ff.

Statistisches Jahrbuch für die BRD, Wiesbaden 1981, S. 544; ebenda, 1982, S. 547 f.
Einige Angaben sind mit denen der Tabelle 5 als Folge einiger Unterschiede bei der
Datenerfassung nicht genau vergleichbar.

Tabelle 8

Zur Entwicklung der Brutto-Anlageinvestitionen in der Eisen- und Stahlindustrie
1950 bis 1981

(in laufenden Preisen)

	1. BAI (in Mrd. DM)	2. Antelle an den Investitionen d. Industrie (in %)	3. Jährliche Veränderungsraten (in %)
1950	0,3	6,6	-
1951	0,5	8,0	59
1952	0,8	10,7	53
1953	0,9	12,0	23
1954	1,2	13,2	26
1955	1,6	14,3	38
1956	1,4	11,0	-18
1957	1,5	11,5	9
1958	1,3	10,2	-10
1959	1,3	8,9	-5
1960	1,6	9,0	13
1961	2,3	11,5	46
1962	2,4	11,5	4
1963	2,5	12,6	3
1964	2,4	11,3	-4
1965	2,2	9,0	-9
1966	2,0	8,3	-8
1967	1,5	7,1	-25
1968	1,4	6,8	-5
1969	2,0	7,1	42
1970	2,4	6,3	19
1971	3,3	8,1	38
1972	3,3	9,0	1
1973	2,2	6,2	-33
1974	2,0	5,8	-9
1975	2,7	8,0	34
1976	3,5	9,5	29
1977	2,1	5,4	-40
1978	1,4	3,5	-33
1979	1,9	4,1	36
1980	2,4	4,5	26
1981	2,3	4,4	-4

Quelle:

Vgl. Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der BRD. Statistische Kennziffern, Berlin (West), Folge 13, 18, 20, 24.

Tabelle 7

Zur Entwicklung der Brutto-Anlageinvestitionen im "Verarbeitenden Gewerbe"

a) Veränderungsdaten in Zehn-Jahres-Zeiträumen (in %)

	Bergbau, Grundstoff- u. Produktions- güterindu- strien	Investitions- güterindu- strien	Gruppe A	Verbrauchs- güterindu- strien	Nahrungs- u. Genuß- mittelindu- strien	Gruppe B	Insgesamt
	1	2	3	4	5	6	7
1950 - 1959	16,5	15,6	16,0	7,8	7,9	7,8	12,9
1960 - 1969	5,1	5,8	3,3	5,0	5,0	5,0	5,4
1970 - 1979	4,8	0,6	0	0,5	-1,8	-0,5	-0,1
1980 - 1982	0,4	-0,9	-0,3	-3,3	2,0	-1,2	-0,5

b) Veränderungsdaten in den Krisenzyklen (in %)

1952 - 1957	13,1	5,2	8,1	8,9	7,9	8,5	8,2
1958 - 1962	8,5	19,0	14,6	11,5	14,6	11,1	13,6
1963 - 1966	10,6	3,8	6,6	4,7	6,6	5,1	6,2
1967 - 1974	6,0	9,5	8,0	4,6	8,0	4,3	6,9
1975 - 1981	7,2	0,9	3,4	6,5	3,4	2,8	3,3

c) Anteile (in %; Industrie insges. = 100 %) +

1950	23,2	31,9	55,1	23,6	21,3	44,9
1955	28,3	44,7	73,0	14,8	12,2	27,0
1960	28,6	41,4	70,0	16,2	13,8	30,0
1965	31,0	42,1	73,0	14,0	12,9	27,0
1970	27,9	45,9	73,8	14,7	11,5	26,2
1975	27,7	48,7	76,4	10,9	12,7	23,6
1980	33,5	43,0	76,5	14,1	9,4	23,4
1981	34,7	42,4	77,1	13,1	9,8	22,8
1982	31,1	42,7	73,8	16,4	9,8	26,2

+ Auf der Basis laufender Preise: Spalte 3 = 1 + 2; Spalte 6 = 4 + 5. Die Angaben nach 1975 sind mit den früheren nicht genau vergleichbar.

Quelle:

Daten zur Entwicklung des Produktionspotentials des Einsatzes von Arbeitskräften und Anlagevermögen sowie der Einkommensverteilung in den Wirtschaftsbereichen der BRD 1950 - 1975, Berlin (West) 1975, S. A 1 ff.; Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der BRD. Statistische Kennziffern, Berlin (West), Folge 20 - 24.

Tabelle 9

Indizes der industriellen Nettoproduktion und der Brutto-Anlageinvestitionen der elektrotechnischen Industrie (1970 = 100)

	Produktion ⁺	BAI ⁺⁺	BAI, Jahresraten ⁺⁺⁺ (ln %)
1967	.	44,3	-12,5
1968	.	46,9	5,7
1969	.	73,6	57,1
1970	100,0	100,0	35,9
1971	99,7	95,9	-4,1
1972	108,1	88,6	-7,6
1973	121,7	100,0	12,9
1974	122,7	101,6	1,6
1975	113,9	96,2	-5,3
1976	123,9	97,2	1,0
1977	133,0	107,6	10,7
1978	134,6	113,9	5,9
1979	136,1	126,6	11,1
1980	140,9	151,9	20,0
1981	138,4	145,6	-4,2

+ Index der Industriellen Nettoproduktion.

++ BAI-Index auf der Basis laufender Preise errechnet.

+++ Jährliche Veränderungsdaten.

Quelle:

Statistisches Jahrbuch der BRD,

Jgg. 1970 - 1983.

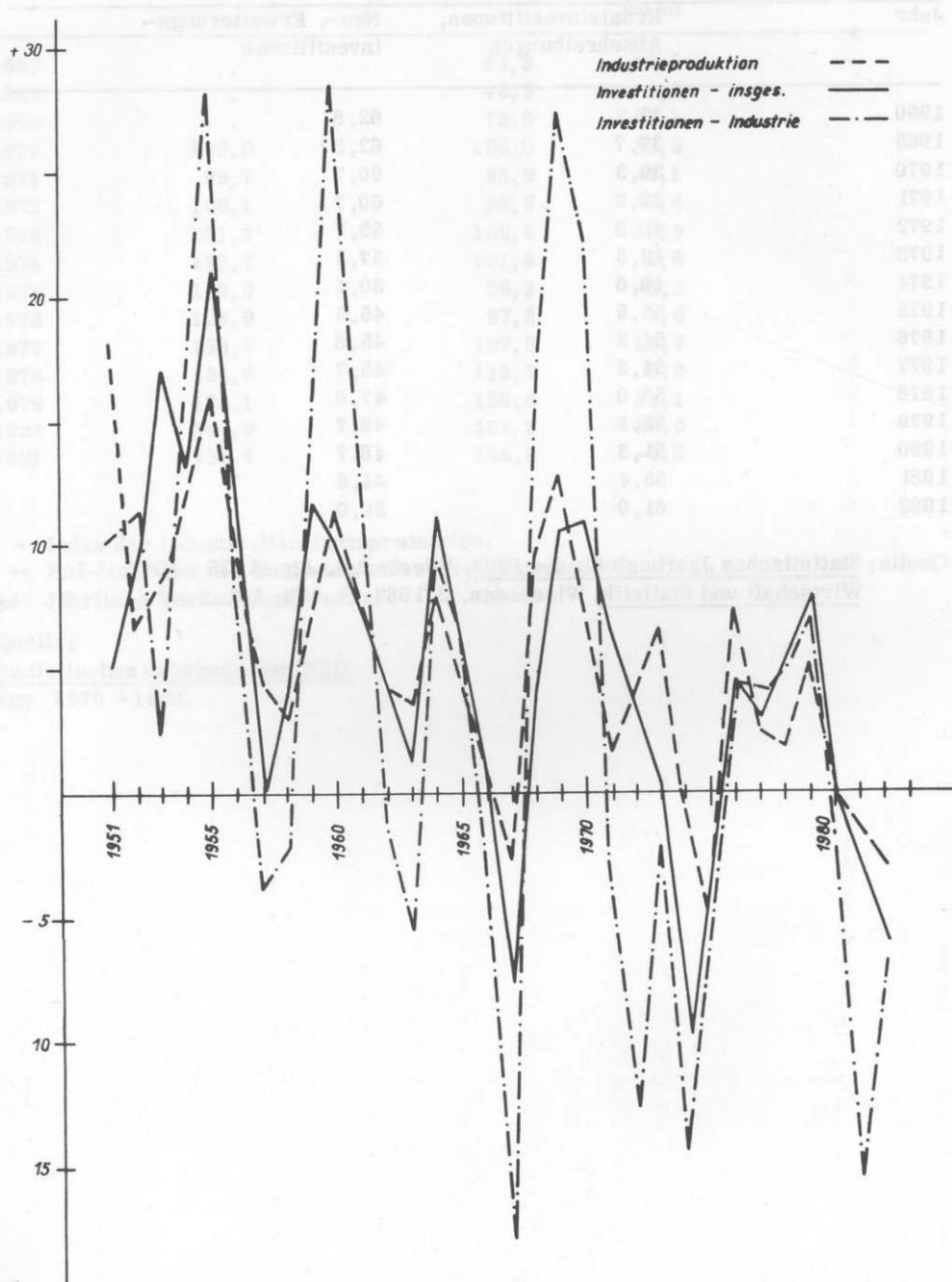
Tabelle 10

Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in der BRD
(Anteile in %; auf der Basis laufender Preise)

Jahr	Ersatzinvestitionen, Abschreibungen	Neu-, Erweiterungs- investitionen
1960	37,2	62,8
1965	37,7	62,3
1970	39,3	60,7
1971	39,3	60,7
1972	40,3	59,7
1973	42,5	57,5
1974	49,6	50,4
1975	54,5	45,5
1976	54,2	45,8
1977	54,3	45,7
1978	53,0	47,0
1979	51,3	48,7
1980	51,3	48,7
1981	55,4	44,6
1982	61,0	39,0

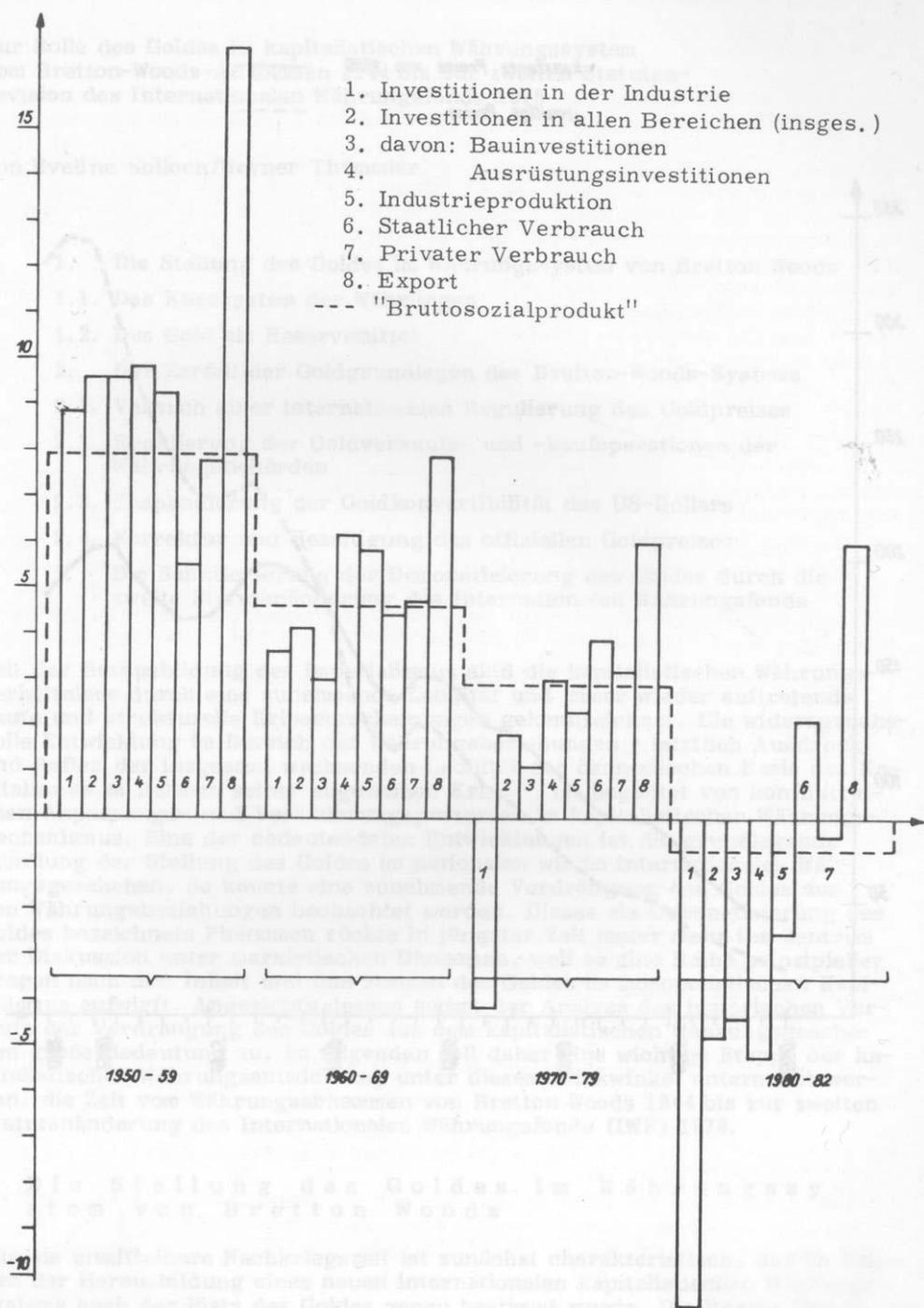
Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD, Wiesbaden, Jgg. 1970 - 1983;
Wirtschaft und Statistik, Wiesbaden, 3/1983, S. 173, 181.

Jährliche Veränderungsrate von Investitionen und Produktion in der BRD (in %)



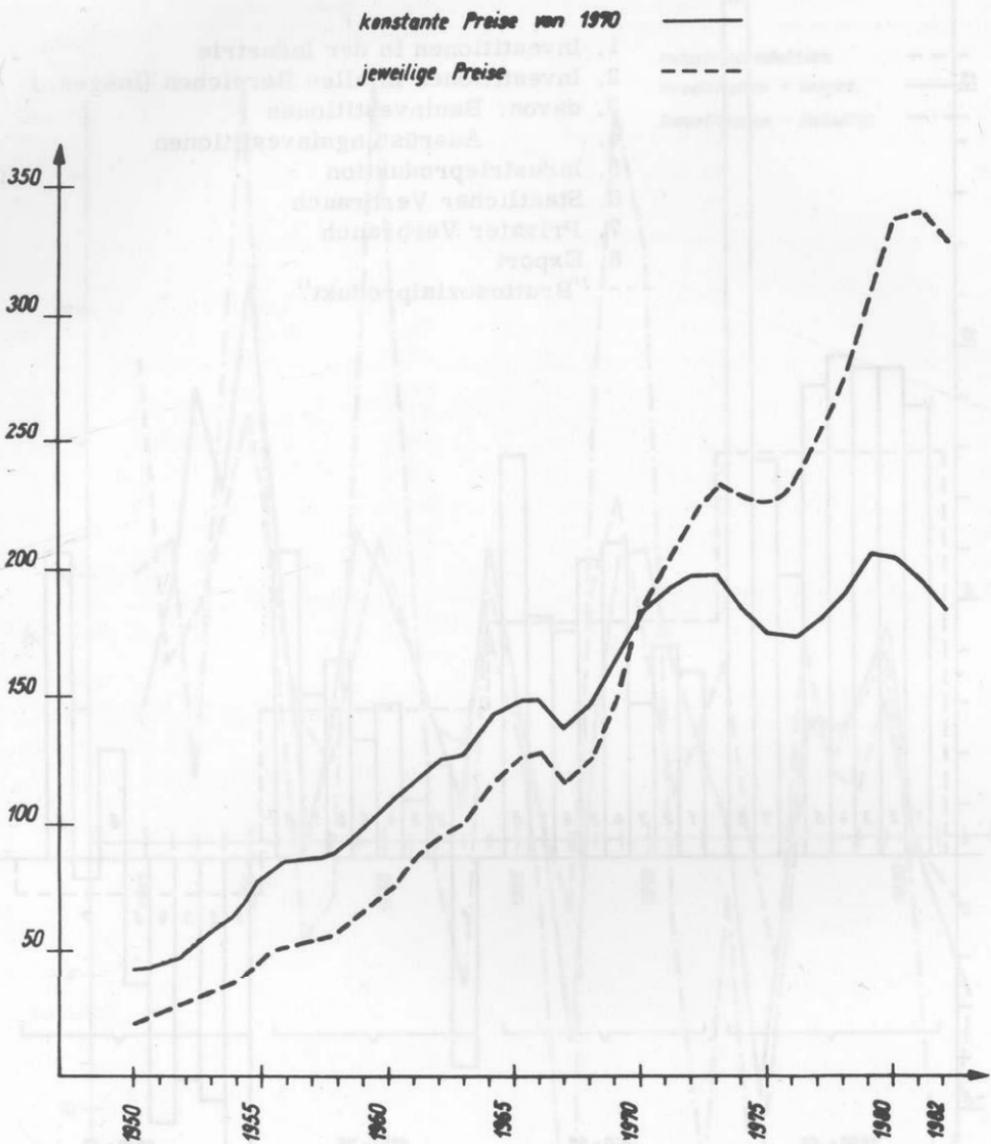
Grafik 2

Zur Verlangsamung der Wirtschaftsentwicklung in der BRD
(durchschnittliche Veränderungsrate in %)



Grafik 3

Die Entwicklung der Investitionen in allen Bereichen der BRD
(in Mrd. DM)



Zur Rolle des Goldes im kapitalistischen Währungssystem vom Bretton-Woods-Abkommen 1944 bis zur zweiten Statutenrevision des Internationalen Währungsfonds 1978

von Eveline Kolloch/Werner Thümmler

1. Die Stellung des Goldes im Währungssystem von Bretton Woods
 - 1.1. Das Kurssystem der Währungen
 - 1.2. Das Gold als Reservemittel
2. Der Zerfall der Goldgrundlagen des Bretton-Woods-Systems
 - 2.1. Versuch einer internationalen Regulierung des Goldpreises
 - 2.2. Regulierung der Goldverkaufs- und -kaufoperationen der Währungsbehörden
 - 2.3. Suspendierung der Goldkonvertibilität des US-Dollars
 - 2.4. Korrektur und Beseitigung des offiziellen Goldpreises
3. Die Sanktionierung der Demonetisierung des Goldes durch die zweite Statutenänderung des Internationalen Währungsfonds

Seit der Herausbildung des Imperialismus sind die kapitalistischen Währungsverhältnisse durch eine zunehmende Labilität und immer wieder auftretende akute und strukturelle Krisenerscheinungen gekennzeichnet. Die widerspruchsvolle Entwicklung im Bereich der Währungsbeziehungen - letztlich Ausdruck und Reflex der insgesamt wachsenden Labilität der ökonomischen Basis des Kapitalismus im Rahmen seiner allgemeinen Krise -, ist begleitet von konfliktreichen Anpassungs- und Veränderungsprozessen im kapitalistischen Währungsmechanismus. Eine der bedeutendsten Entwicklungen ist die grundlegende Wandlung der Stellung des Goldes im nationalen wie im internationalen Währungsgeschehen. So konnte eine zunehmende Verdrängung des Goldes aus den Währungsbeziehungen beobachtet werden. Dieses als Demonetisierung des Goldes bezeichnete Phänomen rückte in jüngster Zeit immer mehr ins Zentrum der Diskussion unter marxistischen Ökonomen, weil es eine Reihe prinzipieller Fragen nach dem Inhalt und den Formen des Geldes im monopolistischen Kapitalismus aufwirft. Angesichts dessen kommt der Analyse des historischen Verlaufs der Verdrängung des Goldes aus dem kapitalistischen Währungsgeschehen große Bedeutung zu. Im folgenden soll daher eine wichtige Etappe der kapitalistischen Währungsentwicklung unter diesem Blickwinkel untersucht werden: die Zeit vom Währungsabkommen von Bretton Woods 1944 bis zur zweiten Statutenänderung des Internationalen Währungsfonds (IWF) 1978.

1. Die Stellung des Goldes im Währungssystem von Bretton Woods

Für die unmittelbare Nachkriegszeit ist zunächst charakteristisch, daß im Rahmen der Herausbildung eines neuen internationalen kapitalistischen Währungssystems auch der Platz des Goldes genau bestimmt wurde. Die Regeln für die

Handhabung des Goldes in den Währungsbeziehungen waren im Prinzip im Währungsabkommen von Bretton Woods fixiert.

Danach war das Gold hauptsächlich für zwei Aufgabenkomplexe vorgesehen:

1. zur Sichtbarmachung des Außenwertes der Währungen und damit zur **Kursbildung**,
2. als grundlegendes **Reservemittel**.

1.1. Das Kurssystem der Währungen

Da ein Hauptanliegen der Neuordnung der kapitalistischen Währungsbeziehungen nach dem zweiten Weltkrieg darin bestand, die Stabilität der Währungskurse zu sichern, mußte ein entsprechender Mechanismus geschaffen werden. In diesem Kurssystem spielte das Gold eine zentrale Rolle, da es "direkt oder indirekt den Maßstab der Währungsparitäten"¹ darstellte. So war jedes IWF-Mitgliedsland verpflichtet, den Wert seiner Währung entweder direkt in einer bestimmten Goldmenge (Goldgehalt) oder aber in US-Dollar und damit über dessen Goldparität vom 1. Juli 1944 (35 US-Dollar je Feinunze Gold) indirekt in Gold auszudrücken (Art. IV/1a des IWF-Statuts).² Der Währungskurs wurde dann über den Vergleich der Goldparität der einzelnen Währungen gebildet. Obwohl er damit der Form nach als Goldparitätskurs konzipiert ist, kann er dennoch nicht - wie wir unten sehen werden - inhaltlich mit den früheren Goldparitätskursen aus der Zeit des Goldstandards verglichen werden.

Die angestrebte Stabilität der Währungskurse schließlich glaubte man realisieren zu können,

- zum einen durch das grundsätzliche Festhalten an den einmal fixierten Paritäten und die Verpflichtung der Mitgliedsländer, mittels Interventionen am Devisenmarkt die Stabilität der Kurse zu garantieren (wobei ein Schwan-
kungsspielraum der Tageskurse von $\pm 1\%$ gegenüber dem Goldparitätskurs gestattet war);
- zum anderen durch die Stabilität des Goldpreises - ausgedrückt in Dollar -, stellte doch die feste Goldparität des US-Dollars zugleich den Maßstab der Paritäten für das gesamte Kurssystem dar und verlieh damit dem Dollar die Funktion einer Leitwährung.

Ungeachtet des Prinzips, feste Währungskurse zu garantieren, waren Veränderungen nicht gänzlich ausgeschlossen. So wurde unter bestimmten Voraussetzungen (für den Fall eines fundamentalen Ungleichgewichts der Zahlungsbilanz gemäß Art. IV/5 des IWF-Statuts) das Recht auf Paritätsänderung eingeräumt.

Damit solche Währungsauf- bzw. -abwertungen nur als Ausnahme und nicht als legitimes Mittel des internationalen Konkurrenzkampfes betrachtet wurden, behielt sich der IWF bei Paritätsänderungen ein Mitwirkungsrecht vor. Jede Paritätsänderung bedurfte der Beratung durch den IWF. Bei beabsichtigten Änderungen von mehr als 10 % hatte der Fonds das Recht, Einspruch zu erheben (Art. IV/5c des IWF-Statuts).³ Das Währungsabkommen schloß auch eine Änderung des festen Dollar-Goldpreises nicht grundsätzlich aus. Gemäß

1 Aschinger, F. E., Das Währungssystem des Westens, 2. erg. Aufl., Frankfurt (Main) 1973, S. 106.

2 Vgl. Die Artikel des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds, in: Das Abkommen von Bretton Woods im englischen Originaltext mit deutscher Übersetzung, hg. v. Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, Wien 1946.

3 Vgl. ebenda.

Art. IV/7 des IWF-Statuts waren dazu allerdings 85 % der Stimmen der IWF-Mitgliedsländer erforderlich.⁴

1.2. Das Gold als Reservemittel

Als grundlegendes Reservemittel wurde das Gold in mehrfacher Hinsicht in die neugestalteten kapitalistischen Währungsbeziehungen eingepaßt.

Erstens wurde dem Gold durch die von den USA garantierte Goldkonvertibilität des US-Dollars ausländischen Währungsbehörden gegenüber der Charakter einer Basisreserve verliehen. Alle als Reserven in Frage kommenden Währungen konnten (theoretisch) in Dollar konvertiert und über diesen in Gold umgewandelt werden. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß - im Unterschied zu den früheren Goldwährungssystemen - die IWF-Statuten keinem Land die Konvertibilität seiner Währung gegen Gold vorschreiben bzw. keinem Land die Umwandelbarkeit seiner Fremdwährungsguthaben in das edle Metall garantiert. Die von den USA eingeräumte Möglichkeit der Goldkonvertibilität war damit eine ausgesprochen einseitige Angelegenheit der Vereinigten Staaten, die nicht durch ein internationales Abkommen sanktioniert war und wofür keine gesetzliche Verpflichtung bestand.

Grundlage der Goldeinlösbarkeit des Dollar war die amerikanische Währungsgesetzgebung, konkret Gold Reserve Act aus dem Jahre 1934, die das amerikanische Schatzamt vorbehaltlich der Zustimmung des Präsidenten ermächtigte, "Gold zu einem Preis und zu Bedingungen frei zu kaufen und zu verkaufen, die im besten Interesse der Allgemeinheit liegen".⁵ Der Preis des Goldes wurde daraufhin mit 35 Dollar je Feinunze Gold bestimmt. Entsprechend dem Gesetz von 1934 sicherte das US-Schatzamt im Rahmen eines 1936 abgeschlossenen Währungsabkommens den Notenbanken Frankreichs und Großbritanniens zu, vorbehaltlich einer 24stündigen Kündigungsfrist, auf Gegenseitigkeit Gold zu Sätzen und zu Bedingungen zu verkaufen, die der amerikanische Schatzsekretär als "vorteilhaft für das öffentliche Wohl erachtete".⁶

Praktisch kamen die Vereinigten Staaten mit der Goldkonvertibilität des Dollars den Verpflichtungen des Bretton-Woods-Abkommens zur Aufrechterhaltung fester Währungskurse nach, sah doch das IWF-Statut (Art. IV/4b) vor, daß die laufende Stabilhaltung des Kurses - neben den Interventionen am Devisenmarkt - auch dadurch erfüllt werden kann, daß "die Währungsbehörden eines Landes zur Abwicklung internationaler Transaktionen Gold innerhalb der vorgeschriebenen Margen frei kaufen und verkaufen".⁷ Diese Goldkonvertibilität des Dollars war für die Funktionstüchtigkeit des Währungssystems nach der 1944 entwickelten Konzeption, insbesondere für das System fester Wechselkurse, von substantieller Bedeutung. Und zwar deshalb, weil bei einer Suspendierung der Goldeinlösung der amerikanischen Landeswährung (wie sie 1971 praktiziert wurde) die USA über Devisenmarktoperationen die Stabilität des Kurses hätten sichern müssen. Die USA verfügten - nicht zuletzt als Folge ihrer Zahlungsbilanzpolitik - über keine ausländischen Währungen für Interventionszwecke. Deshalb war die Aufkündigung der Goldkonvertibilität zugleich ein wesentlicher Faktor für das Scheitern des Systems fester Wechselkurse.

⁴ Vgl. ebenda.

⁵ Aliber, R. Z., The Management of the Dollar in International Finance, in: Princeton Studies, 13/1964, S. 4, zit. nach: Aschinger, S. 108.

⁶ Veit, O., Grundriß der Währungspolitik, 3. durchgängig erneuerte Aufl., Frankfurt (Main) 1969, S. 140 f.

⁷ Aschinger, S. 107.

Zweitens spielte das Gold sowohl zum Zeitpunkt der Schaffung des Bretton-Woods-Währungssystems als auch in den darauffolgenden Jahren eine wichtige Rolle als Reserveaktivum (vgl. Anhang, Tab. 1). Aufschlußreich ist dabei eine Betrachtung über die Stellung des Goldes innerhalb der Währungsreserven insgesamt. Wie Tab. 2 zeigt, betrug im Jahre 1950 der Goldanteil an den Währungsreserven aller Länder des nichtsozialistischen Wirtschaftsgebietes mit 33,0 Mrd. US-Dollar 68,4 %. Obwohl die Goldbestände in den folgenden Jahren relativ und 1968 sogar absolut abnahmen, belief sich ihr Anteil 1970 noch immer auf 42,4 % aller Währungsreserven, bis er im darauffolgenden Jahrzehnt auf eine Größe von weniger als 10 % zusammenschumpfte.⁸

Bei diesen Angaben für das kapitalistische Währungssystem insgesamt ist jedoch zu berücksichtigen, daß hinsichtlich der Verteilung der Goldbestände auf die einzelnen kapitalistischen Länder sowie des Goldanteils an den Währungsreserven innerhalb der Länder wesentliche Unterschiede bestanden (vgl. Anhang, Tab. 2 u. 3).

Betrachtet man den Anteil der wichtigsten imperialistischen Staaten am gesamten Währungsgoldbestand (nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet) im Zeitraum bis 1970, so dominierten unangefochten die USA - ungeachtet eines beträchtlichen Goldabflusses als Folge der permanenten amerikanischen Zahlungsbilanzdefizite. Mit 22,8 Mrd. US-Dollar verfügten die USA 1950 über 66,1 % des Währungsgoldes im westlichen Währungssystem. 1970 war ihr Anteil auf 25,2 % (11,1 Mrd. US-Dollar) zusammengeschrumpft. Diese Umschichtung der Goldbestände aus den Vereinigten Staaten in die übrigen Länder, die in der Zeit von 1950 bis 1955 1,0 Mrd. Dollar betrug, erreichte 1956 bis 1970 den gewaltigen Betrag von 10,7 Mrd. US-Dollar. Den Höhepunkt des Goldabflusses bildete die Goldkrise des Jahres 1968. Danach wurde - wie noch zu zeigen ist - mit verschiedenen Maßnahmen einer weiteren Goldabgabe vorgebeugt.

Bei den übrigen imperialistischen Ländern stellt sich die Situation sehr differenziert dar. Vermochten es beispielsweise die BRD, Frankreich und Italien bis 1970 ihren Anteil an den Goldreserven des kapitalistischen Währungssystems nicht unwesentlich zu erhöhen (von 0 %, 1,9 % und 0,7 % im Jahre 1950 auf 9,1 %, 8,0 % und 6,6 % 1970 in der Reihenfolge der Länder), so blieb der Anteil Japans mit nur 1,2 % im Jahre 1970 recht unbedeutend. Der in Großbritannien konzentrierte Teil des kapitalistischen Währungsgoldes (1950 8,3 %) sank nach vorübergehender Zunahme bis 1970 auf 3,1 % ab. Bemerkenswert ist, daß sich der Anteil der 6 bedeutendsten imperialistischen Staaten am Gesamtgoldbestand von 77 % (1950) auf 53,2 % (1970) stetig zurückentwickelte.

Auch eine Analyse des Goldanteils an den Währungsreserven der einzelnen imperialistischen Länder weist erhebliche Unterschiede auf. Mit über 90 % gestaltete sich der Goldanteil der Gesamtwährungsreserven in den USA in der Zeit bis 1965 überdurchschnittlich hoch. Die mit einem hohen Gold- und einem niedrigen Devisenanteil sich deutlich von anderen Ländern unterscheidende Struktur der Währungsreserven der USA erklärt sich aus der Sonderstellung des US-Dollars als Haupthandels- und Reservewährung sowie der spezifischen Art und Weise der Sicherung fester Wechselkurse seitens der USA. Beides entband die Vereinigten Staaten faktisch von der Reservehaltung an fremden Währungen, machte jedoch entsprechende Goldvorräte erforderlich. Für die anderen imperialistischen Länder ist - mit Ausnahme von Japan - für die ersten 20 Jahre des Bretton-Woods-Systems gleichfalls ein beträchtlicher Goldanteil an Währungsreserven charakteristisch, wenn er auch nicht an den der USA her-

⁸ In diesem Zusammenhang muß darauf verwiesen werden, daß mit der Goldpreisspaltung im Jahre 1968 und der späteren Beseitigung des offiziellen Goldpreises das Problem steht, zu welchem Preis das Währungsgold zu bewerten ist. Vgl. dazu Tab. 2.

erreichte. Dabei verlief aber die Entwicklung wenig kontinuierlich, wie aus Tab. 2 zu ersehen ist. Ausgeprägt stark ist das Bestreben Frankreichs, das Gold zu einem bevorzugten Reservemedium zu machen.

D r i t t e n s wurde das Gold in seiner Reservefunktion von den internationalen kapitalistischen Währungsorganisationen genutzt. Im Funktionsmechanismus des IWF nahm es einen bedeutenden Platz bei der Aufbringung der Fondsmittel ein, da jedes Land verpflichtet war, einen Teil seines Subskriptionsbeitrages (Quote) in Gold aufzubringen. Gemäß Art. III/3 des IWF-Abkommens belief sich dieser Anteil entweder auf 25 % der für das Land festgelegten Quote bzw. auf 10 % der offiziellen Nettowährungsreserven in Gold und US-Dollar nach dem Stand vom Herbst 1946. Der beim IWF eingezahlte Goldbetrag ist für die Mitgliedsländer insofern von Wichtigkeit, als in dessen Höhe zuzüglich der beim Fonds eingebrachten Summe in konvertierbarer Währung (Goldtranche) ein automatisches Ziehungsrecht für das betreffende Land begründet wird. Es ist also in dieser Größenordnung zur Kreditnahme berechtigt, ohne daß der IWF Begründungen verlangen oder Auflagen an die Kreditgewährung knüpfen darf. In diesem Sinne werden die Ziehungsrechte im Rahmen der Goldtranche auch als unbedingt verfügbare Liquidität mit reserveähnlichem Charakter bezeichnet.⁹

Über diesen obligatorisch in Gold zu erbringenden Teil der Quoten konnte der Fonds von den Mitgliedern gegen Abgabe eigener Währungsbestände zusätzlich Gold entgegennehmen. Gleiches traf zu bei Rückkäufen von eigener Währung zur Abtragung von Verbindlichkeiten kreditnehmender Mitgliedsländer dem IWF gegenüber.¹⁰

Außerdem bestand für jedes Mitgliedsland die Verpflichtung, die eigene Währung an den IWF gegen Gold zur offiziellen Parität zu verkaufen. Auf diese Art und Weise stellte der Goldbestand des Währungsfonds eine potentielle Quelle ständiger Liquidität dar, mit deren Hilfe er in den Besitz der für seine Transaktionen erforderlichen Währungen gelangen kann und praktisch auch gelangte. So wurden beispielsweise im Zeitraum von 1957 bis 1967 mehrfach Goldverkäufe in einer Gesamthöhe von 1,9 Mrd. US-Dollar getätigt, mit denen der IWF zwölf verschiedene Währungen erwarb. Diese Goldverkäufe dienten insbesondere zur Auffüllung seines 1957 allmählich versiegenden Bestandes an US-Dollar, aber auch zur Finanzierung von Teilbeträgen großer britischer Ziehungen in den Jahren 1961, 1964 und 1965.¹¹

Diese relativ fest umrissene Funktion, die dem Gold im Bretton-Woods-Währungsgefüge zugewiesen wurde, wird verschiedentlich so interpretiert, als sei die Rolle des Goldes im Währungssystem gestärkt worden. Symptomatisch dafür ist z. B. die Auffassung von Hubertus Adebahr, bei dem es heißt: "Im Währungssystem von Bretton Woods wurden dem Gold Funktionen zugewiesen, die seine Bedeutung noch erhöhten."¹² Eine solche Betrachtung mag angesichts der Tatsache, daß erstmals die Spielregeln für die monetäre Handhabung des Goldes international durch ein Abkommen verankert wurden, zwar einleuchtend erscheinen. Tatsächlich unterscheidet sich das Währungssystem von Bretton Woods auch hinsichtlich der Rolle des Goldes von der ausgeprägten Währungsanarchie der Zwischenkriegszeit dadurch, daß es sich um ein System handelt, in dem das Gold einer internationalen staatsmonopolistischen Regulierung unterworfen werden sollte. Daraus allein aber eine Stärkung der Position des Goldes in der Nachkriegsentwicklung der kapitalistischen Welt-

9 Vgl. Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt (Main) 1967.

10 Vgl. Aschinger, S. 115.

11 Vgl. Enzyklopädisches Lexikon ..., S. 830. - Diesen Goldverkaufsbeträgen liegt eine Goldbewertung von 35 US-Dollar je Feinunze zugrunde.

12 Adebahr, H., Währungstheorie und Währungspolitik, Berlin (West) 1978, S. 408.

wirtschaft abzuleiten, hieß es zu übersehen, daß auch in dieser Phase des Währungsgeschehens Demonetisierungssymptome vorzufinden waren. Von großem Gewicht für den Fortgang der Demonetisierung des Goldes war zweifellos die Tatsache, daß innerhalb der kapitalistischen Staaten - mit wenigen Ausnahmen - die an das Gold gebundenen Währungen in Form der Goldkern- bzw. Golddevisenwährungen aufgegeben wurden. Das bedeutete einerseits den Verzicht auf Golddeckungsvorschriften jeglicher Art. Die Banknotenausgabe durch die Zentralbanken vollzog sich also ohne Rücksicht auf den vorhandenen Bestand an Gold bzw. in Gold konvertierbarer ausländischer Valuta. Andererseits hieß das, jegliche Verpflichtungen der betreffenden Zentralbanken zur Konvertierung ihrer Landeswährungen in Gold bzw. den Ankauf von Gold gegen Landeswährung zu einer festen Parität im Rahmen der inneren Volkswirtschaften zu suspendieren.

Diese Trennung des inneren Geldumlaufs vom Gold führte zum Entstehen eines neuen Währungstyps, der Kreditgeldwährung (Kreditgeldstandard)¹³. Charakteristisch hierfür ist das Fehlen eines festen Verhältnisses zwischen dem Banknotenumlauf und dessen Deckung durch Gold- bzw. Golddevisenbestände der Zentralbank.

Die Kennzeichnung einer Währung als Kreditgeldwährung impliziert nicht, daß Gold bzw. Golddevisen (wie der Dollar bis 1971) keine Rolle mehr bei der Währungsdeckung spielten. Bis in die Gegenwart hinein bildet das Gold ein wichtiges Aktivum und damit eine Grundlage für die Banknotenemission der kapitalistischen Zentralbanken. Im Gegensatz zur Goldkern- oder Golddevisenwährung alten Stils ist die Ausdehnung des Notenumlaufs aber nicht mehr an eine Zunahme des Bestandes an Gold oder Golddevisen gebunden.

Von den währungspolitisch bedeutendsten kapitalistischen Staaten hielten allein die USA vorerst am juristisch sanktionierten Zusammenhang zwischen ihrer Währung und dem Gold fest. Der US-Dollar behielt seinen Charakter als Goldkernwährung faktisch bei bis zur Aufhebung der Golddeckungsvorschrift in Höhe von 25 % der umlaufenden Banknoten im Jahre 1968 bzw. der Einstellung der Goldkonvertibilität von Dollarguthaben, die sich in Verfügung ausländischer Zentralbanken befanden (1971).

Als Indiz für die veränderte Stellung des Goldes im internationalen Währungsgeschehen dürfen auch die im Vorfeld der Bretton-Woods-Konferenz diskutierten Währungspläne, insbesondere die von Keynes vorgeschlagene Konzeption zur Neuregelung der kapitalistischen Nachkriegswährungsordnung, nicht unerwähnt bleiben. Der von Keynes vorgelegte Plan sah die Errichtung eines multilateralen internationalen Verrechnungssystems für die kapitalistische Weltwirtschaft vor. Seinem Charakter nach handelte es sich dabei um einen Kreditgeldmechanismus auf internationaler Ebene mit einer Art internationaler Währung (Bancor) sowie einer internationalen Institution, die faktisch Zentralbankfunktionen ausüben sollte. Auch in diesem Plan sollte nicht gänzlich auf das Gold verzichtet werden. Zum Beispiel war vorgesehen, den Bancor mit Gold zu bewerten. Ferner sollte das Gold neben dem Bancor weiterhin Reservefunktion ausüben, was eine Einlösbarkeit des Goldes in diese internationale Währungseinheit (nicht aber umgekehrt) einschloß.

Letztlich jedoch besaß das Gold im Keynes-Plan lediglich rudimentären Charakter, da das mehrseitige Verrechnungssystem auch ohne Gold funktionstüchtig gewesen wäre. Im Unterschied zum von den USA unterstützten und schließlich in den Kernpunkten realisierten White-Plan, der vom Gold als wesentlicher Grundlage und bedeutendem Instrument des internationalen Zahlungsverkehrs ausging, bestimmte bei Keynes in erster Linie das Volumen des in-

¹³ In der bürgerlichen Literatur wird diese häufig mit dem Terminus "ungebundene Währung" bezeichnet.

internationalen Warenaustausches über den Bedarf an internationalen Zahlungsmitteln und internationaler Liquidität.¹⁴ Zwar verfiel der Keynes-Plan in seinen wesentlichen Punkten aufgrund spezieller Interessen des US-Imperialismus der Ablehnung und war damit für die praktische Gestaltung der Währungsbeziehungen von geringem Einfluß. Bedeutungslos war er indes nicht. Indem der Keynes-Plan - auf bürgerlicher Grundlage - die Konzeption einer zwischenstaatlichen kapitalistischen Währungsordnung, die sich weitgehend vom Gold gelöst hat, darstellte, reflektierte er in gewissem Maße, daß die Bedingungen für eine nicht auf dem Golde fußenden Währungsordnung herangereift waren. Dieser Plan nahm die später eingetretenen praktischen Demonetisierungsschritte theoretisch vorweg.

Was schließlich den praktischen Funktionsmechanismus des Bretton-Woods-Systems betrifft, so beruht er - bei aller Bedeutung des Goldes - doch wesentlich auf der Anwendung nationaler Währungen für internationale Transaktionen. In diesem Zusammenhang ist der im Rahmen des Bretton-Woods-Systems vereinbarte Grundsatz der gegenseitigen Konvertibilität der Landeswährungen, der 1958 von den wichtigsten kapitalistischen Industrieländern auch verwirklicht wurde, für das Funktionieren des Währungssystems in seiner Gesamtheit von größerer Bedeutung, als es die ohnehin begrenzte Goldeinlösbarkeit des Dollars je war.

Betrachtet man die gegen Ende des zweiten Weltkrieges beginnende Phase der internationalen kapitalistischen Währungsbeziehungen hinsichtlich der Stellung des Goldes, so erkennt man zwei widerspruchsvolle Entwicklungslinien: Einerseits erwies sich - anknüpfend an die Ergebnisse der Währungsentwicklung in der Zwischenkriegszeit - eine Rückkehr zu früheren Formen von Goldwährungssystemen (Goldkern- bzw. Golddevisenwährung) als unmöglich.¹⁵ Der einmal erreichte Stand des Demonetisierungsprozesses war nicht mehr umkehrbar. Andererseits wurde zugleich eine bestimmte Konsolidierung des Goldes in der Nachkriegswährungsordnung erreicht, da dessen Platz im Währungsmechanismus genau bestimmt und direkt bzw. indirekt durch Abkommen verankert worden war.

2. Der Zerfall der Goldgrundlagen des Bretton-Woods-Systems

Die Praxis der internationalen kapitalistischen Währungsbeziehungen zeigte sehr bald, daß das mit dem Bretton-Woods-System verfolgte Anliegen eines ausgeglichenen Wachstums des Welthandels und stabiler Währungsverhältnisse illusorisch war. Ernste Krisenerscheinungen im Währungssystem, die sich hinsicht-

¹⁴ Vgl. Aschinger, S. 20 ff.

¹⁵ An dieser Stelle ist es erforderlich, darauf hinzuweisen, daß die Begriffe Golddevisenwährung bzw. Golddevisenstandard in der Literatur für unterschiedliche Sachverhalte angewendet werden. Im ursprünglichen und engeren Sinne handelt es sich beim Golddevisenstandard um einen Währungstyp, der dadurch gekennzeichnet ist, daß die umlaufenden Banknoten in einem genau bestimmten Verhältnis durch in Gold jederzeit einlösbare Devisen gedeckt sind. In diesem Sinne wird der Begriff in dieser Arbeit gebraucht. Darüber hinaus findet die Bezeichnung Golddevisenstandard auch Anwendung für ein Währungssystem, dessen Währungsreserven aus Devisen und Gold bestehen und für das eine bestimmte Goldeinlöschungspflicht für die wichtigsten Devisen gewährleistet ist, ohne daß bestimmte Deckungsvorschriften gegeben sein müssen. Dieser weiteren Auffassung folgend, wird häufig das Bretton-Woods-System in seiner ursprünglichen Form als Golddevisenstandard bezeichnet.

lich ihrer Intensität und Dimension zunehmend ausweiteten, stellten den Bretton-Woods-Mechanismus vor große Belastungsproben.

Der sich beschleunigende Zerfall des internationalen kapitalistischen Währungssystems als folgerichtiges Ergebnis des Wirkens der objektiven ökonomischen Gesetze des Kapitalismus war selbst durch die 1944 in den Mechanismus eingeführten Goldelemente nicht aufzuhalten. Im Gegenteil, die Währungskrise erfaßte zunehmend auch die Goldgrundlagen des Bretton-Woods-Systems, welche damit die in sie gesetzte Erwartung, eine stabilisierende Rolle zu spielen, nicht zu erfüllen vermochten.

Während sich die Entgoldung des Bretton-Woods-Systems einerseits aus den immer funktionsuntüchtiger werdenden Währungsbeziehungen in ihrer Gesamtheit ergibt, so ist andererseits der Demonetisierungsprozeß untrennbar mit dem Schicksal der Hauptwährung des imperialistischen Systems, dem US-Dollar verknüpft. Aufgrund der Tatsache, daß das Währungssystem seine Verbindung zur Geldware insbesondere über den Dollar realisieren sollte (fester Goldpreis, Goldkonvertibilität des Dollars), sind Dollarkrise und Zerfall der Goldgrundlagen des IWF-Systems zwei spezifische Erscheinungsformen ein und desselben Prozesses.

Zwei Widersprüche waren es vor allem, die die zunehmende Untauglichkeit der dem Gold übertragenen Funktionen im IWF-Währungssystem signalisierten.

E r s t e n s : Die Entwicklung des monetären Goldbestandes hielt nicht Schritt mit dem durch die kapitalistische Weltindustrieproduktion und den Welthandel herbeigeführten Bedarf, so daß sich eine Tendenz zur Verknappung des Währungsgoldes, dem eine zentrale Rolle im Reservesystem zugeordnet war, abzeichnete.¹⁶ Zum einen war dieses Auseinanderklaffen von monetärem Goldbedarf und zurückbleibendem Angebot darin begründet, daß die Goldproduktion als Folge des zweiten Weltkrieges und schlechter Verwertungsbedingungen des in Goldminen angelegten Kapitals (bedingt durch inflationäre Produktionskostensteigerung bei unverändert bleibendem Goldpreis) stagnierte. Erst 1962 konnte insbesondere durch die Entdeckung und Erschließung südafrikanischer Goldvorkommen, das Vorkriegsniveau der Goldförderung wieder erreicht werden (vgl. Anhang, Tab. 4). Zum anderen war das sich verlangsamende Wachstum der monetären Goldreserven auch wesentlich dadurch bedingt, daß der private Goldmarkt einen immer größeren Anteil des angebotenen Goldes aufnahm. Franz E. Aschinger gibt an, daß von dem im Zeitraum 1950 bis 1968 im Umfang von 24,4 Mrd. US-Dollar produzierten Gold lediglich 5,7 Mrd. Dollar bzw. 23,3 % zur Erhöhung der Währungsgoldreserven genutzt werden konnten.¹⁷ Zurückzuführen ist der stark gestiegene private Goldbedarf namentlich auf die rasche Zunahme der industriellen Goldverwendung (Erschließung neuer Anwendungsgebiete als Folge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts) und die private Goldakkumulation. Letzteres ist dabei - sofern diese Goldhortungen zum Zwecke der Vermögenssicherung vor inflationärem Wertverlust vorgenommen wurden - Ausdruck für mangelndes Vertrauen in die kapitalistischen Landeswährungen und signalisiert den Grad ihrer Zerrüttung. Diese private Goldhortung, die mitunter beträchtliche Ausmaße annahm und auch später noch zu beobachten sein wird, ist ein Phänomen ambivalenten Charakters. Sie wirkte als Promotor der Verdrängung des Goldes aus den zwischenstaatlichen Währungsbeziehungen und zeigte zugleich die nach wie vor bestehende Bedeutung des Goldes als Mittel der Wertaufbewahrung auf.

¹⁶ Vgl. Aschinger, S. 117 f.

¹⁷ Vgl. Aschinger, S. 117 (Goldtransaktionen bewertet mit 35 US-Dollar je Feinunze).

Z w e i t e n s : Der die private Goldnachfrage stimulierende Vertrauensschwund in die kapitalistischen Währungen betraf zu Beginn der 60er Jahre besonders den US-Dollar und mit ihm die Hauptsäule des Bretton-Woods-Systems. Verschiedene Umstände ließen in der Zeit seit 1950 (mit Ausnahme des Jahres 1957) die Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten passiv abschließen und waren der Grund dafür, daß der in der unmittelbaren Nachkriegszeit existierende große Dollarbedarf ("Dollarlücke") in eine übermäßige Dollarflut umschlug.

Hauptursachen waren der umfangreiche amerikanische Kapitalexport, die an mehr als 50 Staaten gezahlte sog. Wirtschafts- und Militärhilfe, insbesondere die gewaltigen Ausgaben für den Krieg in Vietnam und den Unterhalt der ausländischen Militärstützpunkte.¹⁸ Anzumerken ist noch, daß der Mechanismus des Bretton-Woods-Währungssystems, der dem Dollar eine zentrale Funktion zuwies, diese Entwicklung nicht nur begünstigte, sondern letztlich sogar erforderte. Der sich aus den USA in die übrigen Länder des westlichen Währungssystems ergießende Dollarstrom war nicht nur möglich, weil der Dollar als Leitwährung akzeptiert wurde, sondern er war erforderlich, damit diese Währung als Haupthandels- und Reservewährung fungieren konnte. Insofern war die Verschuldung der USA notwendige Voraussetzung für den Funktionsmechanismus des Währungssystems aus dem Jahre 1944.

Die daraufhin einsetzende Flucht vom Dollar in das Gold ließ den Goldpreis auf den freien Märkten so weit ansteigen, daß er deutlich vom monetären Preis für das Gold abwich (er betrug z. B. am 20. Oktober 1960 in London rd. 40 Dollar je Feinunze).¹⁹ Die Preisentwicklung war aber - angesichts eines Währungssystems, das feste Paritäten vorschrieb und dessen Stärke auf der festen Verbindung der Hauptwährung zum Gold beruhen sollte - gleichbedeutend mit einer Erschütterung der Grundlagen des Gold-Dollar-Mechanismus. Da die Währungsordnung von Bretton-Woods im Unterschied zum klassischen Goldstandard keinen automatischen Ausgleichsmechanismus zur Wiederherstellung des Goldpreises an die offizielle Parität einschloß, waren die Vereinigten Staaten gezwungen, durch regulierende Eingriffe den alten Zustand des Goldmarktes wiederherzustellen. Diese Interventionen fügten dem Goldbestand der USA, der seit 1958 ohnehin von beträchtlichen Abflüssen betroffen war, weitere Verluste zu. Um eine weitere Schmälerung ihrer monetären Goldreserven bei (zunächst noch) gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Goldparität des US-Dollars zu vermeiden, unternahm die USA in den Folgejahren eine Vielzahl von Aktionen zur Modifizierung der Goldelemente des Bretton-Woods-Systems. Diese Maßnahmen, die größtenteils im Rahmen des IWF - z. T. nach heftigen Kontroversen zwischen den bedeutendsten Mitgliedern -, aber auch im Alleingang durch die USA realisiert wurden, führten zu einem beträchtlichen Wandel der imperialistischen Währungsvereinbarungen von 1944.

Hauptergebnis dieses Prozesses, dessen wichtigste Etappen im folgenden kurz skizziert werden sollen, war die Liquidierung des Gold-Dollar-Mechanismus und eine erhebliche Reduzierung der monetären Funktion des Goldes.

¹⁸ Vgl. dazu insbes.: Domdey, K.-H./Kühne, H. D., Die chronische Krise des kapitalistischen Währungssystems, Berlin 1972, S. 162 f.

¹⁹ Vgl. Aschinger, S. 124.

2.1. Versuch einer internationalen Regulierung des Goldpreises

Nachdem die USA die Goldpreisregulierung zunächst allein betrieben hatten, gelang es ihnen mit der Gründung des Goldpools im Herbst 1961, andere Länder (Großbritannien, BRD, Frankreich, Italien, Schweiz, Niederlande und Belgien) an dieser diffizilen Aufgabe zu beteiligen. Das Ziel des Goldpools bestand in der internationalen staatsmonopolistischen Regulierung des Goldpreises auf dem Niveau der Goldparität des US-Dollars, was bedeutete, daß die USA zur Gewährleistung stabiler Währungsparitäten der Hilfe ihrer Partner bedurfte bzw. diese erzwang - ein Vorgang, der sich später noch öfter wiederholen sollte. Der Goldpool funktionierte in Form eines Verkaufs- und Kaufsyndikats. Die Pool-Mitglieder verpflichteten sich, einerseits Gold aus eigenen Beständen gegen Dollar abzugeben, wenn es zur Stabilisierung des Londoner Marktpreises erforderlich war, und andererseits Gold bei entsprechender Preisentwicklung gegen Hergabe von Dollar vom Markt zu nehmen. Die Teilnahme der einzelnen Notenbanken an den Verkaufs- und Kaufoperationen des Fonds wurde über Länderquoten geregelt. Sie betragen für die USA 50 %, die BRD 11,12 %, Großbritannien, Frankreich und Italien je 9,26 %, die Schweiz, Belgien und die Niederlande je 3,7 %. Die Mitglieder des Pools verzichteten auf alle weiteren Goldkäufe und -verkäufe am freien Markt.

2.2. Regulierung der Goldverkaufs- und -kaufoperationen der Währungsbehörden

Während es dem Goldpool bis Mitte 1967 gelang, den Goldpreis am Londoner Markt auf dem 35-Dollar-Niveau je Feinunze Gold zu halten - bis zu diesem Zeitpunkt ergaben die Interventionen sogar einen Nettosaldo zugunsten der Pool-Länder -, setzte im Herbst des gleichen Jahres, ausgelöst insbesondere durch die Abwertung des britischen Pfundes und ein sehr hohes Zahlungsbilanzdefizit der USA, ein solcher Run auf das Gold ein, dem der Pool nicht mehr gewachsen war. Während z. B. die privaten Goldkäufe noch 1967 nur 1,4 Mrd. Dollar betragen, erhöhten sie sich 1968 auf 3 Mrd. Dollar. Da trotz verschiedener Beruhigungsversuche²⁰ die Goldspekulation anhielt und dem Goldpool innerhalb kurzer Zeit Goldverluste in Höhe von 1,7 Mrd. Dollar zufügte,²¹ beschloss die Pool-Mitglieder am 16./17. März 1968 in Washington, die Interventionen zur Stabilisierung des Goldpreises einzustellen, aber gleichzeitig am offiziellen Goldpreis in den Beziehungen ihrer Währungsbehörden untereinander festzuhalten. Praktisch stellte dieser Beschluß eine Spaltung des Goldmarktes in einen privaten (freien) und einen offiziellen Markt mit einer entsprechenden Aufspaltung in einen offiziellen (festen) und einen privaten (schwankenden) Goldpreis dar.

Wenngleich es mit dem Washingtoner Beschluß gelang, die Goldverkaufspolitik der Unterzeichnerländer am freien Markt im Sinne eines Verbots staatsmonopolistisch zu regulieren, konnte über das Verhalten der Länder hinsichtlich des Goldkaufs keine Übereinstimmung erzielt werden. Hier war es den USA nicht möglich, ihre Vorstellungen, die einen Verzicht auch für Goldkäufe vorsahen, durchzusetzen. Man einigte sich lediglich darauf, dann kein Gold zu kaufen, wenn der monetäre Goldpreis vom freien Preis erheblich übertrof-

²⁰ Dazu gehörte z. B. eine Erklärung des Pools, nach der er unbedingt an der Verteidigung des bestehenden Goldpreises und der Wechselkursstruktur festhalten werde. Die gleiche Absicht verfolgten die USA mit der Ankündigung, ihre Zahlungsbilanz ernsthaft verbessern zu wollen.

²¹ Bewertungsbasis: 35 US-Dollar je Feinunze Gold.

ren wird, um zu verhindern, daß der Marktpreis durch solche Käufe nicht zusätzlich Auftriebsimpulse erhält.

Die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Klärung des Goldkaufproblems rückte aber bald auf die Tagesordnung. Zum einen, weil infolge einer weitreichenden Angleichung des freien an den offiziellen Goldpreis gegen Ende des Jahres 1969 Bedenken der obengenannten Art nicht mehr vorhanden waren; zum anderen, weil Südafrika als wichtigstes kapitalistisches Goldförderungsland an einem stabilen Absatz einschließlich eines sicheren Preises für jenen Teil seiner Goldproduktion interessiert war, der über die private Nachfrage hinausgeht. Die Art und Weise des Auftretens von Währungsbehörden als Goldkäufer wurde schließlich Ende Dezember in Form einer Vereinbarung zwischen dem IWF und Südafrika geregelt. Diese sah die Möglichkeit monetärer Goldkäufe seitens des Fonds aus der Goldproduktion Südafrikas vor, schloß aber direkte Goldkäufe der einzelnen IWF-Mitglieder aus. Diese konnten jedoch auf einem Umweg ihre monetären Goldbestände erhöhen, wenn der Fonds sein neu erworbenes Gold zum Erwerb von Landeswährung einsetzte.²²

Die 1968/69 getroffenen Maßnahmen zum Auftreten von Währungsbehörden als Goldkäufer bzw. -verkäufer am freien Markt blieben nicht ohne Auswirkungen auf die monetären Goldbestände. So gelang es, die Währungsgoldbestände des westlichen Währungssystems um 1,3 Mrd. Dollar von 40,13 Mrd. auf 41,42 Mrd. Dollar zu erhöhen, ohne indes die Verluste des Goldpools ausgleichen zu können. Diese hatten allein im Winter 1967/68 einen Umfang von 2,72 Mrd. Dollar.²³

Frankreich, das schon 1967 den Goldpool verlassen hatte, stand auch dieser Regulierung der Goldverkaufs- und -kaufpolitik kritisch gegenüber, da die französische Regierung grundsätzlich andere Vorstellungen von der Rolle des Goldes im internationalen Währungsgeschehen vertrat und diese auch praktisch zu verwirklichen suchte.

2.3. Suspendierung der Goldkonvertibilität des US-Dollars

Die bis dahin eingeleiteten Bemühungen zur Beibehaltung des offiziellen Goldpreises zeigten, daß es angesichts einer sich beschleunigenden und zugleich sehr unterschiedlich verlaufenden Inflation in der gesamten kapitalistischen Weltwirtschaft unmöglich ist, an einem Mechanismus von Goldparitätskursen festzuhalten. Sie tangierten zugleich ein fundamentales Prinzip der kapitalistischen Nachkriegswährungsordnung: die Goldeinlösbarkeit der Hauptreservewährung Dollar. Zwar wurde mit den bislang getroffenen Maßnahmen die Goldkonvertibilität der amerikanischen Währung formal nicht angetastet, tatsächlich aber existierte sie bereits nicht mehr bzw. allenfalls in sehr eingeschränkter Form. Den Vereinigten Staaten, seit langem bemüht, zur Eindämmung des Goldabflusses Goldkonvertierungen von Dollarforderungen ausländischer Zentralbanken in Grenzen zu halten, gelang es mit den Washingtoner Beschlüssen, die anderen Länder zu einem weitgehenden Verzicht auf die Goldeinlösbarkeit ihrer Dollarbeträge zu bewegen. Am 15. August 1971 sanktionierten die USA daher das Ende der Goldeinlösbarkeit ihrer Währung. Die Bedeutung dieses Schrittes bestand nicht in erster Linie darin, daß die amerikanischen Währungsgoldbestände dem Zugriff anderer Staaten entzogen wurden, sondern

²² Zu den Grundsätzen dieser Vereinbarung, die in einem Briefwechsel zwischen dem Leiter des IWF und dem südafrikanischen Finanzminister fixiert worden sind, vgl. Aschinger, S. 128 f.

²³ Bewertungsbasis: 35 US-Dollar je Feinunze Gold.

im offenen Eingeständnis des Zusammenbruchs eines Eckpfeilers des Bretton-Woods-Währungssystems. Mit ihm ging auch der Nimbus des Dollars als einer dem Gold gleichwertigen Währung endgültig verloren.²⁴

2.4. Korrektur und Beseitigung des offiziellen Goldpreises

Den zweiten Eckpfeiler des Bretton-Woods-Währungssystems bildeten die festen Währungskurse, bei denen das Gold als Ausdrucksform für den Außenwert der Währungen zu dienen hatte.

Ging diese Konzeption - in Anbetracht der dem Imperialismus wesenseigenen wirtschaftlichen Instabilität - schon hinsichtlich des Fixkursprinzips von unrealen Vorstellungen aus, so galt das in noch höherem Maße in bezug auf den Dollar, der, als Leitwährung ins Zentrum des Währungssystems gestellt, für alle übrigen Währungen als Bezugspunkt fungierte. Mit der Formulierung des Goldgehaltes für die amerikanische Währung und dem daraus abgeleiteten festen Preis für Währungsgold wurde praktisch eine dauerhaft stabile Kaufkraftentwicklung des Dollars unterstellt. Die ökonomische Entwicklung nach Bretton Woods strafte die Erwartung Lügen. Es zeigte sich, daß die zwischen der in Gold ausgedrückten und der tatsächlichen Kaufkraft des die Welt überschwemmenden Dollars bestehende Diskrepanz immer größer wurde - ein Prozeß, der sowohl den konkreten inneren Entwicklungsbedingungen des US-Imperialismus als auch denen der kapitalistischen Weltwirtschaft als Ganzes geschuldet war.

Die Überbewertung des US-Dollars führte zunächst zu einer Flucht in das Gold, und zwar so lange, wie die USA die Parität ihrer Währung (durch Goldkonvertierungen und Interventionen am freien Goldmarkt) verteidigten. Als jedoch die Möglichkeit, Gold zum festen Preis zu erhalten, entfiel, wurden zunehmend andere Währungen, vornehmlich die sog. starken, d. h. solche mit relativ langsamem Kaufkraftschwund, zum Auffangbecken der Dollarflucht. Das aber rührte an die Substanz der Kursprinzipien von Bretton Woods und war der Anfang vom Ende des Systems fester, mittels Goldparitäten ausgedrückter Kurse.

Äußere Anzeichen des Zerfalls des Bretton-Woods-Kursmechanismus waren die in immer kürzeren Abständen erfolgenden Paritätsveränderungen, die vorübergehende Schließung der Devisenbörsen, die Einführung gespaltener Wechselkurse, vor allem aber der Verzicht auf Interventionen zur Gewährleistung fester Währungskurse (Floating). Nachdem Kanada am 1. Juni 1970 als erstes Land zum Floating übergegangen war, sahen sich auch die BRD und die Niederlande im Mai 1971 angesichts des gewaltig angewachsenen Dollarzustroms zu diesem Schritt gezwungen. Der auf dem damaligen Höhepunkt der Währungskrise 1971 eingeleitete Übergang zu floatenden Kursen wurde von den meisten Ländern anfangs nur als unter dem Druck der Umstände hinzunehmende Zwischenlösung angesehen. Daher wurden auf einer im Dezember 1971 in Washington durchgeführten Konferenz des Zehnerklubs (Smithsonian-Abkommen) eine Reihe von Maßnahmen festgelegt, die eine Rückkehr zu festen Währungskursen ermöglichen sollten (u. a. Neufestlegung der Paritäten - so auch die erwähnte Dollarabwertung - und eine Erweiterung der Kursschwankungsbreiten).

Angesichts der zunächst noch vorhandenen Bemühungen, doch irgendwie das auf festen Paritäten beruhende Kurssystem zu retten, sahen sich die USA - erstmals seit 1934 - gezwungen, am 18. Dezember 1971 den Dollar um 7,9 %

²⁴ Vgl. Burg, H., Ausweg aus der Währungskrise?, in: Einheit, 7/1972, S. 936.

abzuwerten (der neue Goldgehalt wurde auf 0,818513 g Feingold je US-Dollar festgelegt) und damit den offiziellen Goldpreis auf 38 Dollar pro Feinunze anzuheben. Trotz einer nochmaligen Dollarabwertung und einer entsprechenden Goldpreiserhöhung am 18. Oktober 1973 wurde der Dollar um 10 % abgewertet. Die neue Goldparität belief sich jetzt auf 0,73662 g Feingold je Dollar, was einem Goldpreis von 42,2222 Dollar je Feinunze entsprach. Dies war zugleich die letzte Festlegung eines offiziellen Goldpreises, und der Verfall des Bretton-Woods-Kursgefüges war nicht mehr aufzuhalten. An die Stelle der festen Kurse trat mit dem Jahre 1973 endgültig eine allgemeine Wechselkursfreigabe. Unter den Bedingungen dieses Kursbildungsprinzips, bei dem die Kurse weitgehend von der täglichen Devisenangebots- und Nachfragesituation bestimmt werden, konnte auch das Gold nicht mehr länger als gemeinsamer Nenner der Paritäten fungieren (es sei denn, es würde das unsinnige Verfahren praktiziert, die Goldgehalte täglich neu zu fixieren). Da somit auch der offizielle, nun 42,2 US-Dollar je Unze betragende Goldpreis seinen Sinn verloren hatte, wurde er am 13. November 1973 faktisch abgeschafft.²⁵ Dies geschah dadurch, daß die seinerzeitigen Goldpool-Länder (mit Ausnahme Frankreichs) in einer gemeinsamen Erklärung den 1968 gefaßten Beschluß zur Spaltung des Goldpreises aufhoben. Es sei erwähnt, daß es im kapitalistischen Währungssystem im Rahmen der seinerzeitigen Diskussion um die Rolle des Goldes auch Stimmen gab, die es ablehnten, aus der erwähnten Erklärung eine Abschaffung des offiziellen Goldgehaltes herauszulesen. Diese Ansicht wurde insbesondere von französischer Seite vertreten.

3. Die Sanktionierung der Demonetisierung des Goldes durch die zweite Statutenänderung des Internationalen Währungsfonds

Wie die beschriebene Entwicklung zeigt, war das Gold in der Realität des Währungsgeschehens in einem rd. 13 Jahre dauernden Prozeß weitgehend demonetisiert worden und hatte die meisten seiner ihm im IWF-Abkommen zugewiesenen Funktionen verloren. Besonders deutlich wurde dies, als man im Jahre 1969 mit den Sonderziehungsrechten (SZR) eine Art supranationalen Geldes in das IWF-System einfügte, das die traditionellen Reservemedien, insbesondere auch das Gold, ergänzen sollte. Obwohl die SZR nur einen recht bescheidenen Anteil an den Gesamtwährungsreserven ausmachten (und noch ausmachten), verstärkten sie die Tendenz der Ablösung des ursprünglichen Gold-Dollar-Reservesystems durch einen sog. multiplen Reservemechanismus.

Angesichts dieser gravierenden praktischen Veränderungen, die unter dem Druck der permanenten Währungskrise eingetreten waren und neben dem Goldproblem auch andere wesentliche Bestandteile des Bretton-Woods-Mechanismus betrafen, sah sich der IWF gezwungen, eine Korrektur seiner Statuten vorzunehmen. Die Bestätigung der Demonetisierung des Goldes erfolgte im März 1976, als der Gouverneursrat einem vom sog. Interimsausschuß im Januar desselben Jahres in Jamaika erarbeiteten Vorschlag über die zweite Änderung des IWF-Abkommens zustimmte. Offiziell erfolgte die Inkraftsetzung am 1. April 1978, nachdem drei Fünftel der IWF-Mitglieder die Statutenänderung in ihren Parlamenten ratifiziert hatten.

Diese Neuregelung des Abkommens basierte auf einer seit Jahren innerhalb des IWF und seiner verschiedenen Gremien geführten Reformdiskussion. Dabei gab gerade das Goldproblem immer wieder Anlaß zu heftigen Kontroversen, prall-

²⁵ Zur Interpretation des Beschlusses über die Abschaffung des offiziellen Goldpreises v. 13. 11. 1973 vgl. Majorow, B., Die Zuspitzung der Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern hinsichtlich der Rolle des Goldes in ihrem Währungssystem, in: Außenhandel/UdSSR, 5/1974, S. 35 ff.

ten doch hier die Interessen der Länder die für eine Demonetisierung des edlen Metalls eintraten, mit denen der Staaten zusammen, die am Gold festhalten und seine Bedeutung erhöhen wollten. Das betraf insbesondere die USA, die sich von einer konsequenten Demonetisierungspolitik die Bewahrung ihrer dominierenden Stellung im westlichen Währungssystem versprachen. Für eine Erhaltung der monetären Funktionen des Goldes trat hauptsächlich Frankreich ein, das sich dabei von dem bereits oben erwähnten Motiv, der Vormachtstellung des Dollars entgegenzutreten, leiten ließ.²⁶ Die schließlich gefundene Lösung brachte letztlich - wenngleich als Kompromiß bezeichnet - der Demonetisierungskonzeption einen Sieg.

Zusammenfassend lassen sich die das Gold betreffenden Regelungen, die in die Statutenänderung Eingang fanden, wie folgt darstellen²⁷:

E r s t e n s wurde die Eliminierung des Goldes aus dem Währungskurssystem beschlossen. Dabei räumte die Neufassung der Statuten nicht schlechthin - wie bisher schon praktiziert - die Möglichkeit der Kursbildung ohne Zutun des Goldes ein, sondern verbot sogar dessen Benutzung bei der Bewertung der Währungen und den darauf beruhenden Währungsrelationen. Die Abschaffung der Goldgehalte und der Goldparitätskurse bedeutete zugleich auch das juristische Ende des offiziellen Goldpreises, der de facto bereits seit 1973 nicht mehr existierte. Anstelle des Goldes waren jetzt die Sonderziehungsrechte als allgemeine Bezugsgröße der Währungsparitäten ("numéraire") vorgesehen. Auch die SZR selbst, für die ursprünglich eine Goldparität von 0,888671 g je SZR festgelegt worden war, erhielten einen neuen Bewertungsmodus. Seit dem 1. Juli 1974 erfolgte die Bewertung der SZR auf der Grundlage der Kursentwicklung der 16 wichtigsten kapitalistischen Währungen.

Z w e i t e n s enthielt die Statutenrevision Festlegungen über die Verminderung der Goldreserven des IWF. Im einzelnen betraf das

- die Entscheidung zum Abbau der IWF-Goldbestände um ein Drittel (50 Mill. Feinunzen). Danach wurde ein Sechstel den Mitgliedsländern zum alten Goldpreis (35 SZR je Feinunze) zurückerstattet, ein weiteres Sechstel über Auktionen am Markt veräußert (der Gewinn dieser Transaktionen dient der Speisung eines Treuhandfonds für Entwicklungsländer);
- die Möglichkeit, auch die restlichen 100 Mill. Unzen Gold am Markt zu verkaufen oder den Mitgliedern zu restituieren. Voraussetzung dafür war allerdings eine 85 %ige Stimmenmehrheit im Fonds.

D r i t t e n s wurde - im Zusammenhang mit dem gleichzeitig vorgesehenen Ausbau der Rolle der Sonderziehungsrechte als Bewertungsinstrument und Reservemedium - bestimmt, alle bisherigen Goldzahlungen zwischen dem IWF und seinen Mitgliedern durch Zahlungen in SZR zu ersetzen. Das schloß insbesondere den Verzicht auf die obligatorische Einzahlung von 25 % der Länderquote in Gold durch die IWF-Mitglieder an den Fonds zugunsten eines entsprechenden Betrages in SZR, aber auch in vom Währungsfonds bestimmten konvertierbaren Devisen oder in Landeswährung ein (Art. III/3a).²⁸

26 Zu den Auffassungen der USA und Frankreichs in der Goldfrage im Vorfeld der Jamaika-Beschlüsse vgl. Aschinger, F. E., Das neue Währungssystem, Frankfurt (Main) 1978, S. 102 ff.

27 Sie betreffen die Art. V/11 u. 12, Art. VIII/7, Anhang B/2, 3 u. 7, Anhang C/1 u. Anhang K/1 u. 2 der IWF-Abkommen. Vgl. Zweite Änderung und Ergänzung des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds, in: Bundesgesetzblatt, Bonn, T. II, v. 12. 1. 1978.

28 Vgl. Schneider, H., IWF-Auswirkungen der vorgeschlagenen zweiten Abkommensänderung auf die Abwicklung seiner finanziellen Transaktionen, in: Quartalshefte der Girozentrale und Bank der Österreichischen Sparkassen AG, 3/1976, S. 52 ff.

In der Neufassung der Statuten fanden allerdings keine direkten Festlegungen zur Einschränkung des Goldhandels zwischen den Währungsbehörden Eingang. Den Goldkäufern bzw. -verkäufern der Zentralbanken untereinander sind höchstens indirekt durch den 1975 vom Zehnerklub gefaßten Beschluß Grenzen gesetzt worden. Er ging von folgendem Grundsatz aus: Die offiziellen Goldtransaktionen am freien Markt müssen so durchgeführt werden, daß das Gesamtvolumen der monetären Goldbestände unter Kontrolle bleibt und eine langfristige Erhöhung des Goldstocks von IWF und Zehnerklubländern nicht erfolgt.²⁹

In diesem Zusammenhang blieb auch die Bewertung der Goldbestände der Währungsbehörden widerspruchsvoll. Trotz Abschaffung des offiziellen Goldpreises halten die meisten Zentralbanken und auch der IWF selbst an einer Bewertung des Währungsgoldes zu 35 SZR je Feinunze fest. Nur wenige Zentralbanken oder internationale Währungsorganisationen (so z. B. Frankreich und der Europäische Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit) praktizieren eine sog. marktnahe Bewertung ihrer Goldreserven, indem sie entsprechend der Entwicklung des freien Goldpreises ihre Goldbestände in bestimmten Abständen umbewerten. Während das erste Verfahren den Beschluß zur Beseitigung des festen Goldpreises unterläuft (und zwar gerade von den Demonetisierungsverfechtern angewandt wird), dürfte eine generelle Anwendung des Marktpreises bei der Bewertung des Währungsgoldes in Anbetracht der sich immer unberechenbarer gestaltenden Preisentwicklung für Gold erhebliche Unsicherheiten mit sich bringen: die Gefahr einer unkontrollierten Ausweitung der internationalen Liquidität und gleichfalls mögliche rasche Schrumpfungprozesse, buchnmäßig erzielte Umbewertungsgewinne, die zur inflationären Aufblähung des inneren Geldumlaufs führen können.³⁰

"Im Prinzip handelt es sich bei dieser Abkommensänderung um die juristische Anpassung und Festschreibung von ökonomischen Prozessen, die sich als Ergebnis der Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems in den zurückliegenden Jahren bereits objektiv vollzogen haben."³¹ Diese Einschätzung von Klaus Kolloch zum gesamten Reformergebnis von Jamaika trifft vollinhaltlich auf die das Gold betreffenden Veränderungen zu. Das heißt, die Statutenreform mußte stattfinden, weil das Gold in der Praxis der Währungsprozesse bereits weitgehend demonetisiert war, nicht aber - wie mitunter behauptet wird -, die Demonetisierung wird vorangetrieben, weil ein entsprechender Beschluß gefaßt worden ist. Die Demonetisierung des Goldes ist ein seit Jahrzehnten in Gang befindlicher Prozeß, dessen vorläufigen Höhepunkt die Abkommensänderung widerspiegelt.

29 Vgl. Zweite Änderung und Ergänzung des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds.

30 Vgl. Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1979, S. 60 f. u. Tab. 5 (im Anhang).

31 Kolloch, K., Zweite Abkommensänderung des Internationalen Währungsfonds - Anpassung an veränderte ökonomische Realitäten, in: IPW-Berichte, 8/1978, S. 66.

Tabelle 1

Währungsgoldbestände im kapitalistischen Währungssystem von 1950 bis 1980
(in Mrd. US-Dollar und bewertet zum Preis von 42,22 US-Dollar je Feinunze)

	1950	1955	1960	1965	1970	1975	1980
Währungsgold im IWF-System	34,5	36,8	41,0	43,8	43,9	49,2	48,0
Alle Länder des IWF	33,0	35,0	38,6	41,9	39,5	42,9	39,6
Gold der kapitalistischen Industrieländer	30,0	31,4	34,4	37,9	31,9	36,8	33,3
USA	22,8	21,8	17,8	14,1	11,1	11,6	11,2
Japan	0,007	0,002	0,2	0,3	0,5	0,9	1,0
BRD	-	0,9	3,0	4,4	4,0	5,0	4,0
Frankreich	0,7	0,9	1,6	4,7	3,5	4,3	3,5
Großbritannien	2,9	2,0	2,8	2,3	1,3	0,9	0,8
Italien	0,3	0,3	2,2	2,4	2,9	3,5	2,8
Gold der ölexport. Entwicklungsländer	0,7	0,6	0,7	0,9	1,2	1,5	1,7
Gold der ölimport. Entwicklungsländer	2,3	2,8	2,8	2,9	3,8	4,6	4,5
IWF	1,5	1,8	2,4	1,9	4,3	6,3	4,6
Europäisches Währungssystem	-	-	-	-	-	-	3,8

Quelle:

Valjuta stran mira, Moskva 1981, S. 352 f.

Anteil des Goldes an den Währungsreserven⁺ im kapitalistischen Währungssystem von 1950 bis 1980
(in %)

	1950	1955	1960	1965	1970	1975	1980
Alle Länder des IWF	68,4	65,2	64,3	58,9	42,4	18,9	8,8
Kapitalistische Industrieländer	79,6	75,1	69,6	65,7	45,1	27,5	12,4
USA	94,0	95,4	92,0	91,0	76,4	73,0	40,7
Japan	1,1	2,1	12,8	15,2	11,0	6,9	4,0
BRD	0,0	30,5	42,4	59,6	29,3	15,9	7,7
Frankreich	83,7	47,7	72,2	74,2	53,2	33,4	18,1
Großbritannien	83,1	84,1	75,4	75,4	47,7	16,2	13,7
Italien	34,5	30,2	67,8	50,1	53,9	71,4	10,8
Ölexport. Entwicklungsländer	54,8	29,0	30,3	30,9	23,4	2,6	1,8
Ölimport. Entwicklungsländer	25,7	31,5	35,0	28,5	22,6	12,6	5,2

+ Währungsreserven: Gold, Devisen, Reservepositionen beim IWF und SZR (seit 1970). Gold bewertet zum Preis von 1 Unze Feingold = 42,22 US-Dollar.

Quelle:

Berechnet nach: Valjuta stran mira, Moskva 1981, S. 352 f.

Verteilung der Währungsgoldbestände im kapitalistischen Währungssystem
(in %)

	1950	1955	1960	1965	1970	1975	1980
Währungsgold im IWF-System insg.	100	100	100	100	100	100	100
Kapitalistische Industrieländer	86,9	85,3	83,9	86,5	72,8	74,8	69,3
USA	66,1	59,2	43,4	32,1	25,2	23,6	23,3
Japan	0,02	0,06	0,6	0,7	1,2	1,8	2,1
BRD	0	2,5	7,3	10,1	9,1	10,1	8,4
Frankreich	1,9	2,6	4,0	10,7	8,0	8,7	7,2
Großbritannien	8,3	5,5	6,8	5,2	3,1	1,8	1,6
Italien	0,7	1,0	5,4	5,5	6,6	7,1	5,9
Ölexport. Entwicklungsländer	2,1	1,7	1,7	2,0	2,7	2,9	3,5
Ölimport. Entwicklungsländer	6,6	7,7	6,8	6,7	8,7	9,2	9,4
IWF	4,3	4,9	5,9	4,3	9,9	12,8	9,6
Europäisches Währungssystem	-	-	-	-	-	-	8,0

Quelle:

Berechnet nach: Valjuta stran mira, Moskva 1981, S. 552 f.

Goldproduktion kapitalistischer Länder von 1940 bis 1980
(in t)

Jahr	Fördermenge	Jahr	Fördermenge
1940	1 122	1961	1 080
1941	1 102	1962	1 151
1942	973	1963	1 197
1943	769	1964	1 247
1944	685	1965	1 275
1945	654	1966	1 280
1946	668	1967	1 249
1947	682	1968	1 245
1948	698	1969	1 252
1949	726	1970	1 273
1950	751	1971	1 236
1951	735	1972	1 169
1952	758	1973	1 119
1953	752	1974	1 014
1954	811	1975	940
1955	855	1976	968
1956	833	1977	969
1957	921	1978	968
1958	933	1979	970
1959	998	1980	960
1960	1 040		

Quelle:

1940 - 1961: Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen
Bd. 1, Frankfurt (Main) 1967, S. 662.

1962 - 1980: Valjuta stran mira, Moskva 1981, S. 356 f.

Goldanteil an den Währungsreserven bei unterschiedlicher Bewertung
von 1975 bis 1980

Jahr	Bewertung des Goldes mit 42,22 US-Dollar je Unze			Bewertung des Goldes zu Marktpreisen ⁺		
	Goldreser- ven (in Mrd. Dollar)	Währungs- reserven insg. (in Mrd. Dollar)	Gold- anteil (in %)	Goldreser- ven (in Mrd. Dollar)	Währungs- reserven insg. (in Mrd. Dollar)	Gold- anteil (in %)
1975	49,7	227,5	21,8	189,6	367,4	51,6
1976	49,3	258,1	19,1	145,6	354,4	41,1
1977	48,9	318,3	15,4	171,2	440,6	38,9
1978	48,6	364,6	13,3	222,4	538,4	41,3
1979	47,8	399,0	12,0	347,6	698,8	49,7
1980	47,9	449,3	10,7	695,1	1096,5	63,4

+ Jahresdurchschnittspreise auf dem Londoner Goldmarkt.

Quelle:

Berechnet nach: International Financial Statistics, Yearbook 1981, Washington 1982; DDR-Außenwirtschaft, Jgg. 1975 - 1980; IWF-Forschungshefte, 1/1982.

Serbiens Eisenbahnprobleme am Beginn seiner staatlichen Souveränität und Rußlands Haltung dazu

von V. V. Zajcev

Unter den Kräften, die zur Entwicklung und Ausdehnung des Kapitalismus beitrugen, kommt der Eisenbahn eine herausragende Position zu. Die Errichtung von Schienennetzen hatte in Europa Mitte des 19. Jh. gewaltige Ausmaße erreicht. Sie führte zum schnellen Einzug des Kapitalismus in rückständige Länder mit zwiespältigen Folgen für deren Entwicklung: Einesteils diente die Eisenbahn dazu, diese Länder ökonomisch auszubeuten; anderenteils begünstigte sie deren ökonomische Entfaltung. Beides traf auch auf die Balkanstaaten in vollem Maße zu.

Angesichts der ökonomischen und strategischen Bedeutung der Balkanhalbinsel und der politischen Situation der dortigen Staaten war die Errichtung von Schienenwegen auf deren Territorien eng mit den Interessen der Großmächte verflochten.

Nach dem Willen der Urheber der Berliner Kongreßakte (des Berliner Vertrags) von 1878 mußten alle früheren Verpflichtungen des Osmanenreiches zur Errichtung von Schienenwegen auf den ihm entzogenen europäischen Besitzungen von den souveränen Staaten übernommen werden, die dort entstanden waren. Sie und die Türkei wurden verpflichtet, auf ihren Territorien Eisenbahnlinien zu errichten und zu einer Trans-Balkan-Magistrale zu vereinen. So brachte der Berliner Vertrag den Balkanstaaten große Verpflichtungen. Den an der Errichtung von Schienenwegen interessierten Großmächten aber öffnete er weitgefächerte Möglichkeiten, sich in das mannigfach verflochtene Innenleben der Völker einzumengen, die ihre Unabhängigkeit erkämpft hatten.

Schon seit den ersten Tagen seiner staatlichen Souveränität stand für Serbien das Problem seiner künftigen Schienenwege im Mittelpunkt seines politischen Lebens. Es wurde gleichsam zu dessen Grundpfeiler und zur unterschwelligsten Triebkraft, die die Handlungen der Kabinette, den Widerstreit der politischen Parteien und einzelnen Gruppierungen steuerte. So wurde die Errichtung von Schienenwegen in Serbien zum politischen Problem, das eine wichtige Rolle in der Innenpolitik des Fürstentums und bei dessen Beziehungen zu den "hauptinteressierten" Großmächten, Rußland und Österreich-Ungarn, spielen sollte.

Rußlands Haltung zur Errichtung von Eisenbahnanlagen in Serbien in den ersten Jahren serbischer Souveränität ist von großer Bedeutung, wenn es seinen Standort im politischen Kampf auf der Balkanhalbinsel zu bestimm-

men gilt. Sie hilft zugleich, jene Legende zu falsifizieren, die ihm Aggressivität unterstellt, andere Staaten, vor allem Österreich-Ungarn, dagegen mit durchweg segensreichen zivilisatorischen Rollen ausstattet.

Obwohl das vorliegende Thema politisch und wissenschaftlich so bedeutsam ist, wurde ihm bisher noch keine Spezialuntersuchung gewidmet, wenn auch Hinweise auf Rußlands Haltung zur Errichtung serbischer Schienenwege in der Literatur anzutreffen sind.¹

Der Berliner Kongreß war ein Kongreß der Großmächte. Wie die übrigen Balkanstaaten mußte sich Serbien mit dem Recht begnügen, präsent zu sein, wenn Fragen erörtert wurden, von denen es betroffen war.

Die diplomatische Vertretung der Donaumonarchie machte auf dem Berliner Kongreß ihre Unterstützung serbischer territorialer Ansprüche von dem Abschluß eines besonderen Abkommens abhängig, das die künftigen gegenseitigen Beziehungen regeln sollte. Es wurde am 8. Juli 1878 unterzeichnet.²

Das Abkommen bestand aus drei Punkten: 1. einer Schiffsfahrtsordnung für die Donau, 2. der Errichtung von Schienenwegen, 3. dem Abschluß eines Handelsvertrages.³ Es entsprach weitgehend den Plänen, die in Wien gehegt wurden, und bildete zusammen mit den Ergebnissen des Kongresses die Orientierungslinie österreichischer Ostpolitik. Österreich-Ungarn sah dabei sein Hauptziel darin, seine Position in Südosteuropa durch ökonomische und politische Unterwerfung der dortigen Staaten zu stärken.

Jovan Ristić, der an der Spitze der serbischen Regierung stand, war sich bei Unterzeichnung des Abkommens darüber im klaren, daß es die Interessen fast aller europäischen Mächte berührte. Wenn er die vielfältig verflochtenen Interessen und Bestrebungen, den Spielball der Gegensätze geschickt handhabe, so hoffte, Ristić, könne er den Druck Österreichs und das faktische Ungleichgewicht der Partner mindern. Der Abschluß des Abkommens erfolgte unter dem Vorbehalt späterer österreichisch-serbischer Vereinbarungen zu speziellen Fragen. Damit erhielt das Belgrader Kabinett die Möglichkeit, von eingegangenen Verpflichtungen notfalls zurückzutreten.⁴

1 Arnautović, D., *Istorija srpskih željeznica 1850 - 1918*, Beograd 1934; derselbe, *Histoire des chemins de fer Yougoslaves. 1825 - 1937*, Paris 1937; Denn, P., *Deutschland und die Orientbahnen*, München 1883; Dimtschoff, R. M., *Das Eisenbahnwesen auf der Balkan-Halbinsel*, Bamberg 1894; derselbe, *Zur Geschichte der Balkan-Eisenbahnen*, Würzburg 1884; May, A. J., *Trans-Balkan Railway Schemes*, in: *Journal of Modern History*, 4/1952; Stojanovich, T., *Russian Domination in the Balkans*, in: *Russian Imperialism from Ivan the Great to the Revolution*, hg. v. T. Hurczak, New Brunswick/New Jersey 1974; MacKenzie, D., *The Lion of Tashkent. The Career of General M. G. Cherniaev*, Athens (Georgia) 1974.

2 *Archiv Vnešnej politiki Rossii (AVPR)*, Bestand Otčety, 1878, Bl. 185.

3 Ristić, J., *Diplomatska istorija Srbije za vreme srpskih ratova za oslobodjenje i nezavisnost 1875 - 1878*, Bd. 2, Beograd 1898, S. 171; Singer, B., *Die Verträge mit Serbien*, T. 2, Wien 1882.

4 *AVPR*, Otčety, 1878, Bl. 185 v.

Ristić suchte die Absprachen zur Durchführung des Abkommens zu verzögern, während die ungarische Diplomatie zur Eile drängte, weil sie die ihr eingeräumten Vorrechte unverzüglich nutzen wollte.⁵ Dennoch konnte die Donaumonarchie die Unterredungen nicht aufnehmen; denn zwischen ihren beiden Teilen und innerhalb der Zentralregierung herrschte keine Einigkeit darüber, wo man bei der Verwirklichung des Programms beginnen sollte: beim Handelsvertrag, wo zweiseitige Absprachen möglich gewesen wären, oder beim Eisenbahnabkommen, dessen Abschluß die Teilnahme der anderen Balkanstaaten vorausgesetzt hätte?⁶

Ristić erhielt so die Möglichkeit, sich wirksam auf die bevorstehenden Unterredungen vorzubereiten und die dabei denkbaren politischen Nuancen einzukalkulieren. Noch während des Berliner Kongresses wurde ihm bewußt, daß "der Schwerpunkt unserer (der serbischen - V. Z.) Sache in Österreich liegt"⁷. Überzeugt von der Notwendigkeit der ökonomischen Entwicklung Serbiens, glaubte er Wiens Ambitionen, sich den serbischen Markt "anzueignen", befriedigen zu können, wenn er dafür ein Höchstmaß an Vorteilen für sein Land erzielte. Nach dem Berliner Kongreß schlug Rußland auf dem Balkan vor allem eine Defensivtaktik ein. Obwohl es dort im Betrachtungszeitraum keine direkten ökonomischen Interessen hatte, war es dennoch nicht zur völligen Passivität gegenüber dem Schicksal der Serben und Bulgaren prädestiniert. Das galt vor allem für die Eisenbahnexpansion seiner Rivalen.

Für Rußland stand fest, daß es Serbien auf keinen Fall dem Einfluß der Donaumonarchie ausliefern dürfe.⁸ Dementsprechend sah sich die Petersburger Regierung gezwungen, der Zunahme des österreichischen Einflusses in Serbien mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Eines dieser Mittel war die Beteiligung russischer Unternehmer am Bau des serbischen Schienennetzes.

Rußland hoffte, die serbische Regierung für eine "russische Linie" gewinnen zu können, und das um so eher, als slawophile Illusionen bei den Balkanvölkern und damit auch bei den Serben noch nicht verfliegen waren. So rechnete es auf "ewige Dankbarkeit" für deren Befreiung. In Petersburg reifte der Entschluß, sich um eine Konzession zu bewerben, Konfrontationen mit Österreich-Ungarn dabei jedoch zu vermeiden. Dies ließ den Gedanken aufkommen, die Konzessionsverhandlungen und die späteren Baumaßnahmen Privatpersonen zu überlassen und von einer offiziellen Regierungsbeteiligung abzusehen.⁹

Ein Teil der russischen Öffentlichkeit rief zu einer aktiven russischen Politik auf dem Balkan auf. So schrieb ein Repräsentant panslawistischer Krei-

5 Pržić, I., Spoljašnja politika Srbije. 1804 - 1914, Beograd 1939, S. 104.

6 Hauptmann, F., Österreich-Ungarns Werben um Serbien 1878 - 1881, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, Bd. 5, Wien 1952, S. 146.

7 Ristic, S. 213.

8 Skazkin, S. D., Konec avstro-russko-germanskogo sojuza, Moskva 1974, S. 262.

9 AVPR, Bestand Slavjanskij stol, 1878, Aktenstück 9030, Bl. 18, R. A. Fadeev an N. K. Giers, 5. 10. 1878.

se, der pensionierte Generalmajor R. A. Fadeev, an N. K. Giers, einen der engsten Mitarbeiter des Außenministers, daß "die Notwendigkeit, Serbien vor jener ökonomischen Abhängigkeit zu retten, in die es bei Errichtung eines österreichischen Schienenweges geraten würde, den Gedanken hervorrief, russische Kapitalisten heranzuziehen"¹⁰.

Giers beauftragte Fadeev, unter den russischen Eisenbahnunternehmern geeignete Gesellschafter zu finden. Der Generalmajor nahm daraufhin Gespräche mit P. I. Gubonin, I. G. von Derviz und I. S. Blioch auf, die sich für fast gleichartige Modalitäten aussprachen. Sie schlugen vor, mit der Regelung der Donauschiffahrt zu beginnen, was keinerlei besonderen Aufwand erfordern würde. Dann müßte man sich unverzüglich um die Konzession bemühen, um möglichen Konkurrenten zuvorzukommen.¹¹ Die Zahlungsfähigkeit Serbiens schätzten die russischen Unternehmer positiv ein. Dennoch richteten sie an die russische Staatsbank die Bitte, für "serbische Eisenbahnaktien, die keiner kennt"¹², die Sicherheitsbürgschaft zu übernehmen.

Fadeev empfahl Giers, Blioch zu bevorzugen, der "gewissenhaft baut, ... auch persönlich recht geeignet ist, an der Sache Gefallen findet und sich von dem politischen Charakter des Angebots angezogen fühlt".¹³ Mehr als alles andere unterstreicht er die Bedeutung des ökonomischen Faktors für Rußlands politische Stärkung auf dem Balken. "Ohne russisches Übergewicht bei seinen materiellen Interessen wird Serbien nie ganz in unserer Hand sein, und es deckt doch die ganze rechte Flanke unserer Position an der Donau ab."¹⁴

Diese Gedanken fanden ihr Echo in der Meinung des angesehenen slawophilen Publizisten A. A. Majkov, der schrieb, daß die österreichischen Eisenbahnprojekte der Isolierung Montenegros und Serbiens¹⁵ dienten und Österreich mit ihrer Hilfe Serbien und Bulgarien dem Einfluß Rußlands¹⁶ entziehen werde.

So entstand der Gedanke an den Bau einer Eisenbahnlinie von Odessa über Rumänien und Makedonien nach Saloniki. Damit sollte dem Plan der Donaumonarchie entgegengewirkt werden, die einzelnen Abschnitte ihres Schienenweges auf serbischem Territorium zu vereinen und ihn von der Save über (Kosovska) Mitrovica bis nach Saloniki weiterzuführen.¹⁷ Das Saloniki-Projekt wurde zur Losung der serbischen nationalen Bourgeoisie, die darin eine Möglichkeit sah, ihren Handel an Österreich-Ungarn vorbei ent-

10 Ebenda, Bl. 2, Aktennotiz R. A. Fadeevs über die russischen Bewerber für die Errichtung serbischer Schienenwege.

11 Ebenda, Bl. 14 - 16, Fadeev an Giers, 4. 10. 1878.

12 Ebenda, Bl. 16 - 17 v.

13 Ebenda, Bl. 17 v., Notiz Fadeevs "Grundvoraussetzungen für die serbische Eisenbahn und die Donaudampfschiffahrt".

14 Ebenda.

15 Sankt Petersburgskie Vedomosti, 24. 6./6. 7. 1878.

16 Ebenda, 30. 9./12. 10. 1878.

17 May, S. 353; Hauptmann, S. 143.

wickeln zu können.¹⁸ Dieser Standpunkt wurde von der öffentlichen Meinung Rußlands aktiv unterstützt.¹⁹

Dennoch legte das Petersburger Kabinett äußerste Zurückhaltung an den Tag. Der Kriegsminister, General Graf D. A. Miljutin, der das Außenministerium während der Erkrankung des Fürsten A. M. Gorčakov faktisch leitete, mahnte zur Vorsicht. Mit dem Scheinargument, daß man "die Sache als Privatangelegenheit betreiben muß"²⁰, wandte er sich dagegen, daß der Eisenbahnunternehmer Blioch den Zaren in Livadija aufsuchte, wo sich Alexander II. mit seinem engsten Mitarbeiterstab aufhielt. Fadeev informierte Giers davon und betonte dabei, daß man auf rein privatem Wege nicht weiterkommen werde: "Kein einziger russischer Unternehmer wird seine Dienste Serbien anbieten, ohne vorher zu wissen, ob die Absicht der Regierung dahintersteht und er diplomatische Unterstützung findet."²¹ Er hob die prinzipielle Bedeutung einer Zusammenkunft zwischen Giers und Blioch hervor und drängte auf eine solche Begegnung. Wahrscheinlich ging ein Brief Bliochs an den Mitarbeiter des Ministers auf seinen Rat zurück. Darin kam als Kernfrage erneut zur Sprache: Auf welche Weise würde sich die russische Regierung an seinen Vorhaben beteiligen?²² Aber Giers hüllte sich nach wie vor in Schweigen.

Die serbische Regierung machte kein Hehl daraus, daß sie nach einem Bauunternehmer für Serbiens Eisenbahnanlagen Ausschau hielt. So erklärte der serbische Kultusminister Alimpije Vasiljević während seines Petersburger Aufenthalts im Herbst 1878, Fürst Milan, Serbiens Staatsoberhaupt also, habe ihn beauftragt, festzustellen, ob man mit der Gründung einer Eisenbahngesellschaft unter Beteiligung der russischen Regierung rechnen könne.²³

Fadeev schätzte die Möglichkeiten dafür optimistisch ein. "Wenn keine internen Schwierigkeiten auftreten", schrieb er an Giers, "könne die Sache in unserem Kabinett innerhalb einer Stunde erledigt werden."²⁴ Da er dies ganz stark hoffte, hielt er Vasiljević davon ab, sich mit dem Finanz- und dem Verkehrsminister zu treffen, von deren Seite er Einwände erwartete. Er wollte sie vor vollendete Tatsachen stellen. Um sicherzugehen, unterstützte der Generalmajor zwarnach wie vor die Anwartschaft Bliochs. Zugleich stellte er sich jedoch auf einen zweiten Anwärter ein: S. I. Mamontov.²⁵ Außerdem entwickelte er zwei Varianten eines russischen Staatskredits für das serbische Unternehmen: 1. Verpfändung serbischer Wertpapiere zur Hälfte bis zu zwei Drittel ihres Nennwerts an die russische Staatsbank; 2. russische Staatsbeteiligung an einer entsprechenden Bürgschaft. Die zweite Variante

18 Brandt, B. F., Inostrannye kapitally. Ich vlijanie na èkonomičeskoe razvitie strany, T. 1, Sankt-Petersburg 1898, S. 266.

19 Sankt-Peterburgskie Vedomosti, 27. 8./8. 9. 1879.

20 AVPR, Bestand Slavjanskij stol, 1878, Aktenstück 9039, Bl. 18, Fadeev an Giers, 5. 10. 1878.

21 Ebenda, Bl. 18 v.; ebenda, Bl. 19, Fadeev an Giers, 9. 11. 1878.

22 Ebenda, Bl. 30 - 31 v., I. S. Blioch an N. K. Giers, 10. 11. 1878.

23 AVPR, Bestand Glavnyj archiv, V-A2, Faszikel 181, Aktenstück 272, Bl. 41, A. A. Mel'nikov an das russische Außenministerium, 18. 11. 1878.

24 AVPR, Bestand Slavjanskij stol, 1878, Aktenstück 9039, Bl. 22, Fadeev an Giers, 19. 11. 1878.

25 Ebenda, Bl. 22 v.

würde Rußland nichts kosten, "und in politischer Hinsicht wäre sie zweckmäßiger, weil wir dann den gesamten serbischen Regierungsmechanismus an Ort und Stelle wirksam kontrollieren könnten".²⁶ Kurz danach kam es zu einer Audienz des serbischen Ministers beim Zaren, Alexander II. und der Zarevič gaben allgemein ihrer Hoffnung Ausdruck, daß ein russischer Unternehmer gefunden werde.²⁷ Die Teilnehmer an der Audienz schlossen sich der Meinung Miljutins an, daß es am besten sei, wenn sich Serbien um den Schienenbau selbst kümmere und ihn "derjenigen Person oder Gesellschaft" übertrage, "auf die Rußland verweisen wird".²⁸ Dies hätte Rußland zu einer Konzession ohne mögliche Verwicklungen mit Wien verholfen. Eine Staatsbeteiligung Rußlands, wurde Vasiljevič bedeutet, sei indessen nicht möglich. Der Fiskus könne die Sicherheitsbürgschaft für eine Anleihe nicht übernehmen. Man müsse sich vielmehr nach einem Privatmann als russischen Investor umsehen.²⁹

Obwohl diese Unterredungen vertraulich geführt wurden, erschien ihr Inhalt bald in österreichischen Zeitungen.³⁰ Er löste Unruhe im österreichischen Kabinett aus, das seine Verhandlungen mit Serbien bisher noch nicht aufnehmen konnte. Ristić hatte begriffen, daß Wien durch innere Probleme der Donaumonarchie und seine Bündnisverhandlungen mit Deutschland geschwächt war. Daher glaubte er, den Beginn seiner Verhandlungen mit Wien auf einen späteren Zeitpunkt vertagen zu können, wobei er nachdrücklich darauf hinwies, daß die Eisenbahnfrage nur unter Beteiligung Bulgariens und der Türkei zu lösen sei.

Bloch, der vergeblich auf eine verbindliche Antwort von Giers wartete, verlor allmählich sein Interesse an der Konzession. A. I. Persiani, russischer Geschäftsträger in Belgrad, erhielt aus Petersburg Nachricht von den Angeboten der russischen Unternehmer S. I. Mamontov und V. O. Baranov.³¹ Doch schon im Vorfeld der Verhandlungen war zwischen ihnen ein Konkurrenzkampf ausgebrochen. Persiani mußte dies zu seinem Leidwesen dem Außenministerium mitteilen.³² Dort versteifte man sich aber immer mehr auf die Meinung, daß es am besten sei, von offizieller Unterstützung der Landsleute abzusehen. Diesen Standpunkt teilte auch General Miljutin, der an Giers schrieb, daß "Serbien selbst entscheiden soll, wessen Bedingungen es für günstiger hält".³³

Auf dieser Linie bewegten sich die Ansichten der herrschenden Kreise und vor allem Miljutins. Rußland, das noch unter den Folgen des Krieges leide und von einer neuen revolutionären Situation bedroht sei, könne sich militärische und politische Erschütterungen nicht leisten. Daher wurde Persia-

26 Ebenda, Bl. 23.

27 Ebenda, Bl. 34 v., Fadeev an Giers, 1. 10. 1878.

28 Ebenda.

29 Novoe Vremja, 19. 5./31. 5. 1880.

30 Politische Correspondenz, 28. 10. 1878.

31 AVPR, Slavjanskij stol, 1878, Aktenstück 9039, Bl. 37, Konzept einer Depesche Persianis, 19. 12. 1878.

32 Ebenda, Bl. 41, Geheimdepesche Persianis an Giers, 11. 1./23. 1. 1879.

33 Ebenda, Bl. 40, D. A. Miljutin an N. K. Giers, 13. 1. 1879.

ni telegrafisch übermittelt, er solle "der serbischen Regierung" vorschlagen, "denjenigen unserer Bewerber, von dem sie sich den größten Erfolg verspricht, selbst auszuwählen".³⁴

Inzwischen hatte Serbien Verhandlungen mit englischen, italienischen und Firmen anderer Länder aufgenommen. Ristić ließ sich dabei von der Einsicht leiten, daß Serbien, vertraglich formal an Wien gebunden, früher oder später seine übernommenen Verpflichtungen ohne Rücksicht auf Rußlands Haltung einlösen müsse.³⁵

So verlief die Mission des pensionierten Generalmajors M. G. Černjaev, der im Auftrag des russischen Unternehmers S. S. Poljakov im Februar 1879 in Belgrad weilte, erfolglos. Černjaev wollte seine im Befreiungskampf erworbene Popularität und seine früheren Beziehungen zu Fürst Milan zur Unterstützung der Angebote seiner Landsleute einsetzen.³⁶

Doch ihm wurde bedeutet, daß alle Projekte von einer parlamentarischen Sonderkommission geprüft würden.³⁷ Der kühle und unverbindliche Ton, in dem die Antwort der serbischen Regierung abgefaßt war, machte Persiani stutzig. Ihm wurde klar, daß die Konzession jeden Augenblick in den Händen einer ausländischen Gesellschaft sein könnte und daß dies eine moralische Schlappe für Rußland wäre. Er riet daher, den bevorstehenden Besuch des Fürsten Karadži, Milans Onkel, in Petersburg "für unsere Ziele in Serbien zu nutzen . . . , damit die Eisenbahnkonzession an Russen vergeben wird".³⁸ Aber genausowenig wie zuvor beeilte man sich in Petersburg mit einer verbindlichen Antwort. Die Mittlerfunktion des Generalmajors Fadeev wurde schwieriger. Doch er ließ sich nicht davon abbringen, Giers davon zu überzeugen, daß man nicht aufgeben dürfe. Nachdem Blioch seine Bemühungen um eine Konzession eingestellt hatte, begann Fadeev die Gesellschaft Mamontovs nachdrücklich zu unterstützen.

Die technischen Experten Mamontovs überprüften frühere Ermittlungen, und der Ingenieur Sochanskij nahm Verhandlungen mit Ristić auf. Serbiens Ministerpräsident versicherte, daß er das Geschäft mit einer russischen Kompanie abschließen wolle und binnen 24 Stunden bereit sei, einen Vertrag mit Mamontov zu unterzeichnen. Auf österreichische Angebote vorerst nicht einzugehen, finde daher seine Zustimmung.³⁹

Der ansonsten so selbstsichere und zielstrebige Ristić, der sich wenig um die öffentliche Meinung kümmerte, brachte dabei jedoch zugleich auch mögliche Schwierigkeiten bei der parlamentarischen Erörterung des Vorhabens

34 Ebenda, Bl. 39, Geheimdepesche Giers' an Persiani, 15. 1. 1879.

35 Vgl. Jovanović, Sl., Vlada Milana Obrenovića, in: derselbe, Sobrana dela, Bd. 2, Beograd 1927, S. 209; Jelavich, Ch., Tsarist Russia and the Balkan Nationalism, Russian Influence in the International Affairs of Bulgaria and Serbia, 1879 - 1886, Westport (Connecticut) 1978, S. 165.

36 Vgl. Sankt-Peterburgskie Vedomosti, 8. 2./20. 2. 1879; The Times, 14. 2. 1879.

37 Vgl. Sankt-Peterburgskie Vedomosti, 27. 2./11. 3. 1879.

38 AVPR, Bestand Glavnyj Archiv, V-A₂, Faszikel 181, Aktenstück 275, Bl. 6, Persiani an Giers, 20. 1. 1879.

39 AVPR, Bestand Slavjanskij stol, 1879, Aktenstück 9039, Bl. 42, Fadeev an Giers, 28. 2. 1879.

zur Sprache.⁴⁰ Er wollte sich damit den Spielraum verschaffen, jedes Angebot unter Berufung auf die Haltung des Parlaments notfalls ablehnen zu können.⁴¹

Ristić hatte dafür seine Gründe. Er sah, daß die Donaumonarchie, von innenpolitischen Problemen bedrängt und in Bündnisverhandlungen mit Deutschland begriffen, nicht mehr so stark war wie zur Zeit des Berliner Kongresses. Deshalb glaubte er, den Beginn seiner Verhandlungen mit der Begründung verzögern zu können, daß entsprechend dem Berliner Vertrag die Lösung der Eisenbahnfrage nur unter Beteiligung der Türkei und Bulgariens möglich sei. Bulgarien hatte aber im Mai 1879 noch keine handlungsfähige Regierung.⁴²

Kurz danach wurde eine parlamentarische Sonderkommission unter Vorsitz des Generals Belimarković gebildet, an die alle Projekte der Bewerber um eine Konzession weitergeleitet wurden. Als Ausdruck des guten Willens und der Vertragstreue gegenüber den 1878 getroffenen österreichisch-serbischen Vereinbarungen wurde der Minister für öffentliche Arbeiten, General Ranko Alimpić, nach Wien entsandt.⁴³ Als Diplomat unerfahrener als seine österreichischen Partner, verfiel er in den Fehler, sich auf unliebsame Fragen einzulassen und auf Dokumente einzugehen, die Serbien dazu verpflichteten, Verhandlungen aufzunehmen, wie ein offiziöses Presseorgan des österreichisch-ungarischen Außenministeriums unter Frohlocken verkündete.⁴⁴ Alimpić trat zurück, Serbien aber konnte die ihm aufgedrängten Angebote nicht länger unbeachtet lassen.⁴⁵ Ristić blieb nichts weiter übrig, als mit Hilfe einer parlamentarischen Kommission Wiens Angebot unter dem Vorwand abzulehnen, daß sich Serbien aus Wirtschaftsinteressen veranlaßt sehe, eine Eisenbahnstrecke vorerst im Südteil des Landes zu errichten und sie mit der Saloniki-Linie zu vereinigen.⁴⁶

Zugleich führte Serbien Verhandlungen mit britischen, italienischen und Bauunternehmen anderer Länder. Dabei löste besonders die Taktik Großbritannien in Wien Unruhe aus. Die britischen Gesellschaften prüften sorgfältig mögliche Streckenführungen einer serbischen Eisenbahn und faßten dabei auch eine regelmäßige Schiffsverbindung zwischen der geplanten Endstation an der Adria und dem italienischen Hafen Brindisi ins Auge.⁴⁷

Dies löste in Wien lebhaft diplomatische Aktivitäten aus. Dessen Gesandter in Belgrad, Baron v. Herbert, kehrte unverzüglich aus dem Urlaub zurück, begab sich mit einem Vertreter der österreichischen staatlichen Eisenbahn nach Niš, wo sich Milan aufhielt, und verlangte die Aufnahme von Verhandlungen. Zugleich erklärten sich die Österreicher zu einigen Zugeständnissen bereit.⁴⁸

40 Ebenda, Bl. 42 v.

41 Vgl. Stavrianos, L. S., *The Balkan since 1453*, New York 1963, S. 449.

42 Vgl. Hauptmann, S. 147 - 149.

43 Vgl. ebenda, S. 149.

44 Neue Freie Presse, 19. 6. 1879.

45 Vgl. Russkaja mysl', Bd. 5, Moskva 1880, S. 108.

46 Vgl. AVPR, Bestand Otčety, 1879, Bl. 107.

47 Vgl. Novoe Vremja, 4. 6./16. 6. 1879; Die Presse, 31. 8. 1879.

48 Vgl. AVPR, Glavnyj Archiv, V-A₂, Faszikel 181, Aktenstück 275, Bl. 11, Bakunin an Giers, 11. 8./23. 8. 1879.

Fadeev, dem klar wurde, daß mit einer Entscheidung von heute auf morgen zu rechnen war, bestürmte Giers mit Briefen und beschwor darin die Gefahr, daß Rußland seinen moralischen Einfluß auf die Serben und alle Südslawen "wegen ziemlich geringfügiger Geldbeträge"⁴⁹ verlieren werde. Außerdem wies er immer wieder auf die Verbindung zwischen der Errichtung der Schienenwege und der Regelung der Donauschiffahrt hin, die verhältnismäßig einfach zu bewerkstelligen sei.⁵⁰

Die russische Diplomatie suchte die Österreicher zu stoppen. Ihr Geschäftsträger in Belgrad, Bakunin, bat Ristić, den Beginn der Verhandlungen so lange aufzuschieben, bis ein offizielles Angebot von V. O. Baranov vorliege.⁵¹

Dessen Projekt hatte auf Petersburg Eindruck gemacht: Es sollte allein mit serbischen nationalen Anleihen verwirklicht werden. Eine Beteiligung der russischen Regierung war darin nicht vorgesehen.⁵²

Ristić versicherte, daß keine Entscheidung über eine Konzession in Niš fallen werde.⁵³ Aber es kam anders. Der österreichische Gesandte v. Herbert forderte kategorisch, eine mit Vollmachten ausgestattete Delegation zum Abschluß eines Eisenbahnabkommens nach Wien zu entsenden.⁵⁴ Anderenfalls, drohte der Gesandte, werde Außenminister v. Haymerle "äußerste Maßnahmen"⁵⁵ ergreifen.

Serbiens Ministerpräsident gab nach. Mit "staunenswerter Eile"⁵⁶ ein dickes Ausrufezeichen scheint hier angebracht - wurde ein neuer serbischer Vertreter für die Wiener Verhandlungen ernannt und bevollmächtigt, ein Abkommen zu unterzeichnen.⁵⁷ Die Wahl fiel auf den ehemaligen Innenminister Marić. Ristić gab ihm die Weisung auf den Weg, keine Eisenbahninteressen der Türkei und Bulgariens zu verletzen.⁵⁸

Er verband damit die Hoffnung, daß Proteste anderer Staaten gegen eine Verletzung des Berliner Vertrags den Abschluß eines österreichisch-serbischen Abkommens verhindern würden. Aber das Petersburger Kabinett konnte Serbien nicht helfen. Unter Berufung auf finanzielle und politische Schwierigkeiten, die eigene außenpolitische Isolation vor Augen, enthielten sich Rußlands offizielle Kreise jeglicher Aktivitäten. Ihre Unterstüt-

49 AVPR, Slavjanskij stol, Aktenstück 9039, Bl. 43, Fadeev an Giers, 28. 2. 1879.

50 Ebenda, Bl. 51, Notiz über die serbische Eisenbahn und die Donaudampfschiffahrt.

51 Vgl. AVPR, Glavnyj Archiv, V-A₂, Faszikel 181, Aktenstück 275, Bl. 212, Geheimdepesche Bakunins an Giers, 12. 8./24. 8. 1879.

52 Vgl. AVPR, Slavjanskij stol, 1878, Aktenstück 9039, Bl. 86 - 89, 90 - 94 v., Aktennotizen V. O. Baranovs für Giers, 5. 10. 1878 u. 31. 3. 1880.

53 Vgl. AVPR, Glavnyj Archiv, V-A₂, Faszikel 181, Aktenstück 275, Bl. 213, Geheimdepesche Bakunins an Giers, 13. 8./25. 8. 1879.

54 Vgl. AVPR, Otčety, 1879, Bl. 107.

55 Vgl. Jelavich, S. 166.

56 AVPR, Otčety, 1879, Bl. 107.

57 Vgl. ebenda, Bl. 107 v.

58 Vgl. Hauptmann, S. 177.

zung russischer Eisenbahngesellschaften beschränkte sich darauf, mit deren Hilfe den Handlungsspielraum feindlicher politischer Mächte nach Möglichkeit einzudämmen. Aber selbst diese schüchternen Versuche weckten den Zorn der Donaumonarchie. Ihr Außenminister v. Haymerle erinnerte Rußland daran, daß - entsprechend der Vereinbarung von Reichstadt aus dem Jahre 1876 und dem Budapester Abkommen von 1877⁵⁹ - Wien als Ratgeber für Serbien zuständig sei.⁶⁰ Ristić verstand das alles nur zu gut. Er war bereit, den Forderungen aus Wien nachzukommen, ein Abkommen zu unterzeichnen und die Hauptlast des Kampfes um bessere Durchführungsbedingungen in das Parlament zu verlagern.⁶¹ Dessen Eisenbahnausschuß neigte zu der Auffassung, daß die Schienenstränge aus staatlichen Mitteln zu errichten seien.⁶² Ristić wollte so Zeit gewinnen, bei seinem Rückzug "das Gesicht wahren" und Serbiens Politik ohne sonderliche Einbrüche in dessen Souveränität umorientieren.

Aber mit diesen sukzessiven Teilzugeständnissen war man in Wien noch nicht zufrieden. Dort wollte man anscheinend vollendete Tatsachen schaffen, zumal Anfang Oktober 1879 ein Beistandspakt mit Deutschland unterzeichnet worden war.⁶³

Der Gesandte v. Herbert forderte von Serbien, sich unverzüglich mit den österreichischen Bedingungen einverstanden zu erklären,⁶⁴ was Ristić dazu bewog, sich gegen den unerträglichen Umgangston der österreichischen Diplomatie und ihre Einschüchterungskampagne gegen einen souveränen Staat nachdrücklich zu verwahren.⁶⁵

In der russischen Presse wurden Stimmen laut, die Rußlands Regierungs- und Geschäftskreise von der Notwendigkeit zu überzeugen suchten, "sofort etwas zu unternehmen und nicht erst den Zustrom fremden Kapitals abzuwarten"⁶⁶. Eine andere Zeitung hob in einer Polemik zu Einzelfragen hervor, "daß das Problem der Schienenwege in Serbien Rußland nahegeht. Nicht gemeinsame Kriege, sondern gleiche Interessen bringen Völker einander näher. Die russischen Unternehmer müssen Serbien helfen"⁶⁷. Aber außer diesen Appellen geschah nichts. So beschloß Ristić, einen scharfen Trennungsstrich zwischen dem tatsächlichen politischen Kurs des Petersburger Kabinetts und den slawophilen Stimmungen in der russischen Presse zu ziehen. Er brauchte dann keine Vorwürfe mehr zu fürchten, wenn er dem Druck des mächtigen Nachbarn nachgab. Deshalb fragte er bei Persiani an,

59 Vgl. Debidur (Debidour), A., Diplomatičeskaja istorija Evropy, Bd. 2, Moskva 1947, S. 497; Istorija diplomatii, Bd. 2, Moskva 1963, S. 95 f., 111 f.

60 Vgl. Jovanović, Bd. 2, S. 272.

61 Vgl. Stavrianos, S. 449 f.

62 Vgl. Novoe Vremja, 5. 9./17. 9. 1879.

63 Vgl. Istorija diplomatii, Bd. 2, S. 139 - 142.

64 Vgl. AVPR, Bestand Kanceljarija, 1879, Faszikel 470, Aktenstück 13, Bl. 154, Geheimdespeche Persianis, 1. 11./13. 11. 1879.

65 Vgl. Novoe Vremja, 18. 11./30. 11. 1879.

66 Ebenda, 9. 9./21. 9. 1879.

67 Sankt-Peterburgskie Vedomosti, 28. 9./9. 10. 1879.

wie ihm Rußland anraten könne und welche Schritte er zu unternehmen gedenke, falls Wien seine Drohungen wahr machen sollte.⁶⁸

Nach russischer Einschätzung war mit gewaltsamen Handlungen Österreich-Ungarns, dem die Okkupation Bosniens und der Herzogowina ohnehin schwer zu schaffen machte, gegen das serbische Fürstentum kaum zu rechnen. Deshalb antwortete Giers, daß kein Anlaß zu entsprechenden Befürchtungen bestehe.⁶⁹ Das Petersburger Kabinett sei bereit, Serbien im äußersten Falle zu helfen, aber es wolle seine Beziehungen zu Österreich-Ungarn ohne Not nicht in einer Frage zuspitzen, von der Rußland nicht unmittelbar berührt werde. Noch im September 1879 schrieb Giers nach Belgrad, daß "die serbische Regierung volle Handlungsfreiheit haben muß. Prinzipiell ... richtet sich unsere ganze Sympathie darauf, daß einer russischen Gesellschaft die Errichtung und Exploitation des serbischen Schienenweges übertragen wird, aber wir lehnen es entschieden ab, jemand offiziell zu unterstützen".⁷⁰

Entsprechend diesem - wiederholt geäußerten - Standpunkt begannen die russischen Unternehmer auf eigene Faust zu handeln. Im Herbst 1879 schlug der bekannte russische Unternehmer S. S. Poljakov vor, den Bau der Schienenwege aus der serbischen Staatskasse unter Zuhilfenahme von Anleihen zu bestreiten.⁷¹

Zu dieser Zeit führte Großbritannien mit großem Fingerspitzengefühl Unterredungen über einen Handelsvertrag mit Serbien. Der günstige Ausgang dieser Verhandlungen und die Aktivitäten russischer Unternehmer hinterließen in Wien einen deprimierenden Eindruck.

Nach anscheinend vom österreichischen Außenministerium inspirierten Zeitungsmeldungen über Erfolge Poljakovs und der Briten kam es zu einem Presseskandal.⁷² Er führte dazu, daß Baron v. Herbert den Auftrag erhielt, die unverzügliche Wiederaufnahme der Verhandlungen über das Eisenbahnabkommen zu fordern. Dabei erklärte sich Wien jedoch zu einigen Zugeständnissen bereit.⁷³

Das Abkommen wurde am 28. März/9. April 1880 unterzeichnet. Trotz Verzichts auf viele seiner Forderungen hatte Wien damit einen beachtlichen Erfolg erzielt.

Die Ratifizierung des Abkommens fand Ende Mai 1880 statt und wurde von erbitterten politischen Auseinandersetzungen begleitet.⁷⁴ Der als Unterrichts kraft am Belgrader Seminar tätige Efrem Bojović gab in einem Brief an seinen Lehrer, den angesehenen Moskauer Slawisten Professor N. A. Popov, darüber folgendes Urteil ab: "Statt zu kritisieren, schimpft man

68 Vgl. AVPR, Kanceljarija, 1879, Faszikel 470, Aktenstück 13, Bl. 154, Geheimdepesche Persianis, 1, 11./13. 11. 1879.

69 Vgl. Russkaja mysl', Bd. 5, Moskva 1880, S. 109.

70 AVPR, Slavanskij stol, 1879, Aktenstück 9039, Bl. 92, Giers an Bakunin, 22, 9. 1879 (Konzept).

71 Vgl. ebenda, Bl. 83, Černjaev an Giers, 27, 3. 1880.

72 Vgl. Pester Lloyd, 15. 12. 1879; Novoe Vremja, 21. 12. 1879/2. 1. 1880.

73 Vgl. Novoe Vremja, 31. 12. 1879/12. 1. 1880.

74 Vgl. Sankt-Peterburgskie Vedomosti, 25. 5./7. 6. 1880.

bei uns bloß." ⁷⁵ Oppositionelle Manifestationen fanden bei Fürst Milan Unter-
stützung, der zum Parteigänger der österreichisch-ungarischen Richtung
geworden war. Damit hatte er sich immer weiter von Ristić entfernt, der
die völlige Unterwerfung seines Landes unter die Interessen des mächtigen
Nachbarn befürchtete. Dies kam auch in der Wahl der Unternehmer zum
Ausdruck. Ristić, der mit der Unterzeichnung des Abkommens dem Druck
aus Wien nachgegeben hatte, legte bei der Vergabe der Konzessionen große
Zurückhaltung an den Tag.

Die russischen Gesellschaften von Baranov und Poljakov nutzten die allge-
meine Unzufriedenheit, die in Serbien über den massiven Druck aus Öster-
reich-Ungarn herrschte. Durch stufenweise Verbesserung ihrer Projekte
und mildere Bedingungen erlangten sie das Wohlwollen des parlamentari-
schen Ausschusses.

Gestützt auf die Verbindungen, die ihnen in Serbien noch verblieben waren,
suchten die Slawenkomitees den russischen Unternehmern zu helfen. ⁷⁶
Ristić wollte herausfinden, wie ernst es mit ihrer Hilfe stehe. Daher frag-
te er den Vertreter des Petersburger Slawenkomitees N. V. Zus'kov, ob
dieser zu Konzessionsverhandlungen bevollmächtigt sei. Zus'kov bat das
Komitee um ein entsprechendes Dokument, aber der abschlägige Bescheid
war in russischen Regierungskreisen schon vorprogrammiert. ⁷⁷

Die Donaumonarchie wollte sich die Initiative nicht entwinden lassen und
regte daher unter Berufung auf den Berliner Vertrag eine Konferenz unter
Teilnahme der Türkei, Serbiens und Bulgariens über eine internationale
Eisenbahnlinie Wien - Konstantinopel in Wien an. Ristić antwortete, daß
Österreich-Ungarn Serbien bereits zum Abschluß eines Separatabkommens
genötigt habe und die Verbindung mit der serbischen Eisenbahn darin zuge-
billigt worden sei. Deshalb habe Wien keine Veranlassung, sich in Erörte-
rungen über eine Verbindung zwischen serbischen und türkischen Eisenbahn-
strecken weiter einzumischen. ⁷⁸

Gleichzeitig bat Ristić Petersburg um Rat, wie er sich zu den ultimativ lau-
tenden Forderungen aus Wien verhalten solle. ⁷⁹ Aber die russische Regie-
rung nahm eine äußerst zurückhaltende Position ein. Lediglich eine seiner
Bitten wurde Ristić erfüllt: Bulgarien erhielt den Rat, keinen Vertreter zu
Eisenbahnverhandlungen nach Wien zu entsenden. ⁸⁰

Der serbische Ministerpräsident unternahm beim russischen Ministerresi-
denten einen weiteren Vorstoß, um das Petersburger Kabinett zu einer offi-

75 Handschriftenabteilung der Staatlichen Leninbibliothek in Moskau,
Bestand 239, Karton 5, Akteneinheit 30, Bl. 23, Bojović an Popov,
23. 12. 1880.

76 Vgl. Arnautović, S. 44.

77 Vgl. Puškarević, K. A., Balkanske slavjane i ruskie "osvoboditeli",
in: Trudy instituta slavjanovedenija Akademii Nauk SSSR, Leningrad
1934, S. 228.

78 Vgl. AVPR, Glavnyj Archiv, V-A₂, Faszikel 181, Aktenstück 277,
Bl. 132, Telegramm Persianis, 19. 6./1. 7. 1880.

79 Vgl. ebenda.

80 Vgl. ebenda, Bl. 133, Telegramm Persianis (Entwurf).

ziellen Antwort zu bewegen. Er wollte wissen, ob es sich dafür verbürge, daß russische Unternehmer bereit seien, die Eisenbahnstrecke zu annehmbaren Bedingungen zu bauen. Die Formulierung der Frage läßt erkennen, daß Ristić mit einer negativen Antwort rechnete, die ihm das moralische Recht gegeben hätte, die Angebote der russischen Bewerber im Stadium der Vorverhandlung abzulehnen. Ristić wollte offenbar den Boden für Verhandlungen mit der staatlichen österreichisch-ungarischen Eisenbahnkompanie glätten, worauf Fürst Milan drängte.⁸¹ Obwohl den russischen Unternehmern nahezu jegliche diplomatische Unterstützung entzogen wurde, blieben sie weiter am Ball. Die über solche Hartnäckigkeit wütende österreichisch-ungarische Presse beschuldigte Rußland der Intrige gegen die österreichisch-ungarische Eisenbahnkompanie.⁸² Zeitungen beider Teile der Donaumonarchie zeigten ihren Unmut darüber, daß sich Černjaev in Serbien aufhielt. Offizielles Anliegen seines Besuches war die Errichtung eines Denkmals für die russischen Freiwilligen. In Wirklichkeit war er jedoch von Poljakov zu Verhandlungen über eine Eisenbahnkonzession bevollmächtigt.⁸³

Zugleich verstärkte die Wiener Diplomatie ihren Druck. Fürst Milan schwenkte immer mehr auf die proösterreichische Linie der Großbourgeoisie des Handels- und Wucherkapitals ein, deren Vorstellungen von Wohlstand und wirtschaftlicher Blüte auf Verbindungen mit dem österreichisch-ungarischen Markt gerichtet waren.⁸⁴ Daher konnte Ristić, obwohl er den Forderungen aus Wien schrittweise nachgab, Fürst Milan und dessen neue sozial-ökonomische Basis mit seiner Politik nicht zufriedenstellen. Daß Ristić die Opposition brutal unterdrückte und die Verfassung immer wieder verletzte, kam noch hinzu. So waren nahezu sämtliche Klassen und Schichten der serbischen Gesellschaft mit ihrer Regierung unzufrieden.⁸⁵

Gestützt auf die öffentliche Meinung, tat die Habsburger Diplomatie das ihrige, die Position Ristićs zu erschüttern und seinen Rücktritt zu besiegeln.⁸⁶ Hartnäckig wurde das Gerücht ausgestreut, daß der berüchtigte, in üble Affären verwickelte Baron Hirsch mit dem Bau des serbischen Schienennetzes betraut worden sei. Die "Petersburger Nachrichten" (Sankt-Peterburgskie Vedomosti) reagierten darauf mit dem lautstarken Bekenntnis, daß "wir dem einfach nicht glauben können, wie zuverlässig die Quelle auch sein mag", und appellierten an die Sympathien der Serben für Rußland.⁸⁷

Aber Proklamationen dieser Art waren nur Aufschreie der Verzweiflung. Auch dem Mitarbeiter der "Neuen Zeit" (Novoe vremja), Molčanov, der

81 Vgl. Novoe Vremja, 17. 7./29. 7. 1880.

82 Vgl. ebenda, 17. 5./29. 5. 1880.

83 Vgl. AVPR, Glavnyj Archiv, V-A₂, Faszikel 181, Aktenstück 277, Bl. 162, Persiani an A. G. Žomini (Jomini), 1. 9./13. 9. 1880.

84 Vgl. Jelavich, S. 167.

85 Vgl. Aleksić, Lj., Tajna konvencija iz 1881 kao okvir austrofilске politike kralja Milana, in: Historijski pregled, Zagreb, 1/1960, S. 38.

86 Vgl. Die Presse, 8. 8. 1880.

87 Sankt-Peterburgskie Vedomosti, 17. 8./29. 8. 1880.

als Vertreter Poljakovs in Belgrad weilte, blieb der Erfolg versagt.⁸⁸

Mitte Oktober 1880 erklärte das von der Liberalen Partei getragene Kabinett seinen Rücktritt, den Fürst Milan unverzüglich annahm.⁸⁹ Reaktionärere politische Kräfte kamen an die Macht und formierten sich im Januar 1881 zur sog. Fortschrittspartei. Milan forderte von der neuen Regierung mit M. Piroćanac an der Spitze, allen Ansprüchen der Donaumonarchie gerecht zu werden. Das hätte er sich eigentlich sparen können, weil sich die Fortschrittspartei mit ihm ohnehin in der politischen Richtung einig war: Er und sie vertraten die Interessen der gleichen, eng mit Österreich-Ungarn liierten Kreise der Großbourgeoisie.

Serbiens neuer Ministerpräsident erkannte Ende Oktober 1880 die Gültigkeit des österreichisch-türkischen Vertrags von 1862 an und akzeptierte damit die Anwendung der Kapitulationsbedingungen auf Serbien. Ohne Gegenleistung erhielt Österreich-Ungarn das Recht auf Meistbegünstigung.⁹⁰ Dieser Schritt schuf die Voraussetzungen dafür, daß Serbien zu einem Agrar- und Rohstoffsatelliten der Donaumonarchie degradiert werden konnte. So fand sich auch bald ein Unternehmer nach Wiener Zuschnitt: der Franzose Paul-Eugène Bontoux, ehemaliger Direktor der österreichisch-ungarischen Eisenbahnen. Eng liiert mit internationalen Finanzkreisen, stand er im Betrachtungszeitraum an der Spitze der Eisenbahngesellschaft "La Société de l'Union Générale de Paris" sowie der "Österreichischen Länderbank" mit Sitz in Wien.⁹¹ Während die ehemalige Regierung unter Ristić für einen Wettbewerb zur Ermittlung der günstigsten Bedingungen als Voraussetzung für die Konzessionsvergabe eingetreten war, entschied sich die neue Regierung für direkte Verhandlungen mit Bontoux.⁹² Der serbische Gesandte in Wien, General Nikola Hristić, nahm Verhandlungen mit Bontoux über dessen Bedingungen auf.⁹³ Den Vertretern der russischen Gesellschaften von Baranov und Poljakov wurde bedeutet, daß mit ihnen so lange keine weiteren Verhandlungen geführt würden, bis Bontoux seine Bedingungen bekanntgegeben habe.⁹⁴

88 Vgl. *Russkaja mysl'*, Bd. 5, Moskva 1880, S. 111.

89 Vgl. AVPR, Kanceljarija, 1880, Faszikel 470, Aktenstück 22, Bl. 10, Geheimdepesche Persianis, 11. 10./23. 10. 1880.

90 Vgl. AVPR, Glavnyj Archiv, V-A₂, Faszikel 181, Aktenstück 277, Bl. 140, Geheimdepesche Persianis, 3. 11./15. 11. 1880; AVPR, Kanceljarija, 1880, Faszikel 470, Aktenstück 22, Bl. 12; Janković, Dr., *O političkim strankama u Srbiji XIX veka*, Beograd 1951, S. 217.

91 Vgl. Vučković, V., *Pad generalne unije i proglas kraljevine*, in: *Glas srpske Akademije Nauka*, CCXVIII, *Odejenje društvenih nauka*, Nova serija, Beograd, 4/1956, S. 50.

92 Vgl. Marković, M., *Medunarodnopravne odredbe o zelesnicama i izgradnja pruga u Srbiji do prvog svetskog rata*, in: *Jugoslavenska revija za medunarodno pravo*, Beograd, 1/1972, S. 84.

93 Vgl. *Politische Correspondenz*, 15. 11. 1880.

94 Vgl. Šankt-Peterburgskie Vedomosti, 17. 11./29. 11. 1880; Čursin, S., *Dela Serbii*, in: *Russkaja mysl'*, Bd. 12, Moskva 1884, S. 77.

Die Presse der Fortschrittspartei suchte die öffentliche Meinung in Serbien umzustimmen und bediente sich dabei verschiedener Winkelzüge. Als sich die Pariser Zeitung "Franco-Slave" in einem Artikel für die Gesellschaft Bontoux' aussprach, wurde dieser Artikel in dem serbischen offiziellen Sprachrohr "Die Sicht" (Videlo) mit dem Hinweis nachgedruckt, daß es sich bei "Franco-Slave" um ein Organ der russischen Botschaft in Paris handele.⁹⁵ Milan und seine neue Regierung setzten sich nachdrücklich für Bontoux ein und spekulierten zugleich auf Rußlands Popularität beim serbischen Volk.

Unter diesen Vorzeichen konnte den russischen Gesellschaften von Poljakov und Baranov kein Erfolg beschieden sein, obwohl sie bessere Bedingungen für die Errichtung der serbischen Schienenwege boten. Vergeblich machte die Presse das Belgrader Kabinett darauf aufmerksam.⁹⁶ Milan und seine Regierung ließen sich nicht davon abbringen, Bontoux entschieden zu unterstützen. Nachträglich wurde bekannt, daß Milan von der "Union Générale" 3 Millionen Franken "zur Tilgung persönlicher Schulden" erhalten hatte.⁹⁷

Im Januar 1881 löste sich Baranovs Gesellschaft auf. Die Personen, aus denen sie bestand, hatte der Zufall zusammengeführt. Profithunger war das einzige, was sie miteinander verband.⁹⁸ General Černjaev unternahm letzte Schritte zur Unterstützung Poljakovs.⁹⁹ Aber weder in Belgrad noch in Petersburg fanden die russischen Bewerber nunmehr Gehör.

Serbien geriet durch seine 1881 mit Österreich-Ungarn abgeschlossenen Verträge in starke ökonomische und politische Abhängigkeit von der Donaumonarchie.¹⁰⁰

Damit wurde zugleich Rußlands Position auf der Balkanhalbinsel noch schwächer. Dies läßt sich im Grunde wohl darauf zurückführen, daß dem Zarismus Kraft und Mittel für eine aktive Außenpolitik fehlten. Darüber hinaus gab es einen riesigen russischen Binnenmarkt, den der junge russische Kapitalismus in Besitz nehmen konnte. Das russische Kapital verspürte daher

95 Vgl. AVPR, Bestand Politarchiv, 1881, Faszikel 482, Aktenstück 415, Bl. 6, Geheimdepesche Persianis, 18. 2. 1881; AVPR, Kanceljarija, 1881, Faszikel 70, Aktenstück 16, Bl. 9.

96 Vgl. Čursin, S. 77.

97 Vgl. Jovanović, Bd. 2, S. 400 - 403; Živanović, Z., Politička istorija Srbije u drugoj polovini XIX. veka, Bd. 2, Beograd 1924, S. 171 - 179; Mijatovich, Ch., The memoirs of a Balkan diplomatist, London 1917, S. 254 - 258.

98 Vgl. AVPR, Kanceljarija, 1881, Faszikel 70, Aktenstück 16, Bl. 7, Geheimdepesche Persianis, 24. 1. 1881; Čursin, S. 70.

99 Vgl. AVPR, Politarchiv, 1881, Faszikel 482, Aktenstück 415, Bl. 7, Geheimdepesche Persianis, 19. 2. 1881; AVPR, Kanceljarija, 1881, Faszikel 470, Aktenstück 16, Bl. 10.

100 Außer dem Eisenbahnabkommen wurden ein Handelsabkommen und eine politische Vereinbarung unterzeichnet. - (Am 3. 9. 1884 wurde als erste serbische Eisenbahnlinie die Strecke Belgrad-Niš in Betrieb genommen - d. Übers.)

wenig Neigung, sich ohne staatliche Rückendeckung auf einem neuen, ihm unbekanntem Unternehmen zu beteiligen: dem Bau von Schienenwegen in einer so unruhigen Zone, wie sie die Balkanhalbinsel damals war.

(Übersetzt von Fedor Kretschmar)

Veränderungen und Tendenzen in der neueren Wirtschaftsgeschichte Makedoniens

von Dančo Zografski

Mitte des 19. Jh. endeten und begannen wichtige Prozesse im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben Makedoniens; es beschleunigten sich Verfall und Zersetzung der alten, feudalen Strukturen im Osmanischen Reich, und Elemente und Beziehungen der neuen, kapitalistischen Produktionsweise kamen zum Durchbruch.

Das System der Großgrundeigentümer, der Kriekslehen und der feudalen Privilegien wurde durch die sog. Reform der sukzessiven Phasen (1832/38 bis 1840/44) abgeschafft. Sie wurde notwendig, weil sie den Interessen des Staates und den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes entsprach. Besondere Bedeutung erlangte dabei 1839 der hatt-şerif von Gülhane, ein Staatsakt, in dem die Aufhebung der feudalen Privilegien und die religiöse und ethnische Gleichberechtigung aller Untertanen proklamiert, der Schutz von Leben, Besitz und Ehre sowie eine größere Steuer- und Wehrdienstgerechtigkeit garantiert wurden. Dieser Akt entsprach in Wesen und Tendenz den bürgerlich-demokratischen Forderungen nach Beseitigung der Hindernisse für eine freiere Entwicklung, d. h. eine Entwicklung des Kapitalismus. Die Feudalordnung selbst aber konnte er nicht beseitigen, nur ihre Form verändern. Sie paßte sich den neuen wirtschaftlichen Bedingungen und Erfordernissen an.

Der Staat nahm den Großgrundeigentümern die Lehen und die feudalen Rechte über die Bauern und zog nun selbst die Steuern von den unmittelbaren Produzenten ein. (Er entschädigte die Magnaten durch Renten in Höhe ihrer früheren Einkünfte aus den Lehen.) Trotzdem gelang es vielen Großgrundeigentümern auf kriminelle Weise, ihre ehemals feudal genutzten Ländereien zu behalten, begünstigt durch die Verschuldung der Bauern infolge steuerlicher Überlastung. Die Umwandlung des Systems der Großgrundeigentümer in das der Gutsherren veränderte die Besitzstruktur, und es erschienen unterschiedliche Produzenten - yaracı (Halbpächter), kesimci (Pächter), aylakçı (Tagelöhner) und Bauern -, die eigenes Land bearbeiteten. Auf den großen Gütern verflochten sich Elemente der feudalen, halbfeudalen und kapitalistischen Ausbeutung. Die Güter mit Lohnarbeitern und marktorientierter Produktion verwandelten sich in halbkapitalistische Wirtschaften.

Mitte des 19. Jh. war der größte Teil des Landes als mülk (Güter) Eigentum vor allem der türkischen beys. Die zweithäufigste Art des Eigentums war der emlâk, zu dem Besitzer von Geld oder Dörfern gelangten. Die dritte Art (müstakil) äußerte sich in der Bearbeitung von Land durch selbständige Gemeinschaften (Haushalte von freien Bauern). Das Gutsland wurde allgmein durch Halbpächter bearbeitet. Sie bekamen vom Eigentümer Land, Wohnraum und Saatgut; sie stellten ihre Arbeitskraft, Vieh und Geräte zur Verfügung. Der Jahresertrag wurde nach Abzug der Steuern halbiert. Jedoch wurden die Bauern häufig durch Betrug und Gewalt Schuldner des Eigentümers und gerieten so in eine hoffnungslose Insolvenz, die sie praktisch in Hörige verwand-

delte;¹ sie verlorenen Besitz und Unabhängigkeit. Aber auch Grundeigentümer wurden Opfer der Wucherer. Die danach vorgenommene Übereignung hatte keine positiven Folgen - weder für die Erträge noch für die Lage der Landarbeiter. Händler, Wucherer, Steuerpächter usw. verwandelten sich in eine landbesitzende Schicht der christlichen Bourgeoisie, so daß sie - und noch mehr die beys - 1860 über 75 % des Landes im Gebiet von Bitola verfügten.²

Diese Veränderungen brachten keine wesentliche Verbesserung der Bodenbearbeitung (weiterhin zogen Ochsen den Holzflug), und die Landwirtschaft blieb Mitte des 19. Jh. extensiv.³ Im Hinblick auf den in- und ausländischen Bedarf war sie in Abhängigkeit von den klimatisch-ethologischen Bedingungen hauptsächlich auf die Produktion von Getreide, Gemüse und Industriekulturen (besonders Baumwolle und Tabak) orientiert; 1844 machte Weizen die Hälfte der Getreideernte im Gebiet von Thessalonikē aus,⁴ 1846 erzeugten die wichtigsten Getreideanbaugebiete vor allem Weizen, Mais und Roggen.⁵

Die Warenproduktion der Industriekulturen erhöhte sich Mitte des 19. Jh. beträchtlich. So läßt sich für die 60er Jahre ein stetiges Wachsen der Tabakproduktion beobachten. Die Möglichkeit eines rentablen Absatzes im Ausland stimulierte den Anbau von Baumwolle, der zweitwichtigsten Industriekultur. Als Rohstoff der Textilindustrie wurde sie u. a. nach Österreich, Frankreich, Rußland und Großbritannien exportiert.⁶ Ihr Anbau im transportgünstigen Küstengebiet stieg in den 60er Jahren sprunghaft an - die Ernte erbrachte in der Ebene von Sérrai 1861 25 000 bis 30 000 Ballen, 1863 doppelt soviel, 1865 100 000 bis 110 000, 1866 130 000 bis 140 000.⁷ Der "Baumwollboom" war auf den "Baumwollhunger" zurückzuführen, den die europäische Textilindustrie infolge des während des Bürgerkrieges geringeren Imports aus Nordamerika litt.

Für Pflege, Ernte und Säubern der Baumwolle mußten Lohnarbeiter eingesetzt werden, da das die Mitglieder der Produzentenhaushalte nicht allein schafften. Auch bei Tabak, Mohn und anderen Kulturen nahm man sie mehr und mehr. Als besondere Form der Lohnarbeit kam es vor allem in den Dörfern der Küstenebenen zur Saisonarbeit. Landarbeiter beiderlei Geschlechts und ganze Familien gingen dorthin und verkauften ihre Arbeitskraft, für die sie in Geld und in Naturalien bezahlt wurden und "kostenlos" Nahrung, Wohnung u. a. bekamen. Die Saisonarbeiter rekrutierten sich aus landlosen Bauern, verarmten Handwerkern und anderen Pauperisierten. Sie bildeten "Scharen", denen auch ihre Frauen und Kinder angehörten. Sie wurden angeführt von sog. kramari, die die Lohnhöhe und andere Bedingungen mit den Gutsbesitzern aushandelten und auf die Erfüllung der gegenseitigen Verpflichtungen achteten. Die Angehörigen dieser Gruppen waren der Keim des Landproletariats.

- 1 Accounts and Papers, Abstract of Reports on the Trade of Various Countries and Places for the Year 1854, Turkey (Monastir, heute: Bitola), London, 55, 1854/55, S. 36.
- 2 Vgl. Zografski, D., Izveštai na britanskite konzuli vo Bitola od šeesetite godini na XIX vek., in: Glasnik INI, Skopje, 1/1976, S. 218.
- 3 Müller, J., Albanien, Rumelien und die österreichisch-montenegriscne Grenze, Prag 1844, S. 28!
- 4 Macedoniens und Thessaliens Handelsverhältnisse während der Jahre 1838 bis 1841, in: Journal des Österreichischen Lloyd, Triest, Nr. 94, 23.11.1842.
- 5 Vgl. Britanski dokumenti za istorijata na makedonskiot narod (1840 - 1847), hg. v. Hr. Andonov-Poljanski, Skopje 1977, S. 270 f.
- 6 Handels- und Schifffahrts-Verkehr von Salonich und seine Dependenz: Serres (Orfano), Cavallo und Manastir während des Jahres 1851, in: Austria. Zeitung für Handel und Gewerbe, öffentliche Bauten und Verkehrsmittel, Wien 1852, S. 2312.
- 7 Salonich im April 1867, in: Austria. Wochenschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Wien 1867, S. 628.

Die Lohnarbeit als ein Kennzeichen der neuen Produktionsverhältnisse fand zunehmend Eingang auch in die städtische Wirtschaft. Sie verbreitete sich mit der Entwicklung der verarbeitenden Industrie und der allgemeinen Belebung der städtischen Wirtschaft infolge der Stabilisierung der inneren Lage, d. h. der genannten Reformen. Die Veränderungen hatten positive Auswirkungen, sie stimulierten die Produktion und den Warenaustausch bzw. die Kapitalanlage. Schon 1841 zeigten sich erste Resultate des hattı şerif von Gülhane, d. h. die Produktion nahm zu, und die Produzenten verspürten die Erleichterungen aus der Aufhebung der vielen Steuern.⁸ 1852 wurde festgestellt, daß die Durchführung der Tanzimat (d. h. der durch den Erlaß eingeleiteten Reformen) und besonders der Ersatz der başı bozuk (d. h. der irregulären, berittenen, durch Greuelthaten berüchtigten Polizeitruppe) durch eine reguläre Armee sowie die Entwaffnung der muselmanischen Bevölkerung zur Beseitigung einiger Mängel und Repressalien beitrugen. Leben und Besitz wurden sicherer, der Anteil des Kapitals am wirtschaftlichen Leben größer und sein Einfluß stärker.⁹

In Thessalonikē, Sérrai, Ohrid, Bitola, Skopje und einigen anderen Städten gab es Handwerker und Werkstätten mit mehreren Gesellen und Lehrlingen. Die Möglichkeiten eines rentablen Absatzes ihrer Produkte (auch außerhalb Makedoniens) förderten die weitere Entwicklung. Einige Handwerker vergrößerten ihre Werkstätten, beschäftigten mehr Arbeitskräfte und wurden dadurch reicher. Damit trugen sie zur Beseitigung der von den Zünften gesetzten Grenzen bei; sie wurden kapitalistische Unternehmer. Die Nachfrage nach ihren Produkten wuchs mit der Stadtbevölkerung. Wichtige Abnehmer waren zudem das Ausland und das Heer.

Viele Handwerksläden und Werkstätten legten so den Grund für eine entwickelte Warenproduktion. Aus Käufern von Fertigerzeugnissen und Mittlern im Austausch wurden einige Händler Eigentümer von Produktionsmitteln und Organistoren des Produktionsprozesses. Das Handelskapital und die wachsende Konkurrenz verdrängten das Zunft Handwerk; Differenzierung und Pauperisierung der Handwerker setzten ein, und es bildeten sich einfache kapitalistische Kooperationen heraus. Umfang und Art dieser Produktion gehen aus zeitgenössischen Konsulats- und Reiseberichten sowie anderen Zeugnissen hervor. Die "Allgemeine Mitteilung über den Handel von Bitola und Umgebung" vom 15. Juni 1852 z. B. erwähnt "häusliche Manufakturen" und "industrielle Aktivitäten" in mehreren Städten. In Titov Veles und Umgebung wurden große Mengen Ziegen- und Schafsleder gegerbt, zubereitet und meistens nach Wien geschickt; Bitola war für seine Produktion von Loden und Schnüren bekannt, wofür feinstes Silber aus Sachsen und Wien importiert wurde; Kostur galt als renommiertes Lederverarbeitungsgebiet; Prilep war berühmt durch seine Kupfergefäßproduktion.¹⁰

Die Entwicklung der Produktion wurde durch ein großes Wachstum der Stadtbevölkerung verursacht; einige Städte hatten schon mehrere zehntausend Einwohner, ein für die damaligen Balkanbedingungen bedeutender Fortschritt im Urbanisierungsprozeß: Titov Veles hatte 1853 etwa 25 000 Einwohner,¹¹ Bitola 1856 46 000,¹² Skopje etwas später 27 000, Sérrai 25 000 Einwohner usw. Die Anfänge kapitalistischer Wirtschaft wurden sichtbar, z. T. auch auf dem Dorf. Das beschleunigte die Untergrabung der überlebten sozialökonomischen Verhältnisse.

⁸ Britanski dokumenti ..., S. 22.

⁹ Public Record Office (London), F.O. 78 - 903, Nr. 9, 21. 6. 1852.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Ebenda, F.O. 78 - 953, Nr. 15, 21. 4. 1853.

¹² Sotirovski, N., Eden nepoznat izveštai za Bitalskiot pašalak od 1856 godina, in: Jahrbuch der Juristischen Fakultät, Skopje, 11, 1967, S. 403.

In der Vereinigung einzelner Produktionsprozesse als Folge der Verbindung des Handelskapitals mit dem entstehenden Industriekapital entwickelten sich Übergangsformen der Manufaktur, und zwar zuerst in der Textilproduktion. Größere Werkstätten (Kooperationen oder Manufakturen) wurden in Thessalonikē, Sérrai, Bitola und anderen wichtigen Städten eingerichtet. Die Arbeitskräftezahlen und der Umfang der Produktionsmittel wuchsen, wie z. B. in den Seidenspinnereien von Thessalonikē. Hier gab es 1838 10 Werkstätten mit 625 Beschäftigten und 280 Spindeln, 1839 waren es schon 12 Werkstätten mit 739 Beschäftigten, und 1840 bestanden 17 Spinnereien mit 987 Beschäftigten und 397 Spindeln.¹³

Bekannt sind Spinnstuben und ihre Arbeitsorganisation z. B. auch von Sérrai, Edessa, Náousa, Gevgelija, Dojran.¹⁴ Im Küstengebiet wurde zuerst Seide und Flachs gesponnen, dann auch Baumwolle. Anfangs gab es keine ähnlichen Werkstätten und Betriebe in anderen Branchen.¹⁵ Die Manufakturproduktion entwickelte sich, indem sich das Handelskapital einzelne Produktionen unterwarf und Lohnarbeiter beschäftigte. Auch die Hausproduktion von anscheinend selbständigen Handwerkern wurde als Außenabteilung und Ergänzung in die Manufakturen einbezogen. Durch ihre höhere Produktivität faßte die Manufaktur besonders in den Wirtschaftszweigen Fuß, deren Waren Massenbedarf befriedigten und auf lokalen Märkten, innerhalb der europäischen Türkei und im Ausland verkauft wurden.

Die allmähliche Entwicklung der Warenproduktion, die Anstrengungen um eine bessere Realisierung der Waren im Austausch und um eine kontinuierliche Reproduktion stärkten die Rolle der Händler bzw. des Handelskapitals, ihren Einfluß auf die Entwicklung der Produktivkräfte und des Binnenmarktes. Mehr öffentliche Ordnung und Sicherheit seit den 40er Jahren schuf günstigere Akkumulationsbedingungen für die Bourgeoisie und eine freiere Entwicklung des Handels. 1848 wurde dann auch ein Handelsgesetz beschlossen, das eine Kompilation des französischen Code du commerce war und die Nutzung neuer Formen und Institutionen des Warenaustausches ermöglichen sollte.¹⁶ Aber unter den Osmanen wurde der Grundsatz der Handelsfreiheit nicht konsequent verwirklicht; Liberalismus und Protektionismus beeinflussten gleichermaßen die Wirtschaftspolitik.¹⁷

Die wechselseitige Zunahme von Konsumtion und Produktion ließen den Binnenhandel in den 50er und 60er Jahren spürbar anwachsen. Mit der Entwicklung der Ware-Geld-Wirtschaft und des Massenbedarfs bekamen die städtischen und dörflichen Läden ein immer größeres Gewicht. Vielfach wurde auf Kredit oder "Anschreiben" verkauft. In den bekannten Handelszentren gab es feste Handelsplätze, Geschäftsviertel und Markthallen, während in den Städten und Kleinstädten Wochenmärkte abgehalten wurden. In mehreren Städten wurden zu

13 Britanski dokumenti ..., S. 22.

14 Allgemein dazu s.: Chan, J. G., Patuvanje kroz porecinu Drina i Vardara, Belgrad 1876, S. 279 f.; Zapiski na Hr. Makedonski, Sofia 1896, S. 12; Il commercio e la industria della Macedonia, in: Rapporto del Reg. Carmelo Mellia, Rom 1894, S. 91 - 93; Zografski, D., Preodni oblici na manufaktura-ta vo Makedonia, in: Pregled, Skopje, 2/1953, S. 59 - 76; Pazvitakot na kapitalističkite elementi vo Makedonia za vreme na turskoto vladeen'e, Skopje 1980, S. 163 - 180.

15 Accounts and Papers ... 1866, 69, 1866, S. 466.

16 Vgl. Legislation ottomane ou recueil des lois, réglements, ordonnances, traités, capitalutions et autres documents de l'Empire ottomane, hg. v. Aristarchi Bey, Constantinople 1873, S. 273 - 276.

17 Das Osmanische Reich nach seinen statistischen Verhältnissen. Die Gegenwart, Bd. 8, Leipzig 1853, zit. nach: Michoff, N., Beiträge zur Handelsgeschichte Bulgariens, Bd. 1, Sofia 1943, S. 284.

den Wochenmärkten an besonderen Stellen bestimmte Waren verkauft. Im Gebiet von Skopje fanden 1860 die Wochenmärkte mit besonderer Genehmigung der Pforte statt; sie wurden vor allem von Bauern besucht, die Rohstoffe und Halbfertigwaren brachten und gegen Fertigwaren tauschten.¹⁸ Auf den Wochenmärkten wurden aber auch ausländische Waren (besonders Industrieprodukte, sog. Kolonialwaren, Arzneien, Luxusgegenstände usw.) angeboten.

Für den Handel wie überhaupt für die Beziehungen mit dem Ausland hatten die jährlichen Messen größte Bedeutung. Sie fanden in mehreren Städten und Orten statt und dauerten mehrere Tage oder Wochen.¹⁹ Die bekanntesten waren in Sérrai, Petrić, Nevrokop, Sérbia, Siátista, Flórina, 'Edessa, Mavrovo, Kostur, Ohrid, Prilep, Struga, Debar und Titov Veles. Sie zogen Händler nicht nur aus ganz Makedonien, sondern auch aus verschiedenen Teilen des Osmanischen Reiches und aus dem Ausland an. Die Städte im Innern Makedoniens versorgten sich hauptsächlich auf diesen Messen mit ausländischen Waren. Auf der in Sérrai z. B. wurden 1860 Waren aus Deutschland, England, der europäischen Türkei, Istanbul, Kleinasien, Frankreich und Holland verkauft. Diese gingen dann weiter bis nach Albanien, Serbien und Bulgarien.²⁰

Die Händler und Verkäufer nutzten besondere Magazine und Läden. Für die Messe in Prilep wurden dazu 200 Läden für den Verkauf von Waren aus der ganzen Türkei, 80 für englische Waren und 40 für Waren aus Österreich, Deutschland und anderen Ländern gemietet.²¹ Die aus dem Ausland importierten und auf den Messen verkauften Waren gelangten (mit den entsprechenden Preisaufschlägen) erst über Wiederverkäufer, Detaillisten usw. zu den Verbrauchern. Die Messen förderten den Binnen- und den Außenhandel sowie überhaupt die Teilnahme des Handelskapitals am Wirtschaftsleben.

Die Entwicklung des Handels verlangte eine Verbesserung des Verkehrs-, Transport- und Nachrichtenwesens. Infolge der inneren Unruhen, Aufstände und Raubüberfälle waren viele Straßen, Brücken und Wirtshäuser zerstört oder beschädigt und der Warenaustausch in Makedonien, mit den türkischen Provinzen und dem Ausland erschwert. Der Mangel an günstigen Verbindungen vom Landesinneren zur Küste und zu den größeren Zentren wirkte sich wirtschaftlich negativ aus. Der schlechte Zustand der Wege verteuerte den Transport erheblich; außerdem waren sie im Winter, d. h. für 5 Monate, fast unpassierbar.²² Das schlug sich besonders im Export landwirtschaftlicher Produkte nieder.²³ Infolgedessen blieb der Handel zurück, die Ressourcen wurden unzureichend genutzt und entwickelt.

Der Export von Rohstoffen und Produkten erfolgte vorrangig über den Hafen von Thessalonikē, mit dem der Österreichische Lloyd 1842 regelmäßigen Schiffsverkehr aufnahm. Der Wert der hier ausgeführten Güter war 1847 doppelt so

¹⁸ Vgl. Zografski, D., Bitolska i Skopska oblast vo britanski dokumenti od 1860 godina, in: Jahrbuch der Ökonomischen Fakultät, Skopje, 20, 1977, S. 51.

¹⁹ Der Almanach de l'Empire Ottomane pour l'année 1850, Constantinople 1850, S. 110, enthält folgende Angaben über die Dauer einiger Messen in folgenden Städten: Sérrai - 20 Tage, Giannitsá - 22 Tage, Ohrid - 15 Tage und Sérbia - 8 Tage.

²⁰ Vgl. Matkovski, A./Angelakova, P., Izveštai na belgiskite konzuli isbrakani od Solun (od 13. 4. 1859 do 8. 8. 1871), in: Glasnik INI, Skopje, 3/1971, S. 230.

²¹ Vgl. Zografski, Isvestai na britanskite konzuli vo Bitola ..., S. 245.

²² Public Record Office (London), F. O. 78 - 903, Nr. 5, 31. 3. 1852.

²³ Ebenda, F. O. 78 - 903, Nr. 9, 15. 6. 1852.

hoch wie der der eingeführten (12 773 00 : 5 806 000 ffr.).²⁴ Als wichtigster Hafen der europäischen Türkei wurde Thessalonikē 1851 von 820 Schiffen ange-
laufen.²⁵

Die europäischen Staaten und Händler schätzten damals diese Stadt als Handels- und Schiffahrtszentrum und wetteiferten um die Beherrschung der makedonischen Märkte. Um die Handelsverbindungen mit Makedonien, Thessalien und Albanien zu fördern, ließ der österreichische Kaiser am 12. Januar 1851 ein Konsulat in Thessalonikē eröffnen. Es sollte dem Handelsministerium unterstellt sein. Außerdem wurden ein Vizekonsulat in Bitola mit Kompetenz für das Gebiet des Flusses Črna, für Kostur, Kosovo, Skopje und Titov Veles sowie Konsularabteilungen in Sérrai, Kavála eingerichtet.²⁶ Im gleichen Jahr eröffnete Großbritannien ein Konsulat in Bitola. In den Richtlinien über die Aufgaben des Konsulates heißt es, daß der Geschäftsträger in erster Linie Informationen über den Handel und die Schifffahrt zu sammeln und zu übermitteln habe.²⁷ Nach Beendigung des Krimkrieges wurde in Skopje ein britisches Vizekonsulat eingerichtet, dessen Titular erklärte, daß er den britischen Handel im Skopjer Gebiet fördern und, indem er das wirtschaftliche Leben verfolge, Angaben über Handel, Landwirtschaft und andere Zweige mitteilen werde.²⁸ Die Interessen Frankreichs an Handels- und Seeverbindungen mit der europäischen Türkei und der Levante führten dazu, daß die Messageries Impériales 1853 regelmäßigen Verkehr mit Thessalonikē aufnahmen.

Während des Krimkrieges (1853 bis 1856) und danach spielte dieser Hafen eine immer bedeutendere Rolle im makedonischen Handel. Das belegen die Angaben über die Vergrößerung des Gesamtwertes der hier umgeschlagenen Waren. Der Import vergrößerte sich von 571 533 £ 1853 auf 745 047 £ 1854. Der Export stieg von 695 210 £ auf 1 098 596 £, d. h. um 403 386 £.²⁹ Dieser Trend setzte sich auch in den folgenden Jahren fort, wie Angaben über 1862 (32 210 000 ffr.) und 1863 (52 502 000 ffr.) zeigen.³⁰ Dieses Wachstum wurde ermöglicht durch höhere Erträge in der Land- und Forstwirtschaft, den Erzgruben von Makedonien, Thessalien, Epirus und Albanien sowie aus Verkäufen an das türkische Heer. Das steigerte natürlich das Interesse der Bevölkerung an einer entsprechenden Warenproduktion.³¹ Für die Entwicklung des Handels von Bitola und Umgebung hat die Produktion von Wollstoffen und anderen Geweben besonders für die türkische Kavallerie eine wichtige Rolle gespielt.³² Der französische Handel mit Kleinasien, der europäischen Türkei und Griechenland führte 1863 zur Gründung der Schifffahrtsgesellschaft A. L. Fraissinel & Cie. mit Sitz in Marseille, deren Schiffe auf der Route Marseille - Pátras - Peiraieús - Thessalonikē - Alexandróupolis - Istanbul verkehrten. Die Einbeziehung Thessalonikēs in die regulären Linien auch anderer Gesellschaften vergrößerte seinen Umschlag. Diese Stellung Thessalonikēs förderte auch den Transport großer

24 Macédoine. Annales du commerce extérieur publiées par le Département de l'Agriculture, du Commerce et des Travaux publics, Paris 1852, zit. nach: Michoff, Bd. 3, Svištov 1950, S. 204.

25 Vgl. Ubacini, M. A., Lettres sur la Turquie, T. 1, Paris 1855, S. 425.

26 Die wichtigsten Bestimmungen des erwähnten Beschlusses sind auch veröffentlicht worden von Lape, Lj., Odbrani tekstovi za istorijata na makedonskiot narod, T. 2, 3. erg. u. erw. Aufl., Skopje 1976, S. 87 f.

27 Public Record Office (London), F. O. 78 - 867, Nr. 1, 28. 10. 1851.

28 Ebenda, F. O. 78 - 1310, Nr. 37, 29. 10. 1857. - Die Vorbereitungen zur Eröffnung eines britischen Vizekonsulates in Skopje begannen noch 1854.

29 Ebenda, F. O. 78 - 1110, Nr. 81, 26. 9. 1855.

30 Turquie d'Europe. Macédoine. Salonique et ses échelles. Mouvement commercial en 1862 et 1863, zit. nach: Michoff, Bd. 1, S. 536 f.

31 Public Record Office (London), F. O.

32 Accounts and Papers. Abstract ... 1854, Turkey (Salonica), 57, 1856, S. 62 f.

Warenmengen aus Mittel- und Nordmakedonien zur Küste und nach Thessalonikē. Er erfolgte mit Flößen auf dem Vardar. Während des Krimkrieges gingen bis zu 10 000 Flöße allein von Titov Veles ab. Titov Veles war damals ein wichtiges Zentrum für den Handel mit Getreide, das von Ovče polje, Prilep, Kumanovo, Skopje, Kosovo polje, Vranje, Leskovac und aus anderen Orten Makedoniens und Südserbiens dorthin gebracht wurde.³³ Man suchte bald nach Möglichkeiten, die Flüsse stärker in den Transport einzubeziehen, und prüfte, wieweit sich z. B. der Vardar durch Regulierung schiffbar machen ließe.³⁴

Die Notwendigkeit, den Landverkehr in der europäischen Türkei zu verbessern, wie auch damit zusammenhängende Interessen der europäischen Mächte veranlaßten die Türkei im September 1854 zu der Bekanntgabe, daß sie den Bau einer Eisenbahnlinie von İstanbul nach Belgrad und den Bau von neuen Straßen in Angriff nehmen werde. Im Krimkrieg und unmittelbar danach wurde auf dem Territorium von Makedonien begonnen, Fahrwege anzulegen. Sie dienten vorrangig der Verbindung von Thessalonikē, Bitola und Skopje mit anderen Orten und Gebieten sowie mit Nachbarländern. Über die Straßen des Gebietes von Bitola ist bekannt, daß sie in Fronarbeit gebaut worden sind (die an der Trasse Wohnenden konnten sich von dieser Arbeit "freikaufen").³⁵ Ebenfalls in Fronarbeit, jedoch unter Leitung europäischer Ingenieure, erfolgte die Erweiterung der Straße Thessalonikē - Sérrai.³⁶

Nachdem die Pforte den Bau der Eisenbahnlinie İstanbul - Belgrad verkündet hatte, wurde mit der Planung für die Trassierung begonnen. Dafür wurden britische und österreichische Sachverständige herangezogen. Man erwartete, Thessalonikē werde durch die Verbindung mit dem Eisenbahnnetz von Mitteleuropa Markt und Drehscheibe des Handels der Hauptmarktorde Europas mit Indien.³⁷ 1864 hatten englische Ingenieure das Land zum Bau der Eisenbahnlinie Thessalonikē - Bitola vermessen, wobei festgestellt wurde, daß die Vorzüge, die Rumelien durch eine solche Eisenbahnverbindung bekäme, nicht abzuschätzen seien.³⁸

Die verschiedenen Vorstellungen und Wünsche hinsichtlich des Eisenbahnbaus wurden jedoch nicht realisiert, sie blieben in der Phase der Untersuchung und Projektierung stecken. Seit 1865 aber begann die Pforte unter dem Druck der europäischen Kapitalisten, energischer die Modernisierung des Straßenverkehrs und die Einführung des Eisenbahnverkehrs vorzubereiten. Dazu entstand ein besonderes Ministerium für öffentliches Bauen, und Ingenieure und Offiziere wurden in verschiedene Gebiete des Osmanischen Reiches zur Festlegung und Vermessung der Trassen geschickt. 1869 schloß die Pforte mit dem Brüsseler Bankier Hirsch einen Vertrag zur Finanzierung bzw. zum Bau von 2 000 km Eisenbahnlinie vor allem für die Haupttransversale durch die europäische Türkei und die Verbindungen Thessalonikē - Skopje - Kosovska Mitrovica, Skopje - Ristovac, Thessalonikē - Bitola u. a.³⁹ Da die Eisenbahn als modernes Transportmittel erst so spät gebaut wurde, zeigten sich auch ihre wirtschaftlichen Vorteile erst später.

33 Čočkovič, Hr., Grad Veles. Istoričesko-geografičeski i narodostopanski očerk, Sofia 1929, S. 44.

34 Matkovski, A./Angelakova, P., Izveštai na italijanskite konzuli od Solun za 1861, 1862 i 1865 godina, in: Glasnik INI, 3/1973, S. 208.

35 Türkei (Monastir). Jahresbericht für 1865, in: Austria. Wochenschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 36, 1866, S. 631.

36 Salonich im April 1867, in: ebenda, 23, 1867, S. 631.

37 Vgl. Andonov-Poljanski, Hr., Kon istorijata na Bitola i Bitolsko vo 1856 godina, in: Glasnik INI, 3/1972, S. 209; Matkovski/Angelakova, Izveštai na italijanskite konzuli od Solun ..., S. 214.

38 Zografski, Izvestai na britanskite konzuli vo Bitola ..., S. 250.

39 Milenkovič, P., Istorija grazenja železnica i železnička politika kod nas (1850 - 1935), Belgrad 1936, S. 24.

Die Entwicklung des Handels und die Verbesserung des Verkehrs zogen in den 60er Jahren die Modernisierung des Post- und Fernmeldewesens nach sich. Neben der türkischen Staatspost leisteten in jener Zeit Einrichtungen einiger europäischer Staaten Postdienste. (Die Gründe sind in der mangelnden Organisation und den ungenügenden Transportpotenzen der türkischen Staatspost zu suchen.) Auch das Telegrafennetz, beginnend in Thessalonikē, weitete sich aus. 1860 begann man, Telegrafleitungen, die Skopje mit Bosnien und Bitola verbinden sollten, einzurichten.⁴⁰ 1864 waren die Städte Thessalonikē, Sérrai, Dráma, Kavála, Ióánnina, Durrësi, Elbasani, Shkodra, Skopje und Prizren untereinander und mit Bitola und İstanbul verbunden.⁴¹ Die Telegrafestation von Bitola übertrug 1865 unter Mithilfe ausländischer Angestellter Meldungen in türkischer sowie in allen europäischen Sprachen bei Gebrauch des lateinischen Alphabets.⁴² Der Aufbau und die Erweiterung des Post- und Telegrafennetzes beschleunigte die Kommunikation und begünstigte Handel und Transport sowie die Schaffung eines Binnenmarktes. Entsprechend den genannten Veränderungen und Tendenzen wurde auch das Kreditwesen modernisiert. Die Zunftkassen beschränkten sich infolge ihrer Mittelknappheit auf die Kreditierung der angeseheneren Handwerker und Händler. Die Erhöhung der Steuern und die Öffnung der Preisschere für Erzeugnisse der Pflanzen- und Tierproduktion einer- und Fertigwaren andererseits, zwang die Bauern, bei Wucherern gegen hohe Zinsen Geld zu leihen, weswegen die türkische Regierung intervenieren und einen Zinssatz von mehr als 8 % verbieten mußte.⁴³ Die Inflation, zu der es in der westlichen Türkei während des Krimkrieges kam, da Papiergeld ohne entsprechende Golddeckung umlief und den Geldmarkt überschwemmte, wie auch die Kriegskonjunktur und die Spekulationen führten zu einem außerordentlichen Preisanstieg. Das traf besonders die arbeitenden und armen Schichten der Bevölkerung. Man kannte die Schwierigkeiten der Bauern, günstige Kredite zu erhalten, und begann, nachdem der Midhat Paşa in Prizren und Skopje 1860 die Leitung der Administration übernommen hatte, im Rahmen der Reformbestrebungen in der europäischen Türkei sog. ländliche gemeinnützige Kassen aus Mitteln des Staates einzurichten. Ärmere Bauern sollten hier niedrigverzinsten Kredite zur Bezahlung ihrer Steuern und Schulden und zum Kauf von Saatgut, Vieh, Geräten u. ä. aufnehmen können.⁴⁴ Da aber diese sog. gemeinnützigen Kassen nicht über ausreichend Mittel verfügten und hauptsächlich der türkischen Bevölkerung liehen, halfen sie den makedonischen Bauern nicht, sich von den Wucherern zu befreien und wirtschaftlich zu erstarcken.

Als primitive und früheste Organisationsformen des öffentlichen Kreditwesens waren die ländlichen und die Zunftkassen gleichzeitig ein Spiegel des unentwickelten Geldmarktes; bis 1863 gab es in ganz Makedonien kein wirkliches modernes Kreditinstitut. Erst in diesem Jahr wurde in Thessalonikē eine Filiale der Ottomanischen Reichsbank eröffnet. Ihre Haupttätigkeit bestand in der Vergabe verschiedener Arten von Krediten (außer Hypotheken) zu 12 % Zinsen im Jahr und in der Entgegennahme von Spareinlagen, für die sie 3 bis 6 % Zinsen jährlich zahlte.⁴⁵ Auf der Grundlage besonderer Ermächtigungen nahm sie die Zolleinkünfte und die Steuern der Pächter auf sowie Depositen, diskontierte Wech-

40 Aus dem Archiv von N. Gerov, Bd. 1, Sofia 1911, S. 945.

41 Public Record Office (London), F. O. 78 - 1281, Nr. 44, 10. 11. 1864.

42 Zografski, Izveštai na britanskite konzuli vo Bitola ..., S. 250.

43 Miletič, L., Edim dokument o prvoto vreme na Tanzimata = Sammelband NYNK, Sofia, 15/1882, S. 386. - In der Mitteilung v. 27. 3. 1845 schrieb der britische Konsul in Bitola zu der übergroßen Verschuldung der Bauern in Makedonien, daß wegen des hohen Zinssatzes von 2 bis 4 % monatlich "der größte Teil der Dörfer dieses Teiles der Türkei unter der Last der gewaltigen Schulden stöhnt", vgl. Britanski dokumenti ..., S. 188.

44 Vgl. Vučo, N., Privredna istorija naroda FNRJ, Belgrad 1948, S. 275.

45 Salonich im April 1867, S. 630.

sel, gab Tratten und deponierte Wertpapiere. Später finanzierte sie Aktivitäten in Handel und Wirtschaft. Sie war und blieb Mitte des 19. Jh. das einzige modern organisierte Kreditinstitut. Weitere Banken, Filialen und Exposituren in Thessalonikē und anderen Städten wurden erst Ende des 19. und Anfang des 20. Jh. eröffnet.

Die Möglichkeiten zur Akkumulation von Kapital, die Entwicklung der Technik und der Produktivität in den Manufakturen sowie die Herausbildung der Lohnarbeit in den 40er und 50er Jahren ließen die ersten Industriebetriebe in Makedonien entstehen. Die stärkere Nachfrage nach Massenbedarfsartikeln bewirkte eine schnellere Ausweitung und Modernisierung der Produktion. Das konnte am besten durch den Ersatz der einfachen manuellen Arbeit durch Maschinen erreicht werden. Dieser Prozeß begann mit dem Aufbau von Mühlen mit Maschinenbetrieb, wie z. B. die Dampföhle der Firma Alätinoi in Thessalonikē von 1857.⁴⁶ Die Eigentümer des Betriebes waren Händler jüdischer Herkunft aus Thessalonikē. Die Mühle war mit französischen Maschinen ausgestattet. Die Hälfte der Produktion wurde auf entfernten Märkten verkauft. Drei Jahre nach ihrer Inbetriebnahme entstanden in Bitola zwei Fabriken mit schweizerischem Kapital. Die eine erzeugte Bier und Spiritus und die andere Speiseöl. Beide stellten aber wegen großer Verluste bald ihre Arbeit ein.⁴⁷

Der gestiegene Bedarf der Stadtbevölkerung und des türkischen Heeres an Textilprodukten bewirkte die Entstehung einer Textilindustrie. Ein bekannterer Betrieb war die 1866 vom Handelsbankhaus der Alätinoi errichtete Baumwollspinnerei in der Nähe von Thessalonikē. Die Beschäftigten wurden in Geld und teilweise in Naturalien bezahlt bzw. bekamen Wohnung, Heizung und Beleuchtung "kostenlos".⁴⁸ Die Fabrikproduktion weitete sich allmählich durch die Errichtung maschineller Spinnereien und Webereien in den Küstenstädten aus. In Sérrai und Orfäni wurden z. T. mit englischem Kapital maschinelle Baumwollwebereien errichtet, die für Dampftrieb geplant waren. Infolge von Hindernissen und Verzögerungen seitens der türkischen Regierung realisierten sie jedoch nicht den erwarteten Profit.⁴⁹

Die Priorität der Einführung von Maschinen in die Spinnerei und Weberei sowie in die Lebensmittelproduktion kann aus den Bedürfnissen erklärt werden, die die auf Handarbeit beruhende Handwerks- und Manufakturproduktion nicht befriedigen konnte. Als ein wichtiges Merkmal der Entstehung der maschinellen Industrie muß hervorgehoben werden, daß sie durch Kapitalanlagen bourgeoisier Händler, Wucherer, Steuerpächter, Lieferanten u. a. nichtmakedonischer Herkunft oder ausländischer Gesellschaften und Firmen zustande kam. Gleichfalls ist darauf zu verweisen, daß ebendiese Industriebetriebe in den Küstenstädten und in den Zentren von Produktion und Konsumtion, von Handel und Verkehr sowie des militärisch-administrativen Apparates eröffnet wurden.

Die durch den hatt-ı şerif von Gülhane 1839 begonnenen Reformen trafen auf gewaltige Schwierigkeiten und Behinderungen durch die konservativen und reaktionären Schichten der osmanischen Gesellschaft. Die Welle der bürgerlich-demokratischen Revolutionen, die Westeuropa 1848 erfaßte und den Feudalismus untergrub, ebnete den Weg für die Entwicklung des Kapitalismus. Wenn sie auch keine unmittelbaren Erschütterungen im Osmanischen Reich hervorrief, so förderte sie doch die Erkenntnis von der historischen Notwendigkeit der Anpassung, der Änderung und des Verlassens der veralteten Beziehungen, Normen und Institutionen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen

46 M.T., Tkačka industrija u Evropskoj Turskoj, in: Ökonomist, Belgrad, 11/1913, S. 162.

47 Haus-, Hof- und Staatsarchiv (Wien), Consulatsarchiv Monastir, 45. Fasz., S. 56.

48 Salonich im April 1867, S. 630.

49 Accounts and Papers. Abstract ... 1865, Turkey (Salonica), 69, 1866, S. 466.

Leben der Türkei. Dieser Prozeß wurde stark beeinflusst durch die ökonomischen Bedürfnisse und Triebkräfte. In gleiche Richtung wirkte das Eindringen des westeuropäischen Kapitalismus in die Gebiete des Balkans und Kleinasiens. Die Interessen der europäischen Staaten für diese Region - besonders sichtbar im Krimkrieg - spielten eine große Rolle für ihre Einbeziehung in den westeuropäischen Handel und Verkehr. Die Konzessionen, die damals die europäischen Kapitalisten von der Pforte erhielten, verursachten und beschleunigten die Veränderungen im Osmanischen Reich und besonders in der europäischen Türkei bzw. in Makedonien.

Impulse kamen auch von der türkischen Führung. Hierbei nahm der hatt-ı hu-mayun von 1856 einen hervorragenden Platz ein. Er bestätigte für alle Untertanen die durch den hatt-ı şerif von Gülhane gegebenen Garantien und verkündete gleichzeitig, daß an die Schaffung von Banken und anderen ähnlichen Einrichtungen herangegangen werde, um eine Reform im Geld- und Finanzsystem durchzuführen, an die Schaffung von Straßen und Kanälen, um Mitteilungen leichter zu übertragen und die Quellen des Reichtums zu vergrößern, aber auch, daß alles beseitigt werde, was den Handel und die Landwirtschaft behindern könne. Diese Ziele sollten mit Hilfe der Wissenschaften, der Künste und des europäischen Kapitals erreicht werden.⁵⁰ Die Veränderungen in den agrarischen Produktionsverhältnissen und in der Eigentumsstruktur waren rechtlich durch das Gesetz über das Land von 1858 geregelt, wodurch die unorganisierten Feudallehen endgültig abgeschafft wurden. Das betraf jedoch nicht die feudalen Merkmale des Eigentums an dem Land, von dem der Staat Naturalrente in Form des Zehnten kassierte. Die erleichterte Mobilität (Kauf, Verkauf, Tausch) des Landes, der Gebrauch der Lohnarbeit und die Einbindung des Dorfes in die Ware-Geld-Beziehungen bezeichneten die Anfänge des Kapitalismus in der Landwirtschaft Makedoniens.

Bedingt durch die konkreten historischen Umstände, begannen die Veränderungen, die im Osmanischen Reich in der Mitte des 19. Jh. einsetzten, in Makedonien oder bekamen hier klarere Konturen. Hervorzuheben sind dabei seine exponierte Lage sowie seine Verbindungen zu Europa, und daß es trotz seiner Rückständigkeit eine der entwickeltsten Provinzen war. Gleichzeitig war seine Wirtschaft durch Langsamkeit und Begrenztheit der Veränderungen gekennzeichnet. Scharfe Gegensätze verschiedener Art behinderten eine gänzliche Ausrottung der feudalen Elemente sowie eine freiere kapitalistische Entwicklung. Unter den außerökonomischen Hindernissen wirkten sich besonders die ungeordnete innere Lage und die mangelhafte öffentliche Sicherheit negativ aus. Sie verschlechterte sich wegen der Schwäche und Bestechlichkeit der türkischen Regierung in den Jahren nach dem Krimkrieg erneut. Das zeigen die Konsulatsberichte und andere Mitteilungen sehr anschaulich - z. B. Angriffe und Raubüberfälle auf Karawanen, Händler, Dörfer und Stadtviertel in der Umgebung von Skopje, Štip, Titov Veles, Kumanovo, Kočani, Stanke Dimitrov und Samakov 1859.⁵¹ Auch die häufigen Requisitionen von Vieh, Lebens- und Futtermitteln für das Militär waren von Gewalt und Mißbrauch begleitet, gingen auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung und drückten sie schwer. Mitte des 19. Jh. waren die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen und Beziehungen außerordentlich widersprüchlich und vielschichtig - Ausdruck der tiefgreifenden Veränderung und ihrer Richtung beim Übergang zur neueren Geschichte Makedoniens.

50 Lape, S. 105, 110.

51 Public Record Office (London), F. O. 78 - 1, Nr. 461, 25. 4. 1859.

Wollten die Physiokraten die Revolution?

von Achim Gottberg

Im Lichte der Kolonialpolitik Choiseuls, insbesondere der von den Physiokraten dazu eingenommenen Haltung und des physiokratischen Einflusses im französischen Mittelbürgertum, erscheint das Jahr 1770 als die nach 1763 wohl wichtigste Wendemarke in der Vorgeschichte der Französischen Revolution von 1789.

Man hat die plötzliche Abberufung Choiseuls im Jahre 1770 als eine mehr oder weniger zufällige Laune des von einer neuen Mätresse beherrschten Ludwig XV. aufgefaßt, mit der der alte erste Minister, der seit 1758 an der Spitze der äußeren Angelegenheiten und damit der französischen Administratur gestanden hatte, sich nicht befreunden mochte.¹ Aber lagen die Dinge wirklich so einfach, war die neue Mätresse, die Dubarry, die Hauptursache für den Sturz Choiseuls?

Im folgenden seien einige Überlegungen angestellt, ob hinter der Entlassung Choiseuls sich nicht auch strukturelle Entscheidungsprobleme verbargen, die im Jahre 1770 kulminierten und zu einem sowohl für Frankreich als auch für sein Kolonialreich irreparablen Entschluß führten. So sollen Differenzierungen im französischen Kolonialsystem des Pouvoir arbitraire als Hintergrund des Niederganges des physiokratischen Einflusses in dem französischen Mittelbürgertum nach 1770 untersucht werden.² Es geht dabei im Rahmen dieser Faktoren auch um die Bedeutung der Louisiana-Abtretung Choiseuls.

Das französische Kolonialsystem des Pouvoir arbitraire zeichnete sich durch starke Spannungen zwischen dem indischen und dem amerikanischen Zweig aus, z. B. in dem Vorwurf La Rochelles gegen Dünkirchen, nachfabrizierte indische Handelswaren, z. B. aus englischer und niederländischer Hand, un-

1 Vgl. z. B. Ducoudray, G., *Leçons complètes d'histoire de France*, Paris 1907, S. 483 - 486. - Diese Darstellungsweise ist recht widersprüchlich, da gleichzeitig die Verdienste, die sich Choiseul um den französischen Absolutismus erwarb (z. B. die unter ihm vollzogene Integration Korsikas und Lothringens), hervorgehoben werden; vgl. z. B. Malet, A./Isaac, J., *XVII^e et XVIII^e siècles*, Paris o. J. (um 1931), S. 473.

2 An historischer Literatur vgl. Markov, W., *Die Große Französische Revolution*, in: *Revolutionen der Neuzeit 1500 - 1917*, hg. u. eingel. v. M. Kosok, Berlin 1982, S. 111 f.; Markov, W./Soboul, A., 1789. *Die Große Revolution der Franzosen*, Berlin 1977; Mims, S. L., *Colbert's West India Policy*, New Haven/Oxford 1912; Caldwell, N. W., *The French in the Mississippi-Valley*, Urbana 1941; Saintoyant, J. F., *La Colonisation française*, 2 Bde., Paris 1929; Markov, W., *Zu einem Manuskript von Jacques Roux*, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe*, 2/1958, S. 278 - 303; Funck-Brentano, F., *L'ancien régime*, Paris o. J.; Groethuysen, B., *Die Entstehung der bürgerlichen Welt- und Lebensanschauung in Frankreich*, 2 Bde., Halle (Saale) 1930; Duchene, A., *La Politique Coloniale de la France*, Paris 1928.

ter Ausnutzung seines besonders privilegierten (zollbegünstigten) Kolonialhandelsstatus nach den französischen Kolonien in Amerika zu exportieren. Das gleiche täte Marseille. Die übrigen am französischen Kolonialhandel beteiligten Häfen hätten den Nachteil davon.³ Als 1733 St. Malo nach dem Status eines Freihafens strebte, wurden ihm seitens rivalisierender anderer Häfen ähnliche Intentionen unterstellt.⁴

Dem Export von Engländern und Niederländern nachfabrizierter indischer Tuche durch französische Schiffe nach den französischen Karibik-Inseln ist aber selbstverständlich der dortige Import in Frankreich selbst nachfabrizierter indischer Tuche als Fakt an die Seite zu setzen. So interpretierbar wäre wohl auch die Andeutung Labats, daß Schiffe aus der Normandie "Toiles et des dentelles de toute espèce (...) des draps", also "Tücher und Spitzen jeder Art (...) und Tuche (draps)", sowie auch Modeartikel nach dem neuesten Pariser Stand nach den französischen Karibik-Inseln brächten.⁵

In den Vorwürfen eingeschlossen, die uns Emile Garnault referiert, liegt aber nicht nur die Tatsache der Schädigung französischer Textilproduzenten, sondern auch der handfeste Aspekt des Zollvergehens. Wie sehr diese zwei Aspekte zusammengehören, zeigt die Tatsache, daß einmal schon die Generalsteuerpächter in einer kritischen Situation der nationalen Manufakturindustrie Frankreichs an deren Seite gegen die Konkurrenz indischer Textilprodukte aufgetreten waren.⁶

Das Interesse der Steuerpächter an dieser Angelegenheit war selbstverständlich nicht uneigennützig, sondern sie brachten es sogar fertig, diese eigentümlichen, für das Ancien Régime typischen zollpolitischen Umstände zu einer Konsolidierung ihrer zollpolitischen Vorteile und Positionen auszunutzen. In welche Richtung das geschah, deutet ziemlich siegesfroh ihr Fürsprecher Jean-Baptiste Naveau an. Er verteidigt die zahlreichen, das Wirtschaftsleben quälenden Binnenzölle in Frankreich mit dem Hinweis, die hohe Obrigkeit werde schon wissen, weshalb sie das französische Wirtschaftsleben in zwei Teile mit unterschiedlichen wirtschaftlichen Funktionen zerlege: einmal das Binnenland, zum anderen die Küstenprovinzen. Die hohe Erleuchtung bestehe eben darin, daß die Textilien und Fertigwaren des Binnenlandes für den Konsum im Inland bestimmt seien, die Einwohner des Küstenlandes aber mehr die Waren des Verzehrs sowie solche Stoffe und Fertigwaren herzustellen hätten, die für den Verzehr und Verbrauch im Ausland bestimmt seien. Die siegesgewisse "Begründung" für die Ausplünderung Frankreichs durch die Hochfinanz und mit ihr verbündete "Partprenants" des Hofes gab Naveau im Jahre 1757 in einer Schrift, die heftigste Proteste der Physiokraten hervorrufen sollte.⁷

3 Vgl. Garnault, E., *Le Commerce Rochelais*, T. 3, La Rochelle 1888, S. 35 ff. - Einen gewissen Höhepunkt erreichte die zwischen La Rochelle und Nantes darüber geführte Diskussion 1736 mit der Feststellung, daß trotz der 1721 Dünkirchen erteilten Auflage, keine fremden Waren in die französischen Kolonien zu verschiffen, der größte Teil der Ladungen, die diesen Hafen verließen, aus englischen und niederländischen Waren bestand, und zwar aus "toiles peintes, gingas et autres étoffes fabriquées en Angleterre et en Hollande". (Ebenda, S. 35 f.)

4 Ebenda, S. 58 - 60.

5 Vgl. Labat, P. J., *Nouveau Voyage aux Isles de l'Amérique*, Bd. 3, La Haye 1724, S. 513.

6 Vgl. Gottberg, A., Aussagen der ökonomischen Aufklärung in Frankreich über die Toiles peintes, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 3/1979, S. 92.

7 Naveau, J. B., / *Le Financier citoyen*, o. O. 1757, T. 1, S. 215.

Im Jahre 1768 zeigte eine sehr aufschlußreiche anonyme Schrift, die dem Physiokraten Nicolas Baudeau zugeschrieben wird, zu welchen Folgen eine solche Politik der Gebühren auf alle möglichen Güter, Fertigwaren wie landwirtschaftliche Erzeugnisse, geführt hatte: Das Geld könne den doppelten Kaufkraftwert erhalten, wenn diese Gebühren wegfallen würden. Neben Salz werden "Tücher" (toiles) und "Tuche" (draps) erwähnt.⁸ Der letztere Ausdruck wird mit Vorliebe von den Zeitgenossen für Tuche aus einheimischen Rohstoffen (= in Frankreich erzeugter Wolle) verwendet; als "toiles" werden mit gleicher Vorliebe Tücher aus auswärtigen Rohstoffen (z. B. aus Baumwolle) bezeichnet. Übrigens liegt die physiokratische Kritik an der Salzsteuer auf der Linie einer alten Feindschaft zwischen den Fermiers und der Magistratur.

Um auf die Haltung La Rochelles gegen Städte wie Dünkirchen und St. Malo zurückzukommen: La Rochelle konnte diese Haltung nicht vertreten, ohne die Gefahr der Steuerhinterziehung durch St. Malo an die Wand zu malen. War das wirklich nur eine taktische Finte La Rochelles? Dagegen spricht, daß die Fermiers Généraux schon einmal an die Seite der französischen Manufaktur getreten waren, um die Einfuhr indischer Textilprodukte abzuwehren. Ein tiefergreifendes Politikum deutet eine andere Auseinandersetzung innerhalb der ökonomischen Aufklärung an. Mir ist nicht bekannt, daß man es bisher anders denn als Ausdruck ehrlicher Entrüstung aufgenommen hätte, wie Mirabeau Père mit Naveau verfuhr. Offenbar steckte ein gut Teil "Präventivkrieg" dahinter. Dies zeigt die Tatsache, daß Naveau die Officiers des Bureaux des Finances et des Elections als *Traitants* angriff.⁹ Es geht mir hier selbstverständlich nicht um eine "Ehrenrettung" Naveaus, wohl aber um ein nicht erkanntes Politikum. Wichtig ist dabei auch, daß Naveau die Zuständigkeit von Gerichten für Fragen der Finanzen, wobei er die Sphäre der Steuerpacht anspricht, bestreitet.¹⁰ Er läßt durchblicken, daß er sich nicht gegen die hohe Magistratur, sondern gegen die Steuergerichte wendet und für eine geringere Beteiligung der *Trésoriers* und der *Receveurs Généraux* eintritt, indem er ihnen nachsagt, sie hätten "ständig große Kapitalien (fonds) in der Kasse, aus denen sie wunderbare Gewinne zu erzielen verstehen".¹¹ Er kaschiert das alles mit seinem vorgeblichen Interesse an der Beschneidung der Profite der Fermiers und Sous-Fermiers, die er aber gegenüber den *Trésoriers* und *Receveurs Généraux* fast als arme Teufel hinstellt.

Die propagandistische Betriebsamkeit des "Menschenfreundes" gegen dieses Werk Naveaus vertritt dagegen einen gesellschaftspolitischen Standpunkt, der rustikale Industrie und magistratürliche Gebührenbeantwärtigung miteinander verbindet. Das ist um so beachtenswerter, als traditionell seit langem Krach zwischen den beteiligten Sondergerichten und den Pächtern der Gabelle, der Salzsteuer, bestand. Schon 1630 war die Erblichkeit des Amtes eines "*Officier des Greniers*" an Abgaben gebunden worden, die an die *Trésoriers des parties casuelles* zu entrichten waren: Vorausgegangen waren schwere Auseinandersetzungen zwischen den Officiers der Greniers des Königs und den Pächtern der Gabelle.¹²

8 /Baudeau, N.,/ *Lettres d'un citoyen à un magistrat, sur les vingtièmes et les autres impôts*, Amsterdam 1768, S. 215.

9 /Naveau, / S. 86 f.

10 Vgl. ebenda, T. 2, S. 216.

11 Ebenda, S. 221.

12 Vgl. *Edict du Roy portant création en chef et tiltre (sic!) d'Office formé et hereditaire (sic!), de Trois Conseillers et Lieutenans Généraux Prouvinciaux ancien, alternatif et triennal en chacune des Generalitez dependantes de la Ferme generale des Gabelles de France (...)*, Paris 1630.

Es lag also ein grundsätzlicher Gegensatz vor, bei dem der beschriebene soziale Hauptstandort der Physiokraten auf eine wachsende Interessenverschiebung zugunsten der aufgrund importierter Rohstoffe (z. B. Baumwolle) exportierenden französischen Manufaktur prallen mußte. Bei dieser Sachlage verfügte die provinzielle gebührenbeteiligte Magistratur, die letzten Endes nämlich doch der Bundesgenosse der Physiokraten war, nicht unbedingt über die Unterstützung der höheren Magistratur, und genau in diese Kerbe schlug auch die "Reform" Maupeous, der die untere Magistratur zwar vorerst ökonomisch in Ruhe ließ (im Unterschied zur Ämterabschaffung bei der höheren Magistratur), aber politisch die Zeichen ihrer Entmachtung sehr deutlich setzte.¹³

Ein weiterer Hinweis auf diesen grundsätzlichen Gegensatz liegt in der ursprünglichen Solidarisierungseinstellung, die die ökonomische Aufklärung zu Kleinaktionären von Handelskompanien besaß, wenn es um steuerliche Belastung durch die Fermiers Généraux ging,¹⁴ was übrigens auch für den Versuch des Physiokraten Roubaud gilt, den Zusammenbruch der alten Indienkompanie zu erklären. Es läuft im Prinzip auf das gleiche hinaus wie die Sympathien Baudeaus für gebührenbesitzendes Mittelbürgertum.¹⁵

Es waren Bedingungen, unter denen die Physiokraten erkennen mußten, daß die Ablösung Choiseuls und die von Terray im Gegensatz zu Choiseul begünstigte Umstrukturierung des französischen Kolonialreiches zuungunsten Indiens und zugunsten der Karibik einen schweren Schlag für sie bedeutete und jedenfalls mehr ausmachten als gewisse Modifizierungen unter Choiseul. Ihr Spielraum bot sich ohnehin verringert dar: Die große Magistratur wandte sich gegen eine Vermehrung der Steuern in den Städten.¹⁶ Der Weg zu alten Übergangsvorschlägen, die dem Fiskus durch Sondersteuern in den Städten erst einmal Luft verschaffen sollten (à la Théorie de l'impôt), war somit versperrt. 1768 sahen sich die Physiokraten ausdrücklich genötigt, sich gegen die Höhe der Verbrauchssteuern zu wenden.¹⁷ Natürlich wußten die Physiokraten um ihre Verfilzung mit der von ihnen umbuhlten, für Steuerverteilung (bzw. auch -hintertreibung) verantwortlichen Magistratur einschließlich der Querverbindungen zu den Domänenbesitzern: In ihrer Ablehnung der Reformen Maupeous befanden sie sich noch in Gesellschaft konservativer Kräfte wie des Duc de Choiseul, des Prince de Conti, freilich auch des Comte de Maurepas.¹⁸

13 Vgl. Aignan, E., *Extraits des Mémoires relatifs à l'histoire de France depuis l'année 1752, jusqu'à la Révolution*, Bd. 2, Paris 1824, S. 213 f. u. passim; Moréau, J.-N., *Mes Souvenirs*, Bd. 1, Paris 1901, S. 261, 266 ff., 273.

14 Roubaud bringt den Verfall der alten französischen Indienkompanie mit den Gebühren der Fermiers Généraux in Zusammenhang (vgl. /Roubaud, P.-J.-A., / *Histoire générale de l'Asie, de l'Afrique et de l'Amérique*, Bd. 3, Paris 1770, S. 536).

15 Vgl. Baudeau, N., *Chronique secrète de Paris, sous le règne de Louis XVI* (1774), in: *Revue rétrospective ou Bibliothèque historique*, Bd. 3, Paris 1834, S. 295 (Gerichts-, Kanzlei- und Hypothekengebühren: "Or, il se trouve dans le royaume beaucoup de particuliers qui ont acquis, à beaux deniers comptant, la plupart de ces droits." Abbé Terray habe diese Rechte verletzt, führt Baudeau aus).

16 Vgl. Louis XV., *Procès Verbal de ce qui s'est passé au lit de Justice, Tenue par le Roi au Chateau de Versailles, le Jeudi 20 Septembre 1759*, Paris 1759, S. 10. - Vgl. ebenda, die Einwände des Premier-Président gegen "taxes de toute espèce dans les villes".

17 Vgl. /Baudeau, / *Lettres d'un citoyen ...*, S. 215.

18 Vgl. Glasson, E., *Le parlement de Paris. Son rôle politique*, Bd. 2, Paris 1901, S. 376.

Sie wußten, daß sie damit noch auf Jahrzehnte einen Fundus von gesellschaftlichem Einfluß verwalteten, den sie viel geschickter handhabten als jene von Terray arg verwundeten Avocats, die blitzschnell in den Untergrund flüchteten, nachdem sie ihre schwerfällige literarische Eintagsfliege gegen Terray, den räuberischen Minister, der gebührend staunenden Mitwelt mehr oder weniger sauber gedruckt hinterlassen hatten. Die Physiokraten waren nicht so kopflos, traten vielmehr mit der Gravität von Magistrats, Staatsrechtlern und Ökonomen im Namen der "Evidence", des natürlichen Menschenverstandes, der "natürlichen Ordnung" und vor allem als Verteidiger des aufgeklärten Absolutismus auf, in dessen Namen sie von ihren Gegnern sogar Rechenschaft fordern durften, ob diese die Gesetze der natürlichen Ordnung, die die Gesetze der Monarchie seien, nicht etwa unbewußt geschädigt und damit die Interessen des Monarchen, dessen natürliche Interessen die der Nation selber seien, verletzt hätten. Diese von den Zeitgenossen schwer durchschaubare Taktik der Physiokraten hatte die Erwartungen des einschlägigen Publikums letztlich angereichert. Sollte der anfänglich zweifellos vorhandene Publikumserfolg gehalten werden, so mußten weitere Erfolge her. Statt dessen traten Mißerfolge ein. Mit großem Eklat verkündete Freihandelsgesetze zur Kornausfuhr mußten zurückgenommen werden. Wichtige Anhänger aus den Reihen der Magistratur und Administratur fielen ab; all das ist bekannt.

Was weniger die Aufmerksamkeit erregt zu haben scheint, die Physiokraten aber offenbar nicht minder tangierte und beunruhigte, waren besondere Aspekte des Verfalls des französischen Kolonialsystems, im Gefolge der bekannten territorialen Einbußen aus dem Siebenjährigen Krieg.

Fragt man sich, wie es zu der erwähnten Tangierung gerade der Physiokraten durch diese Ereignisse kam, so ist außer dem oben Gesagten zunächst auf die Tatsache hinzuweisen, daß es kein eigentliches Kolonialministerium gab, sondern daß sämtliche die überseeischen französischen Gebiete betreffenden Angelegenheiten in der Praxis (und erst recht nach der Suspendierung des Privilegs der Indischen Kompanie) dem Marineministerium unterstanden, und dies in einem viel stärkeren Maße als etwa im 19. Jh., d. h. das Marineministerium war praktisch für alles zuständig, was ein Kolonist in Übersee zu tun und zu lassen habe, etwa in Hinsicht auf Preise, Handelsart, Personenstand, Ortsveränderung, Rechtsstreitigkeiten, Amtsausübung, Anbau, Niederlassung, Erblaß, Kompetenzstreitigkeiten, Verschiffung von Waren, Zölle, Kriminalität, Majestätsvergehen, politische Verbrechen, Konflikte mit Amtspersonen, Beziehung zu und Handel mit Untertanen fremder Mächte, Beziehungen zu den Ureinwohnern, Zwangsdeportierten (Sklaven) oder irgend etwas beliebiges anderes bzw. auch Gewerbe und andere wirtschaftliche Maßnahmen, Unternehmungen, Entdeckungen oder Assoziationen.

Diese Rechte des Marineministeriums, der "Bureaux", der "Clique Plume", wie Mirabeau Père haßerfüllt sagte, erstreckten sich auch auf die gesamten Kolonialverbindungen der Kriegs- und Handelsschiffahrt. Es war dabei zugleich für einschlägige Maßnahmen in den Häfen in Frankreich zuständig, so insbesondere für die Rekrutierung der Besatzung der Kriegsschiffe aus dem Personalbestand der Handelsschiffe (sog. Klassensystem), ihre Bezahlung, Urlaubsregelung eingeschlossen. Diese fast alles umfassende Kompetenz wurde durch die Existenz gewisser die Krone beratender Conseils (z. B. für die Untersuchung von Zollstreitigkeiten) nicht gemildert, sondern kompliziert. Diese Conseils wirkten bestenfalls als Hebel, um den Einfluß großkapitalistischer metropolitane Kräfte (z. B. aus den Kreisen der Négociants) gegenüber dem französischen Mittelbürgertum und den Kolonialfranzosen zu sichern.

Daß im 17. Jh. so zahlreiche Handelskompanien zugrunde gingen, war für diese Entwicklung symptomatisch; die Suspendierung des Privilegs der Indienkompanie im 18. Jh. setzte dem gewissermaßen den I-Punkt auf. Die Besorgung der Handelsgüter war einst, z. B. zur Zeit der Madagaskar-Kompanie des Duc de La Meilleraye, das Privileg der Kompaniedirektoren; jetzt war sie

aber zur Sache der "Munitioinaires", einer großkapitalistischen Schicht, die in Frankreich wie in den Kolonien die neue Schicht der Großunternehmer stellte, geworden. Für die Physiokraten war das eine erste starke Woge der Herausforderung, ohne schon zur Nagelprobe ihres Einflusses im Mittelbürgertum zu werden. Ziemlich unberührt hatten sie die Suspendierung des überdimensionalen Privilegs der Indienkompanie an sich vorüberziehen lassen, aber nicht so hilflos, wie es scheinen konnte. Sie setzten dabei die Bedingung voraus, daß die Maskarenen ein erstrangiges Handelsemporium werden sollten, eine "Forderung", die sich leichten Herzens stellen ließ, da sich diese Entwicklung, wenn nicht längst im Gange, doch zumindest am Horizont abzeichnete. Sie wurde ja auch von Accarias de Serionne, dem Commis Choiseuls, befürwortet. Die Physiokraten versuchten offenkundig, sich noch mehr Ansehen zu verschaffen um sich dem bürgerlichen Mittelstand so besser empfehlen zu können.

Einer ihrer Parteigänger, Poivre, ein Mann der Administratur, geriet bei der zweiten Säule der königlichen Verwaltung dieser Maskarenen-Inseln in den Verdacht, die suspendierte Indienkompanie bei der Amtsübergabe begünstigen zu wollen. Gouverneur Dumas witterte hier eine "Gefahr"; deshalb bauschte er den Sachverhalt auf. Einer seiner Anhänger wird etwas später noch weitergehen und (sicherheitshalber anonym!) in Frankreich kurzerhand den Kopf Poivres fordern,¹⁹ eine Forderung, die die Stimmung wiedergibt, die in gewissen Kreisen gegen den Physiokratenfreund Poivre herrschte. Der Verlauf der Angelegenheit zeigt, daß sich Poivre nicht so einfach das Schicksal Lallys, des einstigen französischen Militärbefehlshabers in Indien, bereiten ließ. Die Sache verlief im Sande; die Physiokraten aber feierten Poivre als erleuchteten Philosophen in den "Ephémérides du citoyen", einer Zeitschrift, die vom Mittelbürgertum und ... Diderot gelesen wurde. Die Sache hatte sich dabei beträchtlich hingezogen.

Dumas erhob damals gegen Poivre den Vorwurf, daß dieser die Conseils-Magistratur der auf dem Subkontinent weiterbestehenden Kontore der Indienkompanie sowie eine vergleichbare - wenn auch anfangs wenig beachtete, aber jedenfalls als legal geltende - "Chambre syndicale", die sich auf den Maskarenen neben dem regulären Conseil gebildet hatte, unterstützte.²⁰ Um so dramatischer wirkte der Vorgang selbst. Dumas, von Poivre im Conseil ausmanövriert, hatte gegen den Rat (Conseil), der auf seiten Poivres stand, die königliche Truppe militärisch antreten lassen, den Rat anschließend aufgelöst und dessen Beschlüsse auch noch für ungültig erklärt.

Der Rat wußte, daß er verbal aber noch sehr wirkungsvoll bleiben konnte. Die Spitze seiner Argumentation ist bezeichnend und brauchte zum Erfolg nur das Wohlwollen der Physiokraten: sie gipfelte in dem ausgeklügelten Vorwurf, die Gewaltmaßnahmen Dumas' seien gegen die "Magistratur" gerichtet.²¹ Die Physiokraten hatten in dieser Angelegenheit einen langen Atem. Ganz ohne ihre Hilfe wäre Poivre wohl kaum eine europäische Berühmtheit jener Tage geworden. Auf diese Episode durften sie später mit gewisser Befriedigung zurückblicken. Ein Nachfolger Dumas', der das Spiel gegen Poivre ziemlich ungeschminkt weiterbetrieb,²² mußte sich schließlich, zwar anonym gedruckt,

19 Vgl. Dutacq, F., Une épisode de la Vie de Pierre Poivre, in: Revue du Lyonnais, Lyon 1924, S. 243.

20 Vgl. ebenda, S. 232 f.

21 Vgl. ebenda, S. 233. - Dutacq hat äußerst reiches, bisher wenig beachtetes Material zu diesem Streitfall gesammelt, auf das ich mich hier stütze und zu dessen Entstehung der Verdacht Dumas' wesentlich beitrug, Poivre wolle in Wirklichkeit eine politische Herrschaft der Compagnie des Indes über die Maskarenen neubeleben (vgl. auch Grellet de La Deyte, P., Marins Auvergnats et Foréziens au XVIII^e siècle, in: Bulletin historique et scientifique de l'Auvergne, Bd. 80, Clermont-Ferrand 1960, S. 70 ff.).

22 Vgl. Dutacq, Une épisode ...

aber aus physiookratischer Quelle, wie Eingeweihte der Direktion ausschweren ent-nehmen konnten, ins Stammbuch schreiben lassen, als was er in den Augen Anständiger zu gelten habe: "Chevalier du Dremay Desroches, der verschmitzte (le plus fin),²³ d. h. schelmenhafteste (le plus fourbe)²⁴ Mann der Marine. Er war Gouverneur der Isle de France und fiel dort nur durch Stänkereien (tracasseries) und Zänkereien auf, aus denen ihn bloß Schlaueit (l'astuce) und Gunst (la faveur) herausholten, ohne daß ihn dies bei anständigen Leuten wirklich rechtfertigen könnte."²⁵

Dennoch waren das magere Erfolge der Physiokraten. Allerdings wäre die Annahme, sie hätten nur als Sekte noch etwas herumgespukt und in der Politik keinen Einfluß mehr besessen, zweifellos ein Irrtum, den zeitgenössische Literatur, aus der Ich ein Beispiel zitierte, widerlegt. Größere Einbußen ihres Einflusses in der Administration und den herrschenden Kreisen hatten sie erst mit dem Sturz Choiseuls zu verkraften. Das wog um so schwerer, als ihr Einfluß im Mittelbürgertum auf ihrer gesellschaftlichen Bedeutung unter den Bedingungen des Ancien Régime beruhte.

Es wäre wohl gar nicht so abwegig, die Physiokraten als mehr oder weniger privilegierte mittlere Bourgeoisie einzuschätzen. Mit ihrer anhaltenden Kritik an den Fermiers Généraux schwebten sie im Grunde genommen etwas am Köder des von ihnen sonst so verabscheuten Naveau, denn dieser hatte schon lange vor wirklichen oder angeblichen Versuchen der Fermiers Généraux gewarnt, sich die Indienkompanie dienstbar zu machen.²⁶

Auch das Parlament von Paris wandte sich dagegen, daß der Staat das Privateigentum der Indienkompanie in Indien selbst übernahm.²⁷ Über die Doppeltzungigkeit Naveaus, der praktisch der Vorreiter neuer Schichten von Finanziers war, waren sich die Physiokraten sehr wohl im klaren, aber das ändert nichts an ihrer Mittellage in der französischen Gesellschaft. Was sie nicht wollten, war die Festlegung auf eine asiatische Eroberungspolitik, aber an einer größeren Beweglichkeit, einer größeren Flüssigkeit, einer territorialen und sortenmäßigen Ausdehnung des Handels waren sie in letzter Instanz, wenn auch gewisse Schlacken des Ancien Régime mitschleppend, durchaus interessiert, und damit befanden sie sich in Übereinstimmung mit Choiseul. Dieser war so lange ein schätzenswerter Bundesgenosse, wie er sich gegen Terray halten konnte. So mußte es den Physiokraten und ihren Sympathisanten ganz recht sein, wenn Choiseul Terray noch einmal das Fürchten lehren konnte, indem er die Hofbankiers veranlaßte, Terray die Kredite zu verweigern, bzw. wenn er den Hofbankiers erlaubte, sich aus der Kasse der Compagnie des Indes zu bedienen.²⁸ Später wird Jacques-Pierre Brissot, einer der berühmtesten dieser Sympathisanten, behaupten: "Er /Terray/ hat das Geld der Indienkompanie gestohlen, das er nur in wertlosen Papieren (mauvais contrats) zurückerstattete."²⁹ Daß jener mit seiner Anschuldigung nicht so unrecht hatte, zeigt, wie kompliziert die Lage war. Die Physiokraten selbst machten verzweifelte Anstrengungen, sich auf dem glatten Parkett der Schuldzuweisungen zu behaupten.

²³ Zu beachten ist die Nebenbedeutung bei der Marine: "schnellste" (vgl. *Dictionnaire de l'Académie*, Bd. 1/2, Grimma/Leipzig 1851).

²⁴ Auch "spitzbübischste" (vgl. ebenda).

²⁵ Vgl. *L'observateur anglois, ou Correspondance secreete (sic!) entre Milard (sic!) All 'Eye et Milord Alle 'ar (sic!)*, T. 4, Londres 1778, S. 29.

²⁶ /Naveau, / T. 2, S. 228.

²⁷ *Flammermont, J./Tourneux, M., Rémonstrances du Parlement de Paris au XVIII^e siècle*, Bd. 3, Paris 1895, S. 68 f.

²⁸ /*Richer, Adrien, / Vies des Surintendants des finances*, Paris 1790, S. 293.

²⁹ *Brissot, J. P., Mémoires*, Bd. 1, Paris o. J., S. 78.

Die Physiokraten krochen den neuen Schichten von Finanziers auf den Leim, indem sie den Niedergang der alten Indienkompanie mit den Gebühren der Fermiers Généraux auf die bedruckten indischen Stoffe, die die Kompanie nach Frankreich einführte, in Verbindung brachten. Realistischer war ihre Kritik an der Erlaubnis, die das Ministerium verschiedenen Privatleuten der Seehäfen erteilt hatte, unter Benutzung der Schiffe der Kompanie gegen klägliche Schiffsmiete (fret modique) in Indien Handel zu treiben, während, wie sie groteskerweise hinzufügen, den Angestellten der Kompanie in Indien die Preisfreiheit verweigert werde.³⁰ Roubaud, dessen Werk von den "Ephémérides du Citoyen" gebührend herausgestrichen wird, läßt es bei solchen Feststellungen nicht bewenden. Es klingt zwar sehr mutig, wenn er feststellt, daß schon die Indienkompanie von 1664 durch Kriege, Betrügereien und Nachlässigkeit der Interessenten, ihre Einlagen zu entrichten, ins Wanken gekommen sei, aber da mehr als hundert Jahre seit diesen unschönen Vorkommnissen verstrichen waren, konnte er sich mit diesen Feststellungen kaum groß in die Nesseln setzen.³¹ Damit soll nicht geleugnet werden, daß solche Äußerungen auch als Kritik an den großen zeitgenössischen Privilegienbesitzern (z. B. feudaler Domänenbesitz) aufzufassen waren, die über die finanziellen Mittel verfügten, sich an der ökonomischen Entfaltung einer Textilindustrie auf der Grundlage ausländischer Rohstoffe zu beteiligen, deren wachsender massenhafter Charakter den Totentanz der rustikale französische Rohstoffe verwendenden französischen kleinen und mittleren Textilindustrie voraussahen ließ, die bisher mit stiller Billigung der Physiokraten auf den indischen Markt gezählt hatte. Diese Tatsache mußte von den Physiokraten um so schmerzhafter empfunden werden, als sich indische Kontore ursprünglich auf diejenigen französischen Kolonien erstreckten, wo der Pouvoir arbitraire wenigstens nominell der Kompanie seine Souveränitätsrechte überlassen hatte.³²

Man muß davon ausgehen, daß die einheimische Klein- und Mittelindustrie bei einer Umrüstung ihrer Betriebe auf die Verwertung ausländischer Rohstoffe (Baumwolle, Seide) gegenüber den größeren Kapitalbesitzern das Nachsehen hatte. Die suspendierte Kompanie hatte wenigstens nominell versucht, die Waage zwischen dem Export von Textilien aus rustikalen französischen Rohstoffen der französischen Provinz nach Indien und dem Import von dort nach Frankreich zu halten. Das sich für das französische Mittelbürgertum ergebende Minus bei der Nachfrage nach französischen Textilprodukten in Indien und den übrigen Kolonien konnte sich nach Auffassung der Physiokraten nur dadurch auflösen, daß die Anzahl zahlungskräftiger Verbraucher solcher Produkte wuchs, eine Frage, die sich für sie bei den Maskarenen z. B. auf die Alternative "Zunahme der Kolonisten oder Zunahme der Sklaven?" zuspitzte. Besonders mit dem Wachstum der Krise des Mittelbürgertums neigten die Physiokraten zu der Antwort: Zunahme der Kolonisten ist der Zunahme der Sklaven vorzuziehen.

30 Vgl. /Roubaud, / Bd. 3, S. 536.

31 Vgl. ebenda, Bd. 1, Paris 1770, S. 54.

32 Sehr aufschlußreich sind die Grundsatzungen der Indienkompanie von 1664: So besagt Punkt XXV, daß die Kompanie dem König den Vorschlag für den Generalgouverneur macht, Punkt XXIV, daß die Offiziere nach eigenem Ermessen Subalternoffiziere ernennen können, Punkt XXVI, daß die Kompanie das Recht zur Einrichtung von Garnisonen hat, Punkt XXVII, daß sie mit den einheimischen Fürsten Verträge schließen kann (vgl. Relation de l'Establissement de ladite Compagnie Francaise pour le commerce des Indes Orientales. Dédiee au Roy. Avec le Recueil de toutes les piéces concernant le mesme Establissement, Paris 1666, S. 202 - 205). Vgl. ähnliche Forderungen für die Handelsprojekte einer Kompanie zur Zeit Ibervilles für Louisiana in Margry, P., Découvertes et Etablissements des Francais dans l'oeuest et dans le sud de l'Amérique septentrionale 1614 - 1754. Mémoires et Documents originaux, Bd. 4, Paris 1881, S. 19, 21 ff.

Auf die Gründe verweist das Projekt Maudaves. Maudave, der den Physiokraten nicht fernstand, plante die Beherrschung Madagaskars mit Hilfe weniger Handelsstationen, deren Akkumulation auf der Vermittlung des Handels zwischen Madagaskar und Indien bzw. Madagaskar und den Maskarenen ausgerichtet sein sollte. Über die Produkte, die dabei zwischen Madagaskar und Indien vermittelt werden sollten, hatte Maudave allerdings nur unklare Vorstellungen, aber sie sollten aus der bäuerlichen Produktion teils der Madagassen, teils der Ansiedler stammen.³³ Nach den Maskarenen sollten, wie das z. T. schon üblich war, Ochsen und Reis geliefert werden. Der Sklavenhandel sollte, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle spielen. Maudave scheint ihn jedenfalls als aufgezwungenen Störungsfaktor des gesamten Projekts gefürchtet zu haben und machte ihn für das Scheitern seines Projektes verantwortlich.³⁴

Mit von den Madagassen gegen Handelswaren gestellten Arbeitsochsen will er außerdem Lebensmittel von etwa 120 Kolonisten in Madagaskar selbst anbauen lassen, ein Projekt, das am Widerstand des auf Sklaven erpichten Dumas scheitern wird.³⁵ Solange die Choiseul-Praslin administrierten, besaßen die Physiokraten gewisse Chancen. Die Choiseuls widerstanden vor allem den "Verlockungen" der französischen Pflanzer Louisianas, die sich auf den Absatz einer heranreifenden großen (von Sklaven eingebrachten!) Baumwollenernte an die französische Textilindustrie vorbereiteten.³⁶ Für das von den Physiokraten vertretene Mittelbürgertum in Frankreich mit seiner auf einheimischer Schafzucht basierenden Textilindustrie war das die Rettung. So löst sich nämlich das geheimnisvolle Rätsel der Abtretung Louisianas durch Choiseul an die Spanier.

Den Befürwortern und Sympathisanten solcher Projekte wie desjenigen Maudaves ist leicht anzumerken, daß sie von Anfang an den Freihandel als Konsequenz einbezogen. So redet André-Francois Boureau-Deslandes frühzeitig gut zu: "Was die Waren betrifft, die unsere Kolonien erzeugen, wie Zucker, Indigo, Rocou, Kakao (...), so wächst ihr Verzehr nicht in dem Maße wie ihre Erzeugung, wenigstens was das Königreich betrifft: Und es stünde sehr schlecht um diese Kolonien (et ces Colonies seraient très malheureuses), wenn sie für Fremde, d. h. für Engländer oder Spanier, geschlossen würden."³⁷

Solche Sympathisanten scheinen ihren Vorteil in einer Vielzahl von Produkten gesehen zu haben, für die die karibische Plantagensklaverei zu schwerfällig war. Preiszusammenbrüche bei lange Zeit krisenfesten Produkten scheinen ihnen Recht zu geben. So hebt der Autor einer jüngeren Veröffentlichung hervor: Indigo war ein kriegs- und krisenfestes Produkt, das gern als Fracht genommen wurde (z. B. von königlichen Kriegsschiffen, wie dieser Verfasser

33 So ist einer Veröffentlichung neueren Datums zu entnehmen: Maudave "beweist, daß man die Madagassen unbedenklich (sans danger) die Kunst des Schnapsbrennens lehren kann". Auch seien von Maudave in Madagaskar Versuche mit dem Anbau von Baumwolle und Indigo angestellt worden (Foury, B., Maudave et la Colonisation de Madagascar, in: Revue d'histoire des colonies, Bd. 43, 1956, S. 61).

34 Die Marineoffiziere verklagten Maudave bei Desroches. Zu seiner Verteidigung bedient sich Maudave des Arguments, daß das Darniederliegen des Handels in der Umgebung von Fort Dauphin auf die Furcht vor dem Sklavenhandel zurückgehe. (Vgl. Foury, S. 53.)

35 Ebenda, S. 23. - Die Schwierigkeiten bei der Durchführung seien von Dumas ausgegangen (ebenda, S. 24).

36 Cable, G. W., The Creoles of Louisiana, London 1885, S. 109 f.

37 Boureau-Deslandes, A.-F., Lettre sur le luxe, in: derselbe, Recueil de différents traités de physique et d'histoire naturelle. Propres à perfectionner ces deux Sciences, Bd. 3, Paris 1753, S. 164 f.

hinzufügt) und lange Zeit gute Preise abwarf, dann aber spekulativ überlastet wurde und dem Preiszusammenbruch nicht entging. Einige Kaufleute verkauften ihn daher in St. Eustatius, wo sich die Preise zu halten schienen. St. Domingo habe sich damit während des Siebenjährigen Krieges über Wasser gehalten.³⁸ Dieser Verfasser erwähnt einen wichtigen Gesichtspunkt: Gewisse Kolonialbeamte (er nennt Maillert und Le Mercier, letzterer bekannt als Physiokrat) handelten indirekt der französischen Regierung zuwider, indem sie das Papiergeldverbot umgingen und an französische Kaufleute von Kolonisten ausgestellte Rechnungen zur Steuerbezahlung annahmen.³⁹ Was konnte den Freihandel aber mehr verschleiern als die Annahme von Rechnungen an Geldes Statt? Manipulationen, die die Herkunft der Ware, den Charakter des der Rechnungslegung zugrunde liegenden Handelsgeschäftes verschleierten, waren von der Metropole kaum nachprüfbar. Unter diesem Gesichtspunkt muß man wahrscheinlich auch die Rolle eines der führenden Commis Choiseuls, der nach einer neueren Veröffentlichung dort die "Erhebung des Impôt in Form einer Art Verpachtung zentralisieren wollte",⁴⁰ differenzierter betrachten als bisher. Es bliebe noch die Frage, in welchem Grade sich diese Bestrebungen mit denen der Physiokraten überschneiden; im Prinzip taten sie es höchstens dann, wenn sie befürchten mußten, daß der Freihandel davon getroffen und entgegen physiokratischen Erwartungen der Sklavenhandel belebt wurde. Es ist kaum anzunehmen, daß Dubuc beabsichtigte, den Freihandel zu lähmen, und auf die Dauer hätte sich der Freihandel auch gegen die Sklavenplantagenwirtschaft und damit gegen den Sklavenhandel ausgewirkt. Die Physiokraten konnten an diesem Prozeß lediglich bemängeln, daß er zu langsam lief, da er erstens wachsende Kreise der Finanzgewaltigen einbezog und zweitens Dubuc selbst ein großer Sklavenbesitzer war.⁴¹

Ja, ihr schwindender Einfluß bzw. die Tatsache, daß die Spärlichkeit ihres Einflusses in der höheren Magistratur der Öffentlichkeit immer klarer wurde, mußte den Prozeß der Auslieferung des gesamten Staates an die Hochfinanz noch beschleunigen. So traten sie gewissermaßen nur die Flucht nach vorn an, indem sie Leute wie Maudave, Poivre usw. förderten bzw. sich an die Choiseuls klammerten, als deren Freunde sie sich publizistisch aufzuwerten suchten.⁴²

Daß Rachepläne zur Rückeroberung Kanadas nach dem Siebenjährigen Krieg durch Mirabeau Père so lange verfolgt wurden, zielt in die gleiche Richtung; denn der Handel Kanada - Karibik hätte die Baumwollernten Guadeloupes dem kanadischen Textilgewerbe in den Rachen werfen, der französischen Baumwoll-Textilindustrie entziehen und die traditionelle französische Textilindustrie, die mit einheimisch-französischen Rohstoffen arbeitete, wettbewerbsmäßig entlasten können.⁴³ Indien als Absatzmarkt für Textilien aus rustikalen französischen Rohstoffen erschien den Choiseuls schon wichtig genug, so daß sie gern bereit waren, den unnützen Konkurrenten Louisiana mit all seiner Baumwolle dafür zu opfern. Im Manifest der Insurgenten in Louisiana wird nun aber aus-

38 Pares, R., *War and Trade in the West Indies 1739 - 1763*, Oxford 1936, S. 329.

39 Ebenda.

40 Duchene, A., *Histoire des Finances Coloniales de la France*, Paris 1938, S. 118.

41 Dieser Prozeß über die Institutionalisierung der Caisse d'Escompte vollzog sich schon unter Choiseul und legte die Grundzüge der späteren Entwicklung fest.

42 Vgl. Bachaumont, L. P. de, *Memoires secrets*, Bd. 4, Londres 1772, S. 63 (Berichtsjahr 1768).

43 Zur Bedeutung der Baumwolle Guadeloupes im 18. Jh. für die Manufakturen des Elsaß' und Flanderns vgl. Leroy-Beaulieu, P., *De la Colonisation chez les peuples modernes*, Bd. 1, 5. Aufl. Paris 1902, S. 168.

gerechnet Baumwolle als beste Kultur des Pflanzers gepriesen.⁴⁴ 1766 war z. B. einem so unterrichteten Mann wie Accarias de Serionne klar, daß sich der Wettbewerb für den Absatz traditioneller Tuche in der Karibik und Südamerika (Leinwand, nicht Baumwolle) verschärft hatte. Er nennt einige Gründe dafür,⁴⁵ mit denen er seine Zeitgenossen überzeugen will: Als Hauptgrund führt er die industrielle und gewerbsmäßige Entwicklung in den europäischen Staaten außerhalb Frankreichs seit der Zeit Colberts an. Damals seien Frankreich mit England und den Niederlanden, ja sogar mit Schlesien und Westfalen hinsichtlich der Tuchmanufaktur (speziell Tuchabsatz, aber auch Textilien allgemein) bedeutende Konkurrenten entstanden. Dies gelte für Europa, aber auch für die spanischen Kolonien (über Cadix). Aus diesen Gründen tritt er für enge Handelsverbindungen zwischen Frankreich und Spanien und eine Handelskompanie ein, die Ostasiengüter aus den Philippinen und Kanton über die französischen Maskarenen in den europäischen Austausch leitet. Hier berühren sich seine Gedanken mit Projekten wie demjenigen in Madagaskar, denn nur so konnte man hoffen, störfreie Absatzgebiete für französische Manufakturwaren zu sichern bzw. konjunkturell beweglich zu bleiben.⁴⁶

Das Interesse Frankreichs an der Abtretung Rest-Louisianas erschließt sich eben durch die Darlegungen Accarias de Serionnes über die Schaffung einer spanischen Handelsgesellschaft für die Philippinen, die einen regelrechten außerindischen Asienhandel unter Einschluß Kantons über die Maskarenen nach Europa führen sollte. Auch er spricht gegen den Sklavenhandel, der spanischen Kapitänen überlassen bleiben solle. So scheint die Louisiana-Affäre als ein Weltwirtschaftsprojekt angelegt, dessen Erfolg entsprechend den Gedankengängen der Choiseuls und des Commis Accarias die wirtschaftliche Expansion des französischen Bürgertums einschließlich des französischen Mittelbürgertums selbst unter den inzwischen veränderten Bedingungen zu sichern versprach, aber auch als Projekt zur Lähmung und schließlich Beseitigung der Plantagensklaverei. Aber daß sich die Spanier ihrer Mitwirkung entzogen, wofür sich verschiedene Gründe ins Feld führen lassen,⁴⁷ scheint den Grundstein für den Sturz Choiseuls gelegt zu haben. Wären diese Pläne nicht gescheitert, so hätte man zweifellos sogar eine gewisse industrielle Entwicklung in den Kolonien selbst, z. B. mit Hilfe madagassischer Arbeitskräfte, die für einen erweiterten asiatischen Markt hätten produzieren können, ins Auge gefaßt, wie bestimmte Vorstellungen Poivres zeigen.⁴⁸

Die Absetzung der Choiseuls, mit denen die Physiokraten zweifellos in einem gewissen Einvernehmen lebten, bildete den eigentlichen Einschnitt im 18. Jh. in der Entwicklung des französischen Kolonialsystems. Auch wenn die Choiseuls den programmatischen Vorstellungen der Physiokraten hinsichtlich des mittleren Bürgertums nicht voll entsprachen, bedeutete sie eine Verschärfung

44 Cable, S. 9.

45 Accarias de Serionne, J., / Les Intérêts des Nations de l'Europe de vélopés relativement au Commerce, Bd. 1, Leipzig (sic!) 1766, S. 186 - 188.

46 Ebenda, S. 355.

47 Der "Pacte de famille" übertünchte die Tradition spanisch-französischer Reizbarkeiten nur mühsam. Schon der später gestürzte Kardinal Alberoni konnte sich Anfang des 18. Jh. anlässlich des London-Besuches des Abbé Dubois einer gewissen Kritik nicht enthalten. Er gewann den Eindruck, daß Frankreich sich von Spanien abgewandt und Österreich zugewandt hatte. Vergeblich versuchte Dubois ihn mit dem unrealisierbaren angeblichen englischen Versprechen auf Aufgabe Gibraltars zu beruhigen. (Vgl. Leclercq, Dom H., Histoire de la Régence pendant la minorité de Louis XV., Paris 1922, S. 500.)

48 Vgl. Gottberg, A., Bemerkungen zum Afrikabild der französischen Aufklärung, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, 4/1962, S. 806.

der sozialen Widersprüche, auch auf dem Lande, das von der Rohstoff-Frage wesentlich in Mitleidenschaft gezogen wurde. Im Manufakturwesen, ferner bei den Absatz- und Beschäftigungsaussichten in Nebengewerben schwacher landwirtschaftlicher Existenzen, die als Zulieferer der dezentralisierten Manufaktur fungierten, aber auch bei den von der Proletarisierung bedrohten Schichten des eigentlichen Handwerks, entstanden soziale Fragen in Form von Beschäftigungsproblemen, deren Lösung die Choiseuls offenbar angestrebt hatten. Um so weniger bestand nun auch Aussicht auf Beseitigung der starken feudalen Rechtskomplikationen, die das Wirtschaftsleben auf dem Lande hemmten, Kapital wucherisch banden, die soziale Bauernfrage verschärften sowie unter dem Kleinbürgertum für Unruhe sorgten. Damit verschärfen sich zugleich die sozialen Widersprüche zwischen Klein- und Großproduzenten: Jene schieden verstärkt aus dem Export aus; diese profitierten verstärkt an ihm und bauten in einem Bereicherungs- und Akkumulationsprozeß eine Textilgroßindustrie auf. An dem prinzipiellen gesellschaftlichen Standort der Physiokraten änderte das nichts. Trotz allen offiziellen Geredes über die Abschaffung überflüssiger Ämter blieben sie bis an den unmittelbaren Vorabend der französischen Revolution in ihren Verlautbarungen mit der mittleren Schicht der Steuereinnahme, einschließlich der Receveurs Généraux, solidarisch.⁴⁹

In Wirklichkeit gaben sie nie freiwillig auch nur einen Zentimeter von der Rückendeckung auf, die sie aus den Kreisen der Privilegierten erhalten konnten, unter denen freilich mit der wachsenden Rolle der "echten" Staatsgläubiger und der Hochfinanz sowie auch der Großindustrie die Feinde der Physiokraten zahlenmäßig anwuchsen. Die mit dieser Entwicklung einhergehende Proletarisierung des Mittelstandes trieb eine Kluft zwischen die Mittelschichten, die die Physiokraten vertraten, und die höhere Magistratur und Administratur.

Das Parlament von Paris blockierte daher die Reformpolitik Turgots, und die Administratur erwärmte sich weniger für die reformpolitischen Ideen der Physiokraten. Aber Indiens Rohstoffe glänzten und glänzten nach wie vor. Im Jahre des Sturzes Turgots (1776) erschien eine Schrift, die sich in ganz unphysiokratischer Weise dem Indienhandel, diesem kolonialen Geschäftszweig, zuwandte. Ihr Verfasser, Pellissery, geht von einem Standort aus, der dem physiokratischen diametral entgegengesetzt war. Er will die Frage der Indienkompanie mit einer Roßkur lösen, die er dem französischen Steuersystem und den Steuerpächtern zugunsten der Handelsmonopolisten und der Regierungslieferanten verschreibt. Im Zuge der von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen sollte die Taille - auf die die Physiokraten so großen Wert in puncto "gerechter" Verteilung legten - abgeschafft und dafür die schreckliche Gabelle zu einer noch schrecklicheren Monstermaschine ausgebaut werden, zu einer Art Super-Gabelle, aus der es offenbar kein Entrinnen durch territorial-ständische Privilegien mehr geben sollte, die vielmehr durch Einbindung der Kopfsteuer (Capitation) und der Verbrauchssteuer dem Pouvoir arbitraire die notwendigen Mittel zum Wiederaufbau der Indienkompanie (150 Mill. laut Verfasser) verschaffen sollte.⁵⁰ Diesen Plan suchte sein verwegener Architekt (man kann ihn im doppelten Sinne so bezeichnen, da er seinen Plan in Form eines Gebäudeaufrisses in Vorderansicht, mit Mansarde unter dem Dach, erläuterte) als angeblich colbertistisch intentioniert zu untermauern, indem er Colbert eine in der Substanz baumwoll- und seidenrohstoffbezugsintentionierte Indienpolitik zugunsten der neuen französischen Textilexportmanufakturen, die auf der Grundlage ausländischer Rohstoffe arbeiteten, unterstellt.⁵¹

49 Le Trosne, G.-F., De l'administration provinciale et de la réforme de l'impôt, Bd. 2, Basle/Paris 1788, S. 381, wo eine bedeutsame Rolle des Receveur Général und des Trésorier Général im provinziellen Maßstab beansprucht wird.

50 Pellissery, R.-A. de, L'administration politique de Colbert, Amsterdam/Leipzig 1776, S. 71 f.

51 Ebenda.

Kaum ein französisches Kolonialprojekt vor Pellissery war so auf den Vor- teil der einheimischen Monopolhändler und der auf ausländischen Rohstoffen basierenden, sich entwickelnden französischen Großindustrie ausgerichtet. Welch ein Unterschied zur Indienpolitik der Physiokraten und ihrer Sympathisanten!

So unterscheidet sich selbst das wenige Jahre zuvor von Choiseul bzw. dem Duc de Praslin geförderte Projekt Maudaves schon darin ganz entschieden von Pellisserys Forderungen, daß es keine innerfranzösischen Steuersystemveränderungen involviert.

Der zweite wesentliche Unterschied besteht darin, daß Maudave zwar in unbestimmter Weise die Belieferung der französischen Manufakturen verspricht, aber die eigentliche Basis seines Projektes in der Organisierung eines Handelsaustausches zwischen Madagaskar und Indien sieht. Dabei will er in Madagaskar "neue Handelszweige" eröffnen, um mit ihrer Hilfe diesen Handelsaustausch zu ermöglichen, und dann erst Frankreichs Manufakturen einbeziehen.

Der Plan Pellisserys bedeutete dagegen eine Verschärfung der sozialen Gegensätze in Frankreich selbst und einen Antagonismus gegen England in Indien. Die beabsichtigte Verschärfung der innerfranzösischen sozialen Gegensätze tangierte bei Pellissery auch weite Teile der Magistratur, die so gezwungen werden sollte, aus dem ins Schlingern geratenen Boot der Privilegierten auszustiegen.

Die politischen Spekulationen Pellisserys, zeitlich etwa zusammenfallend mit dem Sturz des Finanzministers Turgot, hatten nicht zuletzt ihren historischen Hintergrund in den innerpolitischen Ereignissen der letzten Jahre Ludwigs XV., die auf eine weitgehende politische Entfunktationierung der Magistratur hinausgelaufen waren. Nicht, daß die Physiokraten in der unteren Magistratur nicht ebenfalls den schwächeren Teil der Privilegierten erkannt hätten, aber nur, um hier ihre Reformen anzusetzen. Gleichzeitig aber werden sie Deckung suchen (so Dupont als Sekretär der Chambre des Comte d'Artois⁵² bei der ersten vorrevolutionären Notabelversammlung 1787) bei den großen Domänenbesitzern, von denen sie trotz ihrer Beziehungen zu Finanzminister Calonne kein Entgegenkommen zu erwarten haben werden. So werden sie in den 80er Jahren scheinbar politisch frustriert dastehen, außer was den Handelsvertrag von 1786 betrifft, an dem Dupont federführend mitgewirkt hatte und dessen Auswirkungen in die französische Großindustrie hineinschnitten wie eine brutale Gartenschere in einen Barockpark.

Aber kehren wir zum Jahr 1770 zurück. Es hilft also nichts: Die Abberufung Choiseuls (1770) erweckt den Eindruck eines entscheidenden Wendepunktes in der vorrevolutionären Geschichte Frankreichs. Von jetzt an wuchs die Großindustrie besonders im Textilbereich,⁵³ und zwar ohne daß noch eine Chance des

52 Vgl. /Nougaret, P.-J.-B., / Anecdotes du règne de Louis XVI., Bd. 6, Paris 1791, S. 75.

53 In ganzen Regionen Frankreichs wurde die landwirtschaftliche Bevölkerung zu billigen Tagelöhnern der Textilindustrie. So wird in einer neueren Veröffentlichung die Lage im Berichtszeitraum 17./18. Jh. wie folgt beschrieben: "Die Textilzentren der Region versammeln eine völlig entwurzelte (totalement déracinée) Arbeitskraft. 88 % der Herdstellen in Valentine, 70 % in Saint-Gaudens und Montrejeau besitzen kein Grundeigentum mehr." (Freche, G., Propriété foncière et propriétaires dans l'Intendance d'Auch aux XVII^e et XVIII^e siècles, in: Bulletin de la Société archéologique, historique, littéraire et scientifique du Gers, 72. Jg., 2. Quartal, Auch 1971, S. 218; vgl. auch Archives historiques du Département de la Gironde, Bd. 54, Paris/Bordeaux 1921/22, S. 127 f., wonach in der Gironde um 1782 zwischen 18 000 und 20 000 Arbeitskräfte in der ganz überwiegend dezentralisierten Verarbeitung ostindischer Rohstoffe (davon nur ca. 500 Arbeitskräfte an Ort und Stelle) beschäftigt waren.

Ausbrechens aus der spätabolutistisch-feudalistischen Situation in der Landwirtschaft bestand. Die Entwicklung zur französischen Revolution scheint unter diesem sehr wesentlichen, wenn nicht ausschlaggebenden Gesichtspunkt fast unausweichlich vorprogrammiert. Teile der Bourgeoisie stellten sich darauf ein.⁵⁴

Es verhärteten sich dabei die gegeneinander agierenden Fronten der französischen Innenpolitik. Die Mittelschicht mit ihrer von der Magistratur nicht gelösten sozialen Stellung wurde von den Physiokraten äußerst schlecht geführt. Zwar wird Turgot die Idee zu einer Art "Glorious Revolution" zugeschrieben, aber wo sind die Beweise für diese Annahme? Die Argumente, die einen so intentionierten Turgot beweisen wollen, zielen darauf ab, daß er auf die Überzeugung des Monarchen selbst gehofft habe, also keine Gewalt außer einem gewissen Zugzwang, der die Einsichtigkeit für eine legal einzuleitende Bewegung fördern sollte, anzuwenden gedachte.⁵⁵ Außerdem muß fairerweise zugegeben werden, daß diese Behauptung in einem Condorcet zugeschriebenen Buch nicht bewiesen ist, das zudem eine verspätete Mitteilung und somit auch keine unmittelbare Quelle darstellt. Nicht eine Bestätigung, wohl aber einen Hintergrund erhalten die Mitteilungen in dem Condorcet zugeschriebenen Buch selbstverständlich insoweit, als der Herzog von Orléans Ludwig XVI. persönlich verhaßt war. Die Physiokraten rechneten vielleicht mit solchen Rivalitäten, aber diese an der Grenze der Wahrscheinlichkeit liegende Möglichkeit, die sich ja immer noch im Rahmen der Legalität gehalten hätte, ist noch lange keine Bestätigung der Condorcet über Turgot zugeschriebenen Aussagen.

Die legale Propaganda der Physiokraten für den "Impôt unique" scheint zunächst einen anderen Sinn zu haben. Sie diente der Bewußtseinssteuerung des Mittelbürgertums, dessen Führung die Physiokraten nicht verlieren wollten; und darin waren sie erfolgreich, denn die von ihnen propagierte Idee des "Impôt unique" als einzig sinnvoller Steuer besaß 1789 noch großen Zulauf.⁵⁶

Damit war es ihnen gleichzeitig gelungen, obwohl sie durchaus dem besitzenden Mittelbürgertum angehörten, sich im Volksbewußtsein scharf von den das Volk aussaugenden Privilegierten abzugrenzen, an die sie sich in Wirklichkeit in einem nicht geringen Maße politisch anzuklammern suchten, auch wenn sie dort wachsendes Mißtrauen hervorriefen. Es fragt sich, ob sie historisch voll begriffen haben, einen wie tiefen Einschnitt der Abtritt Choiseuls für sie bedeu-

54 So werden in einer Schrift des Abbé Coyer aus dem Jahre 1781 unverblümte Aussagen gemacht, die sich als Nackensteifung mutmaßlicher Bestrebungen zur Umwandlung Frankreichs in eine konstitutionelle Monarchie mit einem anderen Zweig der regierenden Dynastie (und wer würde hier nicht an den Herzog von Orléans, den ewigen Widerpart Ludwigs XVI., denken?) an der Spitze deuten lassen. Offenbar scheint das Lob der durch Parlamentsbeschlüsse nach Verjagung Jacobs II. auf den Thron gesetzten englischen Dynastie in eine solche Richtung zu zielen: Das konstitutionelle Königtum wird mit Bezugnahme auf die englischen Verhältnisse grundsätzlich bejaht: "Sie /die Engländer/ behaupten zum Beispiel, daß Wilhelm III., den die Nation rief, ein ebenso rechtmäßiger König gewesen sey (sic!), als Jacob II., der wegen das (sic!) Recht der Geburt zum Thron gelangt, wegen der Verletzung der Gesetze aber wieder davon gestossen (sic!) war." (Coyer, Abbé G. F., Neue Bemerkungen über England, Gotha 1781, S. 127.)

55 Vgl. /Condorcet, J.-A.-N.,/ Monsieur Turgot, Londres 1786, S. 186 ff. - Zugegebenermaßen gab es Anknüpfungspunkte in Gestalt des Herzogs von Orléans.

56 So finden sich noch starke Sympathien für Turgot in einer 1789 erschienenen anonymen Schrift mit dem bezeichnenden Titel Observations d'un Citoyen sur la nécessité et la possibilité d' établir un Impôt Unique en remplacement des tailles, Capitation, Aides, Gabelles et Tabac, o. O. 1789.

Tatsache ist, daß sie sich in einer Verteidigungsstellung befanden, wenn sie nun in immer heftigerer Weise ihren beschränkten Einfluß zu polemischen Ausfällen gegen Finanziers und Steuerpächter im allgemeinen und aufsteigende Bankiers wie Necker im besonderen nutzten. Letztere hatten ihre Hetzhunde, die in diabolischer Weise den Sieg über die physiokratischen Wirtschaftskonzepte feierten, indem sie darauf hinwiesen, daß der Großhandel zum Zulieferer einer manufakturrellen Scheinblüte in Frankreich auf Kosten der dort ungelösten steuer- und wirtschaftspolitischen Probleme geworden war, für die das Volk dem Absolutismus die Zeche zahlte.⁵⁷

Diese provozierende Apologetik, die sich auf "diese Vielzahl von Werkstätten", die eine "Unzahl von Menschen ernähren",⁵⁸ und den Hinweis berief, daß sich "mehrere dieser Manufakturen in Paris selbst befinden",⁵⁹ vernebelte eine grundlegende Tatsache, die ebenfalls frühzeitig, etwa gleichzeitig mit den Physiokraten, ein anderer zumeist klarblickender Vertreter der ökonomischen Aufklärung, André-Francois Boureau-Deslandes, erkannt hatte, nämlich in Form der von ihm geäußerten Befürchtung, daß die Einfuhr neuer Rohstoffe die alten Manufakturen ruinieren und damit wachsende soziale Unsicherheit auslösen werde.⁶⁰

Interessanterweise entstammt Deslandes (unter diesem Namen war er den Zeitgenossen als belletristischer und philosophisch angehauchter, vielseitiger Literat bekannt) einer kolonialfranzösischen Magistraturfamilie. Es ist jedenfalls bemerkenswert, daß seine Befürchtungen sich so frühzeitig mit jenen der Physiokraten deckten und daß sie dann so in Erfüllung gingen, daß das französische Kolonialsystem weitgehend nach den Bedürfnissen der neuen französischen Baumwoll-Textilindustrien zurechtgeschnitten wurde, als Konkurrenz zum Manchesterium, zu dessen Herrschaft über Welthandel und Weltmeere, die auch von Choiseul befürchtet worden war. Aber das, was für Deslandes einige Dezennien zuvor (ähnlich wie etwas später für Coyer, der sich entsprechend wichtiger nimmt) noch frivoles Gedankenspiel gewesen war, die scherzhaft karikierende, im Grunde genommen aber als Zustimmung zu verstehende Schilderung der konstitutionellen Monarchie Englands, das war nun für die Physiokraten hartes parteipolitisches Brot geworden. Die brüderliche Umarmung des Hochadels durch die Finanzbourgeoisie in manchen publizistischen Erzeugnissen stank ihnen nach Verrat am Absolutismus, weil sie ihren parteipolitischen Interessen nicht entsprach.⁶¹

Sympathien für den Konstitutionalismus Englands, einst in scherzhafter Maske von Deslandes formuliert, wurden dabei immer ernster in ein ökonomisches Gedankengerüst gegossen, gleichsam als Piedestal für eine Freiheitsstatue. Denn die Physiokraten ahnten, daß die von ihnen abgekehrten Teile der hohen Magistratur des Parlaments von Paris in diese Entwicklung einmündeten, die auf das zulief, was sie als Katastrophe betrachteten, als Machtergreifung der Finanzbourgeoisie, deren wachsende Aktivitäten in der auf ausländischen Rohstoffen basierenden Großindustrie sie fürchteten. Bleibt die Frage: Was aber hatte denn diese schon drohende Machtergreifung nach der Suspendierung der französischen Indienkompanie außenpolitisch mehr befördert als der zu-

57 Vgl. z. B. Abbé Baudisson, Coup d'oeil sur les avantages du commerce, Soissons 1789, S. 19.

58 Ebenda.

59 Ebenda.

60 Boureau-Deslandes, Bd. 3, passim.

61 Für die Physiokraten stand theoretisch seit langem außer Zweifel, daß eine Nationalversammlung die Magistratur zerstören würde. Ihre Beweisführung ist darauf angelegt, Schrecken davor einzujagen, vgl. Le Mercier de La Rivière, L'ordre naturel, Bd. 1, Londres 1767, bes. S. 188; vgl. auch ebenda, S. 211. - Das spricht für ihren historischen Scharfblick.

nächst von Choiseul begonnene Versuch, den Schwerpunkt des französischen Kolonialreiches von Amerika wieder nach Indien zu verlegen? - ein Versuch, dessen Wiederholung 1777 bis 1783 aus wohlwollenden wirtschaftspolitischen Überlegungen plötzlich aufgegeben wird: Die Erfolge in Indien wurden gegen das ökonomische Schwergewicht der Zuckerwirtschaft der Karibik eingetauscht, deren hartnäckige Weiterführung durch den französischen Absolutismus zu denken gibt, da er damit endgültig vor seiner Katastrophe die Alternative aufgibt, die in den 60er und 70er Jahren von Männern wie Choiseul und Maudave unter dem Beifall physiokratischer Vordenker verfolgt worden war: aus der Plantagensklaverei und dem damit verbundenen Sklavenhandel auszuscheren zugunsten eines größeren und unblutigeren Welthandels zunächst in Asien.

In diesem Zusammenhang verdient auch die von Choiseul versuchte Verlagerung des Expansionsstrebens nach Süden Beachtung, ein neuer Kurs bei Choiseul, der zu seinem Sturz führte, da sich Ludwig XV. scheute, diesen Weg zu gehen, weil er einen neuen Waffengang mit England, auch mit Spanien als Bundesgenossen, fürchtete.⁶² Die Gegner Choiseuls warfen diesem Kriegsvorbereitungen gegen England vor.⁶³ Choiseul plante, vorsichtig ausgedrückt, Erkundungen zu Expansionsmöglichkeiten zusätzlich zu seiner Unterstützung der französischen Restpositionen in Indien und im Indischen Ozean. Diese Erkundungen sollten in der südlichen Hemisphäre ein Gegengewicht zu England schaffen. Entsprechende Weisungen erteilte er 1766 Bougainville, nachdem dieser die Falkland-Inseln, wo er 1763 eine französische Niederlassung errichtet hatte, den Spaniern 1766 auf Befehl Choiseuls überlassen mußte.⁶⁴ Über die Durchführbarkeit des sichtbar werdenden englischen Projektes, Indien zu beherrschen, drückt Choiseul, wenigstens was die mögliche Schnelligkeit der Ausführung betrifft, Zweifel aus, die er für sich optimistisch verbucht.⁶⁵

Natürlich kann man immer aus einer kolonialpolitischen Entscheidung des französischen Absolutismus, so auch der Administratur unter Choiseul, herauslesen, daß es sich dabei nur um eine Finte gehandelt habe und daß es lediglich darum gegangen sei, eine passende Gelegenheit abzuwarten, konkret, die Revolution der amerikanischen Kolonien gegen die Engländer, die sich bereits ankündigte, um letzteren dann alles heimzuzahlen. Wer das ins Kalkül ziehen möchte, kann natürlich nicht daran gehindert werden. Er übersieht jedoch, daß die spätere Kriegsbeteiligung Frankreichs und Spaniens an der Seite der Amerikaner ohne die taktische Wendung Frankreichs, die durch Choiseuls Entscheidung zustande kam, nämlich den westlich des Mississippi durch den Pariser Friedensvertrag den Franzosen verbliebenen Teil Louisianas den Spaniern aufzuhalsen, kaum möglich gewesen wäre. Daß diese Entscheidung Hintergründe hatte, die mit der Magistratur zusammenhingen, glaube ich gezeigt zu haben, daß sie aber auch ein Schachzug war, muß Choiseul zugestanden werden.

Choiseul wußte erstens, daß die Engländer auf handelspolitischem Felde in Spanien die Nase vorn hatten und daß trotz des Pacte de famille altes handelspolitisches Mißtrauen gegen Frankreich in Spanien am Ende des Siebenjährigen Krieges genauso blühte wie Anfang des 18. Jh. Hier liegt der Schachzug, denn den Engländern konnte nicht daran gelegen sein, durch eine plötzliche Besitzergreifung Louisianas westlich des Mississippi, die ihnen zweifellos gelungen wäre, sich ihre viel wertvolleren Handelsvorteile in Spanien zu verschmerzen.⁶⁶ Zweitens wußte er, daß Spanien gegen England kriegsmüde und der Pacte de famille auch aus diesem Grunde durchlöchert war. Nicht einmal Choiseuls Er-

62 Vgl. Malet/Isaac, S. 473.

63 Ebenda.

64 Vgl. Deschamps, L., Histoire de la question Coloniale en France, Paris 1891, S. 239.

65 Vgl. ebenda, S. 246.

66 Vgl. Renaut, F. P., Le Pacte de famille, Paris 1922, S. 147 u. passim.

mahnungen an Madrid, die Philippinen gegen die Engländer zu befestigen, fanden dort Gehör.⁶⁷ Drittens war er sich dessen bewußt, daß Frankreich Rest-Louisiana gegen England nicht allein halten können. Schon weit früher, in den 40er Jahren, bestanden strategische Befürchtungen, daß England von Illinois aus Louisiana erobern könne.⁶⁸

Die diplomatische Geschicklichkeit Choiseuls, wie sie in seinem neuen außenpolitischen Kurs und vor allem in dem Verzicht auf Louisiana⁶⁹ zum Ausdruck kommt, aber alle Türen für die Zukunft offenhielt, kann also mit einem solchen Einwand nicht ernstlich bestritten werden, und die Schicksalsschwere seiner Abberufung für die Zukunft Frankreichs liegt damit auf der Hand.

Die Physiokraten aber suchten den Absolutismus in Zugzwang zu bringen, um eine Trendwende zu erzwingen, die verhindern sollte, daß die französische Wirtschaft vorrangig auf großindustrielle Betriebe unter Vernachlässigung der Klein- und Mittelindustrie und der Landwirtschaft ausgerichtet wird: Dazu diente ihnen der Freihandelsvertrag von 1786 mit England, bei dem Dupont federführend war und der 1787 in Kraft trat. Die Folge: wirtschaftliche Schwierigkeiten der ihnen lästigen Zweige der Großindustrie. Massenarbeitslosigkeit, die dieses Mal eindeutig den Manufakturen zugeschoben werden konnte, hatten sie vermutlich einkalkuliert, ihre eigenen Möglichkeiten, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Absolutismus und den Schrecken, der sich der Privilegierten bemächtigen mußte, in parteipolitische Vorteile für sich umzumünzen, dagegen überschätzt. Fixiert man diesen Punkt, an dem die unmittelbare Vorgeschichte der Großen Französischen Revolution - überraschend auch für die Physiokraten - erreicht ist, als Endpunkt der verschiedenen Ereignislinien, die wir allerdings nur kurz streifen konnten, so zeigt sich, daß sie, unmittelbar gesehen, ihren Ursprung in den Reorganisationsplänen des französischen Kolonialreiches nach dem Siebenjährigen Krieg durch Choiseul haben, deren negative Schatten nach dessen Sturz sich zu verdichten beginnen. Somit ist das Jahr 1770 dringend verdächtig, der wichtigste Wendepunkt in der Vorgeschichte der französischen Revolution nach 1763 zu sein. Daß die Physiokraten aber nach allem oben Gesagten und Dokumentierten für eine Revolution von unten, wie sie die Große Französische Revolution mit ihrer welthistorischen Mission hervorbrachte, verschieden, glaube ich nachgewiesen zu haben. Sie spielten lediglich mit dem Gedanken einer Palastrevolution oder einem Staatsumsturz im begrenzt liberal-bürgerlichen Wirtschaftssinne nach dem Vorbild der englischen Glorious Revolution, die den Weg zu einer liberalen Wirtschaftsentwicklung geöffnet hätte. Sie ahnten nicht, daß der Druck, den sie dabei nicht zuletzt mit dem Handelsvertrag von 1786 ausübten, einen der entscheidendsten Anstöße zur Großen Französischen Revolution liefern würde.

Eine Frage muß im Rahmen realer Beurteilungsmöglichkeiten unbeantwortet bleiben: ob Choiseul, wenn er damals zufällig wieder an der Macht gewesen wäre, sich in das Abenteuer des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges gestürzt hätte. Ich neige aber dazu, diese Frage zu verneinen. Er war letztlich ein Gönner der Physiokraten und stand damit auch etwas unter dem Einfluß neuer Ideen, wie sie die ökonomische Aufklärung mit sich brachte. Und unter den Physiokraten setzte sich immer mehr die Meinung durch - machen wir uns nichts vor, auch sie hatten etwa ein Vierteljahrhundert gebraucht, um sich dazu durchzuringen -, daß der Sklavenhandel weniger profitabel sei als der Handel mit den Produkten freier Bauern, z. B. der Marrons. Daß diese Mei-



67 Ebenda, S. 140 f.

68 Vgl. Collection de Manuscrits contenant lettres, mémoires, et autres documents historiques relatifs à la Nouvelle France, Bd. 3. Quebec 1884, S. 400 - 409 (1748).

69 D. h. auf Rest-Louisiana: Der andere Teil bis an den Mississippi als Grenze fiel im Frieden von Paris 1763 an England.

nung in ihren verschiedenen Variationen (Siedler aus Europa bzw. Siedler aus den Reihen der Ureinwohner) um 1770 kulminierte, wurde unlängst in einem vorzüglich dokumentierten Artikel über Louis-Sebastian Mercier detailliert nachgewiesen.⁷⁰

Somit hoffe ich, einige Belege dafür gebracht zu haben, daß der Abgang Choiseuls als leitender Minister am Ruder des französischen Staatsschiffes und das Jahr 1770 als Zeitpunkt dafür nicht auf Zufällen, sondern auf strukturellen Gesetzmäßigkeiten beruhten, die in entscheidender Weise den weiteren Gang der französischen Geschichte bis zum Ausbruch der Großen Französischen Revolution beeinflussen und ihn begünstigten.⁷¹

70 Jurt, J., Die Sklaven- und Kolonialfrage in L.-S. Merciers L'An 2440 bis zur Französischen Revolution, in: Lendemains, Berlin (West), Aug. 1978, S. 53 - 65.

71 Für Hinweise zur Vielgestaltigkeit dieser Problematik möchte ich meinem verehrten Lehrer, Herrn Prof. Dr. Walter Markov, auch an dieser Stelle danken

DISKUSSIONEN

Urgesellschaft und materialistische Geschichtsauffassung im Werk von Karl Marx

von Günter Guhr

O. Einleitung

Marx wissenschaftliches Werk war vor allem auf die Fundierung der praktisch revolutionären Aufgaben gerichtet, die er im Bund der Kommunisten übernommen hatte: die Verwirklichung der historischen Rolle der Arbeiterklasse, Sturz des kapitalistischen Gesellschaftssystems und Errichtung der kommunistischen Gesellschaft, deren Grundlage das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln ist. Die "Kritik der politischen Ökonomie" war sein spezielles Fach - wenn man einmal den Begriff der Fachwissenschaft bei einem auf Globalität ausgerichteten Geist verwenden will -, eine Kritik, die mit der Entdeckung des Mehrwertgesetzes und der historischen Bedingtheit der durch die materielle Produktionsweise bestimmten ökonomischen Systeme grundlegend zur gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnis beitrug. Daher durchzog sein ganzes wissenschaftliches Arbeiten ein Historismus, der von der materiellen Lebenslage, von der "Lebensproduktion" der Menschen ausgeht und von dieser Grundlage her zu Analysen und Synthesen, zur Erforschung von Gesetzmäßigkeiten in Struktur und Entwicklung der Gesellschaft kommt.

Von dieser wissenschaftlichen Aufgabenstellung her war Marx bestrebt, nicht nur das ökonomische Gesellschaftssystem seiner Zeit zu erforschen, sondern auch das historische Werden dieses Systems aufzuzeigen. Auch die Vorläufer, die ökonomischen Systeme der vorkapitalistischen Gesellschaften bis in die vorgeschichtliche¹ Zeit wurden von ihm behandelt. Er bemühte sich, ihre Struktur und Entwicklung in den Hauptzügen zu erfassen. Dazu bedurfte es allerdings der Vorarbeiten solcher besonderen Zweige der Geschichts- und Naturwissenschaft, die sich mit der Alten Geschichte und der Urgeschichte sowie der menschlichen und gesellschaftlichen Entwicklung befaßten. Diese Wissenschaften begannen aber in der 1. Hälfte des 19. Jh. erst ihre moderne Gestalt anzunehmen, so daß Marx' vorkapitalistisches und universalhistorisches Verständnis sich mit dem Fortgang dieser Wissenschaften ausbildete und mitentwickelte. Zugleich stellten dringende praktische politische Probleme an ihn Fragen zu vorkapitalistischen Erscheinungen, die ihn zwangen, sich auch selbständig in Wissenschaftsbereichen zu betätigen, die er gewöhnlich nicht behandelte. Am bekanntesten sind seine Studien zum Gemeindewesen und zur Dorf- oder Ackerbaugemeinde.

Die Urgeschichtswissenschaft im modernen Sinn, die vornehmlich auf der prähistorischen Archäologie mit ihren ausgearbeiteten methodischen Mitteln beruht, existierte Anfang der 40er Jahre des 19. Jh., als Marx wissenschaftlich zu arbeiten begann, noch nicht. Hauptdisziplin für dieses Wissensgebiet war

1 Zum Begriff Vorgeschichte s. Grünert, H./Guhr, G., Allgemeine Charakterisierung der urgesellschaftlichen Produktionsweise, in: Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Bd. 1, Berlin 1981, S. 265.

die Ethnographie, wie sie aus dem Aufklärungszeitalter hervorgetreten war. Von ihr kommen die ersten wissenschaftlichen Theorien zur Urgesellschaft. In den führenden europäischen Ländern begann seit Ende der 30er Jahre die Ethnographie institutionelle Gestalt anzunehmen. Ihre allgemeinen Darlegungen und zusammenfassenden Arbeiten beruhten auf Entwicklungsdarstellungen, die erste Versuche einer Anordnung der schriftlosen Naturvölker als Stufen vor-geschichtlicher Entwicklung darstellten und dabei noch weitgehend von der Auffassung des Naturzustandes getragen wurden. Wir finden bei Marx immer wieder zur Charakterisierung von Systemen ursprünglicher gesellschaftlicher Entwicklung die Begriffe Naturwüchsigkeit oder Natürlichkeit. Als Stufengrup-pierungen sind ihm die Begriffe Wilde und Barbaren wie auch die der Jäger, Viehzüchter und Ackerbauern völlig geläufig.

Ein weiteres wissenschaftliches Feld, das sich in der 1. Hälfte des 19. Jh. her-ausbildete, war die allgemeine und vergleichende Sprachwissenschaft. Neben den indogermanischen Forschungen, aus denen bald ein ur- und frühgeschicht-liches Stufenbild gewonnen wurde, waren es vor allem die alten Philologien, die regional begrenzte Altertumskunden, aber auch die vergleichende Mythenfor-schung, teils im Verein mit ikonographischen Betrachtungen, hervorbrachten. Sie wurden in Verbindung mit den historischen Nachrichten aus den antiken Quellen sowohl für die alten wie mittelalterlichen Völker Grundlage für die Rekonstruktion regional begrenzter konkreter Urgeschichten. Marx, dem die-ser Wissenschaftsbereich bekannt war, bekräftigte z. B. den Tatbestand, daß in den Mythen, in der Imagination, die Vorgeschichte der Völker verborgen sei.² Charles de Brosses' Entdeckung der afrikanischen Religionsform des Fetischismus, die Marx in den 40er Jahren im Zusammenhang mit seinen religions-kritischen Studien aufgriff,³ fand in seinen ökonomischen Arbeiten einen Nieder-schlag mit dem bekannten Begriff des Fetischcharakters der Ware.⁴

In dieser frühen Periode gingen bedeutsame Erkenntnisse für die sich heraus-bildende Urgeschichtsbetrachtung von den Naturwissenschaften aus. Ihre Kenntnis gewann Marx nicht nur aus der Literatur, sondern auch aus der per-sönlichen Aufnahme in Londoner Arbeiterbildungsveranstaltungen in den 50er Jahren, wo unter anderem Thomas H. Huxley zur Morphologie von Affe und Mensch und Charles Lyell zum geologischen Formationssystem ihre Vorträge hielten. Auch Marx war aktiv mit Darlegungen zur politischen Ökonomie be-teiligt.⁵ Einen methodologischen Gesichtspunkt - und hierin wird die Anwen-dung dialektischer Grundgesetze gleichermaßen in Natur und Gesellschaft deutlich -, den Marx zur Rekonstruktion einfacher ökonomischer Systeme aus fortgeschritteneren ableitete, stützte er mit der biologischen Erkenntnis, daß in "der Anatomie des Menschen ... ein Schlüssel zur Anatomie des Affen" sei.⁶ Für seine Theorie und Methode von der ökonomischen Gesellschaftsformation hat er den Begriff "Formation" und die damit verbundene Vorstellung von der fe-sten Evolutionsstrategie gerade von Lyells geologischen Formationen angewendet, um somit die "Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen

2 Marx, K., Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: Marx/Engels, Werke (MEW), Berlin 1956 ff., Bd. 1, S. 383.

3 Derselbe, Exzerpte aus Ch. de Brosses, Über den Dienst der Fetischengötter, in: Marx/Engels, Gesamtausgabe (MEGA), Berlin 1975 ff., Bd. IV/1, S. 320 ff.

4 Derselbe, Das Kapital, Bd. 1, in: MEW, Bd. 23, S. 85 ff.

5 Derselbe, Englischer Alltag, zusammengestellt u. eingel. v. R. Sperl, Berlin 1968, S. 18.

6 Derselbe, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 39.

Prozeß" zu bekräftigen.⁷ Bekannt ist dem heutigen Urgeschichtler Marx' Feststellung: "Dieselbe Wichtigkeit, welche der Bau von Knochenreliquien für die Erkenntnis der Organisation untergegangener Tiergeschlechter, haben Reliquien von Arbeitsmitteln für die Beurteilung untergegangener ökonomischer Gesellschaftsformationen."⁸

Erstaunlich sind Marx' historische und ökonomische Studien in den frühen 40er Jahren.⁹ Sie bilden die wesentliche Grundlage dafür, daß er in der gemeinsam mit Friedrich Engels verfaßten Arbeit "Die deutsche Ideologie" in Auseinandersetzung mit Ludwig Feuerbachs Geschichtstheorie erstmalig seine materialistische Geschichtsauffassung in umfassender Weise klarlegen konnte. Sie schließt auch den damaligen Forschungsstand zur Urgesellschaft ein und bietet aufgrund der materialistischen Interpretation und des Zusammenschlusses von schriftlosen und schriftbesitzenden Gesellschaften eine umfassende Geschichtsauffassung dar, die in dieser Zeit einmalig war. Allerdings blieb sie Manuskript (sie wurde erstmals 1932 veröffentlicht), und in der ersten gedruckten Arbeit, die eine geschichtstheoretische Ausrichtung bekommen hatte, "Das Manifest der Kommunistischen Partei" (1848), war die Urgesellschaft ausgelassen worden. Erst 1888 fühlte Engels sich veranlaßt, in den Vorbemerkungen zur englischen Ausgabe des "Manifestes" auf die urgeschichtliche Gentilgesellschaft zu verweisen, in der es keinen Klassenkampf gegeben hat.¹⁰

Obleich der ganze Komplex urgeschichtlicher, frühgeschichtlicher und entwicklungsgeschichtlicher Arbeitsbereiche auf die eine oder andere Weise seinen Niederschlag in Marx' Werk gefunden hat, war er zunächst für eine Anwendung noch ungenügend gereift. Außerdem waren die wissenschaftlichen Studien von Marx auf eine materialistische Auseinandersetzung mit Hegels Rechtsphilosophie und der idealistischen Philosophie der Junghegelianer gerichtet (1843: Kritik des Hegelschen Staatsrechts; 1844: Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie; 1844 mit Engels: Heilige Familie). Wir finden in diesen Zusammenhängen keine urgesellschaftlichen Problemstellungen, jedoch bereits umfangreiche Manuskriptaussarbeitungen auf dem Gebiet der Ökonomie (1844: Ökonomisch-philosophische Manuskripte). Marx entwickelte gegen Hegels Entfremdungstheorie erste Grundsätze seiner Arbeitstheorie und ökonomischen Gesellschaftsauffassung, die auch für Marx' Verständnis der Urgeschichte von grundlegender Bedeutung wurden. Hegel erklärte das Auseinanderklaffen des Menschen mit seiner Welt, das ihm die Ergebnisse seiner eigenen Tätigkeit entfremdet, mit der Verdoppelung des geistigen Wesens des Menschen, mit dem entzweiten Bewußtsein, mit dem entfremdeten Geist.¹¹ Marx stellte als Ursache Privateigentum, Lohnarbeit, Arbeitsteilung, Warenproduktion und Geldwirtschaft dagegen.¹² Marx geht dabei von dem Grundgedanken der Einheit von Mensch und Natur als seinem unorganischen Leib aus, der ihm durch die entfremdete Arbeit entzogen wird.¹³ Dieser Grundgedanke von der ursprünglichen und von

7 Derselbe, Vorwort z. 1. Aufl. d. 1. Bd. d. "Kapital", in: MEW, Bd. 23, S. 16; derselbe, an Vera I. Sassulitsch (Entwürfe), in: MEW, Bd. 19, S. 386.

8 Derselbe, Das Kapital, S. 194.

9 Derselbe, Exzerpte zur Geschichte der Kunst und der Religion ("Bonner Hefte"), in: MEGA, Bd. IV/1, S. 293 ff.; derselbe, Historisch-politische Notizen ("Kreuznacher Hefte"), in: MEGA, Bd. IV/2, S. 9 ff.; derselbe, Historisch-ökonomische Studien ("Pariser Hefte"), in: ebenda, S. 283 ff.

10 Engels, F., Vorrede z. engl. Ausg. d. "Manifestes der Kommunistischen Partei", in: MEW, Bd. 21, S. 357.

11 Hegel, G. W. F., Phänomenologie des Geistes, Berlin 1964, S. 158 ff., 347 ff.

12 Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: MEW, Erg.-Bd. 1, S. 510 ff.

13 Ebenda, S. 516 f.

der vermittelten Einheit Mensch - Natur, die stets durch die Arbeit verwirklicht wird, sich aber immer mehr auffächert, wurde ihm auch der Ausgangspunkt seiner Urgeschichtsauffassung.¹⁴

Am Anfang der Menschheitsgeschichte, d. h. in der Urgeschichte, so sagt Marx, habe ein "natürliches Gemeinwesen" (Hervorhebung - G. G.) existiert, in welchem das Individuum noch gänzlich in Blut, Sitte, Sprache dem Ganzen angehörig gewesen war,¹⁵ in welchem es noch völlig an "der Nabelschnur des natürlichen Gattungszusammenhangs" gehangen hatte¹⁶. "Nicht die Einheit" der lebenden und tätigen Menschen mit den natürlichen, unorganischen Bedingungen ihres Stoffwechsels mit der Natur und daher ihre Aneignung der Natur - bedarf der Erklärung oder ist das Resultat eines historischen Prozesses, sondern die Trennung zwischen diesen unorganischen Bedingungen des menschlichen Daseins und diesem tätigen Dasein, eine Trennung, wie sie vollständig erst gesetzt ist im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital.¹⁷ Dies, die allgemeine Warenproduktion, ist der entwickelteste gesellschaftliche Zustand. Erst runde 15 Jahre später fand Marx in der ethnographischen Theorie von der Gentilgesellschaft bei Lewis H. Morgan die von ihm vorweggenommene Auffassung eines natürlichen, blutsmäßig zusammenhängenden Gemeinwesens, das mit Entwicklung der Produktion und des privaten Eigentums differenziert und schließlich zerstört wird, wissenschaftlich ausgearbeitet und bestätigt wieder.

1. "Deutsche Ideologie - Feuerbach" (1845)

Die erste Ausarbeitung seiner materialistischen Geschichtstheorie hatte er in dieser frühen Periode mit Engels gemeinsam in Auseinandersetzung mit Feuerbach vorgenommen.¹⁸ Der abstrakten Menschenphilosophie setzten Marx und Engels bewußt eine ganze materialistische Gesellschaftstheorie entgegen, die von Impirismus und Materialismus ausging, wie Engels betonte.¹⁹ Sie zeichnet sich durch das ernste Bemühen aus, auch die Urgeschichte zu erfassen, konnte Marx doch daher wesentliche Momente der materiellen Bestimmtheit des Menschen, der menschlichen Gesellschaft und ihrer Entwicklung aufzeigen. Anlehnend an die aus der Spätaufklärung resultierende Urgeschichtsauffassung, erklärte er das am Anfang stehende natürliche Gemeinwesen als Stammwesen und die entsprechende Urgeschichtsstufe mit dem Begriff Barbarei. Dabei schimmert die damals herrschende natürliche Staatslehre durch, nach der sich durch Wachstum und Erweiterung der patriarchalisch bestimmten Familie der Stamm und daraus wieder der Staat gebildet habe. - Von Engels wissen wir, daß Marx seine Auffassung änderte und später erst den Stamm und danach die Familie ansetzte.²⁰ - In der Abfolge der Wirtschaftsentwicklung bildete die bereits seit der Antike angewendete Dreistufenlehre - Jagd, Viehzucht, Ackerbau - das Vorbild, und von der damaligen ethnographischen Stufeneinteilung her waren diese drei Phasen durch Wilde, Nomaden und Agrikulturvölker bestimmt worden.

Marx und Engels schrieben: "Die erste Form des Eigentums ist das Stammeigentum. Es entspricht der unentwickelten Stufe der Produktion, auf der ein Volk von Jagd und Fischfang, von Viehzucht oder höchstens vom Ackerbau

14 Besonders in den "Grundrissen" und im "Kapital", Bd. 1.

15 Derselbe, Grundrisse ..., S. 376.

16 Derselbe, Das Kapital, S. 93, 354.

17 Derselbe, Grundrisse ..., S. 397.

18 Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 17 ff.

19 Engels, an Marx, 19. 11. 1844, in: MEGA, Bd. III/1, S. 252.

20 Marx, Das Kapital, S. 372 Anm. 50 a.

sich nähert ... Die Teilung der Arbeit ist auf dieser Stufe noch sehr wenig entwickelt und beschränkt sich auf eine weitere Ausdehnung der in der Familie gegebenen naturwüchsigen Teilung der Arbeit. Die gesellschaftliche Gliederung beschränkt sich daher auf eine Ausdehnung der Familie: patriarchalische Stammhäupter, unter ihnen Stammitglieder, endlich Sklaven."21

In Marx' Forschungen war von Anfang an die eigentums-geschichtliche Erfassung der Kernpunkt der Untersuchung, sie durchzieht sein ganzes Lebenswerk und findet sich gerade auch in den ur- und frühgeschichtlichen Betrachtungen. Dieses von ihm bezeichnete Stammwesen besaß eine oder genauer die erste Form von Gemeineigentum, nämlich das **Stammeigentum**. Daneben bestand das **Gemeindeeigentum**, vor allem unter der agrarischen Betriebsweise als kommunale Eigentumsform.²² Der historische Entwicklungsvorgang ist für Marx eigentums-geschichtlich zu erkennen, denn dieses Stammeigentum bildete in der antiken Welt das erste Eigentum, wo es zum Staatseigentum entwickelt wurde, und ebenfalls im Mittelalter, wo es zum feudalen Grundeigentum gewandelt wurde. Dies sind Eigentumsstufen, die ebenso wie das Kapital vom Privateigentum bestimmt wurden. Marx setzte das Gemeineigentum der Antike und dem Mittelalter voraus. Für diese damals als früheste Geschichtsstufen angesehenen Zeitalter deutete er damit zugleich einen urgeschichtlich/urgesellschaftlichen Geschichtsabschnitt an. Er betonte, daß das Gemeinde- oder Stammeigentum auch bei den germanischen, keltischen und slawischen Völkern vorausgegangen sei.²³ Mit der bald darauf (1853) erfolgten Betrachtung der Verhältnisse des schottischen Clans und der indischen Dorfgemeinde und später mit dem Studium der Werke von Georg L. v. Maurer (1868 u. a.), dann des Werkes von Maksim M. Kovalevskij (1879) sowie mit der Darlegung der Theorie von der Ackerbaugemeinde (1881) finden wir die Hauptstufen der Fortsetzung dieser Forschungen zum urgeschichtlichen Gemeineigentum und seiner Entwicklung.²⁴

Die Vorstellung von gesellschaftlichen **Entwicklungsstufen** war Marx nur z. T. vorgegeben. Einerseits gab es die urgeschichtliche Drei-stufenlehre, deren Stufen Jagd, Viehzucht, Ackerbau, zugleich Wilde, Noma-den, Agrikulturvölker er zum Stammwesen zusammenfaßte und zugleich auch Barbarei nannte. Andererseits waren für ihn mit der historischen Periodisierung der Antike, des feudalen Mittelalters und des modernen Kapitalismus Stufen der Zivilisation vorgegeben. Die urgeschichtlichen (vorgeschichtlichen) Stufen des Stammwesens schloß Marx mit den historischen (schrifthistorischen) Stufen zusammen, einmal durch das Stammeigentum, zum andern vor allem durch die Agrikultur, schließlich auch durch eine soziologische Charakterisierung. Er kam damit zu einer gesamtentwicklungsgeschichtlichen Sicht. Mit dem Übergang von der Barbarei in die Zivilisation wandelte sich das Stammwesen in den Staat, die einzelne Lokalität in die Nation.²⁵ Die Agrikultur war für Marx einerseits letzte Stufe des Stammwesens und andererseits unterste Stufe des Staates, der Zivilisation. In dieser folgten die ackerbauende, industrielle und kommerzielle Betriebsweise und die entsprechenden Arbeitsteilungen aufeinander.²⁶ Mit diesen Stufen waren die die großen gesellschaftlichen Arbeitsteilungen bildenden Wirtschaftsstufen festgeschrieben.

21 Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, S. 22.

22 Ebenda, S. 61 f., 348, 374.

23 Ebenda.

24 Vgl. Karl Marx über Formen vorkapitalistischer Produktion. Vergleichende Studien zur Geschichte des Grundeigentums (Harstick), hg. v. H.-P. Harstick, Frankfurt (Main)/New York 1977, Einführung und Einleitung.

25 Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, S. 50.

26 Marx, Exzerpt aus F. List, Das nationale System der politischen Oekonomie, Bd. 1, in: MEGA, Bd. IV/2, S. 506 ff.

Neben den Privateigentumsformen, bei denen das Kapital als reines Privateigentum gekennzeichnet wurde, fügte Marx die Klassendifferenzierung den Stufen der Zivilisation hinzu: der Antike die Sklaverei, dem feudalen Mittelalter die Stände und dem Kapitalismus die Klassen. Wenn Marx Urgesellschaft und Gesellschaft der Zivilisation einerseits zusammenschloß, ihre historische Kontinuität betonte, so trennte er sie gleichzeitig voneinander ab, indem er die Gesellschaft der Zivilisation als Staatsgesellschaften und Klassengesellschaften charakterisierte, das Stammwesen jedoch als Gesellschaften des Gemeineigentums. Hier handelt es sich also um zwei qualitativ verschiedene gesellschaftliche Entwicklungsphasen, wie sie später von Morgan besonders verfassungsrechtlich mit *civitas* und *societas* herausgearbeitet worden sind. Dabei sind für Marx Staat und Gesellschaft nicht identisch. Der Staat ist verkörpert durch die herrschende Privateigentumsklasse, die damit eine politische Form erhält und der ganzen bürgerlichen Gesellschaft einer Epoche ihre Herrschaft aufdrückt. - Bürgerliche Gesellschaft ist hier schon der Gesellschaftsbegriff, der später (1859) als ökonomische Gesellschaftsformation ausgearbeitet erscheint. - Aus "der Auflösung des naturwüchsigen Gemeinwesens" sind Privateigentum, Privatrecht und der Staat hervorgegangen.²⁷

Mit der Behandlung der Gesellschaften der Zivilisation waren bereits die Stufen von Produktionsweisen der ökonomischen Gesellschaftsformation vorgezeichnet, die später (1859) eindeutig bestimmt wurden: asiatische, antike, feudale, moderne bürgerliche Produktionsweisen.²⁸ Entsprechend der damals herrschenden weltgeschichtlichen Darstellung war die asiatische oder orientalische Welt hier noch ausgelassen. Vor dem historischen Zeitalter, d. h. vor der Antike und dem Mittelalter, stand die höchst entwickelte Stufe des Stammwesens, die mit dem Begriff *Patriarchalismus* benannt wurde. Vorbild dafür waren die aus dem Sagenzeitalter rekonstruierten und frühgeschichtlich bekannt gewordenen patriarchalischen Zustände der Hebräer, Griechen und Römer. Auf dieser Stufe existierte eine Differenzierung der Gesellschaft unter patriarchalischen Stammhäuptern, und die bereits beginnende Sklaverei war darin eingeschlossen. Mehrfach noch wendete Marx den Begriff *Patriarchalismus*, patriarchalisch an, z. B. bezeichnete er bei seinen Studien zum schottischen Clan eine "soziale Formation" vor dem Feudalismus als "*patriarchalischen* Zustand der Gesellschaft".²⁹ In der Folgezeit allerdings findet sich dieser Begriff als eine Formationsbezeichnung nicht mehr, sondern vereinzelt noch zur Bezeichnung für den Gesellschaftszustand patriarchalischer Familien- bzw. Stammverhältnisse.

In der Ausarbeitung der materialistisch begründeten Auffassung der Geschichte der menschlichen Gesellschaft kam Marx bereits in der "Deutschen Ideologie" zu Formulierungen, die für das Verständnis der urgeschichtlichen Anfänge der menschlichen Geschichte von entscheidender Bedeutung wurden. Es handelt sich um Aussagen, die gewissermaßen das biologisch existierende Wesen Mensch in den höheren Qualitätszustand der Gesellschaft hebt. Nach Marx fangen die Menschen an, sich von den Tieren zu unterscheiden, indem sie beginnen, ihre Lebensmittel zu produzieren, ein Schritt, der durch ihre körperliche Organisation bedingt ist. Und mit der spezifisch menschlichen Arbeit und durch sie entwickeln sie sich als körperliche Organismen und gesellschaftlicher Organismus.³⁰ Doch bleiben zwei Seiten der *Produktion und Reproduktion*

27 Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, S. 62.

28 Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Vorwort, in: MEW, Bd. 13, S. 7 ff.

29 Derselbe, Sutherland und die Sklaverei; oder die Herzogin zu Hause, in: MEW, Bd. 8, S. 501; derselbe, Das Elend der Philosophie, in: MEW, Bd. 4, S. 151, 161.

30 Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, S. 21; Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, S. 516 f.

tion des Lebens der Menschen Grundlage ihrer Existenz: die des eigenen mit der Erzeugung der Lebensmittel und die des fremden in der Zeugung und Fortpflanzung ihrer Gattung. Diese Lebensproduktion ist Grundlage jeder Gesellschaft und jeder Geschichtsepoche. Es handelt sich um ein doppeltes Verhältnis, das einerseits die Beziehungen der Menschen bei der Produktion der Lebensmittel beinhaltet und andererseits die Beziehungen, die sie zum Zwecke der Fortpflanzung eingehen. Diese zuletzt genannten Beziehungen der Familie - genauer das Verhältnis zwischen Mann und Weib, Eltern und Kindern, wie Marx und Engels sich ausdrücken - waren am Anfang der menschlichen Geschichte die einzigen gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie entsprechen dem von Marx auch sonst konstatierten naturwüchsigen Gemeinwesen. Die natürlichen Verhältnisse wurden mit dem Fortschreiten und der Vermehrung der Produktion und der Produktionsverhältnisse zu untergeordneten Verhältnissen. Von urgeschichtlichen Anfängen an vollzog sich die Entwicklung der auf der Produktion beruhenden gesellschaftlichen Verhältnisse und bietet mit stets neuen Formen eine Geschichte dar.³¹ Erst mit der großartigen Ausarbeitung der urgeschichtlichen Evolutionsstufen von Familienformen und Gentilgesellschaft, d. h. der verschiedenen blutsverwandtschaftlichen Organisationen der Urgesellschaft, durch Morgan finden wir - wenn auch in gewissen Teilen nur hypothetisch - die fachwissenschaftliche Bestätigung dieser Auffassung von der doppelten Art der urgeschichtlichen Organisation der Gesellschaft. Sie wurde von Engels im Vorwort zum "Ursprung" in klassischer Weise formuliert.³²

2. "Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen" (1857/58) - "Das Kapital", 1. Bd. (1867)

Seit Beginn der 50er Jahre studierte Marx in London intensiv die bürgerliche politische Ökonomie, deren Kritik er sich zum Ziel gesetzt hatte, um den historischen, vergänglichen Charakter der kapitalistischen Produktionsweise zu erforschen und zu begründen. In dem Manuskript "Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie" (1857/58) finden sich in der Einleitung dazu und in dem Abschnitt über die ökonomisch-sozialen "Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen" weitere entscheidende Erkenntnisse auch zur Ur- und Frühgeschichte. Diesen "Grundrissen" gingen Studien von Marx über die Verhältnisse in Indien voraus, damals britische Kolonie, wobei die innere Struktur der Dorfgemeinde und das Gemeineigentum besondere Erörterung fanden.³³ Marx fand hier (1853) bereits zu einer allgemeinen Theorie der Dorfgemeinde im Sinne einer ökonomisch-sozialen Einheit, die einerseits Gemeineigentums- und Sozialformen der Urgesellschaft in verschiedenen Graden ihrer Existenz und andererseits Formen ihrer Auflösung in familien- und privatwirtschaftliche Zustände vorkapitalistischer Klassengesellschaften aufweist. Besondere Betonung erfuhr durch ihn die Form des naturwüchsigen Gemeineigentums als allgemeine Urform des Eigentums, die er bei europäischen (Römern, Germanen, Kelten, Slawen) und asiatischen (Indien) Völkern vorgefunden hatte.³⁴ Spezifische Formen von Privateigentum (römisches, germanisches) lassen sich von spezifi-

³¹ Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, S. 28 - 30.

³² Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: MEW, Bd. 21, S. 27 f.

³³ Marx, Die britische Herrschaft in Indien, in: MEW, Bd. 9, S. 127 ff.; derselbe, Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien, in: ebenda, S. 220 ff.

³⁴ Derselbe, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, S. 21 Anm.; vgl. auch denselben, Sutherland S. 501.

schen Gemeineigentumsformen (indischen) ableiten. Diesen Dualismus gemeineigentümlicher und privateigentümlicher Verhältnisse faßte er später (1881) noch einmal unter dem Begriff der **A c k e r b a u g e m e i n d e** zusammen.³⁵

Seine Erkenntnisse, die er aus der Zusammenführung einzelner konkreter Darstellungen gewann, zeigen zugleich wiederum das Bemühen, Urgeschichte und Geschichte zusammenzuschließen. Ein anderer methodologischer Gesichtspunkt, den Marx hierbei zur Geltung bringt, besteht darin, daß er die rezenten asiatischen, speziell indischen, Gemeineigentumsverhältnisse des 19. Jh. entwicklungsgeschichtlich vor die altgeschichtlich dokumentierten Privateigentumsverhältnisse römischer und germanischer Art stellt.³⁶ Noch vor der fachwissenschaftlichen Ausarbeitung der Dorfgemeinde durch Henry S. Maine (1861) oder Kovalevskij (1879), die er gründlich durcharbeitete, fällt die früheste Ausarbeitung durch Marx, die jedoch in der ethnographischen Wissenschaft unmittelbar nicht zur Geltung kommen konnte. Mittelbar sehen wir etwas später eine Einflußnahme von Marx auf die Ausrichtung von Forschungsarbeiten von Kovalevskij.³⁷

Mit der Überschrift "Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen" weist Marx ausdrücklich auf die Erörterung vorkapitalistischer ökonomisch-sozialer Systeme hin - die in der Gegenwart viele Interpretationen erfahren haben -, ohne noch nach unten eine genaue Periodisierung über Vorklassen- und Klassengesellschaften zu geben. Dabei erweist es sich als notwendig, dieses Kapitel im Zusammenhang mit der Einleitung zu den "Grundrissen" zu behandeln, da dann wiederum der doppelte Charakter der von Marx dargestellten Typen von Eigentumsformen deutlich wird. Nach Marx zeigt die Geschichte Gemeineigentum als die ursprüngliche Form des Eigentums, und zwar in den verschiedenen konkreten Gesellschaften (er studierte u. a. Inder, Slawen, alte Kelten), und in den Formen des Gemeinanteils im Gemeindeigentum (ager publicus) ist dieses ursprüngliche Eigentum noch zu erkennen.³⁸

Ähnlich wie in der "Deutschen Ideologie" schon mit dem Begriff Stammwesen der ursprünglichste Gesellschaftszustand gekennzeichnet wurde, spricht Marx hier von der **S t a m m g e m e i n s c h a f t**. Als Voraussetzung für die gemeinschaftliche temporäre Aneignung des Bodens besteht dieselbe als ein natürliches, in Blut, Sprache und Sitte zusammengehöriges Gemeinwesen, als ein Herdenwesen, das zunächst schweifend, wandernd ist, also einer nicht seßhaften Lebensweise unterliegt. - Er setzt analog für Wanderung auch "Hirtenwesen" an. - Wiederum wird die Familie und die im Stamm erweiterte Familie und die Kombination von Stämmen als die gesellschaftliche Gliederung angesehen, deren wirtschaftliche Tätigkeit sich auf die von Jägern, Hirten und nicht fest-sitzenden Ackerbauern erstreckt. Das Charakteristische der Urgesellschaft - Marx verwendet hier diesen Begriff nicht - wird von ihm vor allem durch das Verhältnis von Individuum und Gemeinwesen gekennzeichnet, denn der einzelne verhält sich nur als ein Mitglied dieses Gemeinwesens als Eigentümer oder Besitzer.³⁹

Zugleich erfahren wir die allgemeine Definition des Eigentums, die es erlaubt, die uranfänglichen Bedingungen zu erkennen. Es handelt sich um das Verhältnis des gesellschaftlichen Menschen zu den natürlichen Bedingungen von Arbeit und Reproduktion und gliedert sich in seinen Urformen in das Verhältnis

35 Derselbe, an Vera I. Sassulitsch, S. 384 ff.

36 Ebenda.

37 Harstick, S. 8.

38 Marx, Grundrisse ..., S. 23.

39 Ebenda, S. 383 f., 398 f.

zu Boden, zu Instrument und zu Lebensmittel. Dabei wirkt bestimmend das Verhältnis der Produktion, nicht aber das der Konsumtion.⁴⁰

Die gesellschaftliche Form, der das Grundverhältnis des Eigentums zugrunde liegt, kann verschieden sein, und namentlich nach dem Eintritt der seßhaften Lebensweise wirken viele Bedingungen, die das ursprüngliche Gemeinwesen modifizieren. So widerspricht dieses gemeineigentliche Grundverhältnis "durchaus nicht, daß, wie in den meisten asiatischen Grundformen, die zusammenfassende Einheit, die über allen diesen kleinen Gemeinwesen steht, als der höhere Eigentümer oder als der einzige Eigentümer erscheint, die wirklichen Gemeinden daher nur als erbliche Besitzer. Da die Einheit der wirkliche Eigentümer ist und die wirkliche Voraussetzung des gemeinschaftlichen Eigentums - so kann diese selbst als ein *Besondres* über den vielen wirklichen besondern Gemeinwesen erscheinen, wo der einzelne dann in fact eigentumslos ist oder das Eigentum ... für ihn vermittelt erscheint durch das Ablassen der Gesamtheit ... an den einzelnen durch die Vermittlung der besondern Gemeinde. Das Surplusprodukt - das übrigens legal bestimmt wird infolge der wirklichen Aneignung durch Arbeit - gehört damit von selbst dieser höchsten Einheit. Mitten im *orientalischen Despotismus* (Hervorhebung - G. G.) und der Eigentumslosigkeit, die juristisch in ihm zu existieren scheint, existiert daher in der Tat als Grundlage dieses Stamm- oder Gemeindeeigentums ..."⁴¹

Wie schon in der "Deutschen Ideologie" von Marx das Stammeigentum aus der Urgesellschaft in die Klassengesellschaft übergeleitet wird und die Grundlage des antiken Gemeinde- und Staatseigentums bzw. des feudalen ständischen Eigentums bildet, so ist hier das ursprüngliche Gemein- oder Stammeigentum die Grundlage des orientalischen Despotismus, d. h. einer Klassen- und Staatsgesellschaft besonderer Ausprägung. Marx setzt also diese erste Form des Grundeigentums sowohl für die Stammgemeinschaft (Urgesellschaft) als auch für die von ihm als die erste, früheste oder einfachste erkannte Form klassen- und staatsgesellschaftlicher Ökonomie an. Auf den letztgenannten Umstand ist besonders hinzuweisen, weil deutlich wird, daß nicht nur auf Privateigentum und Privatrecht die Staatsgesellschaft aufgebaut sein kann, sondern in ihren frühen Entwicklungsformen auch auf Gemein- bzw. Gemeindeeigentum und despotischen Zentralismus. Dieser Gedankengang von Marx findet sich auch in der Einschätzung des Inka-Staates in Peru.⁴²

Marx hat aber mit den asiatischen Formen nicht nur wiederum den Übergang Urgesellschaft zur Staatsgesellschaft zusammengeschweißt, er hat vor allem zu den bisher erkannten und anerkannten Stufen der Zivilisation eine unterste hinzugefügt, nämlich die asiatischen Gesellschaften oder des orientalischen Despotismus. Mit der zweiten und der dritten Form des Grundeigentums bestimmt Marx auch hier in den "Formen" die bereits bekannten antiken und germanischen Eigentumsformen von klassen-staatsgesellschaftlichem Charakter, die aber ebenfalls - bei weit bewegteren historischen Modifikationen - aus dem Stammeigentum hervorgegangen sind bzw. auf ihm aufbauen.⁴³ Damit wird ein dreifacher oder dreimaliger Übergang von der Stammgemeinschaft (Urgesellschaft) in asiatische, antike und germanisch-feudale Verhältnisse beschrieben.

Die Aufeinanderfolge dieser drei Typen ökonomisch-sozialer Verhältnisse finden wir nun nur zwei Jahre später in dem berühmten Vorwort seiner Schrift "Zur Kritik der Politischen Ökonomie" (1859) wieder, das Marx selbst als all-

40 Ebenda, S. 400.

41 Ebenda, S. 385.

42 Vgl. ebenda, S. 398.

43 Ebenda, S. 386 ff.

gemeines Resultat und Leitfaden seiner Studien bezeichnete. Darin heißt es u. a.: "In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und moderne bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden."⁴⁴

Hegel hatte die materiellen Lebensverhältnisse unter dem Begriff "bürgerliche Gesellschaft" dargestellt,⁴⁵ doch Marx kennzeichnet in einer qualitativ völlig neuen und eigenständigen Weise mit dem Begriff ökonomische Gesellschaftsformation die Gesamtheit der materiellen, gesellschaftlichen und ideologischen Lebensgrundlage eines Gesellschaftstyps bestimmter Prägung und Entwicklungsstrategie. Und in der Periodisierung dieser Entwicklungsstrategie finden wir die bisherigen historischen Stufen der Zivilisation jetzt nach unten erweitert um die Stufe der asiatischen Produktionsweisen.⁴⁶ Seine indischen und anderen asiatischen Studien seit 1853 lassen ihn abgehen von dem bisher ausschließlich eurolinearen Schema der Weltgeschichte, und er trifft damit zusammen oder nähert sich auch angelehnt an die 1815/41 von dem Althistoriker Friedrich Chr. Schlosser dargelegte Abfolge, die mit den "orientalischen Völkern" beginnt, bzw. an das Schema Hegels in der "Philosophie der Weltgeschichte", das als Ausgangspunkt die "Orientalische Welt" nimmt. Eine Einbeziehung der Urgesellschaft oder Urgesellschaft in die Theorie der ökonomischen Gesellschaftsformation findet sich zunächst bei Marx nicht. Allerdings geht allen genannten schriftshistorischen Perioden von Produktionsweisen - "an der Geschichtsschwelle aller Kulturvölker" - das Stammwesen oder ursprüngliche Gemeinwesen und Gemeineigentum voraus.⁴⁷

Erneut ist auch auf den methodischen Zug zu verweisen, daß historisch rezente Verhältnisse, wie die asiatischen, jetzt nicht mehr nur für die Dorfgemeinde, sondern für eine ganze Periode der ökonomischen Gesellschaftsformation entwickelungsgeschichtlich an den unteren Anfang gesetzt wird. Marx arbeitete demnach nach Evolutionskriterien - in seinem Fall für Eigentum und Gesellschaft -, wie sie zwar seit der Spätaufklärung aufgekommen, aber von seiten der Ethnographie als moderner Wissenschaft erst rund 20 Jahre später methodologisch ausgearbeitet wurden (John Lubbock, Edward B. Tylor, Morgan, Adolf Bastian).

Noch ein Gesichtspunkt soll aus den "Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen" herausgestellt werden, der ebenfalls erst in späteren Jahren durch die Übernahme aus Morgans Werk zum Tragen gekommen ist. Aus Barthold G. Niebuhrs "Römischer Geschichte" (1827) übernahm Marx die Abfolge, die sich von Geschlechterstämmen zu Ortsstämmen vollzogen hat. Er näherte sich so der allgemeinen Auffassung, daß die Stammgesellschaft nach Blutsverwandtschaft und die Staatsgesellschaft nach Ortsverbänden organisiert worden ist.⁴⁸ Diese Abfolge hat später in Morgans "Urgesellschaft" ("Ancient Society") erste Bedeutung erlangt, sie wird darin als allgemeingültig angesehen. Auch die Rolle der kriegerischen Unternehmungen fortgeschrittener Stämme stellt Marx für die Entstehung politischer Verhältnisse heraus,⁴⁹ die Morgan seiner Theorie der "militärischen Demokratie" zugrunde legte.

Im Jahre 1867 erschien der 1. Band des "Kapitals", eines Werkes, das auf den ersten Blick in keiner Weise als ein urgeschichtliches oder ethnographisches Werk bezeichnet werden kann. Vielmehr richtet es sich auf die Analyse der modernen bürgerlichen Gesellschaft auf der Grundlage der ökonomisch-sozialen Materialien. Allerdings finden wir an mehreren Stellen die bereits erwähnte Auf-

44 Derselbe, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, S. 9.

45 Ebenda, S. 8 f.; vgl. schon Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, S. 36 f.

46 S. auch Marx, Das Kapital, S. 93.

47 Ebenda, S. 92.

48 Derselbe, Grundrisse ..., S. 390 f.

49 Ebenda, S. 386, 399; vgl. schon Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, S. 23.

fassung vom blutsmäßig gebundenen ursprünglichen oder naturwüchsigen Gemeinwesen.⁵⁰ Die patriarchalische Familie sowie das altindische Gemeinwesen und der Inka-Staat sind ihm die Beispiele für die verschiedenen Formen ursprünglichen Gemeineigentums. Dabei erkennt Marx durchaus entwickeltere Verhältnisse dieser Gemeineigentumsformen, wenn nämlich die ökonomisch-soziale Gliederung "mit der Ausdehnung des Gemeinwesens, der Zunahme der Bevölkerung und namentlich dem Konflikt zwischen verschiedenen Stämmen und der Unterjochung eines Stamms durch den andren ihr Material ausweitet".⁵¹ wie Marx es etwa bei den Inkas in Peru oder den Kelten in Wales annimmt. Die von einem obersten Zentrum ausgehenden Systeme zeigen eine spätere Entwicklung, eine sekundäre Form des Gemeineigentums an, die von erobernden Stämmen, die selbst die alte, einfachere Form von Gemeineigentum und Gesellschaftsproduktion kannten, übertragen wurde.⁵² Aus keltischen und rumänischen frühen herrschaftlichen Gesellschaftsformen erkennt Marx den ehemaligen Übergang von der Urgesellschaft in die Klassengesellschaft. Dieser ist vornehmlich aus der privaten Verfügung über die ursprünglichen, an den Häuptling gebundenen Stammfunktionen und aus der Usurpation der Macht durch ihn vollzogen worden.⁵³ Das Claneigentum wurde in Privateigentum des Stammoberhauptes umgewandelt.⁵⁴

In diesem Zusammenhang ist auch die Definition der drei ökonomisch-sozialen Grundstrukturen zu nennen, da sie für das Verständnis der Urgesellschaft und der folgenden Klassen-Staatsgesellschaften bedeutsam sind.⁵⁵ In der ersten Stufe beruht die unmittelbar vergesellschaftete Arbeit auf naturwüchsigen Formen des unmittelbaren "Gattungszusammenhangs", d. h. der Blutsverwandtschaftsorganisation; im Innern sind die verschiedenen Arbeiten entsprechend der naturwüchsigen Teilung der Arbeit nach Geschlechts- und Altersunterschieden gesellschaftliche Funktionen. Die individuellen Anteile gelten als Organe der gemeinsamen Arbeitskraft. In der zweiten Stufe beruht die Gesellschaft auf unmittelbaren Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnissen, die durch eine niedrige Entwicklungsstufe der Produktivkräfte bestimmt werden. Die daraus erwachsene Befangenheit der Menschen innerhalb ihres materiellen Lebenserzeugungsprozesses spiegelt sich in der Begrenztheit der alten Natur- und Volksreligionen wider (asiatische, antike usw. Produktionsweisen). Die dritte Stufe wird gebildet von der Gesellschaft von Warenproduzenten. Ihr allgemeines Produktionsverhältnis besteht im Warencharakter ihrer Produkte. Sie beziehen ihre Privatarbeiten in sachlicher Form, als Waren und Werte, aufeinander, indem sie dieselben als gleiche menschliche Arbeit ansehen und austauschen. Nun folgen zwar diese drei großen Stufen entwicklungsmäßig aufeinander, doch, historisch gesehen, gehen sie auch ineinander über. Beispielsweise spielt in solchen auf Herrschaft und Knechtschaft beruhenden Produktionsweisen, wie den altasiatischen oder antiken, die Warenproduktion eine untergeordnete Rolle, sie wird aber mit zunehmender Auflösung der alten Gemeinwesen immer bedeutender.

Einem Lehrbuch der politischen Ökonomie ist das "Kapital" vergleichbar, dabei besonders der 1. Band als derjenige Teil, der die entscheidenden Grundlagen mit Arbeitstheorie (Kooperation, Arbeitsteilung), Analyse der Ware, Wert- und Mehrwerttheorie, ursprünglicher Akkumulation usw. vermittelt. Da sich die mannigfaltigste historische Organisation der Produktion aus den vorangegan-

50 Marx, Das Kapital, S. 92 f., 102, 354.

51 Ebenda, S. 372.

52 Derselbe, Grundrisse ..., S. 398.

53 Derselbe, Das Kapital, S. 757, 251.

54 Derselbe, Sutherland ..., S. 503, 505.

55 Derselbe, Das Kapital, S. 92 - 97.

genen Produktionsformen aufbaut bzw. teils deren Trümmer fortschleppt, sind aus ihrer Analyse auch alle früheren Produktionsorganisationen zu erkennen.⁵⁶ Nicht ohne Grund verwies Engels auf die Retrospektive in den analytischen Grundzügen der ökonomischen Kategorien,⁵⁷ die bis in alte und urtümliche Produktionsstufen zurückreichen. Das besagt nichts anderes, als daß auch für die von der Ethnographie erforschten Urgemeinschaften eine theoretische Ökonomie aus Marx' Werk zu erarbeiten ist und zugleich auch abstrakte Stufen urgeschichtlicher Entwicklung: Entwicklung der Arbeit, der Kooperation, der Arbeitsteilungen, des Austausches und der Warenproduktion, des Eigentums, der Wertformen, Naturgrundlage der Produktion, Reproduktion u. a. m.

Als Beispiel soll nur auf die Stufen der Wertform verwiesen sein, die Marx in abstrakter Gestalt abhandelte. Sie gehen einher mit der Entwicklung der Arbeitsteilungen und des Austausches. Bis zur Herausbildung der sog. Geldform werden die Stufen der Entfaltung des Austausches unter urgeschichtlichen Verhältnissen, d. h. vom zufälligen Produktaustausch bis zur Warenproduktion charakterisiert: zufällige Wertform, einfache Wertform, entfaltete Wertform, allgemeine Wertform und schließlich Geldform. Am wertvollsten ist Marx' Arbeitstheorie für die urgeschichtlich arbeitende Ethnographie. Mit der sog. abstrakten Form, der "nackten Gestalt" des Arbeitsprozesses⁵⁸, sind die urtümlichen Elemente genannt. Sie vermitteln den uranfänglichen Prozeß der Entwicklung der Menschheit. Über die verschiedenen Stufen urgesellschaftlicher Geschichte wird von der Entwicklung und der Anhäufung des Arbeitsprozesses und der Produktion⁵⁹ gesprochen. Wir finden in ethnographischem Material die Fülle entsprechender tatsächlicher ökonomischer Verhältnisse und Bedingungen vor. Und es muß gesagt werden, daß die politische Ökonomie für die Gentilgesellschaften von Marx' Kategorien aus noch zu erarbeiten ist (Engels).

Bereits im "Kapital" (1867) hat Marx eindeutig den Zusammenhang ausgesprochen, der zwischen der ursprünglichen, naturwüchsigen Gesellschaftsform, die auf der unmittelbar vergesellschafteten Arbeit beruht, und der künftigen sozialistischen, einem Verein freier, mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeitender Menschen, besteht. Beide nämlich beruhen auf der Vergesellschaftung der Arbeit und arbeiten mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln.⁶⁰ Diesen Zusammenhang, daß man nämlich im "Ältesten das Neueste", d. h. in den ursprünglichen Gemeinwesen "Sozialistisches und Gleichheit eines gewissen Grades", findet, bezieht er auch auf die Entdeckungen von Maurer über die Ur- und Frühzeit der Dorfverfassung in Deutschland.⁶¹ Auch die entsprechende Aussage Morgans griff Marx auf.⁶² So konnte Engels auf Morgan aufmerksam machen, der schlußfolgernd aus seiner "Urgesellschaft" mit sozialistischen Forderungen für die Zukunft schließt.⁶³

3. "Entwürfe des Briefes an Vera I. Sassulitsch" (1881)

Seit den späten 60er Jahren und dann bis Anfang 1880 finden sich bei Marx immer mehr Studien, die sich mit Fragen des ursprünglichen Gemeinwesens, der Entwicklung des Grundeigentums und auch rezenter Verhältnisse urtüm-

56 Derselbe, Grundrisse ..., S. 39 f.

57 Engels, Rezensionen d. 1. Bd. d. "Kapital", in: MEW, Bd. 16, S. 212, 226, 229.

58 Marx, Das Kapital, S. 192 ff.

59 Ebenda.

60 Ebenda, S. 92 f.

61 Derselbe, an Engels, 25. 3. 1868, in: MEW, Bd. 32, S. 51.

62 Derselbe, an Vera I. Sassulitsch, S. 386.

63 Engels, an Friedrich A. Sorge, 7. 3. 1844, in: MEW, Bd. 36, S. 124.

licher Eigentums- und Sozialformen in verschiedenen Ländern beschäftigen, besonders Rußlands, das zunehmend seine Aufmerksamkeit gewinnt.⁶⁴ Wir erhalten darüber vor allem Auskunft aus seinem Briefwechsel mit Engels und anderen. Im Zusammenhang mit Engels' Untersuchungen von Alt-Irland ist zu ersehen, daß auch Marx in den alten irischen Gesetzen geforscht hat und z. B. auf Fragen des ehemaligen Mutterrechts aufmerksam wurde, das er später bei Morgan ausführlich behandelt vorfand.⁶⁵ Zu erneuter Behandlung von Darwins Theorien zwingt ihn z. B. die Beschäftigung mit den Werken Karl Büchers u. a.

Entscheidend allerdings für diese Forschungsperiode wird seine ausführliche Beschäftigung mit der von der Ethnographie erarbeiteten, auf ethnographischen bzw. rezenten und historischen Quellen beruhenden Entwicklungsgeschichte der Gesellschaft und des Eigentums. Es handelt sich um Studien und Exzerpte von Marx zu den Werken von Maurer, Hubert H. Bancroft, Kovalevskij, John B. Phear, Morgan, Maine, Lubbock. In der heutigen Marxforschung wurden z. T. an diese Exzerpte weitergespannte Interpretationen geknüpft, die aber alle mehr oder weniger hypothetischen Charakter besitzen müssen. Denn finden sich nicht direkte Aussagen von Marx so bleibt letztlich unbekannt, was Marx von den aufgenommenen Materialien verarbeitet und auch akzeptiert hätte. Als ein solches Beispiel positiver Art können die direkten Aussagen von Marx zur Gesellschaftsstruktur Indiens angesehen werden. In den Exzerpten aus Kovalevskij und Phear betont er durch eigene Zusätze, daß Indien nicht feudal sei.⁶⁶ Dies aber wiederum sind Hinweise darauf, daß Marx die ökonomisch-soziale Besonderheit dieses asiatischen Landes betonte und damit höchst wahrscheinlich auch die Erkenntnis von asiatischen Produktionsweisen als untere Strate der ökonomischen Gesellschaftsformation (1859) bewahrte und weiter anwendete.

Feststeht auch, daß Marx die Theorie der Gentilgesellschaft, d. h. der Blutsverwandtschaftsgesellschaft, von Morgan akzeptiert hat, wie das aus zahlreichen Belegstellen im Morgan-Exzerpt sowie aus Bemerkungen in den Exzerpten aus Maine und Lubbock hervorgeht, die er nach Bekanntschaft mit Morgans Werk studiert hat.⁶⁷ Wir sehen auch aus der bisher vorgelegten forschungsgeschichtlichen Übersicht, daß Marx selbst die auf Blutsbande und Gemeineigentum beruhende Gesellschaft (Stammwesen, Stammgemeinschaft, Individuum, das an der Nabelschnur des Stammes hängt, ursprüngliche Dorfgemeinschaft, Clan der Kelten) für die Urgeschichte der Menschheit als erwiesen ansah. In Morgans Theorie fand er die auf umfangreichen Materialien der Verwandtschaftssysteme und Heiratsregelungen beruhende wissenschaftliche Ausarbeitung dieser Gesellschaft.

Marx' Arbeit mit Morgans "Urgesellschaft" führte Engels mit seiner Schrift "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats" (1884/92) zu Ende. Zwischen Marx' Morgan-Studien 1880 und seinem Tod liegen nur wenige Jahre. Jedoch besitzen wir noch eine entscheidende Äußerung von Marx, die wiederum vom grundsätzlichen weiteren Ausbau seiner Gesellschaftstheorie zeugt, nämlich die weitere Ausdehnung seines Geschichtsbildes "nach unten" auf die Urgeschichte/Urgesellschaft. Es handelt sich um die Briefentwürfe an Sassulitsch (1881).⁶⁸

64 Marx, an Engels, 7. 11. 1868, in: MEW, Bd. 32, S. 197.

65 Derselbe, an Engels, 11. 5. 1870, in: MEW, Bd. 32, S. 507.

66 Harstick, S. 10, 13, 69, 76; The Ethnological Notebooks of Karl Marx. Studies of Morgan, Phear, Maine, Lubbock (Krader), hg. u. eingel. v. L. Krader, 2. Aufl., Assen 1974, S. 256, 281.

67 Krader, S. 183, 237, 288, 292, 340.

68 Marx, an Vera I. Sassulitsch, S. 384 ff.

In seiner Konzeption der ökonomischen Gesellschaftsformation spricht Marx jetzt von primärer und sekundärer Formation. Die primäre oder archaische ist diejenige, die auf Blutsverwandtschaft und Gemeineigentum beruht, und die sekundäre auf Privateigentum und Sklaven- und Leibeigenenarbeit.⁶⁹ Hier also sehen wir das Vorbild aus dem "Kapital", wo er von den drei gesellschaftlichen Grundstrukturen spricht, der ersten des unmittelbaren Gattungszusammenhangs, der zweiten der unmittelbaren Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse und der dritten der Warenproduktion. Die ersten beiden Grundformen, die für das Problem der Ackerbaugemeinde Bedeutung besitzen, finden sich hier als primäre und sekundäre Formation. Gleichzeitig ist auch der Zusammenhang dieser primären oder archaischen Formation zu Morgans "Urgesellschaft" aus verschiedenen Formulierungen zu erkennen. Es sei allerdings darauf aufmerksam gemacht, daß Engels, der im "Ursprung" ja Morgans Werk verarbeitet hat, den Begriff Urgesellschaft im Sinne dieser Formation nicht verwendet.

Die archaische Formation mit ihren Urgemeinschaften, die "nicht alle über einen Leisten geschlagen" sind, wie Marx sich ausdrückt, gliedert sich nach ihm in eine Reihe von ökonomisch-sozialen Typen und aufeinanderfolgenden Epochen.⁷⁰ Allerdings sagt er genauer nicht aus, wie diese Typen beschaffen seien, und nach unten gibt er keine Begrenzung an. Nur die Ackerbaugemeinde - Sassulitsch fragte gerade nach dem historischen Schicksal der russischen Dorfgemeinde - erfährt eine Charakterisierung als Gesellschaftsform. Nach oben bildet die Ackerbaugemeinde die Begrenzung dieser archaischen Formation. Sie ist eine agrarische Gesellschaftseinheit, die auf dem Gemeineigentum der Gemeinde und dem kommunalen Zusammenhalt und Recht ihrer Mitglieder beruht, die allerdings keine Blutsverwandtschaftsorganisation mehr bilden und deren Familien auf Familienbesitz für eigene Rechnung wirtschaften.⁷¹ Indem Marx dieser Ackerbaugemeinde den doppelten Status zuweist, sowohl "das letzte Wort" der archaischen Formation zu sein als auch den Übergang von der primären zur sekundären Formation darzustellen,⁷² kennzeichnet er wiederum die "Drehscheibe" von der Urgeschichte/Urgesellschaft in die Geschichte/Klassengesellschaft, wie er das bereits seit 1845 getan hatte.

Marx hat der archaischen Formation ohne Zweifel den Charakter einer ökonomischen Gesellschaftsformation gegeben, dieser aber außer dem Gemeineigentum kein anderes einheitliches Qualitätsmerkmal zugewiesen. Im Gegenteil, er hat die "früheren", blutsverwandten Urgemeinschaften⁷³ von der Ackerbaugemeinde getrennt und damit typische Unterschiede herausgestellt. Zerstörende Elemente dieser früheren Urgemeinschaften sind privates Eigentum an Haus und Hof. Die Ackerbaugemeinde sprengt das enge Band der Blutsverwandtschaft, kann sich so ausdehnen und dem Kontakt mit Fremden standhalten. Die archaische Formation zeigt demnach nach Marx die älteren Urgemeinschaften, die blutsverwandtschaftlich organisiert sind, und die jüngsten vom Typ der Ackerbaugemeinde. Sie ist letzter Typ der archaischen und Übergangsperiode zur sekundären Formation.

Die vollständige Auflösung der Ackerbaugemeinde hatte sich nach Marx' Erkenntnissen nur in Westeuropa vollzogen. Der von Maurer erkannte Typ der "Gemeinde" gehört bereits der "sekundären Formation" an, obgleich er auch aus dem archaischen Typ hervorgegangen ist. Mehrere ökonomische Revolutionen und Evolutionen, die kapitalistische Umwälzung ist die jüngste davon, haben in Westeuropa das Gemeineigentum zerstört.⁷⁴ Die vollständige Tren-

69 Ebenda, S. 388, 404.

70 Ebenda, S. 386, 398, 402.

71 Ebenda, S. 399.

72 Ebenda, S. 387 f., 404.

73 Ebenda, S. 387.

74 Ebenda, S. 387, 397, 401.

nung des Landmannes von seinem Gemeinwesen, das Losreißen des Bauern vom Boden, Voraussetzung für die Schaffung des doppelt freien Lohnarbeiters der modernen bürgerlichen Produktionsweise, hatte Marx ausdrücklich auf die Länder Westeuropas beschränkt.⁷⁵

4. Zusammenfassung

Marx' Auffassung von der Urgesellschaft bildet einen wichtigen und notwendigen Teil seines materialistischen Geschichtsbildes. Obgleich er diese hauptsächlich in Manuskripten niedergelegt hat, die nicht veröffentlicht wurden ("Die deutsche Ideologie", 1845, "Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie", 1857/58, "Entwürfe des Briefes an Vera I. Sassulitsch", 1881), hat er kontinuierlich an der Vervollkommnung seines Urgeschichtsbildes gearbeitet. Da im 19. Jh., in den Jahrzehnten seiner wissenschaftlichen Studien - rund gerechnet zwischen 1840 und 1880 -, die moderne Urgeschichtsforschung in verschiedenen Zweigen der Wissenschaft nach und nach ausgearbeitet wurde, gehen Marx' Erkenntnisse diesen konkreten Wissenschaftsergebnissen nach bzw. mit ihnen parallel. In einer Reihe von Einzelfragen löste Marx Probleme, bevor von fachwissenschaftlicher Seite tragende Ergebnisse erbracht worden waren. Das betrifft vor allem die Gemeinetheorie, das Problem des ursprünglichen Gemeineigentums, die Anfänge der Arbeit, die urtümliche Entwicklung der Wertform, die Qualitätsbestimmung von ursprünglichen natürlichen Gemeinwesen und auf Privateigentum und Klassen beruhender Staatsgesellschaft und die Definition der ökonomischen Gesellschaftsformation. In diese wurde die Urgesellschaft von ihm in seiner späten Schaffensperiode eingeschlossen (1881), ohne daß sie allerdings bis auf die Grundlage des Gemeineigentums und der Blutsverwandtschaft in allen wichtigen Bauteilen und Entwicklungsphasen genauer bestimmt worden wäre. Marx betont lediglich, daß die Urgemeinschaften sehr verschieden sind nach Typ und Zeitstrategie.

Allerdings finden sich in den früheren Ausführungen (seit 1845) genügend Einzelaussagen, die insgesamt Marx' Konzeption von der Urgesellschaft genauer bestimmen lassen. Das Stammwesen, die Stammgemeinschaft oder die Gesellschaft des naturwüchsigen Gemeinwesens ist nach Blut und Sitte organisiert und beruht auf Gemeineigentumsformen, Stamm- bzw. Gemeindegemeinschaft. Die Periodisierung unterscheidet Wildheit und Barbarei und nennt - nach der alten Dreistufenlehre - die Wirtschaftsstufen der Jäger, Hirten und Ackerbauern. Die eigentliche Entwicklung der Menschheit beginnt mit der Produktion von Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern mit Hilfe von künstlichen Werkzeugen. Die ursprüngliche menschliche Organisation beruht auf dem blutsmäßigen Gattungszusammenhang, in der sich die Produktion und mit ihr die natürlichen Arbeitsteilungen sowie die gesellschaftlichen besonderen und allgemeinen Arbeitsteilungen entwickelten. Sie führen zu den Anfängen von Austausch und Wertform.

Die Geschichte des Ackerbaues, mit nichtseßhaftem beginnend, zeigt die Entwicklung der Dorfgemeinde. Zunächst auf der Blutsverwandtschaft beruhend, wird dieses Band durch die Anfänge von Privateigentum und Privatwirtschaft gesprengt. Diese Dorf- oder Ackerbaugemeinde, noch auf Gemeineigentumsformen beruhend, erhält den Charakter einer Nachbarschaftsorganisation bei arbeitsteiligen Funktionen ihrer Mitglieder.

Die Dorf- oder Ackerbaugemeinde gehört nach Marx der primären oder archaischen Formation an. Die Ackerbaugemeinden stellten einerseits eine Form der Urgemeinschaften dar, andererseits wird auf ihrer Grundlage durch Zentralismus eine Staatsgesellschaft despotischen Charakters gebaut.

⁷⁵ Ebenda, S. 401; derselbe, Das Kapital, S. 741 ff.

LITERATURKRITIK

Vorläufige Betrachtungen zum Stand der Historiographie der sozialistischen Wirtschaft¹

Jörg Roesler/Renate Schwärzel/Veronika Siedt, Produktionswachstum
und Effektivität in Industriezweigen der DDR 1950 - 1970 = Forschungen
zur Wirtschaftsgeschichte, hg. v. J. Kuczynski u. H. Mottek, Bd. 22

Akademie-Verlag, Berlin 1983, 311 S., Pr.: 32,- Mark

von Wolfgang Mühlfriedel/Klaus Wießner

1. Die Geschichte der sozialistischen Wirtschaft der DDR - schon eine Teildisziplin der Wirtschaftsgeschichte?

Die von Jörg Roesler, Renate Schwärzel und Veronika Siedt vorgelegte Untersuchung über den Zusammenhang von Produktionswachstum und Effektivität in Industriezweigen der DDR in den 50er und 60er Jahren nimmt in der Publizistik zur Geschichte der Wirtschaft in der DDR einen besonderen Platz ein. Er ergibt sich sowohl aus dem Eigenwert der Arbeit als auch aus der Tatsache, daß sie für eine seit einiger Zeit zu beobachtende Tendenz in der Historiographie zur Geschichte der sozialistischen Wirtschaft steht.

Diese hier in Rede stehende Tendenz deutet darauf hin, daß sich die Geschichte der sozialistischen Wirtschaft zu einer Teildisziplin der marxistisch-leninistischen Wirtschaftsgeschichte zu entwickeln beginnt, die über alle eine selbständige Wissenschaft kennzeichnenden Eigenschaften und Merkmale verfügt. Die Genesis einer Geschichte von der sozialistischen Wirtschaft in der DDR nahm in den 60er Jahren ihren Anfang. In jenen Jahren wandten sich Historiker diesem neuen Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte zu.

Es war nur natürlich, daß sie zunächst einen Überblick über das neue Terrain zu gewinnen suchten. Das Sammeln und Ordnen des wirtschaftshistorischen Materials, das vorwiegend über Ereignisse, die den Verlauf der ökonomischen Entwicklung markierten, Auskunft gibt, stand noch im Vordergrund. Die publizistischen Ergebnisse dieser ersten Stufe in der Genesis

1 Die detaillierte und tiefgründige Behandlung eines derartigen Themas stegt zweifellos an. Hier ist aber nicht der Raum, um ausführlich auf die verschiedenen Aspekte dieses Themas und auf die historiographischen Leistungen aller Historiker, die sich der Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus verschrieben haben, einzugehen. Das muß einer anderen Gelegenheit vorbehalten bleiben.

der neuen wissenschaftlichen Disziplin trugen darum vornehmlich beschreibenden Charakter.

Die Kenntnis der "Ereignisgeschichte" bildete neben dem Umstand, daß sich in der DDR einige Zentren zur Erforschung der Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus konstituiert hatten, die wichtigste Voraussetzung für den Übergang zu einer neuen Entwicklungsstufe der hier betrachteten Disziplin. Auf dieser Stufe dominiert nun die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklungsprozesse. Das Bearbeiten wirtschaftshistorischer Grundprobleme rückt also fortan in den Mittelpunkt der Forschung. Dabei ist zu beobachten, daß sich die Analysen sowohl auf zeitlich begrenzte Abschnitte des wirtschaftlichen Werdegangs der DDR als auch auf Probleme erstrecken, die für die Gesamtdistanz dieses Werdeganges von Bedeutung sind. Gerade im letzteren liegt ein besonderes Kennzeichen der neuen Stufe. Wichtig ist ferner, daß in den letzten Jahren der historische Vergleich der Entwicklung der sozialistischen Länder in das Blickfeld der Historiker rückte.

Für die Feststellung, daß eine neue Stufe in der Herausbildung der Geschichtsschreibung über die sozialistische Wirtschaft gegeben ist, spricht nicht nur die Tatsache, daß das wirtschaftshistorische Problem die Historiographie über die sozialistische Wirtschaft zu prägen beginnt. Zugleich ist es der vom Problem ausgehende Zwang, das Arsenal fachspezifischer Methoden auf qualitativ neue Weise zu bereichern und damit einen ganz anders gearteten Umgang mit den archivalischen Quellen zu pflegen, als das in der Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus bisher geschah. Es ist nicht nur erforderlich, in weit größerem Umfang die Bestände in den staatlichen und den Betriebsarchiven zu befragen, sondern es sind auch Methoden zu entwickeln, die eine kritische Analyse der überlieferten Archivalien gestatten. Das Angehen und Aufarbeiten wirtschaftshistorischer Probleme und die dazu in qualitativer und quantitativer Hinsicht erweiterte fachspezifische Methodik bilden die wichtigsten Bedingungen dafür, daß die Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus nicht nur die in den Quellen widergespiegelten Ereignisse mit wissenschaftlichen Methoden rekonstruiert, sondern selbst in der Lage ist, wissenschaftliche Begriffe und Theorien zu formulieren, Beschreibungen historischer Sachverhalte durch Erklärungen, Definitionen, Beweise und schließlich durch das Feststellen historischer Gesetze zu bereichern. Auf dieser Stufe der Historiographie von der sozialistischen Wirtschaft werden zweifellos alle Voraussetzungen für eine weitere Stufe entstehen, auf der die letztgenannten Merkmale einer vollkommen ausgebildeten Wissenschaftsdisziplin gegeben sein werden. Allerdings liegt das nicht nur im Ermessen der Wirtschaftshistoriker. Die Besonderheit, die der Geschichte der sozialistischen Wirtschaft eigen ist, spielt dabei eine außerordentliche Rolle. Sie besteht darin, daß sie ein Objekt zum Gegenstand hat, das sich erst im Prozeß seiner Herausbildung befindet. Daraus resultiert eine Herausforderung von besonderer methodologischer Art an den Wirtschaftshistoriker. Die sozialistische Wirtschaft hat ihre volle Reife noch nicht erreicht. Die theoretischen Einsichten in das Wesen der sozialistischen Wirtschaft reflektieren noch einen im Werden begriffenen Zustand der wirtschaftlichen Entwicklung. Damit sind für die Geschichtswissenschaften verschiedene Konsequenzen verbunden.

Eine der hauptsächlichsten Konsequenzen ist zweifellos die Tatsache, daß sich die politische Ökonomie des Sozialismus, die die methodologische Grundlage der Historiographie der Geschichte der sozialistischen Wirtschaft

ist, selbst in einem raschen Entwicklungsprozeß befindet und noch nicht das gesamte System theoretischer Erkenntnisse von der sozialistischen Wirtschaft ausgebildet hat. Davon zeugen die lebhaften Debatten zu Grundfragen der politischen Ökonomie des Sozialismus, die in der wissenschaftlichen Publizistik geführt werden. Daraus wiederum resultiert, daß der Wirtschaftshistoriker, der sich mit dem jüngsten Stand der politökonomischen Forschung befaßt, um sie für die Bewertung wirtschaftshistorischer Vorgänge zu nutzen, in vielen Fällen noch keine befriedigende Auskunft erhält.

Mit dem Sachverhalt, daß sich die politische Ökonomie selbst in einer raschen Entwicklung befindet, ist für den Wirtschaftshistoriker eine besondere Schwierigkeit verbunden. Sie ergibt sich daraus, daß der gegenwärtige Stand der politischen Ökonomie des Sozialismus nicht mehr unbedingt die zeitgenössischen Einsichten in das Wesen der sozialistischen Wirtschaft und die damit verbundenen Verhaltensweisen ausdrückt. Das verlangt von dem Historiker, den damaligen politökonomischen Erkenntnisstand zu rekapitulieren und in Korrespondenz zum gegenwärtigen zu setzen. Damit aber nicht genug. Es ist auch zu prüfen, ob und in welchem Umfang die politische Ökonomie im jeweiligen Untersuchungszeitraum tatsächlich das wirtschaftspolitische Verhalten bestimmt hat.

Aus alledem ergibt sich für den mit der Geschichte der sozialistischen Wirtschaft befaßten Historiker die unbedingte Notwendigkeit, den früheren Stand der politischen Ökonomie aus der Sicht der heutigen Erkenntnisse zu werten. Nur dann kann er ein treffendes Urteil über die Ergebnisse der Wirtschaftsentwicklung in den verschiedenen Untersuchungszeiträumen geben. Dazu muß er freilich ein spezifisches System der Untersuchungsmethoden entwickeln.

2. Was leistet das Autorenkollektiv historiographisch?

Die hier rezensierte Publikation trägt wichtige Merkmale der weiter vorne konstatierten neuen historiographischen Stufe der Geschichte der sozialistischen Wirtschaft. Das zeigt sich bereits deutlich in der Problemwahl. Die Analyse des Zusammenwirkens von Produktionswachstum und Effektivitätsentwicklung ist eines der Grundprobleme der sozialistischen Ökonomik. Die Verfasser konzentrieren sich in ihrer Analyse auf die Industrie und innerhalb der Industrie auf den Werkzeugmaschinenbau, den Kalibergbau und auf das Berliner Glühlampenwerk. Die Untersuchungen werden jeweils über etwa ein Jahrzehnt im Zeitraum von den 50er bis zum Beginn der 70er Jahre geführt.

Wissenschaftliches Neuland betreten die Autoren mit dem methodologischen Konzept für die Darstellung ihrer Untersuchungen. Den konkret-historischen Untersuchungen gehen zunächst umfangreiche Analysen über die Möglichkeiten und Methoden wirtschaftshistorischer Effektivitätsanalysen voraus. Die Autoren sind dabei bemüht, einerseits die Erkenntnisse der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie, insbesondere reproduktionstheoretische Aspekte, auf konkret-historische Sachverhalte anzuwenden und andererseits durch die Anwendung mathematisch-statistischer Methoden die vorgenommenen Beweisführungen in hohem Maße quantifizierbar zu gestalten.

Damit gehen die Autoren weit über die reine Darstellung wirtschaftshistori-

schwer Entwicklungsvorgänge hinaus: Sie unternehmen auf der Grundlage der kritischen Analyse eines breiten Fundus ökonomischer Literatur den Versuch, für weiterführende Untersuchungen auf diesem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte gewissermaßen ein allgemein gültiges methodologisches Konzept zu geben.

Die Autoren stellen bereits zu Beginn ihrer Untersuchungen, sich auf Braun beziehend², fest, daß es bisher der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung nicht gelungen ist, diejenige Kategorie herauszuarbeiten, die das materielle Substrat für das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus bildet. Diese Feststellung mußte auch Wießner bei den Untersuchungen zur Herausbildung der materiell-technischen Basis der sozialistischen Industrie der DDR machen.³ Er konstatierte, daß gegenwärtig ausreichende Kenntnisse über die Beurteilungskriterien fehlen, durch die der erreichte Reifegrad der materiell-technischen Basis der Gesellschaft bestimmbar ist.

Diese zunächst weitgehend ungeklärten Grundfragen waren also eine erste Schwierigkeit für das Finden entsprechender Bewertungsmaßstäbe des konkret-historischen Materials. Ein weiteres, ebenfalls von den Autoren erkanntes Problem bestand darin, einerseits politökonomische Kategorien, wie beispielsweise die der Arbeitsproduktivität im Marxschen Sinne, aus dem reduzierten Blickwinkel eines Industriezweiges, gar eines Industriebetriebes zu sehen und andererseits auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse die einzelnen Industriekomplexe zu vergleichen und einer Bewertung zu unterziehen (S. 14)⁴. Die historischen Reproduktionsbedingungen der betrachteten Industriekomplexe sind schon wegen der völlig unterschiedlichen Ausgangsverhältnisse letztlich in ihrer spezifischen Gesamtheit untereinander nicht vergleichbar. Solche Unterschiede beziehen sich auf den Technisierungsgrad der Produktion, das kulturell-technische Niveau der Produzenten, den Produktionsmaßstab und nicht zuletzt auf Faktoren, die sich aus der Spezifik der einzelnen Erzeugnissortimente selbst ergeben und oftmals entscheidend die Möglichkeit der Produktionsorganisation, der Produktivität und Effektivität beeinflussen. Erkenntnisse aus historischen Analysen zur Produktion und Effektivität industrieller Bereiche sind also nur in seltenen Fällen auf Entwicklungsvorgänge anderer Industriebereiche übertragbar und können in der Regel nicht für vergleichende Betrachtungen herangezogen werden.

Die verallgemeinerungsfähige Seite der Arbeit der Autoren liegt deshalb vor allem in den Methoden, die für die Untersuchungen benutzt wurden, während die damit gewonnenen Erkenntnisse immer einen vom jeweiligen Untersuchungsgegenstand geprägten spezifischen Charakter aufweisen. Sicherlich kann in diesem Zusammenhang auch die Klassifizierung der die Reproduktion beeinflussenden Faktoren in eine "unmittelbare" oder "mittelbare" Einflüßebene

2 Vgl. Braun, A., Komplexe Effektivitätsbeurteilung der Volkswirtschaft bei Intensivierung. Ein Beitrag zur Diskussion, Berlin 1978, S. 35.

3 Wießner, K., Die Herausbildung der materiell-technischen Basis der sozialistischen Industrie in der Periode des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR. Grundzüge, Diss. B, Jena 1983.

4 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das hier rezensierte Buch.

nicht ohne Widerspruch bleiben. Sind es doch oftmals diese scheinbar mittelbaren Faktoren, die zu unmittelbar auslösenden Momenten für die Effektivität der Produktion werden.

Die relativ enggefaßte Betrachtung aus der Sicht einzelner Industriekomplexe trägt dabei ebenfalls die Gefahr in sich, daß die mittelbaren ebenso wie die unmittelbaren Einflußfaktoren auf die Betrachtungsebene des jeweiligen Zweiges oder Betriebes bezogen werden.

Das heißt, Entstehung und Wirkung dieser Faktoren werden mit der Reproduktion des betrachteten Industriekomplexes in Verbindung gebracht und dienen zur Bewertung ihrer Effektivität.

Tatsächlich zeigt die historische Entwicklung, daß oftmals solche Faktoren von "außen" auf den jeweiligen Reproduktionsprozeß einwirkten. Ursachen und Wirkungen dieser Faktoren lagen entweder auf verschiedenen Ebenen des Stufenprozesses der Produktion oder in verschiedenen Verantwortungsbereichen. Sie wirkten zwar auf die Reproduktion des jeweilig betrachteten Industriekomplexes ein, konnten von diesem aber nur bedingt beeinflußt werden. Als Beispiele hierfür sind die weniger effektiven Eigenfertigungen von nicht planmäßig bereitgestellten Kooperationsleistungen, Qualitätsmängel von Zulieferungen und nicht zuletzt Veränderungen in der Beschaffung von Rohstoffen und dem Absatz der Fertigerzeugnisse zu nennen.

Sicher ist auch die im Schema 1 auf Seite 16 vorgenommene Einstufung von Wissenschaft und Technik als mittelbar die Reproduktion beeinflussende Faktoren problematisch. Tatsächlich kann man die im Betrachtungszeitraum besonders deutlich vor sich gegangene Wesensveränderung der als unmittelbarer Faktor eingestuften Produktivkraft "Arbeitsmittel" nicht außer Betracht lassen. Besonders ab Mitte der 60er Jahre nehmen vor allem im Bereich des Maschinenbaus die innerhalb des Fonds Wissenschaft und Technik aufgewandten finanziellen Mittel und Kapazitäten für die technologische Forschung einen bis heute progressiv steigenden Umfang ein. In den 60er und 70er Jahren beginnen Produktion und Wissenschaft immer stärker miteinander zu verschmelzen. Komplizierte Technologien und Fertigungsverfahren sowie seit den 70er Jahren verstärkt Programmunterlagen für automatische Maschinenteknik und Fertigungssteuerung prägen zum großen Teil das "Arbeitsmittel" des modernen Produktionsprozesses. Die im Schema 3 auf Seite 17 als Produktivitäts- und Rentabilitätskennziffern des unmittelbaren Faktors "Arbeitsmittel" fungierenden betriebswirtschaftlichen Größen "Grundfondsquote" und "Amortisationseffektivität" reichendeshalb für eine objektive Bewertung der Effektivität des Produktionsprozesses nicht aus.

Für die letztlich aus Rentabilitätsbetrachtungen getroffene Feststellung zur Effektivität der Reproduktion sind auch die relativ schwer durchschaubaren Gemeinkosten ein erheblicher Unsicherheitsfaktor, da ihr Umfang innerhalb eines Planjahres oftmals ein Vielfaches der reinen Produktionsselbstkosten beträgt. Im betrachteten Zeitraum wurden sie oft nur als Gesamtkostenfaktor oder in relativ weitgefaßten Kostenkomplexen statistisch erfaßt. In vielen Fällen waren aber auch größere Kostenbestandteile in ihnen enthalten, die der Schaffung von "Arbeitsmitteln" im vorher geschilderten Sinne dienen.

Ein weiteres diffiziles Problem besteht in der Darstellung des Zusammenhangs von Entwicklung der Qualität von Arbeit und Erzeugnissen einerseits

und der Erhöhung der Effektivität der Reproduktion andererseits. Besonders im Hinblick auf eine allseitige Intensivierung der Produktion kommt der ständigen Erhöhung der Qualität eine erstrangige Bedeutung für die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu. Historische Erkenntnisse über Entwicklungsprozesse auf diesem Gebiet können deshalb auch für die Gestaltung künftiger Intensivierungsprozesse außerordentlich dienlich sein.

Zuzustimmen ist den Autoren, wenn sie zunächst für nähere Untersuchungen zu dieser Problematik methodisch eine Untergliederung des Wirkungsfeldes qualitativer Aspekte vornehmen: erstens nach den Einflüssen auf die unmittelbare Arbeit und zweitens nach den Wirkungen, die sich aus der Qualität der gefertigten Erzeugnisse selbst ergeben.

Es geht also aus wirtschaftshistorischer Sicht darum, die konkret-historische Entwicklung der wertschaffenden Eigenschaften der menschlichen Arbeit in einem determinierten Fertigungsprozeß einerseits und der Gebrauchswerteigenschaften der aus diesem Prozeß hervorgehenden Erzeugnisse andererseits zu untersuchen und zu bewerten. Die objektive Widerspiegelung des Konkret-Historischen zu dieser Problematik erfordert immer die zusammenhängende Betrachtung beider Seiten in ihrer wechselseitigen Bedingtheit.

Hierbei sahen sich die Autoren allerdings einer Schwierigkeit gegenüber: Die beiden Seiten liegen außer im Werkzeugmaschinenbau auf unterschiedlichen Ebenen. Das heißt, bei historischen Betrachtungen zur Entwicklung von Industriezweigen und -betrieben bleibt die volkswirtschaftliche Wirksamkeit ihrer Produkte weitgehend unberücksichtigt. So finden zwar gestiegene Gebrauchswerteigenschaften der Produkte in bestimmten Grenzen ihren Niederschlag in den Erzeugnispreisen und beeinflussen damit die Entwicklung der Kennziffer "Industrielle Warenproduktion". Vielfach lagen aber den Preisfestlegungen für Produktionsmittel und Erzeugnisse der Grundstoffindustrie Erwägungen zugrunde, die zur Stimulierung des Einsatzes bestimmter Industriegüter dienten und das schnelle Wachstum der Volkswirtschaft als Ganzes im Auge hatten. Eine objektive Bewertung der aus dem Verhältnis von Preis und Gebrauchswert resultierenden Probleme ist deshalb für die meisten industriellen Güter in dem Zeitraum, der von den Autoren für ihre Untersuchungen gewählt wurde, nicht möglich. Auch der von den Autoren aus dem historischen Quellenmaterial aufgegriffene Begriff "hochproduktiv" ist dabei relativ und für exakte Untersuchungen nicht korrekt genug.

Gleichfalls ist die Kennziffer des Aufwandes für Ausschuß, Nacharbeit und Reklamationsleistungen weder für die Kennzeichnung der Erzeugnisqualität noch für die qualitative Bewertung der unmittelbar geleisteten industriellen Arbeit ausreichend.

Den Autoren ist sicherlich recht zu geben, wenn sie in diesem Zusammenhang auf das nur bruchstückhaft vorliegende Quellenmaterial für solche Studien hinweisen. Es sollte aber dennoch bei weiterführenden Forschungen der Versuch unternommen werden, durch die Erschließung eines größeren Spektrums unterschiedlicher Einflußgrößen diesen wichtigen Teilkomplex der Untersuchungen noch tiefer zu durchdringen.

Beispiele dafür sind technisch-technologisch der Mechanisierungs- und Automatisierungsgrad der Ausrüstungen und der Arbeit, die Altersstruktur der Ausrüstungen, der Standardisierungsgrad, die Anteilsstruktur der Fertigungsprinzipien am Gesamtproduktionsprozeß oder bestimmte spezifische Erzeug-

nisparameter (eine wesentliche Informationsquelle könnten hierzu die Erzeugnispaße wichtiger Produktionsmittel in ihrer historischen Abfolge sein). Kennziffern, die im weitesten Sinne Aufschluß über den Einfluß der Organisation der Arbeit auf qualitative Parameter der Produktion geben können, sind außerdem der Anteil wissenschaftlicher Arbeitsnormen am Gesamtfertigungszeitaufwand, Qualifikations- und Tätigkeitsstrukturen, Lohngruppenanalysen, Verhältnisstrukturen von Vorbereitungs- zu direkten Produktionsbereichen (z. B. Anteil der Technologen und Konstrukteure gegenüber dem Produktionsarbeiter, Verhältnis von Produktionsgrund- und Produktionshilfsarbeitern u. a.).

Alle diese Kennziffern könnten in ihrer historischen Entwicklung, auch in Form mathematisch-statistischer Datenreihen möglicherweise interessante Aufschlüsse über allgemein gültige Einflüsse geben; wenn sie dann zu ökonomischen Daten über die Entwicklung von Warenproduktion, Betriebsergebnis I und II, Selbstkosten, Materialverbrauch, Investitionsintensität (hierzu sind sicherlich auch die Projektdokumentationen volkswirtschaftlich bedeutender Großvorhaben aufschlußreich) u. a. in Beziehung gebracht würden.

Interessant wären auch vergleichende Forschungen über den volkswirtschaftlichen Wirkungsgrad von Industriezweigen und -betrieben, indem beispielsweise die Untersuchungen über einen Produzenten wichtiger Produktionsmittel wechselseitig mit den Untersuchungen über einen Industriezweig, der historisch zu den maßgeblichsten Anwendern dieser Erzeugnisse gehört, in Beziehung gebracht würden.

Aus den vorgenannten Gedanken für weiterführende historische Forschungen auf dem Gebiet der Industriezweig- und Betriebsgeschichte erwächst auch das Anliegen, daß der Begriff "Qualität" möglicherweise künftig weiter gefaßt werden muß, als das die Autoren im vorliegenden Studienband tun.

Für die wirtschaftshistorische Untersuchung von Industriezweigen und -betrieben reflektiert die von den Autoren zugrunde gelegte Methodik den gegenwärtigen Stand wirtschaftswissenschaftlicher Forschung.

Die Autoren geben somit dem mit dem vorliegenden Band Arbeitenden ein Instrumentarium in die Hand, ähnliche Prozesse nicht zuletzt auch im Hinblick auf das Erschließen von historischen Erfahrungen für die künftige Gestaltung von Reproduktionsprozessen in Zweigen und Betrieben zu nutzen.

Man muß hierbei freilich erkennen, daß solche Untersuchungen in ihrer Aussagekraft auf die gewählte Betrachtungsebene beschränkt bleiben müssen. Sie bilden eine wichtige Ergänzung zu Studien über größere volkswirtschaftliche Bereiche. Sie können aber beispielsweise Forschungen zur industriellen Gesamtentwicklung nicht ersetzen, da die aus solchen Teiluntersuchungen gewonnenen Schlußfolgerungen zu ökonomischen und sozialen Entwicklungsprozessen oftmals erheblich von den Ereignissen der Gesamtindustrie abweichen. Das schließt auch die Erkenntnis ein, daß sich selbst eine Vielzahl solcher Teiluntersuchungen nicht zu Gesamtaussagen über die industrielle Entwicklung der DDR verdichten lassen, da sich die vielfach miteinander verwobenen Beziehungen von extensiver und intensiver, einfacher und erweiterter Reproduktion in den einzelnen Zweigen und Bereichen der Volkswirtschaft aus der Sicht einzelner Industriezweige und -betriebe nicht erfassen lassen. Oftmals bestand in der Vergangenheit die Notwendigkeit, in Teilabschnitten der Volkswirtschaft Erweiterungen des Produktionsfeldes vorzu-

nehmen, um große Reproduktionsbereiche, wie beispielsweise die Industrie, die Landwirtschaft, das Verkehrswesen u. ä., in ihrer Gesamtheit volkswirtschaftlich wirkungsvoller zu gestalten. Das heißt, die Schaffung von Entwicklungsbedingungen, die dann oftmals sowohl aus Gründen einer ökonomischen Verwendung des Investitionsfonds als auch aus dem allgemeinen Erfordernis einer planmäßig proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft nur auf die jeweiligen Schwerpunktbereiche vor allem im Sektor der Industrie bezogen wurden, kann letztlich in ihrer Wirksamkeit auf ökonomische und soziale Entwicklungsprozesse der Gesellschaft nur in einem weitgefaßten Rahmen wirtschaftshistorischer Forschung objektiv wiedergespiegelt und bewertet werden. Man kann hierzu mit Bezug auf die Marxsche Reproduktionstheorie sagen, daß intensive Reproduktion nicht nur die Weiterführung des Produktionsprozesses auf höherer Stufenleiter ermöglicht, sondern daß die Ergebnisse neuerschaffener Produktionsbedingungen erst auf einer höheren Stufe des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses voll zum Tragen kommen und deshalb erst durch Untersuchungen, die verschiedene Ebenen erfassen, erschließbar werden.

Wenn wir unseren Eindruck von der Arbeit über "Produktionswachstum und Effektivität in Industriezweigen der DDR 1950 - 1970" unter dem von uns gewählten Gesichtspunkt zusammenfassen, dann müssen wir feststellen, daß ihre Verfasser die Entwicklung der Geschichte der sozialistischen Wirtschaft zu einer Teildisziplin der Wirtschaftsgeschichte ein gutes Stück vorangebracht haben. Ihr hauptsächlichstes Verdienst besteht ohne Zweifel in der Formulierung und Lösung grundlegender Probleme des historischen Werdegangs der sozialistischen Wirtschaft in der DDR und in den Leistungen auf dem methodologischen Gebiet. Es ist aber auch nicht zu übersehen, daß die Verfasser erste Versuche unternahmen, um Gesetzmäßigkeiten in diesem Werdegang zu bestimmen.

Das zeigt sich besonders in dem von Roesler verfaßten Kapitel zur Dynamik der Effektivitätsentwicklung.

Eine sorgfältige Untersuchung zur sozialistischen
Arbeitskräftepolitik

Ralf R. Leinweber, Das Recht auf Arbeit im Sozialismus.
Die Herausbildung einer Politik des Rechts auf Arbeit in der SBZ/DDR
1945 - 1961. Mit einem Vorwort v. Rainer Rilling = Schriftenreihe
für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Bd. 33

Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft,
Marburg 1983, 362 S., Pr.: 39,80 DM

von Jörg Roesler

Die vorliegende Monographie stellt ein Novum auf dem Gebiet bundesrepublikanischer DDR-Forschung dar. Erstmals wurde eine umfangreiche wissenschaftliche Arbeit zur Entwicklung der Arbeitskräftepolitik eines sozialistischen Landes vorgelegt. Die zahlreichen "Systemvergleiche" BRD - DDR, die Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre und dann erneut seit Ende der 70er Jahre (mit wieder zunehmend antikomunistischer Tendenz) publiziert wurden, klammern die Entwicklung des Rechts auf Arbeit in der DDR fast völlig aus. Wenn dieses Thema überhaupt berührt wurde, dann, um dem Leser die Auffassung zu suggerieren, daß es dort zwar ein Grundrecht auf Arbeit gebe, dieses aber "systemimmanent" mit der Abschaffung des Grundrechts auf freie Berufswahl verbunden sei und den "Arbeitnehmer zum modernen Arbeitssklaven" mache.¹

Ralf R. Leinweber - er gehört zu jener Gruppe fortschrittlicher Forscher in der BRD, die in den letzten Jahren durch wertvolle gesellschaftswissenschaftliche Studien auf sich aufmerksam machten² - steht diesen Auffassungen kritisch gegenüber. Er nimmt sie aufs Korn, geht ihnen auf den Grund, weist nach, daß die angeführten Argumente nicht stichhaltig sind (vgl. S. 107, 135, 174, 196, 300, 303 f.)³.

1 Vgl. Althammer, W., Ein "Recht auf Arbeit" oder Vollbeschäftigung?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift "Das Parlament", 20. 6. 1981, S. 13.

2 Vgl. Kuczynski, J., Glanzvolle soziologische Studien in der Sowjetunion, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG), 3/1982, S. 137.

3 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im fortlaufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

Als ein Beispiel für die Art und Weise, wie der Autor sich mit derartigen Verfälschungen auseinandersetzt, seien hier seine Argumente gegen Bust-Bartels ausführlicher wiedergegeben. Dieser unterschreibt der SMAD und der DWK mit der im Befehl Nr. 234 vom Herbst 1947⁴, einer der wichtigsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Nachkriegsjahre, vollzogenen Hinwendung zur Entlohnung nach der Leistung und der Orientierung auf Schwerpunktzweige, die u. a. auch die Ausgabe von warmen Mittagssmahlzeiten unterschiedlicher Menge und Qualität mit einschloß, eine "entsolidarisierende Intention"⁵. Leinweber schreibt dazu: Das "geht jedoch nur bei oberflächlicher Betrachtung der Problematik und/oder bei ungenauer Gegenstandsforschung. Beides ist bei Bust-Bartels der Fall. So löst er nicht nur die konkrete Maßnahme aus ihrem Kontext (Steigerung der Arbeitsproduktivität/Vorrangstellung bestimmter Wirtschafts- und Berufszweige), vielmehr taucht dieser in seiner gesamten Abhandlung kein einziges Mal auf. Leistungslohn und soziale Verbesserungen bestimmter Berufsgruppen werden hier allein als Mittel zur Spaltung und Knechtung der Arbeiterklasse gesehen. Kein Wort über das zentrale Ziel der Steigerung der Arbeitsproduktivität als Voraussetzung für die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung. Kein Wort über die beginnende Durchsetzung sozialistischer Gesetzmäßigkeiten der Produktion, der Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft, kein Wort über die, angesichts der angespannten Wirtschaftslage, notwendige Präferenzierung von für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung entscheidenden Wirtschaftszweigen und einer Steuerung der Arbeitskräfte in diese Bereiche mit Hilfe materieller Anreize bzw. Vergünstigungen. Bust-Bartels entwickelt seine Darstellung ohne vorherige Betrachtung der sozioökonomischen Ausgangslage der SBZ, bei ihm hat es einen West - Ost-Gegensatz nie gegeben, keinen Wirtschaftskrieg und keine -spionage seitens der BRD und der Westmächte. Alles spielt sich im luftleeren Raum ab. Konstruiert wird stattdessen ein formaler 'oben - unten'-Gegensatz, der ohne Herleitung axiomatisch gesetzt, die Notwendigkeit zentraler Zusammenfassung dezentraler Aktivitäten als auch der zentralen Anknüpfung von 'Basis'- Initiativen völlig ignoriert, wie für ihn gleichfalls die Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung und die daraus resultierenden politischen, ökonomischen etc. Entscheidungen/Veränderungen außerhalb der Betrachtung liegen. 'Ausgangspunkt seiner Darstellung sind nicht die realen Verhältnisse, diese werden vielmehr in ein vorgefertigtes Urteilsschema gepreßt, um am Ende der Darlegung die Ausgangsthese vollumfänglich bestätigen zu können. Daß bei einem solchen Verfahren historische Tatsachen unter den Tisch fallen, versteht sich dann fast von selbst." (S. 303 f.)

Leinwebers Beweisführung ist u. a. so schlüssig, weil sie auf einer umfassenden Untersuchung der Arbeitskräftepolitik in der DDR während der Über-

- 4 Vgl. Befehl 234 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten der Industrie und des Verkehrswesens v. 9. 10. 1947, in: 30 Jahre volkseigene Betriebe. Dokumente und Materialien zum 30. Jahrestag des Volksentscheids in Sachsen, Berlin 1976, S. 146 ff.
- 5 Bust-Bartels, A., Herrschaft und Widerstand in den DDR-Betrieben. Leistungsentwicklung, Arbeitsbedingungen, innerbetriebliche Konflikte und technologische Entwicklung, Frankfurt (Main)/New York 1980, S. 29.

gangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus beruht. Mit der historischen Analyse der Ziele und Methoden der Planung und Lenkung der Arbeitskräfte und ihren Resultaten hat der Autor nicht nur für die BRD, sondern auch für die sozialgeschichtliche Forschung in der DDR Pionierarbeit geleistet. Man muß Rilling recht geben, wenn er in seinem Vorwort zu Leinwebers Arbeit schreibt, daß in der DDR bisher keine vergleichbare sozial-, wirtschafts- oder rechtshistorische Monographie zur Durchsetzung des Rechts auf Arbeit und zur Arbeitskräftepolitik erschienen ist (S. XII).

Trotz beachtenswerter Ansätze in den Arbeiten Dittrichs⁶ und Barthels⁷ fehlte bisher eine geschlossene Darstellung über diese Thematik für die Übergangsperiode. In den Arbeiten, die in der DDR zur Geschichte der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung erschienen sind, wurden einzelne Elemente der Entwicklung der Arbeitsbedingungen, wie z. B. der Leistungslohn und Fragen zur Mitbestimmung, analysiert.⁸ Die wirtschaftshistorische Forschung zur Leitung und Planung der Volkswirtschaft hat die institutionelle und funktionelle Seite der Arbeitskräfteplanung und -lenkung bisher nur unzureichend berücksichtigt.⁹

Leinwebers empirische Untersuchungen erstrecken sich auf den gesamten Zeitraum der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus (1945 bis 1961). Der konkret-historischen Analyse vorangestellt ist die Darstellung der ideengeschichtlichen Entwicklung der Forderung nach dem Recht auf Arbeit bis zu seiner (teilweisen) rechtlichen Verankerung in den Verfassungen der Weimarer Republik und ab 1945 der Länder der Westzonen. Der Autor weist auch darauf hin, daß das Recht auf Arbeit im Grundgesetz der BRD nicht verankert wurde. Ein entsprechender Antrag der KPD im Parlamentarischen Rat wurde mehrheitlich abgelehnt (S. 32). Als Fazit

6 Dittrich, G., Die bewußte, planmäßige Gestaltung einiger Prozesse der sozialistischen Entwicklung der Arbeiterklasse in der DDR (1948/49 - 1955), in: Jahrbuch für Geschichte, 11/1974; derselbe, Zu den Reproduktionsquellen und einigen Veränderungen in der sozialen Struktur der Arbeiterklasse der DDR während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus (1945 bis 1961), in: JWG, 2/1981, S. 243 ff.

7 Vgl. Barthel, H., Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR. Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945 - 1949/50, Berlin 1979; derselbe, Probleme und Ergebnisse der marxistisch-leninistischen Sozialpolitik in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, in: Die DDR in der Übergangsperiode. Studien zur Vorgeschichte und Geschichte der DDR 1945 - 1961, Berlin 1979, S. 134 ff.

8 Vgl. Keller, D., Lebendige Demokratie. Der Übergang von der antifaschistischen zur sozialistischen Demokratie in der volkseigenen Industrie der DDR 1948 bis 1952, Berlin 1971; Falk, W., unter Mitarb. v. H. Barthel, Kleine Geschichte einer großen Bewegung. Zur Geschichte der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der Industrie der DDR, Berlin 1966.

9 So habe ich in meiner Monographie über die Wirtschaftsplanung in der Übergangsperiode die Arbeitskräfteplanung ausgeklammert (vgl. Roesler, J., Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin 1978).

seiner ideengeschichtlichen Untersuchung stellt Leinweber fest, "daß die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht realisierbar ist und die Sozialisierung der Produktionsverhältnisse voraussetzt. Mithin ist offensichtlich, daß das Recht auf Arbeit ein originäres Grundrecht der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist" (S. 11).

Der empirische Teil des vorliegenden Buches gliedert sich in drei Abschnitte, von denen der erste die Anfänge der Realisierung des Rechts auf Arbeit in den Jahren 1945 bis 1949 und der dritte die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit zwischen den Jahren 1949/50 und 1961 darstellt. Zwischengeschaltet ist ein kurzer Abschnitt über die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Rechts auf Arbeit. Dieser Abschnitt enthält eine Analyse der arbeitsrechtlichen Bestimmungen in der Verfassung der DDR vom Jahre 1950. Der Autor untersucht das Recht auf Arbeit in umfassender Weise. Systematisch handelt er für die Zeiträume 1945 bis 1949 und 1949/50 bis 1961 die Entwicklung und Auslastung des Arbeitskräftepotentials, die Organisation der Lenkung der Arbeitskräfte (einschließlich der Berufs- und Nachwuchslenkung) sowie die Institutionen und Methoden der Arbeitskräfteplanung ab. Der Lohnpolitik und der Sozialfürsorge in der DDR sind gesonderte Untersuchungen gewidmet. Das spezielle Interesse des Autors gilt der Lenkung besonderer Arbeitskräftegruppen wie Frauen, Schwerbeschädigten, der Heimarbeit, Umsiedlern und Heimkehrern.

Leinweber hat für seine empirischen Untersuchungen sowohl die Gesetz- und Verordnungsblätter und das Statistische Jahrbuch als auch die einschlägige DDR-Fachliteratur sorgfältig ausgewertet. Hauptsächlich stützt er sich in seinen Untersuchungen jedoch auf zeitgenössische Artikel, die in einigen DDR-Fachzeitschriften zur Problematik des Rechts auf Arbeit veröffentlicht wurden. Systematisch hat der Autor Zeitschriften wie "Arbeit und Sozialfürsorge", "Statistische Praxis", "Demokratischer Aufbau" (alle erschienen ab 1946), "Die Arbeit", "Die Wirtschaft", "Berufsbildung" (erschieden ab 1947), "Arbeitsrecht" (erschieden ab 1956) und die "Vierteljahreshefte zur Statistik der Deutschen Demokratischen Republik" (1957 bis 1959) durchgesehen und dabei wahre Schätze zutage gefördert. Die Zeitschrift "Arbeit und Sozialfürsorge" erwies sich als besonders ergiebig. Als Nachweis sollen hier nur einige der von Leinweber verwendeten Artikel dieser Zeitschrift aus den Jahren 1946 bis 1950 genannt werden. Ihre Titel lassen bereits die Schwerpunkte der Arbeitskräftepolitik in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung erkennen¹⁰: "Die Arbeitsmarktlage in der sowjetischen Besatzungszone April 1946" (7/1946), "Aufgaben der Arbeitsvermittlung" (20/1947), "Hemmnisse des bezirklichen und überbezirklichen Ausgleiches (der Arbeitskräfte - J. R.)" (4/1946), "Die Entwicklung der Frauenarbeit" (5/1950), "Die Beschäftigung der Heimarbeiter" (12/1947), "Alter und Beruf der Heimkehrer" (9/1949), "Mehr Lehrlinge in die Betriebe" (17/1949), "Berufswege für unsere Abiturienten" (14/1947), "Vermittlung hochqualifizierter Fachkräfte" (4/1947), "Schulung und Beschäftigung als Faktoren positiver Sozialfürsorge" (18/1949), "Der fremdberufliche Einsatz der Facharbeiter" (10/1946), "Arbeitsbuch und Betriebskarte - die Grundlage

10 Die Angaben in Klammern beziehen sich auf Nummer und Jahrgang des Heftes, in dem der Artikel erschienen ist.

für die Arbeitsmarktstatistik" (11/1948), "Die Organisation der Arbeitsämter in der Sowjetzone" (10/1946), "Die Sammlung und Fortentwicklung der Sozialversicherungsangestellten" (15/1946), "Zweijahrplan und Arbeitsmarktlage" (20-21/1948), "Sozialpolitische Aufgaben aus dem Zweijahresplan" (13-14/1948), "Arbeitskräfteplanung im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes" (6/1949).

Basierend auf einem sorgfältigen Quellenstudium, unterscheidet Leinweber zwischen 1945 und 1949 zwei Etappen der Arbeitskräftepolitik im Osten Deutschlands:

1. die Phase der Arbeitskräftevermittlung, das heißt der Lenkung der Arbeitskräfte auf Basis der sich aus den betrieblichen Produktionsplänen ergebenden Arbeitskräfteanforderungen (1945 - 1948);
2. die Phase der Arbeitskräfteplanung, in der unter vorheriger Vorausberechnung der Zuwachs der Beschäftigten und ihre sektorale Verteilung festgelegt und die Arbeitskräfteelenkung auf dem gesamt-staatlichen Arbeitskräfteplan basiert" (S. 161).

Anstelle der Lenkung der Arbeitskräfte nach dem Verwertungsbedürfnis, so resümiert der Autor diesen Zeitabschnitt, wurden die Interessen der Gesellschaft zur Grundlage der Arbeitskräftesteuerung (S. 162).

Nach der Gründung der DDR waren dann die Voraussetzungen für die Schaffung eines sozialistischen Arbeitsrechts in der DDR gegeben "und damit die zweite Entwicklungsetappe des Arbeitsrechts eingeleitet" (S. 178). Im Mittelpunkt des Gesetzes, das bis 1961 Gültigkeit hatte, "stand die allgemeine Sicherung der Vollbeschäftigung und die Einbeziehung der arbeitsfähigen Bevölkerung in den Produktionsprozeß" (S. 263). Hauptinstrument war die weiterentwickelte Arbeitskräfteplanung, insbesondere die nunmehr entstehende Arbeitskräftebilanzierung. Beider Funktionsweise ist ausführlich und übersichtlich dargestellt (S. 209 - 234).

Insgesamt gelangt der Leser nach der Lektüre der empirischen Analyse der Arbeitskräftepolitik in der DDR während der Übergangsperiode zur gleichen Schlußfolgerung wie im ideengeschichtlichen Eingangskapitel des Buches: Der Schlüssel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und zur Gewährleistung des Rechts auf Arbeit liegt in der Umgestaltung der Produktionsverhältnisse.

Das Buch ist ein wertvolles Dokument der Arbeitsmarktstatistik in der DDR. Es enthält eine Reihe von Tabellen, die die Entwicklung der Arbeitskräfte in verschiedenen Wirtschaftszweigen zeigen. Die Tabellen sind in der Regel in zwei Spalten unterteilt: die linke Spalte zeigt die absolute Zahl der Arbeitskräfte, die rechte Spalte die Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Die Tabellen sind in der Regel in zwei Spalten unterteilt: die linke Spalte zeigt die absolute Zahl der Arbeitskräfte, die rechte Spalte die Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Der Verfasser des Buches ist ein führender Experte für die Arbeitsmarktstatistik in der DDR. Er hat eine Reihe von Büchern über dieses Thema veröffentlicht. Das Buch ist ein wertvolles Dokument der Arbeitsmarktstatistik in der DDR. Es enthält eine Reihe von Tabellen, die die Entwicklung der Arbeitskräfte in verschiedenen Wirtschaftszweigen zeigen.

Sozialökonomische Probleme in der Zeitschrift
"Asien, Afrika, Lateinamerika"

Asien, Afrika, Lateinamerika. Zeitschrift des Zentralen Rates für
Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften in der DDR,
Hefte 1 - 6/1981; 1 - 6/1982; 1 - 6/1983

Akademie-Verlag, Berlin, ca. 200 S., Pr. je Heft: 6,- M

von Waldtraut Schmidt

Seit 1973 gehört die Zeitschrift "Asien, Afrika, Lateinamerika" zum Literaturangebot der DDR. Der größte Teil der Beiträge in den inzwischen sechsmal jährlich erscheinenden Heften ist Fragen der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gewidmet. Außerdem werden Forschungsergebnisse aus den Bereichen Kultur, Ideologie und Sprachen vorgestellt. Die Autoren sind größtenteils Forscher, Hochschullehrer und Praktiker aus der DDR; zu Wort kommen auch Spezialisten aus anderen Ländern.

Zu den ständigen Leistungen der Zeitschrift gehören Berichte über Konferenzen im nationalen und internationalen Rahmen sowie die Veröffentlichung wichtiger Dokumente, die z. B. von Spezialorganisationen der UNO oder der Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten im Rahmen des Kampfes um gleichberechtigte internationale Wirtschaftsbeziehungen als Resolutionen verabschiedet wurden. Schließlich sind die in jedem Heft enthaltenen Rezensionen zu nennen. Sie sind für Studierende, Forschende und Lehrende wichtig; denn die notwendige Konzentration einzelner Forscher und Arbeitsgruppen auf bestimmte Problemkreise und Länder oder Regionen erfordert die gleichzeitige Information über ein breites Fragenspektrum. Eine gezielte Arbeit auf diesem Gebiet hat bei der Vielsprachigkeit der Fachliteratur - und der großen Bedeutung außereuropäischer Sprachen für das Eindringen in viele Probleme - und der Komplexität der Forschungsgegenstände eine kaum zu überschätzende Bedeutung. Deshalb sollte die Zusammenarbeit zwischen Redaktion und Nutzern der Zeitschrift verstärkt werden, da sie dazu beitragen kann, die in dieser Hinsicht gegebenen Möglichkeiten mehr als bisher auszuschöpfen.

Versucht man, die thematische Orientierung der in den letzten drei Jahrgängen erschienenen Artikel zu skizzieren, so zeigt sich, daß davon etwa 70 % sozialökonomischen Fragen gewidmet sind, Wirtschaftliche Entwicklungsprozesse werden in ihren Zusammenhängen mit gesellschaftsstruktu-

rellen Umgestaltungen untersucht. Bei vielen Beiträgen ist das Bemühen erkennbar, aus der jeweiligen Sicht ihres Gegenstandes die spezifischen Probleme einer nationalen Entwicklung zu erfassen. Die verbleibenden 30 % verteilen sich auf Artikel zu Fragen der Kultur und Ideologie sowie zu Sprache und Literatur, wobei die letztgenannte Problematik schwächer vertreten ist. In jedem Jahrgang sind 3 bis 4 Aufsätze enthalten, die sich mit einschlägigen juristischen Fragen befassen.

Etwa ein Viertel aller Beiträge beschäftigt sich mit generellen theoretischen und praktischen Fragen von Ländern der "dritten Welt", während drei Viertel ihre Untersuchungen auf einzelne Länder oder Regionen beziehen. Es scheint, daß die den afrikanischen Ländern bzw. dem subsaharischen Raum gewidmeten Artikel der Vielfalt der Probleme dieses Kontinents am ehesten gerecht werden, was nicht im gleichen Maße von den auf den asiatischen Kontinent bezogenen Beiträgen gesagt werden kann. Am stärksten unterrepräsentiert scheinen jedoch Probleme des lateinamerikanischen Kontinents zu sein. Dies kommt schon allein darin zum Ausdruck, daß die Zahl der Beiträge zu Lateinamerika in allen drei Jahrgängen niedriger als die zum afrikanischen und asiatischen Kontinent ist. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß sich die Anzahl der Rezensionen in den Jahren von 1981 bis 1983 zwischen 94 und 100, im Falle der Berichte über Konferenzen und Tagungen zwischen 21 und 27 bewegte.

In der Zeitschrift wird zunehmend sichtbar, daß sich die Forschung sowohl mit allgemeinen Problemen von Entwicklungsländern als auch mit solchen aus wirtschaftshistorischer Sicht beschäftigt. Bei der Untersuchung der ökonomischen Situation speziell in einzelnen Ländern sowie generell innerhalb einer Ländergruppe erweist es sich als unerlässlich, die Fragen auch unter wirtschaftshistorischem Aspekt zu sehen. Ohne eingehende Kenntnis darüber, wie die heutigen Entwicklungsländer während der Kolonialzeit in die kapitalistische internationale Arbeitsteilung einbezogen wurden, wie in den Kolonien die von außen verursachten Veränderungen das intern gegebene Wechselverhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, von Basis und Überbau beeinflussen, kann die gegenwärtige Situation nicht verstanden werden. Erfreulicherweise ist bei Historikern und Wirtschaftshistorikern die Tendenz zu verzeichnen, nicht bei der Erforschung abgeschlossener Prozesse stehenzubleiben, sondern auch gegenwärtige Probleme aufzugreifen. Ein nicht unerheblicher Teil der in der Zeitschrift "Asien, Afrika, Lateinamerika" veröffentlichten Beiträge stammt aus der Feder von Historikern.

Im folgenden wird auf Beiträge wirtschaftshistorischen Charakters eingegangen bzw. werden Anregungen aufgegriffen, die vor allem für wirtschaftshistorisch interessierte Leser nützlich sein können.

Zu Anfang soll auf einen interdisziplinären Gedankenaustausch hingewiesen werden, der in größerem Rahmen während des VII. Historikerkongresses (6. bis 9. Dezember 1982) in Berlin stattfand. Ergebnisse der Entwicklungsländerforschung fanden dort ihren Niederschlag sowohl durch das von Christian Mährdel im Plenum gehaltene Referat zum Thema "Revolutionen in Asien, Afrika und Lateinamerika: Soziale Dimensionen nationaler Befreiung in unserer Epoche" als auch durch die Einrichtung eines Arbeitskreises, in dem "Wege zur nationalen Unabhängigkeit und sozialen Befreiung in Asien, Afrika und Lateinamerika" diskutiert wurden. Bemerkenswert war nicht nur die breite Palette der erörterten Probleme, sondern auch die interdisziplinäre

näre Beteiligung. Neben Historikern beteiligten sich u. a. Philosophen, Ökonomen, Ethnologen, Staats- und Rechtswissenschaftler sowie Militärwissenschaftler an den Diskussionen. Die Zeitschrift "Asien, Afrika, Lateinamerika" berichtet im Heft 2 des Jahrgangs 1983 darüber und macht den Lesern auch das von Martin Robbe zum Thema "Reform und Revolution im Kampf für nationale und soziale Befreiung" vorgetragene Referat zugänglich. Einige weitere der in diesem Heft enthaltenen Beiträge sind historischen und wirtschaftshistorischen Fragen gewidmet, z. B. der von Horst Grienig "Das Scheitern der kemalistischen Entwicklungsstrategien der ökonomischen Unabhängigkeit und die ungelöste Agrarfrage in der Türkei" sowie von Thea Büttner "Karl Marx und die Geschichte Afrikas - Einige methodologische Aspekte einer Periodisierung".

Um Vorstellungen von den Beiträgen historischen und wirtschaftshistorischen Charakters zu vermitteln, soll auf einige dieser Arbeiten verwiesen werden. Gerhard Feldbauer stellte die Entwicklung Vietnams zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg unter verschiedenen Aspekten dar; untersucht wurden von ihm z. B. die sozialökonomische und die Klassenstruktur des Landes (5/1980)¹, die revolutionären Massenkämpfe 1930/31 (2/1980) sowie das Entstehen revolutionärer Organisationen mit kommunistischer Tendenz (2/1982). Jürgen Hell befaßte sich mit einigen grundlegenden Fragen der brasilianischen Wirtschaftsentwicklung in der Zeit von 1808 bis 1870. So untersuchte er "Die brasilianische Independencia und das Problem der Sklaverei (1808 - 1839)" (1/1981). Dann folgte der Beitrag "Die Unterdrückung des transatlantischen Sklavenhandels und die Volksaufstände gegen das Plantagenkapital (1831 - 1850)" (2/1981). Ihren bisherigen Abschluß finden diese Darstellungen mit dem Artikel "Der brasilianische Kaffee-Plantagen-Komplex im Widerspruch zwischen versklavter und freier Arbeit (1850 - 1870)" (1/1983).

Im Jahrgang 1982 findet man unter den historischen und wirtschaftshistorischen Arbeiten über asiatische Länder u. a. eine Reihe von Beiträgen, die sich auf die Entwicklung in Indien beziehen: z. B. Hiltraud Rüstau, "Die bengalische Renaissance - Beginn des Nationalismus oder erwachendes Nationalbewußtsein in Indien?" (1/1982); Joachim Oesterheld, "Bemerkungen zur kapitalistischen Entwicklung in der Industrie und Landwirtschaft Indiens nach Erlangung der staatlichen Selbständigkeit und ihren Auswirkungen auf die Struktur der Bourgeoisie" (1/1982), "Wirtschaftspolitische Vorstellungen innerhalb der bourgeoisien Klassen Indiens in den siebziger Jahren" (3/1982); Bianca Schorr, "Unabhängigkeit und Fortschritt - Die Herausbildung der Zielvorstellungen des Indischen Nationalkongresses bis zur Erringung der staatlichen Unabhängigkeit" (3/1982); Joachim Heidrich, "Nationale Integration" - gesellschaftspolitisches Konzept der bürgerlich-demokratischen Kräfte in Indien" (5/1982); Hannelore Lederer, "Die Kommunistische Partei Indiens im Kampf für die Einheit der linken und demokratischen Kräfte und für eine fortschrittliche gesellschaftliche Alternative" (6/1982).

Die meisten Beiträge sind unter dem Aspekt der gegenwärtigen Situation der Entwicklungsländer geschrieben, in denen z. T. wirtschaftlichen und gesell-

1 Alle im Text nicht näher bezeichneten Heft-Angaben beziehen sich auf die hier besprochenen Jahrgänge der Zeitschrift.

schaftlichen Vorgängen in einzelnen Ländern oder bestimmten Regionen nachgegangen wird. Da diese Beiträge in der Regel auf langjährigen Studien der betreffenden Länderproblematik beruhen, sind sie meist sehr informativ.

Andere Beiträge zielen dagegen darauf ab, theoretische Probleme und Zusammenhänge aufzudecken, die für alle oder doch viele Entwicklungsländer typisch sind. Die politökonomische Durchdringung einer ganzen Reihe von Fragen ermöglicht, in wachsendem Maße den Charakter der Produktions- und Verteilungsprozesse aufzudecken und den sich in den Entwicklungsländern vollziehenden Wertflüssen und ihrer internationalen Verflechtung nachzuspüren. Für die Arbeit auf diesem Gebiet sind die von den Klassikern des Marxismus-Leninismus geäußerten Gedanken zu den Methoden des Übergangs von vorkapitalistischen Verhältnissen zur kapitalistischen Produktion bzw. zum Umgehen dieser Etappe, zur Entwicklung bestimmter Relationen zwischen Industrie und Landwirtschaft, zur Entwicklung volkswirtschaftlicher Verflechtungen wie auch zu Fragen der Bevölkerungsentwicklung äußerst anregend. Um spürbare Fortschritte bei der politökonomischen Durchdringung der anstehenden Fragen zu erreichen, ist die interdisziplinäre Arbeit weitaus systematischer als bisher zu gestalten.

Wünschenswert wäre, wenn die Forschung den auf die Erhaltung des Friedens und die Abrüstung gerichteten Aktivitäten in ihrer Bedeutung für die Entwicklungsländer größere Aufmerksamkeit schenkte und dieser Problembereich entsprechenden Niederschlag in der Zeitschrift "Asien, Afrika, Lateinamerika" fände.

Ein äußerst wichtiger Wirtschaftsbereich für die meisten Entwicklungsländer ist die Landwirtschaft. Dies ergibt sich häufig daraus, daß sie ein bedeutender, wenn nicht sogar der bedeutendste Lieferant von Exportprodukten ist. Zugleich findet in diesem Bereich in der Regel ein hoher Anteil der Bevölkerung Beschäftigung. Da die ländlichen Gegenden aber zumeist durch eine besonders ausgeprägte sozialökonomische Rückständigkeit gekennzeichnet sind, erweisen sich die Durchführung konsequenter Agrarumgestaltungen und die Hebung des Produktivitätsniveaus als äußerst dringlich gewordene Aufgaben.

Dieser Problematik widmet die Zeitschrift stets viel Aufmerksamkeit. So findet der Leser z. B. Übersichtsartikel über den allgemeinen Entwicklungsstand der Produktivkräfte in der Landwirtschaft von Entwicklungsländern bzw. kann sich über die Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges in verschiedenen Ländern und Regionen informieren. In den letzten Jahren wurde eine Reihe von Beiträgen publiziert, in denen die Erfahrungen mit verschiedenen und verschiedenartigen Agrarprogrammen ausgewertet und vorgestellt werden. Dabei lassen sich gewisse Parallelen zu Problemen und Umgestaltungsprozessen erkennen, wie sie in zurückliegenden Jahrhunderten z. B. auch in Europa zu verzeichnen waren. Die spezifische historische Entwicklung einzelner Länder und Regionen in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie die Tatsache, daß diese Umgestaltungen unter den Bedingungen der gegenwärtigen Epoche akut werden, prägt jedoch ihre Eigenart. So sind in einer Reihe von Ländern konsequente Agrarumgestaltungen eingeleitet worden, deren Ziel der Aufbau einer sozialistischen Landwirtschaft ist. In den meisten Entwicklungsländern wurden aber im Rahmen einer kapitalistischen Entwicklung auch auf dem Lande nur die extremsten Auswüchse vorkapitalistischer Ausbeutung beseitigt, und die weiterhin bestehende Rückständigkeit führt zur Zuspitzung bereits bestehender sozialökonomischer Probleme.

Zu den Themenkomplexen, die unter verschiedenen Aspekten in der Zeitschrift diskutiert werden, gehören Fragen des Übergangs zur sozialistischen Produktionsweise unter den Bedingungen ökonomischer Rückständigkeit oder des Charakters des Kapitalismus in Entwicklungsländern; Probleme der Ausbeutung von Entwicklungsländern durch den Imperialismus; allgemeine und spezifische Fragen der sozialökonomischen Umgestaltung wie der Herausbildung neuer Klassen, Schichten und Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern; Fragen der Rolle der Volksmassen in diesen Prozessen, Charakter und Rolle des Staates, spezifische Probleme der Industrialisierung, der Strategiebildung und der Planung in Entwicklungsländern. Eine ganze Reihe von Beiträgen befaßt sich mit den materiellen Grundlagen des nationalen Befreiungskampfes, seinen Etappen, Formen und Ergebnissen sowie den verschiedenen ideologischen Reflexionen dieser Problematik.

Aufmerksamkeit wird auch Zusammenhängen zwischen der sozialen Lage der Volksmassen und der Wirtschaftsentwicklung gewidmet. Beiträge, in denen diese Relationen besonders ausgeprägt sind, haben z. B. die Ernährungslage und den Gesundheitszustand der Bevölkerung, Fragen der Ausnutzung des gegebenen Arbeitsvermögens, der Volksbildung und der beruflichen Qualifizierung, der Migration und Urbanisierung zum Gegenstand.

Das Bemühen um theoretische Durchdringung dieser und anderer Fragen führte dazu, gelegentlich Beiträge methodischen Charakters aufzunehmen. Dazu sind z. B. jene Aufsätze zu rechnen, die sich mit der Ausarbeitung und Anwendung von Kriterien für die Gruppierung und Systematisierung von Entwicklungsländern befassen. Es wäre jedoch ein Gewinn für die Arbeit auf dem Gebiet der Entwicklungsländerforschung, wenn methodische Probleme in der Zeitschrift stärkeres Gewicht erhielten.

Schließlich soll nicht unerwähnt bleiben, daß ein großer Teil der Beiträge polemischen Charakter trägt. Aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur kapitalistischen Weltwirtschaft werden die Entwicklungsländer ständig und sogar in wachsendem Umfang durch den Imperialismus ausgebeutet. Im wesentlichen ist es auf diesen Umstand zurückzuführen, daß auf der Seite der bürgerlichen Theorie Apologeten des gegebenen Zustandes hervorgetreten, aber auf der anderen Seite auch die Zahl und das Gewicht reformistisch orientierter Theoretiker und Praktiker im bürgerlichen Lager angewachsen sind. Die den Entwicklungsländern aus der Zugehörigkeit zum kapitalistischen Weltwirtschaftssystem erwachsenden Probleme führten gleichzeitig dazu, daß sich unter den aus Entwicklungsländern stammenden Ökonomen - und natürlich nicht nur in ihren Reihen - konsequente Kritiker der gegebenen weltwirtschaftlichen Verhältnisse profilierten. Viele von ihnen geben nicht nur ein objektives Bild von den genannten Problemen, sondern bemühen sich darüber hinaus, diese theoretisch zu durchdringen. In den Diskussionen um die akuten Probleme der Entwicklungsländer spielen ultralinke Kräfte eine z. T. beträchtliche Rolle und begründen ihre Standpunkte auch theoretisch, woraus sich weitere Ansätze zur Polemik ergeben. Da die Autoren der Zeitschrift "Asien, Afrika, Lateinamerika" ihre Aufgabe nicht nur darin sehen, ihre Meinung zu der von ihnen behandelten Problematik zu sagen, sondern sich gleichzeitig mit verschiedenen Standpunkten und Aspekten zu den jeweiligen Fragenkomplexen auseinanderzusetzen, sind viele Beiträge im Hinblick auf andere Standpunkte informativ und haben einen ausgesprochen streitbaren Charakter.

Die lebendige und vielseitige Polemik hängt auch damit zusammen, daß die Auseinandersetzung nicht nur von und unter Theoretikern geführt wird, sondern zum großen Teil in internationalen Gremien, vor allem in den Spezialorganisationen der UNO, stattfindet. Die verschiedenen Standpunkte und z. T. sehr prinzipielle Meinungsverschiedenheiten finden ihren Niederschlag in den Dokumenten und Materialien dieser Organisationen. Die Auseinandersetzungen geben auf einem nicht unwichtigen Teilgebiet einen Einblick in das Ringen um die Veränderung des Kräfteverhältnisses und in Positionen, die die Repräsentanten verschiedener Klassen und Interessengruppen darin einnehmen.

Zu den Grundanliegen der Entwicklungsländerforschung gehört das Erfassen der objektiven historischen Situation der entsprechenden Länder sowie der Positionen und Perspektiven der entscheidenden gesellschaftlichen Kräfte. Bei der konkreten Erforschung einzelner Probleme bestimmter Länder und Regionen stellt sich aber die Frage, wieweit es angebracht ist, von den Entwicklungsländern zu sprechen, weil die Spezifik der jeweiligen konkreten Entwicklung die nach wie vor bestehenden Ähnlichkeiten der Länder dieser Gruppe zurückdrängt. Die damit im Zusammenhang auftretenden Fragen haben zu einer häufigen Benutzung des Begriffs der sozialökonomischen Differenzierung der Entwicklungsländer geführt. Für die Forschung wie auch für die praktische Arbeit ist die Klärung des Begriffsinhalts der sozialökonomischen Differenzierung äußerst wichtig. Oft werden darunter die verschiedenen Wege der Entwicklungsländer mit ihrer jetzt reichen Vielfalt in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung verstanden, mit deren weiterem Anwachsen gerechnet wird.

In Anbetracht der Bedeutung dieser Problematik führte die Redaktion der Zeitschrift "Asien, Afrika, Lateinamerika" darüber ein Rundtischgespräch. Der Chefredakteur, Hannelore Kauffelt, umriß die Aufgabenstellung dieses Gesprächs: "Das Wechselverhältnis zwischen Einheit und Differenzierung ist stets historisch konkret. Es richtig zu erfassen, ist eine dringende Aufgabe, der sich auch unsere Zeitschrift stellen muß. Dieses erste Rundtischgespräch soll einen Beitrag dazu leisten. Obwohl diese Frage auch von außerordentlicher politischer Brisanz ist, gehen wir davon aus, daß die Antworten zuerst in den ökonomischen Verhältnissen der national befreiten Staaten zu suchen sind." (5/1982, S. 769)

Peter Stier ging auf den Inhalt des Begriffs der sozialökonomischen Differenzierung ein. "Für uns ist Differenzierung ein gesetzmäßiger Prozeß, eine vor allem sozialökonomisch bestimmte Kategorie, die die Einbeziehung dieser Länder auf die eine oder andere Weise in die den Charakter unserer Epoche bestimmenden sozialökonomischen Systeme mit den ihnen eigenen sozialökonomischen Grundlagen und Entwicklungsperspektiven zum Ausdruck bringt. Ihr Kern ist die allmähliche Herausbildung qualitativ entgegengesetzter sozialökonomischer Systeme. Sie zeigt sich erstens in der entweder langsamen Auflösung oder relativ schnellen Überwindung kolonialer und halbkolonialer sozialökonomischer Strukturen und der Vertiefung oder dem Abbruch kapitalistischer Entwicklung; zweitens in der Intensivierung der Einbeziehung oder einer meist sehr allmählichen Lösung aus der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung und schließlich drittens in einem immer umfassenderen Wirksamwerden der sozialökonomischen Gesetzmäßigkeiten, die den Gesellschaftsformationen, die den Charakter unserer Epoche bestimmen, eigen sind. ... Das ist gewissermaßen der äußere

re Gesichtspunkt, Sozialismus, sozialistische Lösungen für die brennendsten Widersprüche in diesen Ländern entsprechen auch und vor allem den inneren objektiven Erfordernissen dieser Länder (Planmäßigkeit, Rationalität in der Verteilung der Ressourcen, langfristige Strukturpolitik, Einbeziehung der Volksmassen usw.). ...

Ob jedoch ein solcher Weg beschritten wird, hängt vor allem von der realen Entwicklung der inneren politischen Kräfte ab, von der Weitsicht und Festigkeit der Bündnisse der progressiven Kräfte und einer Vielzahl anderer Fragen. In der Mehrheit der Länder gibt es außerordentlich starke Kräfte, die auf eine Vertiefung der Entwicklung zum Kapitalismus drängen und die man nicht unterschätzen darf. Die Differenzierung zeigt sich also in außerordentlich langfristigen und auch nicht unbedingt gradlinigen Prozessen." (5/1982, S. 770)

Diese Gedanken nahm Helmut Mardek auf, der u. a. dazu sagte: "Auch wenn es richtig ist, die Tendenz zum Sozialismus aufzuzeigen, kann das keinesfalls heißen, daß in den achtziger Jahren der Trend in Richtung zum Sozialismus für die Entwicklungsländer qualitativ bestimmend sein wird. Wir sollten uns vielmehr auf die Tatsache einstellen, daß sich für den absehbaren Zeitraum der nächsten zehn Jahre - oder länger - doch eine gewisse Belebung kapitalistischer Tendenzen bemerkbar machen wird, was nicht ausschließt, daß sich in den Ländern, die sich bereits heute sozialistisch entwickeln oder in die Richtung des Sozialismus gehen, weiterhin positive Prozesse abzeichnen und sicherlich auch neue Länder hinzukommen werden. Zweifelsohne werden die Widersprüche bei der kapitalistischen Entwicklung zunehmen, wird es zu neuen politischen Explosionen kommen. Dabei dürften sich die Versuche, die angehäuften vielfältigen Probleme in einer sozialistischen Richtung zu lösen, verstärken." (5/1982, S. 771)

Erörtert wurde auch, in welchem Verhältnis die Kategorie der sozialökonomischen Differenzierung zum Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus steht. Erfreulich wäre, wenn die zu dieser Frage geäußerten Gedanken aufgegriffen und vom Standpunkt verschiedener gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen weiter diskutiert würden.

Ein Gesichtspunkt, der im weiteren Verlauf der Diskussion zur Sprache kam, waren die neu entstehenden Formen internationaler arbeitsteiliger Beziehungen von Entwicklungsländern. Helmut Faulwetter ging dabei sowohl auf die sich kapitalistisch entwickelnden Länder der "dritten Welt" und den Einfluß der transnationalen Gesellschaften in diesem Prozeß als auch auf die Rolle der sich sozialistisch entwickelnden Länder ein. Besonders wichtig dürfte die von ihm aus der gegebenen Situation abgeleitete Schlußfolgerung für die künftige Entwicklung sein: "Man muß aber insgesamt sagen, daß in den Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und kapitalistischen Industriestaaten - trotz unterschiedlicher Entwicklung - in allen Fällen immer wieder Elemente des Ant imperialismus entstehen, wenn auch dieser Ant imperialismus im Konkreten recht unterschiedlich ausgeprägt sein wird. Der Ant imperialismus bildet folglich noch immer eine gemeinsame Plattform, aber in Einzelfragen kann es weiteres geschehen, daß die allgemeine, objektive Position der Entwicklungsländer gegenüber dem Imperialismus nur von einigen Ländern getragen wird. Und man kann sicher auch davon ausgehen, daß sich die Interessen einiger Länder selbst in Grundfragen denen des Imperialismus noch weiter annähern werden, was natürlich

die gemeinsamen antiimperialistischen Positionen der Entwicklungsländer ebenfalls weiter modifiziert." (5/1982, S. 773)

Welche der hier angedeuteten Tendenzen sich in den kommenden Jahren durchsetzen wird, läßt sich nicht vorhersagen, weil diese Prozesse durch eine Vielzahl von Faktoren bestimmt werden. Sicher ist jedoch, daß das internationale Zusammenwirken aller am Frieden interessierten Kräfte dabei eine entscheidende Rolle spielt. Immer deutlicher zeichnet sich ab, daß das durch den Imperialismus angeheizte Wettrüsten Ressourcen und wissenschaftlich-technische Potenzen in riesigen und weiterhin wachsenden Dimensionen in Anspruch nimmt. Die Verwendung dieser Mittel für friedliche Zwecke würde sowohl die Lösung der sozialen Probleme in den imperialistischen Ländern ermöglichen als auch Kräfte freisetzen, die dazu beitragen könnten, die ökonomische Rückständigkeit in Entwicklungsländern spürbar zurückzudrängen.

Ein zentrales Problem der Entwicklungsländer besteht in ihrer ausgeprägten Akkumulationsschwäche. Zwar konnten viele der Entwicklungsländer durch wirtschaftspolitische Maßnahmen ein Wachsen der Akkumulationsrate erreichen, aber der Widerspruch zwischen den für die Modernisierung der Wirtschaft (d. h. die Industrialisierung, die Umgestaltung der Landwirtschaft, die Entwicklung der Infrastruktur usw.) erforderlichen und den tatsächlich vorhandenen Mitteln blieb dennoch groß. Allerdings stellt sich auch diese Problematik für einzelne Länder und Ländergruppen sehr unterschiedlich dar. Am kompliziertesten ist sie für die sog. LDC (least developed countries, also die ökonomisch am wenigsten entwickelten Länder), während z. B. erdölexportierende Länder durch den Preisboom z. T. riesige Zuflüsse erhielten.

Die Akkumulationsschwäche vieler Entwicklungsländer äußert sich nicht nur in einem starken Mangel finanzieller Reserven, sondern macht sich hinderlich bemerkbar, wenn die materiellen Bedingungen für die Erweiterung und Modernisierung der Produktion beschafft werden sollen: der größte Teil moderner Anlagen und Ausrüstungen, aber auch industrielle Zwischenprodukte, Ersatz- und Verschleißteile müssen auf Außenmärkten beschafft werden. Noch größere Probleme entstehen aus dem Mangel an Fachkräften aller Art. Das Heft 5 des Jahrgangs 1982 enthält einen Beitrag, der den Problemen und Perspektiven der Akkumulation von Entwicklungsländern nachgeht.

Die Entwicklungsländer sind keineswegs von Natur aus "arme Länder". Sie verfügen teilweise über große ökonomische Potenzen. Die Art und Weise ihrer Einbeziehung in die kapitalistische Weltwirtschaft bewirkt jedoch einen ständigen Abzug von Nationaleinkommen aus Entwicklungsländern, was sich z. T. transnationale Gesellschaften aneignen bzw. der Wirtschaft imperialistischer Länder zugutekommt.

Diesen Zustand im Interesse der Entwicklungsländer zu verändern, ist das von Praktikern und Theoretikern aus afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern gesteckte Ziel, das unter der Bezeichnung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung verfolgt wird. Eine entscheidende Voraussetzung für Erfolge der Entwicklungsländer in ihrem Kampf ist die theoretische Durchdringung ihrer komplexen internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Die Zeitschrift "Asien, Afrika, Lateinamerika" informiert kontinuierlich über dieses Ringen. Die Leser werden sowohl über den Stand der Auseinandersetzungen auf dem laufenden gehalten, als auch mit den tiefer liegenden Zusammenhängen der einzelnen Problemkreise vertraut gemacht. Hier sind z. B. die Beiträge zu nennen, die den internationalen Ausbeutungsprozeß und die Entwicklung der Verschuldung zum Gegenstand haben, die den speziellen Problemen der am wenigsten entwickelten Länder, Fragen des Technologietransfers, der Verbesserung der Bedingungen beim Export von Rohstoffen durch die Entwicklungsländer sowie der Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen ihnen nachgehen.

Welche Rolle die verschiedenen sozialökonomischen und politischen Kräfte in den Entwicklungsländern im Hinblick auf die Grundfragen unserer Zeit weiterhin spielen werden, hängt in erheblichem Maße von der internen wirtschaftlichen und politischen Konstellation ab, die sich von Land zu Land mehr oder weniger stark unterscheidet. Eine Übersicht über die von der Sowjetwissenschaft vertretenen Standpunkte zur gegenwärtigen Etappe der nationalen Befreiungsbewegung enthält ein Literaturbericht, den Rvmira Ismailowa und Ursula Padel angefertigt haben (2/1982, S. 217 ff.).

Die Entwicklungsländerforschung betrachtet es als ihre Aufgabe, für einzelne Länder und Regionen die Wechselwirkung in der Entwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, von Basis und Überbau, von internen und externen Einflußfaktoren zu untersuchen. Dabei wird sichtbar, daß sich heute in den vom Kolonialsystem befreiten Ländern sowohl bei der Entwicklung der Produktivkräfte als auch bei der Veränderung der Produktionsverhältnisse Prozesse vollziehen, die früher von industriell entwickelten Ländern durchlaufen wurden. Historisch vergleichende Untersuchungen können fruchtbar sein, wenn generell beachtet wird, daß sich geschichtliche Abläufe nicht wiederholen, weil sich die konkreten Bedingungen der Entstehung und Auflösung von Problemen und Widersprüchen verändern. Die Vorzüge der historischen Vergleiche kommen vor allem dann zur Geltung, wenn nicht nur gleichgeartete Probleme für sich genommen in Beziehung gebracht werden, sondern von der dialektischen Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse ausgegangen wird. Bezogen auf Entwicklungsländer, bedeutet dies unter den gegenwärtigen Bedingungen, die Internationalisierung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen nicht aus dem Auge zu lassen.

Elemente des historisch vergleichenden Herangehens an Probleme der Entwicklungsländer sind in vielen Beiträgen der Zeitschrift zu finden. Im Artikel von Jörg Roesler "Die Wiederherstellungsperiode im Vergleich der Volkswirtschaften der europäischen Volksdemokratien (1945 bis 1950) und der Volksrepubliken Angola und Moçambique (1973 bis 1980)" (4/1982, S. 623) wird ausdrücklich das Ziel verfolgt, "einen stadialen Vergleich der ökonomischen Entwicklung einiger heute sozialistischer Länder und einiger Entwicklungsländer mit sozialistischer Orientierung durchzuführen". Der für die Theorie und Praxis aus dieser Arbeit zu erwartende Nutzen könnte nicht nur im Zusammentragen von Ähnlichkeiten und Unterschieden in den genannten Entwicklungsphasen zwischen den gewählten Ländergruppen bestehen, sondern gleichzeitig darin, dem Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem in der Entwicklung der heutigen sozialistischen Länder und den Staaten mit sozialistischer Orientierung auf konkrete Art und Weise nachzugehen. Der Artikel Roeslers ist wegen der Fülle der herangezogenen und verarbeiteten

Quellen informativ und für die theoretische Arbeit anregend, wenngleich seinen Ergebnissen nicht vorbehaltlos zugestimmt wird. Anhand wichtiger Kennziffern wird ein komprimierter Überblick über Probleme und Fortschritte der sozialistischen Wirtschaftsentwicklung in der Wiederherstellungsperiode der europäischen Volksdemokratien gegeben. Unter Verwendung der gleichen Indikatoren wird untersucht, inwieweit in Angola und Moçambique ähnliche Fortschritte nach der Abschüttelung des Kolonialjochs erzielt werden konnten bzw. welche Probleme im Untersuchungszeitraum ungelöst blieben. Der Autor zieht dabei insbesondere die Situation der sozialistischen Länder Südosteuropas zum Vergleich heran.

Die Ergebnisse seiner Untersuchungen zusammenfassend, stellt er zwei grund- grundlegende Gemeinsamkeiten der untersuchten Länder fest.

- "1. Die Startphase ist in allen untersuchten Ländern gekennzeichnet durch ein Absinken der Produktion und den Kampf um die Wiederherstellung ihres ursprünglichen Niveaus als Voraussetzung einer grundlegenden Umgestaltung der materiell-technischen Basis (im Zuge der sozialistischen Industrialisierung);
2. Ausgangspunkt und Grundlage des Wiederaufschwungs ist die Übernahme der entscheidenden Produktionsmittel in staatliche Verantwortung als Voraussetzung zur Herausbildung sozialistischer Produktionsverhältnisse in Stadt und Land." (4/1982, S. 641)

Zugleich werden nach Roesler Unterschiede deutlich. Versucht man sie auf einen Nenner zu bringen, so äußern sie sich im relativ langsamen Vollzug der Wiederherstellung der Volkswirtschaften Angolas und Moçambiques. In Anbetracht der Tatsache, daß die Landwirtschaft für beide Länder eine besonders große Bedeutung hat, falle vor allem ins Gewicht, "daß der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion in den untersuchten europäischen Volksdemokratien in der Regel zwar größer war, daß der Aufschwung im Vergleich zu Angola und Moçambique früher und rascher erfolgte" (4/1982, S. 628). Diese Feststellung gelte ebenso für die Effektivitätsentwicklung in der Landwirtschaft. Der Autor zieht auch Daten über den Wiederaufbau der Industrie, des Außenhandels und der gesamten Volkswirtschaft heran und geht im einzelnen den die Wiederherstellung behindernden Ursachen nach. Dabei weist er - bezogen auf die europäischen Volksdemokratien - auf die interessante Erscheinung des sog. Wiederaufbaueffekts hin, wobei er die ungarischen Ökonomen Berend und Ránki zitiert: "Durch die Kriegsschäden werden ... in hohem Maße Engpässe verursacht, durch die nicht der ganze Betrieb, sondern nur ein Teil desselben zerstört, gleichzeitig aber die gesamte Produktion lahmgelegt wird. Mit der Wiederherstellung eines relativ kleinen ausgefallenen Produktionsabschnitts kann daher eine außerordentlich hohe Produktionssteigerung erzielt werden." (4/1982, S. 634 f.) Dem stellt Roesler Vorgänge und Probleme gegenüber, wie sie für die beiden untersuchten Länder typisch seien, die er als "negativen Wiederaufbaueffekt" bezeichnet. Dieser kann nach Meinung des Autors eintreten, "wenn Fachkräfte absolut fehlen, die Arbeitseinteilung der Beschäftigten noch durch Gewohnheiten und Unwissenheit der traditionellen Gesellschaft gekennzeichnet ist, der Zusammenbruch des (sowieso wenig entwickelten) Transportsystems die Zulieferungen unterbricht und die vorhandenen Grundmittel durch Nichtbenutzung bzw. nichtfachgerechte Behandlung und Wartung beträchtlich rascher verschleißt als unter normalen Bedingungen. Gerade diese Situation aber trat in den Produktionsstätten Angolas und Moçambiques nach 1973 häufig

ein. Erschwerend kam noch hinzu, daß moderne Maschinen - soweit sie von kapitalistischen Unternehmen installiert worden waren - als Produkte der wissenschaftlich-technischen Revolution stärker automatisiert und damit auch komplizierter im Aufbau und in der Wartung waren als die in den dreißiger Jahren produzierten Anlagen, mit denen es die Arbeiter in den mittel- und osteuropäischen Ländern zu tun hatten, als sie die Technik übernahmen." (4/1982, S. 635)

Hier drängt sich jedoch die Frage auf, ob die Problematik mit der Kennzeichnung als "negativer Wiederaufbaueffekt" hinreichend gekennzeichnet ist. Es scheint vielmehr, daß sie die qualitativen Unterschiede verwischt, die zwischen den in den Vergleich einbezogenen Ländergruppen bestehen. In seine Überlegungen bezieht Roesler auch den Umstand nicht ein, daß die sich sozialistisch entwickelnden osteuropäischen Länder die sozialökonomischen Umgestaltungen unter dem unmittelbaren militärischen Schutz der Sowjetunion in Angriff nahmen und später Mitglieder des Warschauer Verteidigungsbündnisses wurden. Zudem hatten sich in den betreffenden europäischen volksdemokratischen Ländern vor den Kriegszerstörungen wesentliche Elemente einer Volkswirtschaft herausgebildet, die - mehr oder weniger ausgeprägt - intern reproduktionsfähig war. Sicher gab es bei den hier einbezogenen europäischen Ländern im Hinblick auf das ökonomische Ausgangsniveau große Unterschiede. Sieht man jedoch einmal von Albanien ab, das in dieser Hinsicht die größte Ähnlichkeit mit heutigen Entwicklungsländern aufwies, so war die gesellschaftliche Arbeitsteilung in den südosteuropäischen Ländern wesentlich weiter vorangeschritten.

Soweit in den afrikanischen Ländern während der Kolonialzeit Teile der Wirtschaft modernisiert wurden, waren sie direkt oder indirekt auf die Exportproduktion gerichtet. Die Kolonialmacht beeinflusste entscheidend den Produktionsablauf in diesen Bereichen. Gleichzeitig behielten große Teile der Wirtschaft, insbesondere der Landwirtschaft, den Charakter der Naturalwirtschaft. Vielfach überschritten sie nicht das Subsistenzniveau.

Wenn man die von Roesler verwendeten Kennziffern heranzieht, wird diese Problematik auch sehr deutlich. Er weist zurecht verschiedentlich auf die Bedeutung des fehlenden Fachkaders und des unzureichenden Bildungsniveaus hin. Am Ende des Kolonialzeitalters waren in Angola und Moçambique 90 bzw. 95 % der Bevölkerung Analphabeten. In den europäischen Vergleichsländern hatte Rumänien - als Land mit der nach Albanien ungünstigsten Ausgangssituation in dieser Hinsicht - in den 30er Jahren eine zu 55 % analphabetische Bevölkerung (4/1982, S. 626, Tab. 1). Hier war ein (zwar weitmaschiges) Netz von Bildungseinrichtungen vorhanden, vor allem aber gab es einen Grundbestand an qualifizierten Arbeitskräften.

Der Beitrag Roeslers regt zu weiteren methodischen Überlegungen an. Dies dürfte jedoch für wirtschaftshistorisch interessierte Leser häufig zutreffen, wenn sie sich mit den in der Zeitschrift "Asien, Afrika, Lateinamerika" veröffentlichten Ergebnissen der Entwicklungsländerforschung vertraut machen.

Ein Magazin der Ökologiebewegung

Technologie und Politik. Das Magazin zur Wachstumskrise

Heft 12: Die Zukunft der Ökonomie, 1, 1978, 265 S.

Heft 13: Alternativenergie konkret, 1979, 199 S.

Heft 14: Verkehr in der Sackgasse. Kritik und Alternativen, 1979, 282 S.

Heft 15: Leben ohne Vollbeschäftigung?, 1980, 234 S.

Heft 16: Demokratische und autoritäre Technik. Beiträge zu einer anderen Technikgeschichte, 1980, 285 S.

Rowohlt Verlag, Reinbek b. Hamburg, Pr. je Heft: 7,80 DM

von Klaus Leciejewski

1. Allgemeine Bemerkungen zur Anlage des Magazins

Dieses Magazin in der "rororo Taschenbuch-Ausgabe" wird vom linken SPD-Politiker Freimut Duve herausgegeben. Berater des Herausgebers sind u. a. der bekannte ehemalige SPD-Politiker Jochen Steffen sowie André Gorz und Ivan Illich, die zu den geistigen Vorvätern der Ökologiebewegung gehören. Die einzelnen Hefte erscheinen in loser Folge mit Aufsätzen von verschiedenen Autoren zu einem gemeinsamen Thema. In jedem Heft folgen der von Duve verfaßten thematischen Einleitung sowohl allgemein angelegte Arbeiten, in denen die weltanschaulichen Grundgedanken des Magazins entwickelt werden, als auch Detailanalysen. Die meisten Beiträge sind schon in anderer Form publiziert worden. Nur wenige wurden direkt für das Magazin geschrieben. Neben bekannten Theoretikern, Politikern und Fachwissenschaftlern kommen im Magazin eine Reihe jüngerer Autoren zu Wort. Die Breite der behandelten Themen und die Vielzahl der Autoren sowie ihr theoretischer Anspruch haben das Magazin zu einem Sammelpunkt der Theorieentwicklung der Ökologiebewegung werden lassen.

Hervorzuheben ist die durchweg gute graphische Gestaltung der einzelnen Hefte.

2. Zu den theoretischen Grundaussagen

Den mit dem Charakter der theoretischen Diskussionen in der Ökologiebewegung nicht näher vertrauten Leser wird zuerst ein erstaunlicher Bruch zwischen den mehr theoretisch angelegten Beiträgen und den Detailanalysen auffallen. Dieser Bruch betrifft die weltanschaulichen Positionen in den erstgenannten Arbeiten und die Negierung dieser Positionen in vielen analytischen Aufsätzen.

Die unter dem Begriff "Ökologie" fungierenden Wissenschaftler, Politiker und Wirtschaftspraktiker vertreten eine außerordentliche weltanschauliche Breite. Wenn im Folgenden Autoren zitiert werden, so stehen ihre Ansichten als Tendenz für theoretische Grundaussagen, Widersprüchliche Äußerungen von einzelnen Autoren, die in grundsätzlicher Hinsicht übereinstimmen, werden ebenfalls aufgezeigt. In der Regel ergeben sich die gemeinsamen Positionen nicht aus in gemeinsamer Abstimmung erarbeiteten Auffassungen, sondern diese sind Resultat der Verarbeitung von ökonomischen, sozialen und politischen Realitäten durch die einzelnen Autoren. Aufgrund ihrer gleichartigen ökonomischen und ideologischen Situation gelangen sie zu ähnlichen Schlußfolgerungen. Daraus resultiert im wesentlichen die Gruppe der sog. Wachstumskritiker.

Bemerkenswert ist festzustellen, daß sich das entwickelte Technikverständnis und die Negierung ökonomischen Wachstums durch die Resultate der angewandten Analysen nicht bestätigen. Oder daß sich eine prononciert vorgebrachte allgemeine Ablehnung sowohl traditioneller bürgerlicher als auch marxistischer Standpunkte am konkreten Beispiel nicht durchhalten läßt.

Beim Reihentitel "Magazin zur Wachstumskrise" wird unter Wachstum das der Ökonomie verstanden. Als Wachstumskrise werden nicht die sinkenden Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts bzw. des Nationaleinkommens verstanden, diese gelten nur als Indiz. Die Probleme des Wachstums in den Industrieländern zeigen sich nach Meinung der wichtigsten Autoren vor allem an zwei Erscheinungen: 1. am gesamten Komplex der durch den Menschen veränderten Umwelt, die - produzierte und konsumierte die Menschheit so wie bisher - das menschliche Leben generell gefährden würde; 2. an der Veränderung des menschlichen Wesens selbst, d. h. an seiner Enthumanisierung. In seinem Beitrag mit dem Titel "Wachstum oder Antiwachstum?" schreibt E. J. Mishan dazu: "Wenn wir die Welt als ein Ganzes zu betrachten hätten, in der die Bevölkerung bei einer Zahl von ca. 6 Milliarden stabilisiert würde, dann würden wir vielleicht entdecken - falls wir alle relevanten technologischen Entwicklungen voraussehen könnten -, daß eine durchschnittliche Wachstumsrate von beispielsweise 4 Prozent jährlich einen Zusammenbruch der Zivilisation im Laufe von 50 Jahren nach sich ziehen würde, während eine gleichmäßig verteilte Wachstumsrate von jährlich 2 Prozent für 200 Jahre durchgehalten werden könnte." (H. 12, S. 57)¹

Gegen eine derartige fundamentale Ansicht wird gern das Beispiel der Entwicklungsländer vorgebracht. Mit dem Hinweis darauf, daß die Wachstumskritiker den Kapitalismus ablehnen, soll die wissenschaftliche Redlichkeit ihrer Auffassungen angezweifelt werden, mit dem Argument, bei einem Nullwachstum gebe es vor allem in den Entwicklungsländern wachsendes Elend. Diese Argumentation will Duve mit folgender Feststellung kontern: "Die Ökonomie hat mit den Verlockungen ihrer Wachstums- und Entwicklungsexperten eine ganze Epoche wirtschaftlicher Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt in die tödliche Irre geführt. Weder haben die mit biblischer Wucht vorgetragenen Wachstums- und Entwicklungstheorien von Walt Rostow, Hirschmann und anderen 'Take-off-Theoretikern' irgendwo einen

1 Alle nicht näher bezeichneten Heft- und Seitenangaben beziehen sich auf das hier besprochene Magazin.

den Menschen zugute kommenden Erfolg gezeitigt. Wachstumszentren wie Sao Paulo, Mexico City, deren grauenvolle Wucherung von ebensolchen Entwicklungsprogrammierern gefordert wurde, vermögen es nicht, die wirtschaftlichen Impulse in ihre Länder zu vermitteln, sondern schaffen inzwischen weit mehr Elend, als sie verhindern sollten." (H. 12, S. 5) Versucht man nun aber herauszufinden, was die Autoren mit dem Begriff "Wachstum" bezeichnen wollen, so fällt die Antwort sehr schwer. Zuwachs an Brutto-sozialprodukt oder Nationaleinkommen wird auf jeden Fall abgelehnt. Hinter derartigen Zahlen verberge sich nur vergrößerter Ressourcenverbrauch und stärkere Vernichtung der Natur. Tatsache ist jedoch, daß derartige Zahlen zuerst Wertzuwachs ausdrücken und durchaus nicht stofflichen Zuwachs bedeuten müssen. Der Unterschied zwischen stofflichem und wertmäßigem Wachstum wird nicht analysiert. Hier wie auch bei anderen Wachstumsbereichen, z. B. die Zunahme der Freizeit gegenüber der Arbeitszeit, mündet die Kritik am Wachstum generell in eine Kritik an der warenproduzierenden Gesellschaft und, daraus schlußfolgernd, der Verkümmern des Menschen selber.

Es wäre deshalb falsch, diese Auffassungen als eine einfache Fortschreibung der bekannten ersten Berichte des "Club of Rome" anzusehen. Die Autoren schließen in diesen Berichten enthaltene Standpunkte in ihre eigenen Auffassungen ein. Diese Auffassungen sind jedoch von grundsätzlicher und von umfassenderer Natur.

So schreibt Duve: "Wer den Menschen in den Weltsupermarkt der Waren und Dienstleistungen einsperrt und ihm jede Chance nimmt, außer diesen auch sich selbst wahrzunehmen, erzeugt möglicherweise kurzfristig den totalen Konsumenten, zerstört aber langfristig die Grundlagen, auf denen auch der totale Konsument existieren muß." (H. 12, S. 8) Duve versucht geschickt, Linkskeynesianismus und Ökologiebewegung miteinander zu verbinden, um so für Teile der SPD neue theoretische Standpunkte gewinnen zu können. Mishan behauptet - in seiner Argumentation konsequent bleibend -, daß Wachstum menschliches Glück zerstöre: "Selbst wenn wir die dunklere Seite des wirtschaftlichen Wachstums nicht beachten, haben wir bereits bemerkt, daß bei Vermehrung des Wohlstands der Jones-Effekt jeden Sinn für verbessertes Wohlergehen der Gesellschaft als Ganzes auflöst, der in der Folge in Kämpfen, Akkumulieren, Zerstören, Erfinden umgefälscht wird - zu keinem vernünftigen Zweck. Aber wir können natürlich (wenn irgend möglich) nicht jene verschiedenen Folgen des wirtschaftlichen Wachstums übersehen, die aus der Natur des Wachstumsprozesses heraus die Hauptquellen des menschlichen Glücks zerstören. Zwangsläufig müssen wir dann folgern, daß das Wachstumsspiel den Einsatz nicht wert ist. Und die Antwort auf die Frage, ob uns anhaltendes wirtschaftliches Wachstum im Westen dem guten Leben irgendwie näherbringt, kann nichts anderes als ein deutliches Nein sein." (H. 12, S. 82)

Arbeiten von Mishan u. a. sind dadurch gekennzeichnet, daß sie ihre umfassende Ablehnung bisheriger Positionen zum Wachstum aneinanderreihen. Gorz dehnt die Feststellungen Mishans auch auf den Charakter der Arbeit aus. Seiner Auffassung nach hat die Arbeit ihren eigentlichen Zweck - menschliches Leben zu sichern - schon längst verloren: "Man arbeitet nicht mehr, um zu produzieren, sondern produziert, um zu arbeiten." (H. 15, S. 21) Neuinvestitionen schaffen seiner Meinung nach keine zusätzlichen Arbeitsplätze, sondern vernichten Arbeitsplätze. Hinzu komme die De-

formierung des menschlichen Individuums durch die Arbeit. Daraus zieht er folgenden Schluß: "Wir stehen also am Ende der Epoche, in der menschliche Arbeit die Quelle allen Reichtums war." (H. 15, S. 13)

Diese Auffassungen sind eng mit einer ausgesprochenen Technikfeindlichkeit verbunden. Das kommt bei Duve (H. 16, S. 5 ff.) und vor allem in einem Aufsatz von Lewis Mumford zum Ausdruck. Letzterer charakterisiert die gegenwärtige Technik als autoritär, mit Wirkungen, wie sie in den Auffassungen über Wachstum und Enthumanisierung des Menschen zum Ausdruck kommen. Seine Gegenvorstellung dazu ist die demokratische Technik: "Ich verstehe unter demokratischer Technik eine überschaubare Produktionsweise. Sie basiert hauptsächlich auf handwerklichen Fähigkeiten und animalischer Energie und bleibt auch bei der Anwendung von Maschinen der aktiven Kontrolle des Handwerks oder Bauern unterstellt." (H. 16, S. 14) Für verschiedene andere Aufsätze sind derartige Gedanken programmatisch. In ihnen werden die Argumente für die Ablehnung der vorherrschenden Technik weiter präzisiert. Gleichzeitig wird versucht, der bei Mumford allzu offensichtlichen Konsequenz der Rückkehr zu vorkapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen auszuweichen. Dies bleibt aber im Verbalen stecken.

Die Hinweise in derartigen Grundsatzarbeiten über Auswege aus dieser Situation sind sehr spärlich und bleiben völlig vage. Illich beschwört das Bild sog. alternativer Lebensformen, deren Anhänger sich aus den "Konsumgesellschaften" zurückziehen und selbstgenügsam leben wollen: "Ich wage die Behauptung, daß die selbstgenügsamen Lebensformen der Avantgarde-Eliten von Travancore bis Wales allein durch ihre Beispielwirkung schon bald jene Mehrheit überzeugen könnten, die seit Jahrzehnten im Bann des konträren 'Demonstrationsmodells' stupider, widerlicher und lähmender Bereicherung stehen. Damit aber dieses Beispiel wirksam wird, sind zwei Bedingungen zu erfüllen: Erstens muß der neue Lebensstil, der durch ein neues Verhältnis zwischen Menschen und Werkzeugen bestimmt ist, sich an einem Menschenbild orientieren, in dem der Mensch zur Spezies 'homo habilis' und nicht zur Spezies 'homo industrialis' gehört. Zweitens müssen die warenunabhängigen Lebensformen durch Beispiele verbreitet werden, die der Empfänger sich aussuchen kann und nicht durch missionierende, belehrende neue Evangelisten." (H. 15, S. 62 f.) Diese nebelhaften Vorstellungen à la Blumenkinder Kaliforniens vom Ende der 60er Jahre werden nicht weiter präzisiert. Es ist kein Zufall, daß in den beiden hier zitierten gesellschaftlichen Zukunftsvorstellungen, sowohl bei Mumford als auch bei Illich, verklärende Bilder vergangener Zustände entworfen werden. In keiner dieser Arbeiten können auf der Basis derartiger Fundamentaloppositionen gesellschaftlich tatsächlich neue Lebensverhältnisse entwickelt werden.

Als letzter Gesichtspunkt der allgemeinen Charakteristik ist das Verhältnis dieser Autoren zu bisherigen ökonomischen und gesellschaftlichen Theorien anzuführen. In mehreren Editionen von Duve und verschiedenen allgemeineren Arbeiten wird direkt ausgesprochen, daß ihr theoretisches Konzept von der Ablehnung sowohl bürgerlicher als auch marxistischer Auffassungen ausgehe.

Dem Marxismus (bzw. das, was die Autoren darunter verstehen) und den offiziell in den westlichen Ländern anerkannten verschiedenen ökonomischen und gesellschaftspolitischen Auffassungen wird Wachstums- und Technikgläubigkeit vorgeworfen. Dies wollen jene Autoren ja überwinden. Deshalb glauben sie einen dritten Weg finden zu müssen.

Die hier dargelegten Auffassungen gehen also von einer fundamentalen Opposition gegenüber bestehenden Auffassungen aus. Eine derartige Opposition mag auf den ersten Blick unsinnig erscheinen. In einzelnen Beiträgen werden bestimmte Auffassungen auf groteske Höhen getrieben. So wenn z. B. die Steinzeitkultur als eine "Ökonomie der Fülle" bezeichnet wird, die den Menschen größeren Wohlstand sicherte als die Gegenwart (H. 12, S. 154 ff.). Hier werden also die letzten 40 000 Jahre der Geschichte des Menschen, seine eigentliche Entwicklungsperiode, als Rückschritt bezeichnet. Aber abgesehen von derartig grotesken Überspitzungen bietet diese fundamentale Opposition im gegenwärtigen politischen und sozialen Spektrum einiger westlicher Länder für die Auseinandersetzung manchen Vorteil, denn sie verzichtet auf äußerlich zur Schau gestellte Gelehrsamkeit. (Es ist einfach, die häufige unwissenschaftliche Begriffswahl nachzuweisen oder falsch gestellte Probleme aufzuzeigen. Die in der bisherigen Entwicklung der Wissenschaft erprobte Logik existiert in vielen der Beiträge nicht.) Die Autoren gehen von allgemein bekannten Erscheinungen aus und verabsolutieren diese. Solche fundamentale Opposition hat zwar nicht die Eigenschaft der Verifikation, aber die der leichten Faßlichkeit. Deshalb findet sie rasch Verbreitung in bestimmten Kreisen der Intelligenz bzw. geistig Tätiger. Dieser Aspekt darf bei der Bewertung solcher Auffassungen nicht unberücksichtigt bleiben. Die Verschlechterung des Lebensstandards trifft auch jene Schichten der Intelligenz in den westlichen Industriestaaten, die bisher gegenüber der Masse der Werktätigen Vorteile genießen konnten. Jetzt spüren diese Schichten die Verschlechterung der Lebensbedingungen aller Werktätigen besonders deutlich. Deshalb untersuchen sie die Situation und wollen Ursachen und Auswege finden. Die in den analysierten Arbeiten vertretenen Positionen gehen - z. T. recht wortgewaltig - von der Ablehnung der kapitalistischen Warenproduktion aus. Genauer besehen bleibt diese Ablehnung aber im Verbalen, an der Oberfläche stecken. Es werden immer nur äußere Erscheinungen des Kapitalismus abgelehnt, so z. B. die Produktion von Waren, der Verkauf von Waren zu Preisen oder - ganz allgemein - die Ausbeutung des Menschen. Dazu gehört auch die Sammlung eines umfangreichen und detaillierten Faktenmaterials über die bekannten Auswirkungen der Umweltverschmutzung bzw. -zerstörung. Es werden jedoch nicht die Ursachen dafür aufgedeckt. Da Kapitalismus und Sozialismus identifiziert werden, bleibt in der Anklage gegen den Kapitalismus dieser nur ein Synonym für einen nicht faßbaren Gegenstand. Die Grundbedingung der Produktionsverhältnisse des Kapitalismus, das Privateigentum an den Produktionsmitteln auf der Basis von Lohnarbeit, wird nirgendwo in die Diskussion eingeführt. Diese Haltung verhindert auch, daß in einigen der konkreten Analysen noch tiefer das Verhältnis von Ursache und Wirkung der Umweltbelastungen erfaßt werden kann. So z. B. lehnt Mishan die Frage, wer denn in wessen Interesse die Technik nutzt, als eine nicht "hilfreiche Fragestellung" ab (H. 12, S. 68). In einer einzigen der konkreten Analysen wird gezeigt, wie gerade diese Frage den wesentlichen Ausgangspunkt zukünftiger Technikentwicklung darstellt (H. 15, S. 182).

Der Begriff "Eigentum" existiert für die Autoren nicht. Die Überführung des Monopolkapitals in Eigentum der ganzen Gesellschaft stellt für sie keine Lösungsmöglichkeit dar. Selbst bei so prominenten Autoren wie Gorz und Illich, die vorgeben, den Marxismus weiterzuentwickeln, stellt die Art der Aneignung des Mehrprodukts, seine Verteilung auf die Gesellschaftsmitglieder

keinen Ausgangspunkt ihrer Überlegungen dar. Nach Auffassung der Autoren existieren die mit ökonomischem Wachstum, ökologischen Problemen, Fragen der Technikentwicklung u. a. m. verbundenen Erscheinungen nicht auf der Ebene von Produktionsverhältnissen. Sie werden außerhalb der ökonomischen Grundstruktur angesiedelt. Diese Grundstruktur wird entweder als nicht existierend oder als unbedeutend angesehen. Die menschliche Erfahrung steht jedoch dazu im Gegensatz. Auch kein Monopolkapitalist wird die Frage der Verfügungsmacht über sein Kapital als unbedeutend ansehen. Gerade weil die Autoren die Besitzverhältnisse ignorieren, werden sie von der herrschenden Gesellschaft geduldet. Da sie die gesellschaftlichen Bedingungen der kritisierten Zustände nicht aufdecken, müssen ihre Antworten für Wege zur Überwindung dieser Zustände rein utopisch bleiben.

Das Monopolkapital ist im Grunde durchaus nicht uninteressiert an theoretischen Arbeiten, die wichtige Bereiche seiner Existenz analysieren. Analysen, welche von einer Ablehnung des Systems ausgehen, sind natürlich viel eher in der Lage, Schwachstellen aufzudecken, als es systembejahende wären. Da die Ablehnung in der Konsequenz nur verbal bleibt, liefert sie auch keine Ausgangspunkte zur Überwindung des Systems, ist aber wohl in der Lage, brauchbare Kritiken an Einzelbereichen zu liefern. Inwieweit diese Kritiken dann Eingang in praktische Politik finden, hängt von den konkreten Gegebenheiten des Landes ab.

Es wäre jedoch verfehlt, dieser Bewegung direkte Systemimmanenz zu unterstellen. Die Ökologiebewegung ist nicht von der herrschenden Klasse hervorgerufen worden, und sie besitzt über die Eigenschaft der Ausnutzbarkeit hinaus eine Eigenbewegung. Diese Eigenbewegung bringt auch theoretisch wertvolle Einsichten über verschiedene Bereiche der industriell hochentwickelten kapitalistischen Länder hervor.

3. Zu einigen Analysen in spezifischen Bereichen der Technik

In einzelnen Arbeiten werden auch unter wirtschaftshistorischen Aspekten spezifische Bereiche der Technikentwicklung analysiert. Auf etliche m. E. interessante Beiträge soll hier kurz eingegangen werden.

In einem Beitrag über alternative Energietechnologien (H. 13, S. 45 ff.) geht Florentin Krause zwar ebenfalls von einer Ablehnung ökonomischen Wachstums aus, gelangt jedoch zu nachdenkenswertem Überlegungen für die Anwendung neuerer Energietechnologien und die Energieeinsparung. So weist er nach, wie durch bessere Wärmeisolierung von Gebäuden, bessere Aus- bzw. Nachnutzung von Prozeßwärme, durch Senkung des Verbrauchs flüssiger Treibstoffe und durch rationellere - optimalere - Konstruktion elektrischer Haushaltsgeräte erhebliche Energiemengen eingespart werden könnten. Er vertritt diesen Standpunkt nicht in "missionarischer Weise" - wie manch andere Autoren dieses Magazins, was angesichts der Ablehnung des Christentums besonders widersprüchlich wirkt -, sondern legt sachlich die auf diesen Gebieten vorhandenen Potenzen dar, ohne die damit verbundenen offenen technologischen Fragen zu negieren.

Interessant ist sein Beitrag auch, weil er das damit verbundene Kostenproblem nicht beiseite schiebt. Er stellt sich dabei nicht auf eine Stufe mit

den Autoren, die jegliche Warenproduktion ablehnen, sondern zieht die Frage der Realisierbarkeit in seine Überlegungen mit ein. Er zeigt z. B., wie die Kapitalkonzentration bei den Erdöl- und Elektrizitätsmonopolen es verhindert, daß genügend Kapital für die Realisierung der oben aufgezählten Energiesparmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden kann. Er weist aber auch darauf hin, daß dies in der Tendenz nur eine zeitweilige Verzögerung sein kann, die solange wirkt, bis aufgrund der Konkurrenz die Profite auf diesen neuen Gebieten groß genug sind.

In einem nur Verkehrsproblemen gewidmeten Heft untersucht Jan Tebbe Möglichkeiten und Grenzen der Verkehrsplanung (H. 14, S. 15 ff.). Ihm geht es vor allem darum, das geistige Rüstzeug zur Erfassung, Aufarbeitung und Lösung von Verkehrsproblemen zu verbessern. Er analysiert historische Arbeiten zur Verkehrsplanung und zeigt den Wandel, den der Gehalt des Begriffs Verkehr erfahren hat. Er weist nach, daß Verkehrsplanung und Straßenplanung nicht dasselbe sind und daß bisherige Verkehrsplanungen in der BRD vor allem Straßenplanungen waren. Derartige Planungen hatten sich weniger an den Bedürfnissen des Massenverkehrs, sondern mehr an den Profitinteressen der Automobil- und Straßenbaumonopole orientiert. Er zeigt, wie dadurch der Verkehr eigentlich erschwert und das Bedürfnis nach Mobilität verzerrt wurden. Er weist darauf hin, wie durch eine derartige monopolistische Planung künstlich Bedürfnisse - z. B. die Fahrt zum Arbeitsplatz im eigenen PKW - geschaffen wurden, die die Freizeit der Werktätigen weiter verringerten und sie zwangen, immer größere Teile des Lohnes für diese Bedürfnisse auszugeben. Er geht dabei auch auf das Paradebeispiel Los Angeles ein, wo Erdölmonopole ein Finanzdefizit der Stadt ausnutzten und ein gut funktionierendes städtisches Nahverkehrssystem aufkauften, nur um dieses dann zugunsten eines privaten Autoverkehrs stillzulegen. Der Begriff "privat" erhält hier einen besonderen Inhalt, denn ein derartiger PKW-Verkehr ist nicht privat im Sinne des einzelnen Werktätigen, er dient nicht diesem, er dient nur den privaten Profitinteressen der Erdöl- und Automobilmonopole. Tebbe zeigt anschaulich, von welchen Prämissen und Planungszwecken eine effektive städtische Verkehrsplanung auszugehen hat. Gegenüber dem kritischen Teil seiner Analyse bleibt der Teil, in dem Alternativen entwickelt werden, zu allgemein.

Gudrun Axeli-Knapp untersucht in ihrer Arbeit, wie sich in den letzten 100 Jahren der Arbeitsinhalt des Schriftsetzers veränderte (H. 15, S. 94 ff.). Sie zeigt, wie von der Arbeit mit Ahle und Winkelhaken des Bleisetzers bis zur Arbeit an einer modernen Fotosetzmaschine sich dieser Beruf veränderte. Die Entwicklung der Setzmaschinen von der Jahrhundertwende bis zu den 60er Jahren unseres Jahrhunderts spaltete die handwerkliche Arbeit des Setzers in verschiedene Teilberufe auf, ohne daß damit generell die Qualifikationserfordernisse absanken. Die moderne Satzelektronik veränderte den Arbeitsinhalt des Setzers grundlegend. Seine Qualifikationsanforderungen wurden auf das "Niveau komplexer Anlern Tätigkeiten" gesenkt, gleichzeitig erhöhte sich die Intensität der Arbeit. Axeli-Knapp beschreibt dann auf der Grundlage ausführlicher Befragungsprotokolle, wie die betroffenen Werktätigen mit dieser neuen Situation versuchten fertig zu werden, wie sie auf die Sinnentleerung ihrer Arbeit mit Streikaktionen gegen Arbeitshetze und Monotonie reagierten. Die Vorschläge der Gewerkschaften können an der generellen Dequalifikation nichts ändern, sie könnten aber die neue Arbeitssituation erleichtern. Der Kampf dafür verlangt ein entsprechendes Selbst-

bewußtsein der Werktätigen, ein richtiges Erfassen ihrer neuen Lage. Die Befragungen zeigen auch, daß breite Teile der betroffenen Werktätigen dazu noch nicht fähig waren.

Im Heft 16 sind mehrere Beiträge zur Technikgeschichte zusammengetragen. Allein fünf Beiträge sind aufgrund ihres Materialreichtums und ihres wissenschaftlichen Gehalts sehr lesenswert. Rolf-Jürgen Gleismann untersucht historischen Rohstoffmangel am Beispiel der vorindustriellen Holzknappheit. In diesem sehr materialreichen Beitrag versucht er Parallelen zwischen historischen Lösungsstrategien und aktuellen Problemen herzustellen. Seiner Lösung, daß Rohstoffe wieder verwendungsfähig bzw. reproduzierbar eingesetzt werden müssen, ist auf längere Sicht voll zuzustimmen. Am Beispiel des Nadelschleifens und Spiegelbelegens im 18. und 19. Jh. analysiert Herbert Aagard Gefahren, die sich aus bestimmten Arbeiten für die Gesundheit und das Leben der Arbeiter ergeben. Er zeigt auch auf, wie diesen Gefahren in der Vergangenheit begegnet wurde. Dazu gehörte die Weiterentwicklung der Technik als Grundbedingung. Diese setzte sich aber nicht automatisch durch, sondern erst aufgrund des Konkurrenzkampfes der Unternehmer untereinander und des Kampfes der Arbeiter gegen die Unternehmer.

Er legt dar, daß dieser Kampf ein doppelter war, nämlich ein Kampf gegen die gesundheitlichen Gefahren und gegen den Versuch der Unternehmer, die Beseitigung dieser Gefahren mit erhöhter Ausbeutung bzw. mit der Senkung des Wertes der Arbeitskraft zu koppeln.

Günter Bayerl analysiert verschiedene Materialien zur Geschichte der Umweltproblematik. In mehreren Bereichen zeigt er das historische Auftreten von Umweltproblemen und das Bemühen, diesen zu begegnen. Daraus leitet er Hinweise für heutige Lösungsmöglichkeiten ab. Er überstrapaziert derartige Möglichkeiten aber nicht, denn er weist ausdrücklich darauf hin, daß historisch gesehen Umweltschädigungen nur regional aufgetreten waren, während sie heute globaler Natur sind und demzufolge Lösungen diesen globalen Aspekt immer mit einschließen müssen.

Zwei der gehaltvollsten Beiträge befinden sich am Ende des genannten Heftes. Bernd Biesecker geht auf industrielle Frühformen im mittelalterlichen Bergbau ein und Jürgen Schlumbohm auf das Verhältnis von Arbeitsteilung und technischem Fortschritt in ländlichen Gewerben. Biesecker zeigt, wie sich bereits im mittelalterlichen Bergbau trotz seiner Begrenztheit typische Merkmale der späteren kapitalistischen Industrie herausgebildet hatten. Die Jagd nach Profit ließ die Bergherren in immer größerem Maße das Gleichgewicht der Natur und das Leben der Bergarbeiter mißachten. Auch das daraus resultierende Konfliktpotential deckt er auf.

Schlumbohm weist am Beispiel des ländlichen Gewerbes im 19. Jh. nach, daß technischer Fortschritt und Vertiefung der Arbeitsteilung sich einander bedingen. Dabei zeigt er, "daß die Steigerung der Produktivität der Arbeit durch fortschreitende Arbeitsteilung und durch technologische Innovation eng zusammenhing mit wachsender Abhängigkeit der direkten Produzenten vom Kapital" (H. 16, S. 275). Er macht gleichzeitig klar, daß - umgekehrt - die ökonomische Unabhängigkeit der kleinen Produzenten keineswegs ökonomischen Wohlstand bedeutete.

In allen diesen Arbeiten wird darauf hingewiesen, daß die Entwicklung des Menschen im allgemeinen und die gesellschaftliche Entwicklung im besonde-

Wirtschaftsgeschichte eines "kleinen" Landes

Jean-François Bergier, Die Wirtschaftsgeschichte der Schweiz.
Von den Anfängen bis zur Gegenwart, aus dem Französischen v. T. Fein

Benziger Verlag Zürich, Köln 1983, 394 S., Pr. : 64,- DM

von Jürgen Kuczynski

Zunächst eine notwendige und doch überflüssige Entschuldigung. Wir besprechen hier die Übersetzung ins Deutsche statt des französischen Originaltextes, weil, ein ziemlich einzigartiger Vorgang in der Geschichte der Bücherproduktion, die Übersetzung früher erschienen ist, weil das Original noch nicht einmal ganz fertiggestellt ist.

Jean-François Bergier gibt keine chronologische Geschichte, sondern gliedert sein Werk in drei thematisch recht verschiedene Teile: "Alpen, Land und Stadt", "Geburt und Wachstum der industriellen Schweiz" und "Die Schweiz in Bewegung". Während der erste Teil von Natur und Bevölkerungsbewegung sowie der Landwirtschaft handelt, entwickelt der zweite Teil die Vorgeschichte und Geschichte der Industrie. Das geht sehr gut so. Der dritte Teil, so scheint mir, hätte jedoch besser in dem zweiten mitverarbeitet werden sollen: Handel, Banken und Verkehr getrennt von der Industrieentwicklung dargestellt?

Zuerst und zuzweit und zudritt: Das Buch liest sich wunderschön, gleich beginnend mit den beiden ersten Absätzen des Vorworts und seinem Motto: "Point d'argent, point de suisse" (Kein Geld, kein Schweizer) RACINE, Les Plaideurs (1668)

Hatte der Ausruf, den der Dichter dem Darsteller einer Komödienrolle in den Mund legte, etwa eine prophetische Bedeutung? Die Schweiz besitzt ein Renommee des Reichtums, das nicht von gestern stammt und das die gegenwärtigen Schwierigkeiten noch kaum angeritzt zu haben scheinen. Die Schweiz steht im Geruch von Geld. Dabei ist sie nur ein kleines, im Schatten seiner Berge zusammengedrängtes Land, ein Raum, den kein Meer auf die Horizonte der Welt hin öffnet, ein Territorium mit kargen natürlichen Ressourcen. Doch seine sechseinhalb Millionen Einwohner erfreuen sich eines der höchsten und sozial am besten verteilten Einkommen der Welt. Die Wirtschaft der Schweiz setzt also in Erstaunen. Sie erstaunt und beunruhigt ihre ausländischen Partner durch ihre unglaublichen Erfolge. Sie erstaunt und beunruhigt die Schweizer selbst durch ihre Fragilität, ihre Rückschläge, ihre Nöte, durch eine Zwiespältigkeit, die gerade durch die gegenwärtige Krise aufgedeckt wird. Sie erstaunt durch ihre Mythen, die

für die einen beruhigend, für die andern beängstigend wirken. Es handelt sich um eine Wirtschaft der Paradoxe. (S. 7)¹

Bergier ist weit offen für ihm interessant und wichtig erscheinende Ideen und Problemstellungen. So schreibt er:

"Bekanntlich hat Marx als erster die nicht zu leugnende Bedeutung des Kapitals für den Prozeß der Industrialisierung unterstrichen. Der große Theoretiker des Sozialismus, von einer so soliden historischen Bildung, wie sie in der Mitte des 19. Jahrhunderts nur denkbar war, bemühte sich, die Geschichte des europäischen Kapitals zurückzuverfolgen. Er sah seinen Ursprung, die 'Ur-Akkumulation', in der wirtschaftlichen Revolution des 16. Jahrhunderts, die mit der Expansion des Großhandels und der Hochfinanz sowie mit der Ausbeutung der amerikanischen und ostindischen Kolonien Hand in Hand ging. Von da an habe sich das Kapital unaufhörlich angehäuft und im gegebenen Augenblick die industrielle Revolution ermöglicht.

Diese These ist heute durch die wissenschaftliche Forschung widerlegt. Zum ersten ist die Akkumulation vom 16. bis zum 18. Jahrhundert nicht kontinuierlich fortgeschritten. Es waren Unterbrechungen und Verluste zu verzeichnen, und wenn es auch stets reiche Städte gab, waren es nicht immer dieselben. Außerdem weiß man heute, daß die Industrialisierung sich in ihren ersten Phasen gar nicht auf das Großkapital gestützt hat. In der Schweiz wie in England, wo die Frage am gründlichsten untersucht wurde, haben die ersten Unternehmer sehr bescheiden angefangen und ihre ersten mechanischen Webstühle, ihre Dampfmaschinen, ihre Fabrik aus eigenen Mitteln oder höchstens mit Hilfe ihres engsten Freundeskreises erworben oder gebaut." (S. 197)

Marx würde völlig mit den Einwänden von Bergier übereinstimmen, da er selbst stets die Diskontinuität der Entwicklung und erst recht die Bescheidenheit der Anfänge der modernen Industrie herausgearbeitet hat.

Vielleicht sind überhaupt Bergiers Ausführungen zur Industriellen Revolution die theoretisch interessantesten. So versucht er ein spezielles Modell des "Anlaufs" der Industriellen Revolution für die Schweiz zu entwickeln, dessen vierte Charakteristik er überaus einsichtig so formuliert: "Dem ersten industriellen Aufschwung war die bemerkenswerte Produktivität einer verhältnismäßig reichlich vorhandenen Anzahl von Arbeitskräften zugute gekommen, die nicht viel kosteten, technisch und moralisch aber hoch qualifiziert waren. Der durch ihre Arbeit entstandene Mehrwert war also im Verhältnis zum investierten Kapital und den Rohstoffkosten (Baumwolle) maßgebend. Der Kreislauf des in Umlauf befindlichen Kapitals war sehr kurz, die Investitionen wurden rasch amortisiert. Diese Besonderheit eines Bestandes von hochqualifizierten, aber billigen Arbeitskräften erklärt auch, wieso die Schweiz die große Entfernung zu den Häfen und Weltmärkten zu kompensieren vermochte." (S. 200 f.)

Wenn Bergier jedoch im Vorwort von seinem Buch verspricht: "Es wird den Blick auf die gelebten Wirklichkeiten, auf die Pläne und Hoffnungen wie auch auf die Mißerfolge der Schweizer aller Epochen richten. Es wird das Bild eines Landes entwerfen, in dem es schließlich nicht nur Gold, Banknoten

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

und Kapitäne multinationaler Firmen gegeben hat, sondern Frauen und Männer, die lebten, arbeiteten, schufen, litten!" (S. 7), dann enttäuscht das Buch hinsichtlich der letzten Worte, Der Lage der Wektätigen wird nicht genügend, ja, ich möchte sagen, ungenügend Raum gewidmet, obgleich es doch gute Literatur dazu gibt, z. B. die so eindringliche Darstellung von R. Braun, "Industrialisierung und Volksleben". Auch hätte es erfreut, wenn er auf Goethes Darstellung der Schweizer Werkätigen-Verhältnisse kritisch eingegangen wäre.

Oft vermessen wir in wirtschaftsgeschichtlichen Darstellungen ein Eingehen auf die Naturverhältnisse, auf die Engels bekanntlich so viel Wert legte, daß er Stalin darin zu weit ging. Ich meine, daß Stalin damit unrecht hatte. Bergier hat gut daran getan, das erste Kapitel seines Werkes "Ein Alpenstaat" zu benennen. In der Tat hat die Alpennatur der Schweiz in ihrer ganzen Geschichte bis heute (man denke nur an die gegenwärtige Rolle der Alpen für den Tourismus) eine große Bedeutung insbesondere für die Landwirtschaft, doch auch für die politische, nicht zum wenigsten Kriegsgeschichte gehabt.

Wichtig und richtig scheint mir auch die Aufmerksamkeit, die Bergier dem, was man heute "materielle Kultur" nennt, widmet.

Es gibt eine Fülle interessanter Tabellen - nicht ganz klar ist, was mit der Wachstumsrate der Bevölkerung in der Tabelle III (S. 32) gemeint ist; auch ist nicht ganz verständlich, warum für die so interessante Tabelle über die Ertragssteigerung in der Landwirtschaft seit 1850 als letztes Zahlen für das einsame Rekordjahr 1971 gewählt wurden (S. 108). Doch das nur als kleine Anmerkung eines für so viele Tabellen dankbaren Lesers.

Überaus erfreulich ist auch die reiche, gut ausgewählte Bebilderung des Bandes. Merkwürdig, wenn auch leider allgemein üblich, ist, daß einem so sorgfältigen Beobachter wie Bergier nicht aufgefallen ist, wie sauber, ja zum Teil weit über ihrem Stand die Werkätigen auf den Bildern gekleidet sind - etwa die Bauern (S. 79), ein Bild, bei dem Bergier mit Recht unsere Aufmerksamkeit auf "die präzise Darstellung der Werkzeuge" lenkt, oder die Heimarbeiterin beim Spinnen (S. 159) oder die Stickerinnen (S. 245).

Wie auch bei uns üblich, legt Bergier großen Wert auf die Kontinuität der Entwicklung - bei uns, was sie Geschichte der DDR betrifft, Bergier, bisweilen, insbesondere auf der letzten Seite geradezu lyrisch-idealistisch werdend, was die Gesamtgeschichte angeht. Selbst wenn es ihm schwerfällt, nicht von Diskontinuität zu sprechen, etwa bei der Behandlung der Industriellen Revolution (S. 128), möchte er die Kontinuität als übergeordneten Trend retten. Genauso paradox wie unsere Historiker, die einerseits von einer sozialistischen Revolution und gleichzeitig von einer kontinuierlichen Entwicklung schreiben - ähnlich wie Hašek ironisch von einer "Revolution im Rahmen der Gesetze" schreibt.

Leider sind wir Wirtschaftshistoriker im allgemeinen recht ungebildet hinsichtlich der Kenntnis der Entwicklung in kleinen Ländern, auch wenn diese heute eine große Rolle in der Weltwirtschaft spielen, wie etwa die Schweiz auf dem Finanzsektor, mit Zürich als entscheidenden Faktor auf dem Goldmarkt. Keiner wird Bergiers Wirtschaftsgeschichte der Schweiz lesen, ohne sowohl so manche neuen Fakten von Bedeutung kennenzulernen wie auch ideenreichen Problemstellungen zu begegnen. Für mich jedenfalls war das Studium des Buches ein wirklicher Gewinn, für den ich Bergier dankbar bin.

Beginn und Fortführung eines Monumentalwerkes
zur Wirtschaftsgeschichte Belgiens

Histoire quantitative et développement de la Belgique,
unter Leitung v. P. Lebrun

Académie Royale de Belgique, Bruxelles 1979 ff.

1. Serie: Le XIXe siècle

Buch II: La révolution industrielle

Bd. 1: Pierre Lebrun/Marinette Bruwier/Jan Dhondt/
Georges Hansotte, Essai sur la révolution
industrielle en Belgique 1770 - 1847, 1979, 753 S.;
2. Aufl., 1981, Pr.: 1180, - bfrs

Bd. 2: Anne Van Neck, Les débuts de la machine à vapeur
dans l'industrie belge, 1800 - 1850, 1979, 898 S.

Bd. 3: Georges Hansotte, La métallurgie et le commerce
international du fer dans les Pays-Bas autrichiens et
la Principauté de Liège pendant la seconde moitié
du XVIIIe siècle, 1980, 419 S.

Buch V: Les relations économiques internationales belges (1830 - 1913)

Bd. 1a und 1b: Daniel Degrève, Le commerce extérieur de la
Belgique 1830 - 1913 - 1939. Présentation critique des
données statistiques, 1982, 997 S., Pr.: 1950, - bfrs

Buch VI: L'Etat et les finances publiques belges (1830 - 1913)

Bd. 1a: Joseph Pirard, Le pouvoir central belge et ses
comptes économiques, 1830 - 1913, 1980, 529 S., Pr.: 1250, - bfrs

von Thomas Kuczynski

Zwar wurde der Bd. II/1 dieses Unternehmens schon im "Jahrbuch für
Wirtschaftsgeschichte" annotiert,¹ aber angesichts der nach dem Erschei-
nen weiterer Bände nunmehr ganz unverkennbar gewordenen Bedeutung des
entstehenden Gesamtwerkes erscheint es nur billig und gerührt, alle bisher

1 Vgl. unsere Annotation im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1/1981,
S. 146 - 148.

erschienenen Bände gemeinsam zu rezensieren,² Dabei kann es sich nicht darum handeln, die bislang vorliegenden 3 596 Seiten einer ins einzelne gehenden kritischen Betrachtung zu unterziehen - dazu versteht der Rezensent auch zu wenig von den in Hülle und Fülle behandelten Details -; vielmehr geht es um eine kritische Würdigung des Gesamtkonzeptes und vor allem seiner Ausführung.

Die Bedeutung einer detaillierten Analyse der belgischen Wirtschaftsentwicklung für das Verständnis zumindest der westeuropäischen Wirtschaftsgeschichte ist bis heute stark unterschätzt worden, jedenfalls in der Weise, daß auf sie kaum Bezug genommen wird. Zu Recht bemerken die Autoren von Band II/1 jedoch: "Man kann sich fragen, ob für Marx Belgien nicht ein ebenso gutes Beispiel hätte sein können wie England. Jedenfalls wären auch hier die Rolle der Technik, der Akkumulation und Zentralisation, des Kredits und der Hochfinanz, der Reservearmee - ohne Expropriation der Bauern wie in England, also noch 'reiner', denn der Rekurs auf die ursprüngliche Akkumulation ist weniger wichtig -, der Überlagerung von Ökonomie und Politik, der Teilung von Zins und Rente und die Bedeutung der Verhaltensmuster (structures mentales) sichtbar geworden" (Bd. II/1, S. 707)³. Nun ist zwar Belgien nicht zur "Werkstatt der Welt" geworden und konnte eben deshalb gar nicht die Bedeutung besitzen, die England für die wirtschaftliche Entwicklung im allgemeinen und daher für deren Analyse durch Marx im besonderen hatte, aber zweifellos ist die Industrielle Revolution in Belgien diejenige, die in Kontinentaleuropa dem (klassischen) englischen Modell am nächsten kam. Schon von daher wird jeder über dieses Thema Forschende zumindest die Bände des II. Buches mit großem Interesse und Nutzen studieren.

Der jedem Band vorangestellte Plan des Gesamtwerkes zielt auf eine Dreiteilung ab - die Jahre 1914 bis 1945 sollen in der 2., die Jahre nach 1945 in der 3. Serie behandelt werden -, und es gibt Überlegungen, den Untersuchungszeitraum um das 17. und 18. Jh. zu erweitern (Bd. II/1, S. 8). (Es sei schon hier angemerkt, daß diese Serieneinteilung in Bd. V/1 durchbrochen wurde und in Bd. II/3 ausschließlich Probleme des 18. Jh. behandelt werden.) Die erste Serie wird zehn Bücher umfassen:

- I - D'une histoire l'autre
- II - La révolution industrielle
- III - La population belge 1830 - 1913
- IV - Le produit physique de l'économie belge 1830 - 1913
- V - Les relations économiques internationales belges 1830 - 1913
- VI - L'État et les finances publiques belges 1830 - 1913
- VII - Monnaie et crédit en Belgique 1830 - 1913
- VIII - Les moyens de communications en Belgique 1830 - 1913
- IX - Trois évaluations synchroniques du "produit national belge" (aux environs de 1845, 1880, et 1910)
- X - Croissance économique et développement de la Belgique au XIXe siècle.

2 Wir haben uns daher erlaubt, Teile dieser Annotation in diese Rezension ohne nähere Kennzeichnung zu übernehmen.

3 Band- und Seitenzahlen im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Werk.

Jedes Buch (tome) ist in mehrere Bände (volumes) untergliedert. Dieser Plan ist gewaltig, um nicht zu sagen ungeheuer: Demo-geographisch betrachtet wird in ... zig Bänden ein Jahrhundert Wirtschaftsentwicklung eines Landes beschrieben, das etwa die Größe der früheren preußischen Provinz Rheinland hat. Daß hier auf nationaler Basis eine historische Detailarbeit geleistet werden kann wie kaum für ein anderes Land, ist evident. Insofern kann an das Unternehmen nicht der Maßstab etwa einer deutschen Wirtschaftsgeschichte des 19. Jh. gelegt werden, denn diese müßte, analog konzipiert, einige hundert Bände füllen, wäre also als von einem Fachmann zu dirigierende Gesamtdarstellung ein von vornherein zum Scheitern verurteiltes Projekt. Man bedenke nur, was es bedeuten würde, die Anfänge (!) der Dampfmaschine und nur in der deutschen Industrie (ohne Landwirtschaft, Verkehr usw. !) ähnlich ausführlich darzulegen, wie dies Anne Van Neck auf fast 900 Seiten für Belgien getan hat. Jeder, der die Wirtschaftsgeschichte eines größeren Landes zu schreiben hat, kann angesichts solchen Verhältnisses von geographischem Raum und Seitenzahl nur vor Neid erblassen.

Nun stehen die an einem solchen Großunternehmen Beteiligten - insbesondere der Herausgeber bzw. Leiter - fast immer zwischen der Skylla der bloßen Sammlung von Einzelbeiträgen und der Charybdis des kleinsten gemeinsamen Nenners. Für ersteres exemplarisch sind die diversen Cambridge Histories, die ausnahmslos Sammelsurien sind, aber Sammelsurien von oftmals ausgezeichneten Einzelbeiträgen, die alles vermitteln, nur eines nicht - eine Gesamtschau; für letzteres zahllose von Autorenkollektiven verfaßte Gesamtdarstellungen, die in erster Linie das vermitteln, womit die große Mehrheit der Autoren einverstanden ist ("gesichertes Wissen"), also keine neuen Gedanken enthalten (neue Gedanken sind, weil neu, gerade nicht allgemein akzeptiert), weder im historischen Detail noch in der übergreifenden Gesamtschau. Dabei soll weder die historische Notwendigkeit solcher Gesamtdarstellungen im Sinne der geschichtswissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Propaganda bestritten werden⁴ noch der Nutzen solcher "Sammelsurien" für den Spezialisten, aber beide sind, aus unterschiedlichen Gründen, weit entfernt von der wissenschaftlichen Erfassung des historischen Gesamtprozesses. (Anders liegen die Dinge natürlich, wenn die Gesamtdarstellung von einer Person oder von einem Minikollektiv von zwei, drei kongenialen Autoren oder auch von einem durch den Leiter völlig dominierten Kollektiv, das nur mit den Augen des Leiters sieht bzw. sehen darf, geschrieben wird: Sie wird zwar immer einseitig sein, viele wichtige Details nicht oder ungenügend erfassen, aber die Gesamtschau wird stets das Beeindruckende - oder auch, wenn sie mißlingen, Kritikwürdige - solcher Arbeiten sein.)

Wo haben sich nun der Leiter Pierre Lebrun und seine Autoren angesiedelt, sind sie schon in der Skylla, im Strudel des bloßen Sammelsuriums gelandet oder drohen sie, an der Charybdis, am Fels des kleinsten gemeinsamen Nenners zu zerschellen? Letzteres - das kann nach der Lektüre von 4 1/2 Bänden mit völliger Sicherheit gesagt werden - keinesfalls. Ersteres wohl auch nicht, aber hier kann unser Urteil noch nicht so sicher sein, da noch

⁴ Vgl. die sehr instruktive Schilderung bei Kuczynski, J., Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch, Berlin/Weimar 1983, S. 120.

zu viele Bände selbst der 1. Serie ausstehen, um Definitiveres sagen zu können, obgleich das Gesamtkonzept selbst einen guten Kompaß zur Umschiffung des Strudels bieten dürfte. Lebrun bemerkt nämlich in seinem Plan: "... unsere Absicht ist weder, eine Geschichte Belgiens zu schreiben - obgleich sie uns nunmehr besser bekannt ist -, noch 'Übungen'⁵ in quantitativer Geschichte auszubauen - obgleich uns die durchgängige (rigoureuse) Quantifizierung unerlässlich ist -, noch zu einer gegenwärtig sichtbar werdenden Vereinigung von Geschichte und ökonomischer Theorie beizutragen - obgleich die ganze Theorie der Gesellschaftswissenschaften (science humaine) stark von uns genutzt wird. Unser Ziel ist zu versuchen, zunächst die einzelnen Abläufe, sodann die allgemeine Entwicklung eines bestimmten sozialen Systems zu rekonstruieren. Es geht darum, zu erkennen - und darin liegt auch der faszinierende Charakter des Unternehmens -, ob es - ausgehend von dem relativ einfachen Fall, den das belgische System von 1830 bis 1913 darstellt - möglich ist, auf wissenschaftliche Weise ein 'irreversibles' Modell zu entwickeln, das die 'Trajektorie' (den Weg) eines bestimmten sozialen Systems über eine genügend lange Zeit hinweg widerspiegelt..." (Bd. II, 1, S. 8 f.)

Ein derartiges Konzept ist natürlich auch ein gemeinsamer Nenner, aber dieser bezieht sich erstens auf das exakt umrissene Forschungsziel und ist zweitens methodologischer Natur. Er ermöglicht, und das zeigen alle erschienenen Bände, die Unterbringung relativ selbständiger Studien und Materialsammlungen, ohne sie in das Prokrustesbett vorgefaßter historischer Meinungen zu zwingen. Geradezu symptomatisch für Lebruns Herangehen ist, daß seiner Ankündigung zufolge (Bd. II/1, S. 8) die zusammenfassenden Bücher I und X der 1. Serie erst zum Schluß der Untersuchung erscheinen sollen.

Natürlich sind wie jeder, so auch dieser Realisierung eines Konzeptes bestimmte Schwächen eigen. Der von Daniel Degrève verfaßte Band z. B. hat, obwohl in der 1. Serie erschienen, die Zeit von 1830 bis 1939 zum Gegenstand, und seiner Ankündigung zufolge wird zwar der 2. "nur" die ökonomische Analyse der im 1. Band präsentierten Daten bis 1913 beinhalten, der 3. jedoch soll bis 1972 reichen - die Serieneinteilung ist hier natürlich völlig über den Haufen geworfen. Aber was bedeutet dieser Einwand schon angesichts der von ihm vorgelegten Reihen. Und wie diese 172 Reihen (von Werg bis Diamanten und Edelsteine) als solche präsentiert werden: Import, Export und Transit, jeweils in Mengen und Werten, numerisch Jahr für Jahr (mit Ausnahme der Jahre 1914 bis 1918) und graphisch dargestellt auf über 800 Seiten. Ihnen vorangestellt eine 150 Seiten umfassende Quellenkritik. Wer noch nicht wußte, was für ein undankbarer Beruf es ist, Außenhandelsstatistik zu betreiben - daß in der Tat die vorhandenen Außenhandelsstatistiken "außerordentlich dürftig" sind⁶ -, der weiß es spätestens

5 "... ni de développer des 'exercices' d'histoire quantitative ..." - diese polemische Wendung ergibt sich aus der unter französischen Wirtschaftshistorikern verbreiteten Gegenüberstellung von auf Ökonometrie und ökonomischer Theorie fußender histoire quantitative und der sog. histoire sérielle, die sich mehr der allgemeinen Geschichte verpflichtet fühlt; vgl. z. B. Chaunu, P., Histoire quantitative ou histoire sérielle, in: Cahiers Vilfredo Pareto, Nr. 3/1964, S. 165 ff.

6 Morgenstern, O., Über die Genauigkeit wirtschaftlicher Beobachtungen, 2 Aufl., Wien/Würzburg 1965, S. 137.

nach der Lektüre dieses Bandes. Die Widmung, die der Band trägt: A la Patience ... (Der Geduld ...), sagt alles. Hoffen wir nur, daß den Verfasser die Geduld auch in der Hinsicht nicht verläßt, daß er versucht, Abschätzungen für die Fehlermarge seiner Daten - und vor allem der aus ihnen berechneten Kennziffern - zu geben, denn der Rezensent weiß aus eigener Erfahrung, daß nicht nur zwischen der (selbst) kritischen Feststellung, Daten seien ungenau, und dem Wagnis der Fehlerabschätzung bezüglich dieser Daten - Kuznets und seine Mitarbeiter rechneten vor 40 Jahren mit wahrscheinlichen Maximalfehlern in ihren Nationaleinkommensschätzungen bis zu 80 %, veranschlagten sie nie geringer als 5 bis 10 %!⁷ - schon Welten liegen, sondern daß der Weg bis zur Abschätzung von Fehlern in aus diesen Daten berechneten Kennziffern mindestens noch einmal so weit ist.⁸

Eine ähnliche Dedikation wie der Band von Degrève könnte der von Joseph Pirard verfaßte tragen. Auch er beginnt, nach einer längeren Einleitung, mit einer eingehenden Quellenkritik (Bd. VI/1a, S. 33 - 168). Im 2. Abschnitt (S. 169 - 280) erfolgt die Publikation der nach einem einheitlichen Schema aufgegliederten jährlichen Einnahmen und Ausgaben der Zentralgewalt (3stufige Dezimalklassifikation mit insgesamt 133 Zeilen) von 1832 bis 1912. Schon diese Datensynthese dürfte in dieser Detailliertheit aus historisch-statistischer Sicht kaum etwas Vergleichbares neben sich haben. Aber danach beginnt erst das eigentliche Abenteuer, denn auf den verbleibenden 250 Seiten gibt er für die ersten elf (!) Einzelposten erstens deren offizielle Definition, zweitens deren tatsächlichen Inhalt und drittens eine detaillierte Analyse der Entwicklung. Und so wie jeder historische Statistiker bedauern wird, daß Pirard die Daten zur 4. Klasse nur stichjahresweise gibt, so wird niemand es als Zeichen falscher Bescheidenheit (oder mangelnden Fleißes) des Rezensenten ansehen, wenn er sich, wie eingangs festgestellt, nicht in der Lage sieht, z. B. die Daten Pirards zur Zahl der Zollinspektoren und ihres Durchschnittseinkommens im Jahre 1845 (Bd. VI/1a, S. 438) kritisch zu beurteilen. Der in Bd. VI/1a enthaltene Ankündigung zufolge sollen die "restlichen" 122 Einzelposten in einem weiteren Teilband abgehandelt werden (Bd. VI/1a, S. 8); die seither (1980 bis Dezember 1983) verstrichene Zeit scheint vorhandene Zweifel an der Realistik dieses Raum- und Zeitplanes zu bestätigen. Aber selbst wenn es nicht 3, sondern 6 Teilbände werden, deren letzter nach 1990 erscheinen wird - was für ein großartiges Unternehmen, das wie die berühmten Statistiken von Jevons und Tooke, von Sauerbeck und Rogers -, das Jahrhundert überdauern wird.

In der schon erwähnten Annotation zu Bd. II/1 hieß es, die Autoren hätten "eine außerordentlich interessante und faktenreiche Darstellung der Wirt-

7 Vgl. Kuznets, S.S., u. a., *National Income and Its Composition*, New York 1941, Kap. 12.

8 Seine in verschiedenen Arbeiten niedergelegten und teilweise publizierten Auffassungen zu dieser Problematik sind zusammengefaßt in Kuczynski, Th., *Zur Anwendbarkeit mathematischer Methoden in der Wirtschaftsgeschichtsschreibung - methodologische Überlegungen und praktische Versuche*, Diss. B, Berlin 1978, S. 186 ff. - Sein am 24. 9. 1979 im Centre "Histoire quantitative et développement" der Universität Liège (Lüttich) vor Lebrun und seinen Mitarbeitern gehaltener Vortrag "L'inexactitude des données historiques et quelques conséquences pour l'exactitude des indices historiques" müßte auch dort im Manuskript vorliegen.

schaftsstruktur und ihrer Veränderung im Prozeß der Industriellen Revolution (gegeben). Insbesondere die Fortführung der Überlegungen zum polaren Wachstum von Perroux und ihre konkrete Verifikation haben ihr eine solide Grundlage gegeben; man wird gespannt sein dürfen, was der zweite Band hierzu bringen wird." Man wird sich weiter gedulden müssen, denn die Bände 2 und 3 des II. Buches nehmen auf die Problematik keinen Bezug, jedenfalls nicht explizit. Implizit enthält der Band von Georges Hansotte (Bd. II/3) selbstredend eine Fülle von Material auch hierzu, allein schon durch die regionale Aufgliederung der Ex- und Importe (Luxemburg, Becken von Namur-Charleroi, Limburg, Brüssel, Grenz- und Hafendepartements, Lüttich) aber eine wirkliche Kontinuität zwischen den bislang erschienenen Bänden des II. Buches gibt es nicht.

Der Bd. II/3 macht in seiner ganzen Gestaltung auf ein weiteres Problem aufmerksam. Daß er zeitlich gar nicht in die 1. Serie gehört, war schon vermerkt worden. Sachlich hingegen scheint er mir durchaus in diese Serie zu gehören, da eine Darstellung der Industriellen Revolution in Belgien ohne eine der Metallurgie des 18. Jh. kaum denkbar erscheint. Jedoch zeigt die Durchsicht allein schon des Inhaltsverzeichnisses eine weitere Problematik auf. Der erste, 124 Seiten umfassende Teil über "Die Metallurgie in den Niederlanden und im Fürstentum Lüttich" enthielt 6 Kapitel (mit einer Vielzahl von Unterkapiteln):

1. Technik, Energie, Ausrüstungen (24 S.)
2. Die Grundstoffe: Baumaterialien und Erze (17 S.)
3. Die industriellen Regionen und Betriebe (25 S.)
4. Die Verkehrswege (14 S.)
5. Die Zollpolitik (26 S.)
6. Die Beteiligten (18 S.)
 - A. Die Unternehmen und die Unternehmer (9 S.)
 - B. Die Arbeitskräfte (9 S.)

Diesem ersten Teil folgt der 150 Seiten umfassende zweite Teil über den internationalen Eisenhandel, dessen Gliederung weiter oben schon wiedergegeben wurde. Ein 38 Seiten umfassender Anhang enthält schließlich eine zusammenfassende annotierende Übersicht sämtlicher Werke ("Usines"). Der Band hätte also ebensogut innerhalb des 5. (Internationale Wirtschaftsbeziehungen) erscheinen können. Aber das ist ein Problem, das jedem Historiker bekannt ist: Sein Untersuchungsgegenstand ist vieldimensional, aber dargestellt werden kann er nur in fortlaufender Erzählung, also eindimensional. Jede Lösung hat ihre Vorzüge und Nachteile ...

Dagegen wirkt sich die Tatsache, daß Hansotte häufig die Gesamtentwicklung graphisch darstellt und Zahlen nur für Jahrzehntdurchschnitte gibt, nachteilig aus. Jeder, dem graphische Darstellungen von größerer Aussagekraft erscheinen, kann sie sich aus Jahresdaten ohne große Mühe selbst anfertigen. Der umgekehrte Weg, aus Graphiken exakte Daten zu gewinnen, ist hingegen außerordentlich mühselig. Hier hätte die umgekehrte Entscheidung getroffen werden sollen: alle Jahresdaten numerisch aufzulisten, auch auf Kosten der anschaulichen Graphik.

Schon nach der Lektüre des Bandes von Hansotte, erst recht des Bandes von Van Neck wird sich jeder Leser fragen, wie allein schon das II. Buch anschwellen muß, wenn ähnlich die Metallurgie des 19. Jh. und der Maschinenbau, die Textilindustrie und das Bauwesen usw. analysiert würden. Entwe-

der wird allein das II. Buch schon 20 Bände umfassen, oder man wird dem Leiter des Unternehmens vorwerfen müssen, keine in sich geschlossene und ausgewogene Darstellung gegeben bzw. konzipiert zu haben. Es ist durchaus ein Nachteil, daß der Leser nicht weiß, was ihn im II. Buch noch erwartet.⁹ Aber selbst wenn dereinst festgestellt werden sollte, das Werk sei ein Torso oder unvollendet geblieben, wollen wir uns schon heute vor Augen führen, daß der Welt berühmteste Plastik, die Venus von Milo, als Torso überliefert und der Welt meistgespielte Sinfonie Schuberts "Unvollendete" ist.

Das Gesamtwerk wird von der Académie Royale de Belgique herausgegeben. Seine Ausstattung, angefangen von den ausführlichen bibliographischen Nachweisen und den hervorragend angelegten Statistiken und Diagrammen bis hin zu Druck-, Einband- und Papierqualität ist jeder Akademie würdig. Die Preise der einzelnen Bände hingegen sind königlich, um nicht zu sagen: prohibitiv.

Dem ersten und zweiten Hauptkapitel voraussetzt Industrialisierung untersucht. Die vorliegende Arbeit ist eine Studie zur sozialökonomischen Situation des sowjetischen Dorfes in den entscheidenden Jahren der NEP. Merl greift sich von primitiven und opportunistischen Aufsätzen ab, gibt sich zur Gesellschaftsordnung der Sowjetunion zu bekennen. Er ordnet sich in diejenige Gruppe bürgerlicher Geisteswissenschaftler ein, die sich mit offensichtlich widersprüchlichen Ansichten in den eigenen Reihen auseinandersetzen und versuchen, ihre bürgerliche Standpunkte mit verfeinerten Methoden zu begründen. Zu diesen auch im vorliegenden Buch vertretenen Standpunkten gehören Behauptungen von einem "stalinistischen Weg der Kollektivierung" oder einer "Abkehr von der NEP" (S. 13, 472). Bei der Auseinandersetzung mit anderen bürgerlichen Autoren gelangt Merl zu begrüßenswerten Erkenntnissen. In einer Reihe von Detailfragen, die eine Diskussionsbasis mit marxistischen Wirtschaftshistorikern ermöglichen. So weist er nach, daß es zur Politik des "Livre à l'étranger" vom Oktober 1924 zu keine Alternative gegeben hat (S. 48). Auch kommt in der Arbeit zum Ausdruck, daß der junge sozialistische Staat auf vielen ökonomischen Gebieten noch Erfahrungen sammeln mußte, z. B. im Handel, bei der Preisfestsetzung, aber gleichzeitig sich die sozialistische Planwirtschaft weiter entwickelte (S. 106, 121, 183, 418). Interessant sind ebenfalls Merls Analysen über die soziale Differenzierung im sowjetischen Dorf sowie die Wirkung von Preisveränderungen auf das ökonomische Verhalten der verschiedenen sozialen Schichten (S. 102). Wenn er dabei aufzeigt, daß die Struktur der Klassendifferenzierung, die sie durch die imperialistische Warenproduktion hauptsächlich in der Stadt geprägt wird, nicht in der gleichen Weise für das Dorf zutrifft, dann berührt er damit eine sehr wichtige Frage, die noch weiterer vertiefter sozialökonomischer Analysen bedarf. Diese Frage wird bei ihm zu einem Grundproblem seiner gesamten Analyse (S. 143). Durch die ganze Arbeit zieht sich das Problem einer exakten Bestimmung der Gruppe der armen Bauern, wozu wie diese sich von der der Mittelbauern und diese wiederum von der der Kulaken unterscheiden. Es geht dabei nicht um die fleißigen Überpänge, die bei einem gewachsenen Gan-

9 Dieser Nachteil bleibt auch bestehen, wenn der Leser Lebruns "Rechnenschaftsbericht" aus dem Jahre 1980 zur Kenntnis genommen hat: Lebrun, P., Histoire quantitative et développement de la Belgique. Structure et état des recherches, in: Cahiers de Clio. Sciences de l'homme et de son environnement, Nr. 64/1980 S. 35 ff.

Stephan Merl, Der Agrarmarkt und die Neue Ökonomische Politik.
Die Anfänge staatlicher Lenkung der Landwirtschaft in der
Sowjetunion 1925 - 1928 = Studien zur modernen Geschichte,
Bd. 25

München/Wien/Oldenbourg 1981, 530 S., Pr. : 110,- DM

Stephan Merl beschäftigt sich mit einem Thema, das bereits seit längerem im Mittelpunkt bürgerlicher Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte der UdSSR steht. Aus verschiedener Sicht werden die Bedingungen für die mit dem ersten und zweiten Fünfjahrplan verbundene Industrialisierung untersucht. Die vorliegende Arbeit ist eine Studie zur sozialökonomischen Situation des sowjetischen Dorfes in den entscheidenden Jahren der NEP. Merl grenzt sich von primitiven antikommunistischen Auslassungen ab, ohne sich zur Gesellschaftsordnung der Sowjetunion zu bekennen. Er ordnet sich in diejenige Gruppe bürgerlicher Osteuropaforscher ein, die sich mit offensichtlich widersprüchlichen Ansichten in den eigenen Reihen auseinandersetzen und versuchen, alte bürgerliche Standpunkte mit verfeinerten Methoden zu begründen. Zu diesen auch im vorliegenden Buch vertretenen Standpunkten gehören Behauptungen von einem "stalinistischen Weg der Kollektivierung" oder einer "Abkehr von der NEP" (S. 13, 472). Bei der Auseinandersetzung mit anderen bürgerlichen Autoren gelangt Merl zu begrüßenswerten Erkenntnissen in einer Reihe von Detailfragen, die eine Diskussionsbasis mit marxistischen Wirtschaftshistorikern ermöglichen. So weist er nach, daß es zur Politik des "Licom k derevne" vom Oktober 1924 an keine Alternative gegeben hat (S. 49). Auch kommt in der Arbeit zum Ausdruck, daß der junge sozialistische Staat auf vielen ökonomischen Gebieten noch Erfahrungen sammeln mußte, z. B. im Handel, bei der Preisfestsetzung, aber gleichzeitig sich die sozialistische Planwirtschaft weiterentwickelte (S. 106, 121, 183, 416). Interessant sind ebenfalls Merls Analysen über die soziale Differenzierung im sowjetischen Dorf sowie die Wirkung von Preisveränderungen auf das ökonomische Verhalten der verschiedenen sozialen Schichten (S. 102). Wenn er dabei aufzeigt, daß die Struktur der Klassendifferenzierung, wie sie durch die kapitalistische Warenproduktion hauptsächlich in der Stadt geprägt wird, nicht in der gleichen Weise für das Dorf zutrifft, dann berührt er damit eine sehr wichtige Frage, die noch weiterer vertiefter sozialökonomischer Analysen bedarf. Diese Frage wird bei ihm zu einem Grundproblem seiner gesamten Analyse (S. 149). Durch die ganze Arbeit zieht sich das Problem einer exakten Bestimmung der Gruppe der armen Bauern, und zwar wie diese sich von der der Mittelbauern und diese wiederum von der der Kulaken unterscheidet. Es geht dabei nicht um die fließenden Übergänge, die bei einem gewachsenen Ganzen natürlich vorhanden sind, sondern es geht um die Kriterien, nach denen die Zugehörigkeit eines Bauern als kleiner Warenproduzent zu einer dieser drei Gruppen bestimmt werden kann. Eine weitergehende Differenzierung der Bauern in z. B. fünf Gruppen würde an dieser Problematik nichts ändern. Merl spricht ständig von "den armen Bauern" und "den reichen Bauern", um

dann jedoch, als Resümee seiner Analyse, die Unmöglichkeit eindeutiger Kriterien zur sozialen Differenziertheit des Dorfes zu konstatieren (S. 436). Es ist dem Autor zuzustimmen, daß man in der zeitgenössischen Statistik nur unzureichende Kriterien für eine derartige Differenzierung findet, aber wenn er diese Differenzierung generell als nicht empirisch verifizierbar ansieht, dann entzieht er seiner eigenen Analyse über den Anteil der verschiedenen Bauernwirtschaften an der Produktion des Marktgetreides - eine der entscheidenden Fragen jener Periode - die wissenschaftliche Basis.

Das grundlegende Unterscheidungsmerkmal für soziale Unterschiede ist der Zugang zu den Produktionsmitteln, und dies war in der Landwirtschaft das Eigentum am wichtigsten Produktionsmittel, dem Boden. Nur an einer Stelle existiert bei ihm ein unkommentierter Hinweis auf diese Problematik (S. 451). Ganz sicherlich löst man allein mit einer Analyse des Eigentums an Grund und Boden das Problem der sozialökonomischen Differenzierung im Dorf mit ihren wechselseitigen Abhängigkeiten, mit ihrer Verknüpfung von historischen Traditionen der Dorfgemeinschaft, mit den Anforderungen, die eine Warenproduktion stellt, nicht, aber beim Verfasser fungiert sie auch nicht als Ausgangspunkt seiner Untersuchungen.

Merl erkennt nicht die Probleme, die mit dem Aufbau einer geplanten sozialistischen Warenproduktion in der Industrie und Landwirtschaft verbunden waren, vor allem nicht die Aufgabe, eine höhere Vergesellschaftung der Agrarproduktion zu erreichen. Es ging darum, das Wertgesetz in der gesamtstaatlichen Leitung bewußt auszunutzen. Wenn es damals in der Theorie über den Charakter der Ware und des Geldes im Sozialismus erhebliche Unklarheiten gab, so hatten sich in der Wirtschaftspraxis bereits deutlich die Gefahren gezeigt, die von einer Ignorierung der Erfordernisse des Wertgesetzes und der Geldgesetze für die Effektivität der sozialistischen Planwirtschaft ausgingen.

Eine Reihe von widersprüchlichen inhaltlichen Aussagen fällt auf. Dazu nur zwei Beispiele: So wird einmal der Industrie eine "inflationfördernde" Preisentwicklung zugeschrieben, wenige Seiten weiter dies im gleichen Zusammenhang aber bei den Getreidepreisen gesehen (S. 106, 115). Einmal wird die vorrangige Kreditierung der unteren Bauernschichten betont, um danach festzustellen, "daß diese vergleichsweise weniger" Kreditmittel erhalten hätten (S. 217, 219).

Unübersichtlich sind die Maßeinheiten, die einmal in Pud und Deßjatinen, dann wieder in Tonnen und Hektar angegeben werden.

Insgesamt ist dies eine materialreiche Arbeit, die mit verfeinerten Methoden der Begründung bekannter wirtschaftshistorischer Standpunkte der bürgerlichen Osteuropaforschung dient.

Klaus Leciejewski

Der vorliegende Band verfolgt das Ziel, breitere Leserkreise darüber zu unterrichten, wie die ländliche Bevölkerung in Europa seit dem Mittelalter lebte, wie sie arbeitete und feierte, wie sie sich ernährte und wie sie wohnte, welche Formen sozialen Zusammenlebens sich herausbildeten und welche politische Aktivitäten faßbar werden. Das Werk, das ganz allgemeines Interesse an einer Beschäftigung mit dem Leben auf dem Lande in der Vergangenheit wecken möchte, beginnt mit einem Überblick über die Entwicklung des Dorfes und der bäuerlichen Familie im Wandel der Jahrhunderte. Es folgen zwei Abschnitte, in denen die soziale und politische Stellung des Adels und die Lage der ländlichen Bevölkerung bis zur Aufhebung der Leibeigenschaft dargestellt werden (Jerome Blum). Ausführungen über die Entwicklung des Ackerbaus von der Dreifelderwirtschaft bis zur wissenschaftlich betriebenen Landwirtschaft (Joan Thirsk), über Ernährung, Kleidung, Wohnen der Bauern (Diedrich Saalfeld), Bauernaufstände (Yves-Marie Bercé) sowie über Bräuche und Glaubensvorstellungen auf dem Lande (Jaqueline Simpson) schließen sich an. Die beiden letzten Abschnitte beschäftigen sich mit der landwirtschaftlichen Erschließung Nordamerikas durch Farmer (William N. Parker) und der Stellung der Landwirte "in der Welt von heute" (Harvey Franklin).

Im Zentrum fast aller Beiträge steht der Zeitraum vom 17. Jh. bis zum 19. Jh. Es fallen lediglich Streiflichter auch auf die vorhergehende Zeit, und hier und da werden Ausblicke auf die Gegenwart geboten. Insofern wird das Werk dem im Titel erhobenen Anspruch, das ländliche Leben und die "bäuerliche Welt" in 7 Jahrhunderten zu behandeln, nur bedingt gerecht. Nur im Bildteil wird fast durchweg auch das Mittelalter berücksichtigt. Überhaupt dürften die im Abstand von etwa 20 Druckseiten gebrachten "Bildblöcke" zum Besten der vorliegenden Publikation gehören, die insgesamt 254 Abbildungen enthält - davon 54 in Farbe. Diese mit genauem Quellennachweis versehenen Bildzeugnisse werden in thematischen Komplexen zusammengefaßt, sind den im dazugehörigen Abschnitt untersuchten Fragen zugeordnet und werden so kommentiert, daß die geschichtliche Einordnung des jeweiligen Bildes deutlich wird und gleichzeitig die Quintessenz des jeweiligen Kapitels kurz und prägnant nochmals zur Sprache kommt - gewissermaßen ein Buch im Buch, gedacht für Leser, die sich möglichst schnell mit diesem oder jenem Problem bekannt machen wollen.

Von einem in den einzelnen Abschnitten durchgehend und konsequent befolgten methodischen Grundprinzip wird man schwerlich sprechen können. Doch ist nicht zu verkennen, daß die Autoren der verschiedenen Kapitel mehr oder weniger der Theorie von der Industriegesellschaft verpflichtet sind. Durchweg wird zwischen der prae- oder protoindustriellen Periode und dem eigentlichen "Industriezeitalter" eine deutliche Zäsur gesetzt. Dabei dominiert bei der Charakterisierung der einzelnen Epochen der technisch-betriebswirtschaftliche Aspekt, während das soziale Spannungsfeld einem besonderen Kapitel "Bauernunruhen" vorbehalten bleibt. Besser wäre es gewesen, wenn man die hier gebrachten Einzeltatsachen in die einzelnen Abschnitte eingearbeitet hätte, weil auf diese Weise der historische Bezug der technischen Details erkennbar würde. Sieht man von diesem gewiß ins Theore-

tisch-Prinzipielle gehenden Mangel ab, so bleibt eine Fülle von weitgefächerten Einzelerkenntnissen und Informationen, die - im Zusammenhang gesehen und miteinander verbunden - einmal mehr die Pionierrolle verdeutlichen, die Westeuropa (vor allem England) und Nordamerika bei der Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse in der Landwirtschaft im Weltmaßstab zukommt (Technik, Arbeitsverfahren, Arbeitsgeräte, angebaute Pflanzen, "Verwissenschaftlichung" der Landwirtschaft).

Kritisch sei noch angemerkt, daß im Literaturverzeichnis Arbeiten aus den sozialistischen Ländern völlig fehlen und damit ein sehr einseitiges Bild vom gegenwärtigen Forschungsstand hinsichtlich der untersuchten Problematik entsteht.

Abschließend sei festgestellt, daß das von Jerome Blum herausgegebene Werk sich erfreulich fernhält von allen heute im kapitalistischen Westeuropa Mode gewordenen Nostalgien und Idealisierungen der angeblich heilen Welt der Bauern in der Vergangenheit - Hunger, harte Arbeit, einfachste Lebensverhältnisse kommen als Faktoren, die einst den Alltag auf dem Lande entscheidend prägten, hinreichend zur Sprache und werden auch im Bild veranschaulicht. Diese realistischen Züge überwiegen die rustikale Idylle, die hier und da, namentlich bei einigen Illustrationen, durchscheint.

Siegfried Epperlein

Studien zur Abgrenzung von Agglomerationen in Europa = Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Beiträge, Bd. 58

Vincentz Verlag, Hannover 1982, 453 S., Pr.: 44,- DM

Mit vorliegender Publikation wird der aner kennenswerte Versuch unternommen, die bisher zur Erfassung von Agglomerationsräumen vorrangig in Mittel- und Westeuropa vorliegenden Untersuchungen zu werten und zu vergleichen. Dabei handelt es sich - in der Reihenfolge des Inhaltsverzeichnisses - um die Länder Belgien, Dänemark, Deutsche Demokratische Republik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen, Schweiz und Spanien. Die BRD findet nur bei der abschließenden vergleichenden Betrachtung Berücksichtigung. Das ist bei Thema und Inhalt der Publikation ein gewisser Mangel. Zeitlich beschränken sich die Aussagen im wesentlichen auf die Entwicklung nach 1945.

Nach einer Einleitung folgen Länderstudien von verschiedenen Autoren aus der BRD, Belgien, den Niederlanden, Dänemark, Frankreich, der Schweiz und Spanien. Der abschließenden vergleichenden Analyse europäischer Agglomerationsmodelle ist eine Übersicht über Methoden zur Agglomerationsabgrenzung und -gliederung angefügt. Dabei findet - wie bereits angedeutet - als 13. Land zusätzlich die BRD Berücksichtigung.

Das Ziel der Arbeit, in einem vorgegebenen Rahmenkonzept die Entwicklung der Methodik zur Agglomerationsabgrenzung und -gliederung sowie die länderspezifischen Probleme darzustellen, sei, so wird einleitend selbstkritisch eingeschätzt, nur bedingt erreicht worden. Die Ursachen für die in Aufbau, Inhalt und Umfang unterschiedlichen Beiträge liegen primär in

Zahl und Art der einschlägigen wissenschaftlichen Untersuchungen bzw. der erarbeiteten Abgrenzungs- und Gliederungsmodelle, in den von Land zu Land wechselnden Problemen sowie in den administrativen und statistischen Voraussetzungen. Dennoch werde ein instruktives Bild vom Stand der wissenschaftlichen Untersuchungen des Urbanisierungs- und Agglomerationsphänomens in Europa vermittelt.

Diesem Anspruch werde man u. a. dadurch gerecht: Einerseits handelt es sich bei der Agglomeration in allen Ländern *cum grano salis* um die gleiche Erscheinung einer hohen räumlichen Konzentration von Bevölkerung, Industrie, Verkehr, Handel und Dienstleistungen sowie politischen, sozialen und kulturellen Einrichtungen. Andererseits wurden über die Literaturanalyse aus den 13 Staaten - wobei kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird - 110 Modelle erfaßt, um dem Kardinalproblem der Agglomerationsforschung, der Abgrenzung von räumlichen Verdichtungen, auf die Spur zu kommen.

Ganz abgesehen davon, daß es bis heute keine einheitliche Begriffsbestimmung gibt, wird eine genaue Festlegung der räumlichen Begrenzung von Agglomerationen immer im Spannungsfeld zwischen Zielvorstellungen (wissenschaftliches Ergebnis), Quellenlage (statistisches Material) und materiell-technischen Voraussetzungen (Zahl der Mitarbeiter einschließlich technischer Hilfsmittel) liegen. Somit können die 110 Modelle als Ausdruck einer sowohl regional (räumlich) als auch national (staatlich) äußerst differenziert geprägten Bedarfslage gewertet werden.

Auf Basis der für die Untersuchungen benutzten Indikatoren wurde neben sozio-ökonomischen und morphologischen Modellen eine relativ hohe Zahl - insgesamt 35 - von "Mischmodellen" festgestellt. Wenngleich mit einem derartigen Modell die Möglichkeit besteht, die mit den Agglomerationen verbundenen Strukturen und Probleme wesentlich breiter gefächert zu analysieren, so blieb mit 4 bis 6 Merkmalen die für die "Mischmodelle" benutzte Anzahl von Indikatoren zur Abgrenzungs- und Gliederungskonzeption wider Erwarten gering. Dennoch müsse (m. E. zu Recht - H. -J. R.) bei der Komplexität des Agglomerationsphänomens dem "Mischmodell" gegenüber dem "reinen" sozio-ökonomischen oder dem morphologischen Modell der Vorzug gegeben werden. Als Indikatoren wurden entsprechend der Anwendungshäufigkeit bei 81 Modellen benutzt: Pendlerbeziehungen, Einwohnerzahl, Bevölkerungsdichte, Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen/Bevölkerung an den Erwerbspersonen bzw. der Bevölkerung, zusammenhängende Bebauung, Bevölkerungsentwicklung.

Schwierig ist die Anwendung dynamischer Merkmale. Wenn überhaupt, so kommt nur der demographische Bereich in Frage (u. a. Bevölkerungsdichte, -wachstum).

Da Agglomerationen nicht nur ein räumliches, sondern letztlich auch ein ökonomisches Phänomen sind (das beweisen die benutzten Indikatoren ebenso wie die Tatsache, daß die Agglomerationen immer mehr die industrielle Wirtschaftskraft eines Landes repräsentieren), sollte der Gegenstand Agglomeration neben den gegenwärtigen Untersuchungen auch ins Blickfeld wirtschaftshistorischer Forschungen gerückt werden. Für die räumliche Abgrenzung als unabdingbare Voraussetzung für derartige Analysen kann die vorliegende Publikation sehr nützliche methodische Anregungen geben.

Die Verfasser liefern dem Leser genau das, was sie im Titel des Buches ankündigen: statistische Werkzeuge für Historiker. Nach der Vorstellung einiger mathematischer Grundbegriffe (Kap. 1) und der Einführung in die statistische Terminologie (Kap. 2) geben sie einen ausführlichen Überblick über Verfahren der graphischen Darstellung (Kap. 3). In Kap. 4 werden statistische Parameter univariater Verteilungen ausführlich behandelt, und zwar Maße der zentralen Tendenz (einfaches, gewogenes und aus Gruppen berechnetes arithmetisches Drittel, geometrisches und harmonisches Mittel, Median, Modus, Quantile), der Streuung (Intervalle, durchschnittliche Abweichung vom arithmetischen Mittel, Varianz und Standardabweichung einschließlich Sheppard-Korrektur für gruppierte Daten, Variationskoeffizient), die Herstellung normierter Daten, die höheren Momente (Schiefe, Exzeß) und ein Konzentrationsmaß (den Gini-Koeffizienten, aber keine Lorenzkurven). In Kap. 5 werden einige einfache und synthetische Index-Typen sowie Kettenindizes vorgestellt, wobei aber die Indizes von Paasche, March und Drobisch und die Faktorzerlegung von Indizes nach Bortkiewicz und anderen unerwähnt bleiben. In Kap. 6 werden die Probleme der Regressions- und Korrelationsanalyse grundsätzlich betrachtet (einfache und multiple lineare Regression, linearer Korrelationskoeffizient und Rangkorrelationskoeffizient von Spearman), in Kap. 7 anhand eines Beispiels solche wie das Bestimmtheitsmaß, multiple und partielle Regressions- und Korrelationskoeffizienten, deren Standardabweichungen und schließlich die diesbezüglichen Signifikanztests. Kap. 8 ist der Zeitreihenanalyse gewidmet (gleitende Durchschnitte, Trend, zyklische und Saisonschwankungen). In Kap. 9 werden Kontingenztafeln und χ^2 -Test betrachtet. Kap. 10 gibt eine Einführung in die Faktoranalyse (nach Benzécri). Im abschließenden Kap. 11 wird der Wahrscheinlichkeitsbegriff betrachtet. Einige Tafeln, eine kurze instruktive Bibliographie und ein Register schließen den Band ab.

Das Buch unterscheidet sich von anderen seiner Art durch das Fehlen eines Einleitungskapitels, in dem Nutzen und Notwendigkeit der statistischen Analyse für Historiker dargelegt werden, sie werden als gegeben vorausgesetzt. Dieser - durchaus akzeptable - Ausgangspunkt führt aber in der gesamten Darstellung dazu, daß auf die Darlegung der notwendigen Voraussetzungen für die Anwendung der verschiedenen statistischen Verfahren verzichtet wird; der Leser bekommt die "Werkzeuge" zu sehen, aber warum er welche benutzen sollte, also wie der Arbeitsprozeß zu gestalten ist, bekommt er zumeist nicht zu sehen. Das ist einer der beiden großen Nachteile des Buches. Der zweite betrifft die Behandlung des Wahrscheinlichkeitskonzepts. Es hätte nichts dagegengesprochen, es erst im Schlußkapitel einzuführen, wenn die Verfasser sich zuvor auf die deskriptive Statistik beschränkt hätten. So aber bleiben die von ihnen vorgetragenen Methoden des Signifikanztests ohne jede wissenschaftliche Fundierung. Eines der methodologischen Grundprobleme des mit statistischen Methoden arbeitenden Historikers, die Zulässigkeit der verschiedenen Wahrscheinlichkeitskonzepte (nach La Place/Kolmogoroff oder Bayes oder Bernoulli), bleibt völlig außerhalb der Betrachtung, ebenso die Frage der Zufallsstich-

proben (ohne deren Existenz Tests ja gar keinen Sinn haben). Die ausdrückliche Beschränkung des Buches auf die deskriptive Statistik wäre ihm dienlicher gewesen, denn eine respektable Leistung stellt es auf seinem Gebiet zweifellos dar.

Thomas Kuczynski

Productivity in the Economies of Europe, hg. v. R. Fremdling u. P. K. O'Brien = Historisch-sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 15

Klett-Cotta, Stuttgart 1983, 222 S., Pr.: 88,- DM

Der Sammelband vereinigt auf der im April 1981 in Bielefeld (BRD) veranstalteten Konferenz über "European Productivity, 1789 - 1950" gehaltene Referate (sämtlich in englischer Sprache mit deutschen Zusammenfassungen). Er beginnt mit einem ausführlichen Überblick zu dem (viel breiteren) Thema "Quantitative Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte in Europa nach 1945" von Herman van der Wee und Jos Delbeke, der allerdings fast ausnahmslos von Westeuropa erschienene Arbeiten berücksichtigt. Für diesen Bereich wird jedoch ein exzellenter Überblick gegeben.

Der zweite Beitrag - Richard Tilly über "Pro-Kopf-Einkommen und Produktivität als Indikatoren für Entwicklung und Wohlstand. Bemerkungen zur Kuznetsianischen Wirtschaftsgeschichte" - macht das Dilemma der Konferenzveranstalter und -teilnehmer schon recht deutlich, denn was eigentlich unter Produktivität zu verstehen ist, welche Aussagen Produktivitätsmessungen zulassen und welche nicht, wird im Grunde in keinem der Beiträge gesagt. Viele, für sich genommen durchaus interessante Beiträge sind (daher?) überhaupt nicht Produktivitätsproblemen gewidmet, sondern den Problemen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (William P. Kennedy), der Entwicklung des Dienstleistungssektors (Patrick K. O'Brien), der international vergleichenden Analyse des Bruttosozialprodukts (Angus Maddison), dem Wachstum des Nettoinlandsprodukts in Deutschland (Carl-Ludwig Holtfrerich), Volkseinkommenschätzungen mittels Friedman-Theorem (relative Konstanz der Geldumlaufgeschwindigkeit) für Spanien 1772 - 1972 (Gabriel Tortella), und im Beitrag von Rainer Metz über "Lange Wellen" in Zeitreihen zur deutschen und englischen Wirtschaftsgeschichte vom 16. bis zum 20. Jh. werden Preise, Löhne, Produktionsvolumina, aber keine Produktivitätskennziffern untersucht. Produktivitätsanalyse im eigentlichen Sinne des Wortes liefern lediglich die Beiträge von Robert C. Allen über "Neuere Entwicklungen in der Produktions-, Kosten- und Indextheorie, mit einer Anwendung auf internationale Kosten- und Leistungs- (efficiency) Unterschiede bei der Stahlherstellung in den Jahren 1907 - 1909", von Jean Gadisseur über "Die Arbeitsleistung (output per worker) und ihre Entwicklung in der belgischen Industrie von 1846 - 1910" (anhand von vier Querschnitten) und von Rainer Fremdling über "Außenhandelsstruktur, technischen Wandel, Kosten und Produktivität in der Eisenindustrie Westeuropas 1720 - 1870". Aber auch hier wird Differenz und Komplementarität von monetärer Kostenrechnung und auf "Natural"-Kennziffern beruhender Produktivitätsanalyse nicht deutlich. Die in vielen Beiträgen formulierten Kritiken an bisherigen Konzep-

ten sind zwar durchaus berechtigt, aber sie könnten in jeweils abgewandelter Form auch auf die vorgetragenen Konzepte angewandt werden. Diese Probleme in das Blickfeld des Wirtschaftshistorikers gerückt, kritikwürdige Arbeitshypothesen formuliert und Verifikationsversuche unternommen zu haben, das ist zweifellos ein Verdienst dieser Autoren.

Thomas Kuczynski

Arbeitszeitpolitik, Formen und Folgen einer Neuverteilung der Arbeitszeit,
hg. v. C. Offe, K. Hinrichs u. H. Wiesenthal

Campus Verlag, Frankfurt (Main)/New York 1982, 296 S., Pr. :
34,- DM

Die meisten der 18 Beiträge in diesem Band sind erweiterte und aktualisierte Referate einer Konferenz über Arbeitszeitpolitik, die 1981 am Zentrum für Interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld stattfand. Die Referate wurden von Mitarbeitern nahezu aller zum Thema "Arbeitszeit" im Kapitalismus forschenden Institute in der BRD vorgelegt und reflektieren die dort diskutierten betriebswirtschaftlichen sowie wirtschafts- und gesellschaftspolitischen strategischen Überlegungen zur unternehmerischen, gewerkschaftlichen und staatlichen Arbeitszeitpolitik in kapitalistischen Industrieländern. Die Auseinandersetzung um Arbeitszeitverkürzung ist so alt wie der Industriekapitalismus und berührt heute alle sozialen Klassen und Schichten sowie alle Lebensbereiche. Die auf den verschiedenen Ebenen zu treffenden Vereinbarungen zur Neuverteilung der Arbeitszeit werden nach Ansicht der Verfasser auf einen vorläufigen Interessenkompromiß zwischen Kapitalverwertung und Reproduktion der Arbeitskraft hinauslaufen und bestimmte Bedingungen für künftige soziale Auseinandersetzungen festschreiben. Dieser Problemkomplex spricht somit Vertreter vieler gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen an. Die Autoren gehen auf historische, ökonomische, juristische und soziologische Aspekte ein. Der Leser erhält einen Überblick über die für den grundlegenden Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit relevanten Formen und Wirkungen der Arbeitszeitpolitik, vor allem der Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung, über den Stand der von den beteiligten Seiten unternommenen Untersuchungen und über die Palette der ökonomischen und soziologischen theoretischen Ansätze, die von realistischen Haltungen bis zu utopischen Wunschvorstellungen reichen. Der Blickwinkel ergibt sich aus dem betrachteten Zusammenhang von Rationalisierungstendenzen, niedrigen Wachstumsraten und Massenarbeitslosigkeit. Die erörterten Maßnahmen halten sich im Rahmen der Annahme: "Eine Politik der Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung, so scheint es, ist die einzige halbwegs aussichtsreiche Strategie, die zur Bekämpfung wachsender Massenarbeitslosigkeit noch infrage kommt, nachdem sich die herkömmlichen Mittel der Konjunkturpolitik entweder in ihrer wirtschaftlichen Effektivität erschöpft und/oder als politisch nicht durchsetzbar erwiesen haben." (S. 8) In der Bemühung um Systemstabilisierung treffen sich alle Verfasser. Dabei sind sie außerordentlich zurückhaltend in der Beantwortung der aufgeworfenen Fragen. Es sollte, versichern die Herausgeber, deutlich werden, "daß Arbeitszeit-

politik im Dienste der Vollbeschäftigung nur dann Aussichten auf Erfolg hat, wenn sie paradoxerweise bereit ist, die Zielvorstellung der Absorption des gesamten gesellschaftlichen Arbeitsvolumens durch den Arbeitsmarkt aufzugeben und, sozusagen als flankierende Maßnahmen, Formen nützlicher und befriedigender Tätigkeit vorzusehen und einzurichten, die nicht über den Arbeitsmarkt zugewiesen werden können" (S. 31). Doch die hierzu vorgetragenen Ansichten über den "informellen Arbeitssektor" (mit den Bereichen der "Haushalts-", "Gemeinschafts-" und "Untergrundökonomie") bleiben eigenartig vage.

Der mit einer größeren Einleitung der Herausgeber und einem informativen Literaturverzeichnis versehene Sammelband behandelt in 6 Abschnitten historische und institutionelle Aspekte von Arbeitszeit und Arbeitsmarkt, volkswirtschaftliche Wirkungen von Arbeitszeitverkürzungen, Arbeitszeit und Unternehmerstrategien, Arbeitszeitwünsche der Beschäftigten und gesellschaftspolitische Zielvorstellungen, gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik in der Kontroverse sowie Arbeitszeitdiskussionen speziell in Frankreich und Italien. Natürlich gibt es zahlreiche Wiederholungen, doch das ausführliche Sachregister erlaubt ein schnelles Nachschlagen der wichtigsten praktischen Zusammenhänge und vieler theoretischer Deutungen der Arbeitszeitpolitik im Kapitalismus.

Hermann Lehmann

Werner Abelshäuser, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1945 - 1980) = Edition Suhrkamp, Neue Folge, Bd. 241

Suhrkamp Verlag, Frankfurt (Main) 1983, 187 S., Pr.: 14,- DM

Der Autor versteht sein Buch als Zwischenbilanz der westdeutschen Wirtschaftsgeschichte, als "Versuch, die Ergebnisse eines Jahrzehnts zeitgeschichtlicher Forschung" (S. 7) in der BRD zusammenzufassen.

Im ersten Teil des Buches behandelt Werner Abelshäuser komplex die Wirtschaftsgeschichte des kürzeren Zeitraumes von 1945 bis 1953, auf deren Gebiet er bereits mit Publikationen hervorgetreten ist. Im zweiten Teil, der den Zeitraum von 1954 bis 1980 umfaßt, diskutiert der Autor Wirtschaftswachstum und Konjunkturpolitik und, davon abgeleitet, Strukturentwicklung, Einkommensverteilung, Vermögenspolitik und Weltmarktverflechtung der BRD-Wirtschaft.

Für die ihn besonders anziehenden ersten Jahre der Nachkriegsentwicklung hat sich Abelshäuser, gestützt auf archivalische Quellen, die Aufgabe gestellt, landläufige Auffassungen über die Anfänge der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung einer kritischeren Sichtung zu unterziehen. Er stellt fest: "... die wirtschaftlichen Begleitumstände der Gründung und des Aufstiegs der Bundesrepublik sind zur Legende geworden. Der außerordentliche Erfolg der westdeutschen Wirtschaft in den fünfziger Jahren hat die Anfänge ihrer Entwicklung für lange Zeit einer kritischen Betrachtung entzogen. Es ist deshalb an der Zeit, jene rasch zum Mythos abgesunkenen Vorstellungen der Zeitgenossen über Ursachen, Zusammenhänge und Motive

des wirtschaftlichen Geschehens und Handels in der Phase der 'Weichenstellungen' am gegenwärtigen Kenntnisstand zu überprüfen." (S. 11)

Wo glaubt der Autor bisherige Ergebnisse der BRD-Wirtschaftsgeschichtsforschung revidieren zu müssen?

In mehrfacher Hinsicht erscheinen mir Abelshausers Forschungsergebnisse bemerkenswert: Erstens: Die Substanz industriellen Anlagevermögens in Westdeutschland war im Mai 1945 keineswegs durch die Kriegsereignisse entscheidend getroffen. "Bezogen auf das Vorkriegsjahr 1936 war das Brutto-Anlagevermögen der Industrie sogar noch um rund 20 % angewachsen." (S. 20)

Zweitens: Die westlichen Besatzungsmächte hatten über die offiziellen Reparationen hinaus direkten Zugriff auf ein Sechstel des westdeutschen Sozialprodukts. Erst im Laufe des Jahres 1948 nahmen die Besatzungslasten spürbar ab.

Drittens: Die Jahre von 1945 bis 1948 waren keinesfalls nur eine Phase der Stagnation. Ein erster konjunktureller Aufschwung seit dem 2. Halbjahr 1945 bis Ende 1946 zerbrach an den Transportproblemen des strengen Winters 1946/47 (S. 37). Eine zweite Wachstumsphase setzte bereits im Herbst 1947, also erheblich vor der Währungsreform, ein (S. 44).

Viertens: Die Jahre bis zur Währungsreform waren auch nicht Jahre der unlenkbaren Wirtschaft, in denen nur der Schwarzmarkt funktionierte. Bewirtschaftung und westzonale "Industrieplanung" zeitigten ab 1947 "brauchbare Ergebnisse" (S. 44 f.).

Fünftens: Nicht erst mit der Währungsreform 1948 oder der Gründung der BRD 1949, sondern bereits 1947 fielen auf sozialökonomischem Gebiet die Vorentscheidungen, die die BRD später eine Vormachtstellung innerhalb des staatsmonopolistischen Kapitalismus einnehmen ließen. Angelpunkt ist für Abelshausen der im August 1947 auf Intervention der amerikanischen Besatzungsmacht hin bewirkte Aufschub der Klärung der Eigentumsfrage der Betriebe des Ruhrgebietes um fünf Jahre. Abelshausen kommentiert: "Juristisch war (damit) die Frage des Eigentumstitels an der Ruhrindustrie noch immer in der Schwebe, politisch war eine Vorentscheidung über die künftige Wirtschaftsordnung gefallen." (S. 45)

Sechstens: Entgegen den hochgespannten Erwartungen des westdeutschen Kapitals spielte der Marshallplan für den Wiederaufbau in der BRD zunächst keine große Rolle. "Der Aufschwung, der im Herbst 1947 einsetzte, gelang im wesentlichen ohne Hilfe von außen." (S. 54) Gemessen an der kommerziellen Einfuhr, waren die Lieferungen entsprechend dem Marshallplan, die 1948 schließlich einsetzten, "der Höhe nach nicht sehr eindrucksvoll" (S. 57). Allerdings sei die Marshallplanhilfe, meint Abelshausen, angesichts der Passivität der Handelsbeziehungen der BRD mit dem Dollar-Raum von großem Wert gewesen.

Abelshausers Argumentation ist sachlich und folgerichtig. Sie wird zweifellos die Diskussion um die ökonomische Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik beleben. Zum Nachdenken sollte auch seine Meinung über den - unfreiwilligen - Beitrag der DDR zum westdeutschen "Wirtschaftswunder" anregen. Die wirtschaftliche Bedeutung des unter Ausnutzung der offenen Grenze mittels Abwerbung von qualifizierten Fachkräften aus der DDR der BRD

zusätzlich zur Verfügung stehenden "Humankapitals" kann nach Abels-
hauser "nicht zu hoch angesetzt werden" (S. 96). Die Abwerbung bewirkte,
"daß die öffentlichen Ausgaben für Bildung und Ausbildung in der Bundesrepublik
während der 50er Jahre noch unter dem relativen Standard der Weimarer Republik
bleiben konnten, ohne die Wachstumschancen der Wirtschaft zu verringern" (S. 96).

Der zweite Teil des Buches von Abelshäuser wird für Wirtschaftshistoriker,
die sich mit den kapitalistischen Krisenzyklen und "langen Wellen" beschäftigten
von besonderem Interesse sein. Im Mittelpunkt steht die Einordnung des kurz- und
mittelfristigen Wachstums der Wirtschaft der BRD in den "sekulären" Wachstumstrend,
der anhand von Graphiken und Tabellen z. T. bis zum Jahre 1870 zurückverfolgt wird.
Anknüpfend an bereits publizierte Forschungsergebnisse, begreift Abelshäuser das
westdeutsche "Wirtschaftswunder" als "Rekonstruktionsperiode", in der die aufgrund
von zwei Weltkriegen verursachten Unterbrechungen des "sekulären" Wachstumstrends
durch überdurchschnittliches Wachstum kompensiert wurden. Anfang der 70er Jahre wurde
deutlich, schreibt Abelshäuser, "daß sich ... ein Tempowechsel vollzog, der sich in den
60er Jahren bereits angekündigt hatte" (S. 100). Das stark zurückgegangene Wachstum
der Wirtschaft der BRD seit der Krise von 1974/75 ist für den Autor Zeichen dafür,
daß "das wirtschaftliche Wachstum der Bundesrepublik nach dem Ende der Rekonstruktionsperiode
in die Kontinuität der langfristigen Entwicklung" (S. 101) der Volkswirtschaft eingemündet
ist.

Jörg Roesler

Gerhard Keiderling, Die Berliner Krise 1948/49

Akademie-Verlag, Berlin 1982, 424 S., Pr.: 24,- M

Die Monographie zur Berliner Krise der Jahre 1948/49 führt in die Nachkriegszeit,
in die Jahre des kalten Krieges. In 13 Kapiteln schildert Gerhard Keiderling die
Entwicklung in den 15 Monaten, die Berlin zum Brennpunkt weltpolitischer
Geschehens machten, untersucht er Verlauf und Platz der Berliner Krise in der
Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus. Die
detaillierte Darstellung der Ereignisse vermittelt ein eindrucksvolles Bild
von dieser Zeit und verdeutlicht durch die Analyse von Tatsachen und Zusammenhängen,
von Ursachen und Erscheinungen in der imperialistischen Strategie die
Entfesselung des kalten Krieges gegen den Sozialismus, zur Spaltung Berlins.

Anhand der Sabotage des Potsdamer Abkommens, der separaten Währungsreform
der Westmächte, der von den USA organisierten "Luftbrücke", der Spaltung
Berlins und anderer Vorgänge zeigt er die internationalen und nationalen
Dimensionen, die die Berliner Krise zu einem "erste(n) Höhepunkt des als kalter
Krieg bezeichneten massiven Versuchs des Imperialismus, den revolutionären
Prozeß in Europa zu stoppen und zu reversieren", machten (S. 410). Beim
Übergang der imperialistischen Kräfte zu einer restaurativ-paltesischen
Politik in Berlin nehmen die ökonomischen Störmanöver einen

breiten Raum ein. Darum widmet Keiderling der separaten Währungsreform der Westmächte besondere Aufmerksamkeit. Ausführlich legt er zunächst die Notwendigkeit einer Währungsreform in den 4 Besatzungszonen Deutschlands dar, dann den Weg zur separaten Währungsreform der Westmächte, die unter Mitwirkung rechter SPD-Führer geplant und von den führenden Kreisen der Berliner SPD, CDU und LDP in den Westsektoren begrüßt wurde. Sie war der "schwerwiegendste Schritt auf dem Weg der Zerreißung Deutschlands durch den Imperialismus" und "bedeutete den vollständigen Bruch mit den wirtschaftspolitischen Leitsätzen des Potsdamer Abkommens" (S. 83). Damit war ein entscheidender Schritt zur Auslösung der Berliner Krise getan worden.

Auf der Grundlage umfangreichen Materials weist Keiderling die Notwendigkeit der Schutzmaßnahmen durch die sowjetische Militärverwaltung nach, "die ... in Kraft traten, um das massenhafte Einströmen riesiger Beträge wertlosen Geldes in die sowjetische Besatzungszone und nach Berlin zu verhindern" (S. 85). Anhand der Maßnahmen zur Einschränkung der Verkehrsverbindungen zum Schutz der Bevölkerung und der Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone setzt sich der Autor mit den Verfälschungen der bürgerlichen Geschichtsschreibung auseinander und widerlegt beweiskräftig die Behauptungen von der "Blockade Berlins".

Mit einer Darstellung des bereits zu dieser Zeit als "Gegenblockade" begonnenen imperialistischen Wirtschaftskrieges gegen die sowjetische Besatzungszone hätte der Autor jedoch für die Wirtschaftsgeschichtsschreibung wesentliches Neuland betreten können. Stärkere Beachtung verdienten auch die ökonomischen Wirkungen der von den Westmächten betriebenen Spaltung Berlins auf die soziale Lage der Bevölkerung.

Auffallend an dieser bislang eingehendsten Untersuchung der Berliner Krise ist das reiche Quellenmaterial sowohl aus Archiven der DDR als auch aus Schrifttum (besonders Dokumentenpublikationen) der USA und der BRD. Gegenüber früheren DDR-Publikationen, Gesamtdarstellungen, in die die Berliner Krise Eingang gefunden hatte, wird die Literaturbasis erheblich erweitert und eine Vielzahl einschlägiger englisch- und französischsprachiger Publikationen, die bisher noch keinen Niederschlag in der marxistischen Forschung der DDR fanden, zur Erarbeitung herangezogen.

Abschließend sei angemerkt, daß die vorliegende Studie eine bedeutende Bereicherung der Literatur zur Aufarbeitung der Geschichte und auch der Wirtschaftsgeschichte im Ringen um die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung in der sowjetischen Besatzungszone darstellt. Diese Zeit birgt in sich die Wurzeln für alles, was seither im Zusammenhang mit der Westberlinfrage diskutiert wird.

Renate Schwärzel

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1982, 643 S., Pr. :
132,- DM

Heinz Gollwitzer behandelt ideologische Richtungen im Imperialismus vom Ende des 19. Jh. bis 1945. Dabei benutzt er den Begriff "Imperialismus" als Epochen-Begriff. Im Gegensatz zum marxistischen Verständnis dieses Begriffes unterscheidet er zwischen einer Periode des "klassischen Imperialismus" (1880 bis 1914 bzw. 1917/18) und einer Periode der Weltkriege (1914 bis 1945). In letzterer sind nach Gollwitzer die Merkmale des Imperialismus nicht mehr voll ausgeprägt, auch wenn sich in vieler Hinsicht noch imperialistische Trends berührten, deckten oder überschnitten (S. 22). Ursache für diese Periodisierung des Imperialismus ist dessen Charakterisierung durch vornehmlich politisch-ideologische Faktoren (nach außen gerichtete machtpolitische, nach innen gerichtete machtabstabilisierende sowie als wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch einzuordnende Faktoren, wie der Drang nach Kolonien und Interessensphären oder die Verbindung von Staat und Wirtschaft) (S. 19). Obwohl Gollwitzer den Imperialismus nicht nur als "Ideologie" sehen möchte, sondern auch als "sozio-ökonomische Größe" (S. 13), gibt er keine ökonomische Wesensbestimmung des Imperialismus, geht er nicht auf die Herausbildung und Entwicklung der Monopole ein. Was immer er unter "sozio-ökonomischer Größe" verstehen mag, die staatliche Politik ist bei ihm die bestimmende Größe, Expansionsdrang und Streben nach Weltmachtpositionen erscheinen im Rahmen einer staatlichen Großmachtpolitik, unabhängig von privaten Kapitalinteressen, unabhängig von der Gesellschaftsordnung. Auf diese Weise charakterisiert Gollwitzer mit seinem Imperialismus-Begriff nicht eine bestimmte Entwicklungsstufe des Kapitalismus, sondern dehnt ihn für die Zeit nach 1917 auf die Sowjetunion und auf die Entwicklungsländer aus. So meint Gollwitzer, daß sich nach 1918 das Phänomen eines "Sowjetimperialismus" entwickelt habe (S. 21). Damit liegt er auf einer Linie mit jenen von ihm erwähnten Gegnern des Kommunismus, die einen "Imperialismus neuer Ordnung" darzustellen trachten (S. 532).

Gollwitzer hat das Buch entsprechend seiner Periodisierung des Imperialismus in zwei Hauptteile gegliedert. Im ersten ("klassischer Imperialismus" bis 1918) untersucht er zunächst grundlegende Positionen im imperialistischen Denken: Weltmacht, Rivalität, wirtschaftliche Expansion, Rassismus, Geopolitik, Pan-Ideologien, Weltfeindbilder und ethische Imperialismus-Begründungen. Mit diesen vom Autor erfaßten Positionen sollte das Expansions- und Weltmachtstreben der imperialistischen Mächte vor dem ersten Weltkrieg begründet und durchgesetzt werden.

Nach der Erörterung der imperialistischen Positionen geht Gollwitzer auf einige von ihm als "antiimperialistisch" bezeichnete Auffassungen ein. Das Gemeinsame dieser Auffassungen, die er in "liberaldemokratisch", "sozialistisch" und "antikolonialistisch" unterteilt, ist, daß sie sich gegen die vorherrschenden, vornehmlich auf Gewalt und Eroberung zielenden weltmachtpolitischen Vorstellungen wenden. Im einzelnen sind darunter durchaus auch gemäßigt imperialistische Auffassungen zu finden, die die Schaffung imperialistischer Zusammenschlüsse auf wirtschaftlichem Wege verlangen und die nur bestimmte Elemente der imperialistischen Ideologie ab-

lehnen oder attackieren, wie Militarismus, übersteigerten Nationalismus oder Kolonialismus.

Im zweiten Hauptteil (vom ersten bis zum zweiten Weltkrieg) verwendet Gollwitzer nicht mehr die Systematisierung nach imperialistischen und sog. antiimperialistischen Denkrichtungen. Er arbeitet auch nicht mehr systematisch imperialistische Grundpositionen heraus. Statt dessen ordnet er das imperialistische Denken vier vornehmlich regionalen Zentren zu: erstens den sog. westlichen Demokratien (insbesondere USA und Großbritannien), zweitens der Sowjetunion, wobei er noch die der Kommunistischen Internationale und der Sozialistischen Internationale angehörenden Parteien einbezieht, drittens den faschistischen Staaten (insbesondere Deutschland) und viertens den asiatischen Staaten, konzentriert auf Japan, China, Indien, der islamischen Welt und Schwarzafrika. Die Begriffsverwirrung zeigt sich auch daran, daß z. B. die imperialistische Politik Japans ebenso zu den durch Emanzipation und Dekolonisation gekennzeichneten Bestrebungen gerechnet wird wie die nationale Befreiungsbewegung in anderen Ländern.

Für den Wirtschaftshistoriker und speziell den Imperialismusforscher ist Gollwitzers Buch in doppelter Hinsicht aufschlußreich. Einmal ist es ein lehrreiches Beispiel für eine moderne bürgerliche Interpretation des Imperialismus-Begriffes, wobei der ökonomisch fundierten marxistischen Epochencharakterisierung eine stark wirtschaftspolitisch akzentuierte, von der Produktionsweise jedoch unabhängige entgegengestellt wird.

Gollwitzer selbst erklärt, daß er mit seinem Imperialismus-Begriff dessen weitverbreitetem pejorativem Gebrauch entgegenwirken möchte (S. 22). Die betonte Orientierung auf die Zeit vor 1914 ("klassischer Imperialismus") ermöglicht die Darstellung des Imperialismus mit vielen seiner Gebrechen, mit den Leiden, die er für die Menschheit gebracht hat, sie ermöglicht die Beurteilung der negativen Seiten des Imperialismus als Bestandteil eines normalen historischen Prozesses (vgl. S. 23). Gollwitzers Behauptung, daß sich nach 1918 imperialistische Züge in allen Gesellschaften entwickelt hätten, soll dagegen von dem Hauptwiderspruch jener Zeit, von der weltgeschichtlichen Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus ablenken und die Wesensmerkmale der sozialistischen Gesellschaftsordnung verfälschen.

Das Buch enthält ungeachtet derartiger ideologischer Positionen, die die bürgerliche Beschränktheit und antikommunistische Voreingenommenheit des Autors zeigen, eine bislang wohl einzigartige Sammlung von Auffassungen und Äußerungen zum imperialistischen Denken, zu den ökonomischen und politischen Begründungen für weltmachtpolitisches Handeln in einer Zeit, in der durch imperialistisches Machtstreben zwei Weltkriege entfesselt wurden. Die Wiedergabe imperialistischer und imperialismuskritischer Meinungen vermittelt ein vielseitiges Bild der ideologischen Positionen zur imperialistischen Weltmachtspolitik zwischen 1880 und 1945. Soweit der Autor nur Fakten und Meinungen referiert, ist das Buch wissenschaftlich nutzbar. In der Fülle von Beispielen, durch die die Zielsetzung imperialistischer Weltmachtspolitik ungeschminkt zum Ausdruck kommt, wird deutlich, daß der Versuch, das imperialistische Herrschaftssystem zu erhalten, mehr noch, dessen Vorherrschaft zu sichern, in der Politik immer wieder Vorrang hatte. Die kritische Analyse von Sir Stafford Cripps

aus dem Jahre 1936 zum Beispiel, daß die Erhaltung des imperialistischen Systems und seiner kolonialen Besitzungen den imperialistischen Mächten "weit vor der Wahrung des Weltfriedens" gehe (S. 430), ist von erschreckender Aktualität, auch wenn inzwischen das Kolonialsystem zumindest politisch restlos zusammengebrochen ist und durch ein neokolonialistisches System wirtschaftlicher Abhängigkeiten ersetzt wurde.

Horst Handke

Der alltägliche Faschismus. Frauen im Dritten Reich, hg. v. Ch. Schüddekopf

Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin (West)/Bonn 1982, 224 S.,
40 Abb., Pr.: 9, 80 DM

Der vorliegende Band enthält Aussagen von 10 Frauen über den faschistischen Alltag, denen eine kurze Einleitung mit den Grundzügen der Frauenpolitik in Hitlerdeutschland von Charles Schüddekopf vorangestellt ist. Die Anregung zu diesen schriftlichen Alltagsberichten wurde auf einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Hamburg gegeben, die das Leben von Frauen "unter dem Hakenkreuz" zum Thema hatte.

Zwischen 1897 und 1926 geborene Frauen berichten über ihr alltägliches Leben im Elternhaus, in der Schule, in den Organisationen, am Arbeitsplatz, über ihr Zusammenleben mit dem Ehepartner; sie erzählen von ihren Ängsten und Hoffnungen, von ihrem Widerstand, aber auch von ihrer Irreführung durch den Faschismus. Diese Frauen haben den Alltag von sehr verschiedenen Positionen aus erlebt; aber ihnen allen ist das Wissen gemeinsam, "der Faschismus - auch in der Spielart des Nationalsozialismus - ist nicht tot, ... denn leider gibt es manches, was zur Ideologie unserer Gesellschaft (der spätbürgerlich-kapitalistischen - S. J.) gehört und gleichzeitig zu der des NS-Staates" (S. 160).

Annie Kienast, geboren 1897, ab 1919 Mitglied der SPD und der Gewerkschaft - die Eltern waren gleichfalls SPD-Mitglieder -, lernte Verkäuferin und wird unmittelbar nach der Machtübertragung an die Faschisten arbeitslos, weil sie Betriebsrätin im Genossenschafts Kaufhaus ist. Sie erlebt "Frauen-Arbeit nach dem Nazi-Verständnis" (S. 25) durch eine Umschulung zur Hauswirtschafterin. Annie Kienast will nicht auffallen, drückt sich um alle Funktionen und überlegt 1934/35, ob sie aktiven Widerstand leisten solle. Zu Beginn des Krieges hofft sie, daß Hitler bald den Krieg verlieren werde. Mit ihren Eltern, Geschwistern und Freunden spricht sie über die politische Lage. Das gab ihr die Kraft, diese Jahre nicht nur zu überstehen, sondern sich selbst nicht aufzugeben.

Gerda Zorn, am 30. Januar 1933 12 Jahre alt, ist aktiv bei den "Kinderfreunden", einer SPD-Organisation für die Jugend, tätig. Nach dem Reichstagsbrand verteilt sie illegal Flugblätter. Sie erlebt die Folgen des Machtantritts der Faschisten in einer "weltlichen Schule", als ihr jüdischer Lehrer von einem SA-Mann abgelöst wird (S. 37). Zur gleichen Zeit unterstützen ihre Eltern eine jüdische Familie. Gerda Zorn weigert sich, dem

BDM beizutreten, was zu ihrer Entlassung aus der Abteilung Wochenschau der "Tobis Filmproduktion" führt. Als Sekretärin findet sie Arbeit im Berliner Nachrichtenbüro "Transozean", wo Propaganda betrieben wurde, mit der aus Mädchen "Frauen, die Kinder gebären und Opfer bringen", gemacht werden sollten, "aus Müttern Witwen, die stolz auf den Tod ihres Mannes, Sohnes, Bruders" waren (S. 48). Beeindruckend schildert Gerda Zorn ihre Gefühle während der "Befreiung vom nazistischen Terror-Regime".

Renate Finckh, Jahrgang 1926, stammt aus einem bürgerlichen Elternhaus, in dem faschistische Propaganda auf fruchtbaren Boden fiel. Sie gerät erst Jahre später in Gewissenskonflikte. Während der Nazi Herrschaft lebt sie mit einem "Ersatzgewissen", und sie "wollte und konnte nicht nachdenken". Entsetzt schreibt sie über sich selbst: "... das Feindbild war schon so stark, daß ich die Opfer gar nicht mehr wirklich als Menschen, als leidende Menschen erkennen konnte" (S. 74). Selbst am Tag der Befreiung fühlt sie sich noch immer nicht besiegt, bis dann das Erkennen begann.

Elisabeth Ostermeier, 1915 geboren, wächst in einer sozialdemokratischen Familie auf, in der politische Gespräche völlig selbstverständlich waren. Schon als Kind wird sie von ihren Eltern (Vater Zimmermann, Mutter Hausfrau, später Gleisbauarbeiterin) zu politischen Kundgebungen mitgenommen. Doch "der Nationalsozialismus hatte gleich in seinen Anfängen unsere Familie kaputtgemacht" (S. 87). Für die fünfköpfige Familie müssen 100 Mark im Monat reichen, nur eine ihrer Schwestern hat noch Arbeit. Wir mußten unsere Überzeugung verbergen und uns verstellen. Elisabeth Ostermeier sitzt monatelang in Einzelhaft, weil sie gegen die Faschisten arbeitete - sie ist erst 22 Jahre alt. Auch das war alltäglicher Faschismus!

Inge Stolten, 1921 geboren, Schauspielerin, trennt das alltägliche private Leben nicht von Krieg und Verbrechen; sie spricht vom "Wechselbad zwischen Privatleben und offizieller Ideologie" (S. 92). Sie erlebt den Schauspielerealltag - auch an der Front -, den "Kampf ums Überleben" im Luftschutzbunker, den Hunger, die Kälte; tut sich mit Gleichgesinnten zusammen. Doch sie glaubt nicht, etwas bewirken zu können. Dennoch wollten wir durchhalten, "uns vorbereiten auf ein anderes, besseres Leben" (S. 107).

Irma Keilhack, geboren 1908, ist ein Arbeiterkind und entwickelt sich bei den Jungsozialisten, in der Gewerkschaft und später in der SPD. "Wir machten uns neue Kleider zum 1. Mai, nicht zu Pfingsten ... Wir sammelten in der Gruppe Geld für eine riesige Fahne und Bambusstöcke, damit wir Mädchen sie auch tragen konnten" (S. 120). Aber das war vor 1933. Nach 1933 wird sie bei einer illegalen Versammlung verhaftet, nach einer Woche aber freigelassen. "Schrebergärten" werden nun als Treffpunkte mit politischen Freunden benutzt, um Solidarität mit Verfolgten und Verhafteten und deren Familien praktizieren zu können.

In einem von rechtsextremistischem Denken geprägten Elternhaus wächst Anne-Marie Fabian auf. Sie setzt sich, 1920 geboren, mit ihrer eigenen Manipulierung auseinander, mit ihrer Erziehung zum Haß gegen Menschen "fremden Blutes" und damit vor allem gegen die Juden. Dieser Antisemitismus war nicht nur Teil der faschistischen Ideologie, sondern auch der "Lu-

dendorffschen Politik und 'Philosophie'", mit der sich Anne-Marie Fabians Eltern identifizierten. Sie schreibt: "Es gab eigentlich keinen Lebensbereich, in dem ich unbeeinflusst von den Ludendorffs blieb" (S. 152). So hat sie "keinen Blick des Mitleids für die Juden", sie mußte Mitleid ab Mai 1945 neu lernen, zusammen mit Toleranz. "Dann begann die lange Arbeit des Umdenkens als ein Prozeß der Selbsterziehung".

Marta Damkowski möchte mit ihrem Bericht deutlich machen, "wie wichtig es ist, daß es nie wieder Faschismus gibt" (S. 163). Ihre Eltern sind aktive Sozialdemokraten, und auch sie, Jahrgang 1911, beginnt früh mit politischer Arbeit. Sie leistet ab 1933 aktiven Widerstand gegen die Nazis, und Widerstand bedeutete für sie "die Aufgabe der bürgerlichen Existenz"; "... ich bin in jener Zeit immer gereist und umgezogen, jedesmal, wenn's gefährlich wurde" (S. 168). Doch sie wird schließlich verhaftet und erhält "Einzel-Dunkelhaft". Auch für sie ist der Tag der Befreiung der Anfang eines neuen Lebens. Sie wird Funktionärin der Hamburger SPD. Aber hat sie in ihrer Tätigkeit das erreicht, was sie erreichen wollte? Ein Zeichen von Resignation ist in ihrer Aussage unverkennbar.

Den Kriegsalltag zwischen 1941 und 1945 in einer thüringischen Kleinstadt hat Irmgard Schüddekopf, geboren 1908, Mutter von Charles Schüddekopf, aufgezeichnet.

Der letzte Beitrag des Bandes ist ein Dialog zwischen Charles Schüddekopf und Ilse Strasser, 1916 geboren. Der Vater liest Kriegsliteratur; die Tochter, Mitglied des Sozialistischen Schülerbundes, liest heimlich "Das Kapital" und bekennt sich, angeregt durch ihre Klassenlehrerin, zum Marxismus. An ihrer eigenen Familie demonstriert sie die "schleichende Faschisierung im Alltag". Ihr Vater - SA-Mann - verbrennt nicht nur "Das Kapital", er vernichtet auch die Bücher, die Ilse Strasser als Bibliothekarin aussondern und zu vernichten hatte, wovon sie aber einige nach Hause retten konnte. Sie lebt "in einem nationalsozialistischen Alltag mit dem Bewußtsein des Antifaschisten" (S. 209). Sie ist damit selbst Bestandteil dieses Alltags. Und auf die Frage von Charles Schüddekopf: "Bist Du dann nicht auch Bestandteil, Vollstreckungsgehilfe dieses Herrschaftssystems?" antwortet sie: "Da, wo ich nicht aktiven Widerstand leiste, muß ich mir sagen, daß ich es zwar nicht unterstützt, aber auch nichts dagegen unternommen habe" (S. 209). Ilse Strasser zieht auch Parallelen zur Gegenwart: "Mir ist nicht wohler heutzutage. Nicht, weil ich meine, dieser Staat sei faschistisch. Aber ich bin ein gebranntes Kind. Und vieles, was sich so begibt, angefangen bei den Notstandsgesetzen über den Radikalenerlaß bis hin zum 'Nachrüstungs'-Beschuß und der Lagerung von cruise missiles in der BRD, die Programmierung der Bevölkerung auf ein bestimmtes Feindbild, die zunehmende Bereitschaft neuerdings, einen Atomkrieg nicht mehr für ganz unmöglich zu halten - das deformiert mir meinen Alltag ganz gehörig." (S. 215)

Sigrid Jacobeit

Verlag Helmuth Tammen, Berlin (West) 1978, 468 S.

Helmuth Tammen wendet in der vorliegenden Druckfassung seiner Dissertation nicht allen Abschnitten des behandelten Zeitraumes die gleiche Aufmerksamkeit zu, sondern beschäftigt sich vorrangig mit der Entwicklung des IG-Farben-Konzerns in der Periode der Weltwirtschaftskrise. Er geht dem Zusammenhang von wirtschaftlich-technischer Entwicklung und sich daraus ergebender politisch-ökonomischer Interessenlage des Konzerns nach, wobei ihn der politische Aspekt besonders interessiert. Im ersten Teil gibt der Autor einen knappen Überblick über die IG Farbenindustrie AG als Unternehmen, im zweiten untersucht er die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die IG und im dritten, dem bei weitem umfangreichsten Teil der Arbeit stellt er den Einfluß der IG-Farben auf die deutsche Politik dar. Im einzelnen werden behandelt: Organe der Interessenvertretung der IG, das Verhältnis zur Brüning-Regierung, Aktivitäten in der Außenpolitik, IG und NSDAP vor und nach 1933. Die Arbeit ist zugleich Materialstudie und Erörterung der bestehenden Problemlage. Damit ist gleichermaßen die Frage nach den zugrunde liegenden archivalischen Quellen und nach dem methodischen Vorgehen aufgeworfen.

Die Arbeit basiert auf umfangreichem Quellenstudium. Tammen stützt sich u. a. auf gedruckte Quellen in Form von Dokumentenbänden zum IG-Farben-Prozeß (Fall 6) im Geheimen Staatsarchiv Berlin-Dahlem und im Staatsarchiv Nürnberg. Er gewann ferner Material aus persönlichen Befragungen, u. a. von Curt Duisberg und Hans Kehrl. Neben Unterlagen im Bundesarchiv Koblenz bzw. in dessen Nebenstelle, dem Militärarchiv, standen vor allem Industrieakten verschiedener Provenienz im Zentrum der archivalischen Studien des Autors. Reichhaltiges Material wurde in den Werkarchiven der IG-Nachfolger Bayer, BASF und Hoechst aufgearbeitet. Für Fragen von Verbandsaktivitäten, die in der Arbeit einen breiten Raum einnehmen, sah der Autor Unterlagen über den Reichsverband der Deutschen Industrie sowie über den Verein zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands ein, die sich bei ihren Nachfolgeorganisationen, dem Verband der Chemischen Industrie in Frankfurt (Main) und im Deutschen Industrieinstitut in Köln, befinden.

Obwohl in die Hunderte gehende Untersuchungen und Teilstudien vorliegen, schätzt Tammen den Stand der einschlägigen wirtschaftshistorischen Forschungen zur Geschichte des IG-Farben-Konzerns als unzureichend ein. Im Grunde sei man bei Gesamtdarstellungen noch immer auf ältere Arbeiten eher publizistischen Charakters (Helmut Wickel, I. G. Deutschland, 1932; Richard Sasuly, I. G. Farben, 1952) angewiesen. Bisher in der BRD zur Thematik vorliegende Veröffentlichungen ordnet der Autor weitgehend dem Bereich der Scheininformation zu. Trotz der Schwächen dieser Publikationen in Methode und Argumentation, etwa bei der Beurteilung der Rolle des Konzerns für das Entstehen des deutschen Faschismus, erkennt er den Mut zu neuen Fragestellungen an, konstatiert aber eine mangelnde empirische Fundierung (u. a. bei Autoren wie Alfred Sohn-Rethel, Joachim Radkau, Henry A. Turner, Timothy W. Mason, Dieter Petzina). Intensive Bemühungen um den Gegenstand seien hingegen in der DDR zu verzeichnen, wo umfangreiche Studien vorliegen, denen er Materialreichtum und Sorgfalt

im Detail bescheinigt. (Der Autor nennt und verarbeitet Forschungen von Dietrich Eichholtz, Kurt Gossweiler, Heike Etzold, Hans Radandt, Horst Denecke, Klaus Drobisch u. a.) Sein Vorwurf, diese Arbeiten seien zu wenig problemorientiert, macht sichtbar, daß der Autor den bereits seinerzeit erreichten Forschungsstand der DDR-Historiographie zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat im Imperialismus nicht genügend zur Kenntnis nimmt.

Inzwischen überwundene Positionen, wie die in den 50er Jahren in marxistischen Arbeiten diskutierte These einer absoluten Unterordnung des Staatsapparates unter die Monopole, werden so behandelt, als würden sie nach wie vor vertreten. Neue Fragestellungen, methodische Anregungen und Ergebnisse, die sich in der marxistischen Literatur z. B. aus der Analyse der Rolle des Staates im kapitalistischen Reproduktionsprozeß ergeben, werden vom Autor unzureichend referiert. Das mag überraschen, handelt es sich doch bei der vorliegenden Arbeit um weithin parallellaufende Bemühungen, vor allem, was die Betonung des Funktionszusammenhangs von Ökonomie und Politik im Imperialismus betrifft. Der Autor bemüht sich, indem er die Entwicklung der IG-Farben darstellt, um die Enthüllung der inneren Struktur des Konzerns. Bei der Analyse der besonderen Dynamik des Konzerns werden insbesondere die sich entwickelnden Produktivkräfte berücksichtigt (die vorgeschobene Position der IG-Farben hinsichtlich des Vorantreibens technischer Innovation, der beschleunigten produktiven Umsetzung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse, der vorrangigen Entwicklung neuer Produktionssparten, der Vielfalt von Produkten). Von der Dynamik der Produktivkräfte schließt der Autor auf den Konzentrationsprozeß, der wiederum der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte Bahn brach. Er versucht, die Produktions-, Organisations- und Verwaltungsstruktur des Konzerns als Formen rationeller Ausnutzung entwickelter Produktivkraft zu fassen.

Auf allein 200 von 354 Seiten des Textes wird die Umsetzung der ökonomischen Interessenlage des Konzerns in Politik analysiert. Indem der Autor die Einwirkung des Chemiemonopols auf den politischen Entscheidungsprozeß untersucht, will er das weitgespannte Netz von Beziehungen der IG-Farben zum Staatsapparat und damit die Feinstruktur der Durchsetzung monopolistischer Interessen erfassen. Tammen wendet sich ausdrücklich gegen die Theorie von der Rivalität zweier Monopolgruppen, wobei er marxistische Forschungen insgesamt unterstellt, sie gingen von einer "prinzipiellen Kampfstellung zweier Monopolgruppen" (S. 186) aus. Das ist eine etwas verblüffende Polemik, da der Autor in seiner eigenen Arbeit das Bestehen zweier monopolistischer Gruppierungen voraussetzt. Teilweise werden recht enge, dabei mehr oder weniger konfliktreiche Beziehungen von Chemieindustrie (IG-Farben) und Schwerindustrie (Kohle/Eisen/Stahl) aufgedeckt. Der Verfasser konstatiert für die Zeit der ausgehenden Weltwirtschaftskrise eine zunehmende Parallelität der Haltung von Chemie- und Montanindustrie auf dem Felde der Politik und glaubt hier insgesamt weit mehr Berührungspunkte finden zu können, als die Forschung bisher zutage förderte (S. 290 f.). Zur Erklärung des Positionswechsels des Chemiekonzerns von einem mehr elastischen, längerfristig exportorientierten auf einen offen militanten, stärker staatsinterventionistischen, auf Autarkie gerichteten Kurs, wendet sich Tammen ausführlicher der Interessendifferenzierung innerhalb der IG zu. Gerade in wissenschaftlich-technischer

Hinsicht hätten revolutionierende Industriezweige wie Stickstoff/Benzin während der Weltwirtschaftskrise entscheidende Rückschläge hinnehmen müssen. Im Unterschied zur Sparte Farben/Pharma/Chemikalien habe sich das Gewicht und die militärische Orientierung der Sparte Stickstoff/Benzin - durch die wirtschaftlich desolate und politisch instabile Lage vor allem seit Mitte des Jahres 1932 - verstärkt und sei schließlich zur treibenden Kraft der unzweideutigen Orientierung des IG-Farben-Konzerns auf Hitler und die NSDAP geworden. Der Autor zeigt, daß die IG-Farben, als sie noch eindeutig als Hauptstütze der Brüning-Regierung in Erscheinung trat, zugleich ein ganzes Netz von Verbindungen zu der NSDAP unterhielt und so mehrere Eisen im Feuer hatte. Er arbeitet heraus, daß alle wesentlichen Impulse für die schließliche Unterstützung des Hitlerkurses von den Vertretern der militanteren Sparte Stickstoff/Benzin (Bosch, Schmitz, Ilgner) ausgingen (u. a. S. 275). Anzuerkennen ist, daß der Autor mit Entschiedenheit gegen Versuche angeht, den Chemiekonzern von der Mitschuld an der braunen Barbarei reinzuwaschen, indem er die Legende zu zerstören sucht, der Konzern habe sich gegenüber der Verführung durch den Faschismus lange Zeit als widerstandsfähig erwiesen.

Gudrun Prengel

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 1: Materialien zur Statistik des Deutschen Bundes 1815 - 1870 von Wolfram Fischer, Jochen Krengel und Jutta Wietog = Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte, hg. v. J. Kocka u. G. A. Ritter

Verlag C. H. Beck, München 1982, 254 S., Pr.: 39,- DM

Zusammenhängende amtliche statistische Erhebungen zur Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. Jh. stehen dem historisch Forschenden in nur geringer Auswahl zur Verfügung. Das resultiert aus den zeitlich sehr unterschiedlich und z. T. auch spät gegründeten statistischen Büros in den einzelnen deutschen Staaten - z. B. in Bayern 1801 und in Preußen 1805, jedoch in Hannover 1848, in Sachsen 1849, in Kurhessen und Mecklenburg 1851, in Braunschweig 1853, in Oldenburg 1855 und in den zusammengefaßten thüringischen Staaten 1864 -, aus der oft betriebenen Geheimhaltung sowie aus den damals angewandten statistischen Methoden, die Vergleiche und Zusammenstellungen erschweren.

Das vorliegende "Sozialgeschichtliche Arbeitsbuch" mit statistischen Materialien für den Zeitraum 1815 bis 1870 enthält Zusammenstellungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte Deutschlands, die es für jeden an statistischen Materialien Interessierten zu einem echten Arbeits- und Hilfsmittel machen. Dieses "Arbeitsbuch" (Bd. 1), ist so angelegt, daß es im Zusammenhang mit dem 1975 erschienenen Band "Materialien zur Statistik des Kaiserreiches 1870 - 1914" (hg. v. Gerd Hohorst, Jürgen Kocka u. Gerhard A. Ritter) und dem 1978 erschienenen Band "Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914 - 1945" (bearb. v. Dietmar Petzina, Werner Abelshäuser u. Anselm Faust) steht und diese Bände gewissermaßen zeitlich ergänzt. Als deutsches Gesamtgebiet (Deutschland) betrachtet

der Band das Territorium des Deutschen Reiches von 1871 ohne Elsaß-Lothringen. Die Autoren verstehen das so gekennzeichnete Territorium allerdings als "Deutschen Bund". Da das Kaiserliche Statistische Amt erst 1872 entstand und damit umfassendere amtliche reichsstatistische Erhebungen begannen, die nicht immer ergänzt werden konnten, gibt es zwangsläufig Lücken, und so wurde oftmals auf die Statistik Preußens - um die Mitte des 19. Jh. fast die Hälfte des genannten Territoriums - zurückgegriffen.

Die zusammengestellten statistischen Materialien des Bandes sind in 4 Kapitel unterteilt: 1. "Bevölkerung, Wanderungen und Urbanisierung"; 2. "Wirtschaft und Arbeit", u. a. mit Zahlen über die Entwicklung von Beschäftigten, einzelner Produktionszweige, des Verkehrs, Handels, Geldes und Kredits und des Nationaleinkommens; 3. "Soziale Verhältnisse und soziale Konflikte", mit Berücksichtigung der Einkommen- und Steuerentwicklung, der sozialen Mobilität, der Arbeitszeit, der Löhne, der Unfälle und der Streiks; 4. "Gesellschaft und Staat", mit Angaben über die Staatsausgaben, das Gesundheits- und Bildungswesen u. ä.

Den einzelnen Kapiteln sind Einleitungen vorangestellt, die in die Problematik des zusammengestellten Materials einführen, zu einzelnen Tabellen Erklärungen geben und teilweise auf wichtige Entwicklungslinien hinweisen. Das dargestellte Zahlenmaterial regt zu weiterführenden Analysen zur Produktionsweise wie zum Überbau dieser Zeit, in der sich die Industrielle Revolution in Deutschland durchsetzte, an. Dieses kompakt zusammengestellte statistische Material vermittelt Denkanstöße, die auch der marxistischen Forschung nützlich sein können.

Die statistischen Reihen und Tabellen sind mit ausführlichen Quellenhinweisen versehen. Als Quellen wurden namhafte zeitgenössische Veröffentlichungen und Analysen des 19. und 20. Jh. bis in die jüngste Zeit berücksichtigt. Aus der entsprechenden Literatur der DDR wurde Jürgen Kuczynskis "Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus" (Bd. 2 u. 3) und aus dem "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" (T. 2/1960) die Streiktabelle von Walter Steglich sowie eine Aufstellung von Heinzpeter Thümmler zur Verstärkerung (ebenda, T. 1/1977) zitiert. Ein Register der zitierten Quellen sowie Register für weiterführende Literatur runden den Charakter des Bandes als "Arbeitsbuch" ab.

Heinzpeter Thümmler

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789 - 1945). In vier Bänden, hg. v. D. Fricke, W. Fritsch, H. Gottwald, S. Schmidt u. M. Weißbecker, Bd. 1: Alldeutscher Verband - Deutsche Liga für Menschenrechte

VEB Bibliographisches Institut, Leipzig 1983, 759 S., Pr.: 65,- M

Der Jenenser Historiker Dieter Fricke, durch zahlreiche einschlägige Veröffentlichungen als namhafter Sachkenner ausgewiesen, tritt an der Spitze eines Herausgeber- und Autorenkollektivs mit dem ersten Band eines Nachschlagewerks an die Öffentlichkeit, das sich - auch längerfristig - als Standardwerk behaupten wird. Es knüpft an das 1968 bis 1970 publizierte zweibändige Handbuch "Die bürgerlichen Parteien in Deutschland" an und geht zugleich weit darüber hinaus: "Trotz vieler Gemeinsamkeiten in Konzeption und Form unterscheidet sich dieses Lexikon wesentlich vom Handbuch. Das betrifft einmal seinen Inhalt, der den in den vergangenen 15 Jahren erzielten Forschungsergebnissen gerecht zu werden sucht. Das äußert sich zum andern in einem weitaus größeren Spektrum der in das Lexikon aufgenommenen Parteien und Verbände; und zwar sowohl in bezug auf den größeren Zeitraum (das Handbuch setzt später, d. h. erst im Vormärz, ein - F. K.) als auch hinsichtlich der Zahl der Artikel. Waren es beim Handbuch 217 Parteien und Verbände, so sind es jetzt etwa 340, denen jeweils ein Artikel gewidmet ist." (S. 5)

Mit Recht deutet Fricke auf die Unschärfe des Begriffs "bürgerliche Parteien" hin (S. 6). Er schließt sich Lenins Begriffspräzisierung an, daß bürgerliche Parteien "auf dem Standpunkt des Kapitalismus" stehen (Lenin, W. I., Ergebnisse und Bedeutung der Präsidentschaftswahlen in Amerika, in: Werke, Berlin 1955 ff., Bd. 18, S. 395).

Damit sind zugleich die Auswahlprinzipien und Kommentierungsleitlinien dieses Lexikons gekennzeichnet. Die bürgerlichen Parteien und Interessenverbände werden vorrangig, aber nicht einseitig als Nahtstellen zwischen Ökonomie und Politik erfaßt. In zweiter Linie wird ihrer Funktion als Produzenten, z. T. auch als Konsumenten (d. h. Auffangbecken) sogenannter öffentlicher Meinungen und damit ihrer Bedeutung für den ideologischen Überbau nachgegangen.

Im einzelnen werden u. a. die personelle Zusammensetzung der Vorstände, das Organisationsgefüge, der Mitgliederstand (soweit möglich auch in seiner Sozialstruktur), das Hinterfeld parteibestimmender Mächte und Kräfte sowie des mutmaßlichen Wähler- bzw. (bei den Verbänden) Sympathisantententials, Gründungs- und Entwicklungsgeschichte, Zielsetzungen in Programmen und in der Realität dem Nutzer vermittelt. Von beträchtlichem Wert sind auch die umfangreichen, oft forschungsintensiv kommentierten Quellen- und Literaturnachweise, die zahlreiche Archivalien einschließen.

Soweit der erste Band ein Urteil darüber zuläßt, scheinen die Auswahlproportionen gelungen. Die "Deutsche Demokratische Partei (DDP) 1918 - 1933" findet z. B. in einem überdurchschnittlich langen Artikel (von Werner Fritsch verfaßt bzw. zusammengestellt) ihre Widerspiegelung. Dies trifft die Bedeutung dieser Partei, die an Regierungsbildungen weit stärker beteiligt war, als ihrem Wählerpotential entsprach, und mitunter ziemlich unverblümt als liberalistische Wirtschaftsvereinigung agierte. Ihre Grundposition wird so umrissen: "Die Politik der DDP tendiert im wesent-

lichen zur wenig-parlamentarischen Linie imperialistischer Machtausübung, hinter der damals vor allem Konzernherren der elektrotechnischen und chemischen Industrie und des Maschinenbaus sowie die Deutsche Bank standen. Die Haltung der Gruppe Elektrochemie zu politischen und wirtschaftlichen Grundfragen war in gewissem Grade auch mit der etatistischen Linie des staatsmonopolistischen Kapitalismus ... identisch." (S. 585) Alles in allem schöpft der hier als Beispiel herausgegriffene Artikel über die DDP (1930 - 1933 Deutsche Staatspartei) die bestehenden Möglichkeiten aus, um ein differenziertes Bild von den heterogenen, zeitweise zusammen-, zeitweise auseinanderfließenden Strömungen innerhalb dieser Partei zu vermitteln, wobei die positiven Tendenzen nicht zu kurz kommen. Dies gilt z. B. für Verdienste Walther Rathenaus, seiner Gesinnungsfreunde und Anhänger um den Abschluß des Rapallovertrages und ihre Motivationen (vgl. u. a. S. 598). Auch hier deuten sich Entwicklungslinien an, die über den zeitlichen Rahmen des Lexikons hinausführen, sich in der BRD im Zickzackkurs der FDP gleichsam fortsetzen und in Schicksalsfragen unserer Gegenwart wie Ausmaß und Intensität der direkten ökonomischen Interessiertheit an einer Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung einmünden.

Mit der jeweils namentlichen Erwähnung der Presse- und Publikationsorgane, die den einzelnen Parteien und Verbänden als offizielle bzw. offiziöse Sprachrohre dienten oder ihnen zumindest nahestanden, bietet das vorliegende Lexikon eine weitere, für künftige Forschungsarbeiten besonders wertvolle Information. Zugleich wird dabei aber auch spürbar, daß ein fundiertes marxistisches Nachschlagewerk (etwa in der Art des zweibändigen sowjetischen Handbuchs "Russkaja periodičeskaja pečat'. 1702 - 1917" Moskva 1957 - 1959), das deutschsprachige Periodika der Vergangenheit systematisch erfaßt und wertet, noch immer aussteht.

Als Anhang des vierten Bandes sind ein Personenverzeichnis sowie ein Parteien- und Organisationsregister vorgesehen. Hierzu sei der - sicher unbescheidene, vielleicht auch unerfüllbare, aber gewiß nicht unbegründete - Wunsch angemeldet, daß das Personenverzeichnis nicht nur Lebensdaten (soweit erschließbar) enthalte, sondern auch über wichtige außerparteiliche Tätigkeiten und Aktivitäten der erfaßten Personen Auskunft gebe. Dies wäre für ein solches Standardwerk ein zusätzlicher Gewinn; denn nicht alle diese Personen sind so bekannt wie Konrad Adenauer, der sich auch und bezeichnenderweise 1931 zu einem der stellvertretenden Präsidenten der "Deutschen Kolonialgesellschaft (DKG)" wählen ließ (vgl. S. 725).

Fedor Kretschmar

Lokal- und regionalgeschichtliche Traditionen sind einerseits uralt; Je weiter die Spuren der Menschheitsgeschichte zurückliegen, desto stärker zerteilen sie sich in die Geschichte einzelner Orte und Gegenden. Andererseits gewinnen lokal- und regionalgeschichtliche Faktoren als Elemente des Geschichtsbewußtseins in der DDR-Historiographie zunehmend an Bedeutung, wie die 1983 in Berlin durchgeführte Gesellschaftswissenschaftliche Konferenz des ZK der SED dokumentiert. Damit kommt die vorliegende Bibliographie, die eine wichtige Nahtstelle zwischen Lokal- und Wirtschaftsgeschichte berührt, zugleich einem aktuellen Anliegen entgegen.

Über bibliographische Auswahlprinzipien läßt sich immer streiten. Auf alle Fälle besticht diese Bibliographie durch ihre Informationsdichte. So werden die zahlreichen Bezüge auf Chemnitz, die in Arbeiten Jürgen Kuczynskis enthalten sind, nicht einzeln aufgeführt. Vielmehr wird auf einschlägige, im "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" veröffentlichte Zusammenstellungen Erika Behms verwiesen (S. 7). Freilich wäre hier eine Beschränkung auf die beiden letzten Zusammenstellungen ausreichend und sogar nutzerfreundlicher: Bibliographie der Schriften von Jürgen Kuczynski 1924 bis 1973, in: Kuczynski, J., Die Muse und der Historiker = Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG), Sonderband 1974, S. 133-147; Bibliographie der Schriften von Jürgen Kuczynski, T. 2: 1973 bis 1978, in: JWG, 2/1979, S. 39-85. (Mittlerweile sind im Sonderband 1984 des JWG auch die 1978 bis 1983 publizierten Arbeiten J. Kuczynskis verzeichnet.)

Eine offene Frage ist ferner die Berücksichtigung lexikonartiger Nachschlagewerke wie der "Allgemeinen Deutschen Biographie", Leipzig 1875 - 1912, und der "Neuen Deutschen Biographie", Berlin (West) 1952 ff. (vgl. etwa S. 50 f.).

Alles in allem weist die wohldurchdachte Auswahl jedoch bemerkenswerte Vorzüge auf. So werden auch wichtige überlokale Arbeiten erfaßt. Informativ Kurzkommentare führen in derartigen Fällen zu den lokalen Bezugspunkten hin. Dabei wird z. B. erwähnt, welche Stellen in solchen Veröffentlichungen sich speziell auf Chemnitz bzw. Karl-Marx-Stadt beziehen. Ferner wurden Unikate aufgenommen, die nur als Manuskript vorliegen, z. B. die im Stadtarchiv Karl-Marx-Stadt aufbewahrte "Geschichte von Siegmars-Schönau bis 1950" des Lehrers und Heimatkundlers Alfred Schirmer (S. 14). Dieses Beispiel führt zu dem abschließenden Hinweis, daß der verdienstvolle Bearbeiter Ernst Barth mit Recht das heutige Territorium von Karl-Marx-Stadt, also auch erst nach dem zweiten Weltkrieg eingemeindete Gebiete wie das industrielle Ballungszentrum Siegmars-Schönau, zugleich rückwirkend als Betrachtungsebene wählte.

Fedor Kretschmar

Beatrix W. Bouvier, Französische Revolution und deutsche Arbeiterbewegung. Die Rezeption des revolutionären Frankreich in der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung von den 1830er Jahren bis 1905 = Veröffentlichungen des Instituts für Sozialgeschichte Braunschweig, Bonn

Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1982, 419 S., Pr.: 78,- DM

Wirtschafts- und Sozialgeschichtsschreibung hat auch das Wirtschafts-, Geschichts- und Revolutionsverständnis der sozialen Hauptkräfte sowie dessen theoretische Verallgemeinerung durch die politischen und ideologischen Repräsentanten der einzelnen Klassen und Schichten zu beachten. Entscheidend für die ideologischen Prozesse im Kapitalismus des 19. Jh. wurde die Herausbildung des Geschichtsbewußtseins im Industrieproletariat und der politischen Konzeptionen der Arbeiterbewegung. Dieses Geschichtsbewußtsein bezog wesentliche Impulse aus der Verarbeitung der Erfahrungen mit den französischen Revolutionen von 1789, 1830, 1848 und der Pariser Kommune von 1871. Aus diesen Zusammenhängen erklärt sich, daß Beatrix W. Bouviers Untersuchungen zur Rezeption des revolutionären Frankreich in der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung über die Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung hinaus Aufmerksamkeit verdienen.

Aus dem weiten Feld dieses Themas greift die Verfasserin einen wichtigen Bereich heraus, den sie dann aber im wesentlichen als ideologieimmanent bestimmt zu interpretieren versucht. "Wenn in dieser Arbeit das 'Bild' des revolutionären Frankreich bzw. der französischen Revolutionen von 1789, 1848 und 1871 in der deutschen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts betrachtet werden soll, so gilt zu berücksichtigen, daß zum Umfeld des Begriffes 'Bild' auch Termini wie Image, Meinung, Haltung, Wert, Wertsystem, Norm, Bewußtseinslage, auch Vorurteile, gehören, ... Bezogen auf das 'Bild' oder 'Image' des revolutionären Frankreich in der deutschen Arbeiterbewegung bedeutet das, daß es nicht darum geht, Realbild (d. h. historischen Verlauf und Einschätzung anhand der breiten Revolutionshistoriographie) und Wunschbild (revolutionäres Vorbild und Bestätigung oder Enttäuschung der eigenen Erwartungshaltung im Hinblick auf die erhoffte soziale Revolution) gegenüberzustellen. Es gilt vielmehr zu berücksichtigen: Welche Funktionen hatten diese Vorstellungen im Rahmen der Bewußtseinsbildung für die Organisation und für das Handeln der Arbeiterbewegung; welche z. T. subjektiven Orientierungshilfen gaben die revolutionären Vorbilder in positiver und negativer Weise der Arbeiterbewegung für die zu bewältigenden Gegenwartsprobleme, und welche überhaupt erwartet wurden. Weiterhin ist zu fragen, welchem Wandel diese revolutionären Vorbilder unterlagen, einmal im Kontext der revolutionären Ereignisse in Frankreich, zum anderen im Zusammenhang mit dem sich wandelnden eigenen politischen und sozialen Umfeld und mit der objektiven und subjektiven Position, die die Arbeiterbewegung darin bezog. Damit ist nicht nur das Verhältnis zu Tradition und Erbe angesprochen, sondern auch das Geschichtsbewußtsein und die Auffassung von Geschichte." (S. 28 f.) Selbstverständlich hat eine wissenschaftliche Analyse nicht Real- und Wunschbild gegenüberzustellen, sondern sie muß die angeführten ideologischen Beziehungen als Vermittlungen zwischen historischen Interessen und historisch erforderlichem Handeln der Arbeiterklasse verstehen, als Teil ihrer historischen Mission der revolutionären Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus und damit der

Aufhebung der Klassen überhaupt. Wenn die Verfasserin aber diesen Vermittlungscharakter ideologischer Beziehungen nicht berücksichtigt und Revolutionen nur als faktische Beseitigungen von Barrieren in Modernisierungs- und Anpassungsprozessen auffaßt, dann verurteilt sie sich dazu, ideologische Vorgänge unter den genannten sozialpsychologischen Gesichtspunkten lediglich nachzuzeichnen. Freilich hat auch eine solche viele Ergebnisse von Einzeluntersuchungen zusammentragende Beschreibung ihre Bedeutung als Vorarbeit für eine spätere Gesamtdarstellung und ist mit Interesse zu lesen.

Bouvier nennt ihre Arbeit einen ideologiegeschichtlichen Beitrag, in dem es "nur um Skizzen und exemplarische Aspekte" (S. 30), um Elemente eines Bildes der französischen Revolutionen in der deutschen Arbeiterbewegung geht. Sie untersucht revolutionäre Traditionslinien im Vormärz, die Rezeption der französischen Revolution von 1848/49 in der deutschen Arbeiterbewegung, die Revolutionsschriften von Marx und Engels und die Bedeutung der französischen Revolution bei Lassalle, das Bild des revolutionären Frankreich in der organisierten Arbeiterbewegung in den 60er Jahren, in der Zeit zwischen deutsch-französischem Krieg und Sozialistengesetz unter dem Sozialistengesetz und in der Zeit von 1890 bis 1905. Sie stützt sich dabei auf gedrucktes Material, überwiegend auf die Presse (einschließlich der Regionalpresse) und vielfältige Publizistik, "wobei nicht Vollständigkeit angestrebt wird, sondern Wert auf Auswahl typischer Beispiele gelegt wird" (S. 31).

Hermann Lehmann

Pjotr Rytschkow, Orenburgische Topographie oder ausführliche Beschreibung des Gouvernements Orenburg aus dem Jahre 1762, aus d. Russ. übertr., hg., komment. u. eingel. v. A. Anderle

Gustav Kiepenheuer Verlag, Leipzig/Weimar 1983, 230 S.,
Pr.: 19,80 M

Petr Ryčkovs "Orenburgische Topographie", öfter gerühmt als gelesen, erschien zu Beginn der Regierungszeit Katharinas II., jener widersprüchlichen, insgesamt überdurchschnittlichen Herrschergestalt. Dieses in Rußland als "klassisch" empfundene Werk geographisch-ethnographischer regionaler Bestandsaufnahme wurde bis tief ins 19. Jh. hinein zum Leit- und Vorbild entsprechender Vorhaben. Der Begriff "regional" ist hier freilich nicht mit mitteleuropäischen Maßstäben zu messen; denn die Grenzen, die das beschriebene Territorium umschlossen, hatten immerhin eine Länge von ca. 6 000 km. Diese Region reichte von der Kama bis nach Westsibirien, bis zur Kasachischen Steppe und zum Kaspischen Meer. Zu ihr gehörten die Provinzen Orenburg und Ufa sowie die Issetische Provinz. Das sie durchquerende Uralgebirge bildete mit seinen reichen Erzadern ihr ökonomisches Herzstück.

Es ist das Verdienst des Hallenser Historikers Alfred Anderle, das bisher schwer erhältliche Werk dem deutschsprachigen Leser in einer anschaulichen Ausgabe neu zu erschließen. Sachkundige Kommentare erhellen das Umfeld von dessen Entstehungs- und Überlieferungsgeschichte, und zeitge-

nössische bildliche Darstellungen von Land und Leuten vermitteln authentisches historisches Kolorit.

Für den Wirtschaftshistoriker sind die Unterabschnitte, die sich mit den Bodenschätzen befassen ("Über die Steine", S. 110 f.; "Über den Sand", S. 111; "Über den Ton", S. 111 f.; "Über Salze und mineralische Erden", S. 114 - 116; "Mineralische Erden", S. 116; "Über die Metalle", S. 117 - 119), vor allem aber der Abschnitt "Über die inneren und äußeren Umstände des früheren, gegenwärtigen und künftigen möglichen Handels" (S. 133 - 140), der vorzugsweise über Zollabgaben, Handelspartner und Handelswarenauskunft gibt, von besonderem Interesse. Letztgenannter Abschnitt beginnt so: "Die klügsten Staatsmänner haben zu allen Zeiten den Handel als ein Mittel angesehen, aus dem sowohl den einzelnen Gesellschaften als auch den Staaten der beste Vorteil erwächst. Dieser gesunde und erprobte Grundsatz hat die Völker immer angeregt, mit den entlegensten Gegenden bekannt zu werden, dabei alle Schwierigkeiten, so groß sie auch gewesen sein mögen, zu überwinden, keine Ausgaben und Einbußen zu scheuen und nicht nur mit den angrenzenden, sondern auch mit den entferntesten Völkern Bündnisse und Frieden zu schließen." (S. 133)

Hier kommt eine geistige Grundhaltung zum Ausdruck, die einmal mehr die These stützt, daß die bürgerliche Aufklärung als ideologischer Vorbote des Kapitalismus kein Privileg West- und Mitteleuropas war, sondern auch in Osteuropa - wenngleich hier deformierter von feudalen Rudimenten, stärker noch auf eine Minderheit beschränkt und noch einschneidender von der Obrigkeit reglementiert - ihre Wurzeln geschlagen hatte, was die bürgerliche Historiographie in West- und Mitteleuropa aus Dünkelhaftigkeit, Unkenntnis oder bestenfalls vorschneller Gleichsetzung von Zarismus und Rußland oft nicht wahrhaben wollte. Freilich gab es schon unter den Zeitgenossen Ryčkovs rühmliche Gegenbeispiele. So veröffentlichte, worauf auch Anderle in seiner Einleitung (S. 21) verweist, der mit der Aufklärung verbundene Göttinger Historiker und Statistiker August Ludwig von Schlözer in der von ihm herausgegebenen wissenschaftlichen Zeitschrift "Göttingische Anzeigen von gelehrten Sachen" bereits im März 1766 eine Rezension der "Orenburgischen Topographie" mit einer ungewöhnlich ausführlichen Inhaltsangabe. Das war sicher nicht nur Ausdruck der Wertschätzung für dieses Buch, sondern zugleich auch der Verbundenheit aufklärerischer Bestrebungen über Ländergrenzen hinweg, wie sie trotz sozialökonomischer und regionaler Differenzierungen bestand.

Fedor Kretschmar

Der Titel der vorliegenden Untersuchung - 1976 an der Ruhr-Universität Bochum als Dissertation angenommen - ist bereits Ankündigung und Programm: Der Autor bedient sich jener strukturalistischen Methode, die in letzter Konsequenz ein Gegenmodell zum historischen Materialismus der marxistischen Geschichtswissenschaft bieten soll. Dabei geht es Matthias Meyn vor allem um die Ablehnung der vorrangig sozialökonomischen Determiniertheit gesellschaftlicher Prozesse, wobei er dem Marxismus eine Monokausalität der Ökonomie unterschiebt, die bei der dialektischen Anwendung der Lehre von der Gesellschaftsformation jedoch nicht vorhanden ist. Meyn gibt in seinen methodischen Vorbemerkungen zu, daß sein Strukturbegriff sich "im Grunde an kybernetischen Denkmodellen, an den wichtigsten Aussagen der Systemtheorie und - allerdings mit entscheidenden Abstrichen - an marxistischem Systemdenken orientiert" (S. 13). Der hier dargebotene Strukturbegriff soll als Instrument benutzt werden, ein brauchbares Modell zur Erfassung der komplexen historischen Wirklichkeit anzubieten. In diesem Sinne versucht der Autor, den Strukturbegriff "immer auf ein gegebenes System sowie auf die Menge und Anordnungsweise der in diesem enthaltenen Elemente" (S. 13) anzuwenden. System ist für Meyn der Struktur übergeordnet, d. h. die dem System eigenen Elemente bestimmen den Charakter der Struktur als Ganzes. Durch die Veränderung ihrer Elemente (Subsysteme), denen eine unterschiedliche Entwicklungsdynamik eigen ist, verändern Systeme ihre Daseinsform oder verschwinden ganz. Während die Strukturanalyse eine "Bestandsaufnahme des Beziehungsgefüges der Elemente eines Systems zu einem bestimmten Zeitpunkt" (S. 14) darstellt, berücksichtigt die Strukturgeschichte auch die Entwicklung der einzelnen Elemente und ihre unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeit. Damit ist Meyn in der Lage, einen relativ großen historischen Ausschnitt in der Entwicklung darzustellen, und unterscheidet sich im Begriffsapparat positiv von der Verschwommenheit genetischer Versionen des Strukturalismus, die von Braudel und der französischen Annalesschule ausgehen.

Den von ihm skizzierten strukturgeschichtlichen Ansatz wendet Meyn bei der Untersuchung einer "spezifischen sozialen Organisationsform", der Reichsstadt Frankfurt (Main) zu Beginn des 17. Jh., an. Die freie Reichsstadt wird als ein strukturiertes System angesehen, in dem vor allem vier Elemente im untersuchten Zeitraum unterschieden werden: das Verfassungs- und Verwaltungssystem, das städtische Wirtschaftssystem, das städtische Sozialsystem und das kulturell-religiöse System. Dabei geht Meyn von der Prämisse aus, daß sich zwischen der Verfassungsstruktur und der sich dynamisch entwickelnden Wirtschafts- und Sozialstruktur ein Spannungsverhältnis entwickelte, "das während der 2. Hälfte des 16. Jh. Symptome einer zunächst latenten Krise erzeugte, um dann im Jahre 1612 zum Bürgeraufstand zu führen" (S. 20). Der von Meyn eingeführte Krisenbegriff ist anwendbar, "wenn ein System entweder durch äußere Einflüsse in seinem Bestand in Frage gestellt wird, wenn die unterschiedliche Entwicklungsdynamik seiner Elemente den Status quo seiner inneren Struktur entscheidend zu verändern droht oder wenn beide Fälle zugleich eintreten" (S. 27). Die

Polemik des Autors gegen die marxistische Auffassung von gesellschaftlicher Krise geht eigentlich ins Leere, weil er bei seiner Begriffsbestimmung durchaus Anleihen bei marxistischen Arbeiten vorgenommen hat. Ähnliches läßt sich auch hinsichtlich der Begriffe "Revolution" und "historischer Konflikt" beobachten, wobei gegenüber der marxistischen Forschung der Vorwurf der Monokausalität ökonomischer Prozesse bei der Analyse von gesamtgesellschaftlichen Veränderungen stereotyp wiederholt wird.

An den allgemein methodischen Teil schließt Meyn eine eingehende Behandlung der Frankfurter Ereignisse von 1612 bis 1614 an, die auf wertvollem Quellenmaterial basieren und in Einzelfragen neue Fakten und Zusammenhänge aufdecken. Auch durch die in Meyns strukturgeschichtlichem Ansatz enthaltene Sicht auf die politischen und geographischen Rahmenbedingungen, wozu das Verhältnis zu Kaiser und Reich, die Mitgliedschaft in der Korporation der Reichsstädte sowie die Beziehungen zu den unmittelbaren territorialen Nachbarn gehören, kommen wesentliche Erkenntnisse und Abhängigkeiten zum Vorschein. In dem großen Abschnitt, in dem das gesamte System in dem oben angedeuteten Rahmen nochmals in Funktion vorgeführt wird, bringen zahlreiche Vermögens- und Steuerstatistiken konkretes neues Material für die soziale Gliederung in der Stadt. Die Darstellung des kulturell-religiösen Systems kann allerdings nicht befriedigen, beschränkt sich doch der Autor weitgehend auf äußere Merkmale der Glaubensgemeinschaften der Calvinisten, Juden und Katholiken, deren Gedankengut gegenüber dem Protestantismus lutherischer Prägung nicht vorgeführt wird. Dementsprechend wird auch ihre ideologische Funktion in den Bürgerauseinandersetzungen nicht deutlich.

Offenbar klafft hier allgemein eine empfindliche Lücke im Strukturmodell Meyns. Geistig-kulturelle Prozesse werden als Strukturelement kaum untersucht. Die gegenseitige Einflußnahme von Basis- und Überbauerscheinungen, wobei beiden Ebenen auch eine relative Selbständigkeit eigen ist, wird nicht gezeigt. Die gesamtgeschichtliche Schau, die Meyn eingangs versprochen hat, soll neben den ins Bild gerückten politischen und geographischen Rahmenbedingungen auch mittels eines Vergleichs mit anderen Reichsstädten innerhalb dieses Zeitraumes erreicht werden. Der vergleichende Überblick mit den Reichsstädten Augsburg, Straßburg und Nürnberg für den gleichen Zeitraum fördert ähnliche Krisenerscheinungen zutage, die jedoch nicht in gleicher Weise wie in Frankfurt ausgetragen werden. Meyn sieht als Hauptgrund dafür die schwerfällige und antiquierte Verfassung und Verwaltung der Stadt Frankfurt an, die die Konflikte nicht beherrschen kann. Angesichts des Aufwandes der Untersuchung ist das ein etwas mageres Gesamtergebnis. Da Meyn den Charakter der Epoche als Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus nicht anerkennt und die Kategorie des gesellschaftlichen Fortschritts nicht anwendet, begreift er auch die Frankfurter Ereignisse, gebunden an bestimmte Klassenkonstellationen zu Beginn des 17. Jh., nicht als eine der vielen allgemeinen Strukturkrisen des Gesamtsystems Feudalismus. Marxistische Historiker ordnen diese Auseinandersetzungen in eine Welle von innerstädtischen Volksbewegungen ein, die das "Konfliktpotential" unmittelbar vor Ausbruch des großen europäischen Krieges beträchtlich anreicherten (vgl. Deutsche Geschichte, Bd. 3, Berlin 1983, S. 271 ff.).

Verlag Waldemar Kramer, Frankfurt(Main) 1981, 280 S.,
Pr. : 44,- DM

Die vorliegende Untersuchung - als Dissertation im Wintersemester 1977/78 im Fachbereich Geschichtswissenschaften der Frankfurter Universität angenommen - stützt sich bei der Behandlung des Themas vor allem auf städtische Quellen des 15. und 16. Jh. und breitet diese in dankenswerter Fülle und Genauigkeit aus. Die Geschichte der mittelalterlichen Fürsorgeeinrichtungen Frankfurts, die sich unter Ratsverwaltung befanden, wird im einzelnen verfolgt: des Hl. Geist-Spitals als städtisches Hauptkrankenhaus und umfassendste Versorgungseinrichtung, des Gutleuthofes (des Leprosenhauses), des nur kurze Zeit selbständig existierenden Spitals bei den Hl. Drei Königen in Sachsenhausen, später mit dem städtischen Hauptspital vereinigt, der Elendenherbergen für wandernde arme Handwerker und Bettler, der erst gegen Ende des 15. Jh. für Seuchenkranke eingerichteten Pestilenzhäuser, des Almosens der ratseigenen Nikolai-Kirche als Sitz der Almosenvergabe von Natural- und Geldspenden an Bedürftige der Stadt. Neben allgemeiner Geschichte werden in einem zweiten Teil Recht, Verfassung und Verwaltung dieser Einrichtungen mit den entsprechenden städtischen Ämtern, den Rechten und Pflichten der Spitalinsassen sowie das Verhältnis der städtischen Beamten zu den Spitalgeistlichen behandelt. Sehr interessantes Material wird über die Besitzverhältnisse des Hl. Geist-Spitals, des Gutleuthofes und des Almosens von St. Nikolai vermittelt, die sich als gut florierende selbständige Wirtschaftsunternehmen mit eigenem Besitz und Einkünften erwiesen. Wichtig für weitere Arbeiten zur Frankfurter mittelalterlichen Stadtgeschichte dürfte auch die im Anhang abgedruckte chronologische Liste der Pfleger in den Einrichtungen sein. Verzeichnisse zu Quellen, Literatur und Abkürzungen beschließen den Band.

So wertvoll auch für weitere Arbeiten das ausgebreitete Quellenmaterial dieser Spezialuntersuchung sein wird, man vermißt doch in der Arbeit insgesamt die Einordnung des wichtigen Sozialfürsorgekomplexes in die historische Gesamtentwicklung. Die ideologischen Voraussetzungen für die Fürsorgeeinrichtungen des Mittelalters bleiben auf wenige einleitende Bemerkungen beschränkt. Dementsprechend wird auch der Einschnitt, den die Reformation ganz allgemein für die Entwicklung der bürgerlichen Sozialfürsorge bedeutete, nicht deutlich. So wird die Geschichte der Einrichtung des städtischen Almosenkastens 1530/31 am Schluß auf wenigen Seiten abgetan, hat doch der Verfasser nicht die Absicht, auf den "Ablauf der revolutionär anmutenden Ereignisse" (S. 221, gemeint sind die Ereignisse, die zu den 46 Frankfurter Artikeln von 1525 führten) einzugehen. Die Frage, warum der Frankfurter Rat erst so spät einen gemeinnützigen Kasten einrichtete, nachdem es seit 1523 bereits an Nürnberg und Straßburg orientierte Vorformen gab, bleibt weitgehend unbeantwortet.

Sigrid Looß

BETRIEBSGESCHICHTE

Wechselbeziehung von Betrieb und Territorium

6. Kolloquium der Fachkommission Betriebsgeschichte

der Historiker-Gesellschaft der DDR

(31. Januar 1984 in Berlin)

Die Fachkommission Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft hatte am 31. Januar 1984 in Berlin zu einem eintägigen Kolloquium eingeladen. Der Referent, **H a r t m u t M e h l s** (Berlin), sprach zur "Wechselbeziehung von Betrieb und Territorium".

Wie die Teilnahme zahlreicher Vertreter aus Kombinat und Betrieben sowie wissenschaftlichen Einrichtungen zeigte, handelte es sich um eine Thematik, die in den letzten Jahren auf ein immer breiteres Interesse stößt. Ihre große Bedeutung liegt darin, daß sich Geschichtsbild und Geschichtsbewußtsein in beträchtlichem Maße über heimatgeschichtliche Kenntnisse und Erkenntnisse formen. Das Wissen um historische Erscheinungen, Prozesse und Persönlichkeiten, geschichtliche Traditionen und Ergebnisse historischer Entwicklungen vertieft sich vor allem unmittelbar und am anschaulichsten im unmittelbaren Lebens- und Arbeitsbereich der Menschen.¹ Aussagen aus der Geschichte des unmittelbaren Arbeits- und Lebensbereiches der Menschen, der den Gegenstand der Betriebs- bzw. Heimatgeschichte bildet, sind besonders geeignet, "anhand von jederzeit konkret nachprüfbaren Tatsachen die Geschichte anschaulich und damit so interessant und problemhaft zu vermitteln, wie sie tatsächlich verlaufen ist".²

Im Mittelpunkt des Referates von Mehls standen das Wechselverhältnis zwischen Betrieb und Territorium, der Einfluß des Standortes auf den Betrieb und der des Betriebes auf die Entwicklung des Territoriums und die Aufarbeitung in der Betriebs- und Heimatgeschichte.

Ausgehend davon, daß es die Aufgabe des Betriebs- und auch des Heimathistorikers ist, von dem konkret-historischen Ereignis als dem Besonderen, Einzelnen zum allgemeinen Zusammenhang zu führen, besteht die Möglichkeit und auch die Notwendigkeit zu einer engen Kooperation beider. In ihrem Bemühen, auf die Besonderheiten, auf die konkret-historischen Erscheinungsweisen von Stadt und Betrieb einzugehen, ergeben sich zahlreiche inhaltliche Berührungspunkte. Für die Stadtgeschichte sind sie vor allem hinsichtlich der Bedeutung der Betriebe für die Entwicklung des Territoriums, der Klein-, Mittel- und Großstadt zu sehen. Hier darf man das städtische Gesamtsystem der Industriezweige zur Erhaltung der Stadt nicht vergessen. Erst wenn neben der Bedeutung der dominierenden Industriebetriebe des Territoriums auch den anderen Wirtschaftsbereichen, die für die Entwicklung der Stadt entscheidend sind, wie z. B. die Wasserwirtschaft und Stadtreinigung - in der historischen Forschung bislang stark vernachlässigte Bereiche -, genügend Aufmerksamkeit gewidmet wird, entfernen wir uns von der Tendenz, Betriebe als "Wohltätigkeitsverein" für das Territorium zu betrachten.

1 Vgl. dazu Gutsche, W., Heimatverbundenheit und Heimatgeschichte in unserer Gesellschaft, in: Einheit, 7-8/1980, S. 814 ff.

2 Goldmann, S./Moritz, H., Betriebsgeschichte fördert bewußtes Handeln, in: ebenda, 2/1984, S. 117.

Anschaulich demonstrierte Mehls die Verquickung von Betriebs- und Stadtentwicklung am Beispiel des Entstehens von Eisenhüttenstadt. Als 1950 die Arbeiten zum Aufbau des Eisenhüttenkombinates Ost begannen, stand das Problem: Wohin mit den Bauarbeitern? Die Entscheidung zur Errichtung der ersten sozialistischen Stadt wurde getroffen. Das Primat für die Stadtentwicklung lag beim Aufbau des Industriekombinates.

Damit waren Betriebs- und Stadtgeschichte untrennbar miteinander verbunden.

Betrachten wir das Wechselverhältnis aus der Sicht des Betriebshistorikers, so sind es vor allem die Fragen des Standortes, die hier berücksichtigt werden.

Jeder Aufbau eines Industriebetriebes brachte und bringt einschneidende Veränderungen in die Entwicklung eines Dorfes, einer Stadt; Landschaften verändern sich, ökologische Probleme entstehen. Mehls machte in diesem Zusammenhang auf die verschiedenen Formen des Betriebseinflusses auf ein konkretes Territorium, wie die Verquickung von Stadt- und Warennamen (Meißen, Klingenthal) bis hin zur Unterordnung eines Territoriums unter eine bestimmte Industrie (Schuhindustrie Zwönitz), aufmerksam.

Wiederum am Beispiel des Aufbaus des Eisenhüttenkombinates Ost demonstrierte der Referent einige Überlegungen, die für eine Standortbestimmung entscheidend sind. Neben der günstigen Verkehrslage mit den entsprechenden guten Transportbedingungen war für die Projektierung des Eisenhüttenkombinates Ost die Notwendigkeit ausschlaggebend, die sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse in diesem Gebiet entscheidend umzugestalten - eine bis dahin rückständige, von der Landwirtschaft geprägte Region, die durch einen starken Zuzug von Umsiedlern nach dem zweiten Weltkrieg geprägt war. Mit dem Aufbau des Eisenhüttenkombinates Ost wurde erreicht, daß sich ein politisches Zentrum der Arbeiterklasse herausbildete.

War bei diesem Beispiel die Notwendigkeit der sozialen, ökonomischen und politischen Umgestaltung eines Territoriums für die Standortbestimmung entscheidend, so ist bei anderen Standorterwägungen die Überlegung dominierend, auf ein erfahrenes, qualifiziertes Arbeitskräftepotential zurückgreifen zu können. Solche Prozesse müssen sich notwendigerweise in den Ergebnissen betriebsgeschichtlicher Forschungen wiederfinden lassen.

Resümierend stellte der Referent fest, daß trotz vieler Beispiele in der Betriebs- und Regionalgeschichte die Möglichkeiten der Darstellung dieser Wechselbeziehungen bislang nicht ausgeschöpft wurden. Oft wurde bei der Konzentration auf das Wesen der Geschichtsabläufe die Untersuchung und Aufzeichnung des konkreten Geschehens vernachlässigt.

In der sich anschließenden Diskussion sprach R. Müller (Berlin) über die Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe und ihre Beziehungen zum Territorium. Ausführlich zeigte er die unmittelbare Wirksamkeit der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften für die politische, ökonomische und soziale Entwicklung der Dörfer auf.

Die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Betrieb und im Territorium Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre in der SBZ/DDR stellte Peter Leisering (Berlin) dar.

Manfred Hempel (Berlin) schilderte die revolutionären Traditionen des Fernsehbetriebes im Territorium Berlin-Adlershof und verwies anschaulich auf bewährte Formen lokaler Traditionspflege.

In der weiteren Diskussion wurde auf viele verschiedene Formen der Beziehungen von Betrieb und Territorium sowie auf Fragen der Darstellung der Bündnisbeziehungen in diesem Zusammenhang hingewiesen, so daß das Kolloquium einen wichtigen Beitrag zur Qualifizierung der betriebsgeschichtlichen Arbeit zu

Das amtliche Quellenwerk der deutschen Reichsstatistik

Eine Übersicht über die Veröffentlichungstreue Statistik des Deutschen Reichs¹ 1873 bis 1914

von Ulrich Böse

0. Vorbemerkung

1. Zum Problem der Veröffentlichung staatlicher Ergebnisse
2. Umfang der Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts
3. Erläuterung der folgenden Übersicht
4. Abkürzungs- und Titelvorbemerk
5. Tabellarische Übersicht über die "Statistik des Deutschen Reichs"

1. Vorbemerkung

In den amtlichen Veröffentlichungen¹, die im ehemaligen Deutschen Reich von 1873 bis 1914 jahrzehntelang erschienen sind und denen zur historischen Verfolgung auf ein vielfachdrucksames Material enthalten, gehören in erster Linie Gesetze- oder Anordnungsverordnungen der Fürstentümer und späteren Länder. Über die historische Entwicklung in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen gibt es aber nur eine Publikationsserie, die kontinuierlich während eines Zeitraums von 73 Jahren in 67 Bänden erschienen ist, hat sehr reichhaltige Quellenmaterial, die "Statistik des Deutschen Reichs".² Die SDR war das Hauptquellenwerk der amtlichen Statistik des Deutschen Reichs. Es wurde herausgegeben von der statistischen Zentralbehörde im kaiserlichen Reich, dem Statistischen Reichsamt (1877 bis 1918 Kaiserliches Statistisches Amt), und erschien in den Jahren 1873 bis 1914. Das Gesamtwerk war nicht in Fachzeitschriften, Büchern und Zeitschriften wie gleichartige Publikationen anderer Staaten untergliedert, sondern seine Bände wurden in unregelmäßiger, unregelmäßiger Reihenfolge veröffentlicht. Das erschwert den Zugang zu den darin enthaltenen statistischen

¹ Metzger, K., Amtliche Druckschriften in Archiven. Informationen, Erfahrungen und Probleme, dargestellt am Beispiel des Zentralen Statistischen Portals, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen, 80. 30. 1992, S. 245-260; Metzger, W./Metzger, K., Die Erfassung amtlicher Druckschriften im Zentralen Statistischen Portal, in: Archivwissenschaft, 28. 33. 1998, S. 54-57.

² Die SDR sowie andere Periodika des SRA sind vom Verfasser bereits kurz charakterisiert worden in einem früheren Artikel, der den hier vorliegenden entspricht; vgl. Böse, U., Die amtliche Statistik des Deutschen Reichs 1873 bis 1914. Historische Entwicklung, Organisation, Struktur, Veröffentlichungen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 4/1978, S. 93-107, bzw. 108-109.

Das amtliche Quellenwerk der deutschen Reichsstatistik

Eine Übersicht über die Veröffentlichungsreihe
"Statistik des Deutschen Reichs" 1873 bis 1944

von Ulrich Roeske

0. Vorbemerkung

1. Zum Problem der Veröffentlichung statistischer Ergebnisse
2. Umfang der Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts
3. Erläuterung der folgenden Übersicht
4. Abkürzungs- und Titelverzeichnis
5. Thematische Übersicht über die "Statistik des Deutschen Reichs"

0. Vorbemerkung

Zu den amtlichen Veröffentlichungen¹, die im ehemaligen Deutschen Reich von 1871 bis 1945 jahrzehntelang erschienen sind und Daten zur historischen Entwicklung auf den verschiedensten Gebieten enthalten, gehören in erster Linie Gesetzes- oder Amtsblattsammlungen der Einzelstaaten und späteren Länder. Über die historische Entwicklung in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen gibt es aber nur eine Publikationsreihe, die kontinuierlich während eines Zeitraums von 72 Jahren in 647 Bänden erschienen ist und sehr reichhaltige Quellen darbietet: die "Statistik des Deutschen Reichs".² Die StDR war das Hauptquellenwerk der amtlichen Statistik des Deutschen Reichs. Es wurde herausgegeben von der statistischen Zentralbehörde im Deutschen Reich, dem Statistischen Reichsamt (1872 bis 1918 Kaiserliches Statistisches Amt), und erschien in den Jahren 1873 bis 1944. Das Gesamtwerk war nicht in Fachserien, Reihen und Einzelbände wie gleichartige Publikationen anderer Staaten untergliedert, sondern seine Bände wurden in unsystematischer zwangloser Folge veröffentlicht. Das erschwert den Zugang zu den darin enthaltenen statistischen

1 Metschies, K., Amtliche Druckschriften in Archiven. Informationen, Erfahrungen und Probleme, dargestellt am Beispiel des Zentralen Staatsarchivs Potsdam, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen, Bd. 96, 1982, S. 545 - 553; Merker, W./Metschies, K., Die Erfassung amtlicher Druckschriften im Zentralen Staatsarchiv Potsdam, in: Archivmitteilungen, Jg. 33, 1983, S. 64 - 67.

2 Die StDR sowie andere Periodika des StRA sind vom Verfasser bereits kurz charakterisiert worden in einem früheren Artikel, der den hier vorliegenden ankündigt; vgl. Roeske, U., Die amtliche Statistik des Deutschen Reichs 1872 bis 1939. Historische Entwicklung, Organisationsstruktur, Veröffentlichungen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 4/1978, S. 85 - 107, bes. 104 - 107.

Quellen. Sämtliche erschienenen Veröffentlichungen der gesamten Reichsstatistik³ sind zwar im Quellennachweis jedes Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich⁴, nach Sachgebieten gegliedert, einzeln aufgeführt, so daß mit dem letzten Jahrbuch 1942 theoretisch alle Publikationen erfaßt sein müßten. Jedoch sind 30 Bände der StDR erst in den Jahren 1943 und 1944 herausgekommen; sie können also im letzten Quellennachweis 1942 nicht enthalten sein. Der Zugang zu den einzelnen Statistiken wird auch dadurch erschwert, daß die Gliederung der Quellennachweise und damit die Zuordnung der Titel zu den Sachgebieten vielfach nicht mehr verständlich und nach heutigen Begriffen manchmal irreführend ist.⁵ Deshalb und in Anbetracht der Tatsache, daß die StDR – sicher auch wegen der geschilderten Mängel in der Systematisierung – als wesentliches Quellenwerk oft leider außer acht gelassen wird, soll eine neue Übersicht die Benutzbarkeit der StDR erleichtern. Die folgende Übersicht bietet darüber hinaus mehr Informationen über die einzelnen Reichsstatistiken als die Quellennachweise der Statistischen Jahrbücher.

1. Zum Problem der Veröffentlichung statistischer Ergebnisse

Jede statistische Veröffentlichung ist klassengebunden. Im bürgerlich-kapitalistischen Staat besteht ihre Hauptaufgabe darin, die für die herrschenden Klassen und ihren Staatsapparat notwendigen zahlenmäßigen Informationen über gesellschaftliche Erscheinungen und Prozesse zu vermitteln und dabei zugleich die Klassenverhältnisse, das Wesen des kapitalistischen Staates, insbesondere die Ausbeutung, zu verschleiern.⁶ In diesem Sinne sprechen wir von bürgerlicher Statistik, deren Klassencharakter die Klassiker des Marxismus-Leninismus, vor allem W. I. Lenin, klar herausgearbeitet haben. Aufgrund dieser klassenmäßigen Analyse verstand es Lenin meisterhaft, durch Auswertung bürgerlicher statistischer Veröffentlichungen, nicht zuletzt auch der deutschen Reichsstatistik, sozialökonomische Gesetzmäßigkeiten aufzudecken und zu interpretieren. Für Lenin war die statistische Analyse "eine der mächtigsten Waffen der sozialen Erkenntnis".⁷

Die Ergebnisse amtlicher statistischer Erhebungen sind zunächst nicht veröffentlicht worden. Ursprünglicher Zweck jeder amtlichen Statistik war die Informierung der Behörden, weshalb die Ergebnisse nur in wenigen Exemplaren vervielfältigt zu werden brauchten. Sie galten mehr oder weniger als Amtsgeheimnis, und es war eine besondere Gunst, wenn einzelnen Gelehrten eine Benutzung gestattet wurde. Die regelmäßige Veröffentlichung amtlicher Erhebungsergebnisse begann erst in der zweiten Hälfte des 19. Jh., d. h. in Deutschland konkret nach der bürgerlichen Revolution von 1848; Die konstitutionelle Regierungsform verpflichtete die Regierungen, der jeweiligen Volksvertretung über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, über die Verwaltung des Staatsvermögens, die Tätigkeit der Behörden usw. Rechenschaft ab-

3 Zur Reichsstatistik vgl. ebenda, S. 86 – 88, 102 – 104.

4 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jg. 1 – 59, Berlin 1880 – 1941/42.

5 Z. B. sind Krankenanstalten unter "Bewegung der Bevölkerung", Wohnungswesen unter "Gewerbe" oder Tabakanbau und -ernte unter "Öffentlicher Finanzwirtschaft" eingeordnet.

6 Donda, A./Herrde, E., u. a., Statistik. Lehrbuch, Berlin 1972, S. 15.

7 Lenin, W. I., Das kapitalistische System der modernen Landwirtschaft, in: Werke, Berlin 1955 ff., Bd. 16, S. 444.

zuliegen, was vielfach auch in statistischer Form zu geschehen hatte. In zunehmendem Maße mußten nun ebenfalls die Bedürfnisse der Wissenschaft und das Interesse von Vertretern der herrschenden Klassen nach statistischen Zahlen befriedigt werden, so daß eine Veröffentlichung schließlich notwendig wurde. Damit ist nicht gesagt, daß grundsätzlich alle Ergebnisse publiziert wurden. Für den gesamten hier zu behandelnden Zeitraum bleibt festzuhalten: Eine gesetzliche Verpflichtung, die Erhebungsergebnisse in der Öffentlichkeit bekanntzumachen, hat es im Deutschen Reich nie gegeben. In der Geschäftsinstruktion des StRA vom Juni 1872 heißt es dazu lediglich, das Amt habe die Ergebnisse "geeignetenfalls" zu veröffentlichen.⁸

Eine Veröffentlichung konnte aus technischen und inhaltlichen Gründen unterbleiben. Aus methodischen Gründen sollen zunächst die vergleichsweise unerheblichen technischen Ursachen genannt sein; Es kam vor, daß eine Erhebung oder Befragung technisch mißlungen war, weil z. B. die Fragestellungen nicht eindeutig waren oder grobe Fehler schon im Urmaterial bzw. während der Aufarbeitung auftraten.⁹ - Wenn in Krisenzeiten das nötige Personal für die Bearbeitung des Erhebungsmaterials und (oder) Druckpapier für die Veröffentlichung fehlten, mußte die betreffende Statistik zwangsläufig im Stadium der Aufarbeitung belassen werden. Das traf z. B. zu bei Statistiken, die während des zweiten Weltkrieges für die Wehr- und Rüstungswirtschaft im faschistischen staatsmonopolistischen System weniger wichtig waren, wie etwa Zahlen über den Schuldenstand der kommunalen Verwaltungen oder über Krankenkassenbeiträge.

Am weitaus häufigsten unterblieben Veröffentlichungen jedoch aus inhaltlichen Gründen, die das StRA als Vollzugsorgan der herrschenden Klassen in militärischer, sicherheitspolitischer, ökonomischer oder handelspolitischer Hinsicht hatte, sog. "staatspolitische Bedenken". Im hier zu behandelnden Zeitraum traf das vor allem für die Zeit des ersten Weltkrieges und in noch höherem Maße für die Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges zu. Bereits am 24. April 1934 bestimmte ein Gesetz: "Wenn durch die Veröffentlichung statistischer Daten in beschreibender, zahlenmäßiger oder graphischer Form ... wichtige wehrpolitische und wehrwirtschaftliche Belange des Deutschen Reichs gefährdet werden, ist der Tatbestand des fahrlässigen Landesverrats erfüllt".¹⁰ Ein Erlaß des RWM vom 15. Mai 1936 spezifizierte die statistischen Daten, die künftig nicht mehr der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden durften, folgendermaßen; Einzeldaten über "Vorräte und Läger, Bezug und Verbrauch von Roh- und Halbstoffen, Kapazitäten, Beschäftigungsgrad, Standortzusammenstellungen von Industrien oder Industriezweigen, Werklagepläne, Übersichtspläne und Zeichnungen."¹¹ Nachdem ein weiterer Erlaß des RWM vom 13. Februar 1939 "Zusammenfassende Richtlinien für die Beschränkung von Veröffentlichungen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft" festlegte¹², verbot RWM Funk drei Tage nach Beginn des zweiten Weltkrieges in seiner Eigenschaft als Generalbevoll-

8 Fürst, G., Wandlungen im Programm und in den Aufgaben der amtlichen Statistik in den letzten hundert Jahren, in: Bevölkerung und Wirtschaft 1872 - 1972, hg. anläßlich des 100jährigen Bestehens der zentralen amtlichen Statistik v. Statistischen Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart/Mainz 1972, S. 15.

9 Vgl. Zizek, F., Grundriß der Statistik, 2. Aufl., München/Leipzig 1923, S. 198.

10 Reichsgesetzblatt, T. I, 1934, S. 341 ff.

11 ZStA Potsdam, 31.02 StRA, Nr. 3082, unfol.

12 Ebenda.

mächtiger für die Wirtschaft generell die Veröffentlichungsergebnisse "von Erhebungen bei der Industrie, Land- und Forstwirtschaft, beim Handel und Handwerk, über den Güterverkehr und über den Außenhandel." ¹³ Das Veröffentlichungsverbot bedeutete natürlich nicht, daß Statistiken aus den genannten Wirtschaftszweigen überhaupt nicht mehr bekanntgemacht werden durften. Zahlen über Produktions-, Absatz-, Verbrauchs- und Vorratsmengen, über Beschäftigtenzahlen Lohnsummen usw. wurden von den verschiedensten Organen im faschistischen staatsmonopolistischen System für die weitere Planung der Rüstungs- und Kriegswirtschaft laufend dringend benötigt. Deshalb wurden solche Ergebnisse zu dienstlichen Zwecken weiterhin gedruckt oder zumindest vervielfältigt und als amtliche Drucksache oder sekretiert an einen bestimmten Empfängerkreis versandt, der in manchen Fällen noch eingegrenzt wurde; Oberste Reichsorgane und führende NSDAP-Stellen erhielten Gesamtergebnisse, sonstige amtliche und halbamtsliche Stellen bekamen nur Teilergebnisse. ¹⁴

Eine andere Art von Veröffentlichungsverboten, die ebenfalls den Klassencharakter der bürgerlichen Statistik widerspiegelt, läßt sich anhand der archivalischen Überlieferung des ehemaligen StRA nachweisen; der Aktenbestand ist im ZStA Potsdam zu einem Teil überliefert ¹⁵ und enthält sowohl große Mengen an Urmaterial als auch Aufbereitungs- und Ergebnisübersichten. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit kann dieser Aspekt jedoch nicht ausführlich erläutert, sondern nur durch folgende Beispiele verdeutlicht werden ¹⁶:

- In einer Ausarbeitung über Probleme der "Industrialisierung Sowjetrußlands" kommt das StRA zu der realen Einschätzung, daß im Jahre 1939 in der UdSSR fünfmal soviet Industrieprodukte erzeugt würden wie 1913 und daß die sowjetische Industrie ihren Anteil an der Weltindustrieproduktion seitdem bis 1939 von 4% auf 12% erhöht habe. ¹⁷ Diese Statistik war nur für den Dienstgebrauch bestimmt, mit Sicherheit wären diese Zahlen in einer normalen Veröffentlichung entweder verschwiegen oder verschleiert dargeboten worden; denn sie hätten sonst den beispiellosen wirtschaftlichen Erfolg des ersten sozialistischen Landes allzu deutlich werden lassen.

- Die Ergebnisse der Volkszählungen in den Jahren 1910, 1925 und 1933 weisen auch Übersichten über die Muttersprache der Bevölkerung in den Grenzgebieten und in der Lausitz auf. Die Vorlagen für den Bd. 451 der StDR (Volkszählung 1933) vergleichen die Zahlen in einer Übersicht, so daß Schlüsse über die Rolle des Sprachenproblems, z. B. in Oberschlesien, gezogen werden können. Der Vergleich zu den beiden vorangegangenen Zählungen ist in dem Band über die Volkszählung 1933 nicht veröffentlicht worden. Offensichtlich sollten durch diese Unterlassung Widersprüche verdeckt werden, die sich zur offiziellen Propaganda in dieser Frage bei einer Veröffentlichung aufgetan hätten.

¹³ Ebenda, Erlaß v. 4. 9. 1939.

¹⁴ ZStA Potsdam, 31.02 StRA, Nr. 2844, unfol.

¹⁵ Die Akten des StRA sind während des zweiten Weltkrieges zu einem großen Teil verbrannt. Teile des Aktenbestandes befinden sich im Bundesarchiv der BRD in Koblenz; vgl. Das Bundesarchiv und seine Bestände = Schriften des Bundesarchivs, Nr. 10, 3. Aufl., Boppard 1977, S. 90 f.

¹⁶ Vgl. Kuczynski, J., Die Verwendbarkeit der Daten der bürgerlichen Statistik, in: Statistische Praxis, Bd. 11, Berlin 1956, S. 27 - 31.

¹⁷ Schriften des Instituts für Konjunkturforschung, Nr. 4, o.O. o. J.

2. Umfang der Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts

Die statistischen Veröffentlichungen umfassen in der Regel

- das Tabellenwerk,
- textliche Erläuterungen, vor allem über die historische Entwicklung des betreffenden Sachgebiets, gesetzliche Grundlagen, Erhebungs- und Bearbeitungsmethoden, Hauptergebnisse mit zeitlichen, geographischen u. a. Vergleichen und den Grad der Zuverlässigkeit der Ergebnisse,
- graphische Darstellungen mit anschaulichen Säulen-, Linien- oder Kreisdiagrammen und nicht selten auch farbig gestaltete Kartogramme.

Die amtliche Statistik des Deutschen Reichs war, solange das Reich bestand, nie zentralisiert, sondern in recht weitem Ausmaß dezentralisiert, d. h. im vorliegenden Zusammenhang: Reichsstatistiken sind nicht nur vom StRA, sondern für zahlreiche, wesentliche Sachkomplexe von anderen Reichsbehörden bearbeitet und veröffentlicht worden.¹⁸ Nicht alle solche Reichsbehörden publizierten ihre Statistiken in eigenen fortlaufenden Serien. Häufig wurden die Schriftenreihen des StRA benutzt, oft erschienen sie aber auch in Amtsblättern oder anderen amtlichen Druckschriften sowie in vielerlei anderen Formen. Die wichtigsten und umfangreichsten Schriftenreihen des StRA waren neben der StDR und dem Statistischen Jahrbuch:

- Einzelschriften zur StDR, Nr. 1 - 43, Berlin 1927 - 1941
- Vierteljahreshefte zur StDR, Jg. 1 - 52, Berlin 1892 - 1943
- Ergänzungshefte (ab 1931 Sonderhefte) zu den Vierteljahresheften zur StDR, Berlin 1896 - 1935
- Wirtschaft und Statistik, Jg. 1 - 24, Berlin 1921 - 1944 (Monats- bzw. zeitweise Halbmonatszeitschrift)
- Sonderhefte zu Wirtschaft und Statistik, Hefte 1 - 15, Berlin 1925 - 1935
- Reichsarbeitsblatt, Sonderhefte 1 - 58, Berlin 1909 - 1933.

Manche Veröffentlichungen wurden geteilt oder abgestuft veröffentlicht; Die wichtigsten und (oder) die neuesten Zahlenreihen zu einer bestimmten Statistik finden sich dann in Wirtschaft und Statistik, in den Vierteljahresheften bzw. im Statistischen Jahrbuch. Zeitlich vor den bis zur Fertigstellung meist viel Zeit in Anspruch nehmenden Bänden des Quellenwerks erschienen gewisse Daten regelmäßig - z. T. sogar alle 10 Tage - im Deutschen Reichsanzeiger, wie z. B. in der Außenhandelsstatistik oder in den genannten Sonderheften, wie z. B. vorläufige Ergebnisse von Volkszählungen.

Darüber hinaus publizierte das StRA auch Ergebniszusammenfassungen über größere Zeiträume in Form von Einzelarbeiten, wozu zählen:

- Die deutsche Volkswirtschaft am Schlusse des 19. Jahrhunderts. Auf Grund der Ergebnisse der Berufs- und Gewerbezahlung von 1895 und nach anderen Quellen bearbeitet, Berlin 1900
- Statistisches Handbuch für das Deutsche Reich, 2 Teile, Berlin 1907
- Die deutsche Landwirtschaft. Hauptergebnisse der Reichsstatistik, Berlin 1913
- Deutschlands Wirtschaftslage unter den Nachwirkungen des Weltkrieges, Berlin 1923
- Statistisches Handbuch der Weltwirtschaft, Berlin 1936
- Die Gebietsveränderungen der kleinen Verwaltungsbezirke im Deutschen Reich (ohne Saargebiet) in der Zeit vom 16. 6. 1925 bis 31. 12. 1937.

¹⁸ Roeske, U., S. 102 - 104.

Im Gegensatz zu manchen dieser Einzelarbeiten zeigte die StDR als umfangreichste Veröffentlichungsreihe eine sehr große inhaltliche Breite. Ihre in den Jahren 1884 bis 1944 herausgegebenen Bände lassen sich nach der Häufigkeit der dargestellten Sachgebiete in folgende 12 Hauptgruppen einteilen, wobei die Bezeichnung der Sachkomplexe z. T. der Abteilungsgliederung des StRA entspricht, z. T. (bei 7., 9. und 11.) von mir formuliert wurde¹⁹:

	Anzahl der Bände
1. Verkehrsstatistik	153
2. Außenhandelsstatistik	75
3. Finanz- und Steuerstatistik	70
4. Sozialstatistik	68
5. Bevölkerungsstatistik	64
6. Land- und Forstwirtschaftsstatistik	59
7. Kriminalstatistik	57
8. Allgemeine Wirtschaftsstatistik	40
9. Versicherungsstatistik	47
10. Bildung, Kultur und Sport	12
11. Wahlen und Abstimmungen ²⁰	16
12. Medizinialstatistik	4

Bezogen auf den Erscheinungszeitraum, sind fast 10 Bände der StDR pro Jahr veröffentlicht worden! Rechnet man die 63 Bände der "Ersten Reihe" (bis 1883) hinzu, so ist festzustellen, daß mehr als die Hälfte des Quellenwerks während des Kaiserreichs, dagegen ein knappes Viertel in der Weimarer Republik und etwas mehr als ein Viertel zur Zeit der faschistischen Diktatur erschienen ist. Der Schwerpunkt lag ganz überwiegend bei der Verkehrsstatistik und innerhalb dieses Bereichs bei der Schifffahrt: 135 Bände, also fast jeder 5. Band des Gesamtwerks, behandeln die Binnen- und Seeschifffahrt. Die Mehrzahl dieser Bände erschien in den Jahren 1872 bis 1914, also zu einer Zeit, als der deutsche Imperialismus seine Handels- und Kriegsflotte aufbaute. Deshalb liegt der Schluß nahe, daß die Schifffahrtsstatistiken letzten Endes auch dazu dienen sollten, das Streben des deutschen Imperialismus nach Weltherrschaft, hier nach Vorherrschaft zur See, zu unterstützen.²¹

Eine Reihe von Statistiken aus allen Sachgebieten (außer 11.) wurde regelmäßig nicht in der StDR, sondern nur in folgenden anderen Periodika des StRA veröffentlicht²²:

19 Die in den Jahren 1873 - 1882 erschienenen Bände müssen hier weggelassen werden, weil sie jeweils in monatlichen bzw. vierteljährlichen Lieferungen in Einzelheften herausgegeben wurden; vgl. Anm. 25.

20 Effektiv sind nur 12 Bände über Reichstagswahlen und Abstimmungen erschienen: Die Ergebnisse von 4 Abstimmungen sind in den Bänden über Reichstagswahlen enthalten (vgl. im folgenden 11.3.2. - 11.3.5.). Dasselbe gilt im Prinzip auch für einige andere Sachkomplexe, so daß die Summe der Bände in der Übersicht nicht mit der eingangs genannten Gesamtzahl der Bände übereinstimmt.

21 Es wäre interessant, von Militärhistorikern Belege dafür zu erhalten, wie und in welchem Maße z. B. für die Flottenpolitik damals Schifffahrtsstatistiken ausgewertet wurden.

22 Die folgenden Reichsstatistiken erschienen also nicht als selbständige Bände, sondern mehr oder weniger regelmäßig nur innerhalb der genannten Publikationsreihen. Ausnahmen bilden lediglich Lohnerhebungen und Auswanderung (vgl. die Gruppen 4.7. und 5.5.4. der folgenden Übersicht).

zu 1.	Verkehrsstatistik	erschien in:
	- Eisenbahnwesen	Jb
	- Kraftverkehr und Straßenwesen	Jb, Vjh, WuSt
	- Seeschiffbau	Jb
	- Verkehr im Nord-Ostsee-Kanal	Vjh
	- Luftverkehr	Jb
	- Post-, Telegrafien- und Fernsprechwesen, Rundfunk	Jb, Vjh, WuSt
	- Fremdenverkehr	Vjh
zu 2.	Außenhandelsstatistik	
	- Zollertragsstatistik	D AußH D
zu 3.	Finanz- und Steuerstatistik	
	- Geld-, Devisen- und Effektenmärkte	Vjh, WuSt
	- Hypothekenbewegung	Vjh
	- umfangreiche Untersuchungen zu verschiedenen Themen	EinzSchr
zu 4.	Sozialstatistik	
	- Arbeitszeit (vor allem im Handwerk und im Handel)	Verh K ASt
	- Beschäftigungsgrad und Arbeitslose	Jb, WuSt
	- Lebenshaltungskosten	Jb, WuSt
	- Lohnerhebungen	Jb, WuSt, RABI
	- Preisentwicklung (Groß- und Einzelhandelspreise im In- und Ausland)	Jb, Vjh, WuSt
	- Wohnungsfürsorge	Beltr z ASt
	- sog. freie Wohlfahrtspflege	Jb, Vjh
	- Schwerbeschädigte	RABI
	- Öffentliche Jugendhilfe, Fürsorge- erziehung	Vjh
zu 5.	Bevölkerungsstatistik	
	- Aus-, Ein- und Binnenwanderung	Jb
zu 6.	Land- und Forstwirtschaftsstatistik	
	- Bauernsiedlung	Vjh
	- Erbhofstatistik	Vjh
	- Fischereiwesen	Vjh
zu 7.	Kriminalstatistik bzw. Rechtspflege	
	- Geschäfts- und Organisationsstatistik der Gerichte (Justizstatistik)	Jb
	- Arbeitsgerichtsbarkeit	Vjh
zu 8.	Allgemeine Wirtschaftsstatistik	
	- Produktionserhebungen in einzelnen Industriezweigen	NfHIL, ErgH zu Vjh, SH zu WuSt
	- Bauwesen	RABI, Vjh, WuSt
	- Kleinsiedlungen	WuSt
	- Grundbesitzwechselstatistik	Vjh
	- Patentstatistik	Jb
	- Gewerbeaufsicht	Jb
	- Konkurse und Vergleichsverfahren	Vjh
	- Wetterkunde	WuSt
zu 9.	Versicherungsstatistik	
	- Unfall-, Invaliden-, öffentlich-rechtliche, Privatversicherung	Jb

zu 10. Bildung, Kultur und Sport	
- Hochschulstatistik	Jb
zu 12. Medizinalstatistik	
- Krankheitsfälle nach Krankheitsarten	Jb, WuSt

3. Erläuterung der folgenden Übersicht

Die statistischen Sachkomplexe folgen der oben im Abschnitt 2 dargelegten Gliederung, sie sind also nach der Häufigkeit der erschienenen Bände geordnet.

Bei den unterstrichenen Überschriften jedes Sachkomplexes handelt es sich um die betreffenden Titel der veröffentlichten Reichsstatistiken. Diese Titel wurden, um sie für den Nutzer identifizierbar zu machen, unverändert aus der StDR übernommen²³; häufige Änderungen der Titel sind jedoch nicht ausgewiesen worden. In diesen Fällen wurden jeweils nur der erste und der letzte Titel genannt. Ohne Unterstreichung erscheinen dagegen zusammenfassende Überschriften für einzelne größere Sachkomplexe.

Die Übersicht ist nach 6 Kriterien zusammengestellt, die mit Kennziffern ausgewiesen sind. Diese Kennziffern bedeuten:

- (1) Darstellung der Erhebungsmethoden (letzter Nachweis)
- (2) Kleinste ausgewiesene territoriale Einheiten
- (3) Art der statistischen Unterlagen
- (4) Veröffentlichte Ergebnisse
- (5) Hinweise auf besondere Einzelartikel zum Thema
- (6) Bemerkungen.

Sofern eine dieser Kennziffern innerhalb eines Sachkomplexes nicht aufgeführt wird, so bedeutet dies, daß keine entsprechenden Angaben vorliegen oder daß sich diese Angaben erübrigen.²⁴

Es folgen Erläuterungen zu den einzelnen Kennziffern.

Zu (1): Grundsätzlich befindet sich im ersten Band jeder Statistik (s. Kennziffer 4) eine mehr oder weniger ausführliche Darstellung über zugrunde liegende Erhebungsmethoden, -einheiten, -merkmale usw. Wenn die Statistik jahrzehntelang bearbeitet wurde - und das trifft für die Mehrzahl der Reichsstatistiken zu -, hat es in Ihrer Anlage und Form oft Änderungen gegeben, die hier nicht im einzelnen nachgewiesen werden können. Es dürfte der letzte Nachweis, in welchem jedoch immer die Quellen für alle früheren Änderungen angeführt werden, ausreichen.

Zu (2): Die Statistiken bringen in sehr unterschiedlichem Ausmaß Zahlen für die einzelnen territorialen Ebenen; z. T. Länderergebnisse, z. T. sogar Ergebnisse für einzelne Gemeinden. Für Regionalhistoriker dürfte deshalb der Nachweis wichtig sein, bis zu welcher Stufe der territorialen Gliederung Angaben zu finden sind, d. h. ob auch kleinere und kleinste Verwaltungsbezirke ausgewiesen werden. Die Bezeichnungen für die preußischen Verwaltungsbezirke sind sinngemäß auf die übrigen Länder

²³ Begriffe wie "natürliche Bevölkerungsbewegung", "Rücklagenbestände" oder "Reichs- und Länderunternehmungen" werden als bekannt vorausgesetzt.

²⁴ So ist z. B. bei der Statistik 5.5.3. "Die natürliche Bevölkerungsbewegung in den europäischen Ländern" die Kennziffer (2), also die kleinste ausgewiesene territoriale Einheit des Deutschen Reichs, gegenstandslos.

des Deutschen Reichs anzuwenden; den preußischen Regierungsbezirken entsprechen also z. B. in Sachsen etwa die Kreishauptmannschaften, während mit den preußischen Kreisen die sächsischen Amtshauptmannschaften vergleichbar sind.

Zu (3): Nicht jede Reichsstatistik beruht auf eigenen, von ihr selbst erarbeiteten Erhebungs- oder Fragebogen. Oft dienten ihr als Urmaterial schriftliche Meldungen, Zählkarten, Steuerbescheide, Anmelde Scheine und ähnliche Formulare, die von Behörden im Rahmen ihrer Dienstobliegenheiten oder von Bürgern im Verkehr mit Behörden auszufüllen waren. Wenn z. B. für die Statistik der Streiks und Aussperrungen schriftliche Meldungen der Ortspolizeibehörden als Urmaterial ausgewertet wurden, so ist diese Tatsache bei der Wertung der statistischen Ergebnisse natürlich unbedingt zu beachten!

Zu (4): Die angeführten Jahreszahlen bezeichnen immer den Zeitraum, auf den sich die veröffentlichten Ergebnisse erstrecken, wobei jeder Band in der Regel ein Jahr betrifft; die Jahreszahlen sind also nicht die Erscheinungsjahre der einzelnen Bände der StDR. Unbestimmte Zeitangaben, z. B. "vor und nach dem ersten Weltkrieg" mußten in dieser Formulierung aus den Quellen übernommen werden: Eine Präzisierung ist nicht möglich! Die ersten 63 Bände aus den Jahren 1873 bis 1883 sind mit römischen Ziffern bezeichnet und sollten mit dem Zusatz "Erste Reihe" zitiert werden.²⁵ Vom Jahre 1884 an tragen die Bände wieder von 1 an beginnend, arabische Ziffern und haben bis einschließlich Bd. 149 noch den Zusatz "Neue Folge"; von 1903 ab wurde dieser Zusatz weggelassen. Der Einfachheit halber sind beide Zusätze hier weggelassen; dafür werden die römischen bzw. arabischen Ziffern genannt. Wenn Reichsergebnisse nicht in der StDR, sondern ausschließlich in anderen Reihen des StRA publiziert wurden, finden sich entsprechende Hinweise unter dieser Kennziffer. Es war jedoch nicht möglich, alle relevanten Statistiken dieser anderen Publikationsreihen in die vorliegende Übersicht einzubeziehen, weil sonst der Rahmen des Artikels gesprengt worden wäre. Alle Titel der Einzelschriften zur StDR sowie sämtliche Sachtitel aus den einzelnen Heften der Vierteljahreshefte sind bereits in der Findkartei des Aktenbestandes Statistisches Reichsamt im Zentralen Staatsarchiv Potsdam erfaßt und dort schnell in der Gesamtgliederung des Aktenbestandes zu ermitteln.

Zu (5): Aufgenommen ist nur eine Auswahl von zusammenfassenden oder weiterführenden Untersuchungen zu einem Thema, die dem Verfasser interessant erschienen. Diese Titel stammen nicht immer aus anderen Publikationsreihen, sondern können auch Bänden der StDR entnommen sein, wenn sie dort an den betreffenden Stellen nicht ohne weiteres zu vermuten sind. Alle nicht näher bezeichneten Bände beziehen sich auf die StDR.

Zu (6): Die Bemerkungen geben ergänzende Hinweise zum Titel der betreffenden Statistik, zu ihrer Anlage und Art sowie auf relevante Statistiken, die nicht vom StRA, sondern von anderen Reichsbehörden bearbeitet wurden.

²⁵ Infolge einer Anordnung des Reichskanzlers sollte vom 1. 1. 1884 an die StDR nicht mehr - wie vordem - in lateinischer, sondern in deutscher Schrift gedruckt werden. Dadurch wurde die Reihe unterbrochen und eine neue Zählung begonnen. - Die 63 Bände der "Ersten Reihe" waren von 1873 - 1876 in 4 Bänden als Vjh (II, VIII, XIV u. XX) und von 1877 - 1883 in 7 Bänden als MH erschienen (XXV, XXX, XXXVI, XLIII, XLVIII, LIII, LIX).

4. Abkürzungs- und Titelverzeichnis

Titel, die bereits in der Aufstellung im Abschnitt 2 ausführlich genannt sind, werden hier nicht noch einmal aufgeführt.

Beitr z AST	Beiträge zur Arbeiterstatistik, hg. v. Kaiserlichen Statistischen Amt, Nr. 1 - 12 (1904 - 1913)
D AußH D	Der Außenhandel Deutschlands. Monatliche Nachweise, hg. v. Statistischen Reichsamt, 1930 - 1939
EinzSchr	Einzelschrift(en) zur Statistik des Deutschen Reichs
ErgH	Ergänzungsheft
Jb	Jahrbuch, hier; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich
MIn.	Ministerium, Minister
MH	Monatsheft(e) zur Statistik des Deutschen Reichs, vgl. Anm. 25. Von 1884 bis 1891 erschienen die MH als eigene Zeitschrift des StRA
NfHIL	Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft, hg. v. Reichsamt des Innern, 1899 bis ?
preuß.	preußisch
RABI	Reichsarbeitsblatt, hg. 1903 - 1920 v. StRA, 1920 - 1944 v. Reichsarbeitsmin.
RAdI	Reichsamt des Innern
RWM	Reichswirtschaftsministerium, Reichswirtschaftsminister
SH	Sonderheft
StDR	Statistik des Deutschen Reichs
StRA	Statistisches Reichsamt
Verh K AST	Verhandlungen der Kommission für Arbeiterstatistik, hg. v. StRA, Nr. 1 - 24 (1903 - 1910)
veröff.	veröffentlicht
Vjh	Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs
WuSt	Wirtschaft und Statistik
ZStA	Zentrales Staatsarchiv

5. Thematische Übersicht über die "Statistik des Deutschen Reichs"

1. Verkehrsstatistik

1.1. Güterbewegung (Güterverkehr) auf deutschen Eisenbahnen

- (1)⁺ Vjh, I/1939, S. 49
- (2) Verkehrsbezirke
- (3) Meldungen der Güterabfertigungen
- (4) Zeitraum Bd.-Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane
- | | |
|-------------|--|
| 1883 - 1908 | hg. v. Preuß. Min. der Öffentlichen Arbeiten |
| 1909 - 1923 | als eigene Serie unter dem Titel "Statistik der Güterbewegung auf deutschen Eisenbahnen" hg. v. StRA |
| 1924 - 1930 | 325, 333, 344, 355, 369, 380, 395 |
| 1931 - 1939 | 424, 435, 445, 477, 486, 503, 522, 535, 544 |
| 1940 - 1943 | 581, 589, 596, 599 |
- (5) Die Kleinbahnen in Deutschland, in: Vjh, III/1896; Stand der Eisenbahntarife im Januar 1939, in: Vjh, IV/1931; Personenfahrpreise auf den Eisenbahnen wichtiger europäischer Länder, in: Vjh, III/1933
- (6) Die meisten Statistiken über Eisenbahnen (Länge nach Ländern, Betriebsmittel, Personal, Leistungen u. a.) wurden nicht hg. v. StRA, sondern 1868 bis 1917 vom Reichseisenbahnamt, 1917 bis 1923 vom Reichsverkehrsmin. und 1924 bis 1944 von der Deutschen Reichsbahn.

1.2. Schifffahrt

1.2.1. Binnenschifffahrt

1.2.1.1. Die Stromgebiete des Deutschen Reichs (= Die deutschen Wasserstraßen, Beschreibendes Verzeichnis der deutschen Binnenwasserstraßen)

- (1) Bd. 201, S. 224
- (4) Zeitraum Bd.-Nr. der StDR
- | | |
|-------------|-----|
| 1873 | XV |
| 1891 - 1905 | 39 |
| 1907 - 1908 | 179 |

1.2.1.2. Bestand der deutschen Binnenschiffe

- (1) Vjh, I/1931, S. 5
- (2) Kreise bzw. Ämter
- (3) Binnenschiffsregister und Eichlisten
- (4) Zeitraum Bd.-Nr. der StDR
- | | |
|-------------|---|
| 1872, 1877 | VII, XLI |
| 1882 - 1912 | 16, 36, 70, 100, 149, 192, 264 (alle 5 Jahre) |
| 1926, 1927 | 343, 356 |
| ab 1928 | s. u. in 1.2.1.3. |
- (5) Die deutsche Reederei in den Jahren 1873 - 1882, in: MH, I/1884

⁺ Zur Bedeutung der Kennziffern (1) bis (6) vgl. die entsprechenden Bemerkungen im Abschnitt: 3. Erläuterung der folgenden Übersicht.

1.2.1.3. Verkehr auf den Wasserstraßen (Binnenschifffahrt)

- (1) Vjh, I/1941, S. 22
- (2) Hafenplätze, Lösch- und Umschlagstellen bzw. Verkehrsbezirke
- (3) Binnenschiffahrtszählkarten bzw. Frachtbriefe
- (4)

Zeitraum	Bd. -Nr. der StDR
1872 - 1880	VII, XII, XIX, XXIV, XXIX, XXXVI, XLI, XLVII, LII
1881 - 1890	LVIII, LXIII, 12, 16, 22, 28, 36, 43, 50, 57
1891 - 1900	63, 70, 76, 82, 88, 94, 100, 125, 131, 138
1901 - 1910	145, 149, 161, 168, 175, 184, 192, 226, 235, 245, 255
1911 - 1920	265, 274, 281, 283, 285, 286, 288, 296, 300
1921 - 1928	306, 308, 313, 322, 326, 345, 356, 367
1929 - 1938	381, 397, 428, 439, 447, 481, 491, 509, 523, 538
1939 - 1942	547, 585, 591, 597
- (5) Der Wasserverkehr der Stadt Berlin, in: Bd. XX, S. III, 45

1.2.2. Seeschifffahrt

1.2.2.1. Bestand der deutschen Seeschiffe, Schiffsunfälle. - Seeverkehr, See-reisen deutscher Schiffe

- (1) Bd. 201, S. 250 f.
- (2) Häfen, Länder (Verkehrsgebiete)
- (3) Seeschiffsregister und Meldungen von Behörden
- (4)

Zeitraum	Bd. -Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane
1872 - 1880	V, VIII, XIII, XVIII, XXI, XXVI, XXXI, XXXVIII, XLIV, LI
1881 - 1890	LVI, LXII, 11, 17, 21, 27, 35, 42, 49, 56
1891 - 1900	62, 69, 75, 81, 87, 93, 99, 124, 130, 137
1901 - 1910	144, 154, 160, 167, 174, 180, 187, 225, 234, 244
1911 - 1914	254, 263, 273, 292
1915 - 1918	nicht veröff.
1919, 1920	295, 299
1921 - 1927	305, 309, 314, 323, 334, 341, 352
1928 - 1937	Vjh
- (5) Der Seeverkehr in den deutschen Hafenplätzen 1873 - 1882, in: MH, VII/1884
- (6) Über den Bau von Seeschiffen sind für den Zeitraum von 1898 - 1929 nur Angaben in den Vjh und ab 1930 im Jb vorhanden.

1.2.2.2. Güterverkehr und Schiffsverkehr über See

- (1) Vjh, I/1940, S. 5
- (2) Häfen, Länder, (Verkehrsbezirke)
- (3) Ladungsverzeichnisse
- (4)

Zeitraum	Bd. -Nr. der StDR
1925 - 1930	334, 341, 352, 371, 385, 396
1931 - 1938	425, 436, 446, 476, 488, 508, 524, 540
1939 - 1941	576, 588, 593
- (5) Seeschiffahrtsstatistik einiger fremder Staaten, in: Vjh, II/1902; Güterverkehr der Weltschifffahrt 1913, 1924 und 1925, in: Vjh, I/1928, ErgH

- 1.2.2.3. Anmusterungen von Seeleuten
- (1) Bd. XXX, H. 3, S. 1
 - (3) von den Seemannsämtern der deutschen Küstenstaaten angefertigte Übersichten
 - (4)

Zeitraum	Bd. -Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane
1874 - 1882	XXX, XLIII, XLVIII, LIII, LIX
1883 - 1901	MH u. Vjh
1903 - 1915	Jb
1920	Jb
 - (6) genauer Titel dieser Statistik: Anmusterungen von Vollmatrosen und Schiffsjungen und die Entweichungen von Seeleuten bei der Deutschen Handelsmarine
- 1.2.2.4. Die deutsche Flagge in außerdeutschen Häfen
- (1) Bd. 201, S. 270
 - (2) Häfen des Auslands
 - (3) amtliche Statistiken der betreffenden Staaten und Konsulatsberichte im "Deutschen Handelsarchiv"
 - (4)

Zeitraum	Bd. -Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane
1903 - 1906	ErgH zu Vjh, IV/1904, II/1905, II/1906, II/1907, II/1908
1907 - 1912	199, 224, 233, 243, 253, 262
2. Außenhandelsstatistik
- 2.1. Monatliche Veröffentlichungen: Ein- und Ausfuhr der wichtigsten Warenartikel im Deutschen Zollgebiet
- (1) Bd. 201, S. 137 - 213
 - (3) Anmeldescheine der Im- und Exporteure, Verkehrsnachweise und Übersichten der Zollstellen
 - (4)

Zeitraum	Bd. -Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane
1877 - 1880	XXV, XXX, XXXVII, XLIII
1881 - 1883	XLVIII, LIII, LIX
1884 - 1891	MH
1892 - 1939	Monatliche Nachweise über den Außenhandel Deutschlands (1892 - 1906 ... des deutschen Zollgebiets)
1939 - 1944	D Auß D, Sondernachweis (nicht veröff. !)
- 2.2. Jährliche Veröffentlichungen: Auswärtiger und überseeischer Warenverkehr des Deutschen Zollgebiets und der Zollausschlüsse
- (1) Vjh, I/1941, S. 22 f.
 - (3) s. o. 2.1.
 - (4)

Zeitraum	Bd. -Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane
1872 - 1877	III - V, IX - XI, XVI u. XVII, XXII u. XXIII, XXVII u. XXVIII, XXXII u. XXXIII
1878 - 1880	XXXIX u. XL, XLV u. XLVI, XLIX u. L
1881 - 1883	LIV u. LV, LX u. LXI, 9 u. 10
1884 - 1886	14 u. 15, 19 u. 20, 25 u. 26
1887 - 1889	33 u. 34, 40 u. 41, 47 u. 48
1880 - 1889	51

1890 - 1892	54 u. 55, 60 u. 61, 66 u. 67
1893 - 1895	73 u. 74, 79 u. 80, 85 u. 86
1896 - 1898	91 u. 92, 97 u. 98, 122 u. 123
1899 - 1901	128 u. 129, 135 u. 136, 142 u. 143
1902 - 1905	152 u. 153, 158 u. 159, 165 u. 166, 172 u. 173
1906 - 1909	181 - 183, 189 - 191, 196 - 198, 231 - 232
1910 - 1913	241 u. 242, 251 u. 252, 260 u. 261, 270 u. 271
1914 - 1920	nicht veröff.
1921 - 1923	310
1923/1924	317 - 319
1925 - 1930	329, 330 A, 339, 351, 366, 383
ab 1931	D AußH D

- (5) Die Entwicklung des auswärtigen Handels des Deutschen Zollgebiets, in: Statistisches Handbuch für das Deutsche Reich, Bd. II, Berlin 1907; Auswärtiger Handel des Deutschen Zollgebiets 1889 - 1900, Berlin 1901
- (6) Die Außenhandelsstatistik war die einzige Reichsstatistik, für deren Erstellung von den Anmeldepflichtigen Gebühren - in der Regel durch Aufkleben einer statistischen Marke, ähnlich der Frachtstempelmarke - entrichtet werden mußten. Die statistische Abgabe war eine Verbrauchsabgabe im Sinne der Reichsabgabenordnung. Sie war dazu bestimmt, die Kosten der Außenhandelsstatistik zu decken, und brachte in normalen Zeiten ca. 5 Mill. Reichsmark jährlich ein. (Vgl. ZStA Potsdam, 31.02 Statistisches Reichsamt, Nr. 3587, Bl. 6 f.)

3. Finanz- und Steuerstatistik

3.1. Finanzen des Reichs, der Länder und Gemeinden

3.1.1. Ausgaben und Einnahmen der Öffentlichen Verwaltung

(1)	Vjh, I/1941, S. 23
(3)	von den Gebietskörperschaften ausgefüllte Erhebungsbogen
(4)	<u>Zeitraum</u> <u>Bd. -Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane</u>
	1913/14 -
	1928/29 EinzSchr Nr. 10 u. Nr. 20
	1929/30 u.
	1930/31 437
	1931/32 440
	1932/33 475
	1933/34 483, A/B
	1934/35 496, A/B
	1935/36 514, A
	1936/37 528, I A
	1937/38 548, I A

3.1.2. Kommunale Finanzwirtschaft (Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden)

(1)	s. o. 3.1.1.
(2)	nach Größenklassen zusammengefaßte Gemeinden
(3)	s. o. 3.1.1.
(4)	<u>Zeitraum</u> <u>Bd. -Nr. der StDR</u>
	1913/14, 1925/26 } 387
	bis 1928/29

3.1.3. Die Rücklagenbestände der Gemeinden und Gemeindeverbände

- (1) s. o. 3.1.1.
- (2) s. o. 3.1.2.
- (3) s. o. 3.1.1.
- (4)

Zeitraum	Bd. -Nr. der StDR
1937, 1938, 1939	514 F, 528 A, 548 F

3.1.4. Personalstand und Personalausgaben der öffentlichen Verwaltung

- (1) Vjh, I/1939, S. 55
- (2) Länder
- (3) s. o. 3.1.1.
- (4)

Zeitraum	Bd. -Nr. der StDR
1933, 1934	475 B, 483 A/B
1935, 1936	496 A/B, 514 B
1937, 1938	528 I B, 548 I B

3.1.5. Die Schulden der öffentlichen Verwaltung und der öffentlichen Wirtschaft

- (1) Vjh, I/1941, S. 25
- (2) Länder
- (3) s. o. 3.1.1.
- (4)

Zeitraum	Bd. -Nr. der StDR
1933	475 D
1935 - 1938	483 D, 496 D, 514 D, 528 III D, 548 III D

3.1.6. Zahl, Kapital und Schulden der öffentlichen Unternehmungen und Zweckverbände

- (1) Vjh, I/1940, S. 18
- (2) Länder
- (3) s. o. 3.1.1.
- (4)

Zeitraum	Bd. -Nr. der StDR
1936, 1937, 1938	514 E, 528 III E, 548 III E

3.2. Steuerstatistiken

3.2.1. Die rechnungsmäßigen Steuereinnahmen der öffentlichen Verwaltung und die steuerrechtlichen Veränderungen

- (2) Länder
- (3) s. o. 3.1.1.
- (4)

Zeitraum	Bd. -Nr. der StDR
1924/25 - 1937/38	528 C

3.2.2. Steuerrecht und Steuerverteilung im Altreich und in den neu eingegliederten Gebieten

- (3) s. o. 3.1.1.
- (4)

Zeitraum	Bd. -Nr. der StDR
1938/39 u. 1939/40	548 II C

- 3.2.3. Die kassenmäßigen Steuereinnahmen der öffentlichen Verwaltung
- (1) Vjh, I/1941, S. 23
 - (2) Länder
 - (3) s. o. 3.1.1.
 - (4) Zeitraum Bd. -Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane
- | | |
|-------------|---------------------------------|
| 1926 - 1931 | EinzSchr Nr. 19 u. Vjh, 1930 f. |
| 1933/34 | 475 |
| 1934/35 | 483 |
| 1935/36 | 496 |
| 1936/37 | 514 |
| 1937/38 | 528 II |
| 1938/39 | 548 II C |
- 3.2.4. Steuerarten (alphabetisch nach Gruppen)
- 3.2.4.1. Einkommens- und Körperschaftssteuer
- (1) Vjh, I/1936, S. 19
 - (2) Regierungsbezirke
 - (3) einheitlich für die gesamte Gruppe 3.2.4.; Nachweisungen der Finanzämter bzw. Zollämter; Durchschriften der Steuerbescheide
 - (4) Zeitraum Bd. -Nr. der StDR
- | | |
|----------------------|--------------------|
| vor 1914 u. 1920 | 312 |
| 1925 - 1929 | 348, 375, 391, 430 |
| 1932/33, 1934 - 1938 | 482, 499, 534, 580 |
- 3.2.4.2. Erbschaftssteuer (Veranlagungen)
- (1) Vjh, I/1930, S. 32
 - (4) Zeitraum Bd. -Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane
- | | |
|---------------------|-----|
| 1908 - 1915 u. 1924 | Vjh |
| 1927/28 | 376 |
| 1929/30 | 388 |
- 3.2.4.3. Gewerbesteuer
- (1) Vjh, I/1938, S. 30
 - (2) Länder
 - (4) Zeitraum Bd. -Nr. der StDR
- | | |
|--------------|-----|
| 1937 u. 1938 | 537 |
|--------------|-----|
- 3.2.4.4. Lohnsteuer (Steuerabzug vom Arbeitslohn)
- (1) Vjh, I/1941, S. 25
 - (2) Regierungsbezirke, Groß- und Mittelstädte
 - (4) Zeitraum Bd. -Nr. der StDR
- | | |
|--------------|----------|
| 1926, 1928 | 359, 378 |
| 1932 u. 1934 | 492 |
| 1936 | 530 |

3.2.4.5.

Umsatzsteuer

- | (1) Vjh, I/1938, S. 29 | |
|-----------------------------|---|
| (2) Landesfinanzamtsbezirke | |
| (4) Zeitraum | Bd.-Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane |
| 1918 - 1921 | Vjh |
| 1925 | 353 |
| 1926 - 1928 | 361 |
| 1929/30 | 399 |
| 1935 | 511 |
- (5) Umsatzsteueraufkommen und versteuerter Umsatz 1932 - 1939, in: WuSt, 12/1939; Der Umsatz des Handels 1928, in: Vjh, I/1931; Umsatzentwicklung in den Oberfinanzbezirken, in: EinzSchr Nr. 43

3.2.4.6.

Verbrauchssteuern (Aufgliederung unter Kennziffer 6)

- | (1) Vjh, I/1941, S. 12 f. | |
|-----------------------------|---|
| (2) Landesfinanzamtsbezirke | |
| (4) Zeitraum | Bd.-Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane |
| 1872 - 1883 | II, VIII, XIV, XX, XXV, XXX, XXXVII, XLIII, XLVIII, LIII, LIX |
| 1884 - 1925 | MH bzw. Vjh |
| 1926 - 1938 | 350, 364, 394, 426, 442, 472, 498 |
- (6) Blersteuer: veröff. 1872 - 1938
Brantweinsteuer: " 1872 - 1936
Essigsäuresteuer: " 1909 - 1937
Fettsteuer: neu eingeführt ab 1. 5. 1933, nicht mehr erhoben ab 1. 7. bzw. 15. 9. 1940; die Ergebnisse sind aber nur für die Jahre 1933 - 1937 veröff.
Leuchtmittelsteuer: veröff. 1909 - 1937
Mineralwassersteuer: " 1918 - 1931
Mineralölsteuer: neu eingeführt ab 1. 5. 1930, veröff. 1930 - 1937
Salzsteuer: veröff. 1872 - 1937
Schaumweinsteuer: veröff. 1902 - 1933; außer Kraft ab 1. 12. 1933
Schlachtsteuer: neu eingeführt ab 1. 5. 1934, veröff. 1934 - 1937
Spielkartensteuer: veröff. 1879 - 1937
Tabaksteuer: s. u. im Abschnitt 6.9. dieser Arbeit
Zuckersteuer: veröff. 1871 - 1938
Zündwarensteuer: veröff. 1909 - 1937

3.2.4.7.

Verkehrssteuern (Stempelabgaben)

- | (4) Zeitraum | Bd.-Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane |
|--------------|---|
| 1871 - 1883 | II, VIII, XIV, XX, XXV, XXX, XXXVII, XLIII, LIII, LIX |
| 1884 - 1921 | Jb |

3.2.4.8.

Vermögenssteuer (einschließlich Veranlagung, Einheitswerte)

- | (1) Vjh, I/1941, S. 25 | |
|----------------------------------|-------------------------|
| (4) Zeitraum | Bd.-Nr. der StDR |
| vor u. nach dem ersten Weltkrieg | 337 |
| 1925 - 1930 | 357, 365, 379, 390, 392 |
| 1935 | 519, 526 |

- 3.3. Zollstatistik (Einnahmen von Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern; Zollbegünstigungen; Zoll- und Steuerstraffälle)
- (3) Nachweisungen der Zollämter
- (4) Zeitraum Bd. -Nr. der StDR
- | | |
|-------------|-------------------------------|
| 1872 - 1876 | II, VI, VIII, XIV, XX, XXV |
| 1877 - 1883 | XXX, XXXVII, XLIII, LIII, LIX |
- 3.4. Sparkassenstatistik (Die deutschen Sparkassen)
- (1) Bd. 516, S. 5 f.
- (2) Länder und ausgewählte Regierungsbezirke
- (3) Nachweisungen zur Jahresstatistik; Zwischenausweise
- (4) Zeitraum Bd. -Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane
- | | |
|-------------|-----|
| 1900 - 1923 | Jb |
| 1923 - 1933 | Vjh |
| 1934 - 1937 | 516 |
| 1937/38 | 533 |
| 1939 | 546 |
4. Sozialstatistik
- 4.1. Berufszählungen
- (1) Vjh, I/1939, S. 15
- (2) unterschiedlich, meist Kreise, z. T. auch Gemeinden
- (3) Fragebogen
- (4) Zeitpunkt Bd. -Nr. der StDR
- | | |
|-------------|--------------------------|
| 5. 6. 1882 | 2 - 4 |
| 14. 6. 1895 | 102 - 111 |
| 12. 6. 1907 | 202 - 211, 222 ErgH |
| 16. 6. 1925 | 402 - 408 |
| 16. 6. 1933 | 453 - 458, 467, 469, 470 |
| 17. 5. 1939 | 555 - 557 |
- (5) Der Anteil der Frau an der industriellen Arbeitsgefolgschaft, in: WuSt, 10/1939; Die Erwerbstätigkeit der Reichsbevölkerung, in: WuSt, 3/1941; Die voraussichtliche Zahl der Erwerbspersonen im Deutschen Reich 1942 - 1952, in: WuSt, 8/1941; Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in deutschen Wirtschaftsgebieten, in: Vjh, II/1934; Die Beschäftigung von Arbeitern und Angestellten im Winter 1940/41, in: WuSt, 5/1941
- 4.2. Streiks und Aussperrungen
- (1) Bd. 201, S. 535 - 546
- (2) anfangs Regierungsbezirke, später nur noch Länder
- (3) schriftliche Meldungen der Ortspolizeibehörden
- (4) Zeitraum Bd. -Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane
- | | |
|-------------|------------------------------------|
| 1899 - 1903 | 134, 141, 148, 157, 164 |
| 1904 - 1908 | 171, 178, 188, 195, 230 |
| 1909 - 1916 | 239, 249, 259, 269, 278 - 280, 282 |
| 1917 - 1919 | 290 |
| 1920 - 1931 | RABI, 1922 ff. |
| 1932 | Jb 1933 |

- (5) Die Organisation der Streikstatistik in England, Frankreich, Italien, Österreich und den USA, in: Vjh, IV/1898

4.3. Öffentliche Armenpflege

- (2) Kreise
 (4) Zeitraum Bd. -Nr. der StDR
 1885 29
 (5) Einrichtungen und Leistungen der freien Wohlfahrtspflege, in: WuSt, 3/1927 u. 12/1929

4.4. Reichsfürsorgestatistik

- (1) Vjh, I/1937, S. 37
 (2) sog. Bezirksfürsorgeverbände
 (3) Fragebogen für die Fürsorgeverbände
 (4) Zeitraum Bd. -Nr. der StDR
 1927 - 1932 421
 (5) Zahl der versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen im Deutschen Reich nach der Erhebung vom 05. 10. 1924, in: Vjh, IV/1925; Die unter dem Schutz des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 12. 1. 1923 stehenden Personen nach dem Stande vom 31. 12. 1927, in: RABI, 15/1928; Die Auswirkungen der Krise auf die öffentliche Fürsorge. Ergebnisse der Reichsfürsorgestatistik für die Jahre 1927/28 bis 1933/34, in: Vjh, III/1934

4.5. Richtsätze der öffentlichen Fürsorge

- (1) Vjh, I/1938, S. 35
 (4) Zeitraum Bd. -Nr. der StDR
 1932 - 1936 512
 1941 582
 1942 595

4.6. Wohnungszählungen

- (1) Vjh, I/1932, S. 24
 (2) 1918 = Gemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern,
 1927 = Gemeinden mit 2 000 - 5 000 Einwohnern
 (3) Grundstückslisten, Wohnungskarten
 (4) Zeitpunkt Bd. -Nr. der StDR
 Mai 1918 287
 Mai 1927 362

4.7. Lohn- und Gehaltserhebungen

- (1) Vjh, I/1921, S. 11
 (2) Kreise und ausgewählte Orte
 (3) Fragebogen für die Betriebe ausgewählter Zweige der Industrie, des Handels und des Verkehrs
 (4) Zeitpunkt Bd. -Nr. der StDR
 Februar 1920 293
 (5) Arbeit und Lohn Einkommen in der deutschen Industrie 1933 bis 1937, in: Vjh, III/1937; Arbeit und Lohn Einkommen in der deutschen Industrie 1938, in: WuSt, 10/1939

- (6) Lohnsummenerhebungen in einzelnen, meist leichtindustriellen Zweigen sowie Individuallohnhebungen in verschiedenen Industriezweigen sind für die Jahre 1927 bis 1938 vor allem veröff. im RABl, in den Vjh und WuSt.

4. 8.

Gebrechlichenzählung

- (1) Vjh, I/1927, S. 60
 (2) Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern
 (3) von den Fürsorgeeinrichtungen ausgefüllte Zählkarten
 (4) Zeitraum Bd. -Nr., der StDR
 1925/26 419

5.

Bevölkerungsstatistik

5.1.

Volkszählungen

- (1) Vjh, I/1939, S. 15
 (2) unterschiedlich, in jedem Fall Regierungsbezirke, z. T. Kreise, z. T. auch Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern
 (3) Fragebogen bzw. Listen der Haushalte
 (4) Zeitpunkt Bd. -Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane
 1. 12. 1871 II, XIV
 1. 12. 1875 XXV, XXX
 1. 12. 1880 LVII
 1. 12. 1885 32
 1. 12. 1890 68
 1. 12. 1895 Vjh, I - IV/1897; Vjh, I u. II/1898
 1. 12. 1900 150 u. 151
 1. 12. 1905 Vjh, IV/1906; Vjh, I - IV/1907 u. I/1908
 1. 12. 1910 240
 8. 10. 1919 Vjh, II u. IV/1920
 16. 6. 1925 401
 16. 6. 1933 450 - 452, 467, 469/1, 470/1
 17. 5. 1939 552 - 554
 (5) Die Bevölkerung nach der Muttersprache (1925), in: Bd. 401, S. 411 - 434, S. 633 - 640
 (6) Zu den Volkszählungen, vor allem für die drei letzten, wurden neben dem Tabellenwerk ausführliche textliche Darstellungen der Ergebnisse veröff., am umfassendsten für die Volkszählung von 1925 (Siedlungsweise, Wanderungsbilanz, Religionsgliederung, Frauenüberschuß u. a. m.).

- 5.2. Die Deutschen im Ausland und die Ausländer im Deutschen Reich
- (3) s. o. 5.1.
- (4) Zeitpunkt Bd.-Nr. der StDR bzw. andere
Publikationsorgane
- | | |
|-------------|---------------------------------|
| 1. 12. 1880 | MH, VIII/1884 |
| 1. 12. 1890 | Vjh, III/1894 |
| 1. 12. 1900 | Vjh, I/1905 ErgH |
| 1. 12. 1910 | Vjh, IV/1916 |
| 16. 6. 1925 | 401, S. 383 - 410, S. 623 - 632 |
| 16. 6. 1933 | 451, H. 4 |
| 17. 5. 1939 | 552, H. 5 |
- 5.3. Amtliches Gemeindeverzeichnis für das Deutsche Reich (Gemeindestatistik, Ergebnisse der Volks-, Berufs- und landwirtschaftlichen Betriebszählung)
- (2) sämtliche Gemeinden
- (3) Unterlagen der Volkszählungen
- (4) Zeitpunkt Bd.-Nr. der StDR
- | | |
|-------------|----------|
| 16. 6. 1933 | 450 |
| 17. 5. 1939 | 550, 559 |
- 5.4. Die vom Stammland getrennt liegenden Gebietsteile (Exklaven und dergleichen) im Deutschen Reich
- (3) Unterlagen der Volkszählungen
- (4) Zeitpunkt Bd.-Nr. der StDR
- | | |
|------|-------------------|
| 1929 | 401, S. 493 - 498 |
|------|-------------------|
- 5.5. Bewegung der Bevölkerung
- 5.5.1. Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle
- (1) Vjh, I/1939, S. 34
- (2) Kreise, z. T. auch Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern
- (3) standesamtliche Zählkarten
- (4) Zeitraum Bd.-Nr. der StDR bzw. andere
Publikationsorgane
- | | |
|--------------------------|-----------------------------------|
| 1871 - 1875 | VIII, XIV, XX, XXV, XXX |
| 1876 - 1882 | XXXVII, XLIII, XLVIII, LIX |
| 1883 - 1891 | MH u. Vjh |
| 1892 | 44 |
| 1893 - 1906 | MH u. Vjh |
| 1907 - 1913 | 223, 227, 236, 246, 256, 266, 275 |
| 1914 - 1919 | 276 |
| 1920/21 u. 1922/23; 1924 | 307, 316, 336 |
| 1925 - 1927 | 360 |
| 1928 - 1929 | 393 |
| 1930, 1931 | 423, 441 |
| 1932 - 1934 | 495 |
| 1935 - 1937 | 517 |
| 1938 u. 1939 | 587 |

- 5.5.2. Allgemeine Deutsche Sterbetafel
- (1) Bd. 201, S. 29
- (3) Ergebnisse der Sterbefallstatistik und der Volkszählungen
- (4) Zeitraum Bd.-Nr. der StDR
- | | |
|--------------|----------|
| 1881 - 1900 | 200 |
| 1901 - 1910 | 240, 246 |
| 1910 u. 1911 | 275 |
| 1924 - 1926 | 360, 401 |
| 1932 - 1934 | 495 |
- 5.5.3. Die natürliche Bevölkerungsbewegung in den europäischen Ländern
- (4) Zeitraum Bd.-Nr. der StDR
- | | |
|-------------|-----|
| 1920 - 1925 | 336 |
| 1926 - 1928 | 360 |
| 1929 - 1931 | 423 |
| 1932 - 1936 | 495 |
- 5.5.4. Überseeische Auswanderung
- (1) Vjh, I/1939, S. 34
- (3) Aus- und Einreiselisten der Schiffahrtsgesellschaften; polizeiliche An- und Abmeldungen
- (4) Zeitraum Bd.-Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane
- | | |
|-------------|----------------------------------|
| 1871 - 1877 | II, VIII, XIV, XX, XXV, XXX |
| 1878 - 1882 | XXXVII, XLIII, XLVIII, LIII, LIX |
| 1883 - 1907 | MH u. Vjh |
| 1908 - 1912 | 223, 227, 236, 246, 256 |
| 1913 - 1924 | 266, 275, 276, 307, 316 |
| 1925 - 1932 | 336, 360, 393, 423, 441 |
| 1933/34 | 495 |
| 1935 - 1939 | WuSt |
- (5) Die Aus- und Einwanderung europäischer Länder im Jahrfünft 1935 bis 1939, in: WuSt, 18/1941
- (6) Die Binnenwanderungsstatistik wurde 1930 eingeführt und seit 1931 im Jb veröff. ; jedoch wurden bis 1936 nur Ausländer erfaßt, und bis 1938 erstreckte sich diese Statistik nur auf Preußen.
- 5.6. Erwerb und Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit
- (4) Zeitraum Bd.-Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane
- | | |
|-------------|----------------------------------|
| 1872 - 1877 | II, VIII, XIV, XX, XXV, XXX |
| 1878 - 1882 | XXXVII, XLIII, XLVIII, LIII, LIX |
| 1883 - 1886 | MH |

6. Land- und Forstwirtschaftsstatistik

6.1. Zählungen der landwirtschaftlichen Betriebe

- (1) Vjh, I/1939, S. 15
- (2) bis 1925 Regierungsbezirke, ab 1933 Kreise, 1939 auch Gemeinden
- (3) Gewerbebogen der Betriebszählungen
- (4)

Zeitpunkt	Bd. -Nr. der StDR
5. 6. 1882	5
14. 6. 1895	112
12. 6. 1907	212
16. 6. 1925	409 - 412
16. 6. 1933	459, 461, 469, 470
17. 5. 1939	559, 560 (5 weitere geplante Bände sind nicht erschienen!)
- (5) Die Besteuerung der Landwirtschaft = EinzSchr. Nr. 12

6.2. Statistik des Land- und forstwirtschaftlichen Grundeigentums

- (1) Vjh, I/1940, S. 4
- (2) Kreise
- (3) aufgrund der Einheitswertbogen ausgefüllte Zählkarten und Hilfslisten
- (4)

Zeitraum	Bd. -Nr. der StDR
1937	549

6.3. Bodenbenutzung, Anbau und Ernte

- (1) Vjh, I/1941, S. 18
- (2) Kreise, in der letzten Erhebung 1939 nur Regierungsbezirke
- (3) Betriebs- und Gemeindeerhebungsbogen
- (4)

Zeitraum	Bd. -Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane
1878	XLIII
1883	MH, 1885
1893, 1900, 1913	Vjh
1927	374
1934 - 1938	479, 485, 489, 500, 460, 515, 536
1939	579
- (5) Der Umfang der vom Braunkohlen-Tagebau der Land- und Forstwirtschaft entzogenen und wieder zugeführten Flächen 1937, in:
Bd. 515

6.4. Viehwirtschaft (Viehzählungen, Molkereistatistik, Schlachtungsergebnisse)

- (1) Vjh, I/1938, S. 14
- (2) Kreise
- (3) Fragebogen
- (4)

Zeitraum	Bd. -Nr. der StDR bzw. andere Publikationsergebnisse
1873	VIII
1883 - 1933	MH u. Vjh
1934 - 1941	480, 490, 513, 543, 590
- (6) In den Vjh sind außerdem die Ergebnisse von 14 kriegswirtschaftlichen Viehzählungen veröff., die in der Zeit vom 1. 10. 1915 bis 1. 9. 1920 im Deutschen Reich stattfanden.

6.5. Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischschau und Verbreitung von

Tierseuchen

- (1) Vjh, I/1928, S. 7, u. Vjh, I/1939, S. 44
- (2) Regierungsbezirke und Untersuchungsstellen
- (3) Tagebücher der beamteten Tierärzte und sog. Beschaubücher
- (4)

<u>Zeitraum</u>	<u>Bd. -Nr. der StDR</u>
1922 - 1930	327, 340, 358, 368, 377, 422
1931 - 1936	432, 444, 474, 494, 510, 527
1937 - 1940	542, 586

6.6. Forstwirtschaft

- (1) Vjh, I/1938, S. 7
- (2) Regierungsbezirke, Forst- und Holzwirtschaftsämter
- (3) Betriebsverzeichnisse, Gemeinde- und Betriebsfragebogen
- (4)

<u>Zeitraum</u>	<u>Bd. -Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane</u>
1878	XLIII
1883, 1893	MH u. Vjh
1900, 1913	MH u. Vjh
1927	386
1935 - 1937	592

6.7. Gartenbauerhebung

- (1) Vjh, I/1941, S. 19
- (2) 1933/34 = Provinzen, 1935 nur für das Saarland!
- (3) Fragebogen für Gartenbauerzeugnisse verkaufende Betriebe
- (4)

<u>Zeitraum</u>	<u>Bd. -Nr. der StDR</u>
1933/34	468, 470
1935	469

6.8. Obstbaumzählungen und Obsternte

- (1) Vjh, I/1936, S. 8, u. Vjh, I/1939, S. 41
- (2) Kreise
- (3) Gemeinderhebungsbogen
- (4)

<u>Zeitraum</u>	<u>Bd. -Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane</u>
1876	XXV
1900, 1913	MH u. Vjh
1932	Vjh
1933	Vjh, III/1934
1934 - 1938	479, 489, 500, 515, 541

6.9. Tabakanbau und -ernte, Tabaksteuer

- (1) Vjh, I/1941, S. 27
- (2) Landesfinanzamtsbezirke
- (3) Nachweisungen der Hauptzollämter
- (4)

Zeitraum	Bd. -Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane
1880 - 1882	XLIII, LIII, LIX
1883 - 1925	MH u. Vjh
1926 - 1933	350, 364, 394, 426, 442
1934 - 1937	472, 498
- (5) Der Tabak im Deutschen Zollgebiet. Produktion und Besteuerung, Einfuhr und Ausfuhr für die Zeit vom 1. Juli 1871 bis 30. Juni 1872, hg. v. Kaiserlichen Statistischen Amt in Berlin

7. Kriminalstatistik (rechtskräftig abgeurteilte Personen)

- (1) Vjh, I/1941, S. 28
- (2) Oberlandesgerichtsbezirke, z. T. auch Länder
- (3) von den Gerichten ausgefüllte Zählkarten und Unterlagen von obersten Reichsbehörden
- (4)

Zeitraum	Bd. -Nr. der StDR
1882 - 1890	8, 13, 18, 23, 30, 37, 45, 52, 58
1891 - 1900	64, 71, 77, 83, 89, 95, 120, 126, 132, 139
1901 - 1910	146, 155, 162, 169, 176, 185, 193, 228, 237, 247
1911 - 1920	257, 267, 272, 284, 297, 302, 304, 342, 301, 346
1921 - 1930	311, 354, 320, 328, 335, 347, 370, 384, 398, 429
1931 - 1936	433, 448, 478, 507, 577
- (5) Die Entwicklung der Kriminalität im Deutschen Reich, 1882 - 1927, in: Bd. 370, S. 31 - 62; Die Entwicklung der Strafen im Deutschen Reich, in: Bd. 384, S. 64 - 105; Vergleichende Darstellung des Systems der Kriminalstatistik von 33 Ländern, in: Bd. 370, Anhang; Die Entwicklung der Kriminalität im In- und Ausland nach dem Kriege (Erster Weltkrieg), in: Bd. 478, Anhang; Statistik des Gefängniswesens im Deutschen Reich, bearb. v. StRA, in: Reichstag, IV. Wahlperiode 1928, Drucksache Nr. 814
- (6) Eine reichseinheitliche Kriminalstatistik wurde erst möglich mit dem Inkrafttreten der Strafprozeßordnung vom 1. 10. 1879, die für das Deutsche Reich ein einheitliches Strafverfahren einfuhrte. - Die gesamte Justizstatistik (Geschäftsübersichten der Gerichte und Staatsanwaltschaften) wurde nicht vom StRA, sondern vom Reichsjustizamt bzw. vom Reichsjustizmin. bearbeitet.

8. Allgemeine Wirtschaftsstatistik
- 8.1. Gewerbliche Betriebsstatistik
- 8.1.1. Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählungen
- (1) Vjh, I/1939, S. 15
- (2) Regierungsbezirke und Großstädte, ab 1925 auch Kreise, nur 1939 auch Gemeinden!
- (3) Gewerbebogen der einzelnen Volks-, Berufs- u. Betriebszählungen
- (4) Zeitpunkt Bd. -Nr. der StDR
- | | |
|------|---------------------|
| 1875 | XXXIV u. XXXV |
| 1882 | 6 u. 7 |
| 1895 | 113 - 119 |
| 1907 | 213 - 222 |
| 1925 | 413 - 418 |
| 1933 | 462 - 467, 469, 470 |
| 1939 | 559 |
- (5) Verzeichnis der in der gewerblichen Betriebszählung vom 12. Juni 1907 vorgekommenen Gewerbebezeichnungen, Berlin 1912 = StDR, Bd. 222, ErgBd.
- 8.1.2. Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung
- (1) Bd. 566, Einleitung
- (2) Kreise, vereinzelt auch kreisangehörige Städte und Gemeinden
- (3) Gewerbebogen der Volks-, Berufs- und Betriebszählung von 1939
- (4) Zeitpunkt Bd. -Nr. der StDR
- | | |
|------|---------------|
| 1939 | 566, 568, 569 |
|------|---------------|
- (6) Unter der Bezeichnung "Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten" sind alle möglichen Bereiche erfaßt, d. h. also Industrie, Handel, Verwaltung, Bildung und Erziehung, Kultur und Kunst, Gesundheitswesen usw.
- 8.2. Gewerbliche Produktion
- 8.2.1. Die Erzeugnisse der Bergwerke, Salinen und Hütten im Deutschen Reich und in Luxemburg
- (1) Vjh, I/1927, S. 36, u. Vjh, I/1931, S. 6
- (3) Fragebogen für die einzelnen Betriebe
- (4) Zeitraum Bd. -Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane
- | | |
|-------------|--|
| 1871 - 1876 | II, VIII, XIV, XX, XXV, XXX |
| 1877 - 1882 | XXXVII, XLIII, XLVIII, LIII, LIX |
| 1883 - 1890 | MH, 1884 - 1891, jeweils H. 10 |
| 1891 - 1911 | Vjh, 1892 - 1912, jeweils H. 4 |
| ab 1912 | unter mehreren Einzeltiteln in veränderter Form in den Vjh veröff. |
- 8.2.2. Vorräte an Getreide, Mehl, Malz und Hülsenfrüchten in Mühlen und Lagerhäusern
- (1) Bd. 489, Einleitung
- (3) Fragebogen für die einzelnen Betriebe
- (4) Zeitraum Bd. -Nr. der StDR
- | | |
|-------------|---|
| 1934 - 1938 | 489, 500, 515, 536 (in diesen Bänden enthalten) |
|-------------|---|

8.2.3. Dampfkesselexplosionen

(1) Bd. 201, S. 381

(3) Anzeigen der Dampfkesselüberwachungsvereine

(4) Zeitraum Bd. -Nr. der StDR bzw. andere
Publikationsorgane

1877 - 1880

XXX, XXXVI, XLIII, XLVIII

1881 - 1882

LIII, LIX

1883 - 1934

MH bzw. Vjh

8.2.4. Sonstige Industrie-Erhebungen wurden bis 30. 6. 1912 beim RADl und erst ab 1. 7. 1912 beim StRA bearbeitet.

Veröffentlichungen bis Mai 1913 in NfHIL;

Veröffentlichungen 1913 - 1934: Auszugswise Gesamtergebnisse, soweit sie bis 1913 in den NfHIL veröff. wurden, in: Vjh, III/1913, ErgH;

Industrielle Produktionsstatistik. Sammlung produktionsstatistischer Ergebnisse bis zum Jahre 1926, mit Ergänzungen bis zum Jahre 1927,

in: WuSt, 1928, SH 4; Industrielle Produktionsstatistik. Sammlung produktionsstatistischer Ergebnisse 1927, mit Ergänzungen bis zum Jahre 1928

in: WuSt, 1929, SH 6; dasselbe ... bis zum Jahre 1930, in: WuSt, 1931, SH 8; dasselbe ... bis zum Jahre 1932, in: WuSt, 1933, SH 10; Industrielle Produktion. Sammlung von Ergebnissen der Produktions- und Vorrats-

statistik 1934, in: WuSt, 1934, SH 13

(5) Der deutsche Steinkohlenbergbau 1881 - 1890, in: Vjh, I/1892; Roheisenerzeugung im Deutschen Reich und in Luxemburg 1872 bis 1891, in: Vjh, II/1892; Erzeugung von Zink, Blei, Kupfer, Silber und Gold 1872 - 1891, in: Vjh, I/1893; Zur Statistik des staatlichen Montanbetriebes im Deutschen Reich, in: Vjh, III/1896; Förderung und Absatz von Steinkohlen in Deutschland, in: Vjh, I/1901; Braunkohle in- und außerhalb Deutschlands, in: Vjh, II/1901; Petroleumproduktion, -handel und -verbrauch 1891 - 1900, in: Vjh, I/1901

8.3. Handwerk

8.3.1. Die Handwerksbetriebe und ihr Personal nach Betriebs- und Gemeindegrößenklassen

(1) Bd. 569, S. 4 - 27

(3) Unterlagen aus der Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1939

(4) Zeitraum Bd. -Nr. der StDR
1939 569

8.3.2. Die Handwerksbetriebe in den Reichsteilen und größeren Verwaltungsbezirken

(1) Bd. 569, S. 4 - 27

(2) Regierungsbezirke

(4) Zeitraum Bd. -Nr. der StDR
1939 570

- 8.4. Die Einzelhandelsbetriebe im Deutschen Reich und in den Reichsteilen
- | | | |
|-----|-------------------|--------------------------|
| (1) | Bd. 571, S. 4 - 9 | |
| (2) | Provinzen | |
| (3) | s. o. 8. 3. 1. | |
| (4) | <u>Zeitraum</u> | <u>Bd. -Nr. der StDR</u> |
| | 1939 | 571 |
- 8.5. Unternehmenszusammenschlüsse
- 8.5.1. Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften
- | | | |
|-----|--|---|
| (1) | Vjh, I/1927, S. 48 | |
| (3) | Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften; Veröffentlichungen im Deutschen Reichsanzeiger; Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften; von Konkursgerichten ausgefüllte Zählkarten | |
| (4) | <u>Zeitraum</u> | <u>Bd. -Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane</u> |
| | 1907 - 1932 | Vjh bzw. ErgH zu Vjh |
| | 1933 - 1935 | 493 |
| | 1934 - 1936 | 504 |
| | 1935 - 1937 | 525 |
| | 1936 - 1938 | 539 |
| | 1937 - 1939 | 584 |
| | 1940 - 1942 | Vjh |
| (5) | <u>Konzerne, Interessengemeinschaften und ähnliche Zusammenschlüsse im Deutschen Reich Ende 1926 = EinzSchr Nr. 1; Bestand der Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und sonstigen in deutschen Handelsregistern eingetragenen juristischen Personen am 30. 9. 1909, in: Vjh, II/1910, ErgH; Die Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung am 31. 12. 1919</u>
<u>nebst Vergleichen mit der Erhebung von 1909, in: Vjh, IV/1921; Die tätigen und nichttätigen Aktiengesellschaften am 31. 12. 1925, in: Vjh, II/1926; Gründungsjahre und regionale Verteilung der deutschen Aktiengesellschaften am 31. 12. 1935, in: Vjh, IV/1936</u> | |
- 8.5.2. Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
- | | | |
|-----|----------------------------------|---|
| (1) | Bd. 502, S. 1 | |
| (2) | Länder bzw. preußische Provinzen | |
| (3) | Eintragungen in Handelsregister | |
| (4) | <u>Zeitraum</u> | <u>Bd. -Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane</u> |
| | 1910 - 1923 | Vjh |
| | 1936 | 502 |
| | 1937 - 1942 | Vjh |
| (5) | s. 8. 5. 1. | |

9. Versicherungsstatistik
Reichsgesetzliche Krankenversicherung (ab 1924 zusätzlicher Titel:
 Die deutsche Sozialversicherung)
- (1) Vjh, I/1939, S. 53
- (3) Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der Krankenkassen
- (4) Zeitraum Bd. -Nr. der StDR
- | | |
|--------------|---|
| 1885 - 1896 | 24, 31, 38, 46, 53, 59, 65, 72, 78,
84, 90, 96 |
| 1897 - 1903 | 121, 127, 133, 140, 147, 156, 163 |
| 1904 - 1910 | 170, 177, 186, 194, 229, 238, 248 |
| 1911 - 1915 | 258, 268, 277, 289, 294 |
| 1916 - 1919 | 298 |
| 1920 u. 1921 | 303 |
| 1922 u. 1923 | 324 |
| 1924 - 1930 | 331, 338, 349, 363, 373, 389, 420 |
| 1931 - 1938 | 431, 443, 473, 484, 501, 521, 529 |
- (5) 50 Jahre Krankenversicherung 1885 - 1934, in: Bd. 484
- (6) Zusammenfassende Angaben über Feuer-, Lebens-, Unfall-, Inva-
liden- und Angestelltenversicherung sowie über Privatversicherungen
 finden sich - außer im Jb - nur in den Veröffentlichungen des Reichs-
 versicherungsamts, vor allem in dessen Amtlichen Nachrichten.
10. Bildung, Kultur und Sport
- 10.1. Reichsschulstatistik (umfaßt im wesentlichen nur Volksschulen)
- (1) Vjh, I/1941, S. 28
- (2) Regierungsbezirke, z. T. auch Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern
- (3) Erhebungsbogen für die Schulen
- (4) Zeitraum Bd. -Nr. der StDR
- | | |
|----------------------------|-------------------------|
| 1901, 1906, 1911, 1921/22, | |
| 1926/27 | Vjh |
| 1931/32 | 438 |
| 1936 - 1940 | 506, 520, 532, 545, 583 |
| 1941 u. 1942 | 594, 601 |
- (5) Die höheren Schulen im Deutschen Reich 1934, 1937, 1939 und 1940,
 in: Jb 1935 ff.
- 10.2. Die Volksschulen und mittleren Schulen in Preußen
- (2) Regierungsbezirke
- (4) Zeitraum Bd. -Nr. der StDR
- | | |
|------|-----|
| 1935 | 487 |
|------|-----|
- 10.3. Die deutschen Volksbüchereien
- (1) Vjh, I/1936, S. 29
- (2) Gemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern im einzelnen, übrige
 summarisch
- (3) Fragebogen für die Volksbüchereien
- (4) Zeitraum Bd. -Nr. der StDR
- | | |
|---------|-----|
| 1933/34 | 471 |
|---------|-----|

10.4. Die Lichtspieltheater 1935

- (1) Vjh, I/1936, S. 29
- (2) Großstädte, kleinere summarisch
- (3) Fragebogen für die Lichtspieltheater
- (4) Zeitpunkt Bd. -Nr. der StDR
1935 505

10.5. Die sportlichen Übungsstätten im Deutschen Reich

- (1) Vjh, I/1939, S. 63
- (2) Kreise
- (3) Aufstellungen der Verbände
- (4) Zeitpunkt Bd. -Nr. der StDR
1. 10. 1935 518
- (5) Die Jugendherbergen im Deutschen Reich 1935 - 1939, in: WuSt,
10/1935, 6/1936, 19/1937, 22/1938, 12/1939

11. Wahlen und Abstimmungen

11.1. Reichstagswahlergebnisse

- (1) Vjh, I/1932, S. 15; Vjh, I/1935, S. 44
 - (2) Gemeinden mit mehr als 2 000 Einwohnern
 - (3) Wahlniederschriften
 - (4) Zeitraum Bd. -Nr. der StDR bzw. andere
Publikationsorgane
- | | |
|---------------|-----------|
| 1871 u. 1874 | XIV |
| 1877 u. 1878 | XXXVII |
| 1881 | LIII |
| 1884 - 1907 | Vjh u. MH |
| 1912 | 250 |
| 1919 | Vjh |
| 1920 | 291 |
| 1924 | 315 |
| 1928 | 372 |
| 1930 | 382 |
| 1932 u. 1933 | 434 |
| 1933 November | 449 |
| 1936 | 497 |
| 1938 | 531 |

11.2. Reichspräsidentenwahlen

- (2) Kreise
- (3) s. o. 11.1.
- (4) Zeitpunkt Bd. -Nr. der StDR
1925 321
1932 427

11.3.	<u>Abstimmungen</u>	
11.3.1.	<u>Oberschlesien</u>	
	(2)	Gemeinden
	(3)	s. o. 11.1.
	(4)	<u>Zeitpunkt</u> Bd. -Nr. der StDR
		3. 9. 1922 291
11.3.2.	<u>Volksbegehren und Volksentscheid über die Enteignung der Fürstenvermögen</u>	
	(2)	Kreise
	(3)	s. o. 11.1.
	(4)	<u>Zeitpunkt</u> Bd. -Nr. der StDR
		1926 332
11.3.3.	<u>Volksbegehren und Volksentscheid über das "Gesetz gegen die Ver- sklavung des deutschen Volkes"</u>	
	(2)	Kreise
	(3)	s. o. 11.1.
	(4)	<u>Zeitpunkt</u> Bd. -Nr. der StDR
		22. 12. 1929 372
11.3.4.	<u>Volksabstimmung über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reichs</u>	
	(2)	Gemeinden mit mehr als 2 000 Einwohnern
	(3)	s. o. 11.1.
	(4)	<u>Zeitpunkt</u> Bd. -Nr. der StDR
		19. 8. 1934 449
11.3.5.	<u>Volksabstimmung über die am 13. 3. 1938 vollzogene "Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich"</u>	
	(2)	Wahlkreise
	(3)	s. o. 11.1.
	(4)	<u>Zeitpunkt</u> Bd. -Nr. der StDR
		10. 4. 1938 531
12.	<u>Medizinalstatistik</u>	
	<u>Die Krankenanstalten (Heilanstalten) im Deutschen Reich</u>	
	(1)	Vjh, I/1939, S. 63
	(2)	Provinzen
	(3)	Erhebungsbogen für die Krankenanstalten
	(4)	<u>Zeitraum</u> Bd. -Nr. der StDR bzw. andere Publikationsorgane
		1877 - 1922 Jb
		1923/24 336
		1925/26 360
		1927 - 1930 423
		1931 - 1934 495
		1935 - 1939 WuSt
	(5)	<u>Ergebnisse der Pockenschutzimpfungen im Deutschen Reich, in: Jb, 1927 ff.; Erkrankungen und Sterblichkeit an Zuckerkrankheit, in: WuSt, 6/1941.</u>

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

Technische, ökonomische und soziale Probleme der Durchsetzung der kapitalistischen Rationalisierung nach der industriellen Revolution

(20. Dezember 1983 in Dresden)

Die Lehr- und Forschungsgruppe Wirtschaftsgeschichte im Bereich Geschichte der Produktivkräfte an der Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften der Technischen Universität Dresden veranstaltete unter Leitung von Rolf Sonnemann ein Kolloquium zu Problemen der Durchsetzung der kapitalistischen Rationalisierung nach der industriellen Revolution. In seinem Hauptreferat beschäftigte sich Volker Stöhr (Dresden) mit historischen und theoretischen Aspekten des Ursprungs und Wesens der kapitalistischen Rationalisierung. Ausgangspunkt seiner Überlegungen war eine Aufarbeitung der Standpunkte zur kapitalistischen Rationalisierung. Herangezogen wurden dazu besonders die Ansichten der Wirtschaftshistoriker und Politökonomen der DDR, der deutschen und internationalen Rationalisierungsorgane der 20er und 30er Jahre, die Haltung der KPD und der Kommunistischen Internationale und schließlich die Ansichten der Wirtschafts- und Technikhistoriker der BRD.

In Anbetracht der Vielzahl unterschiedlicher Auffassungen und Betrachtungsebenen des Rationalisierungsbegriffes mußte ein gemeinsamer Standpunkt zum Begriff der kapitalistischen Rationalisierung erarbeitet werden, um einen einheitlichen Ausgangspunkt für die historische Analyse fixieren zu können.

Es wurde folgende, im Ergebnis der Diskussion überarbeitete Arbeitsdefinition aufgestellt:

Die kapitalistische Rationalisierung umfaßt alle Maßnahmen zur Steigerung der Mehrwertproduktion, insbesondere der Produktion von relativem Mehrwert. Der grundlegende Wechsel in den Verwertungsbedingungen des Kapitals erhob die Rationalisierung in den Rang einer Strategie unternehmerischen Handelns. Als bewußte Unternehmensstrategie ist sie zu unterscheiden von dem ihr zugrunde liegenden objektiven Prozeß, der Mehrwertproduktion, insbesondere der Produktion des relativen Mehrwerts, der an die Entwicklung der großen Industrie gebunden ist.

Eine historische Untersuchung zur kapitalistischen Rationalisierung hat den objektiven Prozeß zum Gegenstand der Betrachtung zu machen und nach den konkret-historischen Ursachen zu fragen, die ihn ins gesellschaftliche Bewußtsein rückten.

Das erfordert zuerst eine Untersuchung der Qualität des Systems der Produktivkräfte. Die folgenden Ausführungen machen deutlich, daß sich der jeweilige Reifegrad des Systems der industriellen Produktivkräfte durch verschiedene Industrialisierungsphasen charakterisieren läßt. Die erste Industrialisierungsphase ist identisch mit der industriellen Revolution, die mit der Durchsetzung der Großen Industrie in den Hauptzweigen der Produktion endet. Die Entwicklung der maschinellen Großindustrie in Tiefe und Breite erfolgt in der zweiten Industrialisierungsphase und führt zu einer Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, die sich für das Kapital infolge des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate in einer Verschlechterung der Verwertungsbedingungen niederschlägt. Der objektive Zwang, die dem Gesetz entgegenwirkenden Faktoren zu aktivieren, bewirkt eine Weiterentwicklung der Produktivkräfte, wodurch die Kontinuität des Produktionsprozesses auf einer höheren

Stufe hergestellt wird. Das ist der wesentliche Inhalt der kapitalistischen Rationalisierung, die nach einem grundlegenden Wechsel der Verwertungsbedingungen des Kapitals zu einer bewußten Unternehmensstrategie wurde. Ihre höchste Ausprägung erfährt die Kontinuität des Produktionsprozesses in der dritten Industrialisierungsphase in Gestalt der Verkettung von unterschiedlichen, auf mechanischen Wirkprinzipien beruhenden Automaten zu Transferstraßen. Dieser Prozeß setzte bereits in den 20er und 30er Jahren unseres Jahrhunderts ein. Damit beginnt die Ersetzung geistiger Arbeitsfunktionen des Menschen durch die Maschine, und deshalb fassen wir die dritte Industrialisierungsphase als Vorbereitungsperiode der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Der zweite Teil des Hauptreferates untersuchte, wie und unter welchen Bedingungen der objektive Zwang zur Mehrwertproduktion in das gesamtgesellschaftliche Bewußtsein gerückt wurde. Dabei kam man zu folgenden Ergebnissen:

1. Der Rationalisierungsgedanke hat seinen Ursprung in den USA, wo er aus den betriebswirtschaftlichen Folgen des Industrialisierungsprozesses im Kapitalismus abgeleitet wurde.
2. Die Rezeption der amerikanischen Rationalisierungsdiskussion intensivierte die in den modernsten Bereichen der deutschen Industrie eigenständig entstandene Rationalisierungsbewegung. Die Besonderheit der in Deutschland geführten Rationalisierungsdiskussion, an der sich vornehmlich Ingenieure und Technikwissenschaftler beteiligten, bestand darin, daß hier die Frage nach der gesamtgesellschaftlichen Rationalität in den Vordergrund rückte. Das führte zu einem gesamtgesellschaftlichen Rationalisierungskonzept, dem im ersten Weltkrieg entwickelten "Gemeinwirtschaftsprogramm", dessen vom wirkungsgeschichtlichen Standpunkt bedeutendster Vertreter Wichard v. Moellendorff war.
3. Die Moellendorffsche Gemeinwirtschaftskonzeption stellte ein gesamtwirtschaftliches Steuerungsmodell dar, das das Bewußtsein von der Krise der kapitalistischen Regulierung artikuliert. Partiiell realisiert wurde die Gemeinwirtschaftskonzeption in Deutschland, Großbritannien und Österreich, schließlich in Wirtschaftsbereichen bzw. Industriezweigen, die Schwerpunktbereiche im Sinne der gesamtwirtschaftlichen Proportionalität darstellten, so daß sie auch als erster Ansatz einer staatsmonopolistischen Strukturpolitik verstanden werden kann.
4. Vom Standpunkt ihres Ziels, der Herstellung gesamtgesellschaftlicher Rationalität, mußte die Gemeinwirtschaftskonzeption in einer auf Privateigentum basierenden Wirtschaft scheitern. Anliegen der Rationalisierungspropaganda der 20er Jahre war die Forcierung der unternehmensinternen Rationalisierung als der einzigen unter kapitalistischen Bedingungen realisierbaren Form. Mithin haben die Forschungen zur Durchsetzung der kapitalistischen Rationalisierung die Industriezweigebene zum Gegenstand der Untersuchung zu machen.

Im Verlauf der Diskussion wurden von Erika Gerber (Dresden) Forschungsergebnisse zur kapitalistischen Rationalisierung in der Foto-Kino-Industrie in den 20er Jahren vorgetragen. Für diesen Industriezweig läßt sich nachweisen, daß die 1926 erfolgte Gründung des Zeiß-Ikon-Konzerns als Ergebnis des bereits vor dem ersten Weltkrieg eingeleiteten Rationalisierungsprozesses wesentliche Grundlagen für seine Weiterführung schuf.

Der Diskussionsbeitrag von Werner Pfuhl (Dresden) befaßte sich mit den neuen Anforderungen, die dem Bildungswesen aus der Industrieentwicklung nach der Jahrhundertwende in den USA und in Deutschland erwachsen. Er konnte zeigen, daß sich zuerst in den Industriezweigen moderne Formen der Berufsausbildung etablierten (z. B. Werkschulen), die Schlüsselzweige für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts waren.

Thomas Hänsleroth (Dresden) verwies auf die bemerkenswert breit angelegten und intensiven Bemühungen zur Rationalisierung im Wohnungsbau der Weimarer Republik. Der gebotene umfangreiche Wohnungsbau zwang auch im bisher rückständigsten Sektor des Bauwesens, dem Wohnungsbau, zur Suche nach neuen ökonomischen, organisatorischen und technischen Lösungen. Diese bereits in den Nachkriegsjahren auflebenden Bestrebungen mündeten in engem Zusammenhang mit dem Aufschwung der Wohnungsproduktion seit 1925 in eine breite Rationalisierungsbewegung ein. Ihre wesentlichen Träger waren staatliche Institutionen, Kommunen und gemeinnützige Bauherrenorganisationen. Die bedeutendsten Ergebnisse zeitigten namentlich die Versuche, mit Montagebauweisen das industrielle Bauen in den Wohnungsbau einzuführen.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich Heinz Wehner (Dresden), Herward Pittack (Berlin), Klaus Wiesner (Zwickau), Gisela Buchheim und Ernst Voit (beide Dresden).

Zwei Probleme standen im Mittelpunkt der Diskussion.

1. Die ursprüngliche Arbeitsdefinition wurde dahingehend kritisiert, daß sich die kapitalistische Rationalisierung nicht auf die Produktion von relativem Mehrwert reduzieren läßt, wengleich sie das grundlegende Moment dieses Prozesses darstellt.
2. Die Periodisierung der Industriegeschichte in Industrialisierungsphasen wurde begrüßt, insbesondere die Charakterisierung der dritten Industrialisierungsphase als Vorbereitungsperiode der wissenschaftlich-technischen Revolution. Es wurde aber auch deutlich, daß eine exaktere Abgrenzung der dritten Industrialisierungsphase zu den vor- und nachgelagerten Perioden weiterer Forschung bedarf.

Werner Heier (Dresden) informierte darüber, daß die Ergebnisse des Kolloquiums den Ausgangspunkt für die Weiterführung der Forschung zu technischen, ökonomischen und sozialen Problemen der Durchsetzung der kapitalistischen Rationalisierung nach der industriellen Revolution bilden.

Erika Gerber/Volker Stöhr/Karin Zachmann

Der Ernährungsproblem im Spätfeudalismus

(28. bis 30. September 1983 in Erfurt)

Nachdem sich die 26. Jahrestagung der Hansischen Arbeitsgemeinschaft der mittelalterlichen Lebensweise sowie der Kultur und Ideologie der Stadtbevölkerung vornehmlich im hansischen Raum zugewandt hatte, befaßte sich die 28. Jahrestagung der Hansischen Arbeitsgemeinschaft und zugleich 6. Konferenz der Fachkommission Agrargeschichte erneut mit Problemen des Alltags, mit Fragen der Ernährung im Spätfeudalismus. Die Komplexität der gewählten Themenstellung spiegelte sich nicht nur in den einzelnen Referaten wider, sondern auch im Teilnehmerkreis (Agrarhistoriker, Ethnologen, Archäologen u. a.)

Im ersten Hauptreferat ging **R u d o l f B e r t h o l d** (Berlin) zunächst auf die Nahrungsmittelproduktion und den daraus resultierenden Nahrungsmittelspielraum, der als Verhältnis zwischen Bedarf und Angebot definiert wurde, ein. Die im Spätfeudalismus erfolgende Bevölkerungszunahme um 50 % erforderte nicht nur eine kontinuierliche Steigerung der Nahrungsmittelproduktion, sondern sie beeinflusste auch die Entwicklung der Pflanzen- und Tierproduktion. Berthold stellte fest, daß nur die Pflanzenproduktion dem schnell wachsenden Bedarf gerecht werden konnte, während die Tierproduktion aufgrund der durch die Ausweitung des Getreideanbaus eintretenden Verknappung der Weideflächen nur langsam anwuchs.

Danach wandte sich Berthold der Nahrungsmittelversorgung zu. Sie wird durch verschiedene Faktoren, wie Produktion, Handel, Verbraucher- und Siedlungsstruktur, beeinflußt. So wirkten sich Veränderungen in der Sozialstruktur der spätmittelalterlichen Gesellschaft, die sich im Wachstum einkommensschwacher Schichten ausdrückten, negativ auf den Nahrungsmittelkonsum aus. Mißernten und Verringerung des Viehbestandes durch Seuchen verhinderten zeitweise die ausreichende Versorgung der ständig wachsenden nichtagrarisch tätigen Bevölkerung. Die Folge waren Hungersnöte und Krankheiten, die vor allem die wirtschaftlich schwachen Teile der Bevölkerung trafen. Zwar konnte in gewissem Umfang Getreide in die von einer Hungersnot betroffenen Gebiete transportiert werden, aber durch die hohen Transportkosten verteuerte sich das Getreide noch mehr, so daß keine Verbesserung der Lage eintrat.

Schließlich sprach Berthold über den Nahrungsmittelkonsum. Nicht nur das Bevölkerungswachstum und das Anwachsen der einkommensschwachen Schichten, sondern auch die Lohnentwicklung beeinflussten den Nahrungsmittelverbrauch. Die Ernährung der einkommensschwachen Schichten charakterisierte Berthold als bescheiden bis kärglich, da die Löhne nicht mit den steigenden Preisen Schritt hielten. Aus diesem Grund stieg die Nachfrage nach billigen pflanzlichen Nahrungsmitteln, die aber von geringem Nährwert waren. Die Ernährungssituation der Handwerksmeister und spannfähigen Bauern schätzte Berthold in normalen Jahren als ausreichend ein. Wohlstand herrschte nur in den Haushalten des reichen Bürgertums und des Adels.

Im zweiten Hauptreferat sprach **M a n f r e d S t r a u b e** (Leipzig) über Nahrungsmittelbedarf, -erzeugung und -handel im 16. Jh. Auch Straube ging von einem wachsenden Nahrungsmittelbedarf aus, der vor allem aus dem Wachstum der Stadtbevölkerung resultierte. Selbst in den Ackerbürgerstädten war die Eigenversorgung nur zum Teil möglich. Straube setzte sich mit den Angaben Abels über den Fleischverbrauch im 15. Jh. kritisch auseinander. Gestützt

auf Küchenrechnungen und ausgehend vom Lohn-Preis-Verhältnis, kam er zu dem Ergebnis, daß der jährliche Fleischverbrauch höchstens bei 50 kg gelegen hat und nicht, wie Abel sagt, bei 100 kg pro Kopf und Jahr. Am Beispiel von Sachsen und Thüringen zeigte Straube, wie sich die Landwirtschaft auf den städtischen Nahrungsmittelbedarf einstellte und sich verstärkt auf den Anbau von Getreide konzentrierte. Die kontinuierliche Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln stellte hohe Anforderungen an das Transportsystem. So waren z. B. 3200 Wagen nötig, um 7812 t Getreide zu befördern. Als Beispiel für die überregionale Arbeitsteilung bei der Nahrungsmittelversorgung führte Straube den Ochsentransport aus Polen nach Mittel- und Süddeutschland an.

Hieran knüpfte Jan Bazanowski (Gdańsk) an, der über die Versorgung der herzoglichen und kurfürstlichen Höfe mit Ochsen aus Polen im 16. Jh. referierte. Er führte aus, daß zwischen 1509 und 1536 13 210 Ochsen aus Polen exportiert wurden. Nachdem der polnische König 1507 die Zollgebühren für den Ochsenexport beträchtlich erhöht hatte, verlieh er in der Folgezeit häufig politisch motivierte Zollprivilegien an einzelne Adlige. Die Zahl der von den privilegierten Adligen exportierten Ochsen überstieg nach Bazanowski den Bedarf dieser Höfe, so daß ein Teil dieser Tiere mit beträchtlichem Gewinn weiterverkauft werden konnte. Der polnische Königshof benötigte im 16. und 17. Jh. im Jahr ungefähr 250 Ochsen. Der durchschnittliche Verbrauch an Fleisch pro Kopf und Jahr lag wahrscheinlich bei 120 kg.

Wieland Held (Leipzig) zeigte das Ernährungsproblem als Grund für Auseinandersetzungen zwischen der Stadt- und der Landbevölkerung in Thüringen im 16. Jh. Bemerkenswert sei, daß die Stadt trotz ihrer Abhängigkeit vom Lande in bezug auf die Nahrungsmittelversorgung diesem gegenüber eine überlegene Stellung einnahm. So erließen die städtischen Verwaltungsorgane im Interesse einer stabilen Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln verschiedene Verordnungen, die zu Spannungen zwischen den Städten und der Landbevölkerung führten, wie z. B. der Marktzwang für die Bauern, durch den das städtische Gewerbe vor der ländlichen Konkurrenz geschützt werden sollte. Diesen städtischen Bestrebungen widersetzten sich die Bauern z. T. erfolgreich. Hierher gehören auch die zahlreichen Schafsdriftauseinandersetzungen im 16. Jh.

Auf Probleme der plebejischen Schichten in westsächsischen Städten während des 16. Jh. machte Helmut Bräuer (Leipzig) aufmerksam. Im Zuge der Entwicklung des Bergbaues wuchs im westsächsischen Raum die Stadtbevölkerung, vor allem die Zahl der in den Vorstädten lebenden Plebejer (Gesellen, Tagelöhner, Bergarbeiter). Die Stadträte versuchten, die Nahrungsmittelversorgung z. B. durch die Anlage von Kornhäusern zu sichern, in denen man Getreide für Notzeiten lagerte. Seit der zweiten Hälfte des 15. Jh. änderte sich allmählich die Versorgungslage der plebejischen Schichten. Es vollzog sich eine Trennung zwischen Wohn- und Arbeitsplatz, da sich die Meister ihrer Pflicht zur Unterbringung und Beköstigung der Gesellen entzogen. Daher wuchs die Zahl der plebejischen Haushalte, und für die Versorgung kranker Gesellen wurden Kassen eingerichtet, mit deren Hilfe ein erkrankter Geselle eine wirtschaftliche Notsituation überbrücken konnte. Diese Kassen wurden mit einem Teil des Wochenlohnes der Gesellen finanziert.

Aus der Sicht der Ethnologie stellte Ingeborg Müller (Rostock) Untersuchungsergebnisse über die Volksnahrung in Mecklenburg im Spätféudalismus vor. Dabei stützte sie sich auf Küchenregister des Amtshofes Güstrow aus den Jahren 1576/77 und auf Verzeichnisse bzw. Hofordnungen des herzoglichen Hofes in Schwerin. Sie kam zu dem Ergebnis, daß in der Regel 2 Mahlzeiten (11.00 Uhr und 18.00 Uhr), vereinzelt auch 3 Mahlzeiten (die erste im Winter um 5.00 Uhr und im Sommer um 4.00 Uhr), eingenommen wurden. An 3 Tagen in der Woche wurde Fleisch verzehrt, wobei als Frischfleisch Hammel- und Ziegenfleisch gereicht wurde, während Rindfleisch nur an den Feiertagen

gegessen wurde. Hauptnahrungsmittel waren Getreideerzeugnisse, hinzu kamen Fische (Stockfisch, Salzhering, Dorsch), Grütze, Käse und als Gemüse hauptsächlich Grünkohl. Getrunken wurde Bier, und zwar ein minderwertiges Schwachbier, Starkbier hingegen war ein Festtagsgetränk.

Maria van Winter (Utrecht) vermittelte anhand von Kochbüchern und Küchenrechnungen geistlicher und weltlicher Fürstenhöfe aus dem 15. und 16. Jh. einen Eindruck vom derzeitigen Nahrungsmittelverbrauch in den Niederlanden. Die gehobenen Schichten verzehrten neben Getreide- und Milchprodukten vor allem Fleisch in großen Mengen und verschiedenen Sorten. Die Menge je Fleischsorte war unterschiedlich, es ließ sich aber ein besonders hoher Rindfleischverbrauch feststellen, der sich auch in der Zahl der Rezepte zur Rind- und Kalbfleischzubereitung niederschlug.

In bezug auf die Ernährungsprobleme im spätf feudalen Ungarn führte **Imre Wellmann** (Budapest) aus, daß die Hälfte des Nahrungsmittelbedarfes einer 5köpfigen Kleinbauernfamilie, die 4,5 ha Land bewirtschaftete, durch Getreideprodukte gedeckt wurde. Wellmann rechnete aus, daß der Familie ungefähr 1,6 kg Brot zur Verfügung standen. Zusätzliche Nahrungsmittel (Erbsen, Kohl, Kraut, Mais, Kartoffeln) wurden durch den Gartenbau gewonnen. Auch Wein diente aufgrund des akuten Trinkwassermangels als Nahrungsmittel. In den relativ dünn besiedelten Gebieten Ungarns, in denen vor allem Viehzucht betrieben wurde, war der Fleischverbrauch entsprechend größer.

Péter Gunst (Budapest) befaßte sich mit Ernährungsproblemen in Ungarn und der ungarischen Agrarausfuhr von 1711 bis 1848. Hungersnöte im 18. und 19. Jh. waren nicht die Folge technischer Unzulänglichkeiten in der Landwirtschaft, sie wurden durch Kriegshandlungen ausgelöst. Anhand der erfaßten Zolldaten konnte ein zunehmender Export von Nahrungsmitteln aus Ungarn nachgewiesen werden. Auch während der 1788/89 in Ungarn durch Krieg hervorgerufenen Hungersnot wurde weiter exportiert. Erst durch die Verbesserung des Transportsystems sowie höhere und stabilere Getreideerträge war man in der Lage, die Landesteile, in denen die Nahrungsmittelversorgung gefährdet war, mit zu versorgen.

Über Fragen des städtischen Nahrungsmittelverbrauchs besonders Wiens und der wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich in der Frühneuzeit sprach **Roman Sandgruber** (Wien). Durch Spitalordnungen und Steuerunterlagen kam er zu dem Ergebnis, daß in Wien Ende des 18. Jh. der durchschnittliche Verbrauch pro Kopf 150 bis 200 kg Getreide und ungefähr 80 kg Fleisch betragen hat. Der extrem hohe Fleischverbrauch war das Ergebnis relativ hoher Einkommen und der Nähe des Viehexportlandes Ungarn.

Auf Ernährungsprobleme in Niedersachsen von 1770 bis 1830 ging **Walter Achilles** (Göttingen) ein. Er wies darauf hin, daß die niedersächsische Landwirtschaft trotz einer 20prozentigen Ertragssteigerung von 1770 bis 1810 nicht mehr in der Lage war, den Nahrungsmittelbedarf der Bevölkerung zu decken. Der Grund für diese Entwicklung war die in dieser Zeit erfolgende Bevölkerungszunahme um 33 %. Am Beispiel von 2 Zimmerergesellen, die das gleiche Lohnniveau wie viele andere Handwerker hatten, untersuchte Achilles die Auswirkungen der durch die Lebensmittelknappheit hervorgerufenen Preissteigerung. Ungefähr 40 bis 50 % ihres jährlichen Einkommens mußten diese Zimmerergesellen für die Ernährung, vor allem für Getreideprodukte, ausgeben. Auch die Bauern, die noch ein Nebengewerbe betreiben mußten, wurden von der Preissteigerung betroffen. Die großen und mittleren Bauernwirtschaften dagegen erreichten eine Steigerung ihrer Einnahmen um 80 bis 100 %.

Über das Nahrungswesen und seine Grundlagen bei den Altenburger Bauern zwischen dem 17. und 19. Jh. referierte **Rudolf Quietsch** (Berlin). Die Landwirtschaft in diesem Gebiet hatte im genannten Zeitraum einen hohen Stand erreicht. Neben der hohen Bodenqualität und der günstigen Verteilung des Bodens auf eine breite Schicht mittlerer und großer Bauern trugen

auch der Bedarf der Städte und die Möglichkeit des Getreideexportes ins sächsische Erzgebirge zu dieser Entwicklung bei. Die in der Mitte des 18. Jh. einsetzende kontinuierliche Preissteigerung regte ebenfalls zur erhöhten Produktivität an. Durch die Einführung der Kartoffel, die zum Hauptnahrungsmittel für die Bauern und die ärmeren Schichten der städtischen Bevölkerung wurde, waren die Bauern in der Lage, die Menge des Getreides für den Markt zu erhöhen.

Über die Ernährung der Textilproduzenten im Erzgebirge im 18. und 19. Jh. informierte **B e r n d S c h ö n e** (Dresden). Die dürftige Kost der Textilproduzenten bestand vor allem aus Kartoffeln, zu denen Salz und nur manchmal ein Hering gegessen wurde. Im ersten Drittel des 19. Jh. ist eine zunehmende Verwendung der Kartoffel als Hauptnahrungsmittel erkennbar; sie gab es zu allen Mahlzeiten, begünstigt durch die im Vergleich zu Getreideprodukten geringeren Kosten und die schnelle und unkomplizierte Zubereitung. Man darf nicht übersehen, daß man die Folgen der schweren monotonen Arbeit durch vermehrtes Trinken von Branntwein zu mildern suchte. Der Branntweinverbrauch wurde so groß, daß die Behörden festlegten, daß nur solange Branntwein hergestellt werden durfte, solange der Getreidepreis nicht 3 Taler überstieg. Seit dem Anfang des 19. Jh. wurde Branntwein immer mehr aus Kartoffeln gebrannt.

G ü n t e r M a n g e l s d o r f (Brandenburg) informierte über Essen und Trinken im Spätmittelalter aufgrund archäologischer Quellen. Er wies darauf hin, daß in der DDR bisher noch keine systematische Erforschung mittelalterlicher und spätmittelalterlicher Siedlungen erfolgte. Oft werden deshalb nur zufällige Ergebnisse erzielt. Bei den Nahrungsresten, die bei den Ausgrabungen mittelalterlicher Dörfer in Europa gefunden wurden, handelte es sich neben verschiedenen Getreidesorten auch um Tierknochen. Neben Rind- und Schweinefleisch wurden auch Geflügel und Schafe verzehrt. In allen Fällen konnte nur ein geringer Anteil von Wild ermittelt werden. Die Ernährungsweise der Bevölkerung mittelalterlicher Städte demonstrierte Mangelsdorf am Beispiel von Neuß, Magdeburg und Lübeck. In diesen Städten wurden neben Getreideresten auch Obst- und Gemüsereste gefunden. Beim Fleischverbrauch spielte neben Schweine-, Pferde- und Schaffleisch das Rindfleisch die größte Rolle.

In der abschließenden Diskussion kamen insbesondere solche Probleme zur Sprache wie der Fleischbedarf und die Fleischversorgung der Bevölkerung, die Rolle des Fischfangs bei der Nahrungsmittelversorgung im Spätmittelalter, die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung der städtischen Bevölkerung durch Verordnungen städtischer Organe und der Fleischverbrauch im Spätmittelalter.

Die Vorträge und die Diskussion an beiden Konferenztagen gaben nicht nur einen interessanten Einblick in den spätfudalen Alltag, sondern sie wiesen auch auf eine Reihe von Problemen hin, die die Agrargeschichtsforschung noch zu bearbeiten hat.

Wolfgang Kagel

BIBLIOGRAPHIE

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte

von Renate Günther

Gretchen Binus

Die neue Stufe der Monopolisierung und ihre widersprüchliche Wirkung auf die staatsmonopolistische Regulierung

Dissertation B (14. 11. 1980)

Institut für Internationale Politik und Wirtschaft

(Die Dissertation setzt sich aus vier Teilarbeiten zusammen)

I Der Einfluß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die Produktions- und Kapitalstruktur staatsmonopolistischer Konzerne der Eisen- und Stahlindustrie, des Automobilbaus, der Chemie, der Elektrotechnik-Elektronik in Westeuropa (Studie 1979)

1. Haupttendenzen in der Entwicklung der Strukturen westeuropäischer Konzerne: Entwicklungstendenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in den einzelnen Industriezweigen. Entwicklung der Kapitalkonzentration seit Mitte der 60er Jahre
2. Strukturelle Entwicklungsprozesse der Konzerne: Bedeutung von Forschung und Entwicklung für die Veränderung der Produktionsstruktur. Intensivierung der Produktion. Internationalisierung der Produktion
3. Bildung von Produktionskomplexen zur Regulierung des Produktionsprozesses innerhalb der Konzerne: Wissenschaftszentren. Spezialisierte Produktionskomplexe innerhalb des Konzerns. Bildung von internationalen territorialen Wirtschaftskomplexen

II Die privatmonopolistische Regulierung der Wirtschaft der BRD (Kapitel zur Monographie "BRD - Ökonomie und Politik", Moskau 1980)

1. Privatmonopolistische Regulierung und Anforderungen an die monopolistische Kapitalverwertung
2. Regulierung auf der Ebene der Konzerne
3. Monopolistische Konkurrenz auf der Ebene der Zweige
4. Rolle der Banken in der privatmonopolistischen Regulierung
5. Internationalisierung der Produktion

III Internationale Konzerne und Staat im kapitalistischen Internationalisierungsprozeß (Analyse in: IPW-Berichte Nr. 8/1976)

Eine widerspruchsvolle Allianz. Wachsende ökonomische Macht - zunehmender politischer Einfluß des Monopolkapitals. Monopole unterlaufen staatliche Politik. Konfliktfeld Konzerne EWG

IV Internationale Monopole und Arbeiterklasse (Kapitel 3 und 4 zur Monographie "Internationale Monopole", Berlin 1978)

3. Internationale Monopole und Arbeiterklasse: Eine neue Stufe des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit. Die Auswirkungen des internationalen monopolistischen Ausbeutungssystems auf die Lage der Werktätigen. Veränderungen in den Kampfbedingungen der Arbeiterklasse und der gewerkschaftliche Kampf. Der Kampf der kommunistischen und Arbeiterparteien
4. Die internationalen Monopole in der internationalen Politik

Thesen zur Dissertation B (62 S. Manuskript)

1. Zur Problemstellung und Struktur der Arbeit
2. Zum Inhalt und den Hauptergebnissen der Arbeit. Zur neuen Stufe der Monopolisierung. Zur Problematik Monopole und staatsmonopolistische Regulierung. Ebenen der Regulierung. Neue Konflikte in der internationalen staatsmonopolistischen Regulierung. Zur neuen Stufe der monopolistischen Ausbeutung und den Möglichkeiten des Kampfes der Arbeiterklasse

Gunthard Bratzke

Die staatsmonopolistische Subventionspolitik unter besonderer Berücksichtigung neuer Aspekte ihrer Entwicklung in der BRD

Dissertation A (21. 12. 1982)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Inhalt der Subventionen im Rahmen der gegenwertigen staatsmonopolistischen Gesellschaftspolitik: Zur Bestimmung des marxistischen Subventionsbegriffs. Subventionsformen und Besonderheiten ihres Einsatzes
2. Umfang und Hauptrichtungen der Subventionspolitik der BRD im Zeitraum 1966 - 1980: Allgemeine Entwicklung der Subventionen. Strukturelle Veränderungen. Entwicklung nach Aufgabenbereichen (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, gewerbliche Wirtschaft, Verkehr, Wohnungswesen, Sparförderung und Vermögensbildung)
3. Funktion und Wirkung staatlicher Subventionen in den verschiedenen Ebenen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses:
Die Subventionen zur Beeinflussung der Produktions- und Realisierungsbedingungen des Monopolkapitals (Stimulierung der Kapitalakkumulation; staatsmonopolistische Strukturpolitik; Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts; Antizyklische Wirtschaftspolitik; Form des Wirtschaftsprotektionismus und Instrument zur Förderung der Außenexpansion). Subventionen als Instrument monopolistischer Systemsicherung und unmittelbarer Beeinflussung der Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals; Subventionierung nichtmonopolistischer Kapitalisten und kleiner Warenproduzenten. Subventionen im Rahmen der Wohnungspolitik

Sozialökonomische und politische Aspekte der Formierung der türkischen Arbeiterklasse - ein Beitrag zur Erforschung ihrer objektiven Bedingungen im Kampf gegen Imperialismus, für Demokratie und sozialen Fortschritt
Eine zeithistorische Analyse der siebziger Jahre

Dissertation A (17. 12. 1982)
Humboldt-Universität zu Berlin

1. Zur Gestaltung der objektiven Kampfbedingungen der türkischen Arbeiterklasse unter dem Einfluß der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und der wachsenden Stärke des Sozialismus
2. Die Schaffung grundlegender Voraussetzungen für die Entfaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der Türkei unter Mustafa Kemal Atatürk
3. Zum Entwicklungsstand der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in der Türkei der siebziger Jahre - Versuch einer typologischen Einordnung des Landes (nichtagrare Wirtschaftsbereiche, Landwirtschaft)
4. Sozialstrukturelle Charakteristika der türkischen Arbeiterklasse in den siebziger Jahren
5. Merkmale der sozialökonomischen Lage der türkischen Arbeiterklasse in den siebziger Jahren. Die Arbeitslosigkeit in der Türkei und das Problem der inneren und äußeren Migration von Arbeitskräften. Zur Entwicklung des Arbeitslohnes. Zur Gestaltung der Arbeits- und Sozialgesetzgebung
6. Die Formierung der türkischen Arbeiterklasse unter Berücksichtigung spezifischer politischer und ideologischer Faktoren der türkischen Entwicklung

Barbel Gericke

Die fortschreitende Monopolisierung in der Elektroenergieversorgung der BRD in der Gegenwart

Dissertation A (31. 8. 1982)
Ingenieurhochschule Zittau

1. Prozesse der Monopolisierung in der Gegenwart: Das Monopol als entscheidendes Produktionsverhältnis im Imperialismus. Neue Tendenzen der Monopolisierung in der Gegenwart. Die Besonderheiten des Monopols in der Elektroenergieversorgung der BRD
2. Die fortschreitende Monopolisierung in der Elektroenergieversorgung der BRD: Die besondere Rolle der Elektroenergieversorgung für die kapitalistische Volkswirtschaft. Die Bedeutung der Industriekraftwerke. Die Entwicklung der Eigentumsstruktur. Die Bedeutung des staatlichen Eigentums in der Elektroenergieversorgung für die privaten Monopole. Die Beteiligung der privaten Monopole an den Aufsichtsräten der staatlichen und gemischtwirtschaftlichen Elektroenergieversorgungsunternehmen. Die differenzierte Preisentwicklung für Elektroenergie als Ausdruck der Wirtschaftstätigkeit der Elektroenergieversorgungsunternehmen im Profit-

interesse der privaten Monopole. Tendenzen der Monopolisierung der Elektroenergieversorgung der BRD in der Gegenwart. Die Entwicklung der Unternehmensgröße und die Höhe der Grundkapitale. Wachsende Profite und Dividenden in den größten Elektroenergieversorgungsunternehmen. Die vertikale Integration und die Herausbildung von Diversifikationen in der Elektroenergieversorgung

Hans-Joachim Hacker

Die Stadt Stralsund in der frühen Schwedenzeit (1630 - 1690)

Dissertation A (22. 9. 1982)

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

1. Geographisch-strategische Lage und Bevölkerungszahl
2. Stralsund als Allianzpartner des Königreiches Schweden 1628 - 1648: Politische Situation. Stralsund als Garnisonsstadt. Fernhandel und Seeschiffahrt (Anzahl der Kaufleute; Richtung und Umfang der Seeschiffahrt; Schiffsbestand; Handelsvolumen; Handel und Schiffahrt beeinflussende Faktoren). Zur personellen Erneuerung der Stralsunder Ämter
3. Stralsunds Entwicklung in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts: Die Stellung der Stadt nach Abschluß des Instrumentum pacis Osnabrügensis in der schwedischen Provinz Vorpommern. Garnison, Fortifikation und militärische Aktion. Handel und Schiffahrt im Rahmen des städtischen Wirtschaftslebens. Entwicklungstendenzen des Handwerks

Joachim Heinzmann

Territoriale Wirkungsbedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die Standortverteilung der Industrie - eine theoretische Problemstudie

Dissertation B (17. 9. 1982)

Akademie der Wissenschaften der DDR

2. Territoriale Wirkungsbedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts als Gegenstand geographischer Forschung
3. Wesensmerkmale des wissenschaftlich-technischen Fortschritts
4. Wirkungsbedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für das Standortgefüge der Industrie: Auswirkungen der Dynamik der Zweigstruktur auf das Standortgefüge der Industrie; Unterschiede im Entwicklungstempo der Industriezweige; Standortaspekte der Innovationsprozesse. Die Dialektik von Stabilität und Dynamik in der Standortverteilung der Industrie. Materiell-technische Basis und Standortssystem der Industrie. Rangverschiebungen zwischen den Standortfaktoren
5. Wirkungsbedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die territoriale Organisation der Produktion: Territoriale Verflechtungen von Wissenschaft und Produktion. Territoriale Produktionsverflechtungen. Territoriale Aspekte der Konzentration der Produktion (zweigliche und betriebliche Konzentration, Standortaspekte der Kombinatbildung)

Erscheinungsformen und Tendenzen des Monopolisierungsprozesses in ausgewählten Sparten der BRD-Bekleidungs- und Maschenindustrie in den Jahren 1966 - 1977

Dissertation A (23. 3. 1982)

Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt

1. Die Entwicklung wesentlicher Einflußgrößen auf die Existenzbedingungen nicht monopolistischer Kapitale in der BRD-Bekleidungs- und Maschenindustrie in den Jahren 1966 - 1977: Faktoren, die den Bekleidungsverbrauch und die Bekleidungsindustrie beeinflussen sowie deren Wirken in der BRD. Wesentliche Ursachen für die weitere Existenz einer breiten Schicht nichtmonopolistischer Kapitale in der Bekleidungs- und Maschenindustrie der BRD. Die Einteilung in kleine, mittlere und große kapitalistische Bekleidungs- und Maschenunternehmen. Die Bankenabhängigkeit der BRD-Bekleidungs- und Maschenunternehmen. Die Verlagerung von Teilen der Bekleidungsindustrie aus der BRD ins Ausland
2. Der Verlauf des Monopolisierungsprozesses in der BRD-Bekleidungs- und Maschenindustrie in den Jahren 1966 - 1977 und seine wesentlichen Tendenzen: Der wesentliche Inhalt des Konzentrations- und Monopolisierungsprozesses in der Bekleidungs- und Maschenindustrie der BRD. Die Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals 1966 - 1977 (Aufbau und Vorgehen großer Unternehmen; Herausbildung von Spartenmonopolen; Lizenzpolitik der Unternehmen; Lohnkonfektionsaufträge an kleine und mittlere Betriebe; Monopolisierung von kleinen und mittleren Bekleidungskapitalisten durch die Unternehmerverbände; zwischenbetriebliche Kooperation; monopolistische Festlegung der Mode). Die Methoden der Unterordnung kleiner und mittlerer BRD-Bekleidungs- und Maschenunternehmen unter die Verwertungsbedürfnisse der Monopole durch die der Bekleidungsindustrie vor- und nachgelagerten Zweige

Helmut Kalex

Soziale Differenzierung und Herausbildung des "barbarischen" Königturns bei den Langobarden

Dissertation B (9. 11. 1982)

Karl-Marx-Universität Leipzig

2. Theoretische Fragen des Übergangs zum Feudalismus: Zur weltgeschichtlichen Stellung der antiken Gesellschaft. Zum Problem der Synthese antiker und germanischer Elemente. Besonderheiten der langobardischen Entwicklung und ihrer Deutung in der deutschen bürgerlichen Historiographie. Zum Problem der "feudalen Revolution". Zur Frage der "technischen Revolution" und der ökonomischen Umwälzung
3. Die Herkunft der Langobarden
4. Die soziale Differenzierung in der langobardischen Gesellschaft während der ersten Jahrhunderte u. Z.
5. Vom Stamm zur "Gens" der Langobarden: Die Bevölkerungszahl. Grenzen des langobardischen Siedlungsgebietes. Gab es einen langobardischen

- Stammesverband? Die Südwanderung. Die Langobarden in Pannonien
6. Sozialökonomische Zusammenhänge: Sozialökonomische Verhältnisse in den ersten Jahrhunderten u. Z. Ökonomische und soziale Struktur der Langobarden in Pannonien. Die Ansiedlung in Italien
 7. Langobardisch-römische Rechtsbeziehungen

Udo Klemm

Untersuchung zur politökonomischen und philosophisch-methodologischen Grundlage der Analyse der Produktivkräfte durch Marx

Dissertation A (10. 12. 1982)
Humboldt-Universität zu Berlin

1. Zur Grundlinie der Entwicklung des Doppelcharakters der Arbeit als theoretisch-methodologische Grundlage der historischen Methode der wirtschaftswissenschaftlichen Produktivkraftforschung durch Marx im Verhältnis zur klassischen bürgerlichen Ökonomie: Zur neuen theoretischen Qualität der von Marx entwickelten Charakterisierung der Gesamtstruktur der realen gesellschaftlichen Produktivkräfte als geschichtlich bedingte Existenz- und Funktionsweisen. Zur neuen theoretischen Qualität der von Marx entwickelten historischen Methode der wirtschaftswissenschaftlichen Erforschung des geschichtlichen Bildungsprozesses der Gesamtstruktur der realen gesellschaftlichen Produktivkräfte
2. Zum methodologischen Wendepunkt in der wirtschaftswissenschaftlichen Erforschung der Entwicklung der Gesamtstruktur der realen gesellschaftlichen Produktivkräfte durch Marx im Verhältnis zu Smith. Zur Rolle der formationsspezifischen Form des Doppelcharakters der produktiv-nützlichen Arbeit als politökonomisch-methodologische Grundlage für die von Marx im Anschluß an Smith entwickelte, im "Kapital" bei der politökonomischen Produktivkräfteforschung verwendete historische Methode

Bernd Kluge

Der Münzfund von Krien

Zur Münz- und Geldgeschichte Pommerns und des Sechslings im 16. und frühen 17. Jahrhundert

Dissertation A (28. 10. 1982)
Humboldt-Universität zu Berlin

1. Der Fund - die Fakten: Nominalstruktur, Regionalstruktur, Zeitstruktur, Besonderheiten
2. Pommersche Münzgeschichte im 16. und 17. Jahrhundert: Gesamtpommern im 16. Jahrhundert. Pommern-Wolgast 1609 - 1625. Pommern-Stettin 1612 - 1625. Gesamtpommern 1625 - 1637, Stralsund 1504 - 1657. Die Gegenstempelung der Doppelschillinge in Vorpommern
3. Der Sechsling im norddeutschen Geldverkehr von 1537 - 1605
4. Der Fund von Krien und der Geldumlauf in Vorpommern
5. Die Fundbilder Katalog

Grundlagen und Tendenzen der Berufsstrukturentwicklung der Facharbeiter in der DDR

Dissertation B (27. 10. 1982)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

2. Untersuchungsmethoden und Untersuchungsbereich
3. Theoretische Grundlagen der Berufsstrukturentwicklung der Facharbeiter: Bestimmung der Kategorie "Berufsstruktur". Beziehungen von effektiver Berufsstruktur, Beruf und Qualifikation. Rolle der Arbeitsteilung bei der Berufsstrukturentwicklung
4. Zur Effektivität der Berufsstruktur der Facharbeiter: Anforderungen an eine effektive Berufsstruktur. Realisierung der Facharbeiterqualifikation im Arbeitsprozeß - Ausdruck einer effektiven Berufsstruktur. Einflußfaktoren auf die Berufsstruktur der Facharbeiter
5. Richtungen für die Erhöhung der Effektivität der Berufsstruktur der Facharbeiter: Tendenzen in der Berufsstruktur der Facharbeiter (Wachsendes Niveau der Allgemeinbildung; Wachsendes Qualifikationsniveau und Stabilisierung des Facharbeiteranteils an den Berufstätigen; Zunehmender Anteil von Mehrfachqualifikation. Sinkende Einsatzdauer im Beruf; Steigende Konzentration demographisch ungünstiger Strukturen; Relative Stabilität des Ensembles der Berufe und wachsende Dynamik ihres Inhalts; Relative Stabilität in den Proportionen der Größengruppierungen der Berufe; Wachsender Anteil von Facharbeitern in arbeitsmittelorientierten Berufen; Sinkender Anteil von Facharbeitern in Berufen des Produktionsgrundprozesses. Weitere Ausprägung der Komplexität und Spezifik in der territorialen Berufsstruktur sowie der Berufsstruktur nach Wirtschaftszweigen; Relative Stabilität in der volkswirtschaftlichen Berufsstruktur der Facharbeiter als bestimmende Tendenz). Einfluß ökonomischer Gesetze auf die Berufsstruktur der Facharbeiter. Analyse und Planung der Berufsstruktur der Facharbeiter mit Hilfe von Bilanzen. Ansatzpunkte für weitere Forschungsarbeiten

Reinhold Kowalski

Krise und neue Tendenzen in der gegenwärtigen staatsmonopolistischen Regulierung

Dissertation B (17. 12. 1982)

Institut für Internationale Politik und Wirtschaft

- A Zu Wesenszügen der staatsmonopolistischen Regulierung und ihrer akuten Krise (Thesen)
 1. Die Regulierungsproblematik
 2. Wesenszüge der staatsmonopolistischen Regulierung: Herausbildung. Wertmodifizierung. Historizität. Krisen
 3. Die gegenwärtige Regulierungskrise
- B Widersprüche der Kapitalakkumulation und Regulierungskrise (Analyse)
 0. Regulierungskrise - Merkmal des Imperialismus seit den siebziger Jahren

1. Symptome ökonomischer Labilität: Verlangsamtes Wirtschaftswachstum, zyklische und strukturelle Krisen. Chronische Massenarbeitslosigkeit, Beschleunigtes Inflationstempo. Zerrüttete Staatsfinanzen, Massiv gestörte Außenwirtschaftsbeziehungen
2. Überakkumulation und das Versagen der staatlichen Akkumulationsförderung: Überakkumulation und Vernichtung von industriellem Kapital (Schrumpfung des Anteils der Industrie am kapitalistischen Wertprodukt; Energiekrise und moralischer Verschleiß; Verstärkte Ungleichmäßigkeit der internationalen imperialistischen Wirtschaftsentwicklung), Relativer Überschuß von Geldkapital bei stockender Akkumulation von industriellem Kapital. Das Versagen der staatlichen Akkumulationsförderung (Daskeynesianische Modell; Zerrüttung der Staatsfinanzen durch Subventionierung der Kapitalentwertung; Instabile Finanzbeziehungen stören den Kreislauf des industriellen Kapitals)
3. Anachronistische und widersprüchliche Anpassungstendenzen in der staatlichen Akkumulationsförderung: Regulierungskrise - Ausdruck des Anpassungszwanges. Weitere Ausprägung staatsmonopolistischer Verteilungsverhältnisse (Druck auf die Entwicklung der Sozialleistungen; Absage an Beschäftigungsprogramme; Soziale Umstrukturierung der Steuerlast). Qualitative Wandlungen in der staatsmonopolistischen Strukturpolitik (staatsmonopolistische Verbindung von Wissenschaft und Produktion; staatsmonopolistischer Innovationsprozeß), Objektiver Zwang zur internationalen Abstimmung. Regulierungskrise schürt soziale Konflikte

Wolfgang Luther

Der Eurogeldmarkt - eine marxistisch-leninistische Untersuchung zum internationalen kapitalistischen Geldmarkt und der mit ihm verbundenen Widersprüche unter besonderer Berücksichtigung der 70er Jahre

Dissertation A (17. 6. 1982)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Grundfragen der Entstehung, Entwicklung und statistischen Erfassung des Eurogeldmarktes
2. Der Einfluß des Eurogeldmarktes auf den Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals: Strukturprozesse im kapitalistischen Bankwesen. Rolle der Konzerne am Eurogeldmarkt
3. Staatsmonopolistische Regulierung und Eurogeldmarkt: Die Krise der staatsmonopolistischen Regulierung auf dem Gebiete der Geld- und Kreditpolitik im Zusammenhang mit dem Zinsmechanismus des Eurogeldmarktes. Währungspolitische Widersprüche - dargestellt an der Entwicklung der Währungsstruktur des Eurogeldmarktes. Kritische Wertung der Versuche einer internationalen staatsmonopolistischen Regulierung des Eurogeldmarktes
4. Die Regionalstruktur des Eurogeldmarktes: Rolle der kapitalistischen Industrieländer. Rolle der ölexportierenden Staaten (OPEC). Rolle der nichtölexportierenden Entwicklungsländer. Rolle der sozialistischen Länder

Marx' Untersuchung der "Auflösung der Ricardoschen Schule"

Dissertation B (3. 12. 1982)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Der geschichtliche Hintergrund der "Auflösung der Ricardoschen Schule"
2. Marx' kritische Beschäftigung mit den ökonomischen Theorien in der "Auflösung der Ricardoschen Schule"
3. Marx' Untersuchung der "Auflösung der Ricardoschen Schule" unter dem Gesichtspunkt der Beziehungen zwischen Theorie und Methode
4. "Auflösung der Ricardoschen Schule" - der Zusammenhang von Wissenschaft, Ideologie und Klassenkampf
5. Die Stellung der "Auflösung der Ricardoschen Schule" im System des Zusammenhangs von Quellen und Bestandteilen des Marxismus
6. Der Beitrag Marx' Analyse der "Auflösung der Ricardoschen Schule" für seine Erkenntnis des Zusammenhangs zwischen der Erforschung und Darstellung von Theorie und Theoriegeschichte

Jens Metzler

Zur Konzeption und Politik der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PKP) gegenüber den ländlichen Mittelschichten (1974 - 1979)

Dissertation A (22. 10. 1982)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Allgemeines und Besonderes der Entwicklung der portugiesischen Wirtschaft: Zu einigen Ergebnissen und Auswirkungen der portugiesischen Wirtschaftsentwicklung Mitte der 60er bis Anfang der 70er Jahre. Entwicklungsstand und Struktur der portugiesischen Landwirtschaft. Einige Entwicklungstendenzen der werktätigen Schichten auf dem Lande im Prozeß der weiteren Entfaltung des Kapitalismus in der portugiesischen Landwirtschaft
2. Zur Konzeption und Politik der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PKP) gegenüber den ländlichen Mittelschichten in der antifaschistisch-demokratischen Revolution und bei der Verteidigung ihrer Ergebnisse: Zur Begründung der Notwendigkeit einer Agrarreform durch die PKP. Die Agrarreform im Latifundium - eine revolutionäre Errungenschaft der Landarbeiter des Südens und eines der Hauptergebnisse der antifaschistisch-demokratischen Revolution vom April 1974. Zu einigen Ergebnissen und Schwierigkeiten der Bündnispolitik der PKP bis 1976. Der Kampf der PKP um die Organisierung der ländlichen Mittelschichten. Die portugiesischen Kommunisten im Kampf um die Verbesserung der Lage der kleinen und mittleren Bauern

Die Entwicklung der Verflechtungsbeziehungen der Landwirtschaft in der DDR zu anderen Bereichen und Zweigen der Volkswirtschaft im Zeitraum 1960 - 1980 und ihre weitere planmäßige Entwicklung

Dissertation A (20. 7. 1982)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

1. Die Stellung der sozialistischen Landwirtschaft in der Volkswirtschaft der DDR: Die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern. Die Entwicklung des Anteils der Landwirtschaft an ausgewählten volkswirtschaftlichen Kennziffern (Gesellschaftliches Gesamtprodukt; Produziertes Nettoeinkommen; Berufstätige; Grundmittel und Investitionen; Materialverbrauch; Komplexe Betrachtung ausgewählter Ergebnis- und Aufwandskennziffern). Die wichtigsten Verflechtungsbeziehungen der Landwirtschaft zu anderen Zweigen und Bereichen der Volkswirtschaft
2. Die Verflechtungsbeziehungen der Landwirtschaft zu den nachgelagerten Bereichen und Zweigen der Volkswirtschaft: Bedeutung dieser Beziehungen. Die Verflechtungsbeziehungen zur Lebensmittelindustrie (Erfassung und Quantifizierung; Fleischindustrie; Milch- und eierverarbeitende Industrie; Futtermittelindustrie; Mühlen-, Nahrungsmittel- und Backwarenindustrie; Gärungs- und Getränkeindustrie; Zucker- und Stärkeindustrie; Pflanzenöl- und -fettindustrie). Die Verflechtungsbeziehungen der Landwirtschaft zum Handel. Beziehungen zu anderen Zweigen der Volkswirtschaft, die landwirtschaftliche Rohstoffe verarbeiten
3. Die Verflechtungsbeziehungen zu den vorgelagerten Bereichen und Zweigen der Volkswirtschaft: Die Bedeutung dieser Beziehungen, Verflechtungsbeziehungen der Landwirtschaft zur chemischen Industrie, zum Maschinen- und Fahrzeugbau, zur Bauwirtschaft

Stefan Noack

Die Entwicklung der Arbeitsteilung des Transportwesens der Erde unter besonderer Berücksichtigung des Eisenbahntransports
Verkehrsgeographische Strukturanalyse

Dissertation B (7. 1. 1982)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. *Theoretische Grundlagen verkehrsgeographischer Untersuchungen der gesellschaftlichen und natürlichen Großräume der Erde*
2. Entwicklung und gegenwärtiger Stand der Arbeitsteilung im Transportwesen der Erde: Grundzüge der Entwicklung der Arbeitsteilung des Transportwesens bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Grundzüge der Entwicklung von 1950 bis 1975. Grundzüge 1975 (Entwicklungsstand des Transportsystems, Leistungsstruktur und Arbeitsteilung im Personen- und Gütertransport, Entwicklungsstand der Transportnetze und Transportmittel)
3. Entwicklungsbedingungen und gegenwärtiger Stand der Arbeitsteilung des Personen- und Gütertransports in den gesellschaftlichen und natürlichen

Großräumen der Erde unter besonderer Berücksichtigung des Eisenbahntransports: Afrika, Asien (ohne UdSSR), Australien und Neuseeland, Europa - Kapitalistische Staaten, Europa - Sozialistische Staaten (einschließlich UdSSR), Nord- und Mittelamerika, Südamerika

4. Entwicklungstendenzen der Arbeitsteilung im Transportwesen der gesellschaftlichen und natürlichen Großräume der Erde bis 1990

Udo Papius

Gegenwärtige Veränderungen in den kapitalistischen Welthandelsbeziehungen und ihre Wirkung auf die staatsmonopolistische Außenhandelsregulierung

Dissertation A (22. 12. 1982)

Institut für Internationale Politik und Wirtschaft

1. Aktuelle Tendenzen in der Monopolisierung des kapitalistischen Welthandels: Neue Stufe der Monopolisierung des kapitalistischen Außenhandels. Intrakonzern Beziehungen im kapitalistischen Außenhandel. Zu den Wirkungen der verstärkten Monopolisierung des kapitalistischen Außenhandels
2. Gegenwärtige internationale Erfordernisse für die Gestaltung der Außenhandelsbeziehungen der kapitalistischen Staaten: Die Verschärfung der zwischenimperialistischen Rivalitäten, Der Kampf der Entwicklungsländer für Veränderungen im kapitalistischen Außenhandelssystem. Der wachsende Einfluß der sozialistischen Länder auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen
3. Zu einigen Anpassungstendenzen und -konflikten in der staatsmonopolistischen Regulierung des Außenhandels: Die neue Stufe der privatmonopolistischen Regulierung des kapitalistischen Außenhandels. Die Veränderungen in der Außenhandelspolitik der kapitalistischen Staaten. Gegenwärtige Tendenzen in der Wirkung internationaler Mechanismen zur Regelung der kapitalistischen Welthandelsbeziehungen. Gegenwärtige Bestrebungen und Ansatzpunkte für die weitere Gestaltung der kapitalistischen Außenhandelsbeziehungen

Dietrich Pletz

Die Entwicklung der Hauptprozesse der Investitionskooperation der DDR, ihr Einfluß auf die Intensivierung und Schlußfolgerungen für die Planung von Maßnahmen der Investitionskooperation

Dissertation A (23. 4. 1982)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

1. Die IK¹ als einer der Wege zur Lösung von Aufgaben der intensiv erweiterten Reproduktion in den sozialistischen Volkswirtschaften: Zum Wesen

1 IK = internationale sozialistische Investitionskooperation - (D. P.)

der IK und zu den Erfordernissen für ihre Nutzung. Zu wesentlichen Prozessen der IK, ihrem differenzierten Inhalt (Koordinierte Errichtung von sich gegenseitig ergänzenden Investitionsobjekten durch zwei oder mehrere sozialistische Länder; Investitionsbeteiligungen bei der Errichtung gemeinsam interessierender Produktionskapazitäten oder Einrichtungen der Infrastruktur; Errichtung gemeinsamer Betriebe sozialistischer Länder; Gemeinsame Rationalisierung von Betrieben oder Produktionsabschnitten; Errichtung von Produktionskapazitäten und infrastrukturellen Einrichtungen unter Hinzuziehung von Krediten der IIB; Zusammenarbeit bei der Errichtung volkswirtschaftlich bedeutender Objekte im Zusammenhang mit der ISK bei der Produktion von Investitionsgütern). Zu wesentlichen Faktoren des Einflusses der IK auf die Intensivierung in der sozialistischen Volkswirtschaft; Zur Rolle der Investitionen in der vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktion und daraus resultierenden Anforderungen an die IK; Zu prinzipiellen Fragen der volkswirtschaftlichen Effektivität von Maßnahmen der IK

Rudi Rubbel

Erfahrungen bei der Stabilisierung und Entwicklung großer Wirtschaftseinheiten

Dissertation A (7. 4. 1971)

Zentralinstitut für Sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK der SED

1. Vorgefundene Situation bei Übernahme der Funktion des Leiters der jeweiligen Wirtschaftseinheit
2. Ansatzpunkte zur Veränderung: Gewinnung der Kollektive. Durchbruch bei den Arbeitern. Die Gewinnung des Leitungskollektivs bzw. die Formierung der neuen Leitung
3. Hauptmethoden zur Verbesserung der ökonomischen Ergebnisse: Organisation der perspektivischen Arbeit. Organisation der laufenden Arbeit
4. Probleme der Qualifizierung der Planung und Leitung: Die Arbeit mit ökonomischen Modellen. Die Anwendung wissenschaftlicher Methoden der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft

Peter Schönfeld

Der Erkenntnisprozeß in bezug auf das ökonomische Gesetz der sozialistischen Akkumulation von Karl Marx und Friedrich Engels bis zur Gegenwart

Dissertation A (19. 11. 1982)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Der Beitrag der Klassiker des Marxismus-Leninismus zur Erkenntnis des ökonomischen Gesetzes der sozialistischen Akkumulation bis 1917

2. Der Erkenntnisprozeß in bezug auf das ökonomische Gesetz der sozialistischen Akkumulation während der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in der UdSSR
3. Die Entwicklung der Auffassungen zum ökonomischen Gesetz der sozialistischen Akkumulation im Zeitraum vom Sieg des Sozialismus in der UdSSR bis zur Gegenwart

Rudolf Schuhmann

Untersuchungen zur Entwicklung des Städtewesens in den spanischen Provinzen im 2. und 3. Jh. u. Z.

Dissertation A (12. 10. 1978)

Pädagogische Hochschule "Karl Liebknecht" Potsdam

1. Das antike Städtewesen in Spanien in der Forschung
2. Die Entwicklung des Städtewesens in Spanien bis zum Beginn des 2. Jh. u. Z. : Die wirtschaftliche Lage der spanischen Provinzen. Die Urbanisierung auf der iberischen Halbinsel im 1. und 2. Jh. u. Z. Die Verwaltungsstruktur der Städte
3. Die Entwicklung des Städtewesens in Spanien von der Mitte des 2. Jh. u. Z. bis zum Ende des 3. Jh. u. Z. : Der Beginn der allgemeinen Krise der römischen Sklavereigesellschaft. Die wirtschaftliche Entwicklung der spanischen Provinzen von der Mitte des 2. Jh. u. Z. bis zum Ende des 3. Jh. u. Z. (Auswirkungen der Krise der Sklavereiordeung auf Handwerk und Handel; Verhältnis zwischen den Städten und dem exterritorialen Großgrundbesitz; Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen). Die Auswirkungen der politischen Lage des Reiches im 2. und 3. Jh. u. Z. auf die Entwicklung der Städte in Spanien. Die Beziehungen zwischen den spanischen Städten und der Reichsgewalt unter den Bedingungen der Krise der Sklavereiordeung. Die soziale Entwicklung innerhalb der spanischen Städte. Die Veränderungen in der städtischen Verwaltung. Zur Entwicklung des Stadtpatronats. Der allmähliche Niedergang der Munizipalordnung in Spanien seit der 2. Hälfte des 2. Jh. u. Z. als Ausdruck der Krise der römischen Sklavereiordeung
4. Zur Ideologie der städtischen Bevölkerung im 2. und 3. Jh. u. Z.
5. Die Grundzüge der weiteren Entwicklung der spanischen Provinzen im 4. und 5. Jh. u. Z.

Gerd Stier

Auswirkungen der staatsmonopolistischen Integration in Westeuropa auf die soziale Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus

Dissertation B (4. 8. 1982)

Technische Hochschule "Carl Schorlemmer" Leuna-Merseburg

1. Zur Charakteristik der kapitalistischen ökonomischen Integration und Ableitung von Faktoren ihrer Auswirkungen auf die soziale Lage der Ar-

Arbeiterklasse im Kapitalismus: Internationalisierung der ökonomischen Prozesse im Kapitalismus und die Ursachen der kapitalistischen ökonomischen Integration, Wesen und Formen, Staatsmonopolistische Integration in Gestalt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) als Reproduktionsbedingung des internationalen Monopolkapitals und die Ableitung von Faktoren ihrer Auswirkung auf die soziale Lage der Arbeiterklasse

2. Zur Bestimmung indirekter Wirkungen der staatsmonopolistischen Integration in Westeuropa auf die soziale Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus: Überblick zur Gesamtheit indirekter Wirkungen, Beeinflussung des volkswirtschaftlichen Wachstums
3. Analyse direkter Wirkungen des ökonomischen Mechanismus der staatsmonopolistischen Integration in Westeuropa auf die soziale Lage der Arbeiterklasse: Überblick zu Möglichkeiten direkter Wirkungen, Darstellung ausgewählter direkter Wirkungen
4. Notwendigkeiten und Möglichkeiten weiterer Analyse der Wirkungen der staatsmonopolistischen Integration auf die soziale Lage der Arbeiterklasse

Petra Vorwerk

Weltanschaulich-methodologische Probleme bei der Entwicklung technikwissenschaftlicher Theorien, insbesondere auf dem Gebiet der Braunkohleveredlung

Dissertation A (10. 12. 1982)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Inhalt und Anliegen der Arbeit
2. Diskussionsprobleme zur Determination der Technikwissenschaft
3. Gibt es eine Autonomie der Technikwissenschaft? Worin bestehen ihre Besonderheiten? Die Technikwissenschaft im System der Wissenschaften, Der spezifische Gegenstand der Technikwissenschaft, Die Gesetzesproblematik der Technikwissenschaften
4. Philosophische Aspekte des technikwissenschaftlichen Schaffensprozesses
5. Technikwissenschaft als gesellschaftliche Produktivkraft im Sozialismus und das Überführungsproblem von technikwissenschaftlichen Forschungsergebnissen als Aufgabe für Forschung und Produktion: Besonderheiten bei der Herausbildung technikwissenschaftlicher Theorien - dargestellt am Beispiel der Entwicklungsarbeiten zum BHT-Koks in der DDR, Gesellschaftliche Determinationsfaktoren für die Forschungsarbeiten zum BHT-Koks, begründet in der besonderen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der Zeit der faschistischen Herrschaft, Die politische und wirtschaftliche Situation in den Nachkriegsjahren im Gebiet der DDR als Ausgangspunkt für die weiteren Forschungsarbeiten zum BHT-Koks, Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der Kohleveredlung als wissenschaftlich-technische Vorleistung für die Braunkohleveredlung, Die Entscheidungsproblematik bei der Wahl des Forschungsthemas und Grundlegendes zur Verfahrensführung, Probleme und Besonderheiten bei der Durchführung der Forschungsarbeiten und erste Schritte zur industriellen Realisierung

Qualitativ verschlechterte energiewirtschaftliche Reproduktionsbedingungen und imperialistische Energiestrategie in den 80er Jahren

Dissertation B (4. 3. 1982)
Technische Universität Dresden

1. Der allgemeine und grundlegende Zusammenhang von Energie und Gesellschaft
2. Die Stellung der Energie im kapitalistischen Produktionsprozeß
3. Die Energie als Kapitalanlagesphäre und der Widerspruch zwischen energieverbrauchendem und energieproduzierendem Kapital
4. Die kapitalistische Energiekrise - Ausdruck der veränderten Existenzbedingungen des Imperialismus
5. Strategische Hauptlinien imperialistischer Energiepolitik in den 80er Jahren
6. Die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen als Voraussetzung für eine demokratische Bewältigung des Energieproblems

Hans-Joachim Wienhold

Der neokoloniale Technologietransfer

Theorienkritischer Umriß der technologischen Komponente des Neokolonialismus sowie Analyse ihrer wesentlichen sozialen Wirkungen unter den Bedingungen besonderer ökonomischer Rückständigkeit in Afrika

Dissertation B (11. 8. 1982)
Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Theoretische Grundfragen der Analyse der Wirkungen des neokolonialen Technologietransfers in Entwicklungsländer: Zur Bedeutung und Inhaltsproblematik der Analyse technologischer Effekte in Entwicklungsländern. Der technologische Determinismus als ein bestimmender Wesenszug nichtmarxistischer Auffassungen zur Wirksamkeit der Technologieübertragung in Entwicklungsländer. Methodologische Grundpositionen und einige Probleme der marxistischen Analyse der technologischen Komponente des Neokolonialismus
2. Die wirtschaftlich-strukturellen und sozialökonomischen Auswirkungen der technologischen Komponente des Neokolonialismus am Beispiel von ostafrikanischen Entwicklungsländern. Die weiter zunehmende Randstellung der am wenigsten entwickelten Länder in der kapitalistischen Weltwirtschaft unter dem Einfluß der sich entfaltenden neokolonialen Arbeitsteilung. Wirtschaftlich-strukturelle Resultate des neokolonialen Technologietransfers in der Frühphase der neokolonialen Arbeitsteilung. Finanzielle Effekte des neokolonialen Technologietransfers - Ausdruck der Ausplünderung der Entwicklungsländer. Sozialökonomische Wirkungen des neokolonialen Technologietransfers. Sein Einfluß auf die Wahl des sozialen Entwicklungsweges
3. Ansätze einer alternativen nationalen Technologiepolitik gegenüber dem neokolonialen Technologietransfer

Siegfried Wolfer

Notwendigkeiten der Staatsverschuldung - ihre Grenzen im System der staatsmonopolistischen Regulierung unter besonderer Berücksichtigung des antizyklischen Einsatzes in der BRD

Dissertation B (21. 12. 1982)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus in der 3. Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus - Grundlage der wachsenden Bedeutung staatsmonopolistischer Regulierungstätigkeit
2. Zunehmende Staatsverschuldung - Resultat veränderter Existenzbedingungen des Kapitalismus: Zur Entwicklung der Staatsverschuldung als Reflexion auf die zunehmende Widerspruchsentwicklung im Kapitalismus. Zum Wandel in der bürgerlichen Theorie von der Staatsverschuldung
3. Entwicklungstendenzen und Zielstellung staatsmonopolistischer Verschuldung: Die Staatsverschuldung in hochentwickelten kapitalistischen Staaten in der 3. Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Zur Modifizierung der Einnahmenseite des Staatshaushalts in der BRD - unter dem Aspekt des Zusammenhangs von Steuer- und Staatsschuld. Zur Entwicklung und zum Strukturwandel der Staatsverschuldung in der BRD (nominelle Entwicklung; nach Schuldenarten; im Verhältnis zu ausgewählten volkswirtschaftlichen Bezugsgrößen; Neuverschuldung; nach Verschuldungsformen; nach Gläubigern)
4. Wirkungen der Staatsverschuldung auf den Reproduktionsprozeß: Zum zeitlichen Zusammenhang von Staatsverschuldung und Krisenzyklus. Die Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden im Krisenzyklus. Zum Zusammenhang von Staatsverschuldung, Staatsausgaben und Krisenzyklus. Zum Zusammenhang von Schuldendienst und antizyklischer Haushaltspolitik

Dieter Zahn

Aspekte der staatsmonopolistischen Regulierung der Ausländerbeschäftigung unter besonderer Beachtung der Strategie und Taktik der BDA zur Durchsetzung der Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie der BRD

Dissertation A (3. 12. 1982)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte durch die Monopole imperialistischer Länder - ein Moment der Internationalisierung des Kapitalverhältnisses
2. Die Rolle der BDA bei der Regulierung der Ausländerbeschäftigung in der BRD und im Rahmen der EG bis zum Beginn der siebziger Jahre: Zur Regulierung der Ausländerbeschäftigung in der BRD im Interesse des Monopolkapitals. Die Realisierung des Verwertungsinteresses des Monopolkapitals an ausländischen Arbeitskräften über internationale Regulierungsmechanismen im Rahmen der EG

3. Die Politik zur Sicherung der besonderen Funktion der Ausländerbeschäftigung für das Monopolkapital unter den veränderten Bedingungen der siebziger Jahre in der BRD und im Rahmen der EG unter Beachtung der Position der BDA
- Gottberg, Achim, Dr. phil., Redakteur, Thomas-Bucher-Verlag, VEB E. A. Seemann Verlag, Leipzig.
- Gahr, Günter, Dr. phil., Stellvertreter, Staatliches Museum für Völkerkunde, Dresden.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Hörbichl, Andreas, Diplom-Ingenieur, wissenschaftlicher Assistent, Hochschule für Ökonomie "Ernst Thälmann", Berlin.
- Ingel, Wolfgang, Ingenieur, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kullow, Evalling, Dr. sc. soc., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, Berlin.
- Kuczyński, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kuczyński, Thomas, Dr. rer. oec., Stellvertreter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Lechtajewski, Klaus, Dr. sc. soc., wissenschaftlicher Oberassistent, Bereich Öffentliche Ökonomie, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Mühlfründel, Wolfgang, Prof. Dr. phil. habil., Sektion Wirtschaftswissenschaften, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Nesjan, Karl, Ordentliches Professor, Dr. sc. soc., Hochschule für Ökonomie "Ernst Thälmann", Berlin.
- Ornska, Ulrich, Diplom-Ingenieur, Diplom-Ingenieur, Zentrales Staatsarchiv, Potsdam.
- Pöschel, Jörg, Prof. Dr. sc. rer. oec., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Schmidt, Waldtraut, Prof. Dr. rer. oec. habil., Dozent, Institut für Ökonomie der Entwicklungsländer, Hochschule für Ökonomie "Ernst Thälmann", Berlin.
- Schwärzel, Renate, Dr. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Sieder, Volker, Dr. phil., wissenschaftlicher Assistent, Bereich Geschichte der Produktivkräfte, Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften, Technische Universität Dresden.
- Thümmler, Warner, Dr. rer. oec., wissenschaftlicher Oberassistent, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Wieder, Klaus, Dr. sc. soc., Lehrgebäudeleiter Wirtschaftsgeschichte, Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft, Ingenieurhochschule Zwickau.
- Zeichmann, Karla, Dr. oec., B-Aspirant, Bereich Geschichte der Produktivkräfte, Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften, Technische Universität Dresden.
- Zajonc, Y. V., Kandidat der Geschichtswissenschaften, Dozent, Technologische Hochschule für Leichtindustrie, Moskau.
- Zugrądzki, Danilo, Prof., Korrespondierendes Mitglied der Mathematischen Akademie der Wissenschaften, Direktor, Institut für Weltwirtschaftslehre, Sopot.

- Gerber, Erika, Dr. phil., wissenschaftlicher Oberassistent, Bereich Geschichte der Produktivkräfte, Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften, Technische Universität Dresden.
- Gottberg, Achim, Dr. phil., Redakteur, Thleme-Becker-Redaktion, VEB E. A. Seemann Verlag, Leipzig.
- Guhr, Günter, Dr. phil., Abteilungsleiter, Staatliches Museum für Völkerkunde, Dresden.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Herschel, Andreas, Diplomwirtschaftler, wissenschaftlicher Assistent, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin.
- Kagel, Wolfgang, Diplomhistoriker, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kolloch, Eveline, Dr. sc. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, Berlin.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kuczynski, Thomas, Dr. rer. oec., Abteilungsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Leciejewski, Klaus, Dr. sc. oec., wissenschaftlicher Oberassistent, Bereich Politische Ökonomie, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Mühlfriedel, Wolfgang, Prof. Dr. phil. habil., Sektion Wirtschaftswissenschaften, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Neelsen, Karl, Ordentlicher Professor, Dr. sc. oec., Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin.
- Roeske, Ulrich, Diplomhistoriker, Diplomarchivar, Zentrales Staatsarchiv Potsdam.
- Roesler, Jörg, Prof. Dr. sc. rer. oec., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Schmidt, Waldtraut, Prof. Dr. rer. oec. habil., Dozent, Institut für Ökonomie der Entwicklungsländer, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin.
- Schwärzel, Renate, Dr. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Stöhr, Volker, Dr. phil., wissenschaftlicher Assistent, Bereich Geschichte der Produktivkräfte, Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften, Technische Universität Dresden.
- Thümmler, Werner, Dr. rer. oec., wissenschaftlicher Oberassistent, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Wießner, Klaus, Dr. sc. oec., Lehrgebietsleiter Wirtschaftsgeschichte, Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft, Ingenieurhochschule Zwickau.
- Zachmann, Karin, Dr. oec., B-Aspirant, Bereich Geschichte der Produktivkräfte, Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften, Technische Universität Dresden.
- Zajcev, V. V., Kandidat der Geschichtswissenschaften, Dozent, Technologische Hochschule für Leichtindustrie, Moskau.
- Zografski, Dančo, Prof., Korrespondierendes Mitglied der Makedonischen Akademie der Wissenschaften, Direktor, Institut für Nationalgeschichte, Skopje.

- Карл Неельсен/Андреас Хершель, Динамика капиталовложений и кризисные циклы в условиях государственно-монополистического капитализма в ФРГ
- Эвелине Коллох/Вернер Тумлер, О роли золота в капиталистической валютной системе в период, начиная с Бреттонвудского договора в 1944 г. и до 2-ой ревизии устава Международного валютного фонда в 1978 г.
- В. В. Зайцев, Железнодорожные проблемы Сербии в начале её государственной независимости и отношение России к этому
- Данчо Зографски, Изменения и тенденции в новейшей экономической истории Македонии
- Ахим Готтберг, Хотели физиократы революцию?
- Гюнтер Гур, Первобытное общество и материалистическое понимание истории в трудах Карла Маркса
- Вольфганг Мюльфридель/Кlaus Виснер, Предварительные соображения насчёт уровня историографии по социалистической экономике
- Йорг Рёслер, Тщательное исследование по вопросу социалистической политики в области трудовых сил
- Вальдтраут Шмидт, Социально-экономические проблемы в журнале "Asien, Afrika, Lateinamerika"
- Кlaus Лециевский, Иллюстрированный журнал экологического движения
- Юрген Кучинский, Экономическая история одной "маленькой" страны
- Томас Кучинский, Начало и продолжение монументального труда по экономической истории Бельгии
- Рenate Шверцель, Взаимосвязь между предприятием и территорией. 6-ой коллоквиум комиссии специалистов по истории предприятия Общества историков ГДР (31-ого января 1984 г. в Берлине)
- Ульрих Рёске, Официальный первоисточник германской имперской статистики. Обзор серии "Statistik des Deutschen Reiches" с 1873 по 1944 г.
- Эрика Гербер/Фолькер Штёр/Карин Цахманн, Технические, экономические и социальные проблемы осуществления капиталистической рационализации после промышленной революции (20-ого декабря 1983 г. в Дрездене)
- Вольфганг Кагель, Продовольственный вопрос во время позднего феодализма (с 28 по 30 сентября 1983 г. в Эрфурте)
- Работы высших школ по экономической истории (Рenate Гюнтер)

- Karl Neelsen/Andreas Herschel, Development of investments and cycles of crises in the state-monopoly capitalism of the FRG
- Eveline Kolloch/Werner Thümmeler, On the role of gold in the capitalistic monetary system from Bretton Woods 1944 on to the 2nd revision of statutes of the International Monetary Fund in 1978
- V. V. Zajcev, Serbia's railway problems at the beginning of its sovereignty and Russia's attitude to them
- Dančo Zografsky, Changes and trends in the economic history of Macedonia in the middle of the 19th century
- Achim Gottberg, Did the physiocrats want revolution?
- Günter Guhr, Primitive society and the materialistic conception of history in the work of Karl Marx
- Wolfgang Mühlfriedel/Klaus Wießner, Provisional reflections on the state of the historiography of the socialist economy
- Jörg Roesler, An accurate research into the socialistic policy of labour
- Waldtraut Schmidt, Socio-economic problems in the journal "Asien, Afrika, Lateinamerika"
- Klaus Leciejewski, A magazine of the ecological movement
- Jürgen Kuczynski, An economic history of a "small country"
- Thomas Kuczynski, The beginning and the continuation of a monumental work on the economic history of Belgium
- Renate Schwärzel, The interrelation of enterprise and territory. 6th colloquy of the special commission on enterprise history of the Historians' Society of the GDR (Jan. 31st, 1984, Berlin)
- Ulrich Roeske, The official publication of sources from the statistics of the German Reich. A survey of the series "Statistik des Deutschen Reiches" 1873 to 1944
- Erika Gerber/Volker Stöhr/Karin Zachmann, Technological, economic and social problems of the accomplishment of capitalistic rationalization after the Industrial Revolution (Dec. 20th, 1983, Dresden)
- Wolfgang Kagel, The problem of nutrition in late feudalism (Sept. 28th - 30th, 1983, Erfurt)
- University and college papers on economic history (Renate Günther)

- Karl Neelsen/Andreas Herschel, Développement d'investissements et cercles de crises dans le capitalisme monopoliste d'Etat en R. F. A.
- Eveline Kolloch/Werner Thümmeler, Sur le rôle de l'or dans le système monétaire capitaliste à partir du Traité de Bretton-Woods en 1944 jusqu'à la deuxième vérification du statut du Fonds Monétaire International en 1978
- V. V. Zajcev, Les problèmes des chemins de fer (des voies ferrées) de la Serbie au début de sa souveraineté étatique et la position de la Russie à cet égard
- Dančo Zografski, Changements et tendances dans l'histoire économique récente en Macédoine
- Achim Gottberg, Les physiocrates ont-ils voulu la révolution?
- Günter Guhr, Société primitive et conception d'histoire matérialiste dans l'oeuvre de Karl Marx
- Wolfgang Mühlfriedel/Klaus Wießner, Observations provisoires sur l'état de l'historiographie de l'économie socialiste
- Jörg Roesler, Une recherche minutieuse sur la politique socialiste concernant la main-d'oeuvre
- Waldtraut Schmidt, Problèmes socio-économiques dans la Revue "Asien, Afrika, Lateinamerika"
- Klaus Leciejewski, Un magazine du mouvement écologique
- Jürgen Kuczynski, Histoire économique d'un "petit pays"
- Thomas Kuczynski, Début et suite d'une oeuvre monumentale sur l'histoire économique de la Belgique
- Renate Schwärzel, Corrélations entre entreprise et territoire. 6^e colloque de la commission spécialisée d'histoire d'entreprise de la Société des Historiens de la R. D. A. (le 31 janvier 1984 à Berlin)
- Ulrich Roeske, L'oeuvre de sources officielle de la statistique du Reich allemand. Un aperçu sur la série de publications "Statistik des Deutschen Reiches" de 1873 à 1944
- Erika Gerber/Volker Stöhr/Karin Zachmann, Problèmes techniques, économiques et sociaux de la réalisation de la rationalisation capitaliste après la révolution industrielle (le 20 décembre 1983 à Dresden)
- Wolfgang Kagel, Le problème d'alimentation (de nourriture) dans l'époque féodale tardive (du 28 au 30 septembre 1983 à Erfurt)
- Traité universitaire sur l'histoire économique (Renate Günther)

- Karl Neelsen/Andreas Herschel, Desarrollo de inversiones y ciclos de crisis en el capitalismo monopolio de Estado de la R. F. A.
- Eveline Kolloch/Werner Thümmler, Acerca del papel del oro en el sistema monetario capitalista desde el convenio de Bretton-Woods en 1944 hasta la revisión segunda de los estatutos del Fondo Monetario Internacional en 1978
- V. V. Zajcev, Los problemas ferroviarios de la Servia al principio de su soberanía estatal y la orientación de Rusia para ello
- Dančo Zografski, Cambios y tendencias en la historia económica reciente de Macedonia
- Achim Gottberg, ¿Querfan los Fisiócratas la revolución?
- Günter Guhr, La sociedad primitiva y el concepto materialista de la historia en la obra de Carlos Marx
- Wolfgang Mühlfriedel/Klaus Wießner, Reflexiones preliminares acerca de la situación de la historiografía refiriéndose a la historia de la economía socialista
- Jörg Roesler, Una disquisición cuidadosa acerca de la política socialista refiriéndose a las manos de obra
- Waldtraut Schmidt, Problemas socio-económicos en la revista "Asien, Afrika, Lateinamerika"
- Klaus Leciejewski, Una revista del movimiento de ecología
- Jürgen Kuczynski, Historia económica de un país "pequeño"
- Thomas Kuczynski, Comienzo y continuación de una obra monumental acerca de la historia económica de Bélgica
- Renate Schwärzel, La correlación entre empresa y territorio. Coloquio sexto de la comisión especial "Historia de fábricas" de la Sociedad de Historiadores de la R.D.A. (el 31 de enero de 1984 en Berlín)
- Ulrich Roeske, La obra de fuentes oficial de la estadística imperial. Una vista general sobre la serie de publicaciones "Statistik des Deutschen Reiches" desde 1873 hasta 1944
- Erika Gerber/Volker Stöhr/Karin Zachmann, Problemas técnicos, económicos y sociales de la realización de la racionalización capitalista después de la revolución industrial (el 20 de diciembre de 1983 en Dresde)
- Wolfgang Kagel, El problema de la alimentación en la edad media tardía (desde el 28 hasta el 30 de septiembre de 1983 en Erfurt)
- Tratados universitarios acerca de la historia económica (Renate Günther)

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Wolfgang Mühlfriedel

Die Wirtschaftsplanung in der sowjetischen Besatzungszone. Von den Anfängen bis zur Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission

Hans-Joachim Schröter

Wissenschaft und Technik bei der Wiederherstellung der Wirtschaft aus der Sicht der Industriestadt Chemnitz 1945 bis 1950

Claus Remer

Zur Wirtschaftsentwicklung und insbesondere zur Anlage deutschen Kapitals in der Ukraine von der Jahrhundertwende bis 1914

Harald Michel

Volkszählungen in Deutschland. Die Erfassung des Bevölkerungsstandes von 1816 bis 1933

Roderick C. Floud

Wirtschaftliche und soziale Einflüsse auf die Körpergrößen von Europäern seit 1750

Wieland Held

Die Sicherung der Ernährung als bedeutsame Komponente der Beziehungen zwischen Stadt und Land in Thüringen im 16. Jh.

Günter Mangelsdorf

Anmerkungen zur Erforschung mittelalterlicher Wüstungsursachen im Flachland zwischen Elbe und Oder

Jörg Roesler

Investitionsrhythmus und materielle Interessiertheit in der Volkswirtschaft der DDR 1950 - 1970

Waldtraut Schmidt

Zum Verhältnis von inneren und äußeren Faktoren beim Anwachsen von Krisenerscheinungen in Entwicklungsländern (Jahrbuch Dritte Welt)

Horst Handke

Aufschwung der spanischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte (Pierre Malerbe u. a., La crisis del estado; José Antonio Biescas/Manuel Tuñón de Lara, España bajo la dictadura franquista)

Hermann Lehmann

Kontroverse Wagner-Bilder? (Adolph Wagner; Martin Heilmann, Adolph Wagner)

Karl Lärmer

Industrielle Revolution und Wirtschaftswachstum (Fontana Economic History of Europe, Bd. 3 u. 4)

Hagen Fischer

Über freie und unfreie Produzenten (Die Arbeitswelt der Antike)

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, 26. Lieferung

**Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945
in drei Bänden**

Band 2; Produktivkräfte in Deutschland 1870 bis 1917/18

1984. Etwa 570 Seiten

162 Abbildungen - 15 Karten

20,5 x 27,0 cm

Leinen etwa 48, -- M

LSV: 0265

Bestell-Nummer: 754 213 0

Bestellwort: Produktivkraefte

6739/2

Das Buch ist Teil einer dreibändigen Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland vom Beginn der Industriellen Revolution bis zur Niederlage des deutschen Imperialismus im Jahre 1945. Im vorliegenden Band untersuchen die Autoren den Zeitraum von den 60er Jahren des 19. Jh. bis zum Ausgang des ersten Weltkrieges, jene Jahrzehnte also, in denen Deutschland auch in der Produktionstechnik, in der Organisation der Produktion und in der Wissenschaft eine internationale Spitzenstellung erlangte. "Made in Germany" wurde zum Inbegriff von Wertarbeit.

Die Verfasser spüren den Ursachen dieses Phänomens nach, indem sie in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen die Prozesse stellen, die sich im System der gesellschaftlichen Produktivkräfte vollzogen, und die nationalen und internationalen Faktoren, die auf die Entwicklung der Produktivkräfte einwirkten. Sie zeigen sowohl die einzelnen Elemente der Produktivkräfte in den verschiedenen Sphären der materiellen Produktion als auch die Wechselbeziehungen zwischen der Entwicklung der Industrie, der Landwirtschaft und dem Verkehrswesen. Sie stellen sowohl die Einwirkungen des geographischen Milieus, der Wissenschaft, des Bildungs- und Ausbildungswesens, der Wirtschaftspolitik usw. auf die materielle Produktion dar als auch die Beziehungen zwischen der materiellen Produktion und der Sozial- und Berufsstruktur. Umfangreiches neues bzw. neu bearbeitetes statistisches Material erlaubt es den Autoren, nicht nur die qualitativen Veränderungen im System der Produktivkräfte, sondern auch die quantitativen Prozesse zu erfassen und den Platz Deutschlands im Rahmen der internationalen Entwicklung zu bestimmen. Aufbauend auf einer soliden Materialbasis legen die Autoren eine Untersuchung vor, für die es vom Gegenstand und Inhalt Vergleichbares in der internationalen Fachliteratur nicht gibt.

In Vorbereitung:

Band 3; Produktivkräfte in Deutschland 1917/18 bis 1945 (erscheint 1985)

Band 1; Produktivkräfte in Deutschland 1800 bis 1870 (erscheint 1986)

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten.

Akademie-Verlag, DDR-1086 Berlin, Leipziger Str. 3 - 4

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
Sonderband 1984.

Jürgen Kuczynski

60 Jahre Konjunkturforscher

Erinnerungen und Erfahrungen

mit einer Bibliographie der Schriften von Jürgen Kuczynski 1978 bis 1983

Der Sonderband 1984 des "Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte" ist dem 80. Geburtstag Jürgen Kuczynskis gewidmet; er enthält den persönlichen Bericht des streitbaren Marxisten-Leninisten über Erfahrungen mit Prognosen kapitalistischer Entwicklung und Voraussagen zyklischer Überproduktionskrisen und einen Rückblick auf Diskussionen über den Zusammenhang von Rüstung, Staat und kapitalistischem Reproduktionsprozeß sowie die Fortsetzung des Verzeichnisses der Schriften Jürgen Kuczynskis (1978 - 1983). Die Reminiszenzen sind vornehmlich "Meinungsstreiterinnerungen"; sie sind gleichermaßen ganz persönliches Dokument, Darlegung des widersprüchlichen Erkenntnisgangs mit Irrtümern und Wahrheitsfindung, sowie Mitteilung über den wissenschaftlichen Beitrag eines Kommunisten zum Kampf der Partei der Arbeiterklasse für eine Welt ohne wirtschaftliche und soziale Krisen und ohne nukleare Menschheitsgefährdung. Sie mahnen den Wissenschaftler zur unvoreingenommenen, realistischen Analyse dialektischer Gesellschaftsprozesse. Jürgen Kuczynski hält Rückschau auf seine 60jährigen Konjunkturforschererfahrungen und Ausschau auf kommende Entwicklungen in der Welt des Kapitals. Vor allem will er den Blick für wesentliche Vorgänge der Gegenwart schärfen.

Erschienen im III. Quartal 1984

Bestell-Nummer; 754 364 3 (2103/84/S)

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten

AKADEMIE-VERLAG

DDR-1086 Berlin, Leipziger Straße 3 - 4